

BETEILIGUNGSBERICHT 2019

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Foto Titelseite:

Copyright: BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Foto: Christian Heine

Redaktionsschluss: 8. September 2020

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2019	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	23
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2019 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018	38
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017	41

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	44
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	49
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	54
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	55
	Stadtwerke Halle GmbH	56
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	77
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	78
	A/V/E GmbH	92
	Cives Dienste GmbH	98
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH	108
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	120
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	130
	EVH GmbH	141
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	159
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	164
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	177
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	202
	IT-Consult Halle GmbH	210
	RAB Halle GmbH	225
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	235
	SHS Energiedienste GmbH	243
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	249
	Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	253
	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	260
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	265
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	276

3.3	VERKEHR	288
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	289
	Hallesche Verkehrs-AG	296
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	312
	Servicegesellschaft Saale mbH	324
3.4	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	334
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	335
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	340
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	351
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	375
3.5	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	378
	Bio-Zentrum Halle GmbH	379
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	393
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	400
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	407
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	415
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	425

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	442
	Bäder Halle GmbH	443
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	455
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	465
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	474
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	490
	Maya mare GmbH & Co. KG	496
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	508
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	512
	Serva GmbH	524
	Stadion Halle Betriebs GmbH	527
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	532
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	535
3.7	KULTUR	539
	Stiftung Händel-Haus	540
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	547
	Zoologischer Garten Halle GmbH	561
3.8	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	570
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	571
	Saalesparkasse	579

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Oberbürgermeisters

Die Vielfalt des städtischen Beteiligungsportfolios zeigt sich einmal mehr bei einem Blick in den Beteiligungsbericht 2019 der Stadt Halle (Saale).

Das Wirken der kommunalen Beteiligungen, mit ihren zahlreichen positiven Effekten, sorgt für mehr Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt.

Viele Ereignisse sorgten im Berichtsjahr 2019 für besondere Aufmerksamkeit.

Hierzu gehört etwa der erfolgreiche Abschluss des Projektes Große Steinstraße im Mai 2019 im Rahmen des Stadtbahnprogramms. Zudem erfolgte die Freigabe für den Verkehr beim Projekt Gimritzer Damm - Heideallee im September.



Für den Standort Star Park und die städtische Wirtschaftsförderung konnte mit der Ansiedlung eines Unternehmens der Automobilindustrie ein weiterer großartiger Erfolg erzielt werden. Der Star Park ist mit dieser Ansiedlung nunmehr nahezu vollständig vermarktet.

Ein Neubau mit modernen Wohnungen im Heideweg von Halle-Dölau konnte von der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH im Juni 2019 für die Vermietung freigegeben werden.

Mit der ersten Solarthermie-Anlage der EVH GmbH, die im Energiepark Trotha in Betrieb genommen wurde, wird „Grüne Wärme“ in das hallesche Fernwärmenetz eingespeist. Die Pilotanlage ist ein wichtiger Schritt zu einer regenerativen Fernwärmeversorgung und leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Ferner sorgte weiterer Nachwuchs bei den Elefanten des halleschen Zoos wieder für reges Interesse der Besucherinnen und Besucher.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Geschäftsleitungen sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen spreche ich meine Anerkennung für ihre erfolgreiche Arbeit aus. Ich danke der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für die professionelle Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2020

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2019 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 2 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 43 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 52 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 7.000 Mitarbeitern und 230 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2019 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2018 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Bereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Bereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe
- d) Beteiligungen
- e) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- f) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2019

		STADT HALLE (SAALE)			
		PRIVATRECHTLICHE UNTERNEHMEN	EIGEN- BETRIEBE	KOMMUNALE STIFTUNGEN o. ä.	
1. Unternehmens- zusammenschluss		Stadtwerke Halle GmbH 100,00% 30.000 TEUR			
2. Ver- und Entsorgung		Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH 24,30% 127.823 TEUR	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100,00% 30 TEUR		
			AV/E GmbH 23,90% 550 TEUR		
			Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100,00% 25 TEUR		
			Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geisetal mbH (EWAG) 20,00% 280 TEUR		
			EVH GmbH 100,00% 10.250 TEUR		
			Energieversorgung Halle Netz GmbH 100,00% 25 TEUR		
			Hochdruckwerk Halle-Trotha GmbH 100,00% 300 TEUR		
			Transit Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG 18,29% 5.488 TEUR		
			Transit Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH 100,00% 25 TEUR		
			Fernwärme Sachsen-Anhalt GmbH 50,00% 25 TEUR		
			Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH 0,29% 127.823 TEUR		
			Halleische Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100,00% 10.000 TEUR		
			Overs Dienste GmbH 100,00% 25 TEUR		
			Maya mare GmbH & Co. KG 12,50% 10.226 TEUR		
			WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH 80,00% 256 TEUR		
			WHH Wasser- und Haustechnik GmbH 100,00% 26 TEUR		
			IT-Consult Halle GmbH 100,00% 250 TEUR		
			RAB Halle GmbH 100,00% 300 TEUR		
			RES Recycling und Entsorgung-Service Sangerhausen GmbH 50,00% 620 TEUR		
			SHS Energiedienste GmbH 100,00% 25 TEUR		
			TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100,00% 26 TEUR		
3. Verkehr		Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin 41,10% 1.000 TEUR	Halleische Verkehrs-AG 100,00% 51.200 TEUR		
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 12,03% 76 TEUR	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 18,59% 76 TEUR		
			Servicegesellschaft Saale mbH 100,00% 50 TEUR		
4. Wohnungswirtschaft		GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbecommunity Halle-Neustadt mbH 100,00% 12.782 TEUR			
		Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH 100,00% 256 TEUR			
		Halleische Wohnungsgesellschaft mbH 100,00% 102.259 TEUR			
		HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG 99,95% 10 TEUR			
5. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung		Bio-Zentrum Halle GmbH 50,96% 26 TEUR	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15,00% 26 TEUR		
		Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG 100,00% 25 TEUR			
		Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH 100,00% 25 TEUR			
		MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH 100,00% 25 TEUR			
		Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 55,00% 25 TEUR			
		TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 60,00% 26 TEUR			
6. Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport		Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH 16,00% 30 TEUR	Bilder Halle GmbH 100,00% 300 TEUR	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) 100,00% 25 TEUR	Dehlfeld-Zeyssche-Stiftung 311 TEUR
		Stadion Halle Betriebs GmbH 100,00% 25 TEUR	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100,00% 26 TEUR	Eigenbetrieb Kindertagesstätten 100,00% 0 TEUR	Paul-Rebeck-Stiftung zu Halle an der Saale 12.823 TEUR
			Maya mare GmbH & Co. KG 82,40% 10.226 TEUR		Serva GmbH 100,00% 26 TEUR
					Stiftung Hospital St. Cyrilli et Antonii zu Halle (Saale) 12.382 TEUR
					Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung 344 TEUR
					Stiftung Händel-Haus 6.526 TEUR
7. Kultur		Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 100,00% 25 TEUR			
		Zoologischer Garten Halle GmbH 100,00% 26 TEUR			
8. Anstalten des öffentlichen Rechts					BMA Beteiligungs/ManagementAnstalt Halle (Saale) 100,00% 10 TEUR
					Saaleparkasse 0 TEUR
					TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 20,00% 26 TEUR

Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	24,44
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	76	22,62
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	75,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	100,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
7.	KULTUR		
	Stiftung Händel-Haus	6.526	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8.	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
	Saalesparkasse	0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2018 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadt Halle (Saale) ist nunmehr direkt an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH mit einem Geschäftsanteil von 24,3 % beteiligt. Die Zuordnung der Gesellschaftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH beruht auf einem Bescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen vom 25. Januar 2016, welcher mit Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. Dezember 2018 bestätigt wurde.

Die Hallesche Wohnungsgesellschaft hat ihre 50 %ige Beteiligung an der Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH mit Wirkung zum 1. Oktober 2019 veräußert.

Im Zuge einer Verbunderweiterung wurde bei der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH eine Stammkapitalerhöhung, durch die Ausgabe weiterer Geschäftsanteile an drei Gesellschafter, vorgenommen. Die prozentualen Anteile der Stadt Halle (Saale) und der Hallesche Verkehrs-AG am Stammkapital der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH haben sich dadurch geändert. Der Anteil der Stadt Halle (Saale) beträgt 12,03 % (vorher 12,45 %) und die Hallesche Verkehrs-AG ist mit 10,59 % (vorher 10,95 %) beteiligt.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2019 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 16 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-)Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der beteiligungsberichtspflichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2 (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen angemessenem Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2019 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2019 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.19)	Stand Bürg- schaften (31.12.19)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	4.776					2.125	11.507			
	Stadtwerke Halle GmbH	4.776 ¹⁾					2.125 ²⁾	11.507 ³⁾			
2.	VER- UND ENTSORGUNG		515				10.521			8.103	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau										
	A/V/E GmbH										
	Cives Dienste GmbH										
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH ⁴⁾										
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(300 ³⁾)			

1) Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.730 TEUR) und städtische Zuschüsse im Rahmen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages zur Finanzierung des ÖPNV (3.046 TEUR)

2) Bürgschaft für die ehemalige Hafen Halle GmbH (1.697 TEUR) und bürgschaftsähnliche Urkunde (428 TEUR)

3) (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

4) Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.19)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.19)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)						(85 ³⁾)			
EVH GmbH		515				(21.394 ³⁾)		7.800 ⁵⁾	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH									
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(545 ³⁾)			
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH					10.521	(10.341 ³⁾)		303 ⁶⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH						(824 ³⁾)			
IT-Consult Halle GmbH						(2.228 ³⁾)			
RAB Halle GmbH						(261 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁵⁾ Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 7.500 TEUR für Strom und Gas sowie 300 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein um 60 TEUR höherer Aufwand von insgesamt 7.860 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.086 TEUR) und Gas (474 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (300 TEUR) gemäß Jahresabschluss 2019.

⁶⁾ Konzessionsabgabe Trinkwasser für 2018, die in 2019 an die Stadt gezahlt worden ist.

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.19)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.19)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH						(181 ³⁾)			
SHS Energiedienste GmbH									
TELONON Abwasserbehandlung GmbH						(18 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG						(102 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH						(1 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH						(2 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(360 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.19)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.19)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

3. VERKEHR	4.589					1.944	19			
-------------------	--------------	--	--	--	--	--------------	-----------	--	--	--

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin							19 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	3.300 ⁷⁾					1.944	(10 ³⁾)			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.289									
Servicegesellschaft Saale mbH							(14 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.300 TEUR) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (667 TEUR) und Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.19)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.19)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT							50.115	7.000		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(197 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							8.438 ⁸⁾	2.000 ⁸⁾		
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH							41.677 ⁹⁾	5.000 ⁹⁾		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁸⁾ Bilanzgewinn 2018 in Summe 10.438 TEUR, aus Jahresüberschuss 2018 (5.862 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 4.576 TEUR

⁹⁾ Bilanzgewinn 2018 in Summe 46.677 TEUR, aus Jahresüberschuss 2018 (14.448 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 1.445 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 33.674 TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.19)	Stand Bürg- schaften (31.12.19)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.511			500		4.004	830		
	Bio-Zentrum Halle GmbH						4 ³⁾			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG						3.987 ³⁾	830 ¹⁰⁾		
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH									
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH				500					
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.511 ¹¹⁾								
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH						13 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁰⁾ Entnahme aus der Kapitalrücklage

¹¹⁾ davon 350 TEUR für Projekt Standortmarketing

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.19)	Stand Bürg- schaften (31.12.19)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	52.675	1.619		500	445	8.837	32			81
Bäder Halle GmbH	4.258 ¹²⁾						(2 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.778									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	45.769	1.619 ¹³⁾					30 ³⁾			
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale **					445	5.296				81

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2019 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹²⁾ Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 3.950 TEUR (netto) zzgl. 276 TEUR USt.

Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 32 TEUR (brutto) erhielt die Bäder Halle GmbH für Sanierungsmaßnahmen an den Startblöcken der Schwimmhalle Neustadt. [Vorangegangen war eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2019 für das Jahr 2018 in Höhe von 23 TEUR (brutto).]

¹³⁾ davon für Kindertagesstätte „Albrecht-Dürer-Straße“ (1.025 TEUR), für Kindertagesstätten „Kinderinsel“ (334 TEUR) und für Kindertagesstätte „Stadtzwerge“ (260 TEUR)

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.19)	Stand Bürg- schaften (31.12.19)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG
UND SPORT**

Serva GmbH **										
Stadion Halle Betriebs GmbH	870			500 ¹⁴⁾			2 ³⁾			
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.541				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR **41.342** **256** **707**

Stiftung Händel-Haus	1.928									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	36.359 ¹⁵⁾						135 ³⁾			
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.055	256					572 ³⁾			

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2019 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁴⁾ Pacht Erdgas Sportpark (Zahlung an Stadt)

¹⁵⁾ davon Zuschuss Liquidität (995 TEUR) und Dynamisierung (1.058 TEUR) sowie für Abfindungen (176 TEUR) und Zusatzbedarf (1.053 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.19)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.19)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		1.040						93		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.040						93 ¹⁶⁾			
Saalesparkasse										
SUMME	105.933	2.390		500	945	23.427	66.477	7.830	8.103	81

¹⁶⁾ Co-Finanzierung im Folgejahr

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	11.493	8.069	11.035	551.352	455.457	117.059	239.047	43,4	86	9
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.710	7.797	141	59.036	7.394	1	4.323	7,3	37	0
A/V/E GmbH	19.693	19.434	221	7.249	593	227	1.975	27,2	298	14
Cives Dienste GmbH	602	602	32	103	1	2	25	24,2	12	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	16.607	16.497	24	3.205	322	96	290	9,0	69	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	111.492	111.011	301	16.276	9.906	1.170	7.954	48,9	260	35
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.616	6.379	499	6.460	4.667	619	3.096	47,9	59	0
EVH GmbH	443.695	434.480	23.497	448.449	345.968	69.898	101.628	22,7	287	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-11	23	0	0	15	62,4	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.157	44.502	2.299	162.488	152.885	14.124	124.794	76,8	213	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	126.283	118.859	10.726	565.699	528.044	23.847	90.029	15,9	560	25
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	21.989	21.858	1.064	19.715	13.137	7.725	10.926	55,4	0	0
IT-Consult Halle GmbH	34.067	32.284	1.717	11.023	3.485	682	522	4,7	244	3
RAB Halle GmbH	8.107	8.030	349	3.416	1.914	221	1.708	50,0	9	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.957	4.916	319	4.353	1.630	829	3.949	90,7	53	1
SHS Energiedienste GmbH	2.203	2.203	50	5.624	5.155	5.377	2.025	36,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	2	0	-12	32	0	0	26	80,6	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.105	1.084	1.722	51.404	47.372	4	50.781	98,8	3	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	11	0	2	55	0	0	51	93,2	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*	167	154	9	518	0	0	480	92,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.714	4.657	346	1.158	213	77	225	19,4	55	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***	760	739	55	1.975	1.721	11	1.527	77,4	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	93.459	58.789	2.062	315.694	288.228	35.177	83.583	26,5	745	37
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***	5.562	971	0	2.938	885	422	477	16,2	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	5.079	4.648	-1	698	180	116	147	21,0	141	4
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.396	3.329	190	1.046	105	23	526	50,3	32	2
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	53.791	49.801	6.473	342.103	315.498	22.705 ¹⁾	182.827	53,4	111	5
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	102.237	90.121	15.771	648.055	584.331	32.521	300.877	46,4	251	9
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.949	3.949	0	65.539	65.527	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH***	1.779	1.807	-121	8.652	6.049	9	6.742	77,9	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.507	4.214	494	22.912	0	0	22.612	98,7	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	904	891	21	309	39	4	137	44,2	4	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.271	644	-102	18.936	17.839	5.540	1.241	6,6	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.972	1.390	58	480	35	26	159	33,2	34	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH***	4.433	4.374	-269	26.055	20.281	31	14.327	55,0	14	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien.

Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.757	5.465	1	13.311	11.250	115	6.846	51,4	53	5
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.766	7.129	845	14.935	11.810	514	6.969	46,7	67	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	53.542	51.424	677	47.922	39.756	4.774	21.149	44,1	964	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	26	1	63	0	0	56	89,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	8.736	6.453	0	8.411	7.010	999	3.517	41,8	135	5
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	5	573	311	0	573	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale**										
Serva GmbH**										
Stadion Halle Betriebs GmbH*	1.802	1.801	-1	926	48	0	26	2,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	9.957	9.063	467	29.383	27.591	163	18.257	62,1	114	10
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	4	540	344	0	540	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.703	106	-160	10.635	8.353	188	9.993	94,0	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*	39.999	3.451	287	26.661	22.586	509	22.026	82,6	478	3
Zoologischer Garten Halle GmbH*	9.734	4.830	424	21.321	19.235	1.009	6.550	30,7	82	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.071	0	51	686	168	12	273	39,8	9	0
Saalesparkasse	129.178 ¹⁾	0	2.098 ²⁾	4.887.487	88.216	30.008	209.140	4,3	649	35

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

**Ein geprüfter Jahresabschluss 2019 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	13.365	8.090	11.507	460.692	362.772	94.809	228.011	49,5	89	11
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.927	7.779	-793	58.322	7.454	0	4.182	7,2	38	0
A/V/E GmbH	21.123	20.735	-1.604	7.764	566	447	1.754	22,6	344	13
Cives Dienste GmbH	662	661	-6	74	0	0	25	34,0	23	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	14.888	14.622	-1.791	5.469	354	96	290	5,3	65	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	108.580	107.402	300	19.903	10.120	1.957 ²⁾	7.954	40,0	266	32
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.045	5.914	427	5.957	4.599	497	2.881	48,4	58	0
EVH GmbH	427.633	421.458	21.394	385.069	299.055	57.754 ²⁾	98.228	25,5	281	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-36	29	0	0	6	19,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	53.182	49.700	2.382	158.171	147.923	14.158	122.495	77,4	212	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	132.430	124.507	10.341	558.285	525.871	35.735	90.033	16,1	545	28
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	25.289	25.207	824	17.708	7.479	221	9.862	55,7	0	0
IT-Consult Halle GmbH	30.884	30.362	2.228	12.704	3.592	867	522	4,1	238	3
RAB Halle GmbH	7.288	7.186	261	3.155	2.294	202	1.708	54,1	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	5.213	4.921	363	4.106	1.317	397	3.769	91,8	54	0
SHS Energiedienste GmbH	96	96	-29	45	0	0	25	56,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	4.189	4.189	18	772	0	0	26	3,3	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.056	1.019	555	52.278	50.176	26	51.613	98,7	3	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

²⁾ inkl. Einlage des technischen Betriebsführungsgebäudes (818 TEUR) durch die EVH GmbH in die Energieversorgung Halle Netz GmbH

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	9	0	4	54	0	0	49	91,5	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	159	142	3	510	0	0	471	92,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.487	4.441	360	1.113	221	71	225	20,2	52	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	756	741	46	2.008	1.807	69	1.472	73,3	10	0
Hallesche Verkehrs-AG	91.268	59.667	10	306.749	286.288	38.966	83.583	27,2	735	38
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	4.671	967	0	2.416	682	83	461	19,1	41	0
Servicegesellschaft Saale mbH	3.819	3.633	14	516	131	96	147	28,6	106	3
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.261	3.095	197	1.050	114	40	526	50,1	31	1
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	51.262	49.917	5.862	342.965	309.373	24.565 ¹⁾	178.354	52,0	111	5
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	101.039	89.962	14.448	632.485	567.250	23.585	290.106	45,9	233	7
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.433	4.433	0	66.779	66.767	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.791	1.820	7	9.060	7.359	47	6.864	75,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	5.814	8.404	3.987	23.119	0	0	22.947	99,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	840	826	-10	212	62	17	116	54,6	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.550	536	-181	14.669	12.952	2.393	1.343	9,2	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.139	832	-36	529	34	24	101	19,2	27	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.478	4.564	22	27.245	21.989	128	14.596	53,6	11	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.771	5.532	2	14.017	11.935	825	6.845	48,8	48	4
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.372	6.853	652	14.840	12.096	218	6.124	41,3	64	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	7.062	8.813	0	8.115	30	12	37	0,5	374	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	48.307	45.332	30	44.832	37.557	2.613	20.320	45,3	943	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	26	1	66	0	0	55	83,4	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	7.788	5.799	0	8.117	7.132	203	3.517	43,3	138	6
Oelhäfe-Zeyesche-Stiftung	19	0	3	568	311	0	568	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	23.808	23.316	754	55.675	52.243	1.814	18.885	33,9	400	24
Serva GmbH	3.103	3.073	1	293	19	5	81	27,5	94	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.859	1.852	2	1.225	121	40	27	2,2	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.692	8.556	-670	30.482	28.339	113 ¹⁾	17.790	58,4	110	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	6	535	344	0	535	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.610	109	-282	10.747	8.404	210	10.129	94,2	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	39.076	3.492	135	26.435	23.443	447	21.739	82,2	478	4
Zoologischer Garten Halle GmbH	8.788	3.845	572	21.718	20.101	2.610	6.126	28,2	84	6
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.047	0	93	624	163	14	222	35,6	9	0
Saalesparkasse	138.266 ²⁾	0	10.348 ³⁾	4.670.167	61.165	8.992	207.043	4,4	677	33

¹⁾ Zugang zum Anlagevermögen (146 TEUR) abzgl. Umbuchung (33 TEUR)

²⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

³⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	19.020	7.295	12.400	402.448	305.115	60.101	216.505	53,8	91	8
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.524	5.396	459	57.404	7.467	25	4.976	8,7	37	2
A/V/E GmbH	22.103	21.582	1.289	7.329	344	108	3.358	45,8	355	12
Cives Dienste GmbH	683	683	14	95	4	0	25	26,3	23	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	6.578	6.481	-163	4.277	1.756	24	290	6,8	62	1
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.149	110.033	298	18.600	9.414	1.352	7.136	38,4	265	25
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.331	6.174	525	6.251	4.559	1.151	2.754	44,1	59	0
EVH GmbH	452.404	445.339	21.476	352.905	263.399	46.905	95.628	27,1	278	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-34	50	0	0	42	84,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.620	45.395	1.615	151.835	142.813	12.979	120.113	79,1	209	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	129.566	120.229	10.175	546.210	510.536	33.221	87.942	16,1	552	27
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	30.413	30.401	4.325	19.452	10.773	61	9.039	46,5	0	0
IT-Consult Halle GmbH	27.774	26.889	2.609	12.619	3.230	939	522	4,1	216	2
RAB Halle GmbH	6.708	6.682	202	3.312	2.715	895	1.708	51,6	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.931	4.877	355	3.847	1.720	501	3.458	89,9	49	0
SHS Energiedienste GmbH	93	93	-23	165	0	0	25	15,2	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.777	3.777	20	648	0	0	26	3,9	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.123	747	2.051	55.798	51.777	187	54.881	98,4	3	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	10	0	4	93	0	0	45	48,6	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	178	148	1	516	2	0	468	90,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.940	3.897	240	853	232	81	225	26,3	49	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	714	698	97	2.047	1.833	152	1.427	69,7	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	90.697	54.698	1.697	302.162	282.909	34.484	83.583	27,7	716	37
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	4.224	915	0	2.024	808	39	461	22,8	36	0
Servicegesellschaft Saale mbH	3.126	3.012	2	487	129	36	134	27,5	93	2
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.410	3.221	285	1.194	114	50	526	44,0	30	1
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	53.664	49.523	4.804	331.489	301.506	29.645 ¹⁾	174.492	52,6	111	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	104.804	89.213	20.595	618.483	558.941	22.226	280.659	45,4	226	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.602	4.602	0	68.080	68.067	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.832	1.789	43	9.547	7.903	2.519	6.856	71,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	5.417	9.161	4.111	22.271	0	0	21.899	98,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	961	930	16	359	69	7	125	34,9	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.474	612	-87	12.411	11.142	616	1.524	12,3	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.932	733	-17	284	25	4	137	48,3	25	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.126	4.020	29	28.792	23.678	1.609	14.573	50,6	10	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	6.220	4.946	2	13.886	11.869	1.083	6.842	49,3	47	3
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.548	6.179	161	14.957	12.660	340	5.473	36,6	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	6.190	694	0	10.633	37	23	37	0,3	356	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	45.663	44.149	-120	40.451	36.992	3.766	20.290	50,2	894	1
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	64	0	0	54	84,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	7.567	5.668	0	9.109	8.130	305	3.517	38,6	130	6
Oelhäfe-Zeyessesche-Stiftung	18	0	8	565	311	0	565	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	22.334	22.044	827	55.414	52.289	1.575	18.131	32,7	390	23
Serva GmbH	3.025	2.995	21	350	22	1	81	23,1	81	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.800	1.765	0	1.252	199	0	24	1,9	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.504	8.329	164	30.878	29.086	87	18.460	59,8	95	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	2	529	344	0	529	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.650	107	-124	10.954	8.434	138	10.410	95,0	20	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	36.091	3.147	-1.111	25.739	24.350	333	21.604	83,9	478	5
Zoologischer Garten Halle GmbH	7.784	2.838	90	21.981	19.456	475	5.555	25,3	90	7
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	995	0	18	579	158	9	129	22,3	9	0
Saalesparkasse	135.762 ¹⁾	0	58.479 ²⁾	4.418.584	72.936	3.112	204.994	4,6	690	31

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die vereinfachte, einheitliche Cashflow-Berechnung für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) wird unter Ziffer 2.7 Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen dargestellt.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag; Bilanzgewinn (-verlust)

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag sind Begriffe der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzgewinn (-verlust) wird die Ergebnisverwendung berücksichtigt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Ein Sonderposten mit Rücklageanteil darf handelsrechtlich nicht mehr neu gebildet werden.

Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, sind in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quellen: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden; Handelsgesetzbuch)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital}} \\ \text{(bereinigt um Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzgewinn/Bilanzverlust*)}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Eigentümern zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist.

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

* Wenn die Bilanz unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt wurde.

Cash-flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cash-flow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cash-flow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge
+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben den Löhnen und Gehältern sind soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung zu berücksichtigen. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag/Verlustvortrag und Jahresüberschuss/-fehlbetrag (bzw. Bilanzgewinn/-verlust). Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30.000	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 30.000 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafendienst, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	König, Simona	
		Berend, Stephanie	
		Doege, Eberhard	(bis 04.07.2019)
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Meerheim, Bodo	
Eigendorf, Eric	(seit 04.07.2019)		
Franke, Frank	(seit 07.08.2019)		

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Gellert, Beate	(seit 04.07.2019)
	Hilbig, Stefan	(bis 30.06.2019)
	Kocian, Burkhard	
	Krause, Johannes	(bis 04.07.2019)
	Mischke, Brita	
	Nagel, Elisabeth	(bis 04.07.2019)
	Otto, Renate	
	Richter, Ulrich	
	Scholtyssek, Andreas	
	Sehrndt, Martin	(seit 04.07.2019)
	Thielemann, Dirk	
	Wolter, Tom	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	404	408	735
Aufsichtsrat	30	30	32

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4	15,00
Trianel GmbH	317	1,57

mittelbar

	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,21
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	182	0,14
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,02
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	0,02
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,16
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		2,78
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG		1,57
Trianel Energieprojekte Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,16
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	9	18,37

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH	0	0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,16
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Doberschwitz GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Emmerthal WEA 05 Betriebs-GmbH & Co. KG		4,16
Windpark Emmerthal WEA 06 Betriebs-GmbH & Co. KG		4,16
Windpark Emmerthal WEA 08 Betriebs-GmbH & Co. KG		4,16
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Großschirma GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Kleinschirma GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	5	18,37
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,08

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	455.457	83	362.772	79	305.115	76	92.685	26
Umlaufvermögen	95.103	17	96.977	21	96.211	24	-1.874	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	792	0	943	0	1.122	0	-151	-16

Bilanzsumme

551.352	100	460.692	100	402.448	100	90.660	20
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	239.047	43	228.011	49	216.505	54	11.036	5
Sonderposten für Investitionszulagen	349	0	375	0	403	0	-26	-7
Rückstellungen	13.778	3	11.452	3	11.871	3	2.326	20
Verbindlichkeiten	297.494	54	220.044	48	172.705	43	77.450	35
Rechnungsabgrenzungsposten	684	0	810	0	964	0	-126	-16

Bilanzsumme

551.352	100	460.692	100	402.448	100	90.660	20
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen
Erträge aus Beteiligungen
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
Aufwendungen aus Verlustübernahmen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.069	8.090	7.295
sonstige betriebliche Erträge	3.424	5.275	11.725
Personalaufwand	6.966	7.016	6.974
Abschreibungen	1.429	2.202	10.000
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.138	8.590	8.630
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	38.391	34.253	36.178
Erträge aus Beteiligungen	129	86	89
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.294	2.286	1.226
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.944	2.526	1.838
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	18.996	18.005	16.188
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	12	1.820	1.205
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.211	3.292	2.672
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.418	-160	240
Ergebnis nach Steuern	11.081	11.751	12.442
sonstige Steuern	46	244	42
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.035	11.507	12.400

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	136,77	142,24	169,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,84	5,31	6,08	%
Cash-Flow:	31.460	31.714	38.588	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	134	150	209	T€
Personalaufwandsquote:	60,62	52,50	36,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,74	4,72	5,67	%
Eigenkapitalquote:	43,36	49,49	53,80	%
Fremdkapitalquote:	56,64	50,51	46,20	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Erklärung zur Unternehmensführung**
- 5. Lage der Gesellschaft**
 - 5.1. Ertragslage
 - 5.2. Finanzlage
 - 5.3. Vermögenslage
 - 5.4. Gesamtaussage zur Lage
- 6. Nachtragsbericht**
- 7. Chancen- und Risikobericht**
 - 7.1. Risikomanagementsystem
 - 7.2. Gesamtbild
- 8. Prognosebericht**
 - 8.1. Ergebniserwartung
 - 8.2. Investitionen
 - 8.3. Finanzierung
 - 8.4. Risiken

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung der Beträge erfolgt in der Einheit TEUR. Hierdurch können sich in der Summenbildung Rundungsdifferenzen ergeben.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Versorgungswirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und diverse Serviceleistungen. Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen strategischen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Unter der vorgenannten Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 31 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Betätigungen unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr, Hafen- und Containerterminalbetrieb, den Betrieb von Bädern sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance, Konzernrevision, Unternehmensentwicklung, Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Beteiligungs-/Controlling, Steuern, Konzern-Finanzmanagement und Risikomanagement) sowie Ansiedlungsmanagement gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

ENERGIE

- ▶ EVH GmbH
100 % SWH
- Energieversorgung Halle Netz GmbH
100 % EVH
- Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)
20 % SWH
- Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH
100 % EVH
- Meter1 Verwaltung GmbH
33 % EVH
Meter1 GmbH & Co. KG
Kommanditist 33% EVH
- Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH
100 % EVH
- Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co.KG
Kommanditist 18,8 % EVH
- Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co.KG
Kommanditist 4,1% EVH
- Trianel GmbH
1,57 % SWH
- SHS Energiedienste GmbH
100 % SWH

WASSER & ENTSORGUNG

- ▶ Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
100 % SWH
- Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
100 % SWH
- RAB Halle GmbH
100 % SWH
- TELONON Abwasserbehandlung GmbH
100 % SWH
- Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH
60 % HWS
- Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH
50 % SWH
- RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH
50 % SWH

MOBILITÄT

- ▶ Hallesche Verkehrs AG
100 % SWH
- Container Terminal Halle (Saale) GmbH
100 % SWH
- Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
10,95 % HAVAG
- beka GmbH
0,63 % HAVAG

SERVICES

- IT-Consult Halle GmbH
100 % SWH
- Bäder Halle GmbH
100 % SWH
- FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH
100 % SWH
Maya mare GmbH & Co. KG
Kommanditist 82,4 % SWH
Kommanditist 12,5 % HWS
- W+H Wasser und Haustechnik GmbH
100 % HWS
- Cives Dienste GmbH
100 % HWS
- Servicegesellschaft Saale mbH
100 % HAVAG
- A/V/E GmbH
23,9 % SWH
- TGZ - Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
15 % SWH

▶ Geschäftsfeldführungsgesellschaft • Tochterunternehmen/Beteiligungen

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für Investitionen in der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungsnotwendigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Planung und Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewerbesteuer und Kapitalertragsteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow bildet die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratingelemente simuliert werden können. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die SWH-Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen in der Gesellschaft erfolgten im Geschäftsjahr nicht, die Geschäftsorganisation hat sich in personeller, organisatorischer, regulatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht bewährt.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

Mit Erwerb der Kläranlage Halle-Nord durch die HWS hat die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ihren Geschäftsbetrieb eingestellt. Die Gesellschaft bleibt zunächst weiter bestehen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Eigenkapitalbildung und Einlagen

In Fortführung der Strategie der vergangenen Jahre wurden weitere eigenkapitalbildende Einlagen in die Tochterunternehmen EVH (3.400 TEUR) und SHS (2.000 TEUR) geleistet. Die Einlagen dienen der Finanzierung von Investitionen.

3.1.2. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz werden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe geleisteten Spenden im Internet veröffentlicht. Ebenso werden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

3.1.3. Compliance Management System

Die Unternehmen SWH-Gruppe stellen sich als kommunale Unternehmen ihrer Verantwortungen gegenüber ihren Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) und der Öffentlichkeit. Zur systematischen Untersetzung dieser Verantwortung zählt das Compliance Management System (CMS). Die Entwicklung des CMS wurde im zweiten Quartal 2019 im Wege einer Konzernrichtlinie abgeschlossen.

3.1.4. „Warmes Gebäude“

Ab dem zweiten Halbjahr nahm die SHS-Energiedienste GmbH das neue Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle“ auf. Hierzu erwarb die SHS von der Stadt Halle (Saale) 154 Wärmeerzeugungsanlagen, verbunden mit dem exklusiven Recht der Wärmelieferung. In diesem Zusammenhang wurde die Kapitalrücklage der SHS durch eine Einlage der SWH um 2,0 Mio. EUR aufgestockt. Vor diesem Hintergrund wurde die Gesellschaft dem Geschäftsfeld Energie zugeordnet (zuvor war sie im Geschäftsfeld Services).

3.1.5. Mein HALLE – Update mit neuen Funktionen

Seit Februar 2019 wurde eine neue Version der „Mein HALLE – Ihr mobiler Alltagshelfer“ präsentiert. Mit der neuen Version wurden die Wünsche der App-Nutzer umgesetzt. Wohnungsangebote wurden in enger Kooperation mit Unternehmen und Genossenschaften der Wohnungswirtschaft aufgenommen. Zudem ist die überarbeitete Mobile M.app nun integriert.

3.1.6. Personaldienstleistungen

Seit dem 1. April 2019 betreut der Personalbereich der Stadtwerke Halle die Bau- und Wohnungsgenossenschaft Halle-Merseburg e.G. (BWG) in personalwirtschaftlichen Belangen und den Themen des Personalmanagements, der Entgeltabrechnung, der Personalentwicklung und der Ausbildung.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotenziale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Gas, Strom, erneuerbare Energien und für CO₂-Zertifikate sowie Wasserpreise und die Preise für Entsorgungsleistungen sowie zunehmend steigende Baukosten den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin nur begrenzte Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.3.1. Landesverordnung Natura 2000

Nach Abschluss eines umfangreichen, vierjährigen Beteiligungsprozesses trat die „Landesverordnung zur Unterschutzstellung der Natura 2000-Gebiete im Land Sachsen-Anhalt“ (N2000-LVO LSA) mit Wirkung vom 21. Dezember 2018 in Kraft. Mit der Landesverordnung werden die Europäischen Vogelschutzgebiete und die sog. FFH-Gebiete (Fauna-Flora-Habitat-Gebiete) Sachsen-Anhalts in einer Sammelverordnung als besondere Schutzgebiete festgesetzt. Die SWH-Gruppe hatte im Vorfeld zum Entwurf der Landesverordnung über die VKU Landesgruppe Sachsen-Anhalt eine Stellungnahme abgegeben. Die nunmehr beschlossene Verordnung enthält einige Änderungen gegenüber der Entwurfsfassung. Im § 13 Abs. 2 Nr. 9 der Verordnung sind nun Freistellungen für bestehende Ver- und Entsorgungsanlagen vorgesehen. Somit sind der Weiterbetrieb sowie Inspektions- und Wartungsmaßnahmen von energetischen und wasserwirtschaftlichen, sowie Straßen- und Schienenwege, die vor Inkrafttreten der Verordnung unterhalten wurden, bestandsgeschützt.

3.3.2. Elektronische Rechnungen (ZUGFeRD)

Am 27. November 2018 ist das sog. E-Rechnungsgesetz des Bundes und die zugehörige Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes (E-Rech-VO) in Kraft getreten. Demnach sind öffentliche Auftraggeber ab dem 18. April 2020 zum Empfang und zur Weiterverarbeitung elektronischer Rechnungen verpflichtet.

„ZUGFeRD“ (Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland) bezeichnet ein einheitliches Format für elektronische Rechnungen. Mit dem Format können elektronische Rechnungen zwischen Rechnungsersteller und -empfänger ausgetauscht werden.

Zur Umsetzung wurde festgelegt, alle Unternehmen der Gruppe einzubeziehen und im Jahr 2017 ein entsprechendes Projekt begonnen. Hierzu wurden die Prozesse bei den jeweiligen Unternehmen aufgenommen und die sich ergebenden Anforderungen in einer Marktrecherche Umsetzungsmöglichkeiten ermittelt. Im letzten Quartal des Jahres 2019 erfolgte die Ausschreibung einer sog. Konverterlösung. Im ersten Quartal 2020 werden die informationstechnischen Voraussetzung zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben umgesetzt sein.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Erträgen/Aufwendungen aus Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur CTHS GmbH, EVH GmbH; Hallesche Verkehrs AG (HAVAG), Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS), IT-Consult Halle GmbH (ITC), RAB Halle GmbH (RAB), SHS Energiedienste GmbH (SHS) und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELO).

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +5.945,8 TEUR bzw. um 11,1 Prozent und liegt deutlich über unseren Planerwartungen (31.506 TEUR):

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
CTHS	-1.790,9	24,3	1.815,2	>100
EVH	21.394,2	23.497,4	2.103,2	9,8
HAVAG	10,4	2.061,7	2.051,3	>100
HWS	10.341,3	10.726,1	384,8	3,7
ITC	2.228,4	1.717,1	-511,3	-22,9
RAB	260,7	314,1	53,4	20,5
SHS	-28,9	50,1	79,0	>100
TELONON	17,8	-11,9	-29,7	<-100
Saldo Organschaft	32.433,0	38.378,9	5.945,9	18,3

Tabelle 1: Saldo aus Organschaftsverhältnissen

4. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der Stadtwerke Halle GmbH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2019 bei 61,1 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2019 unverändert bei 100 %.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH liegt per 31. Dezember 2019 bei 42,8 %.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 11.035,3 TEUR abschließen. Dieses Ergebnis liegt somit erheblich über unseren Planerwartungen (Plan: 4.591 TEUR). Zu dem Erfolg haben wesentlich höhere Ergebnisse des Beteiligungsportfolios beigetragen.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen der Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Erfolgsrechnung SWH (Kurzfassung)	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	8.089,9	8.068,7	-21,1	-0,3
Übrige betriebliche Erträge	5.275,0	3.423,9	-1.851,1	-35,1
Personalaufwand	7.016,8	6.966,3	-50,5	-0,7
Übrige betriebliche Aufwendungen	26.595,4	29.134,2	2.538,8	9,5
Ergebnis aus Beteiligungen	34.805,1	40.803,0	5.998,0	17,2
EBITDA	14.557,7	16.195,2	1.637,4	11,2
Erträge ÖPNV	5.066,6	3.045,8	-2.020,8	-39,9
Aufwand ÖPNV	18.005,4	18.330,0	324,7	1,8
Saldo ÖPNV	12.938,8	15.284,3	2.345,5	18,1
EBITDA (vor ÖPNV)	27.496,5	31.479,4	3.982,9	14,5
Abschreibungen	2.201,5	1.428,9	-772,6	-35,1
EBIT	25.295,0	30.050,5	4.755,5	18,8
Zinsergebnis	-766,2	-1.266,8	-500,7	-65,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)	24.528,8	28.783,7	4.254,9	17,3
Ertragsteuern	-160,5	2.418,0	2.578,5	>100
Sonstige Steuern	243,8	46,1	-197,7	-81,1
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)	24.445,4	26.319,6	1.874,1	7,7
Saldo ÖPNV	-12.938,8	-15.284,3	-2.345,5	-18,1
Jahresüberschuss	11.506,7	11.035,3	-471,4	-4,1

Tabelle 2: SWH Erfolgsrechnung 2019

Die Umsatzerlöse lagen mit 8.068,7 TEUR um -21,1 TEUR unter dem Vorjahreswert, was auf leicht geringere Umsätze aus Personaldienstleistungen gegenüber den Tochterunternehmen zurückzuführen ist.

Die übrigen betrieblichen Erträge verringerten sich um -1.851,1 TEUR oder -35,1 % gegenüber dem Vorjahr. Infolge des guten Vorjahresergebnisses konnte der städtische Anteil an der Betriebskostenfinanzierung der HAVAG zurückgefahren werden.

Der Personalaufwand lag leicht unter dem Vorjahresniveau.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 2.538,8 TEUR auf 29.134,2 TEUR gestiegen. Maßgeblich hierfür waren höhere Rechts- und Beratungskosten und ebenso höhere Aufwendungen für IT-Dienstleistungen sowie Hard- und Software. Darüber hinaus sind in diesem Posten auch Beträge aus der außerplanmäßigen Abschreibung der Beteiligung an der AWH enthalten.

Übrige betriebliche Aufwendungen	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	18.005,4	18.996,3	991,0	5,5
<i>darunter ÖPNV-Zuschuss¹</i>	<i>18.005,4</i>	<i>18.330,0</i>	<i>324,7</i>	<i>1,8</i>
Sonstiger betrieblicher Aufwand	8.590,0	10.137,9	1.547,8	18,0
Gesamt (mit ÖPNV)	26.595,4	29.134,2	2.538,8	9,5

¹Der gesamte ÖPNV-Zuschuss wird als verdeckte Einlage geleistet und direkt wieder abgeschrieben

Tabelle 3: Übriger betrieblicher Aufwand

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5.998,0 TEUR (+ 17,2 %) auf 40.803,0 TEUR, welches - wie dargelegt - auf den Salden aus Organschaftsverhältnissen beruhte.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Aufwand aus Verlustübernahme	-1.819,8	-11,9	1.807,9	>100,0
Erträge aus Ergebnisabführung	34.252,9	38.390,8	4.138,0	12,1
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	32.433,1	38.378,9	5.945,8	18,3
Beteiligungserträge	85,8	129,7	43,9	51,2
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen an das Finanzanlagevermögen	2.286,2	2.294,4	8,2	0,4
Gesamt	34.805,1	40.803,0	5.998,0	17,2

Tabelle 4: Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen

Das EBITDA lag infolge der höheren Gewinne des Beteiligungsportfolios mit 16.195,2 TEUR über unseren Erwartungen und auch über den entsprechenden Vorjahreswert. Das EBITDA (vor ÖPNV) in Höhe von 31.479,4 TEUR gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen (Co-Finanzierung des ÖPNV) wieder.

Die Abschreibungen lagen mit 1.428,9 TEUR um -772,6 TEUR unter dem Wert des Vorjahres, der wiederum durch Einmaleffekte belastet war.

Das Zinsergebnis verringerte sich zum Vorjahr um 500,7 TEUR auf -1.266,8 TEUR. Dieses ist Folge der zentralen Kreditaufnahme durch die Holding für die Finanzierung der Tochtergesellschaften: während die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme im Zinsergebnis der SWH verbucht werden, sind die von den Töchtern an die SWH geleisteten Zinsen in den Erträgen aus Ausleihungen an das Finanzanlagevermögen auszuweisen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH nach Kapitaldienst. Mit den höheren Erträgen aus den Gewinnen der Tochterunternehmen konnte trotz geringerer städtischer Zuschüsse für den ÖPNV und höheren betrieblichen Aufwendung bei zugleich geringerem Zinsergebnis der Vorjahreswert um 4.254,9 TEUR, bzw. 17,3 % gesteigert werden.

Die deutlich gestiegenen Ertragsteuern sind der Risikoversorge durch Steuerrückstellungen geschuldet. Die steuerlichen Betriebsprüfungen für die Jahre 2007 bis 2014 sind noch nicht abgeschlossen.

Der Jahresüberschuss lag mit 11.035,3 TEUR unter dem Vorjahresausweis jedoch über unseren Planerwartungen.

5.2. Finanzlage

5.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzernweitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen. Seit Ende 2017 erfolgt die Finanzmittelversorgung der Stadtwerkeunternehmen einheitlich und zentral über die Holding. Die damit im Zusammenhang stehenden Obliegenheiten sind in einem Konzern-Kredithandbuch verbindlich hinterlegt.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei Banken, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken sind, getätigt.

5.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2019 stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 239.046,7 TEUR an. Auch unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (348,8 TEUR) verringerte sich jedoch die Quote des so berechneten wirtschaftlichen Eigenkapitals von 49,6 % auf 43,4 %.

Der Grund für diese Entwicklung liegt in der zentralen Finanzmittelbeschaffung für die Stadtwerkeunternehmen im Namen und auf Rechnung der Holding. Die aufgenommenen Finanzverbindlichkeiten werden als Gesellschafterdarlehen weitergereicht und erhöhen so sukzessive die Bilanzsumme (Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Kreditverbindlichkeiten). Mit diesem Anstieg kann der Eigenkapitalausweis der Holding nicht schritthalten.

Die Finanzverbindlichkeiten betragen 228.089,8 TEUR. Die Zunahme von 72.954,2 TEUR (+47,0 %) war durch die Aufnahme (und Weiterleitung) weiterer Tranchen aus dem Konsortialdarlehen verursacht.

Finanzverbindlichkeiten	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anleihen	15.302,1	15.302,1	0,0	0,0
Bankdarlehen	117.004,2	189.958,4	72.954,2	62,4
Schuldscheindarlehen	22.829,4	22.829,4	0,0	0,0
Gesamt	155.135,7	228.089,8	72.954,2	47,0
davon Ausleihungen an verb. Untern.	116.555,6	205.691,7	89.136,2	76,5

Tabelle 5: Finanzverbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 189.958,4 TEUR (hiervon die Holding betreffend 5.920,3 TEUR) und Schuldscheindarlehen/Namenschuldverschreibungen in Höhe von 38.131,5 TEUR (jeweils inklusive Zinsabgrenzungen). Die Finanzverbindlichkeiten haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von 5,06 Jahren. Die Restlaufzeit der Bankverbindlichkeiten beträgt 5,04 Jahre. Die Bankdarlehen werden überwiegend auf Basis des 3-, bzw. 6-Monats-Euribor verzinst. Den Geschäftsbanken wurden Non-Financial-Covenants in Form von Negativ- und Gleichbehandlungserklärungen eingeräumt.

Nettoverschuldungsgrad	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Finanzverbindlichkeiten ¹	38.580,1	22.398,1	-16.182,0	-41,9
Liquide Mittel	-1.317,1	-14.417,2	-13.100,1	<-100
Nettofinanzverbindlichkeiten	39.897,2	36.815,3	-3.081,9	-7,7
EBITDA (vor ÖPNV)	27.496,5	31.479,4	3.982,9	14,5
Net Debt/EBITDA	1,5	1,2		-19,4

¹ ohne Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Tabelle 6: Nettoverschuldungsgrad

Die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere) der Holding (ohne Cash-Pool-Salden der einbezogenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen -4.417,2 TEUR. Durch die planmäßigen Tilgungen verringerten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten (ohne Berücksichtigung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen) auf 36.815,3 TEUR (-7,7 %). Zusammen mit dem gestiegenen EBITDA (vor ÖPNV) führte dies zu einer Verbesserung des Nettoverschuldungsgrades auf 1,2 (-19,4 %).

5.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von 117.059,0 TEUR getätigt:

Investitionen	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle VG	138,5	42,1	-96,4	-69,6
Sachanlagen	1.055,3	191,8	-863,5	-81,8
darunter Anlagen im Bau	0,0	19,0	19,0	-
Finanzanlagen	93.614,8	116.825,0	23.210,2	24,8
dar. Gesellschafterdarlehen	70.891,0	93.085,0	22.194,0	31,3
dar. Einlagen in die Kapitalrücklage	4.688,0	5.400,0	712,0	15,2
dar. Einlage HAVAG	18.005,4	18.330,0	324,7	1,8
Gesamt	94.808,6	117.059,0	22.250,3	23,5

Tabelle 7: Investitionen 2019

Mit den Investitionen konnte die Eigenkapitalausstattung der EVH erneut gestärkt werden. Bei der EVH diente die Kapitalzuführung der Finanzierung des Eigenanteils für die Modernisierung des Heizkraftwerkes Dieselstraße.

Daneben erfolgte eine verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV (18.330,0 TEUR), die im Geschäftsjahr wieder abgeschrieben wurde. Darüber hinaus wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von zusammen 93.085,0 TEUR ausgereicht und als Zugänge unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

5.2.4. Liquidität

Im Geschäftsjahr verringerte sich der Finanzmittelfonds um -8.684,1 TEUR auf 31.910,8 TEUR.

Kapitalflussrechnung	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.851,7	-6.640,4	-4.788,7	<-100
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-36.984,9	-76.308,9	-39.324,0	<-100
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	29.689,8	74.265,2	44.575,4	>100
Zahlungswirksame Veränderungen	-9.146,7	-8.684,1	462,6	5,1
Finanzmittelfonds zum 01.01.	49.741,6	40.594,9	-9.146,7	-18,5
Finanzmittelfonds zum 31.12.	40.594,9	31.910,8	-8.684,1	-21,4

Tabelle 8: Kapitalflussrechnung

Der Rückgang des operativen Cashflows spiegelt im Wesentlichen die gute Ergebnisentwicklung des Beteiligungsportfolios wider, welche auf dieser Stufe der Kapitalflussrechnung zu eliminieren ist.

Die deutlich gestiegenen investiven Liquiditätsabflüsse korrespondieren mit den an die Tochterunternehmen ausgereichten Gesellschafterdarlehen der Holding.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit zeigt, dass die zuvor angesprochene Gesellschafterfinanzierung durch Aufnahme von Fremdkapital ermöglicht wurde.

5.3. Vermögenslage

	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	362.772,3	455.457,2	92.684,9	25,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	324,8	265,3	-59,5	-18,3
Sachanlagen	21.731,4	20.595,9	-1.135,5	-5,2
Finanzanlagen	340.716,1	434.596,0	93.879,9	27,6
Umlaufvermögen	97.919,2	95.894,9	-2.024,3	-2,1
Forderungen und sonstige VG	56.246,8	62.994,7	6.747,9	12,0
Wertpapiere und liquide Mittel	40.730,2	32.108,5	-8.621,7	-21,2
Rechnungsabgrenzungsposten	942,2	791,7	-150,6	-16,0
Bilanzsumme Aktiva	460.691,5	551.352,1	90.660,6	19,7
Eigenkapital	228.011,4	239.046,7	11.035,3	4,8
Investitionszuschüsse	375,0	348,8	-26,2	-7,0
Rückstellungen	11.451,4	13.778,1	2.326,6	20,3
Verbindlichkeiten	220.043,9	297.494,4	77.450,4	35,2
Rechnungsabgrenzungsposten	809,7	684,2	-125,6	-15,5
Bilanzsumme Passiva	460.691,5	551.352,1	90.660,6	19,7

Tabelle 9: Bilanz

Die zentrale Finanzmittelversorgung der Stadtwerkeunternehmen durch die Holding führt zu einem Anstieg der Finanzanlagen, im abgelaufenen Geschäftsjahr +93.879,9 TEUR (+27,6 %).

Die hohen Ergebnisbeiträge der Tochterunternehmen führten zu einem Anstieg der Forderungen (aus Ergebnisabführungsverträgen). Bei einem gleichzeitigen Abbau der Stichtagsliquidität (-8.621,7 TEUR) verringerte sich das Umlaufvermögen insgesamt um -2.024,3 TEUR.

Zusammengenommen zeigt die Aktiva die für eine Holding typische Finanzanlagenintensität mit einem Anteil von 78,8 % der Aktiva.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 239.046,7 TEUR an (+ 4,8 %). Die Gewinnthesaurierung konnte mit dem Zuwachs des überwiegend fremdfinanzierten Anlagevermögens nicht schritthalten, so dass eine Abnahme des Anlagendeckungsgrades auf 52,6 % resultierte:

Anlagendeckungsgrad	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital ¹	228.386,4	239.395,5	11.009,1	4,8
Anlagevermögen	362.772,3	455.457,2	92.684,9	25,5
Deckungsgrad	63,0	52,6		-16,5

¹ Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse

Tabelle 10: Anlagendeckungsgrad

Die Rückstellungen erhöhten sich um +2.326,6 TEUR infolge der bilanziellen Berücksichtigung nicht auszuschließender Steuernachzahlungen. Die Zunahme der Verbindlichkeiten war Folge der planmäßigen Aufnahme von Konsortialdarlehen.

5.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von 11.035,3 TEUR. Dieses Ergebnis wurde durch die deutlich gestiegenen Ertragslagen der Tochterunternehmen erreicht. Zugleich konnte weitere bilanzielle Risikovorsorge gebildet werden.

Mit der Konsortialfinanzierung sind die Investitionsvorhaben der SWH-Gruppe für die nächsten Jahre gesichert. Die vertraglichen Regelungen erlauben einen ausreichenden Spielraum für mögliche, darüber hinausgehende Investitionen.

In Folge dessen sind wir mit dem erreichten Ergebnis, der erreichten finanziellen und bilanziellen Absicherung insgesamt sehr zufrieden und sehen uns für die kommenden Jahre gut aufgestellt.

6. Nachtragsbericht

Trotz der Ausbreitung des Corona-Virus wird die Gesellschaft die Bereitstellung ihrer Dienstleistungen auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch können Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht ausgeschlossen werden.

Mit Auswirkungen ist insbesondere im Bereich der Bäder infolge ihrer Schließung und im ÖPNV durch verminderte Fahrgeldeinnahmen zu rechnen. Dies könnte Auswirkungen auf die durch SWH zu leistenden Zuschüsse und/oder Verlustausgleichsverpflichtungen im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen haben. In den Ver- und Entsorgungsunternehmen der Gruppe können Umsatzrückgänge durch Insolvenzen von Kunden und durch konjunkturell bedingte Absatzrückgänge eintreten. Infolgedessen könnte – je nach Ausmaß und Dauer der Pandemie – dieses auch zu Liquiditätsrisiken führen.

7. Chancen- und Risikobericht

7.1. Risikomanagementsystem

7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

7.2. Gesamtbild

Unter den identifizierten Risiken der Unternehmen der Stadtwerke Gruppe lagen insgesamt 4 Einzelrisiken (Vorjahr: 4) über dem Schwellenwert und wurden demzufolge als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	1	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	0	0
Rechtliche Risiken	2	1	1
Technische Risiken	1	0	1
Gesamt	4	2	2

Tabelle 11: Risikogruppen

Die Risiken der Gruppe 1 umfassen steuerliche Risiken aus laufenden Betriebsprüfungen im Organkreis der SWH sowie nicht auszuschließende höher als bislang geplante Sanierungsaufwendungen zur Stilllegung und Nachsorge der Deponie infolge zeitlicher Verzögerungen und veränderter bautechnischer Anforderungen.

In der Gruppe 2 bestehen Risiken in der möglichen Nachzahlung von Niederschlagswasserabgaben.

Für diese aus Konzernsicht bestehenden Risiken ergeben sich im Fall des Eintritts unterschiedliche Auswirkungen auf SWH und deren Jahresabschluss. Ungeplante Kostensteigerungen für die Sanierung der Deponie wirken zuvorderst nachteilig für die AWH, im Jahresabschluss der SWH bestünde ein Bewertungsrisiko für den Beteiligungsbuchwert (0,3 Mio. EUR). Betreffend mögliche Nachzahlungen von Niederschlagswasserabgaben durch die HWS könnten – im Fall der Nichtberücksichtigung im Rahmen der Abwasserentgeltkalkulation – die sich über den Ergebnisabführungsvertrag nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWH auswirken. Gleiches gilt für Sanierungsaufwendungen für Straßenbahnen bei der HAVAG, auch hier besteht das Risiko der Belastung der SWH aufgrund des damit einhergehenden Finanzierungsbedarfs.

8. Prognosebericht

8.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2019 von einem Jahresüberschuss von 4.591 TEUR aus. Das über unseren eigenen Erwartungen liegende tatsächliche Jahresergebnis wird im Folgejahr leicht darüber liegen. Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist 2019	Plan 2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
CTHS	24,3	59,8	35,5	>100
EVH	23.497,4	26.717,0	3.219,6	13,7
HAVAG	2.061,7	0,0	-2.061,7	-100,0
HWS	10.726,1	10.501,0	-225,1	-2,1
ITC	1.717,1	1.574,3	-142,8	-8,3
RAB	314,1	298,0	-16,1	-5,1
SHS	50,1	100,5	50,4	>100
TELONON	-11,9	-8,8	3,1	26,0
Saldo Organschaft	38.378,9	39.241,8	862,9	2,2

Tabelle 12: Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen

Die Planwerte für das Jahr 2020 basieren auf den in der zweiten Jahreshälfte 2019 erstellten Wirtschaftsplänen. Mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie sind hierin nicht berücksichtigt. Neben Risiken in Bezug auf vorstehend benannte Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften ergeben sich infolge der Corona-Pandemie weitere Ergebnisrisiken, insbesondere betreffend die Höhe des Zuschussbedarfs für das Freizeitbad Maya mare infolge der aktuellen Schließung des Bäderbetriebes sowie Zuschuss-/Ertragsrisiken betreffend die HAVAG als Folge deutlich verminderter ÖPNV-Fahrgastzahlen/-Ticketverkäufe.

8.2. Investitionen

In der Planung für das Jahr 2020 sind Investitionen für die Akquisition energieeffiner Beteiligungen von 1.500 TEUR und Einlagen in die Kapitalrücklagen der EVH (3.400 TEUR) vorgesehen sowie geringe Beträge für die Geschäftsausstattung.

Investitionsplan	2020 TEUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	171,4
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.400,0
Beteiligungen	1.500,0
Gesamt	5.071,4

Tabelle 13: Planinvestitionen 2020

Daneben ist als verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV ein Betrag von 18.691 TEUR vorgesehen.

8.3. Finanzierung

Für die zentrale Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe ist die Ziehung einer Tranche aus dem abgeschlossenen Konsortialdarlehen in Höhe von 257.181 TEUR für das Geschäftsjahr 2020 vorgesehen. Regeltungen für Altdarlehen bzw. Schuldscheindarlehen belaufen sich auf -216.602 TEUR.

8.4. Risiken

Die Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie auf die Ergebnisse der Stadtwerkeunternehmen lassen sich derzeit noch nicht belastbar ableiten. Für das Jahr 2020 werden keine bestandsgefährdenden Risiken erwartet.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 30 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Belger, Fredo

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.394	13	7.454	13	7.467	13	-60	-1
Umlaufvermögen	51.632	87	50.856	87	49.924	87	776	2
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	12	0	13	0	-2	-17

Bilanzsumme

59.036	100	58.322	100	57.404	100	714	1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.323	7	4.182	7	4.976	9	141	3
Rückstellungen	54.041	92	53.572	92	52.013	90	469	1
Verbindlichkeiten	672	1	568	1	415	1	104	18

Bilanzsumme

59.036	100	58.322	100	57.404	100	714	1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus anderen Wertpapieren und
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.797	7.779	5.396
sonstige betriebliche Erträge	2.913	3.148	2.128
Materialaufwand	920	823	868
Personalaufwand	2.231	2.197	2.345
Abschreibungen	13	13	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.542	7.292	3.661
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	67	51	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	358	371	381
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	109	563	139
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	163	1.235	394
Ergebnis nach Steuern	157	-774	476
sonstige Steuern	16	19	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	141	-793	459

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,81	-10,20	8,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,37	-15,94	10,16	%
Cash-Flow:	154	-780	481	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	289	288	203	T€
Personalaufwandsquote:	20,83	20,10	31,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,45	2,59	2,65	%
Eigenkapitalquote:	7,32	7,17	8,67	%
Fremdkapitalquote:	92,68	92,83	91,33	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Abfallmenge	649.446,00	594.043,00	360.312,00	Mg
Durchschnittserlöse	8,29	9,23	8,22	EUR/Mg

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörsen zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens. Mit der Verstromung von Deponiegas wurden Leistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Daher ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Leistungen verpflichtet.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel, zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Aufgrund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen aufgrund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im vorigen Geschäftsjahr operativ weiter optimiert.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2019 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Dabei erfolgte die externe Begutachtung nach den Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung in der Fassung von 2017. Im September 2019 wurde durch ZER-QMS das turnusmäßige jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit nach DIN EN ISO 9001:2015 durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im August 2019 fand die turnusmäßige Überwachung des Tätigkeitsbereiches Probenahme und Bodenmechanik der AWH nach DIN ISO/IEC 17025 durch die DAkKS GmbH statt. Dabei wurde die bestehende Akkreditierung des bodenmechanischen Labors bestätigt, was insbesondere für die zahlreichen Aufgaben der Probenahme und Eigenüberwachung im Rahmen des Einbaubetriebes sowie des Monitorings ein wichtiger Qualitätsnachweis ist.

Im Jahr 2019 war für die AWH bezüglich der Einbaumaßnahmen des Stilllegungsbetriebes wiederum eine ähnlich hohe Menge der angenommenen und verwerteten Abfälle wie im Vorjahr zu verzeichnen. Diese Entwicklung bezog sich nicht nur erneut auf das Segment der geotechnischen Sicherung (Aschen, Schlacken u. ä. mineralische Abfälle mit geringer Wasserdurchlässigkeit), sondern es wurden im Vergleich zu 2018 auch deutlich höhere Annahmemengen im Segment der Materialien für den drainablen Horizont (Bauschuttmaterial) sowie die Wasserhaushaltsschicht (Bodenmaterial) registriert. Bei der geotechnischen Sicherung wurde weiter nach der 2017 erteilten Genehmigung zum überhöhten Abfalleinbau zwecks Vorwegnahme der noch kommenden Setzungen gearbeitet, welche 2019 nochmals auf Antrag der AWH durch die Genehmigungsbehörde am westlichen Randbereich erweitert wurde (Fünfte Ergänzung vom 17. Dezember 2019 zur Rekultivierungsanordnung). Im Bereich der Bauschutt- und Bodenmaterialien konnte erstmals seit der genehmigungsrechtlichen Verschärfung der Annahmebedingungen und Vorgaben für den Einbau im Jahr 2016 wieder die Fertigstellung von Teilflächen in den östlichen und südlichen Deponiebereichen erreicht werden. Insgesamt ist die Mengenentwicklung im abgelaufenen Jahr 2019 sehr positiv einzuschätzen, auch weil die Einsatzbedingungen für die entsprechenden Abfälle mit den aktuellen Genehmigungen durch das Landesverwaltungsamt und den einzuhaltenden QM-Plänen wesentlich umfangreichere Anforderungen als früher umfassten. Gleichwohl ist mit dem Auslaufen des Segments der geotechnischen Sicherung im kommenden Jahr zu rechnen, da dann die Überhöhung abgeschlossen sein wird. Aus diesem Grund mussten bereits 2019 die Vorbereitungen dafür getroffen werden, die entsprechenden Verträge mit den Abfallanlieferern fristgerecht kündigen zu können. Von der AWH wird weiterhin angestrebt, einen möglichst nahtlosen Übergang zum Projekt der Drehpunktgestaltung hinsichtlich des weiteren Einsatzes der Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung zu ermöglichen, allerdings ist diese Frage genehmigungsrechtlich bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden gewesen.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 konnte die AWH ein ähnliches Ergebnis wie 2018 bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen für die geotechnische Sicherung (Aschen, Schlacken usw.) sowie merkliche höhere Mengen bei den Anlieferungsmengen für die Oberflächengestaltung (Bauschutt, Bodenmaterial) verzeichnen. Die 2017/2018 umgesetzte Preispolitik in Richtung auf höhere Annahmepreise für Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung entsprechend der Marktsituation wurde im vergangenen Jahr konsequent weitergeführt. Daraus resultierten in diesem Segment erneut sehr hohe Umsatzerlöse.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltsschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Auch im Geschäftsjahr 2019 hat die Geschäftsführung weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, mit deren erfolgreicher Umsetzung auch die Annahmemengen von Böden und Recyclingmaterialien auf einem moderaten Niveau gesichert werden konnten, obwohl die Anforderungen für die Annahme und den Einbau dieser Materialien seit Mitte 2016 mit den neuen Qualitätssicherungs-Anforderungen des Landesverwaltungsamtes wesentlich höher geworden sind. In diesem Bereich war 2019 mit einer deutlichen Steigerung der Annahmemengen eine sehr positive Entwicklung zu registrieren. Insofern ist dies ein Erfolg für den regionalen und überregionalen Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen in diesem Segment, der trotz einer großen Anzahl an Wettbewerbern erreicht werden konnte.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2019 waren keine signifikanten Änderungen im gesetzlichen Regelwerk der Deponieverordnung zu verzeichnen, die rechtskräftig geworden sind, sodass die gesetzlichen Rahmenbedingungen weitgehend konstant blieben. Ende 2019 wurde ein Entwurf aus dem Umweltministerium zur Novelle der Deponieverordnung veröffentlicht. Aus diesem ergaben sich keine wesentlichen Änderungen für den Stilllegungsbetrieb der Deponie Halle-Lochau. Mit einem Inkrafttreten wird aufgrund der dazu notwendigen Abstimmungen in der Regierung sowie in Bundestag und Bundesrat kaum vor Mitte 2020 zu rechnen sein. Aufgrund der genehmigungsrechtlichen Auflagen des Landesverwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb resultierte auch im Jahr 2019 ein entsprechend höherer Aufwand zur Nachweisführung und Qualitätssicherung bei den verschiedenen Einbaumaßnahmen. Letzterer betraf sowohl die Eigenüberwachung als auch die zu beauftragenden Leistungen der Fremdprüfung. Im Vergleich zu früheren Jahren vor 2016 sind damit die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes an den zu führenden Nachweis der Materialeignung sowie die Qualitätssicherung im Einbau deutlich gestiegen, die sich weiterhin in deutlich höheren Kosten für die Planung und die Qualitätsüberwachung bei allen Maßnahmen zeigten.

Grundlage für die im Jahr 2019 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene und inzwischen mit fünf Ergänzungen (letztmals vom 17. Dezember 2019) und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF-Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Detail-Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen bearbeitet, welche u. a. die im Drehpunkt vorgesehene Gestaltung als Gesamtmaßnahme beinhalteten.

Entsprechend der Forderungen des Landesverwaltungsamtes wurde für die Vergabe der Gesamtplanung des Drehpunktbereiches im Jahre 2016 durch die AWH eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In deren Ergebnis wurden die Planungsleistungen für die Böschungsgestaltungsmaßnahmen (Los 1) und die Standsicherheit (Los 2) an ein Ingenieurbüro vergeben. Der Planungsauftrag für die naturschutzfachlichen Belange (Los 3) ging an einen anderen Bieter. Die Entwurfsplanung wurde im April 2019 der AWH übergeben und nach der internen Prüfung im Juni 2019 an das Landesverwaltungsamt übermittelt. Seitdem läuft die behördeninterne Prüfung und Abstimmung zu dieser Planung. Ob und wie dazu entschieden wird, ist derzeit offen. Nach den bekannt gewordenen ablehnenden Standpunkten der anderen Behörden und der zu beteiligenden Dritten (LMBV, MUEG) erscheint jedoch eine Genehmigung und Umsetzung dieser Planung derzeit als wenig realistisch. Aus diesem Grund wurden beginnend mit dem letzten Quartal 2019 zunächst intern bei der AWH Alternativkonzepte erörtert und abgestimmt.

Bereits im Jahr 2016 ergaben sich im Segment der Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht wesentliche Änderungen mit dem von der Behörde geforderten neuen Qualitätsmanagementplan für diese Maßnahmen. Im Ergebnis dessen resultierten wesentlich aufwändigere Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich. Dies führte dazu, dass bis Ende 2018 fast keine neuen Flächen fertig gestellt werden konnten, da erneute Abstimmungen der AWH gemeinsam mit dem Fremdprüfer und der Behörde erforderlich waren. Im Rahmen dieser Abstimmungen konnten 2018 und 2019 nun praktikable Lösungen für den Nachweis der Anforderungen bei der Errichtung des drainablen Horizontes sowie der Wasserhaushaltsschicht erarbeitet werden, sodass hier 2019 wieder substantielle Einbaufortschritte möglich wurden und erstmals seit 2017 wieder Flächen zwischen- und endabgenommen werden konnten sowie ein Direkteinbau von Bodenmaterial möglich war. Zudem konnte 2019 mit der Behörde Einvernehmen darüber erzielt werden, dass die weitere Klärschlammzugabe zum Oberboden der Wasserhaushaltsschicht in dem Umfang zugelassen wird, dass die in den vergangenen Jahren angenommenen und zu einem großen Teil noch zwischengelagerten Klärschlammengen vollständig verarbeitet werden.

Im zweiten Halbjahr 2017 trat die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes zur Überhöhung der Einbaubereiche der geotechnischen Sicherung aufgrund des vorgezogenen Setzungsausgleiches in Kraft (vierte Ergänzung vom 18. Mai 2017 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008). Damit verbunden war die Erarbeitung neuer Qualitätsmanagementpläne für diese Maßnahmen, die wesentlich höhere und zum Teil auch neue Anforderungen an die Annahme und den Einbau dieser Materialien enthielten. Diese Auflagen führen einerseits zu einem geringeren Portfolio einsetzbarer Materialien im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten bei Planung und Qualitätssicherung. Die AWH konnte durch intensive Vorbereitung der umfangreichen geforderten Nachweise und Dokumentationen sowie die Akquise neuer Kunden hier insofern erfolgreich gegensteuern, dass die Annahmemengen und Umsatzerlöse trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2019 wiederum ein ähnlich hohes Niveau wie 2018 erreichten. Zudem wurde der Einsatzbereich nach einem im Juli 2019 von der AWH eingereichtem Ergänzungsantrag auf den westlichen Deponierand erweitert (fünfte Ergänzung vom 17. Dezember 2019 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008).

Auch im Jahr 2019 fanden zahlreiche weitere Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungsteilmaßnahmen mit dem klaren Ziel einer gemeinsamen Lösungsfindung.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich 2019 keine wesentlichen Änderungen. Die für diesen Bereich vom Bundesgesetzgeber geplante „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien liegt weiterhin nur im Entwurf vor. Die darin geplanten Vorgaben würden sich bei einem Inkrafttreten merklich sowohl auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik vor allem im Bereich der Abfallüberwachung im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken. Aufgrund der Vorgaben der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wird die Schließung der Boden- und Bauschuttbörse für Ende 2025 eingeplant, da ansonsten eine unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten nicht rentable Nachrüstung der Anlage erforderlich werden würde.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wie in den Vorjahren waren auch im Geschäftsjahr 2019 die Umsatzerlöse aus der Annahme von Verwertungsabfällen ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler. Hier konnte aufgrund der leichten Steigerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen auf 649 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 594 TMg ein konstanter Umsatz für diesen Bereich mit TEUR 5.386 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 5.486 generiert werden. Der Planwert von TEUR 5.520 konnte aufgrund der beschriebenen positiven Entwicklung nahezu vollumfänglich erreicht werden.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas einen weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte aufgrund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen im Bereich der Gasfassung sowie der Durchführung der turnusmäßigen Wartungsstufen bei den Deponiegasmotoren ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies einen Umsatz von TEUR 1.174 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 1.320 sowie zum Planwert von TEUR 837.

Auf der Aufwandsseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zu einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellung beigetragen. Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2019 einen Umfang von TEUR 1.295. Die entsorgte Menge betrug knapp 109 Tm³. Damit ist die Ist-Menge merklich geringer als im Vorjahr mit 130 Tm³. Ebenso ist der damit verbundene Aufwand deutlich unterhalb des Vorjahreswertes von TEUR 1.486. Die für 2019 angesetzten Planwerte in Höhe von 146 Tm³ und TEUR 1.720 konnten deutlich unterboten werden. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr TEUR 455 angefallen. Hiermit wurden sowohl der Vorjahreswert in Höhe von TEUR 563 als auch der Planwert mit TEUR 1.073 deutlich unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den im Februar 2017 erworbenen Schuldscheindarlehen sowie der bereits im Dezember 2016 getätigten Geldanlage im Allianz Portfolio-Konzept. Mit dieser neuen Anlage- und Risikostruktur konnten trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten analog zum Vorjahr Erträge in Höhe von TEUR 419 erzielt werden.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen.

Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle fünf Jahre modellprognostisch überprüft. Im Jahr 2019 erfolgte turnusmäßig die letzte dieser Überprüfungen auf Grundlage der aktuellen Ergebnisse und Daten bei der Umsetzung des Stilllegungskonzeptes. Im Ergebnis dieser externen Überprüfungen und Modellprognosen wurde bestätigt, dass die Ziele hinsichtlich einer umweltgerechten und nachhaltigen Deponiestilllegung weiterhin erreicht werden.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 betrug der Personalbestand der AWH 36,6 VBE, was eine Abweichung von -1,0 VBE zum Plan bedeutet. Somit wurde die Personalplanung für das Jahr 2019 eingehalten. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer stetigen Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem aufgrund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2024 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 22,6 VBE.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH war im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr konstant gut, was vor allem auf die generierten Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Demnach konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres mit TEUR 7.779 im Geschäftsjahr 2019 mit TEUR 7.797 bestätigt werden. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei TEUR 7.260 und wurde somit erreicht. Die positive Entwicklung wie schon im Vorjahr basiert vor allem auf der bereits erläuterten Anhebung der Anlieferpreise für die Annahme von Verwertungsabfällen als Konsequenz aus dem aktuellen Marktpreisniveau. Für die hieraus resultierenden Umsatzerlöse bedeutete das eine konstante Erzielung von TEUR 5.386 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 5.486. Der Planwert in Höhe von TEUR 5.520 konnte somit nahezu vollständig generiert werden.

Daneben konnte die AWH auch bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas mit TEUR 1.174 ein durchaus beachtliches Ergebnis erzielen. Hiermit wurde zwar der Vorjahreswert von TEUR 1.320 nicht ganz erreicht, aber der Planwert von TEUR 837 wurde deutlich übertroffen. Dies wiederum ist auf die Stabilisierung der Gasmengen aufgrund der realisierten Ertüchtigungsmaßnahmen bei der Gasfassung und der turnusmäßigen Wartung der Deponiegasmotoren zurückzuführen.

Im Bereich der Erlöse aus Ansiedlungen konnten sowohl die Planvorgabe von TEUR 784 als auch das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 825 mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von TEUR 959 vollumfänglich übertroffen werden. Ursachen hierfür waren vor allem die gestiegene Abnahmemenge an Strom und Preissteigerungen bei den Strombezugskosten.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird neben den Erträgen aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen aus der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge mit TEUR 2.597 auf die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 158 und die Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 117 verwiesen.

Auf der Aufwandsseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2019 um TEUR 34 auf TEUR 2.231 im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Hauptausschlaggebend für diese Erhöhung ist die zum 1. April 2019 erfolgte Tarifsteigerung laut TVöD von durchschnittlich 3,09 %.

Beim Materialaufwand kam es zu einer deutlichen Erhöhung mit TEUR 920 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 823. Ursache hierfür ist die bereits unter den Erlösen aus Ansiedlung angeführte gestiegene Abnahmemenge an Strom. Trotz dieser Steigerung wurde der Planwert in Höhe von TEUR 1.001 nicht vollständig erreicht.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen sowie Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser und für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltung wurde bereits unter Punkt 3.4. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Wesentliche Kostenpositionen waren im Geschäftsjahr das Brechen von Beton- und Bauschuttmaterialien sowie Planungskosten für die Lose 1 bis 3 im Rahmen der Neuplanung zum Projekt Böschungsgestaltung Drehpunktbereich. Im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sind im Geschäftsjahr 2019 Aufwendungen von TEUR 895 angefallen. Dieser Wert liegt deutlich über dem des Vorjahres mit TEUR 452, aber aufgrund einiger Maßnahmenverschiebungen in die Zukunft deutlich unter dem Planwert in Höhe von TEUR 2.818.

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Bei den Rückstellungen hat sich der Gesamtumfang im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht und hat zum 31. Dezember 2019 einen Wert von TEUR 54.041, was eine Abweichung von TEUR 469 bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurde in Höhe des sich ergebenden Saldos eine Zuführung in Höhe von TEUR 208 gebucht. Diese Zuführung basiert auf der aktualisierten Decklungsrechnung (Stand 15. Februar 2020) und resultierte hauptsächlich aus der Verlängerung der Stilllegungsphase um ein Jahr bis Ende 2027. Die hiermit verbundene Kostenverlagerung ist das Ergebnis der zeitlichen Verzögerungen bei den zahlreichen Abstimmungen und den daraus resultierenden Genehmigungen von Einzelmaßnahmen durch die beteiligten Behörden. Dies betrifft vor allem die Stilllegungsmaßnahmen Böschungsgestaltung Drehpunkt (Planungsleistungen) sowie die Aufbringung der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht. Darüber hinaus musste die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge um TEUR 449 aufgestockt werden, als Ergebnis der Bewertung der zukünftigen Verpflichtung (Berücksichtigung von Preissteigerungen) mit anschließender Abzinsung und der damit verbundenen Zuführung auf den sich hieraus ergebenden Barwert.

Weitere wesentliche Rückstellungen sind die Rückstellung Betriebsprüfung sowie die bestehende Rückstellung für Zinszahlungen, resultierend aus den Prüfungsfeststellungen des Finanzamtes Halle (Saale) im BP-Bericht vom 21. Dezember 2018. Unter Berücksichtigung der Folgewirkungen bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 wurde die Rückstellung Betriebsprüfung mit TEUR 150 teilweise aufgelöst. Die bestehende Rückstellung für Zinsnachzahlungen musste dagegen um TEUR 77 aufgestockt werden, da eine Neubewertung der Zinslast bis zum 31. Dezember 2019 vorzunehmen war.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2019 mit TEUR 671 hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 568, um TEUR 104 erhöht.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war im Geschäftsjahr 2019 nicht notwendig. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash Pool-Saldo in Höhe von TEUR 1.306.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

3.3. Vermögenslage

In der folgenden Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2019 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2019 in TEUR	31.12.2018 in TEUR	Veränderung in TEUR
Sachanlagen	1.449	1.510	-61
Sonstige Ausleihungen/Wertpapiere	5.945	5.944	1
Langfristig gebundenes Vermögen	7.394	7.454	-60
Vorräte (RHB)	45	66	-21
Forderungen aus LuL	540	765	-225
Forderung verb. Untern. (LuL)	6	97	-91
Forderung verb. Untern. (CP)	1.306	1.943	-637
Sonstige Vermögensgegenstände	42.544	45.425	-2.881
Flüssige Mittel	7.191	2.559	4.632
Aktiver RAP	10	13	-3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	51.642	50.868	774
Gesamtvermögen	59.036	58.322	714
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	4.324	4.183	141
Langfristige Rückstellungen	49.886	47.749	2.137
Langfristiges Kapital	54.210	51.932	2.278
Kurzfristige Rückstellungen	4.155	5.823	-1.668
Verbindlichkeiten aus LuL	320	245	75
Verbindlichkeiten verb. Untern.	206	238	-32
Sonstige Verbindlichkeiten	145	84	61
Kurzfristiges Kapital	4.826	6.390	-1.564
Gesamtkapital	59.036	58.322	714

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur wird ersichtlich, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert hat. Im Bereich des kurzfristig gebundenen Vermögens kam es zu einer Umgliederung von Sonstigen Vermögensgegenständen in die Liquiden Mittel. Hintergrund bildet die Wiederanlage von Finanzmitteln aus einem im Februar 2019 ausgelaufenen Schuldscheindarlehen in Termingeldanlagen. Aufgrund des erreichten Jahresüberschusses mit TEUR 141 konnte das vorhandene Eigenkapital erweitert werden.

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem deutlich besseren Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 141 liegt somit deutlich über dem Vorjahresergebnis mit TEUR -793, aber unterhalb des Planwertes mit TEUR 277. Zu beachten ist hierbei, dass der Jahresüberschuss negativ durch den Sondereffekt aus der Aufstockung der Rückstellung Rekultivierung beeinflusst wird. Diese Aufstockung resultiert mit TEUR 449 aus der erforderlichen Zuschreibung auf den sich aus der Abzinsung ergebenden Barwert.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

4.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der AWH insgesamt 14 Risiken ermittelt (Vorjahr: 15 Risiken). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt vier Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	4	0	3
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	1	0	0
Technologische Entwicklungen	3	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	4	0	1
Gesamt	14	0	4

In der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weist die Risikokategorie Beschaffungsmarkt die meisten Einzelrisiken der Gruppen 1 und 2 aus. Die Risiken betreffen dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise. Ein weiteres Risiko der Gruppe 2 betrifft die Risikokategorie Sonstige/Interne Prozesse/Strategie. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben ist die Gesellschaft verpflichtet, zum Bilanzstichtag die langfristige Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge neu zu bewerten. Hierbei sind zur Ermittlung des Barwertes einerseits zukünftige Preissteigerungen und andererseits die von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB (7-Jahresdurchschnitt) zu berücksichtigen. Aufgrund der stetigen Abnahme der Abzinsungszinssätze, resultierend aus der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, erwartet die Gesellschaft für die kommenden Jahre, dass die Rückstellung jährlich auf den zu ermittelnden Barwert aufgestockt werden muss. Der sich hieraus ergebende Aufwand aus der Aufstockung der Rückstellung wirkt sich vollständig ergebnismindernd aus.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge an Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2020 bis 2025 unter Beachtung der vom LVwA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant auch über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern überwiegend aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit, mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der vorliegenden Entwurfsplanung zur Gestaltung des Drehpunktgebietes. Aufgrund der aktuellen Böschungszustände, vor allem der beiden Bergbauböschungen, erachtet es der Planer für notwendig, wesentlich mehr Einbaumassen zu verwenden, um eine ausreichende Standsicherheit herzustellen. Aus diesen erheblich umfangreicheren Massenbeschaffungen und -bewegungen heraus resultiert auch eine wesentlich längere Bauzeit als bisher in den ingenieurtechnischen Vorplanungen ausgewiesen. Die Gesellschaft befindet sich derzeit in intensiven Abstimmungsgesprächen mit der Genehmigungsbehörde sowie mit der Gesellschafterin, um unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse ein ökologisch und ökonomisch umsetzbares Konzept zur Gestaltung des Drehpunktgebietes zu entwickeln.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von konstanten Umsätzen ausgegangen, welche überwiegend durch die geplanten Annahmemengen an Verwertungsabfällen und den geplanten Annahmepreisen begründet sind. Diese Annahmemengen resultieren aus der Weiterführung der Überhöhung der Deponie als Vorwegnahme zukünftig prognostizierter Setzungen im Jahr 2020 sowie aus der Teilmaßnahme Gestaltung der Westböschung der Deponie als Bestandteil der Gesamtmaßnahme Drehpunktgestaltung.

Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2020 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat die Geschäftsführung der AWH die geplante Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, realisiert. Unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie wurden die Finanzmittel in diversen Schuldscheindarlehen angelegt. Im Februar 2019 endete die Laufzeit eines Schuldscheindarlehens. Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung wurden die Gelder größtenteils in Termingeldanlagen platziert. Damit soll auch wie schon im Geschäftsjahr 2019 in den kommenden Jahren eine Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung von Marktrisiken erreicht werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, sodass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 geht die Geschäftsführung davon aus, dass in den Folgejahren weiterhin positive Jahresergebnisse erzielt werden. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Rekultivierungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten. Darüber hinaus wäre eine Anpassung der Regelungen des BilMoG durch den Gesetzgeber in Bezug auf die verbindlich anzuwendenden Abzinsungzinssätze der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Bewertung von langfristigen Rückstellungen wünschenswert. Diese Abzinsungzinssätze sind in den letzten Jahren aufgrund der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank stetig gefallen.

Trotz der Ausbreitung des Corona Virus wird die AWH GmbH die Rekultivierung der Deponie auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und damit auf die zukünftigen Ergebnisse ergeben.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 128 KVG LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	593	8	566	7	344	5	27	5
Umlaufvermögen	6.565	91	7.110	92	6.884	94	-545	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	91	1	88	1	101	1	3	3

Bilanzsumme

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	7.249	100	7.764	100	7.329	100	-515	-7

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.975	27	1.754	23	3.358	46	221	13
Rückstellungen	4.331	60	4.961	64	3.118	42	-630	-13
Verbindlichkeiten	943	13	1.049	13	853	12	-106	-10

Bilanzsumme

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	7.249	100	7.764	100	7.329	100	-515	-7

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	19.434	20.735	21.582
sonstige betriebliche Erträge	259	388	521
Materialaufwand	4.800	3.045	3.085
Personalaufwand	12.720	14.070	14.738
Abschreibungen	200	207	248
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.578	5.016	2.122
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	74	38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	141	154	89
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33	309	570
Ergebnis nach Steuern	221	-1.604	1.289
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	221	-1.604	1.289

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,14	-7,74	5,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,58	-47,77	62,33	%
Cash-Flow:	421	-1.397	1.537	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	66	61	62	T€
Personalaufwandsquote:	64,59	66,61	66,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,32	3,22	4,08	%
Eigenkapitalquote:	27,24	22,59	45,82	%
Fremdkapitalquote:	72,76	77,41	54,18	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Unternehmen

Seit über 25 Jahren steht der Kunde bei der A/V/E GmbH im Fokus. Mit 335 Mitarbeitern erbringt der Servicespezialist deutschlandweit für über 50 Unternehmen der Energiewirtschaft individuelle Prozess-, Vertriebs- und Servicedienstleistungen entlang der Customer Journey. Ganz gleich vor welcher Herausforderung Unternehmen stehen, mit A/V/E haben sie einen Partner, der sich in den Prozessen und der Interaktion mit den Kunden auskennt. Dabei verfolgt der Dienstleister eine Strategie, die eine hohe Kundenzufriedenheit garantiert und nutzt die Digitalisierung, um für den Energiemarkt und darüber hinaus neue Ansätze und Lösungen zu finden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Energiekunden werden nach unserer Wahrnehmung anspruchsvoller, individueller und digitaler. Zugleich sorgen Energie- und Mobilitätswende dafür, dass die Versorger ihre Kunden nicht nur mit Strom, Gas, Wasser und Wärme beliefern müssen, sondern auch bei Themen wie Photovoltaik, Stromspeicher, Ladesäulen, Smart Metering und Smart Home gefragt sind. Daher entwickelt sich A/V/E auch in der digitalen Welt weiter: vom klassischen Prozessdienstleister zum Service- und Supportspezialisten. Die aktuelle Marktentwicklung zeigt, dass Self-Services für die Abwicklung von Kundenprozessen weiter zunimmt und klassische Massenprozesse in der Kundenkommunikation durch intelligente Lösungen nach und nach ergänzt werden.

A/V/E versteht sich als Wegbegleiter in die digitale Kundenbetreuung und setzt auf zeitgemäße IT-Systeme, anforderungsgerechte Prozesse, personelle Ressourcen und das Know-how ihrer Mitarbeiter. Nicht nur die Kundenbetreuung, sondern auch der Support und Service rund um die digitale Arbeitswelt der Mitarbeiter stehen im Fokus. Im Rahmen des neuen Geschäftsfeldes Service Desk übernimmt A/V/E für den größten Kunden, zusätzlich zum energiewirtschaftlichen Kundenmanagement, die Rolle des konzerninternen Lösungsmanagers rund um die IT-Themen.

Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2019 war für A/V/E geprägt von den Auswirkungen der Digitalisierung sowie den Themen Recruiting und Mitarbeiterbindung. Der nach wie vor anhaltend hohe Stand analoger Kundenkontakte zeigt, dass der Bedarf an kompetentem und freundlichem Kundenservice von Mensch zu Mensch gerade dann am höchsten ist, wenn der Kundendialog durch automatisierte Prozesse ersetzt werden soll. Das damit verbundene hohe Arbeitsaufkommen hatte in 2019 zur Folge, dass neue Aufträge nur dann angenommen wurden, wenn der Personalbeschaffungsprozess erfolgreich funktionierte. In Summe konnten in der Kundenakquise 2019 vier Neuzugänge verzeichnet werden, sowohl für einzelne Kampagnen aber auch mit längerfristigen Verträgen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E zeichnete sich im Jahr 2019 durch Stabilität aus. Die Bilanzsumme der A/V/E verringerte sich zum 31. Dezember 2019 stichtagsbedingt gegenüber dem 31. Dezember 2018 um 7 % auf 7.249 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2019 insgesamt 227 T€ (im Vorjahr: 447 T€). Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um abschließende Investitionen in den in 2018 begonnenen Neuaufbau der Kommunikationsplattform sowie Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen von Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Umlaufvermögen sank stichtagsbezogen um 544 T€ auf 6.565 T€ (31. Dezember 2018: 7.109 T€). Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung auf 344 T€ (31. Dezember 2018: 603 T€) und der geringere Forderungsbestand gegen verbundene Unternehmen von 5.797 T€ (31. Dezember 2018: 6.500). Zu einem Anstieg kam es bei den Forderungen gegenüber dem Finanzamt, diese betragen zum 31. Dezember 2019: 418 T€ (im Vorjahr waren keine derartigen Forderungen zu verzeichnen). Auch im Jahr 2019 wurde von Pauschalwertberichtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses Gebrauch gemacht, um möglichen Forderungsausfällen Rechnung zu tragen.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 221 T€ auf 1.975 T€ (31. Dezember 2018: 1.754 T€). Die Eigenkapitalquote stieg stichtagsbedingt auf 27 % (31. Dezember 2018: 23 %). Die Rückstellungen sanken auf 4.331 T€ (31. Dezember 2018: 4.961 T€). Wesentliche Ursache dafür ist die Inanspruchnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus dem Teilbetriebsverkauf des Zählermanagements. Die Steuerrückstellungen verringerten sich stichtagsbezogen auf 16 T€ (31. Dezember 2018: 413 T€). Die Pensionsrückstellungen stiegen um 7 % auf um 1.097 T€ (31. Dezember 2018: 1.021 T€).

Zum 31. Dezember 2019 lagen die Verbindlichkeiten mit 944 T€ um 105 T€ unter dem Vorjahreswert von 1.049 T€. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sowohl im Bereich gegenüber verbundenen Unternehmen als auch gegenüber Dritten.

Die Gesellschaft finanzierte sich auch im Jahr 2019 vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Gleichwohl verfügt die A/V/E weiterhin über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG. Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2019 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 gewährleistet.

Die Umsatzerlöse gingen im Jahr 2019 um 1.300 T€ (6 %) gegenüber dem Vorjahr zurück. Dieser Rückgang resultiert maßgeblich aus dem Verkauf des Teilbetriebs Zählermanagement und den damit zum Käufer übergegangenen Leistungen im Bereich Zählwertbeschaffung und Inkasso. In der Marktrolle Lieferant wurden 70 % Umsatz generiert, auf die übrigen Markttrollen entfallen 30 %.

Im Bereich der betrieblichen Erträge ist ein Rückgang von 131 T€ gegenüber 2018 (389 T€) auf 258 T€ zu verzeichnen. Dieser Rückgang resultiert nahezu vollständig aus geringeren Auflösungen von Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Jahr 2019 um 1.755 T€ auf 4.800 T€ (Vorjahr: 3.045 T€). Wesentliche Ursache des Anstiegs um 58 % sind gestiegene Aufwendungen für Fremdblesung, da für zwei Kunden diese Leistungen von A/V/E beschafft und berechnet werden. Weiterhin stiegen die Aufwendungen für Leiharbeit in 2019.

Die Personalaufwendungen sanken um 1.350 T€ auf 12.720 T€ (Vorjahr: 14.070 T€). Diese Kostenverringerung resultiert im Wesentlichen aus dem geringeren Mitarbeiterbestand auf Grund des Teilbetriebsverkaufes des Zählermanagements in 2018, sowie geringeren Kosten im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Jahr 2019 stark auf 1.578 T€ (Vorjahr: 5.016 T€) und somit wieder auf ein gewöhnliches Niveau. Der Sondereffekt der Rückstellungsbildung für Verpflichtungen aus dem Teilbetriebsverkauf Zählermanagement hatte im vergangenen Jahr zu einer erheblichen Aufwandserhöhung geführt.

Mit dem Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von 395 T€ (Vorjahr: -1.215 T€) konnte das Ziel des Wirtschaftsplanes erreicht werden.

Das Finanzergebnis sank um 61 T€ auf -141 T€ (im Vorjahr: -80 T€). Maßgeblich hierfür sind Zinsaufwendungen auf Grund von versicherungsmathematischen Gutachten für die betriebliche Altersvorsorge.

Der Steueraufwand für das Jahr 2019 beläuft sich auf 33 T€. Dies bedeutet eine Reduzierung um 276 T€ gegenüber dem Vorjahr mit 309 T€.

Die A/V/E schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von 221 T€ (im Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 1.604 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für die A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 2019: 395 T€) und der Effizienzgrad (Auslastungsgrad).

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2019, ein Betriebsergebnis von 372 T€ zu erzielen, wurde mit T€ 395 erreicht.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und zur Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt dem Grunde nach das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl konnte 2019 um 8,1 Prozentpunkte auf 91,7 % gesteigert werden. Die Trennung vom Teilbetrieb Zählermanagement stellt dabei die wesentlichste Ursache der starken Steigerung dar. Demzufolge wurde auch das Ziel, den Effizienzgrad auf Vorjahresniveau zu halten, übertroffen.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für A/V/E gelten die Bestimmungen des rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen auch zukünftig in der Neukundengewinnung und in der Bestandskundenentwicklung. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt.

Bereits bei der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden Service Level Agreements und dem Datenschutz.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht erkennbar.

Die Beschaffung von qualifiziertem Personal hat als Risiko heute schon in der Personalarbeit hohe Bedeutung. Auf Grund der allgemeinen Arbeitsmarktlage und demografischen Entwicklung ist es zusehends schwerer, geeignetes Personal zu akquirieren. Dem begegnet A/V/E mit Maßnahmen zum effektiven Halten von Bestandspersonal sowie angepassten Schulungskonzepten, um neue Mitarbeiter schneller und ggf. trotz geringerer Vorqualifikation in die Prozessarbeit zu integrieren.

Als Chance sieht A/V/E auch zukünftig die Weiter- und Neuentwicklung von etablierten Prozessprodukten zu maßgeschneiderten Lösungen sowie in der erfahrungsbasierten Know-how-Sicherung für und bei unseren Kunden. Weiterhin bietet auch der weiter fortschreitende Ausbau von non-commodity-Produkten der Energieversorger und die sich damit ergebenden neuen Produkte Chancen für die A/V/E. Der Eintritt in neue Themen und Geschäftsfelder wie beispielsweise die Übernahme von Service Desk Leistungen hat die Gesellschaft vorbereitet und startet im Jahr 2020 in die produktive Übernahme von diesen neuen Dienstleistungen.

Strategie

Mit der Unternehmensstrategie richtet sich A/V/E in einem sich ändernden Umfeld auf Profitabilität und langfristige Wertsteigerung aus. Dabei ist die strategische Zielsetzung klar definiert: Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, Kundenzufriedenheit und sichere Arbeitsplätze für die Mitarbeiter.

Dafür stellt sich A/V/E in der digitalen Welt neu auf und nutzt die Chancen am Markt, sich vom klassischen Prozessdienstleister zum Service- und Supportspezialisten für die Digitalisierung in der Energiebranche zu entwickeln.

A/V/E findet genau dort ihr Leistungsspektrum, wo automatisierte Prozesse an ihre Grenzen kommen. Fragen und Probleme, die entstehen, wollen die Kunden beantwortet und gelöst haben. Die kundenorientierten A/V/E-Mitarbeiter mit technischem Know-how bieten hier den Support für alle Online-Portale und –Services.

Auch intern stellt sich die A/V/E den Aufgaben der sich wandelnden Produkt- und Arbeitswelten, so wird man einen ersten Test zum mobilen Arbeiten durchführen und auch im Bereich der Personalbindung und –beschaffung neue Methoden nutzen.

Aussichten

Für das Geschäftsjahr 2020 weist die Mittelfristplanung ein Betriebsergebnis von 415 T€ aus. Der Effizienzgrad soll mindestens auf dem Niveau von 2019 gehalten werden.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale) sowie Beratung und Betreuung im Bereich „Ausbildungspool.Halle“, ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Muric, Antje

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1	1	0	0	4	4	1	
Umlaufvermögen	102	99	74	100	91	96	28	38
Bilanzsumme	103	100	74	100	95	100	29	39
Passiva								
Eigenkapital	25	24	25	34	25	26	0	0
Rückstellungen	25	24	26	35	28	29	-1	-4
Verbindlichkeiten	53	52	23	32	42	45	30	130
Bilanzsumme	103	100	74	100	95	100	29	39

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	602	661	683
sonstige betriebliche Erträge	0	1	0
Materialaufwand	108	18	16
Personalaufwand	378	580	590
Abschreibungen	1	2	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	83	68	61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	32	-6	14
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	0	6	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	32	0	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,31	-0,85	2,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	127,85	-22,45	56,41	%
Cash-Flow:	33	-3	16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	50	29	30	T€
Personalaufwandsquote:	62,76	87,48	86,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,31	0,00	3,93	%
Eigenkapitalquote:	24,20	33,99	26,34	%
Fremdkapitalquote:	75,80	66,01	73,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Einsatzstunden Entsorgungsdienste	17.841	15.017	17.230	Stunden

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungierte im Geschäftsjahr 2019 am Markt zum einen als Dienstleister im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale) sowie im Auftrag der Stadtwerke Halle GmbH als leitendes Organ im Rahmen der Durchführung des sogenannten Ausbildungspool(s).Halle.

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Beide Unternehmen werden in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Bei dem Ausbildungspool.Halle handelt es sich um ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen, welche auf eine Berufsorientierung oder auf eine Ausbildung in einem Unternehmen des Konzernverbundes der Stadtwerke Halle GmbH oder bei Kooperationspartnern abzielt.

Beide Dienstleistungen wurden ausschließlich gegenüber Gesellschaften im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Perspektivisch gilt es für die Cives Dienste GmbH, den Geschäftsbereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen stabil zu gestalten. Diese Dienstleistung wird gegenüber der Muttergesellschaft, der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, mit dem Anspruch eines hohen Qualitätsniveaus erbracht. Dabei ist das Beschwerdeverhalten der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Entsorgung für Leichtverpackungen im Vergleich zu den Vorjahren nahezu konstant geblieben. Schwankungen ergeben sich aufgrund von Fluktuation im Rahmen der Einarbeitungsphase für neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit Einführung eines digitalen Leitstandes zum 1. Januar 2020 werden zukünftig Statistiken geführt, die hierzu genaue Aussagen ermöglichen, aus denen dann entsprechende Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können.

In den Unternehmen der SWH-Gruppe entsteht regelmäßig Bedarf für zeitlich befristete Leistungen, die von Mitarbeitern mit einer hohen fachlichen gewerblichen Qualifikation erbracht werden müssen. Diese Bedarfe bestehen regelmäßig nicht ganzjährig, sondern zum Teil wesentlich kürzer und unterschreiten das Zeitvolumen einer ganzen Stelle mitunter deutlich. Vor diesem Hintergrund soll der Geschäftsbereich Entsorgung sukzessive weiterentwickelt werden. Mitarbeiter des Bereiches Entsorgung sollen durch gezielte Aus- und Weiterbildungen befähigt werden, zeitweise in anderen Unternehmen Leistungen zu übernehmen. Die Flexibilität und Reaktionsfähigkeit in den Unternehmen kann dadurch erhöht und externe Leiharbeit gemindert werden. Für die Mitarbeiter kann die Arbeitstätigkeit abwechslungsreicher gestaltet werden, was sich positiv auf die Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung auswirken kann. Im Jahr 2019 konnte dies aufgrund eines unterplanmäßigen Personalbestandes noch nicht umgesetzt werden.

Zudem implementierte die Gesellschaft zum 1. Januar des Geschäftsjahres den neuen Geschäftsbereich „Ausbildungspool.Halle“.

Gegenstand des Ausbildungspools ist die Vorbereitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund besonderer Umstände nur geringe Aussichten auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung haben, sowie Schülern im Rahmen von Berufsorientierungsangeboten auf die Anforderungen eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes. Dabei können die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe zum Teil reguläre Ausbildungsstellen mit Teilnehmern des „Ausbildungspool.Halle“ besetzen. Zusätzlich soll der „Ausbildungspool.Halle“ für Klein- und Kleinstunternehmen aus und in Halle geöffnet werden. Ziel dieser Öffnung ist es, diesen Unternehmen, die vielfach auch Partner der SWH-Gruppe sind, ein Ausbildungsengagement zu ermöglichen. Schwerpunkt bleiben dabei die Unternehmen der SWH-Gruppe. Des Weiteren wird im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ eine netzwerkorientierte Zusammenarbeit zwischen den Schulen, Handwerks- und Handelskammern, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Migrationsprojekten, den Keim- und Kleinstunternehmen, der SWH-Gruppe und der Stadt angestrebt.

Parallel setzt die Cives Dienste GmbH bei der Ausführung kaufmännischer und verwaltungstechnischer Aufgaben auf die vertragliche Vergabe im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Entsorgung, Ausbildungspool und Geschäftsführung gegliedert.

Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen an die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer monatlichen Überprüfung unterzogen, um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der ehemalige Geschäftsbereich Gebäudereinigung ging zum 1. Januar des Geschäftsjahres 2019 auf die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) über.

Im Gegenzug hat die Gesellschaft zum 1. Januar 2019 die geplanten Aufgaben des neuen Geschäftsbereiches „Ausbildungspool“ aufgenommen. Diesbezüglich erfolgte die Übernahme eines kaufmännischen Mitarbeiters von der Stadtwerke Halle GmbH in die Gesellschaft. Zusätzlich erfolgte zum 1. August 2019 die Einstellung von drei Auszubildenden unterschiedlichster Berufe in der Gesellschaft. Diese wurden dem Geschäftsbereich „Ausbildungspool“ zugeordnet.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr: 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Leistungskapazität der Gesellschaft war durch die vorhandenen Verträge mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Erbringung von Entsorgungsleistungen sowie mit der Stadtwerke Halle GmbH zur Durchführung des Ausbildungspool.Halle fixiert.

Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen war auf operativer Leistungsebene mit den derzeitigen Leistungskapazitäten nicht realisierbar.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Muttergesellschaft an der Leistungsvergabe der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt. Die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen der Cives Dienste GmbH sind im Rahmen der operativen Leistungserbringung stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind nicht bekannt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 12 Beschäftigten und 3 Auszubildenden zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen.

Das Geschäftsjahr 2019 war im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen von einem überdurchschnittlichen Krankenstand geprägt. Aus diesem Grund sah die Gesellschaft sich gezwungen, auf den temporären Einsatz von Leiharbeitskräften zurückzugreifen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen ist ein signifikanter Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 111,9 TEUR (2018: 368,7 TEUR; 2019: 480,6 TEUR) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen auf eine Gesamtleistung von 17.841 Arbeitsstunden. Dies entspricht einer Steigerung von 2.824 Arbeitsstunden. Begründet ist dies durch eine erhöhte Nachfrage durch die Muttergesellschaft der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, welcher mit dem Einsatz von Leiharbeitskräften entsprochen werden konnte.

Die Durchführung und Betreuung der Maßnahmen im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ erfolgt ausschließlich gegenüber der Stadtwerke Halle GmbH. Im Rahmen dessen wurden im Geschäftsjahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von 121,9 TEUR erzielt.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr einen signifikanten Anstieg auf 108,2 TEUR (2018: 18,1 TEUR). Begründet ist dies durch den vermehrten Bedarf an Leiharbeitskräften zur Abdeckung der angeforderten Leistungskapazität im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen (2018: 12,4 TEUR; 2019: 100,1 TEUR).

Der Personalaufwand sank von 579,5 TEUR im Geschäftsjahr 2018 auf 378,4 TEUR im Geschäftsjahr 2019. Aufgrund der strategischen Veränderungen in den Geschäftsfeldern der Gesellschaft ist ein signifikanter Rückgang an eingesetztem Personal zu verzeichnen. Der Personalbestand im Geschäftsjahr 2018 betrug im Jahresdurchschnitt 22,7 VBE, wobei im Geschäftsjahr ein Personalbestand im Jahresdurchschnitt von 12,8 VBE (Veränderung: -9,9 VBE) zu verzeichnen ist.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Kostenanstieg von 16,0 TEUR auf einen Wert in Höhe von 83,5 TEUR im Geschäftsjahr 2019 zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung, für Büromiete sowie für Aus- und Fortbildungen im Rahmen des Ausbildungspool.Halle. Im Vergleich zum Vorjahr resultiert der Kostenanstieg durch die beiden letztgenannten Kostenpositionen.

Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 32,0 TEUR. Damit konnte das geplante Jahresergebnis in Höhe von 4,9 TEUR um 27,1 TEUR überschritten werden.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 24,7 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (8,6 TEUR; Vorjahr 8,5 TEUR), Personalrückstellungen (12,9 TEUR; Vorjahr 12,1 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (2,4 TEUR; Vorjahr 1,8 TEUR) sowie Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (0,8 TEUR; Vorjahr 2,9 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (17,1 TEUR; Vorjahr 14,0 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (1,9 TEUR; Vorjahr 6,1 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (2,7 TEUR; Vorjahr 3,2 TEUR) zusammen.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 wurden 2,0 TEUR für die Anschaffung von EDV-Hardware investiert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr unter Einhaltung der internen Cash Pool-Kreditlinie gegeben.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2019 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2019 in TEUR	31.12.2018 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	1,3	0,0	+1,3
Langfristig gebundenes Vermögen	1,3	0,0	+1,3
Forderungen aus LuL	0,0	0,0	0,0
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	95,8	37,4	+58,4
Forderung verb. Unternehmen (EAV)	0,0	5,6	-5,6
Forderung verb. Unternehmen (Steuer)	2,5	1,4	+1,1
Forderung verb. Unternehmen (CP)	0,0	27,0	-27,0
sonstige Vermögensgegenstände	3,6	2,1	+1,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	103,3	73,5	+29,8
Gesamtvermögen	103,3	73,5	+29,8
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	24,7	25,3	-0,6
Verbindlichkeiten aus LuL	17,1	14,0	+3,0
Verbindlichk. verb. Unternehmen (LuL)	1,3	6,1	-4,7
Verbindlichk. verb. Unternehmen (EAV)	32,0	0,0	+32,0
Verbindlichk. verb. Unternehmen (CP)	0,5	0,0	+0,5
übrige Verbindlichkeiten	2,7	3,1	-0,4
Kurzfristiges Kapital	78,3	48,5	+29,8
Gesamtkapital	103,3	73,5	+29,8

Bei der Analyse der Bilanz verzeichnet die Gesellschaft auf der Aktivseite eine Erhöhung der Bilanzsumme um 29,8 TEUR. Im Bereich des Anlagevermögens führten die Investitionen des Geschäftsjahres unter Ansatz der Abschreibungen des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2019 zu einem Bilanzausweis von 1,3 TEUR. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen gegen verbundene Unternehmen geprägt. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine kumulierte Erhöhung des Bilanzwertes um 26,9 TEUR zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 103,3 TEUR (Vorjahr 73,5 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 zeigen eine Minderung von -0,6 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 25,3 TEUR. Offene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Verbundbereich resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1,3 TEUR aus. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung in Höhe von -4,7 TEUR dar.

Des Weiteren weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten in Höhe von 17,1 TEUR (Vorjahr: 14,0 TEUR) aus, welche nahezu vollumfänglich durch offene Verbindlichkeiten im Rahmen der Gestellung von Leiharbeitnehmern des Leistungsmonats Dezember begründet sind.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von 73,5 TEUR auf 103,3 TEUR in dieser Berichtsperiode gestiegen.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Gewinnabführung an ihre Gesellschafterin deutlich verbessern. Wies die Gesellschaft im Vorjahr noch ein negatives Ergebnis vor Verlustausgleich in Höhe von 5,6 TEUR aus, konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 32,0 TEUR erwirtschaften (+37,6 TEUR).

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der Cives Dienste GmbH insgesamt sechs Risiken ermittelt (Vorjahr vier). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Risikomatrix bestehen vorrangig Risiken im Zusammenhang mit der Absatzleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen. Verschiedenste Gründe, wie krankheitsbedingte Ausfälle oder die schleppende Neubesetzung offener Stellen, führen zu einer Reduzierung der Leistungskapazität der Gesellschaft. Generell wird die Abhängigkeit von der Gesellschafterin in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen als Risiko angesehen.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2020 plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 805,4 TEUR. Aufgrund der gegebenen und abzuschließenden Dienstleistungsverträge im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung können 479,8 TEUR dem Bereich der Entsorgungsdienstleistung im Rahmen der LVP-Sammlung und 161,2 TEUR der Arbeitnehmerüberlassung von Kraftfahrern und Ladem zugeordnet werden. Durch einen sukzessiven Aufbau des Geschäftsfeldes konzerninterner Arbeitnehmerüberlassung in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 plant die Gesellschaft mit steigenden Umsatzerlösen. Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches aus Entsorgungsdienstleistungen und Arbeitnehmerüberlassung betragen im Geschäftsjahr 2021 kumuliert 720,3 TEUR und steigen bis zum Geschäftsjahr 2024 auf 775,7 TEUR.

Des Weiteren plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen im Geschäftsbereich Ausbildungspool in Höhe von 164,4 TEUR für das Geschäftsjahr 2020. Unter der Prämisse eines gleichbleibenden Leistungsumfanges für den Mittelfristzeitraum entwickeln sich die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches nahezu konstant. Die Entwicklung der Umsatzerlöse berücksichtigt die allgemeinen inflationären Preisentwicklungen und weist im Geschäftsjahr 2024 einen Wert von 176,8 TEUR aus.

6.2. Investitionen

Geplante Investitionen bestehen ausschließlich in der Beschaffung von EDV-Hard- und Software. Der Investitionsbedarf der Gesellschaft beläuft sich im Geschäftsjahr 2020 auf 3,0 TEUR. In den Folgejahren plant die Gesellschaft mit einer jährlichen Investitionssumme von 3,0 TEUR für EDV-Hardware.

6.3. Finanzierung

Etwas notwendige Investitionen können aufgrund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2020 soll der Cives Dienste GmbH ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 9,1 TEUR bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben des Containerterminals und der Hafenanlagen in Halle-Trotha einschließlich aller damit zusammenhängenden Nebenleistungen, die Organisation von Zugverkehren sowie die Durchführung von Gütertransporten im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs im Einzugsbereich der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist in der Standortsicherung und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Zurverfügungstellung von Infrastruktureinrichtungen zu sehen. Eingebunden in den Betrieb der Hafenanlagen und an die Straße stellt der Betrieb des Containerterminals die trimodale Schnittstelle der Transportwege Wasserstraße, Schiene und Straße dar.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Haschke, Andreas
Winkler, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	322	10	354	7	1.756	41	-32	-9
Umlaufvermögen	2.876	90	5.110	93	2.507	59	-2.234	-44
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	5	0	14	0	2	40

Bilanzsumme

3.205	100	5.469	100	4.277	100	-2.264	-41
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	290	9	290	5	290	7	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	24	1	36	1	68	1	-12	-33
Rückstellungen	381	12	292	5	168	4	89	30
Verbindlichkeiten	2.480	77	4.851	89	3.751	88	-2.371	-49
Rechnungsabgrenzungsposten	30	1	0	0	0	0	30	

Bilanzsumme

3.205	100	5.469	100	4.277	100	-2.264	-41
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Erträge aus Verlustübernahmen
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	16.497	14.622	6.481
sonstige betriebliche Erträge	110	266	97
Materialaufwand	10.746	10.078	4.420
Personalaufwand	2.816	2.359	1.037
Abschreibungen	127	1.559	114
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.830	2.615	1.141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36	42	19
Ergebnis nach Steuern	52	-1.765	-153
sonstige Steuern	28	26	10
Erträge aus Verlustübernahmen	0	1.791	163
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	24	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,15	-12,25	-2,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,40	-617,85	-56,32	%
Cash-Flow:	152	-232	-49	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	241	229	106	T€
Personalaufwandsquote:	16,96	15,84	15,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,53	5,57	39,50	%
Eigenkapitalquote:	9,04	5,30	6,78	%
Fremdkapitalquote:	90,96	94,70	93,22	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Containerumschlag	81.232	66.696	37.230	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.518.599	1.286.327	702.860	t
Hafenbahn	623.921	508.215	273.427	t
Straßengüterverkehr	894.678	778.112	429.433	t

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

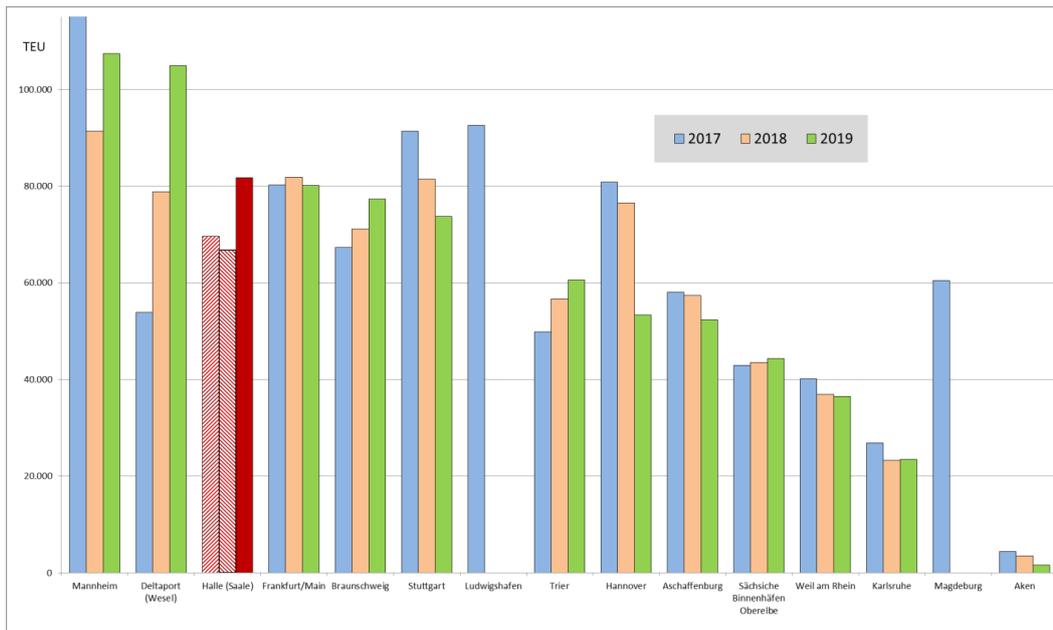
- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Entwicklung des Aufwands
- 7.3. Investitionen
- 7.4. Finanzierung
- 7.5. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die CTHS ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. Der Fokus unseres Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern liegt der Tätigkeitsschwerpunkt auf der Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Seit den ersten regelmäßigen Containerzügen im Jahr 2004 zwischen den deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremerhaven und dem Standort Halle ist das Aufkommen fast stetig gewachsen. Heute ist die CTHS das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagsvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty Feet Equivalent unit) unverändert einen vorderen Platz ein.



Grafik 1: Container-Umschlag Binnenhäfen bis 100.000 TEU (Twenty Feet Equivalent Unit), Jahre 2017-2019; (Quelle: SUT Schifffahrt Hafen Bahn und Technik, Heft 2/2020, SUT Verlags GmbH)

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Mit dem über 9 km langen Gleisnetz ist die CTHS gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die sechs Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen,
- Schiffsverkehr sowie
- Dienstleistungen.

Das Leistungsbild **Containerumschlag** umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der **Dispositiven Leistungen** ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen auch eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den **Bahnleistungen** werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u. a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen und Rangierleistungen.

Die Leistungsbilder im Bereich **Infrastruktur und Ansiedlungen** umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z. B. Verriegelung von Straßenfahrzeugen Dritter, Verriegelung von Übersee-Containern gem. SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der **Schiffsverkehr** umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Mit Beginn des Jahres wurden die Zahl der Rundläufe (Hamburg-CTHS-Hamburg) auf regelmäßig sechs je Woche erhöht. Durch ein flexibles operatives Rundlauf-Planungssystem konnte dabei in kurzem Zeitvorlauf weitestgehend auf Marktschwankungen reagiert werden.

In dem am 3. August 2016 durch das Bundeskabinett beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) wurde die Vollendung des Saaleausbaus mit dem „Bau eines Saalekanals bei Tornitz“ als Maßnahme des „Weiteren Bedarfs“ eingeordnet. Ungeachtet der späteren möglichen Umsetzbarkeit dieses Infrastrukturprojektes ist der wichtigste Punkt, die Saale als Bundeswasserstraße zu erhalten, untermauert worden. In den Folgejahren muss deshalb versucht werden, den Beweis zu erbringen, dass die Saale als Transportträger in der Lage ist, Güter-Schiffsverkehre aufzunehmen. Die praktische Erprobung und die Unterstützung der Wiederherstellung des Zustandes des Transportträgers Saale vor den Hochwassern der vergangenen Jahre werden dabei im Vordergrund stehen.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung und der direkt angebundenen Hafenleitung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90 % der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie **Bahnleistungen**. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und bei höherer Auslastung Effizienzpotenziale zu heben. Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), monatliche Berichterstattung, das Controlling sowie das Risikomanagement erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch die Hafenleitung und den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das deutlich höhere Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bislang noch bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Teilautomatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Die notwendigen konzeptionellen Arbeiten dazu sind abgeschlossen. Eine Implementierung wird für 2020 angestrebt. Dazu soll insbesondere auf Erfahrungen laufender Projekte der Konzernschwestern zurückgegriffen werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2019 war durch zahlreiche personelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaft geprägt. Diese waren zum einen durch Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Mitarbeiter und deren notwendigen Ersatz, zum anderen durch Neueinstellungen entsprechend des erhöhten Leistungsumfangs in den operativen Betriebssparten erforderlich. Hinzu kam außerdem eine sich volatil verhaltende wirtschaftliche Gesamtlage im Sinne zu arrangierender Transporte und weitestgehend unplanbarer Mengenzuwächse oder kurzfristiger Reduzierungen. Dieser Umstand verlangte der Organisation, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Maß an Flexibilität und Einsatzbereitschaft ab. Im Hinblick auf die weiter zunehmenden Unsicherheiten auf globaler Transportebene werden diese Effekte neben dem Arbeitnehmermarkt mittelfristig die größten Herausforderungen bleiben.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2019 war geprägt von der weiteren Stabilisierung und Entwicklung des Geschäftsvolumens. Mit durchschnittlich sechs wöchentlichen Rundläufen Hamburg/Halle erfolgte eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um etwa 9 %.

Die vor zwei Jahren begonnenen regelmäßigen Zugverkehre zwischen Rostock und dem CTHS mit zwei Halb-Zügen je Woche und Richtung haben sich erfolgreich etabliert.

Die im Vorjahr wieder aufgenommenen kontinentalen KV-Verkehre mit Italien wurden im Geschäftsjahr weitergeführt.

Gegenüber dem Vorjahr nochmals zugenommen haben die Leistungen für das am Standort befindliche Bioölwerk.

Im Frühjahr 2019 konnten die Abstimmungen mit einer namhaften Reeder-Allianz zur Errichtung eines Container-Depots am Standort mit der Vertragsunterzeichnung erfolgreich abgeschlossen werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 zeigte sich weiter eine angespannte Situation im Welthandel. Zu den Verunsicherungen haben insbesondere der Handelskonflikt zwischen den USA und China, der drohende Brexit sowie zunehmender Protektionismus und dirigistische staatliche Eingriffe beigetragen. Dementsprechend hat sich auch der Geschäftsklimaindikator der deutschen Logistikwirtschaft im November zum siebten Mal in Folge verschlechtert. Die Geschäftssituation wird dabei deutlich weniger positiv eingeschätzt als im Vorjahr und lag letztmalig im September 2013 niedriger als derzeit (*ifo-BVL-Logistikindikator 4. Quartal 2019*). Trotz der in 2019 im Vergleich zum Vorjahr konstanten Treibstoffkosten drängte der Straßentransport unverändert intensiv in den Markt des Kombinierten Verkehrs.

Die Gesellschaft konnte die Umsatzerlöse in den Kernleistungssparten erhöhen. Neben überregional tätigen Logistikern gehören auch international agierende Reedereien zu unseren Auftraggebern. Daneben partizipieren auch mittelständische und kleine Transportunternehmen an Transporten im Vor- und Nachlauf im Kombinierten Verkehr.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben im Geschäftsjahr 2019 keine für die Leistungserbringung durch die Gesellschaft relevanten Änderungen erfahren.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die von uns angebotenen Leistungen in einem besonders hohen Maß an Qualität und Zuverlässigkeit zu erbringen. Neben der Akquisition von Neukunden und deren langfristige Bindung ist auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So übernimmt die Gesellschaft neben den Umschlagleistungen im Terminal auch die Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt (Dispositive Leistungen). In den Bereichen **Containerumschlag** und **Dispositive Leistungen** erreichte die CTHS im Jahr 2019 einen Umsatz von 15.349 T€.

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für Mieten, Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Versicherungskosten zu nennen.

3.5. **Forschung und Entwicklung**

Prozesse im Rahmen der Effizienzsteigerung auf sinnvolle Digitalisierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen, war eine der organisatorischen Schwerpunkte in 2019. Zwei grundlegende Erkenntnisse der Entwicklungen sind, dass die Prozessanalyse im Sinne des Proof of value entscheidend für den Erfolg eines digitalisierten Prozesses sind und außerdem über dessen Akzeptanz bei den Anwendern bestimmt. Problematisch zeichnete sich die Entwicklung der zur Verfügung stehenden Entwicklerressourcen ab. Die die Gesellschaft begleitenden IT-Unternehmen sind kaum noch in der Lage, verlässliche Angaben über Ressourcen oder Umsetzungszeiträume zu geben. Dies wird mittel- bis langfristig das größte Hindernis darstellen, sich die Möglichkeiten der Prozessdigitalisierung zu Nutze zu machen und eine positive Akzeptanz zu erzeugen

3.6. **Personal und Personalentwicklung**

Alle Aufgaben konnten im Rahmen der organisatorischen Belange bewältigt werden. Der Personalstamm konnte in 2019 gefestigt und mit den wachsenden Leistungsvolumina erweitert werden.

4. **Lage der Gesellschaft**

4.1. **Ertragslage**

Die CTHS GmbH erzielte im Jahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von 16.497,3 T€. Mit 14.446,1 T€ hatten **die Dispositiven Leistungen** einen Anteil von etwa 88 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

Die Gesellschaft erzielte sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 110,3 T€. Neben 35,1 T€ Erträgen aus Erstattungen nach § 16 AEG (Allgemeines Eisenbahngesetz) wurden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (30,3 T€), der Auflösung von Fördermitteln (11,7 T€) und Erstattungen von Versicherungen in Höhe von 14,0 T€ erzielt.

Der Materialaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 10.745,7 T€.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 1.491,9 T€ wurden durch den Aufwand an Kraft- und Hilfsstoffen (1.238,5 T€) sowie den Energiebezug Außenbetrieb (237,2 T€) geprägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen im Jahr 2019 bei 9.253,8 T€. Bestimmende Größe waren mit 9.118,8 T€ die Fremdleistungen für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte.

Aufgrund des gestiegenen Leistungsumfangs waren im Jahr 2019 personelle Veränderungen erforderlich und führten zu einem Personalaufwand in Höhe von 2.815,9 T€. Die Abschreibungen beliefen sich auf 127,3 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2019 bei 2.830,4 T€. Als signifikante Positionen sind die Aufwendungen für Mieten/Leasing von Maschinen und Anlagen (1.336,8 T€), Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen (381,7 T€), Mautkosten (292,6 T€), Versicherungen (159,0 T€) sowie die Instandhaltung an Grundstücken und Gebäuden (144,8 T€). Der im Vergleich zum Anlagevermögen hohe Versicherungsaufwand ergibt sich daraus, dass die Gesellschaft gemäß Pachtvertrag verpflichtet ist, den Pachtgegenstand ausreichend zu versichern.

4.2. **Finanzlage**

4.2.1. **Kapitalstruktur**

Das Finanzergebnis (-36,1 T€) der Gesellschaft wurde durch den Zinsaufwand für die Investitions-Darlehen der Diesellokomotiven, Zinsen für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter sowie Aval-Zinsen für die Sicherheitsleistungen gem. BImSchG-Genehmigung geprägt.

4.2.2. Investitionen

Die CTHS GmbH investierte im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 96,0 T€. Hiervon entfielen 14,2 T€ als Restrate auf die Lieferung und Inbetriebnahme einer Toranlage zur straßenseitigen Sicherung des Geländes. Auf Anpassungen und Erweiterung vorhandener Terminal- und Faktura-Software entfielen 33,0 T€. Weitere 21,5 T€ fielen für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstellung eines Fördermittelantrags zum Ausbau des KV-Terminals an.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 2.500 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Gewinnabführungsvertrag gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2019 betrug das Anlagevermögen der Gesellschaft 321,9 T€.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 2.875,7 T€ wurde maßgeblich durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.729,8 T€ bestimmt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 289,9 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse lag bei 24,2 T€. Die Rückstellungen über 380,9 T€ wurden maßgeblich durch Rückstellungen für Personalaufwand (161,1 T€) sowie für ausstehende Rechnungen (200,8 T€) geprägt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich zum 31. Dezember 2019 auf 0 T€. Mit den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (1.082,4 T€), gegenüber verbundenen Unternehmen (1.357,0 T€, darunter 1.040,0 T€ aus Cash-Pool) und sonstigen Posten (40,7 T€) belief sich die Summe der Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2019 auf insgesamt 2.480,1 T€.

Zum 31. Dezember 2019 ergab sich eine Bilanzsumme der Gesellschaft in Höhe von 3.205,1 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von +24,3 T€ erzielt.

Die in den Kernsparten **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** und **Bahnleistungen** für das Geschäftsjahr prognostizierten Umsätze konnten erreicht und übertroffen werden.

Demgegenüber lagen der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen über der Prognose.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z. B. die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter – unverändert große Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Anspruch an unsere Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen.

5. Nachtragsbericht

Für Vorgänge von besonderer Bedeutung verweisen wir auf den Anhang.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der CTHS insgesamt 24 Risiken ermittelt (Vorjahr 19). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 11 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	1
Marktrisiken	6	1	5
Rechtliche Risiken	1	0	1
Technische Risiken	3	0	3
Gesamt	11	1	10

In der Risikokategorie Führung/Organisation hat sich im laufenden Geschäftsjahr die Marktnachfrage nach Personal im Eisenbahnverkehr als vergleichsweise hohes Risiko gezeigt. Wir gehen davon aus, dass sich diese Situation auch im Jahr 2020 nicht entspannen wird.

In der Kategorie Marktrisiken haben wir 6 Risiken identifiziert. Neben dem Risiko der Sabotage in Gruppe 1 sehen wir in der Gruppe 2 die Risiken

- der Ersatzbeschaffung von Zugleistungen (Beschaffungsmarkt),
- der aggressiven Preispolitik im tangierenden Verkehrsgewerbe (Wettbewerber),
- aus der derzeitigen globalen Entwicklung (Absatzmarkt),
- aus dem Wegfall oder der signifikanten Reduzierung der Mengen von Großkunden (Absatzmarkt)
- aus der anhaltenden Diskussion um Lärmemissionen und die Durchführung eines B-Plan-Verfahrens.

Dabei sehen wir in der derzeitigen globalen Entwicklung Risiken, denen durch uns kaum zu begegnen ist. Diese können sehr kurzfristig zu Veränderungen sowohl der Relationen als auch der Mengenströme der derzeitigen Verkehrsabwicklung führen. Hierzu wurde unter 3.2 Marktbezogene Entwicklung bereits ausgeführt.

In der Kategorie Rechtliche Risiken sehen wir unverändert die Diskussion über innerstädtische Fahrverbote für Lkw als ein Risiko der Gruppe 2. Bei den Technischen Risiken in Gruppe 2 sind

- die massive Störung des Geschäfts durch Cyber-Kriminalität (Datensicherheit/Datenausfall),
- der Umschlag und die Zwischenlagerung wassergefährdender Stoffe (Katastrophen/Vandalismus/ Naturereignisse) sowie
- extreme Hochwasser über HQ100 identifiziert worden.

Die beschriebenen Risiken werden auch im Jahr 2020 und den Folgejahren fortbestehen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs Dritter ein. Bezüglich der Vollendung des Saaleausbaus gehen wir von einer Realisierung nach dem Jahr 2030 aus.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr.

Bei den **Dispositiven Leistungen** ergeben sich Chancen aus der weiteren Akquisition von global agierenden Logistik-Dienstleistern, welche das Terminal für die Abwicklung weltweiter Verkehre nutzen. Neben der Organisation der Transportketten ergeben sich Ansätze zum weiteren Ausbau terminalspezifischer Dienstleistungen. Der **Containerumschlag** partizipiert durch den bedarfsgerechten Ausbau der Terminalinfrastruktur insbesondere für Kühlketten und Nebenleistungen des Umschlags.

Aufgrund der vorhandenen BImSchG-Genehmigung zur zeitlich begrenzten Zwischenlagerung von Abfällen besteht die Möglichkeit, Stoffströme in der Transportkette Erzeuger – Transporteure – Verwerter/Entsorger bedarfsgerecht zu steuern und die Attraktivität des Terminals deutlich zu erhöhen.

Für die **Bahnleistungen** können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den städtischen Gewerbepark an der A 14 weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter **Schiffsverkehr** erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

6.3. Gesamtbild

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

In den Planungen für das Jahr 2020 gehen wir von Umsatzsteigerungen der Sparten **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** und **Bahnleistungen** aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen durch Fortführung der Beauftragung eigener Züge sowie der genannten weiteren Bahnverkehre ergeben. Im Jahr 2020 haben wir im **Containerumschlag** Umsätze über etwa 1.430 T€ geplant. Bei den Umsätzen der Dispositiven Leistungen gehen wir für das Jahr 2020 von Umsätzen in Höhe von etwa 14.200 T€ und von im Mittel jährlichen Zuwächsen um 425 T€ aus. Bei den **Bahnleistungen** erwarten wir Umsätze von jährlich etwa 700 T€.

7.2. Entwicklung des Aufwands

Im Jahr 2020 erwarten wir für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material Aufwendungen in Höhe von etwa 1.490 T€, die bis in das Jahr 2024 auf 1.860 T€ ansteigen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu über 90 % durch die Fremdleistungen in den **Dispositiven Leistungen** bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen. Für das Jahr 2022 wurde ein einmaliger Reparaturaufwand für die erforderliche Hauptuntersuchung nach § 32 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) unserer Diesellok BR 265 (Poseidon) in die Planungen eingestellt.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand erhöhen. Die in 2020 erwarteten Tarifverhandlungen lassen jedoch eine sichere Prognose kaum zu. Gleichwohl hat die Gesellschaft eine Steigerung in den Planungen berücksichtigt. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen der CTHS (ohne Berücksichtigung Flächenerweiterung KV-Terminal) gehen die Abschreibungen kontinuierlich zurück. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu etwa 70 % durch den Aufwand an Mieten und für Versicherungen geprägt, nehmen in den Folgejahren entsprechend der einzurechnenden Preisentwicklungen nur geringfügig zu und liegen zwischen etwa 2.370 T€ im Jahr 2020 und 2.366 T€ im Jahr 2024.

Bei einem Deckungsbeitrag zwischen 5.825 T€ im Jahr 2020 und 6.786 T€ in 2024 erwarten wir ein EBIT zwischen 121 T€ im Jahr 2020 und 257 T€ im Jahr 2024.

Das Finanzergebnis wird zwischen -24 T€ in 2020 und -121 T€ in 2024 erwartet. Für Kraftfahrzeugsteuern wurden jährlich 37 T€ in die Planungen eingestellt.

7.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren auf betriebsnotwendige Maßnahmen konzentrieren. Zur Absicherung eines nachfragekonformen Wachstums im Kombinierten Verkehr (Dispositive Leistungen und Containerumschlag) sind für das Jahr 2020 Investitionen für Flächenerweiterungen vorgesehen. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

7.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

7.5. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2020 planen wir ein Ergebnis von 59,8 T€ vor Ergebnisabführung. Bis zum Jahr 2024 wird sich dieses auf 98,9 T€ verbessern.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Auswirkungen der Lungenerkrankungen in China bzw. des Corona Virus insgesamt auf das Transportaufkommen noch nicht berücksichtigt sind. Insoweit unterstellt der Prognosebericht eine planmäßige Entwicklung. Da aber der überwiegende Teil aller durch uns umgeschlagenen und transportierten Container aus oder nach China geht, ist eine sichere Prognose aus heutiger Sicht nicht möglich.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Heizkraftwerk 12
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	9.906	61	10.120	51	9.414	51	-214	-2
Umlaufvermögen	6.120	38	9.520	48	8.931	48	-3.400	-36
Rechnungsabgrenzungsposten	250	1	263	1	255	1	-13	-5

Bilanzsumme

16.276	100	19.903	100	18.600	100	-3.627	-18
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	7.954	49	7.954	40	7.136	38	0	0
Rückstellungen	5.937	36	6.761	34	6.754	36	-824	-12
Verbindlichkeiten	2.385	15	5.188	26	4.710	26	-2.803	-54

Bilanzsumme

16.276	100	19.903	100	18.600	100	-3.627	-18
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	111.011	107.402	110.033
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-456	62	83
sonstige betriebliche Erträge	937	1.116	2.033
Materialaufwand	77.085	73.401	84.957
Personalaufwand	19.660	19.391	18.771
Abschreibungen	1.352	1.249	1.424
sonstige betriebliche Aufwendungen	12.966	14.121	6.483
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	61	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	81	118	142
Ergebnis nach Steuern	357	361	383
sonstige Steuern	56	61	85
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	301	300	298
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,27	0,28	0,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,78	3,77	4,17	%
Cash-Flow:	1.653	1.549	1.722	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	429	408	423	T€
Personalaufwandsquote:	17,63	17,86	16,74	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	49,37	40,56	44,34	%
Eigenkapitalquote:	48,87	39,96	38,36	%
Fremdkapitalquote:	51,13	60,04	61,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Netznutzung Gas	1.121	1.137	1.183	GWh
Netznutzung Strom	782	789	799	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH GmbH (EVH) gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die Netzgesellschaft Halle die Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers 2017 bei der Bundesnetzagentur angezeigt. Seit dem Frühjahr 2018 hat die Netzgesellschaft Halle mit dem Rollout begonnen, um moderne Messeinrichtungen in den Haushalten einzubauen.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Halle obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich zum Stichtag 31. Dezember 2019 in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Netzbetrieb Gas, Netzbetrieb Strom, Netzbetrieb Wärme, Messstellenbetrieb, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung, Dokumentation, Liegenschaften) und Marktgebietsmanagement (Netzvertrieb, Wechselprozesse, Energiedaten-, Regulierungsmanagement, Netzcontrolling).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis (EBIT). Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Vor dem Hintergrund der neuen und komplexen Anforderungen, die mit der Energiewende, dem Trend zur Digitalisierung sowie der steigenden Erwartungshaltung von Seiten der Kunden einhergehen, hat die Netzgesellschaft Halle das Projekt „PZG – Prozesse zukunftssicher gestalten“ initiiert. Ziel des Projektes ist es, die Prozesse im Netzbetrieb zukunftssicher, massenprozessfähig und kundenorientiert auszugestalten. Insbesondere wurden Themen wie Arbeitsabläufe, IT-Unterstützung und Organisation betrachtet. Im ersten Schritt ergaben sich organisatorische Veränderungen zum 1. Juli 2019 im Bereich Netzbetrieb. Das Projekt wird auch im Jahr 2020 fortgesetzt.

Die Netzgesellschaft Halle arbeitet an der Umsetzung der Digitalisierung von Bauprojekten. Dazu wird der Prozess beginnend mit der Asset-Vorplanung über die Realisierung bis zur Abrechnung von Bauprojekten aufbereitet und digitalisiert. Die Implementierung soll im Jahr 2020 beginnen.

Eine strukturelle Veränderung ergibt sich aus der angepassten Verfahrensweise bezüglich der Beauftragung von Bauleistungen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 wurden nur Investitionsmaßnahmen von der EVH beauftragt (Pachtmodell), während in der Netzgesellschaft Halle alle Beschaffungsprozesse für netzbezogene Instandhaltungs- und Abrüstungsmaßnahmen abgewickelt wurden. Ab dem Geschäftsjahr 2019 erfolgt die Beauftragung aller netzspezifischen Bauleistungen (Investition, Instandhaltung, Abrüstung) einheitlich im Rahmen der Geschäftsbesorgung über die EVH. Daraus ergeben sich diverse Verschiebungen (ohne Erfolgswirkung) gegenüber dem Vorjahresausweis. Geringeren Aufwendungen für Instandhaltung und Abrüstung (Ausweis im Materialaufwand bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen) stehen höhere Aufwendungen für Geschäftsbesorgung von der EVH (Materialaufwand) gegenüber. Weiterhin entfällt in diesem Zusammenhang der Umsatzerlös aus Weiterverrechnung der Instandhaltungs- und Abrüstungsaufwendungen für Fernwärme an die EVH.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Das europäische Richtlinienpaket zum Energiemarkt (das sogenannte „Winterpaket“) wurde vom Europäischen Parlament, vom Europäischen Rat und von der Europäischen Kommission beschlossen. Das Winterpaket dient zur besseren Koordinierung nationaler Energiepolitiken, zur Reform der Richtlinien für Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien und soll die Energiepolitik bis 2030 in der EU prägen. In Deutschland ist in 2019 das „Energiesammelgesetz“ mit umfangreichen Gesetzesänderungen im EEG, KWKG und EnWG in Kraft getreten.

Am 1. Januar 2019 ist das Energiesammelgesetz in Kraft getreten. Das Gesetz enthält neben Änderungen am Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz auch Änderungen an weiteren Gesetzen und Verordnungen, so unter anderem am EEG, KWKG und EnWG und betrifft u.a. die Zusammenführung des Einspeisemanagements mit dem Redispatch im EnWG. Zukünftig wird der Einspeisevorrang von EE- und KWK-Anlagen aufgehoben, wenn dadurch die Abregelung konventionell erzeugten Stroms um ein Vielfaches gemindert werden kann. Diese Neuregelung („Redispatch 2.0“) dient in erster Linie dem Zweck, die Redispatchkosten zu senken. Auch Anschlussnetzbetreiber ohne eigene Netzengpässe müssen zukünftig aktuelle Daten zu Redispatchpotentialen bereitstellen und in einem Planprozess unter Verwendung von Lastflußprognosen einen zeitlich und inhaltlich über alle Netzebenen hinweg koordinierten Prozess unterstützen. Ebenso sind sie für die Führung der Redispatch-Bilanzkreise und die Abrechnung der Maßnahmen verantwortlich.

Das bereits am 22. Juli 2017 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG) soll die schrittweise Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte regeln. Das Gesetz sieht ab 1. Januar 2019 eine schrittweise Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte vor, mit der Zielsetzung, dass die Übertragungsnetzentgelte ab dem 1. Januar 2023 bundeseinheitlich sind. Des Weiteren wurde im NEMoG festgelegt, dass die Kosten für die Netzanbindung von Offshore-Windparks nicht mehr in die Netzentgelte einfließen, sondern ab dem 1. Januar 2019 über die sogenannte Offshore-Netzzumlage gewälzt werden. Mit der am 22. März 2019 in Kraft getretenen „Verordnung zur Berechnung der Offshore-Netzzumlage und zu Anpassungen im Regulierungsrecht“ wurde diese Vorgabe nun mit dem neu eingeführten § 3a StromNEV umgesetzt. Ebenso wurde der § 19 Absatz 3 Strom NEV dahingehend geändert, dass es nur noch Sondervereinbarungen für singuläre Betriebsmittel oberhalb der Umspannung Mittel- und Niederspannung geben wird.

Am 22. März 2019 traten die Änderungen verschiedener Energierechtsverordnungen (StromNEV, ARegV, NAV und StromGVV) in Kraft, die im Unternehmen umgesetzt werden mussten.

Mit Wirkung zum 1. Juni 2019 trat die Kooperationsvereinbarung X.1 in Kraft. Aufgrund aufgetretener Verdachtsfälle missbräuchlichen Verhaltens einzelner Bilanzkreisverantwortlicher Gas und damit einhergehend einer Ausnutzung des Bilanzierungssystems Gas wurden Änderungen an der Kooperationsvereinbarung X Gas vorgenommen, um diesem Missbrauch entgegenzuwirken.

Zum 1. Dezember 2019 traten die neuen Regelungen der BNetzA-Festlegung zur Marktkommunikation 2020 in Kraft. Damit gelten geänderte prozessuale Vorgaben zum Lieferantenwechsel, zur Bilanzierung sowie zu den Wechselprozessen im Messwesen. Die prozessualen Veränderungen und insbesondere die damit verbundenen Aufgabenverschiebungen zwischen den Marktrollen Netzbetreiber, Messstellenbetreiber, Lieferant und Übertragungsnetzbetreiber stellen den bislang größten Eingriff in der energiewirtschaftlichen Prozesslandschaft dar.

Der Rollout von intelligenten Messsystemen konnte auch im Jahr 2019 noch nicht beginnen, da erst im Dezember 2019 das dritte Smart Meter Gateway eine vollständige Zertifizierung des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhalten hat. Da nunmehr von drei voneinander unabhängigen Unternehmen intelligente Messsysteme am Markt angeboten werden wird die Netzgesellschaft Halle nach der Erklärung der Marktverfügbarkeit nach § 30 MsbG durch das BSI mit dem Rollout intelligenter Messsysteme im Jahr 2020 starten.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Im Mittelpunkt standen die Festlegungen der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die dritte Regulierungsperiode Strom (2019 bis 2023) und Gas (2018 bis 2022). So wurde für Strom das Ausgangsniveau durch die Bundesnetzagentur am 9. Juli 2019 beschlossen. Für Gas erfolgte die Bescheidung der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt am 4. November 2019.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2019 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 287 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 37 Auszubildende. Die Anzahl sank zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr (292 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) um 5 Beschäftigte, was sich im Wesentlichen durch den Übergang von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur EVH begründet. In einem ausgeglichenen Verhältnis werden die Nachfolgeplanung und durch personelle Einzelmaßnahmen bedingte Freisetzungen umgesetzt.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 44 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 21 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieurausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken und den wichtigen Wissenstransfer abzusichern.

Des Weiteren unterstützt die Netzgesellschaft Halle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikantinnen- und Praktikanten- und Traineestellen im Rahmen der Hochschulkontaktpflege kontinuierlich ausgebaut.

Führungskräfte der Netzgesellschaft Halle nehmen regelmäßig die Angebote der SWH-Führungskräfteentwicklung sowie des Schulungsprogramms im Rahmen des Compliance Management Systems wahr und arbeiteten auch 2019 aktiv bei der Führungskräfteatagung aller Führungskräfte der Stadtwerke-Gruppe mit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die EVH abgeführt wird, betrug 0,3 Mio. € und lag damit auf Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2019	2018	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	111,0	107,4	3,6	3,4
Übrige Erträge	0,5	1,2	-0,7	-58,3
Materialaufwand	77,1	73,4	3,7	5,0
Deckungsbeitrag	34,4	35,2	-0,8	-2,3
Personalaufwand	19,7	19,4	0,3	1,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12,9	14,1	-1,2	-8,5
EBITDA	1,8	1,7	0,1	5,9
Abschreibungen	1,4	1,3	0,1	7,7
EBIT	0,4	0,4	0,0	0,0
Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Steuern	0,1	0,1	0,0	0,0
Jahresergebnis	0,3	0,3	0,0	0,0

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahres stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Mio. €. Grund hierfür waren im Wesentlichen höhere Umsatzerlöse aus Netznutzung Strom aufgrund einer höheren Erlösobergrenze. Konträr wirkten geringere Umsatzerlöse aus Service und Geschäftsbesorgung gegenüber der EVH bedingt durch die angepasste Verfahrensweise bei der Beauftragung von Bauleistungen. Der Materialaufwand war mit einem Anstieg um 3,7 Mio. € im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen für Netzpacht geprägt. Auch durch die angepasste Verfahrensweise bei der Beauftragung von Bauleistungen ergaben sich Effekte bei Aufwendungen für Geschäftsbesorgung von der EVH. Im Ergebnis ergab sich eine Verringerung des Deckungsbeitrages um 0,8 Mio. €.

Die Position Personalaufwand wies im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 0,3 Mio. € aus. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung ab dem 01. März 2019. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 1,2 Mio. € im Wesentlichen aufgrund geringerer Aufwendungen für Abrüstung (angepasste Verfahrensweise zur Beauftragung von Bauleistungen) und für Rechts- und Beratungskosten.

Im Ergebnis erreichte die Netzgesellschaft Halle ein auf dem Vorjahresniveau liegendes EBIT in Höhe von 0,4 Mio. € sowie ein Jahresergebnis in Höhe von 0,3 Mio. €.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2019 ein Eigenkapital in Höhe von 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 48,9 Prozent (Vorjahr: 40,0 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von 1,2 Mio. € getätigt im Wesentlichen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für Software.

Die Kapitalflussrechnung wies im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelzufluss in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr: Abfluss 1,3 Mio. €) aus.

Liquiditätsentwicklung	2019	2018
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1,7	0,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1,1	-1,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	-0,3
Zahlungswirksame Veränderungen	0,3	-1,3
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	0,1	1,4
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	0,4	0,1

Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf stichtagsbedingte Effekte (im Wesentlichen Abbau von Forderungen) zurückzuführen.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 0,4 Mio. €, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash-Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash-Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenlage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 16,3 Mio. € und lag somit 3,6 Mio. € unter dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite lag das Anlagevermögen mit 9,9 Mio. € um 0,2 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Das Umlaufvermögen sank um 3,4 Mio. € auf 6,1 Mio. €.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch geringere Rückstellungen (-0,8 Mio. €) sowie gesunkene Verbindlichkeiten (-2,8 Mio. €) geprägt.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Netzgesellschaft Halle für das Geschäftsjahr 2019 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend der Anforderungen des konzerneinheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Die Berücksichtigung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors (GSP) ist ein Bestandteil bei der Festlegung der Erlösobergrenze. Der GSP ermittelt sich danach grundsätzlich aus der Abweichung des netzwirtschaftlichen vom gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und der gesamtwirtschaftlichen von der netzwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung. Mit Hilfe des GSP werden die Kostenentwicklungen im Netz im Vergleich zur Veränderung der Verbraucherpreise prognostiziert. Die Bundesnetzagentur hat sowohl für den Gas- als auch Strombereich für die 3. Regulierungsperiode erstmalig einen GSP festgelegt. In beiden Bereichen ist der Faktor in noch immer deutlich ermäßigter Höhe festgesetzt. Gegen diese Festlegungen hat sich die Netzgesellschaft im Rahmen von Prozesskostengemeinschaften beschwert.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikoversicherung einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Sparten Strom und Gas.

Die technischen Dienstleistungen für die Sparte Fernwärme werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die EVH erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Sparten Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Der regulierte Messstellenbetrieb Strom wird gemäß § 29 Abs. 3 MsbG bis spätestens 2032 durch den „intelligenten Messstellenbetrieb“ von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen abgelöst. Das MsbG führt zu mehr Wettbewerb im Messstellenbetrieb.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleichbleibenden Niveau des Strommengenaufkommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Trotz der Ausbreitung des Corona-Virus wird die Gesellschaft die Betreibung des Strom- und Gasnetzes im Konzessionsgebiet Halle (Saale) und die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH sicherstellen. Sie hat Notfallfahrpläne ausgearbeitet, die bei Bedarf schrittweise Anwendung finden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung hingewiesen worden. Zum Schutz des Personals wurden unterstützende Maßnahmen eingeleitet. Das Unternehmen ist gut vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Binder, Peter
Schiller, Hartmut

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4.667	72	4.599	77	4.559	73	68	1
Umlaufvermögen	1.721	27	1.280	22	1.609	26	441	34
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	7	0	6	0	1	14
Aktive latente Steuern	64	1	71	1	77	1	-7	-10

Bilanzsumme	6.460	100	5.957	100	6.251	100	503	8
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.096	48	2.881	48	2.754	44	215	7
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	402	6	396	7	315	5	6	2
Rückstellungen	318	5	288	5	457	7	30	10
Verbindlichkeiten	2.644	41	2.392	40	2.725	44	252	11

Bilanzsumme	6.460	100	5.957	100	6.251	100	503	8
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.379	5.914	6.174
andere aktivierte Eigenleistungen	67	58	47
sonstige betriebliche Erträge	170	73	110
Materialaufwand	1.373	1.333	1.205
Personalaufwand	2.114	2.081	2.032
Abschreibungen	477	457	633
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.916	1.532	1.676
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	35	41	47
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	188	160	199
Ergebnis nach Steuern	513	441	539
sonstige Steuern	14	14	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	499	427	525

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,83	7,22	8,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	19,23	17,39	23,56	%
Cash-Flow:	976	884	1.158	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	112	104	107	T€
Personalaufwandsquote:	31,95	34,42	32,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,96	76,78	72,70	%
Eigenkapitalquote:	47,92	48,36	44,06	%
Fremdkapitalquote:	52,08	51,64	55,94	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Absatz Fernwärme	19,3	20,6	19,5	GWh
Absatz Strom	18,8	18,6	16,8	GWh

f) Lagebericht

1. Geschäftsmodell und allgemeiner Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2019 blieben die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) mit den Bereichen Energieerzeugung, Energieverteilung und Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) unverändert. Das betrifft ebenso die in gleicher Weise zur Verfügung stehende Anlagenkonfiguration.

Veränderungen ergaben sich durch die Teilbetriebsveräußerung der Trinkwassersparte. Gemäß Gesellschafterbeschluss wurden die Bereiche Trinkwasserversorgung Ortsteil Klobikau der Goethestadt Bad Lauchstädt per 30.06.2019 sowie die Bereiche Trinkwasserversorgung der Ortsteile Wunsch und Langeneichstädt der Stadt Mücheln/Geiseltal zum 31.12.2019 an die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland GmbH veräußert.

Die in den Energieerzeugungsanlagen der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich Ortsteil Großkayna) und Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt. Die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Braunsbedra, Grubenweg erfolgt im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS). Die in den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln produzierte Energie wird auf der Basis von Altholz (Reserve Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (hier Reserve Erdgas) erzeugt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) eingespeist.

Auf Grundlage eines zwischen der E.MAGIS energy GmbH (E.MAGIS) Weimar und der EWAG bestehenden Dienstleistungsvertrages erfolgt die Stromvermarktung durch die E.MAGIS.

Der zur optimalen wirtschaftlichen Vermarktung des Stroms bestehende Leitfaden zum Energieverkauf wird stetig den Strommarktentwicklungen angepasst und bildet die verbindliche Arbeitsgrundlage für die an der Vermarktung beteiligten Partner.

Der Leitfaden regelt die Ziele der Verkaufsstrategie und die Verkaufsmethoden als solche. Hauptziele der Verkaufsstrategie sind:

1. Absicherung eines geplanten Mengenabsatzes und der geplanten Erträge.
2. Erzielung eines durchschnittlichen Verkaufspreises, der möglichst oberhalb der allgemeinen Marktentwicklung liegt.

Grundlage der Verkaufsmethode ist der Verkauf elektrischer Energie durch Ausschreibung fester 1-h- bzw. ¼-h-Verkaufspläne (Prognose). Grundlage der Verkaufspläne bilden historische Lastdaten sowie die Produktionsplanung der EWAG, die jeweils im Juni für die Folgejahre als Prognosen abgestimmt werden.

Ebenfalls Bestandteil des Energieverkaufs sind Regelungen bezüglich des Ausgleiches zwischen Mehr- und Mindermengen zwischen der E.MAGIS und der EWAG, die im Geschäftsjahr 2019 angewandt wurden.

Die Sparte Stromverkauf-Stromlieferung hat sich im Vergleich zum Vorjahr positiv entwickelt. Neben dem Abschluss eines zusätzlichen, einjährigen Stromliefervertrages hat im Vergleich zu den Vorjahren eine kontinuierliche, ausfallfreie Fahrweise der Anlagen zur Stromproduktion wesentlich zur Umsatzerhöhung beigetragen.

Bedingt durch das relativ milde Klima in den Frühlings- und Wintermonaten setzte sich im Bereich Fernwärme der Abwärtstrend der letzten Jahre fort. Die erreichten Mehrerlöse bei der Fernwärme konnten nur durch eine Erhöhung des Anschlussgrades ans Fernwärmenetz infolge der in den letzten Jahren durchgeführten Investitionen sowie einer durchgeführten Preisanpassung erreicht werden. Generell stagnieren die Fernwärmeabsätze in den Bestandsanlagen bzw. sind rückläufig.

Die klimatischen Auswirkungen des Jahres 2019 haben sich auch auf den Trinkwasserbereich ausgewirkt. Obwohl der Teilbereich Trinkwasserversorgung Ortsteil Klobikau der Goethestadt Bad Lauchstädt bereits per 30.06.2019 veräußert wurde, konnten infolge eines höheren Trinkwasserabsatzes in allen Trinkwasserversorgungsbereichen höhere Erlöse als geplant erzielt werden.

Der Bereich Verwertung Ersatzbrennstoffe (EBS) hat sich ebenfalls positiv entwickelt. Neben der kontinuierlichen Fahrweise der Energieerzeugungsanlagen und den damit verbundenen höheren Brennstoffdurchsätzen sind gleichzeitig die stabilen Marktpreise für die EBS ursächlich für diese Entwicklung zu nennen.

Tendenziell ist der technische Zustand der Energieerzeugungsanlagen an den Standorten Grubenweg und Geiseltalstraße als normal einzuschätzen. Der im August 2017 im Kraftwerk Grubenweg in Betrieb genommene Zellenkühlturm (2 Stück Ventilator-Nasskühlturmzellen) trug wesentlich zu einer kontinuierlicheren Fahrweise zur Energieerzeugung bei.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis-Center) ist auch für das Geschäftsjahr 2019 aus der Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen.

Im Jahre 2019 wurde der Ausbau des Fernwärmenetzes in Braunsbedra mit dem Netzanschluss der oberen Wernsdorfer Straße fortgeführt. 10 Neukunden wurden ans Netz angeschlossen sowie 4 weitere Fernwärmehausanschlüsse für den Anschluss im Jahr 2020 vorbereitet.

Der Bau der Fernwärmeleitung zur Versorgung des „Seniorenwohnheimes“ der Geiseltaler Wohnungsgesellschaft GmbH (GWG) wurde ebenfalls mit der Inbetriebnahme der Fernwärmehausanschlussstation zur Bauwärmeversorgung im Dezember 2019 abgeschlossen. 4 weitere Neuanschlüsse in Braunsbedra erfolgten in der Merseburger Straße, in der Thomas-Müntzer-Straße sowie in der Häuerstraße.

Neben der Fernwärmenetzerweiterung wurden in Braunsbedra schwerpunktmäßig die Fernwärmehausanschlussstationen von weiteren 13 Wohnblöcken saniert.

Im Rahmen der grundhaften Sanierungen wurden 2019 in Großkayna 13 Fernwärme-Hausanschlussstationen von Einfamilienhäusern sowie 6 Fernwärmehausanschlussstationen von Mehrfamilienhäusern bzw. von öffentlichen Einrichtungen erneuert.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1. Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 499 erwirtschaftet (Vorjahr: TEUR 427).

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 465 erhöht.

Mit Ausnahme der Erlöse Solarstrom und Trinkwasser konnten in allen anderen Bereichen höhere Erlöse erzielt werden.

Die höheren Erlöse aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 2 resultieren weitestgehend aus Dienstleistungen im Trinkwasserbereich.

Die höheren Erlöse Stromverkauf Dritte in Höhe von TEUR 41 begründen sich hauptsächlich auf einen für 1 Jahr abgeschlossenen Stromliefervertrag.

Die durch eine kontinuierliche und im Vergleich zu den Vorjahren ausfallfreiere Fahrweise der Stromerzeugungsanlagen erzeugten Strommengen, in Verbindung mit einer erfolgreichen Stromvermarktung, sind ursächlich für die Mehrerlöse Stromlieferung in Höhe von TEUR 195 zu nennen.

Die mit der Fahrweise verbundenen, im Vergleich zum Vorjahr 2018, höheren Vergütungen für vermiedene Netznutzungsentgelte trugen ebenfalls zur positiven Entwicklung der Stromerlöse bei.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die periodenfremden Erträge für die Abrechnung der Vermiedenen Netznutzungsentgelte für den eingespeisten Strom 2018 zu den Erlösen Stromlieferung zugeordnet, so dass sich die Erlöse Stromlieferung um TEUR 73 aus periodenfremden Erträgen erhöhen.

Die höheren Erlöse Wärmeenergie in Höhe von TEUR 19 sind hauptsächlich auf die seit 2014 durchgeführten Investitionen zur Erhöhung des Fernwärmenetzanschlussgrades zurückzuführen. Eine im Oktober 2019 erfolgte Preisanpassung trug ebenfalls zur Erlöserhöhung bei.

Tendenziell sind in den letzten Jahren bedingt durch klimatischen Veränderungen Stagnationen bzw. Rückgänge der Wärmeverbrauchsmengen zu verzeichnen, die sich wesentlich auf die Wärmeerlöse auswirken.

Die seit dem Jahr 2014 jährlich durchgeführten Investitionen in verschiedenen Fernwärmeversorgungsgebieten erweisen sich als richtig und wirken dem Abwärtstrend der Absatzmengen aus Wärmeversorgung infolge der klimatischen Veränderungen entgegen.

Die verminderten Erlöse Trinkwasser um TEUR 21 sind planmäßig und auf den Verkauf der Trinkwasseranlagen des Ortsteils Klobikau zum 30.06.2019 zurückzuführen.

Die höheren Brennstoffenergieerlöse in Höhe von TEUR 156 beruhen auf einem im Vergleich zum Vorjahr höheren Brennstoffdurchsatz infolge kontinuierlicherer Fahrweise der Dampf- und Stromerzeugungsanlagen. Auch die stabilen Marktpreise trugen wesentlich zur Erlössteigerung bei.

Die Erlösminderungen bei den Erlösen Solarstrom um TEUR 1 sind auf die geringeren Sonnenstunden im Jahr 2019 im Vergleich zum Rekordjahr 2018 zurückzuführen.

Die aktivierten Eigenleistungen, bestehend aus erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen sowie Herstellungskosten im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra, haben sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. TEUR 8 erhöht.

Die um TEUR 97 höheren sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich weitestgehend aus den Verkaufserlösen der Trinkwasseranlagen. Die als Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellten Baukostenzuschüsse für Trinkwasser-Hausanschlüsse wurden mit dem Verkauf der Trinkwassersparte ertragswirksam aufgelöst.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 40 erhöht. Dabei haben sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 18 und die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 22 erhöht.

Die Mehraufwendungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen durch zusätzliche Aufwendungen für Strom Weiterberechnung um TEUR 53, für Heizöl um TEUR 53, für Holzbrennstoffe um TEUR 20 sowie für Hilfsstoffe um TEUR 9 begründet.

Bei der Bewertung des zusätzlichen Aufwandes für den Strom Weiterberechnung sind unbedingt die höheren Erlöse Stromverkauf zu beachten. Der bereits genannte zusätzlich abgeschlossene Stromliefervertrag für 1 Jahr ist mit dem Einkauf zusätzlicher Strommengen und somit mit zusätzliche Aufwendungen (Handelsgeschäft) verbunden.

Die höheren Aufwendungen um TEUR 53 für Heizöl ergeben sich aus dem im Mai 2019 durchgeführten 14-tätigen Stillstand im Kraftwerk Grubenweg. Auf Grund einer erforderlichen Reparatur des Schornsteins und dem damit verbundenen Stillstand aller 4 Dampferzeuger erfolgte die Fernwärmeversorgung in Braunsbedra mittels Heizölkessel.

Auf Grund eines Rechtsstreites mit dem Landkreis Saalekreis bezüglich des Brennstoffeinsatzes in der Holzverbrennungsanlage der Wärmeversorgung Großkayna erfolgte im gesamten Jahr der Einsatz von Holzhackschnitzeln aus naturbelassenen Hölzern. Dies führte im Vergleich zum Vorjahr zu höheren Aufwendungen in Höhe von TEUR 20.

Die höheren Aufwendungen für Hilfsstoffe in Höhe von TEUR 8 ergeben sich im Wesentlichen aus durchgeführten Preisanpassungen der Lieferanten. So z.B. erhöhten sich die Bezugspreise für Sorbalit im Kraftwerk Grubenweg im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 % sowie für den Betriebsteil VKH um 4,1 %.

Höhere Aufwendungen ergeben sich weiterhin durch den Einsatz zusätzlicher chemischer Stoffe zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen der Brauchwasserqualitäten des offenen Kühlkreislaufes der Verdunstungskühlanlagen (Kühltürme).

Den Erhöhungen der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen stehen Aufwandsminderungen für den Strom Eigenverbrauch um TEUR 101, den Aufwendungen für Erdgas um TEUR 2 sowie für Sonstigen Aufwendungen um TEUR 7 entgegen.

Bedingt durch eine kontinuierlichere Fahrweise der Stromerzeugungsanlagen konnte im Vergleich zum Vorjahr der Zukauf von Strom um TEUR 101 vermindert werden.

Witterungsbedingt, aber auch auf Grund neuer Lieferanten mit geringeren Einkaufspreisen, haben sich die Aufwendungen für Erdgas um TEUR 2 verringert.

Die Erhöhung des Materialaufwandes für bezogene Leistungen um TEUR 22 erfolgte planmäßig. Auf Grund der Verschiebung der Emissionsmessung im Betriebsteil VKH aus dem Jahr 2018 in das Jahr 2019 fallen zusätzlich TEUR 4 an. Weitere TEUR 6 ergeben sich aus der TÜV-Abnahme nach erfolgter Reparatur des Dampfkessels DE 7.

Allgemein haben sich die Aufwendungen für die Prüfungen von den Hochdruckkesseln, von Druck- und Lagerbehältern, für die Funktionsprüfungen und Kalibrierungen sowie für die Emissionsmessungen der Hochdruckkessel im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3% erhöht.

Höhere Aufwendungen die Entsorgung von Rost- und Filteraschen in Höhe von TEUR 7 konnten durch geringeren Aufwendungen für Analysen und Kontrollen in Höhe von TEUR 7 weitestgehend kompensiert werden.

Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.712 um TEUR 530 auf TEUR 5.242 erhöht.

Die Personalkosten haben sich infolge durchgeführter Lohn- und Gehaltsanpassungen vergleichsweise zum Vorjahr planmäßig um TEUR 33 erhöht.

Infolge der durchgeführten Investitionen, vor allem im Bereich Fernwärme, haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen um TEUR 19 erhöht.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 384 erhöht. Diese Erhöhungen beruhen im Wesentlichen auf den höheren Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von TEUR 246, für Beiträge, Gebühren und Versicherungen in Höhe von TEUR 9, für Rechts- und Beratungskosten in Höhe von TEUR 22, für Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen in Höhe von TEUR 74 sowie für Sonstige Aufwendungen in Höhe von TEUR 45.

Die höheren Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen ergeben aus der Erneuerung der Vorder- und Rückwandrohre des Dampferzeugers DE 7 in Höhe von TEUR 297 sowie durch die erforderliche Sanierungsmaßnahme am Schornstein des Heizkraftwerkes Grubenweg in Höhe von TEUR 93.

Zusätzliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 148 ergaben sich aus außerplanmäßigen Reparaturmaßnahmen des Schornsteins im Betriebsteil VKH.

Durch die jährlichen Anpassungen der Entgelte der Versicherungsgesellschaften sowie durch höhere Gebühren für in Anspruch genommenen Dienstleistungen von Verwaltungen (Landkreisverwaltung, Landesverwaltungsamt) sind die höheren Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr begründet.

Die höheren Rechts- und Beratungskosten resultieren aus einem Rechtsstreit mit dem Landkreis Saalekreis bezüglich des Brennstoffeinsatzes in der Wärmeversorgung Großkayna.

Die höheren Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen ergeben sich aus zusätzlichen Aufwendungen für die Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes des Heizkraftwerks Grubenweg in Höhe von TEUR 36, für die Bewertung der Trinkwasseranlagen der Ortsteile Wunsch, Langeneichstädt und Klobikau in Höhe von TEUR 16 sowie für die Erarbeitung einer Konzeption zur Versorgung des Ortsteils Großkayna mit Fernwärme in Höhe von TEUR 28.

Bedingt durch das mit dem Verkauf der Trinkwasserspate verbundene Ausbuchen der Trinkwasseranlagen (zusätzliche Aufwendungen Abgänge Sachanlagen Buchgewinn und Buchverlust) sind weitestgehend die höheren sonstigen Aufwendungen in Höhe von TEUR 45 begründet.

Entgegen der Aufwandserhöhungen bei den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich die Aufwendungen für Fahrzeugkosten um TEUR 3, für Werbung und Geschenke für TEUR 9 sowie für die EDV um TEUR 3 im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Die im Vergleich zum Vorjahr existierenden Zinserträge resultierend weitestgehend aus Zinsgutschriften aus Ertragssteuern infolge der Steuerlichen Betriebsprüfung 2018 für die Jahre 2015 bis 2017.

Durch ein stetiges Finanzmanagement aber auch durch die Entwicklung der Finanzmärkte konnten die Zinsaufwendungen um TEUR 6 gesenkt werden.

Die Steuern von Einkommen und Ertrag haben sich entsprechend dem Vorsteuerergebnis um TEUR 28 erhöht.

Bei gleichbleibender Steuerquote des Vorjahres von 27,5 % erhöhten sich die Aufwendungen für Körperschaftssteuer und Solidaritätsbeitrag um TEUR 16, die Aufwendungen für Gewerbesteuer um TEUR 12 sowie die Aufwendungen für latente Steuern als Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und Handelsbilanz um TEUR 1.

Die Aufwendungen für Sonstige Steuern entsprechen nahezu denen des Vorjahres.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die positive Entwicklungstendenz der EWAG auch im Geschäftsjahr 2019 fortgesetzt hat.

2.2. Vermögenlage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2019 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.957 um TEUR 503 auf TEUR 6.461 erhöht.

Die Buchwerte des Anlagevermögens haben sich trotz der mit dem Verkauf des Anlagevermögens der Trinkwasserspate verbundenen Anlagenabgängen um TEUR 68 erhöht.

Bedingt durch die getätigten Abschreibungen haben sich die Buchwerte der immateriellen Wirtschaftsgüter vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 7 verringert.

Die Buchwerte der Sachanlagen erhöhten sich bedingt durch die getätigten Investitionen von TEUR 4.575 abzüglich der Abschreibungen um TEUR 75 auf TEUR 4.649.

Neben den Minderungen der Buchwerte für Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten um TEUR 58 sowie der Buchwerte für Betriebs- und Geschäftsausstattungen um TEUR 55 haben sich die Buchwerte für Technische Maschinen und Anlage um TEUR 183 sowie die Buchwerte für Anlagen im Bau um TEUR 5 erhöht.

Die Zugänge des Anlagevermögens beinhalten im Wesentlichen die getätigten Investitionen zur Erweiterung des Fernwärmeleitungsnetzes Braunsbedra in Höhe von TEUR 281 sowie zum Neuanschluss von Fernwärme-Hausanschlüssen und der Sanierung bereits vorhandener Fernwärme-Hausanschlüsse in Braunsbedra und Großkayna in Höhe von TEUR 197.

Das Umlaufvermögen hat sich von TEUR 1.280 um TEUR 441 auf TEUR 1.721 erhöht.

Bedingt durch den Verkauf der Trinkwassersparte haben sich die Vorräte (Bestand an Reparaturmaterial Trinkwasser) um TEUR 5 verringert.

Die Erhöhungen des Forderungsbestandes um TEUR 125, die Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 211 sowie die Erhöhung des Kassenbestandes bzw. der Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 110 sind ursächlich für die positive Entwicklung des Umlaufvermögens zu nennen.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Versicherungen, Finanzierungskosten und Beiträge haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 1 erhöht.

Die zum 31. Dezember 2019 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 64 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für Sachanlagen, langfristigen Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen. Diese haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 7 verringert.

Das Eigenkapital hat sich infolge des erwirtschafteten Jahresüberschusses 2019, abzüglich einer Gewinnausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2018, von TEUR 2.881 um TEUR 215 auf TEUR 3.096 erhöht.

Dabei hat sich die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag in Höhe von 47,9 % im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 48,4 % nahezu unverändert.

Trotz Ausbuchungen der Sonderposten für Trinkwasseranschlüsse infolge des Verkaufs der Trinkwassersparte hat sich der Bestand des Sonderpostens mit Rücklageanteil um TEUR 6 erhöht. Der Sonderposten mit Rücklageanteil untergliedert sich in den Sonderposten für Investitionszuschüsse, der sich um TEUR 1 verringert sowie den Sonderposten für Baukostenzuschüsse, der sich um TEUR 7 erhöht hat.

Seit 2015 wird für erhaltene öffentliche Fördermittel (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 der Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert. Dieser Sonderposten wird jährlich über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt.

Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz wurden Zuschüsse für Hausanschlusskosten erhoben. Diese werden in dem Sonderposten für Baukostenzuschüsse passiviert und über die Nutzungsdauer der entsprechenden Hausanschlüsse aufgelöst.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 30 erhöht. Ursächlich dafür sind die Erhöhungen für die Sonstigen Rückstellungen um TEUR 97, während sich die Steuerrückstellungen um TEUR 67 verringert haben.

Wesentliche Sonstige Rückstellungen sind Rückstellungen für Personalverpflichtungen (Löhne und Gehälter) mit TEUR 168, Rückstellungen für Reparaturen und Instandhaltungen inklusive des Materials in Höhe von TEUR 90 sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten mit TEUR 13.

Die Verbindlichkeiten haben sich von TEUR 2.392 um TEUR 252 auf TEUR 2.644 erhöht. Dies ist auf die sich um TEUR 134 erhöhten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehensaufnahmen 2019), auf die sich um TEUR 31 erhöhten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Lieferantenverbindlichkeiten Ascheentsorgung, Strombezug, Bezug von Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe) sowie die sich um TEUR 87 erhöhten Sonstigen Verbindlichkeiten (Umsatzsteuerverbindlichkeiten) zurückzuführen.

2.3. Finanzlage

Die Liquiditäts- und Finanzierungsstruktur der EWAG steht auf einer soliden Basis.

Die Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr weiter stabilisiert. Das zeigen auch die nachfolgenden Auswertungen von Bilanzkennzahlen.

Die Liquidität 1. Grades hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 41,6 % auf 49,5 % erhöht, die Liquidität des 2. Grades erhöhte sich ebenfalls von 135,6 % auf 170,5 %. Auch der Anlagendeckungsgrad hat sich zum Vorjahr um 3,7 % auf 66,3 % erhöht.

Der finanzwirtschaftliche Überschuss (Cashflow) erhöhte sich von TEUR 885 im Jahr 2018 auf TEUR 976 im Geschäftsjahr 2019.

Der Dynamische Verschuldungsgrad (in Jahren) ist mit 3,45 im Vergleich zum Vorjahr 3,48 nahezu konstant geblieben.

Die kurzfristige Liquidität im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 110 erhöht.

Im Rahmen der durchgeführten Investitionen wurden im Geschäftsjahr Auszahlungen in Höhe von TEUR 767 (brutto) sowie für die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 390 vorgenommen.

Aus erhobenen Anschlusskostenzuschüsse für Fernwärme-Neuanschlüsse sind Einnahmen in Höhe von TEUR 89 (brutto) zu verzeichnen.

Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten in Höhe von TEUR 525 sowie durch Eigenkapital finanziert.

Die Kredittilgungen konnten im Wesentlichen durch den positiven Cashflow in Höhe von TEUR 805 aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Zum Bilanzstichtag standen Kontokorrentlinien in Höhe von TEUR 700 zur Verfügung. Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Aus dem Jahresüberschuss 2018 wurden gemäß Gesellschafterbeschluss TEUR 300 an die Gesellschafter ausgeschüttet, der Restbetrag wurde in den Gewinnvortrag eingestellt.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 619 getätigt.

Der Schwerpunkt der durchgeführten Investitionen lag im Bereich Energieanlagen mit TEUR 478, davon mit TEUR 83 sich im Bau befindliche Energieanlagen.

Die Erweiterung des Fernwärmenetzes wurde mit dem Leitungsbau des II. Bauabschnittes zur Erschließung der Wernsdorfer Straße in Braunsbedra mit TEUR 153 fortgesetzt. Für die Fernwärmeleitung zum Neuanschluss des Seniorenwohnheimes der Geiseltaler Wohnungsgesellschaft GmbH Braunsbedra wurden TEUR 128 aufgewendet.

In Braunsbedra wurden TEUR 108 für Fernwärme-Neuanschlüsse und für die Sanierung von Fernwärme-Hausanschlüssen investiert.

Im Versorgungsbereich Großkayna wurden Fernwärme-Hausanschlussstationen in Höhe von TEUR 89 saniert.

Weitere Zugänge sind bei Software in Höhe von TEUR 8, bei Außenanlagen in Höhe von TEUR 16, bei Technischen Einrichtungen in Höhe von TEUR 7 sowie bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 26 zu verzeichnen.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2019

Laut notariellem Vertrag vom 26. Mai 2020 erfolgte die Veräußerung an die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH.

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen EBS der im Allgemeinen kritischen Jahreswechelperiode kam es zu keinerlei Engpässen. Die Versorgung war jederzeit stabil abgesichert.

Das spiegelt sich auch in der betriebswirtschaftlichen Auswertung des I. Quartals 2020 wieder. Trotz Abweichungen in bestimmten Erlöspositionen konnte das geplante Betriebsergebnis erwirtschaftet werden.

Bedingt durch die vorherrschenden „warmen“ Temperaturen in den Monaten Januar bis März 2020 verminderten sich die abgerechneten Fernwärmeerlöse vergleichsweise zu den geplanten Fernwärmeerlösen um ca. 16 %. Diese Abweichung konnte durch höhere Brennstoffe Erlöse infolge einer kontinuierlichen Fahrweise der Kraftwerksanlagen und somit einem höheren Brennstoffdurchsatz nahezu kompensiert werden.

Die Entwicklungen aller Aufwandspositionen verlaufen ebenfalls planmäßig.

Die mit Beginn des Monats März einsetzende Corona-Pandemie hatte bisher keine Auswirkungen auf die betriebswirtschaftliche Entwicklung der EWAG.

Neben verschärften Anweisungen der Geschäftsführung zur Einhaltung allgemeiner hygienischer Handlungsweisen, zur Vermeidung von persönlichen Kontakten zu Kunden und Lieferanten sowie Bereitstellung ausreichender hygienischer Schutzmaterialien wurde mit dem Ziel der Verminderung der Kontaktaufnahmen der Mitarbeiter ab dem 24.03.2020 ein geändertes Schichtsystem eingeführt. Mit diesem 2-Schichtsystem und der Einteilung der Mitarbeiter auf je eine Schicht sollen Kontakte innerhalb einer Schicht aber auch zwischen den Schichten weitestgehend verhindert werden.

Weiterhin wird eine kontinuierliche Bevorratung mit Hygiene- und Schutzmaterialien zur ausreichenden Versorgung der Mitarbeiter gewährleistet.

Die eingeleiteten Maßnahmen haben sich bewährt. Erkrankungen an dem Corona-Virus sind bisher nicht zu verzeichnen.

Auf Grund der Corona-Krise wurde mit einem Kunden die Aussetzung der Abschlagszahlungen für Strom- und Fernwärmeabschläge für die Monate März bis Juni in Höhe von TEUR 7 vereinbart.

Hinweise auf weitere finanzielle Auswirkungen durch die Corona-Krise bezüglich Forderungsausfälle infolge Nichtzahlung erhobener Abschläge bzw. Rechnungen liegen uns bis zum heutigen Zeitpunkt nicht vor.

5. Risikobericht

Die Versorgungsbedingungen des Geschäftsjahr 2019 können als stabil eingeschätzt werden.

Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) befinden sich zu Beginn des Geschäftsjahres 2020 auf einem ähnlichen Preisniveau wie im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2019.

Gleiches gilt auch für die Entsorgungsbedingungen, für die Aufwendungen zur Entsorgung von Reststoffen (speziell Rost- und Filteraschen). Die durch einige Entsorger angepassten Entsorgerpreise für Rostaschen zu Beginn des neuen Geschäftsjahres befinden sich im Rahmen der geplanten Aufwendungen.

Auswirkungen wie kurzfristiger Preisverfall infolge der Corona-Krise sind derzeit nicht ersichtlich.

Mittel- und langfristige Auswirkungen könnte die Corona-Krise in Bezug auf die Strompreise haben. Bedingt durch die allgemeine wirtschaftliche Situation in Deutschland befinden sich die Strommarktpreise der Zeit auf einem Tiefststand.

Für das Jahr 2020 wurde seitens der EWAG der Verkauf aller produzierten Strommengen vertraglich fixiert. Für das Jahr 2021 erfolgte noch kein Vertragsabschluss.

Es ist davon auszugehen, dass trotz Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland die Strompreise sich weiterhin auf diesem niedrigen Niveau bewegen. Das könnte mit geringeren Stromerlösen für das Jahr 2021 und die Folgejahre verbunden sein.

Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Organisation sowie Durchführung der täglichen Produktionsprozesse in beiden Anlagen sollen dazu beitragen, unvorhergesehene Produktionsausfälle zu minimieren. Durch eine gezielte, planmäßige und vorbeugende Instandsetzung der Schwerpunktanlagen (Bandanlage, Dampferzeuger, Turbine, Generator) soll die geplante Verfügbarkeit der Stromproduktion gewährleistet werden.

Weiterhin werden in Zusammenarbeit mit der E.MAGIS energy GmbH Weimar als dem Strombilanzkreisverantwortlichen die Entwicklungen am Strommarkt kontinuierlich ausgewertet, um rechtzeitig auf unvorhergesehene Marktveränderungen reagieren zu können.

Seit einigen Jahren sind infolge klimatischen Veränderungen deutliche Veränderungen bei den Fernwärmeerlösen zu verzeichnen. Mit den höheren Temperaturen vor allem in den Wintermonaten sind die verbrauchten Wärmemengen der Kunden und somit auch die Fernwärmeerlöse rückläufig.

Mit den in den vergangenen Jahren durchgeführten Investitionen im Wärmebereich konnte dieser Entwicklung erfolgreich entgegengewirkt werden. Der Ausbau der Fernwärmenetze sowie die Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen werden auch im Geschäftsjahr 2020 zielgerichtet fortgeführt.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

Infolge der Corona-Krise könnten sich diese Kosten für Fremdleistungen weiterhin erhöhen. Gleiches könnte auch für die Einkaufspreise von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie für Reparaturmaterialien zutreffen.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement bewertet.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2020 wird eine weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet.

Nach dem Verkauf der Trinkwassersparte konzentriert sich das Unternehmen hauptsächlich auf die Energieerzeugung/Energieversorgung in den Sparten Fernwärme und Strom.

Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein Jahresergebnis vor erfolgsabhängigen Steuern von ca. TEUR 556 geplant.

Schwerpunkte der zu realisierenden Investitionen in Höhe von TEUR 778 sind der weitere Fernwärmeausbau sowie die weitere Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Versorgungsgebieten Braunsbedra und Großkayna.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzende	Poppe, Susanne	(seit 26.06.2019, seit 24.09.2019 stellv. Vorsitzende)
		Baier, Stephan	(seit 16.07.2019)
		Cierpinski, André	(bis 25.06.2019)
		Dr. Burkert, Silke	(seit 16.07.2019)
		Eigendorf, Eric	(bis 25.06.2019)
		Ernst, Johannes	(seit 16.07.2019)
		Feigl, Christian	(bis 25.06.2019)
		Gabrysch, Hubert	(bis 25.06.2019)
		Gärtner, Steffen	
		Hajek, Andreas	(bis 25.06.2019)
		Hilbig, Stefan	(bis 25.06.2019)
		Kocian, Burkhard	(bis 24.09.2019 stellv. Vorsitzender)
		König, Simona	(seit 26.06.2019)

Aufsichtsrat:	Krause, Johannes	(bis 25.06.2019)
	Krimmling, Renate	(bis 25.06.2019)
	Krischok, Marion	(seit 16.07.2019)
	Luppe, Ulrich	
	Mischke, Brita	(bis 25.06.2019)
	Plassa, Rebecca	(seit 16.07.2019)
	Schmidt, Claudia	(seit 16.07.2019)
	Schramm, Rudenz	
	Schwab, Tobias	(seit 16.07.2019 bis 11.11.2019)
	Streckenbach, Johannes	(seit 12.11.2019)
	Teichfuß, Sylke	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	27	28

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	4,09
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29
mittelbar		
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,15
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,09
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,09
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	9	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,09
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Doberschwitz GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Emmerthal WEA 05 Betriebs-GmbH & Co. KG		4,09
Windpark Emmerthal WEA 06 Betriebs-GmbH & Co. KG		4,09
Windpark Emmerthal WEA 08 Betriebs-GmbH & Co. KG		4,09
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Großschirma GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Kleinschirma GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	5	18,29
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,04

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen	345.968	77	299.055	78	263.399	75	46.913	16
Umlaufvermögen	96.239	22	83.108	21	86.837	24	13.131	16
Rechnungsabgrenzungsposten	6.242	1	2.906	1	2.669	1	3.336	115

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	345.968	77	299.055	78	263.399	75	46.913	16
Umlaufvermögen	96.239	22	83.108	21	86.837	24	13.131	16
Rechnungsabgrenzungsposten	6.242	1	2.906	1	2.669	1	3.336	115

Bilanzsumme

448.449	100	385.069	100	352.905	100	63.380	16
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

Passiva

Eigenkapital	101.628	23	98.228	26	95.628	27	3.400	3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.032	0	2.666	1	3.337	1	-634	-24
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	29.622	7	25.437	6	24.870	7	4.185	16
Rückstellungen	45.563	10	37.425	10	38.680	11	8.138	22
Verbindlichkeiten	269.604	60	221.313	57	190.390	54	48.291	22

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	101.628	23	98.228	26	95.628	27	3.400	3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.032	0	2.666	1	3.337	1	-634	-24
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	29.622	7	25.437	6	24.870	7	4.185	16
Rückstellungen	45.563	10	37.425	10	38.680	11	8.138	22
Verbindlichkeiten	269.604	60	221.313	57	190.390	54	48.291	22

Bilanzsumme

448.449	100	385.069	100	352.905	100	63.380	16
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	434.480	421.458	445.339
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	559	-623	-63
sonstige betriebliche Erträge	984	737	553
Materialaufwand	7.672	6.061	6.575
Personalaufwand	355.488	344.447	369.260
Abschreibungen	21.202	20.220	21.133
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.591	20.569	20.371
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	18.096	15.388	16.416
Erträge aus Beteiligungen	301	300	298
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	101	333	117
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	173	188	227
Ergebnis nach Steuern	3.392	5.323	3.392
sonstige Steuern	24.501	22.507	22.474
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.004	1.113	998
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23.497	21.394	21.476
	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,41	5,08	4,82	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,12	21,78	22,46	%
Cash-Flow:	45.088	41.963	41.847	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.546	1.522	1.627	T€
Personalaufwandsquote:	4,78	4,73	4,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,72	69,62	66,47	%
Eigenkapitalquote:	22,66	25,51	27,10	%
Fremdkapitalquote:	77,34	74,49	72,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Absatz Erdgas	3.450,00	3.942,00	4.065,00	GWh
Absatz Strom	2.183,00	2.035,00	2.460,00	GWh
Absatz Wärme	650,00	661,00	686,00	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) beliefert Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße sowie über einen Wärmebezugsvertrag mit dem Tochterunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT).

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die EVH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes verantwortlich ist. Für den technischen Betrieb des Fernwärmenetzes in Halle (Saale) ist sie als Dienstleister für die EVH tätig. Darüber hinaus ist die EVH alleiniger Anteilseigner an der KWT sowie der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

An der Meter1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter1 Verwaltung GmbH hält die EVH jeweils 33,3 % der Anteile. Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft wurde bereits zum 31. Dezember 2015 eingestellt. Die Gesellschaft wird auch im Jahr 2020 zunächst als gesellschaftliche Hülle weitergeführt. Derzeit prüfen die Gesellschafter die Möglichkeiten einer Fortführung mit einem neuen Geschäftszweck.

Die EVH hält an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) (Kommandit-)Anteile in Höhe von 18,3 %. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland zu betreiben.

Weiterhin ist die EVH in Höhe von 4,1 % an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) als Kommanditist beteiligt. Der Unternehmensgegenstand der TEE umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie und Photovoltaik in Deutschland. Vor allem mittels der Beteiligung an Unternehmen mit Sitz in Deutschland soll ein Anlagenportfolio aufgebaut und betrieben werden.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet. Strategische Kerngeschäftsfelder sind Vertrieb Industrie- und Geschäftskunden, Marketing/Vertrieb und Innovation, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

Um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können und die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Veränderungen zu organisieren, wurde bereits im Jahr 2017 der Geschäftsbereich „Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder“ etabliert. Verschiedenste Projekte zur Optimierung und Modernisierung der IT-Landschaft im Hinblick auf die aktuellen und kommenden Marktanforderungen wurden seitdem in die Wege geleitet.

Zu den wesentlichen Aktivitäten des Bereichs zählten in 2019 die Steuerung des Anforderungsmanagements und die Projektumsetzung für die Erweiterungen des Robotron Systems. In diesem System werden Funktionen der Sonderkundenangebotskalkulation und des Vertriebsportfoliomanagements aufgebaut. Das Ziel ist es, neue Produkte anbieten zu können und eine noch bessere Erfolgsbewertung über Produkte und Einzelverträge zu erhalten. Gekoppelt werden diese Funktionen mit dem in Einführung befindlichen CRM-System. So sollen die heute in verschiedenen Systemen vorgehaltenen Kundeninformationen in einem System gebündelt werden, um eine ganzheitliche Sicht auf unsere Kunden gewinnen zu können.

Zum Angebot zeitgemäßer digitaler Portalfunctionalitäten für alle Kundensegmente befindet sich ein Kundenservice-Portal in Einführung. Dieses verfügt über Automatisierungen in verschiedenste Backendsysteme zur integrierten Abwicklung von Kunden- und Geschäftspartnerprozessen. Ziel ist das Angebot von effizienten, hochautomatisierten Echtzeit Serviceprozessen für unsere Kunden.

Die EVH betreibt eine kontinuierliche Analyse von Geschäftsprozessen in allen Geschäftsbereichen, um mögliche Verbesserungspotenziale identifizieren zu können. Ein starker Fokus des Bereichs Digitalisierung liegt aktuell auf der Unterstützung und der Projektsteuerung im Rahmen des Projekts „Kundenservice von morgen“.

Darüber hinaus werden die Fachbereiche der EVH mit verschiedenen Automatisierungslösungen für Geschäftsprozesse unterstützt. Hierbei kommen klassische Methoden wie Makroprogrammierung aber auch moderne Technologien wie Robotic Process Automation als Werkzeuge zum Einsatz.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen haben sich mittlerweile fundamental verändert und unterliegen auch weiterhin kontinuierlich Veränderungsprozessen. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren komplexen Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche. Dieser Entwicklung muss sich die EVH stellen. Der intensive Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen sowohl zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Wärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezüglichen Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂-Zertifikate zentral und koordiniert erfolgen.

Darüber hinaus betreibt die EVH im strategischen Geschäftsfeld Erzeugung mit dem Projekt „KWK35“ die Modernisierung des Energieparks Dieselstraße. Das Projekt beinhaltet unter Nutzung der Möglichkeiten des KWKG 2016 die vom Markt geforderte Erhöhung der Flexibilität für die Strom- und Wärmeerzeugung und soll die Zukunftsfähigkeit langfristig sicherstellen. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls eine Modernisierung des Kraftwerkes der KWT am Standort Halle-Trotha vorbereitet.

Im Zusammenhang mit dem strategischen Geschäftsfeld „Regenerative Erzeugung“ erwarb die EVH Anteile an den Beteiligungsgesellschaften TOW und TEE. Diese Beteiligungen tragen durch ihre wachsenden Erneuerbare-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Darüber hinaus realisierte die EVH im Berichtszeitraum im Rahmen der Unternehmensstrategie erneut eigenverantwortlich Projekte zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. In Zukunft sollen die Photovoltaikgroßprojekte der EVH in einer eigenständigen Gesellschaft betrieben werden, wodurch die Akquirierung neuer Projekte vereinfacht und der notwendige Kapitalbedarf minimiert wird. Durch den kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Die EVH verfügt zum 31. Dezember 2019 über eine regenerative Erzeugungskapazität (unter Einbeziehung mittelbarer Kapazitäten) von ca. 54,7 Megawatt (MW).

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatzfragen/Infrastruktur/ Sicherheit, Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Vertrieb Industrie- und Geschäftskunden, Marketing/Vertrieb und Innovation sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie das EBIT des Geschäftsfeldes.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Zum 1. Januar 2019 sank die EEG-Umlage leicht auf 6,405 Cent je kWh (Vorjahr: 6,792 Cent je kWh). Gleichzeitig sind jedoch andere Umlagen sowie die Netzentgelte stark angestiegen. Dieser Sachverhalt wurde an die Kunden weitergereicht und führte zu einer Erhöhung der Strompreise zum Januar 2019. Durch die permanente Optimierung der Beschaffung und weitere Effizienzsteigerungen konnten die beim Strom entstandenen Mehrkosten teilweise kompensiert werden. Die Preise für Erdgas im Netzgebiet Halle (Saale) für variable Produkte und in der Grundversorgung wurden 2019 zum ersten Mal seit Jahren erhöht.

Zu Beginn des Jahres wurde die Verfahrensweise der Beauftragung von Bauleistungen gegenüber der Netzgesellschaft Halle angepasst. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2018 wurden nur Investitionsmaßnahmen von der EVH beauftragt (Pachtmodell), während in der Netzgesellschaft Halle alle Beschaffungsprozesse für netzbezogene Instandhaltungs- und Abrüstungsmaßnahmen abgewickelt wurden. Ab dem Jahr 2019 erfolgt die Beauftragung aller netzspezifischen Bauleistungen einheitlich über die EVH. Entsprechende Aufwendungen werden künftig im Rahmen der bestehenden Geschäftsbesorgungsverträge zwischen den Gesellschaften verrechnet. Daraus ergeben sich diverse Verschiebungen (ohne Erfolgswirkung) gegenüber dem Wirtschaftsplan. Dies betrifft in der EVH vor allem die Positionen Instandhaltung und Abrüstung sowie die Aufwendungen / Erträge aus Geschäftsbesorgungsverträgen zwischen der EVH und der Netzgesellschaft Halle.

Das EVH-Tochterunternehmen KWT hat am 3. Juni 2019 mit dem Konzept „Saale-to-Heat“ erfolgreich an der Ausschreibungsrunde der Bundesnetzagentur für innovative KWK-Systeme teilgenommen und konnte einen von bundesweit fünf Zuschlägen erringen. Das Projekt koppelt ein Blockheizkraftwerk mit einer großen Wärmepumpe, welche am Standort Halle-Trotha das Wasser der Saale als Energiequelle nutzt. Die Anlage soll bis 2022 errichtet und in die Fernwärmeversorgung der Stadt Halle (Saale) eingebunden werden.

Am 26. November 2019 veröffentlichte die Deutsche-Energie-Agentur (dena) im Auftrag der Bundesregierung ihren Abschlussbericht zur Untersuchung „Urbane Energiewende“, in der die Lösungsansätze zur Umsetzung der Energiewende von über 200 kommunalen Projekten betrachtet wurden. Die Energie-Initiative Halle wurde dabei besonders gewürdigt und hervorgehoben, da hier alle Kriterien – vom Klimaschutz über die Attraktivität der Stadt bis zur Wirtschaftlichkeit – eine hohe Punktzahl zugewiesen bekamen. Bei der von der EVH angestoßenen Energie-Initiative Halle handelt es sich um ein Bündnis wichtiger gesellschaftlicher Partner der Stadt mit dem Ziel, die Energiewende vor Ort in Halle umzusetzen.

Im Dezember 2019 wurde die erste Solarthermie-Anlage der EVH im Energiepark Trotha in Betrieb genommen. Auf der 7.500 m² großen Fläche des ehemaligen Kohlelagers des halleschen Hafens stehen nun 374 Kollektoren mit einer Gesamtleistung von 3,3 MW, wodurch die Pilotanlage 1.400 MWh Wärme pro Jahr erzeugen wird. Bei der Technologie der Solarthermie wird ein Wasser-Glykol-Gemisch in der Anlage durch Sonneneinstrahlung erhitzt und die Energie anschließend über einen Wärmetauscher an das Fernwärmesystem der Stadt abgegeben. Durch die Substitution von im Kraftwerk fossil erzeugter Wärme werden pro Jahr voraussichtlich 280 Tonnen Kohlenstoffdioxid eingespart. Gemeinsam mit dem erfolgreich platzierten Saale-to-Heat Projekt wird somit in Zukunft die Grundlast der Fernwärme in Halle fast vollständig dekarbonisiert und im Rahmen einer regenerativen Fernwärmeversorgung ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

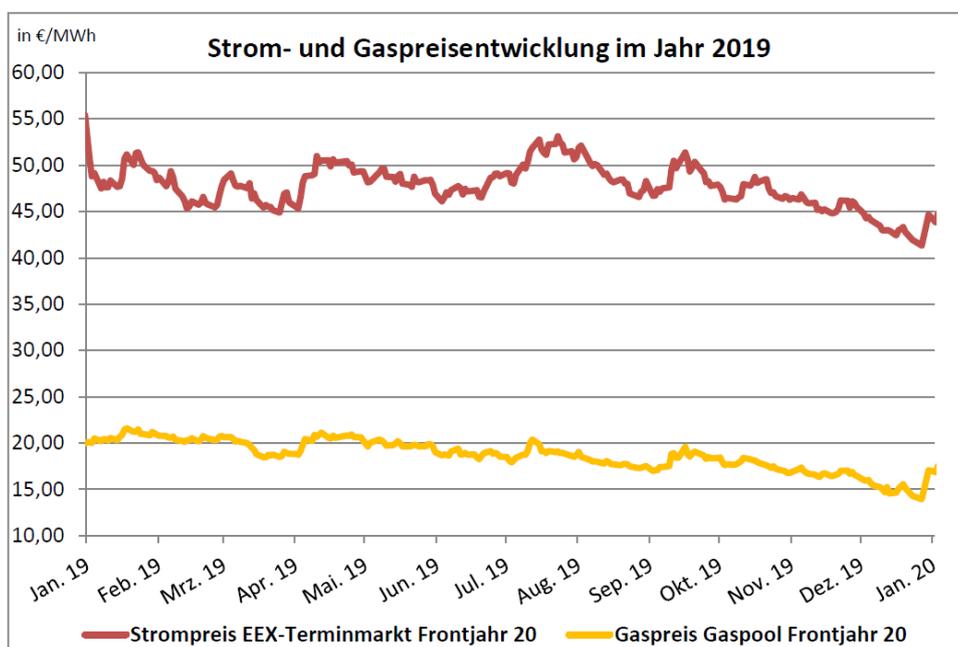
Die Arbeiten im Rahmen des Projektes „KWK35“ zur Umsetzung der Strategie der flexiblen Wärme- und Stromerzeugung bis zum Jahr 2035 schreiten voran. Derzeit wird die reguläre Inbetriebnahme des Kraftwerksblocks A vorbereitet, der bereits seit Oktober 2019 Strom und Wärme im Probebetrieb liefert. Dafür wurde erstmals die um zehn Prozent leistungsstärkere neue Gasturbine gestartet. Der erste Leistungstest – auch „Softfire“ genannt – war erfolgreich, alle vom Hersteller zugesicherten Eigenschaften der Turbine wurden erfüllt. Weiterhin konnte der zugehörige Abhitzekegel testweise in Betrieb genommen werden. Parallel wird der nördlich des bestehenden Kraftwerks neu errichtete Block C fertig gestellt, für den bereits die neue Gasturbine geliefert wurde. Im Jahr 2020 ist die Modernisierung von Block B vorgesehen.

Mit dem Ablauf des Geschäftsjahres 2019 wechselte in der EVH die führende Software des Unternehmens von SAP auf die neueste Version SAP S4/HANA. Die aufwendige Planung und Organisation der Einführung wurde von einem Projektteam aus Mitarbeitern der EVH in enger Abstimmung mit der IT-Consult Halle GmbH durchgeführt, sodass nur wenige Monate von der Erarbeitung eines Feinkonzeptes bis zum erfolgreichen Start zum Jahreswechsel 2020 vergingen. Das neue System weist einen hohen Automatisierungsgrad auf, harmonisiert die Finanz- und Controllingdaten miteinander und bildet standardisierte und transparente Prozesse ab. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag für die weitere Optimierung der Prozesse und die Erfolgsentwicklung in der EVH.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrscht weiterhin ein starker Wettbewerb. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechseln sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen ein immer kleinerer Anteil des Preises tatsächlich noch im Wettbewerb gestaltbar.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind von hoher Komplexität geprägt. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt seit Jahren zu wachsenden regenerativen Erzeugungskapazitäten und Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2019 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Im Geschäftsjahr 2019 entwickelten sich die Strom- und Gaspreise mit vergleichsweise geringen Schwankungen und einer leichten Tendenz nach unten. Die Preise für CO₂-Zertifikate lagen in 2019 zwischen 22 € und 25 € je CO₂-Zertifikat. Dadurch entwickelte sich der Clean Spark Spread in einem Korridor von ca. 15 € bis 22 € pro MWh. Der höchste Wert wurde im Juli aufgrund gestiegener Strompreise erreicht. Geringe Schwankungen und das hohe Niveau des Clean Spark Spread stellen positive Rahmenbedingungen für die EVH dar. Durch eine langfristige Preissicherungsstrategie ist die Gesellschaft mittelfristig gegenüber Risiken aus starken Preisschwankungen abgesichert.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Ende Januar 2019 startete die Bundesnetzagentur das Marktstammdatenregister. Seit dem 31. Januar 2019 steht dieses online zur Verfügung und löst das bisherige Anlagenregister sowie das Photovoltaik-Meldeportal ab. Ziel ist es, den Anlagenbetreibern, Netzbetreibern, Behörden sowie der Politik und interessierten Öffentlichkeit erstmals die aktuellen Stammdaten zur Strom- und Gasversorgung gebündelt in einer Datenbank bereitzustellen. Ursprünglich sollte das Register bereits 2017 online gehen. Mit der Inbetriebnahme des Portals geht die Verpflichtung zur Registrierung für sämtliche Akteure im Strom- und Gasmarkt und deren Anlagen einher. Dies stellt einen erheblichen Mehraufwand für die Marktteilnehmer dar.

Am 19. Februar 2019 hat die Landesregierung das Klima- und Energiekonzept für Sachsen-Anhalt (KEK) beschlossen. Ziel des Konzeptes ist es, die Treibhausgasemissionen im Land um 1,8 Mio. Tonnen auf 31,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent zu senken. Dazu ermittelten Experten 72 konkrete Maßnahmen zur Einsparung von Treibhausgasen in fünf verschiedenen Handlungsfeldern. Die Maßnahmen im Feld Energiewirtschaft beinhalten unter anderem den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmespeichern, die Einbindung von regenerativen Energien in die Wärmenetze und die Unterstützung von Flexibilitätsoptionen (Speicher, Power-to-X). Außerdem soll der Ausbau von PV-Anlagen intensiviert und die Einbindung von Bürgerbeteiligungen gefördert werden. Die EVH betrieb im Geschäftsjahr 2019 bereits mehrere Projekte, die sich mit den von der Landesregierung gewünschten Maßnahmen decken. Damit unterstreicht das KEK sowohl die Innovationskraft der EVH als auch die proaktive Rolle des Unternehmens bei der Umsetzung der Energiewende.

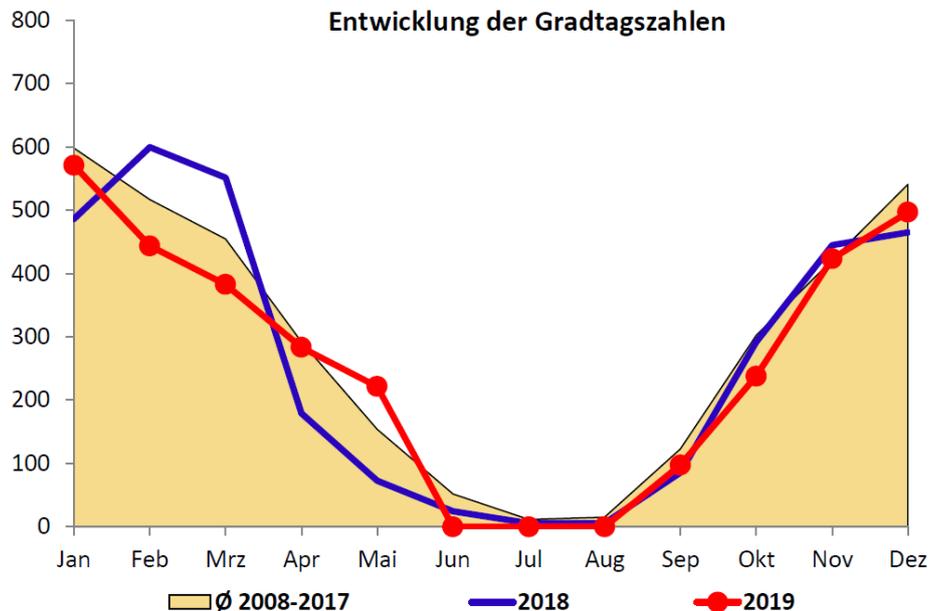
Das wichtigste energiepolitische Thema des Jahres 2019 war der Klimaschutz. Auf Basis des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB, sog. Kohle-kommission) ist die Bundesregierung gefordert, den Kohleausstieg in Deutschland umzusetzen. Bundesminister Altmaier hat am 8. April 2019 dazu in einem ersten Schritt Eckpunkte zur Umsetzung der strukturellen Empfehlungen der WSB für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ vorgelegt, welche vom Kabinett am 22. Mai 2019 beschlossen wurden. Im Eckpunktepapier unterstreicht das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Bedeutung, für die drei deutschen Reviere eigene struktur- und energiepolitische Leitbilder zu entwickeln. Der Bund wird den Regionen bis 2038 bis zu 14 Mrd. € zur Verfügung stellen. Die Mittel sollen zu 25,8 % auf Brandenburg, 37,0 % auf Nordrhein-Westfalen, 25,2 % auf Sachsen und 12,0 % auf Sachsen-Anhalt entfallen. Im zweiten Teil des Gesetzes soll sich der Bund dazu verpflichten, weitere Maßnahmen zugunsten der Regionen mit bis zu 26 Mrd. € zu ergreifen oder gegebenenfalls fortzuführen.

Am 20. September 2019 legte das Klimakabinett der Bundesregierung nach langwierigen Verhandlungen einen umfassenden Entwurf zu energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen vor. Das „Eckpunktepapier für das Klimaschutzprogramm 2030“ beinhaltet einen Maßnahmenkatalog mit 66 Vorhaben in den Sektoren „Gebäude“, „Verkehr“, „Land- und Forstwirtschaft“ und „Industrie“ zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030. So ist unter anderem die Einführung einer CO₂-Bepreisung für fossile Energieträger in den Sektoren Verkehr und Wärme geplant. Weiterhin betont die Bundesregierung das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf 65 % zu steigern. Hierfür soll unter anderem der derzeit bestehende Förderdeckel von 52 GW für die Förderung von Photovoltaikanlagen aufgehoben und ein Regionalisierungsbonus für Windenergie eingeführt werden. Die EVH ist mit ihren konventionellen Erzeugungsanlagen von höheren Kosten für CO₂-Emissionen direkt betroffen. Jedoch ist zu erwarten, dass künftig auch kleinere fossil betriebene Wärmeerzeugungsanlagen in das System einbezogen werden, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit der EVH im Wärmemarkt verbessern würde.

Am 19. Dezember 2019 hat das Bundeswirtschaftsministerium bekannt gegeben, dass ein Dritter Hersteller das Zertifikat für ein sogenanntes Smart Meter Gateway erhielt. Dadurch ist das Vorhaben vieler Stadtwerke in Deutschland, mit dem Rollout intelligenter Stromzähler zu beginnen, einen Schritt näher gerückt. Nach dem Messstellenbetriebsgesetz kann der Rollout der Geräte erst beginnen, sobald mindestens drei voneinander unabhängige Unternehmen intelligente Messsysteme am Markt anbieten. Da dies nun der Fall ist, wird das EVH-Tochterunternehmen Netzgesellschaft Halle nach der Erklärung der Marktverfügbarkeit nach §30 MsbG durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik mit dem Rollout intelligenter Messsysteme im Jahr 2020 starten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Wärme ist das Verbrauchsverhalten infolge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2019 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.158 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2017 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-9,3 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 1,7 % niedrigere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkt sich der ausgeprägte Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Clean Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz sowie die Kosten für CO₂-Zertifikate. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor volatile Marktsituation für konventionelle Kraftwerke, wenngleich sich der Gesamtmarkt im Jahresverlauf positiv entwickelt hat.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Das Unternehmen prüft kontinuierlich die Übernahme bzw. den Bau von Photovoltaikanlagen, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen. Um das gesetzte Ziel einer Gesamtleistung von 200 MW zu erreichen, sollen die Photovoltaikgroßprojekte der EVH zukünftig in einer eigenständigen Gesellschaft betrieben werden.

Das Investitionsportfolio beinhaltet das Projekt „KWK35“, welches die grundlegende Modernisierung des Energieparks Dieselstraße zum Inhalt hat und der zukunftsfähigen Flexibilisierung der Strom- und Wärmeerzeugung unter Nutzung der neuen Fördermöglichkeiten des novellierten KWKG dient.

Am 3. Juni 2019 hat die EVH mit dem Konzept „Saale-to-Heat“ als nur eines von fünf Unternehmen in Deutschland erfolgreich an einer Ausschreibungsrunde der BNetzA für innovative KWK-Systeme teilgenommen. Im Dezember 2019 ging die erste Solarthermie-Anlage der EVH in Betrieb. Beide Projekte sind ein wichtiger Schritt zu einer regenerativen Fernwärmeversorgung und leisten einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2019 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 591 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 37 Auszubildende. 304 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten der EVH ist im Vergleich zum Vorjahr (296 Beschäftigte) um 8 Beschäftigte gestiegen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 45 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 20 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Außerdem werden neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig rekrutiert und eingearbeitet.

Eine abgeleitete Maßnahme aus dieser detaillierten Nachfolgeplanung ist unter anderem die Erhöhung der Anzahl an Ausbildungsplätzen im Unternehmen. So soll die Zahl der Auszubildenden mittelfristig von aktuell 37 auf 67 (Ende 2022) gesteigert werden. Die dazu nötigen Voraussetzungen liefert das im Mai 2018 eröffnete Ausbildungszentrum der SWH. Die vollständig sanierten Räumlichkeiten bieten dabei beste Bedingungen für eine erfolgreiche Ausbildung.

Des Weiteren unterstützt die EVH Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an verschiedenen Job-Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikantinnen und Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

Führungskräfte der EVH nehmen regelmäßig die Angebote der SWH-Führungskräfteentwicklung sowie des Schulungsprogramms im Rahmen des Compliance Management Systems wahr und arbeiteten auch 2019 aktiv bei der Führungskräfteveranstaltung aller Führungskräfte der Stadtwerke-Halle-Gruppe mit.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke-Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen 25,0 Prozent bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31,44 Prozent gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der EVH beträgt die Quote 0 Prozent. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2019 bei 0 Prozent. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2019 bei 25 Prozent.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2019 bei 53 Prozent.

In 2019 wurde der Tarifvertrag über die Tabellenvergütungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Tarifgruppe Energie/Versorgung/Umwelt des AVEU neu verhandelt. Im Ergebnis ergab sich eine Tarifsteigerung um 3 % ab 1. März 2019 sowie eine weitere Erhöhung um 3 % ab 1. August 2020. Für die Auszubildenden ergab sich eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um Festbeträge je Ausbildungsjahr.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 erzielte die EVH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 23,5 Mio. € und lag damit 2,1 Mio. € über dem Vorjahreswert. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2019	2018	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	434,5	421,5	13,0	3,1
Übrige Erträge	9,2	6,2	3,0	49,2
Materialaufwand	355,5	344,5	10,9	3,2
Deckungsbeitrag	88,2	83,2	5,0	6,0
Personalaufwand	21,2	20,2	1,0	4,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18,1	15,4	2,7	17,6
Beteiligungsergebnis	0,4	0,6	-0,2	-36,4
EBITDA	49,3	48,2	1,1	2,3
Abschreibungen	21,6	20,6	1,0	5,0
EBIT	27,7	27,6	0,1	0,3
Finanzergebnis	-3,2	-5,1	1,9	37,3
Steuern	1,0	1,1	-0,1	-9,8
Jahresergebnis	23,5	21,4	2,1	9,8

Die Umsatzerlöse fielen im Vorjahresvergleich um 13,0 Mio. € (+3,1 %) höher aus. Dies war durch höhere Handelsmengen innerhalb der kurzfristigen Portfoliobewirtschaftung im Segment Strom sowie durch höhere Strompreise im Privat- und Gewerbekundengeschäft bedingt. Die erneut wärmere Witterung wirkte in den Segmenten Gas und Wärme gegenläufig. Einhergehend mit der insgesamt gestiegenen Absatzmenge fielen auch die Aufwendungen für den Bezug von Energie höher als im Vorjahr aus. Die bezogenen Leistungen lagen auf dem Vorjahresniveau, so dass sich insgesamt ein Materialaufwand von 355,5 Mio. € (+3,2 %) ergab. Der Deckungsbeitrag fiel im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 Mio. € (+6,0 %) höher aus.

Der im Vorjahresvergleich um 1,0 Mio. € (+4,9 %) höhere Personalaufwand ist im Wesentlichen auf die Erhöhung laut Tarifvertrag zum 1. März 2019 zurückzuführen. Des Weiteren wirkten um insgesamt 2,7 Mio. € gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen, die hauptsächlich auf höhere Aufwendungen für Abrüstung sowie Zuführungen zu Rückstellungen zurückzuführen waren. Das EBITDA stieg daher um 1,1 Mio. € auf 49,3 Mio. €.

Das Abschreibungsvolumen stieg investitionsbedingt gegenüber dem Vorjahr leicht an. Zusammen mit dem um 1,9 Mio. € verbesserten Finanzergebnis ergab sich zum 31. Dezember 2019 ein um 2,1 Mio. € verbessertes Jahresergebnis.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2019 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 133,3 Mio. €, was einer Steigerung von 7,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach. Dies war hauptsächlich durch eine Kapitaleinlage der SWH in Höhe von 3,4 Mio. € sowie eine Erhöhung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse bedingt.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten von 29,7 %. Gegenüber dem Vorjahr sank diese um 3,1 %-Punkte.

Entwicklung des Eigenkapitals	2019	2018	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	22,7	25,5	-2,8	-11,2
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	29,7	32,8	-3,1	-9,4

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2019	2018	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	203,3	150,4	52,9	35,2
Liquide Mittel	35,6	29,1	6,5	22,3
Nettoschulden	167,7	121,3	46,4	38,2
EBITDA	49,3	48,2	1,1	2,3
Nettoschulden/EBITDA	3,4	2,5	0,9	35,2

Bei einer Zunahme liquider Mittel um 6,5 Mio. € erhöhte sich die Nettoverschuldung um 46,4 Mio. € auf 167,7 Mio. €. In Folge erhöhte sich der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) auf einen Wert von 3,4. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen Bankdarlehen sowie Gesellschafterdarlehen der SWH.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2019 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 69,2 Mio. €.

Ein wesentlicher Anteil der Investitionen betrifft Planungs- und Bauleistungen für das Projekt „KWK35“, unter anderem für die Modernisierung des Kraftwerksblocks A und dem Neubau des Kraftwerksblocks C.

Schwerpunkte im Fernwärmenetz waren die Sanierung, der Ersatz sowie die Anpassung und Erweiterung der Leitungen im Fernwärmeprimär- und -sekundärnetz innerhalb des Stadtgebietes Halle (Saale). Ebenso investierte das Unternehmen in die Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Im Rahmen des Stadtbahnprogramms wurden ebenfalls Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz durchgeführt. Weiterhin investierte die Gesellschaft in die Anschaffung neuer Software, um die Digitalisierung im Unternehmen weiter voranzutreiben.

Darüber hinaus führte die Gesellschaft auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionen in eigene Photovoltaikanlagen fort. Hierbei fielen Planungs- und Bauleistungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen an, die bereits im Geschäftsjahr in Betrieb genommen wurden oder in 2020 fertiggestellt werden. Außerdem wurden Investitionen für den Bau der Solarthermie-Anlage im Energiepark Trotha getätigt.

In Höhe von 0,7 Mio. € erwarb die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Finanzanlagen an der TEE, während eine Kapitalrückführung in Höhe von 0,5 Mio. € den Buchwert reduzierte. Im Rahmen der planmäßigen Kapitalrückführung flossen von der TOW 0,4 Mio. € zu, weshalb sich der Buchwert der TOW entsprechend verringerte.

4.2.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2019 war bei der EVH ein Finanzmittelzufluss in Höhe von 6,5 Mio. € (Vorjahr: Abfluss 2,4 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2019	2018
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	37,1	46,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-68,9	-56,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	38,4	7,2
Zahlungswirksame Veränderungen	6,5	-2,4
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	29,1	31,5
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	35,6	29,1

Die Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. € war auf stichtagsbedingte Effekte (Entwicklung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Rückstellungen) zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 68,2 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 15,4 Mio. € sowie die Abführung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 21,4 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2019 auf insgesamt 35,6 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der SWH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2019 betrug die Bilanzsumme der EVH 448,4 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 63,4 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 46,9 Mio. € auf 346,0 Mio. €, was zum Großteil auf Anlagen im Bau sowie geleisteten Anzahlungen, vornehmlich für das Projekt KWK35 und Projekte der regenerativen Erzeugung, beruhte. Das Umlaufvermögen in Höhe von 96,2 Mio. € (Vorjahr: 83,1 Mio. €) war von einem höheren Cash Pool-Guthaben und Steuererstattungsansprüchen geprägt.

Auf der Passivseite wirkten höhere Verbindlichkeiten sowie ein gestiegenes Eigenkapital infolge einer Kapitalzuführung durch den Gesellschafter. Auch Rückstellungen und Sonderposten für Investitionszuschüsse nahmen zu.

4.4. Gesamtaussage

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes schloss die EVH das Geschäftsjahr 2019 mit einem Ergebnis über Plan ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden bei der EVH insgesamt 21 Risiken ermittelt (Vorjahr: 22). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt drei Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe 1	Risikogruppe 2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	2	0	0
Marktrisiken	7	0	1
Rechtliche Risiken	5	0	1
Technische Risiken	5	0	0
Gesamt	21	0	3

Risiken der höchsten Risikogruppe 1 lagen nicht vor.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Aufgrund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Preisfixierungen für Ein- und Verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung innerhalb der EVH wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Aus der Bewirtschaftung der Energieportfolien ergeben sich systemimmanent das Risiko von Verlusten sowie die Chance auf Gewinne.

Es besteht das Risiko der Verminderung der Erlösobergrenze für die Strom- und Gasnetze, welche durch das Tochterunternehmen Netzgesellschaft Halle betrieben werden. Für die Ermittlung der Erlösobergrenze stellen die Höhe des generellen Produktivitätsfaktors auf Grund von Rechtsstreitigkeiten, die ungewisse Entwicklung des Verbraucherpreisindex sowie andere offene Gerichtsverfahren ein Risiko dar.

Infolge der aktuellen markt- und sicherheitspolitischen Entwicklungen überwacht und bewertet die Gesellschaft Risiken bezüglich des Ausfalls von DV-Systemen, potenziellem Datenverlust und -raub und deren mögliche Folgen für den gewöhnlichen Betriebsablauf. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen sind etabliert und werden regelmäßig an veränderte Gegebenheiten und technische Standards angepasst. Es bestehen Vereinbarungen mit dem Betreiber der IT-Systeme zur Sicherstellung der Verfügbarkeit. Eine entsprechende unternehmensinterne Weisung bezüglich Datenschutz und Datensicherheit besteht ebenfalls.

Durch die Modernisierung der Erzeugungsanlagen im Energiepark Dieselstraße und Halle-Trotha ergeben sich sowohl Chancen als auch Risiken. Einerseits stellt ein möglicher Verkaufspreis der Alt-Gasturbinen über deren Buchwert eine potentielle Chance dar. Andererseits können noch nicht abschließend bewertbare gesetzliche Rahmenbedingungen oder Gesetzesänderungen das Projekt in Teilbereichen noch negativ beeinflussen.

Die EVH hat mit Bescheid vom 7. November 2016 die Zulassung der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zur Bestandsanlagenförderung erlangt. Durch das am 1. Januar 2019 in Kraft getretene Energiesammelgesetz wurden die Bedingungen für die Gewährung der Bestandsanlagenförderung insbesondere in Hinblick auf die Eigenversorgung deutlich verschärft. Auf Basis welcher Daten das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) den Nachweis zur Erfüllung der Voraussetzungen prüft, steht noch nicht fest. Daher besteht aus dieser Änderung der gesetzlichen Grundlage das Risiko, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle den Zulassungsbescheid rückwirkend ändert. Der Sachverhalt wurde durch die Bildung einer Rückstellung im Jahresabschluss berücksichtigt.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2020 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Energie- und Rohstoffmärkte reagieren sehr sensibel auf den weltweiten Konjunkturverlauf und die politisch-rechtlichen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin mit volatilen Preisentwicklungen zu rechnen, was eine verlässliche Prognose des zukünftigen Geschäftsverlaufes erschwert.

Trotz der Ausbreitung des Corona-Virus wird die Gesellschaft die Belieferung der Kunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas sicherstellen. Sie hat Notfallfahrpläne ausgearbeitet, die bei Bedarf schrittweise Anwendung finden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung hingewiesen worden. Zum Schutz des Personals wurden unterstützende Maßnahmen eingeleitet (zusätzliche Reinigungs- und Desinfektionsleistungen). Das Unternehmen ist gut vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Da die EVH zu Leistungen an Privathaushalte und Kleinstunternehmer auch dann verpflichtet ist, wenn Kunden keine Abschläge/Rechnungen bezahlen, resultieren hieraus zumindest Zahlungsverzögerungen. Darüber hinaus besteht ein erhöhtes Risiko von Insolvenzen und daraus folgenden vollständigen Zahlungsausfällen und Anfechtungen. Bei den Gewerbekunden besteht das Risiko einer Margenreduktion durch sinkende Absatzmengen. Ferner müsste die bereits beschaffungsseitig fixierte Menge mit zu erwartenden Verlusten aus Preisdifferenzen an den Markt gestellt werden. Zur Risikominderung erfolgt eine fortlaufende Analyse der Kundenabnahmen sowie eine entsprechende Justierung der Prognosen zur Vermeidung von Ausgleichsenergie. Mittelfristige Mengenabsicherungen werden bei entsprechender Marktlage aufgelöst.

6.1. Umsatzentwicklung

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle. In der Sparte Strom ist dabei von einer steigenden Anzahl von Zählern mit einem gleichzeitig leicht sinkenden spezifischen Verbrauch im Privat- und Gewerbekundenbereich auszugehen. Ursächlich hierfür sind gesellschaftliche Prozesse wie die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten, die zunehmende Anzahl von Studenten in Halle (Saale) sowie auch Energieeinspareffekte bspw. durch LED-Beleuchtung. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt das Unternehmen neben der Netzausweitung auf das Projekt „Verdichtung des Fernwärmenetzes“. Hierzu haben die EVH und die SWH zusammen mit der Stadt Halle (Saale), lokalen Wohnungsunternehmen und großen Fernwärmekunden die „Energie-Initiative-Halle (Saale)“ gegründet, die im Geschäftsjahr 2019 auch von der Deutschen Energie-Agentur besonders gewürdigt wurde.

Positive Effekte in Form der KWK-Einspeisevergütung auf die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld „Zentrale Erzeugung“ erwartet die EVH auch weiterhin infolge des novellierten KWKG.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichten am 15. Oktober 2019 die Prognose der 2019 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach EEG sowie die daraus resultierende Umlage für das Jahr 2020. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Sie steigt im Jahr 2020 um ca. 5,5 % gegenüber dem Niveau des Jahres 2019 auf 6,756 Cent je kWh. Weiterhin steigen die Umlage zur Netzentgeltreduzierung stromintensiver Betriebe (§ 19 StromNEV) sowie die Umlage für abschaltbare Lasten im Vergleich zum Vorjahr. Demgegenüber sinkt der Aufschlag nach dem KWKG von 0,28 Cent je kWh auf 0,226 Cent je kWh. Die erst im Jahr 2019 neu geschaffene Position Offshore-Netzumlage wird unverändert bei 0,416 Cent je kWh bleiben.

6.2. Investitionen

Die EVH baut weiterhin regenerative Erzeugungskapazitäten auf, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. In Zukunft sollen dazu alle bestehenden und künftigen Photovoltaikgroßprojekte in einer eigenständigen Gesellschaft gebündelt werden, wodurch der Kapitalbedarf für die Errichtung der Anlagen verringert werden kann.

Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes Kundennahe Energiedienstleistungen alternative Technik (BHKW, Nahwärmeanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen sollen vorwiegend innerhalb von Halle zu Investitionen führen.

Darüber hinaus werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft TEE getätigt.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

Durch das Projekt „KWK35“ sind darüber hinaus auch weiterhin umfassende Investitionen in die Kraftwerksstandorte geplant. Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme des Energie- und Zukunftsspeichers, welcher ein Bestandteil des Projektes ist und als weltweit größter seiner Bauart eine stärkere Entkoppelung der Kraftwerkserzeugung vom Wärmeverbrauch ermöglicht, sind im Geschäftsjahr 2019 die Arbeiten an den hocheffizienten KWK-Erzeugungsanlagen weiter fortgeschritten. Im Energiepark Dieselstraße sollen zwei Gasturbinen modernisiert werden und eine dritte hinzukommen. Im Berichtszeitraum konnte bereits eine modernisierte Gasturbine erfolgreich in den Probebetrieb genommen werden. In 2020 sollen die Arbeiten an zwei Gasturbinen abgeschlossen und mit der Modernisierung des Kraftwerksblockes B begonnen werden. Ab dem Jahr 2021 soll perspektivisch der Energiepark der KWT in Halle-Trotha ertüchtigt werden. Insgesamt plant die EVH bis zum Jahr 2022 in diesem Bereich Investitionen in Höhe von 135 Mio. €, wovon bis zum 31. Dezember 2019 bereits 106 Mio. € investiert wurden und 29 Mio. € bis 2022 noch ausstehen.

6.3. Finanzierung

Die EVH geht davon aus, dass die geplanten Investitionen zentral über Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzstrategie finanziert werden.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2020 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis vor Ertragsteuern und Ergebnisabführung in Höhe von 26,7 Mio. €. Mögliche Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sind hierin nicht berücksichtigt.

Für die Folgejahre geht die Gesellschaft von einer stabilen Ergebnissituation aus.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lauda, Winfried
Störzner, Uwe

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführer haben im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH erhalten.

d) Beteiligungen

unmittelbar

GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH

	T€	%
	50,00	

mittelbar

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

	T€	%
	364	0,29

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	23	100	29	100	50	100	-6	-21

Bilanzsumme

	23	100	29	100	50	100	-6	-21
--	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	15	62	6	20	42	85	9	152
Rückstellungen	8	38	22	76	8	15	-14	-64
Verbindlichkeiten	0	0	1	4	0	0	-1	-100

Bilanzsumme

	23	100	29	100	50	100	-6	-21
--	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------

bb) GuV

sonstige betriebliche Aufwendungen

Ergebnis nach Steuern

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	11	36	34
Ergebnis nach Steuern	-11	-36	-34
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-11	-36	-34

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-43,31	-86,29	-44,88	%
Cash-Flow:	-11	-36	-34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	62,38	19,94	84,89	%
Fremdkapitalquote:	37,62	80,06	15,11	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Grundlagen

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg, und die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale).

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Diplom-Ingenieur (FH) Uwe Störzner und Herr Dr. Winfried Lauda.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 11,2 aus. Dieser resultiert maßgeblich aus Verwaltungskosten. Die FSA verfügt über keine nachhaltige Ertragsquelle.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2019 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der FSA war das Halten mittelbarer Beteiligungen an der FWV. Hierzu war die FSA seit ihrer Gründung über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, in Höhe von 25,5 %, sowie über eine „Kleine GbR“ mit der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) in Höhe von 20,2664 % an der FWV beteiligt.

Seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts verlangen die am 3. Oktober 1990 von der FWV Fernwasser beziehenden Kommunen die Kommunalisierung und unentgeltliche Übertragung der Anteile an der FWV. Nach dem Erlass diverser Bescheide, die sämtlich Gegenstand gerichtlicher Überprüfung waren, erließ zuletzt das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) am 25. Januar 2016 den Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid vom 30. Juli 2010. Der Übertragungsbescheid sieht eine unmittelbare dingliche Zuordnung sämtlicher Anteile an der FWV an die sächsischen und sachsen-anhaltischen Gemeinden vor.

Mit Urteil vom 12. Dezember 2018 hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz entschieden, dass die mit Bescheid vom 25. Januar 2016 erfolgte Zuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH weitgehend rechtmäßig ist. Hiervon betroffen sind auch die Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, die die FSA über die „Große GbR“ und die „Kleine GbR“ hält. Die Begründung des Urteils wurde der FSA am 1. März 2019 zugestellt. Mit der Umsetzung des Urteils und der Einreichung der neuen Gesellschafterliste beim Handelsregister verliert die FSA ihre Geschäftsanteile an der FWV. Am 18. März 2019 wurde die neue Gesellschafterliste der FWV im HRB 86 des Amtsgerichts Leipzig eingetragen.

Der FSA ist mit der HRB-Eintragung die maßgebliche Beteiligung an der FWV entzogen und somit für ihre Geschäftstätigkeit wirtschaftlich bedeutsamen Beteiligungen. Der FSA verbleibt lediglich als Gesellschafter der großen GbR gemeinsam mit den Kommunalen Wasserwerken Leipzig noch ein Geschäftsanteil von 0,57 %. Auswirkungen auf den Jahresabschluss bestehen jedoch nur in geringem Umfang, da die Beteiligungen an der „Großen GbR“ und der „Kleinen GbR“ jeweils mit 1 EUR bewertet sind.

Ausblick

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12. Dezember 2018 geht der Verlust der Geschäftsanteile an der FWV einher. Ersatzansprüche für die FSA bestehen nicht. Für das Käuferkonsortium MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und Stadtwerke Halle GmbH, welches die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH im Jahr 2004 vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR erworben hat, besteht jedoch ein Rücktrittsrecht gemäß § 12 Abs. 3 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrags vom 22. Juli 2004. Entsprechende Ansprüche sind damit durch die Gesellschafter der FSA zu realisieren. Die FSA wird bis zur Umsetzung der Zuordnung und bei Erfordernis darüber hinaus ihren Pflichten nachkommen.

Im Jahr 2019 hat der Konsortialausschuss der FSA einen Beschluss bezüglich des Herstellens von Einvernehmen über die Ausübung des Rücktrittsrechtes gefasst, fanden Sondierungsgespräche der großen GbR (FSA/KWL) mit dem BMF/BvS bezüglich einer Entschädigung aus dem Kauf- und Abtretungsvertrag aus dem Jahr 1994 sowie der Gesellschafter der FSA mit dem Ministerium Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt zum Rücktritt vom Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zur Veräußerung der FSA vom 22. Juli 2004 statt.

Eine abschließende Entscheidung über den Rücktritt vom Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag bezüglich der FSA gegenüber dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR steht noch aus, ist aber für 2020 geplant.

Soweit in diesem Zusammenhang weitere Kosten entstehen und nicht aus dem Liquiditätsbestand der FSA gedeckt werden können, geht die FSA von einer fortgesetzten Unterstützung aus dem Gesellschafterkreis aus.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Leipzig	31.249,39	24,45
Stadt Halle (Saale)	31.058,68	24,30
Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	10.692,52	8,37
Stadt Bitterfeld-Wolfen	8.038,53	6,29
Stadt Aschersleben	3.103,16	2,43
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Ostharz	2.816,20	2,20
Stadt Bernburg	2.657,44	2,08
Stadt Dessau-Roßlau	2.519,26	1,97
Stadt Merseburg	2.376,23	1,86
Stadt Hettstedt	2.313,47	1,81
Stadt Gräfenhainichen	1.943,80	1,52
Lutherstadt Eisleben	1.903,03	1,49
Stadt Sandersdorf-Brehna	1.566,60	1,23
Große Kreisstadt Torgau	1.510,23	1,18
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bad Dürrenberg	1.489,52	1,17
Stadt Ballenstedt	1.354,41	1,06
Gemeinde Teutschenthal	1.270,56	0,99
Stadt Seeland	1.197,06	0,94
Stadt Schkeuditz	1.151,81	0,90
Gemeinde Petersberg	1.059,01	0,83
Stadt Leuna	998,55	0,78
Gemeinde Muldestausee	997,79	0,78
Gemeinde Kabelsketal	956,50	0,75
Große Kreisstadt Eilenburg	810,65	0,63
Gemeinde Schkopau	809,50	0,63
Stadt Nienburg/Saale	790,07	0,62
Gemeinde Salzatal	787,39	0,62
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	728,59	0,57
Gemeinde Mockrehna	696,00	0,54
Stadt Quedlinburg/Harz	666,85	0,52

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Bad Schmiedeberg	661,74	0,52
Große Kreisstadt Wurzen	578,53	0,45
Stadt Taucha	552,71	0,43
Stadt Gerbstedt	524,20	0,41
Stadt Wettin-Löbejün	521,39	0,41
Stadt Markleeberg	464,13	0,36
Stadt Mansfeld	434,34	0,34
Stadt Landsberg	428,97	0,34
Gemeinde Laußig	407,63	0,32
Stadt Könnern	384,88	0,30
Gemeinde Klostermansfeld	324,29	0,25
Stadt Arnstein	272,90	0,21
Gemeinde Helbra	217,17	0,17
Stadt Dommitzsch	217,17	0,17
Verbandsgemeinde Saale-Wipper	196,98	0,15
Stadt Kemberg	196,46	0,15
Gemeinde Trossin	194,93	0,15
Gemeinde Doberschütz	191,99	0,15
Stadt Raguhn-Jeßnitz	176,65	0,14
Stadt Südliches Anhalt	171,03	0,13
Stadt Falkenstein/Harz	156,71	0,12
Gemeinde Elsnig	155,94	0,12
Gemeinde Wimmelburg	144,31	0,11
Gemeinde Bornstedt	114,53	0,09
Gemeinde Dreiheide	114,53	0,09
Gemeinde Benndorf	101,24	0,08
Stadt Braunsbedra	89,99	0,07
Stadt Belgern-Schildau	65,06	0,05
Stadt Blankenburg	58,42	0,05
Gemeinde Hergisdorf	53,69	0,04
Stadt Zörbig	48,57	0,04
Goethestadt Bad Lauchstädt	40,26	0,03
Stadt Köthen (Anhalt)	28,63	0,02
Gemeinde Jesewitz	9,84	0,01
Gemeinde Lossatal	9,84	0,01
Einheitsgemeinde Osternienburger Land	0,51	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung:		Wollenberg, Jan
Technische Geschäftsführung:		Dr. Michalik, Peter
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Lux, Matthias
	stellv. Vorsitzender	Müller, Volkmar
		Dallhammer, Wolf-Dieter
		Dr. Meyer, Ulrich
		Gründler, Cornelia
		Henning, Burkhard
		Hörning, Ulrich
		Mittelberger, Thiébauld
		Müller, Annerose
		Schlicke, Friedhelm
		Störzner, Uwe
		Wenzel, Christian

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	152.885	94	147.923	94	142.813	94	4.962	3
Umlaufvermögen	9.486	6	10.171	6	8.966	6	-685	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	117	0	77	0	56	0	40	52

Bilanzsumme

162.488	100	158.171	100	151.835	100	4.317	3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Empfangene Ertragszuschüsse
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	124.794	77	122.495	77	120.113	79	2.299	2
Sonderposten für Investitionszulagen	59	0	65	0	72	0	-6	-9
Empfangene Ertragszuschüsse	316	0	338	0	361	0	-22	-7
Rückstellungen	7.802	5	7.516	5	7.730	5	286	4
Verbindlichkeiten	29.517	18	27.757	18	23.559	16	1.760	6

Bilanzsumme

162.488	100	158.171	100	151.835	100	4.317	3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	44.502	49.700	45.395
andere aktivierte Eigenleistungen	2.538	2.461	2.390
sonstige betriebliche Erträge	1.117	1.021	835
Materialaufwand	16.532	22.070	19.151
Personalaufwand	14.074	13.545	13.080
Abschreibungen	9.016	8.892	9.006
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.585	5.506	5.002
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	505	568	630
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	82	0
Ergebnis nach Steuern	2.437	2.519	1.751
sonstige Steuern	138	137	136
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.299	2.382	1.615

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,17	4,79	3,56	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,88	1,98	1,36	%
Cash-Flow:	11.315	11.274	10.621	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	226	251	233	T€
Personalaufwandsquote:	29,22	25,47	26,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,04	93,45	94,02	%
Eigenkapitalquote:	76,80	77,44	79,11	%
Fremdkapitalquote:	23,20	22,56	20,89	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	201.250,00	201.250,00	201.250,00	m ³
Fernleitungsnetz	789,00	775,00	775,00	km
Trinkwasserverkauf	80,20	81,40	76,00	Mio. m ³

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell; Ziele und Strategien

Nachdem am 12.12.2018 durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes höchstrichterlich eine Entscheidung zur „Rekommunalisierung“ des Unternehmens gefällt wurde, war diese in der Folgezeit im Einvernehmen mit den neuen Gesellschaftern des Unternehmens umzusetzen. Neben den formellen Aktivitäten, wie Einreichung der neuen Gesellschafterliste beim Handelsregister, bestand im Jahr 2019 eine Schwerpunktaufgabe darin, die Neufassung des Gesellschaftsvertrages, welcher zwingend an die veränderte Gesellschafterkonstellation anzupassen war, zu begleiten und zur Beschlussfassung durch die Gesellschafter-versammlung zu bringen. Bei der Vielzahl der Gesellschafter war der Abstimmungsprozess hierzu etwas umfangreicher, sodass eine Beschlussfassung zum neuen Gesellschaftsvertrag erst in der Gesellschafterversammlung am 30.01.2020 erfolgte.

Die seit mehr als 50 Jahren bestehende Kernaufgabe des Unternehmens, nämlich die Gewinnung und Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser sowie die Verteilung des Trinkwassers als Vorlieferant für Zweckverbände und Wasserversorgungsunternehmen, die im Auftrag der Kommunen als Träger der öffentlichen Wasserversorgung die Trinkwasserversorgung im mitteldeutschen Raum gewährleisten, wird im neuen Gesellschaftsvertrag bestätigt. Dort heißt es in § 4 zum Gegenstand des Unternehmens:

„Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser und Überleitung des Trinkwassers mittels Fernleitungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die mit der Wasserversorgung unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen und die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes dienen. Belange des Umweltschutzes sind zu berücksichtigen.“

Mit der Erfüllung dieser Aufgabe schafft das Unternehmen die Grundlage für die Sicherung eines wichtigen Bausteins der Daseinsvorsorge in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Die wachsende Bedeutung eines sicher funktionierenden Fernwassersystems bestätigte sich einmal mehr im Verlauf des Jahres 2019. Zum einen musste, bedingt durch die warme, trockene Witterung im Frühjahr und Sommer, eine hohe Nachfrage der Kunden des Unternehmens abgedeckt werden. Dabei waren im Vergleich zum Jahr 2018 weiter ansteigende Tagesproduktionswerte in den drei Wasserwerken zu verzeichnen. Die durchschnittliche Tagesfördermenge der Wasserwerke betrug 219,8 Tm³/d, die maximale Tagesabgabe wurde am 01.07.2019 mit 300,1 Tm³/d gemessen. Die höchste Abgabe an sieben zusammenhängenden Tagen (Q7) wurde im Zeitraum vom 25.06. bis 01.07.2019 mit 287 Tm³/d registriert. Insgesamt wurden im Jahr 2019 80,2 Mio. m³ an die Kunden geliefert.

Zum anderen ist zu konstatieren, dass industrielle Neuansiedlungen, die einer größeren Wasserbereitstellung bedürfen, in vielen Regionen des Versorgungsgebietes nur dank der Leistungsfähigkeit des Fernwassersystems möglich sind, da entsprechende lokale Ressourcen in der Regel nicht zur Verfügung stehen.

Mit ca. 9,4 GWh regenerativ erzeugter elektrischer Energie durch die Turbinen im Ostharz-Ableitungssystem und die Photovoltaikanlagen in der Elbaue konnte der sehr gute Wert des Vorjahres nicht ganz erreicht werden. Durch den Ausfall einer Turbine im Hochbehälter Neuplatendorf stand diese für ca. 4 Wochen nicht für die Stromerzeugung zur Verfügung.

In Summe kann festgehalten werden, dass das Unternehmen auch im Jahr 2019 alle Aufgaben ohne Abstriche erfüllt hat, eine jederzeit sichere und qualitativ hochwertige Trinkwasserversorgung gewährleistete und dabei ein gutes wirtschaftliches Ergebnis erzielen konnte. Damit wurde die positive Unternehmensentwicklung der letzten Jahre kontinuierlich fortgesetzt. Die bisher erarbeiteten, den jeweiligen Entwicklungen stets angepassten, langfristigen Konzepte waren dafür eine wichtige Grundlage. Gleichwohl besteht die Aufgabe, sie mit neuen Erkenntnissen zu justieren und damit die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem neuen Gesellschafterkreis abzustimmen.

Eine erste Indikation für diesen Abstimmungsprozess der langfristigen Unternehmensstrategie bzw. der Ziele der unternehmerischen Tätigkeit geben die Formulierungen in der Präambel des oben genannten neuen Gesellschaftsvertrages. Dort heißt es u. a.:

„Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH liefert mittelbar und unmittelbar Trinkwasser an städtische und gemeindliche, daneben auch an private Abnehmer. Sie setzt im Interesse des Gemeinwohls ihre Ressourcen wirtschaftlich ein, sichert den notwendigen öffentlichen Einfluss in allen Angelegenheiten der Wasserversorgung und fördert einen zweckmäßigen Ausgleich durch vertikale Integration von Fernwasserbeschaffung und lokaler Wasserverteilung, um hierdurch die Wasserversorgung so sicher wie möglich zu gestalten und die lokalen Wasserversorger in die Lage zu versetzen, die Endabnehmer zu sozial-verträglichen Gebühren bzw. Preisen mit Wasser zu versorgen.“

Weiter heißt es:

„Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wird nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und nachhaltigen Wasserversorgung zu einem kostendeckenden Preis unter Berücksichtigung einer angemessenen Substanzerhaltung geführt.“

Mit den genannten Schwerpunkten wie:

- Sichere Wasserversorgung
- Sozialverträgliche Entgelte
- Angemessene Substanzerhaltung und
- Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit

sind bereits wichtige Leitlinien der Unternehmenspolitik festgeschrieben, die es nachfolgend detaillierter auszuformulieren und abzustimmen gilt.

Zur nachhaltigen Aufgabenerfüllung zählt zweifellos auch der Erhalt der Leistungsfähigkeit in Form des Know-hows der Mitarbeiter. Die Rekrutierung junger, leistungsbereiter und gut ausgebildeter Fachkräfte ist vor allem unter Beachtung der Altersstruktur unserer Mitarbeiter eine besondere Herausforderung für die kommenden Jahre. Das sehr langfristig angelegte Personalentwicklungskonzept ist die Grundlage für die diesbezüglich einzuleitenden Aktivitäten.

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens wurden im Berichtsjahr 14,12 Mio. € in die Anlagen und Netze investiert.

Forschung und Entwicklung

Die witterungsbedingten Extremsituationen der Jahre 2018 und 2019 prägten maßgeblich die konzeptionellen Arbeiten zur Herausarbeitung der Kernpunkte der weiteren Entwicklung des Unternehmens, speziell der Anlagen und Netze des Fernwasser-Versorgungssystems. Diese finden ihren Niederschlag im Fernwasserentwicklungskonzept (FEK), das seit den Jahren 2007/08 kontinuierlich fortgeschrieben und dabei den äußeren Rahmenbedingungen angepasst wird. Dominierten früher die Auswirkungen der demografischen Entwicklung die Anpassungsstrategie in Form des Rückbaus von Kapazitäten, stehen nunmehr die klimatischen bzw. meteorologischen Einflüsse wie oben genannt verstärkt im Focus. Diese werden überlagert durch gesellschaftlich/regionale Entwicklungen, wie z. B. der Neu-ansiedlung von Großindustrien oder auch den Strukturwandel, der im Zuge der Klimadebatte speziell auch in unserer Region zu gestalten ist. Das gesellschaftlich vorherrschende Thema „Klimawandel“ hat mithin in mehrfacher Hinsicht gravierende Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Unternehmens. Aufgabe muss es sein, diese rechtzeitig zu analysieren und die notwendigen strategischen Schlussfolgerungen abzuleiten.

Erkennbar ist eine deutliche Trendumkehr der Nachfrage nach Wasser aus dem Fernwasser-system. Gingen frühere Prognosen (vornehmlich beeinflusst durch die demografischen Effekte) für die Zeiträume ab 2020/25 von bereitzustellenden Jahresmengen von ca. 70 Mio. m³/a aus, so wurden in den beiden zurückliegenden Jahren Wasserlieferungen von über 80 Mio. m³/a registriert.

Die vorliegenden Anfragen der Kunden des Unternehmens bzw. neuer Kunden sowohl aus dem kommunalen als auch dem industriellen Bereich zeigen, ausgehend von den Werten der Jahre 2018 und 2019, eine steigende Tendenz, sodass sich Liefermengen über 80 Mio. m³ in Zukunft verstetigen werden. Dieser Trend auf der Nachfrage- bzw. Bedarfsseite ist nicht losgelöst von Fragen der Dargebotssicherung sowie weiter ansteigenden Spitzenverbräuchen in den Frühjahrs- bzw. Sommermonaten zu betrachten. Letztere treten dabei zunehmend an mehreren zusammenhängenden Tagen (Q7) auf und führen dazu, dass die Systemverfügbarkeit einen noch höheren Stellenwert erhält.

Planmäßige Arbeiten, die mit Außerbetriebnahmen von Anlagenteilen oder Netzabschnitten verbunden sind, sind in der Regel nur noch in verbrauchsschwachen Zeiten einzuordnen. Bei der Absicherung der Dargebote – sowohl des Rohwassers aus dem Talsperrensystem des Ostharzes als auch aus den Brunnen der Elbaue – müssen sowohl die Bereitstellung der Wassermenge als auch die Aspekte der Wasserqualität Beachtung finden. Mit dem Hintergrund der dargelegten veränderten Rahmenbedingungen sind nachstehende Aktivitäten des Jahres 2019 hervorzuheben, die dazu dienen, das Unternehmen auf die künftigen Herausforderungen vorzubereiten. Der Dargebotssicherung zuordnen lässt sich die für die 100. Aufsichtsratssitzung vorbereitete Beschlussfassung zur Entwicklung der Gewinnungs- und Aufbereitungskapazitäten. Nach umfassender Diskussion bestätigte der Aufsichtsrat die planungstechnischen Vorarbeiten zur Reaktivierung des im Jahr 2011 stillgelegten Wasserwerks Sachau in der Elbaue.

Inzwischen wurde eine Studie zur Gestaltung der Wassergewinnung erstellt, die Basis für eine Neubeantragung der wasserrechtlichen Erlaubnis ist. Darüber hinaus wurde eine Vorplanung für die Aufbereitungsanlage beauftragt, in deren Ergebnis die Frage beantwortet werden soll, ob Teile der Altsubstanz ertüchtigt werden können oder ein kompletter Wasserwerksneubau zu bevorzugen ist. Darüber hinaus soll damit eine qualifiziertere Kostenbasis für die endgültige Entscheidung in den Gremien zum Wasserwerksstandort geschaffen werden.

Der Rohwasserqualitätssicherung zuordnen lässt sich die Mitwirkung in der Arbeitsgruppe zur Neufassung der Schutzzonen-Verordnung für das Ostharz-Talsperrensystem, die unter Leitung des Umweltamtes des Landkreises Harz steht. Hier wurde ein Entwurf verabschiedet und auf den weiteren Gang der Behördenabstimmung gebracht. In die neue Verordnung sind neueste wissenschaftlich/technische Erkenntnisse, die bei dem Schutz des Rohwassers in Form von Ver- bzw. Geboten zu beachten sind, eingeflossen. Die laufende Qualitätsüberwachung des Rohwassers aus dem Talsperrensystem wurde mit dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB) vertraglich neu vereinbart, wobei eine Fortschreibung des bisher praktizierten Monitoring-Programmes erfolgte. Die qualitative Auswertung des Rohwassermonitorings in der Elbaue erfolgt unter anderem auch im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Wasserversorgern in der Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Einzugsgebiet der Elbe (AWE). Einen Schwerpunkt stellt dabei die Auswertung der Analysen auf organische Spurenstoffe dar. Unterstützt wird diese Arbeit durch Forschungseinrichtungen der Branche (z.B. Technologiezentrum Wasser des DVGW). Dabei fließen auch Erkenntnisse aus bundesweiten Projekten wie der „Spurenstoff-Strategie“ ein, die über die Branchenverbände begleitet werden. Hervorzuheben ist, dass auf Initiative der AWE die Zusammenarbeit mit anderen deutschen und europäischen Arbeitsgemeinschaften von Wasserversorgern in Flusseinzugsgebieten neu belebt wurde. Gemeinsam mit den sich an Rhein, Ruhr, Donau und Maas engagierenden Fachkolleginnen und -kollegen wurde eine fachliche Stellungnahme im Zuge des von der EU-Kommission eingeleiteten Fitness-Checks für die Wasserrahmenrichtlinie erstellt und an diese übergeben.

Damit wurde eine sehr gute Argumentationsgrundlage gegenüber der Politik bzw. den Umweltbehörden geschaffen. Diese gewinnt für die Zukunft weiter an Bedeutung, da seitens der EU-Kommission eine Novellierung der EU-Trinkwasserrichtlinie weiter vorangetrieben wurde. Mit ihrer Verabschiedung ist im I. Halbjahr 2020 zu rechnen. Bereits bekannt sind weitere Verschärfungen der Anforderungen an die Trinkwasser-Qualitätsüberwachung, indem die Richtlinie um Parameter aus dem Spurenstoff-Spektrum ergänzt wurde. Hervorzuheben ist ferner die zwingend einzuführende Risikobetrachtung bei der Qualitätssicherung, beginnend beim Einzugsgebiet bzw. bei der Rohwassergewinnung. Die Kohärenz zur Wasserrahmenrichtlinie wird dadurch direkt deutlich und die oben angeführten Aktivitäten zur Qualitätssicherung im Rohwasserbereich werden nachdrücklich bestätigt. Die auf nationaler und EU-Ebene gegenwärtig laufenden Prozesse der Wasserpolitik werden durch die aktive Mitwirkung in den verschiedensten Gremien der Fachverbände (DVGW, BDEW, ATT) begleitet. Einen Schwerpunkt bildete im Jahr 2019 die Hervorhebung der Bedeutung der öffentlichen Wasserversorgung, der vor anderen Nutzungsinteressen an der Ressource Wasser ein Primat einzuräumen ist. Die Notwendigkeit, diese Forderung in das Zentrum bei Projekten wie dem „Nationalen Wasserdiallog“ zu stellen bzw. in Aktivitäten wie dem „Wasserimpuls“ des DVGW zu betonen, leitet sich aus den bereits in jüngerer Vergangenheit festgestellten Nutzungskonflikten ab, die durch die verschiedenen Interessengruppen hervorgerufen werden. Neben dem Klimawandel und seinen Auswirkungen ist die Digitalisierung ein weiteres Schwerpunktthema der gesellschaftlichen Debatte. Auch die damit im Zusammenhang stehenden Fragen bezüglich der Prozesse im Unternehmen waren Gegenstand weiterführender Untersuchungen im Jahr 2019. Aufbauend auf den Erkenntnissen aus dem DVGW-Projekt „Reifegradmodell“ wurde 2019 eine Arbeitsgruppe gebildet, die zunächst mögliche Einsatzfelder bestimmte. Dies erfolgte unter breiter Einbeziehung der Belegschaft. In der aus Mitarbeitern aller Unternehmensbereiche zusammengesetzten Arbeitsgruppe wurde nachfolgend eine Bewertung und Priorisierung der eingereichten Vorschläge vorgenommen. An der Umsetzung der mit hoher Wertigkeit eingestuftten Vorhaben wird gearbeitet.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Obwohl eine leichte Abschwächung der konjunkturell guten Lage in der Bundesrepublik zu verzeichnen ist, kann diese speziell in der mitteldeutschen Region als gut bezeichnet werden. Sie führt auch zu einer anhaltend hohen Nachfrage nach Wasser aus dem Fernleitungs-system durch die versorgten Industriestandorte. Hinzu kommen neue Anfragen durch die Ansiedlungen größerer Unternehmen. Diese, in der Regel über die versorgten Kunden eingehenden Anfragen, führen zum Teil zu steigenden Liefermengen an diese Kunden, teilweise auch zur Aufnahme von direkten Vertragsbeziehungen mit den Industriestandorten, insbesondere dann, wenn spezielle Anforderungen an das im jeweiligen Produktionsprozess eingesetzte Wasser gestellt werden.

Darüber hinaus haben in den zurückliegenden Monaten auch langjährige „Bestandskunden“ höhere Bezugsmengen angemeldet. Diese schlagen sich in der Erhöhung der in den Lieferverträgen vereinbarten Vorhalteleistungen nieder. Eine starke Nachfragezunahme ist zudem aus dem Bereich der Landwirtschaft zu registrieren. Diese Anfragen konnten nur zum Teil positiv beantwortet werden.

Zusammengefasst bestätigt die steigende Nachfrage nach Wasser aus dem System des Unternehmens die Notwendigkeit von Entscheidungen zur Entwicklung der Gewinnungs- und Aufbereitungskapazitäten, wie weiter oben bereits beschrieben.

Aus der Arbeit in den Branchenverbänden ist bekannt, dass es analoge Entwicklungen auch in anderen großen Wasserversorgungsunternehmen der Bundesrepublik, speziell bei den Fernwasserversorgern gibt.

Eine Folge ist, dass in der Branche sehr intensiv die aus dem Klimawandel abzuleitenden Schlussfolgerungen erörtert werden. Dies erfolgt unter Einbeziehung von Experten aus den Umweltforschungseinrichtungen bzw. meteorologischer Institute.

Als Konsequenz aus der Analyse der sich veränderten äußeren Bedingungen für die Trinkwasserversorgung wird in der Branche übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass:

- der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungsinteressen seitens der Politik gesetzlich festgeschrieben werden muss,
- die Unternehmen die Anstrengungen zur Dargebotssicherung verstärken müssen,
- bisherige Redundanzbetrachtungen zu hinterfragen sind; dort wo möglich, sollten Verbünde zwischen Versorgungsunternehmen geprüft werden,
- die Anstrengungen zur Erhaltung der Substanz bzw. ihrer zielgerichteten Anpassung an die gestiegenen Anforderungen verstärkt werden und in den Unternehmenskonzepten und Wirtschaftsplänen Eingang finden müssen.

In Fragen der Qualitätssicherung liegt der Schwerpunkt aus Sicht des Unternehmens nach wie vor bei der sicheren Beherrschung der Spurenstoffproblematik im Bereich der Elbaue-Wasserwerke. Die bereits beschriebenen Aktivitäten haben die Zielstellung, die Rohwasserqualität nachhaltig so weit wie möglich von Mikroschadstoffen unbelastet zu halten, um langfristig die Wasserwerke mit naturnahen Aufbereitungsverfahren, das heißt unter Verzicht auf weitergehende Aufbereitung, betreiben zu können.

In der Branche dominierte insbesondere die Nitratbelastung für das über Brunnen gefasste Grundwasser die Diskussion. Die wiederholte Novellierung der Düngeverordnung sorgte für Auseinandersetzungen mit Vertretern der Landwirtschaft bis hin zu den bekannten Bauernprotesten. Obwohl in den Brunnenfassungen der Elbaue-Wasserwerke vergleichsweise sehr große Wassermengen gefördert werden, die wiederum ein weitläufiges Einzugsgebiet bedingen, stellt die Nitratbelastung des Rohwassers kein Problem dar. Mit durchschnittlich gemessenen 1-2 mg/l liegen die Werte weit unter dem Grenzwert der Trinkwasserverordnung von 50 mg/l.

Die Zusammenarbeit mit den Landwirten im Einzugsgebiet der Fassungsanlagen sowie die konsequente Umsetzung der Regelungen der jeweiligen Schutzzoneverordnungen (dies im Wesentlichen durch das Handeln der Fachbehörden) muss auch in Zukunft fortgesetzt werden, um die sehr gute Basis zu erhalten. Nachholbedarf gibt es hier im Einzugsgebiet des Wasserwerks Mockritz, wo die Überarbeitung/Neufassung der Schutzzoneverordnung bereits seit mehreren Jahren überfällig ist.

Für das Rohwasser aus der Rappbodetal Sperre liegt das Augenmerk weiterhin auf der Entwicklung der Huminstoffgehalte. Diesbezüglich ist eine gute, abgestimmte Zusammenarbeit mit dem Betreiber der Talsperren, dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR, sehr wichtig, um den begrenzt vorhandenen Spielraum bei der Talsperrenbewirtschaftung weitestmöglich auszuschöpfen.

Beobachtet werden muss künftig verstärkt, wie sich der Temperaturanstieg auf die Wassertemperatur und im Zusammenhang mit den Nährstoffgehalten auf das Algenwachstum auswirken kann. Bisherige Untersuchungen gaben keinen Anlass zur Besorgnis, da aufgrund der großen Tiefe des Talsperrenkörpers Auswirkungen auf die unteren Entnahmehorizonte des Rohwassers nicht festzustellen waren.

Dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtetes Wirtschaften heißt auch für die FWV, den für die Trinkwasserproduktion und seine Verteilung erforderlichen Energieeinsatz noch stärker in das Blickfeld zu nehmen. Das im Unternehmen seit 2014 eingeführte und wiederholt zertifizierte Energiemanagement-System (die letzte Rezertifizierung fand Anfang Februar 2020 statt) bietet dafür eine sehr gute Grundlage. Darauf aufbauend müssen die definierten Energiekennzahlen auch in den nächsten Jahren regelmäßig aktualisiert werden. Die Energieeffizienz hat aufgrund des mit dem Stromverbrauch verbundenen Kostenblocks auch aus monetärer Sicht einen hohen Stellenwert. Die im Zuge der Klimawandel-Debatte seitens der Bundesregierung beschlossenen Gesetze zur CO₂-Reduzierung führen durch die Einführung eines CO₂-Zertifikats zum weiteren Anstieg der Energiekosten, womit diese Aufgabe unterstrichen wird.

Zur Erhaltung der Substanz wurden die Anstrengungen in den letzten Jahren bereits verstärkt, indem das jährliche Investitionsvolumen auf ca. 14 Mio. € erhöht wurde. Da verschiedene grundsätzliche Erneuerungen von wichtigen Anlagenteilen als komplexe Vorhaben gegenwärtig realisiert und bereits fortgeschritten geplant wurden, ist dieses Niveau auch in den folgenden Jahren erforderlich.

Sofern die Reaktivierung des stillgelegten Wasserwerks Sachau bestätigt wird, müssen die damit verbundenen Investitionsmaßnahmen in den mittelfristigen Investitionsplan integriert und über die Finanzierung dieses Vorhabens gesondert entschieden werden.

Die gestiegenen Investitionsvolumina tragen im Übrigen auch der Marktsituation in der Bauwirtschaft Rechnung. Die sehr gute Auslastung der Bau- und Ausrüstungsunternehmen macht es zunehmend schwierig, Angebote zu den, den Kostenberechnungen entsprechenden, Preisen zu erhalten.

Geschäftsverlauf

Der erreichte Trinkwasserabsatz von 80,2 Mio. m³ liegt zwar 1,2 Mio. m³ unter dem Spitzenwert des Vorjahres, kann aber im Mehrjahresvergleich trotzdem als sehr guter Jahreswert bezeichnet werden. Der Planwert 2019 von 77,4 Mio. m³ konnte deutlich übertroffen werden. Die Absatzsteigerungen gegenüber den Planungen wurden sowohl bei den Weiterverteilern als auch bei den direkt versorgten Industriekunden erzielt. Insbesondere führte die sehr warme und trockene Witterung bis August 2019 zu guten Trinkwasserabsätzen.

Die sonstigen Umsatzerlöse lagen mit 3,02 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von 8,92 Mio. €. Wesentlicher Grund hierfür waren die nur im geringen Umfang realisierten Umsatzerlöse aus den von Dritten verursachten Umverlegungen von Fernwasseranlagen. Dies hat allerdings keine wirtschaftlichen Auswirkungen, da diesen Umsätzen immer auch gleichlautende Materialaufwendungen gegenüberstehen.

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit waren 2019:

- die Erneuerung der Ostharz-Ableitung zwischen Bernburg und Halle (zwei weitere Teilabschnitte konnten in Betrieb genommen werden)
- die Sanierung des Wasserwerks Mockritz (Schnellfilter, Stromversorgung, Grobaufbereitung und Brunnenbau)
- die Erneuerung des Hochbehälters Hohe Gieck (Inbetriebnahme einer neu errichteten Speicherkammer mit ca. 10.000 m³ Inhalt)
- die Fertigstellung des zweiten „Abschnittes“ des zu migrierenden Prozessleitsystems.

Hinzu kommen wichtige „kleinere Vorhaben“ wie die Erneuerung der Trafostation III in der Fassung des Wasserwerks Torgau-Ost zur Erhöhung der Sicherheit für den U-Pumpenbetrieb in Hochwasser-Situationen, die Grundüberholung der Membranfilterpresse zur Entsorgung der Rückstände aus dem Aufbereitungsprozess des Wasserwerks Torgau-Ost oder die Neuinstallation von Pumpen im Pumpwerk Wolferode zur Abdeckung der steigenden Bedarfsanforderungen der Kunden.

Zur Versorgung eines neuen Kunden aus dem Industriebereich wurde im Raum Bitterfeld/ Sandersdorf eine neue Anschlussleitung errichtet, um die Lieferung des Produktionswassers im I. Quartal des Jahres 2020 aufnehmen zu können.

Aufgrund der guten Absatzentwicklung wurde das geplante Jahresergebnis von 1,62 Mio. € deutlich übertroffen. Das erreichte Jahresergebnis von 2,30 Mio. € erreicht damit fast den Vorjahreswert von 2,38 Mio. €.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf 2019 führten zu Umsatzerlösen von 41,48 Mio. €. Damit konnten sowohl der Vorjahreswert (40,78 Mio. €) als auch der Planwert für das Jahr 2019 (40,34 Mio. €) übertroffen werden.

Die sonstigen Umsatzerlöse aus den von Dritten veranlassten Umverlegungen von Fernwasseranlagen lagen mit 1,29 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von 7,16 Mio. €. Aufgrund einer Reparaturmaßnahme konnten die Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms in einer Höhe von 1,39 Mio. € nicht ganz die Umfänge aus 2018 von 1,48 Mio. € erreichen. Leicht gesteigert werden konnten die Umsatzerlöse aus Laboranalysen für unsere Kunden. Dem Vorjahreswert von 143 T€ stehen 2019 197 T€ gegenüber.

Die Gesamtumsatzerlöse des Unternehmens 2019 liegen mit 44,50 Mio. € aufgrund der geringeren Umsätze aus Umverlegungen deutlich unter denen des Vorjahres von 49,70 Mio. €.

Neben den Umsatzerlösen konnten im Rahmen von Investitionsprojekten aktivierbare Eigenleistungen eigener Mitarbeiter in einer Höhe von 2,54 Mio. € realisiert werden. Damit wurde der Vorjahreswert von 2,46 Mio. € leicht übertroffen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1,12 Mio. €) umfassen im Wesentlichen die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe, Ermäßigungen für Netznutzungsentgelte (produktionsbedingt erhöhter Energieeinsatz) und Versicherungsentschädigungen (Abrechnung Sturmschäden).

Zusammenfassend wurde im Geschäftsjahr 2019 eine Gesamtleistung von 48,16 Mio. € realisiert, die aus vorgenannten Gründen deutlich unter der des Vorjahres von 53,18 Mio. € lag.

Der Materialaufwand betrug 2019 16,53 Mio. € und liegt somit deutlich unter dem Vorjahreswert von 22,07 Mio. €. Hauptgrund sind geringere Aufwendungen für die Leitungssicherung im Zuge von Baumaßnahmen Dritter. Zu den wichtigsten Einzelpositionen gehören der Stromaufwand, der Fremdbezug von Rohwasser und Instandhaltungsaufwendungen. Die Kosten für den Strombezug reduzierten sich aufgrund leicht verbesserter Einkaufspreise und der etwas geringeren Auslastung der Wasserwerke gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,26 Mio. € auf 4,47 Mio. €. Die Kosten für den Bezug von Rohwasser vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR stiegen durch die inflationär bedingte Entgeltanpassung leicht auf 4,45 Mio. € an. Die Steigerungen der Instandhaltungsaufwendungen resultieren aus zusätzlich notwendig gewordenen Reparaturen im Anlagenbestand.

Der Personalaufwand stieg durch Tarifsteigerungen und durch die rechtzeitige Wiederbesetzung altersbedingt freiwerdender Stellen auf 14,07 Mio. € an (Vorjahr 13,55 Mio. €). Die Bewertung enthaltener Pensions- und Jubiläumsrückstellungen erfolgte auf Basis externer finanzmathematischer Gutachten. Zum 31. Dezember 2019 beschäftigte das Unternehmen 214 aktive Mitarbeiter (Vorjahr 212).

Die Abschreibungen steigen erstmalig seit einigen Jahren wieder leicht an. Hintergrund sind die Investitionsumfänge der letzten Jahre von ca. 12-14 Mio. €. Im Jahr 2019 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einem Umfang von 9,02 Mio. € (Vorjahr 8,89 Mio. €).

Die größten Einzelpositionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes sind die Entgelte bzw. Abgaben für die Wasserentnahme in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Diese sind ebenso wie die Durchleitungsentgelte aufgrund der etwas geringeren Trinkwasserproduktion und -verteilung gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Demgegenüber standen erhöhte Aufwendungen zur Beseitigung von Versicherungsschäden.

Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Kreditmittel zur Teilfinanzierung notwendiger Investitionen waren jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2019 wurden zwei Kredite in einer Höhe von 5,00 Mio. € aufgenommen. Dem gegenüber standen Tilgungen von Krediten in einem Umfang von 2,41 Mio. €.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (10,99 Mio. €) auf 12,15 Mio. €. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen im Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen. Die Rückstellungen und Abschreibungen nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zu.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit liegt mit 14,09 Mio. € auf dem Vorjahresniveau (14,15 Mio. €). Die zur Teilfinanzierung der Investitionen notwendigen Kreditaufnahmen führten zu einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von 2,18 Mio. € (Vorjahr 2,61 Mio. €). Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2019 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (2,27 Mio. €) leicht auf 2,51 Mio. €.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft ist aufgrund der Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr (77,4%) leicht auf 76,8% gesunken.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivater Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt. Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigen Fremdkapital liegt zum Jahresende mit 99,3 % auf Vorjahresniveau.

Vermögenslage

Die Investitionen erfolgten im Wesentlichen in den bestehenden Anlagenbestand und zum Teil in einem Erweiterungsprojekt des Fernleitungssystems bei Sandersdorf. Neben den Investitionen in noch im Bau befindliche Anlagen (4,85 Mio. €) wurde hauptsächlich in technische Anlagen und Maschinen (8,31 Mio. €) investiert. Auf Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung entfielen Investitionen in Höhe von 0,84 Mio. €, auf immaterielle Vermögensgegenstände 0,01 Mio. € und auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten 0,10 Mio. €.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die positive Absatzentwicklung insbesondere der letzten beiden Geschäftsjahre und weitere durch entsprechende Vertragsabschlüsse abgesicherte Absatzmengen werden in den Folgejahren zu steigenden Absätzen führen, welche auch in den Planungen eingearbeitet wurden. Für das Geschäftsjahr 2020 wird nunmehr ein Trinkwasserabsatz von 79,3 Mio. m³ erwartet. Dieser wird sich in den Folgejahren bis 2024 auf bis 81,5 Mio. m³ weiter erhöhen. Neben den Absatzerweiterungen in bestehenden Kundenbeziehungen wurden der Neuabschluss von Verträgen aber auch demographische Entwicklungen berücksichtigt. Die damit zu realisierenden Umsatzerlöse werden sich von 42,13 Mio. € im Jahr 2020 bis auf 44,31 Mio. € im Jahr 2024 erhöhen. Darin enthalten sind die weiter zu berechnenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Die Positionen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstige Dienstleistungen werden mit 1,47 Mio. €, insbesondere Laborleistungen gegenüber Kunden, mit 0,33 Mio. € auf dem Niveau der Vorjahre in 2020 eingeplant. Mit hohen Unsicherheiten verbunden sind die Auswirkungen von Maßnahmen zur Leitungssicherung auf Veranlassung Dritter sowohl auf der Erlös- wie auch der Aufwandsseite.

Auf Basis der für 2020 eingeplanten Investitionsmaßnahmen erwartet das Unternehmen aktivierbare Eigenleistungen durch den Einsatz eigener Mitarbeiter und Technik in einer Höhe von 2,33 Mio. €. Dieser Wert liegt im mehrjährigen Durchschnitt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 0,48 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der Erstattung von Netznutzungsentgelten bzw. Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen. Das Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und im Februar 2020 rezertifiziert.

Für das Geschäftsjahr 2020 wurden Materialaufwendungen von 18,15 Mio. € eingeplant. Die größten Einzelpositionen betreffen den Stromaufwand und die Kosten für den Rohwasserbezug für das Wasserwerk Wienrode von 5,31 Mio. € bzw. 4,51 Mio. €. Die Aufwendungen für den Stromeinkauf steigen aufgrund der erhöhten Trinkwasserproduktion und insbesondere wegen gestiegener Einkaufspreise deutlich gegenüber den Vorjahren. Die weiteren bekannten Positionen des Materialaufwandes wurden unter Berücksichtigung inflationärer Preisentwicklungen eingeplant.

Basis der Personalplanungen sind das erarbeitete Personalentwicklungskonzept, die Regelungen des Tarifvertrages Versorgungsbetriebe und die individualvertraglichen Regelungen zur 37h-Woche. Mittelfristige Zielstellung des Personalentwicklungskonzeptes ist es, mit ca. 200 Mitarbeitern die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen. Dazu wird zukünftig die Akquisition neuer Arbeitskräfte notwendig sein. Im Geschäftsjahr 2020 wird mit einem Personalaufwand von 14,43 Mio. € gerechnet.

Die Investitionsstrategie der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH folgt der Zielstellung, die bedarfs- und qualitätsgerechte Versorgung der Kunden jederzeit sicherzustellen. Investitionsstrategien und -schwerpunkte wurden im Rahmen des Fernwasserentwicklungskonzeptes analysiert und für die nächsten Jahre festgeschrieben. Im Jahr 2020 sollen wesentliche Investitionsprojekte der Vorjahre weiter fortgeführt bzw. beendet werden. Dafür sollen Investitionen in einem Umfang von 14,31 Mio. € realisiert werden.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2020 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2020 wird mit einem Jahresergebnis von 1,68 Mio. € gerechnet. Mittelfristig wird eingeschätzt, dass sich die Jahresergebnisse unter den aktuellen Rahmenbedingungen leicht auf 1,90 Mio. € verbessern werden.

Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt.

Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- wirtschaftspolitisches Umfeld
- Produktion
- Ertrags- und Finanzlage
- Personalmanagement
- Einkauf
- Informationsmanagement
- höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- hohe Auslastung der verfügbaren Aufbereitungs-/Transportkapazitäten, Prüfung notwendiger Systemverstärkungen in Teilbereichen,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- schwierigere Entsorgungsstrategien für Filterrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen,
- aufgrund der aktuellen konjunkturellen Situation stark steigende Preise für Material und Fremdleistungen,
- rechtzeitige Akquisition von qualifiziertem Personal zur Wiederbesetzung altersbedingt freiwerdender Stellen.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen bzw. Handlungsrahmen formuliert. Bei der Feststellung von Abweichungen, z. B. durch veränderte Bedarfsanforderungen von Bestands- und Neukunden, wird entsprechend zeitnah reagiert. Begleitet wird dies durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes mit der Zielstellung einer Risikoreduzierung.

Ergänzend wurde eine zusammenfassende Bewertung der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes vorliegenden Erkenntnisse aus den Entwicklungen der Corona-Pandemie vorgenommen. Diese waren bereits Mitte Februar des Jahres 2020 Veranlassung, die im Unternehmen vorhandenen Maßnahmepläne für Notfallsituationen, hier speziell das Eintreten einer Pandemie, auf ihren notwendigen Aktualisierungsbedarf zu prüfen und der aktuellen Situation anzupassen. Die festgelegten zusätzlichen organisatorisch/technischen Maßnahmen dienen schwerpunktmäßig der Sicherstellung der Versorgungsaufgabe. In dem nachfolgend eingerichteten, regelmäßig tagenden Krisenstab wurden die Lageentwicklungen analysiert und weitergehende Festlegungen getroffen. Trotz der rechtzeitigen und umfassenden Einleitung von vorbeugenden Maßnahmen muss für das Geschäftsjahr 2020 mit folgenden zusätzlichen Risiken gerechnet werden:

- ausbleibende Erlöse aus der Wasserlieferung; diese insbesondere aus der Direktbelieferung von Kunden des Industriebereiches, aber auch durch reduzierte Nachfrage des Industrie- und Gewerbebereichs der Weiterverteilerkunden,
- Anstieg der Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bzw. Aktivitäten zur Sicherstellung der Verfügbarkeit ggf. mit Wechsel zu anderen Lieferanten,
- höhere Personalkosten, sofern zusätzliche Leistungen zur Sicherung der Verfügbarkeit des Personals notwendig werden,
- zusätzliche Kosten zur Beschaffung von Materialien/Ausrüstungen zum Schutz der Mitarbeiter,
- ggf. Finanzierungsrisiken.

Es wird eingeschätzt, dass die genannten zusätzlichen Risiken nur temporär auftreten und beherrscht werden können. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen auch für die Zukunft nicht.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schulze, Jörg	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Ranft, Melanie	(seit 19.09.2019 Vorsitzende)
	Vorsitzender	Misch, Werner	(bis 15.07.2019)
	stellv. Vorsitzender	Franke, Frank	(seit 19.09.2019 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	(bis 15.07.2019)
		Berend, Stephanie	(bis 31.10.2019)
		Bernstiel, Christoph	
		Blasche, Steffen	(seit 16.07.2019)
		Dr. Ernst, Martin	(seit 16.07.2019)
		Ernst, Johannes	(seit 16.07.2019)
		Geier, Egbert	
		Hinniger, Manuela	(bis 06.02.2019)

Aufsichtsrat:	Koehn, Gottfried	(bis 15.07.2019)
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 16.07.2019)
	Raschke, Jens	
	Schlüter-Gerboth, Frigga	(seit 06.02.2019 bis 15.07.2019)
	Senius, Kay	(seit 16.07.2019)
	Weiland, Mathias	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	20	21	21

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	528.044	93	525.871	94	510.536	94	2.173	0
Umlaufvermögen	37.066	7	31.702	6	34.953	6	5.364	17
Rechnungsabgrenzungsposten	589	0	712	0	721	0	-123	-17

Bilanzsumme

565.699	100	558.285	100	546.210	100	7.414	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Sonderposten für Investitions- und
Baukostenzuschüsse
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	90.029	16	90.033	16	87.942	16	-4	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.874	1	5.191	1	5.507	1	-317	-6
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	165.023	29	157.095	28	144.662	27	7.928	5
Rückstellungen	16.559	3	16.435	3	18.034	3	124	1
Verbindlichkeiten	289.201	51	289.531	52	278.437	51	-330	0
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	0	0	11.628	2	13	

Bilanzsumme

565.699	100	558.285	100	546.210	100	7.414	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Aufwendungen aus Verlustübernahmen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines
Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags
abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	118.859	124.507	120.229
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1	25	-24
andere aktivierte Eigenleistungen	1.005	897	753
sonstige betriebliche Erträge	6.418	7.001	8.608
Materialaufwand	39.889	36.391	34.583
Personalaufwand	31.934	29.718	29.186
Abschreibungen	21.502	20.327	20.062
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.566	25.695	24.899
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	378	360	254
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36	32	29
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	6	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.957	10.225	10.827
Ergebnis nach Steuern	10.849	10.460	10.292
sonstige Steuern	123	119	117
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10.726	10.341	10.175
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,02	8,31	8,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,91	11,49	11,57	%
Cash-Flow:	32.228	30.668	30.237	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	226	243	235	T€
Personalaufwandsquote:	25,29	22,44	22,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,13	93,98	93,30	%
Eigenkapitalquote:	15,91	16,13	16,10	%
Fremdkapitalquote:	84,09	83,87	83,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.512,00	10.536,00	10.397,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	18.486,00	18.584,00	17.738,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlage Halle-Nord	12.885,00	14.261,00	14.601,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	7.830,00	7.583,00	6.801,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.309,00	36.287,00	36.628,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	260.710,00	205.292,00	190.031,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	70.785.810,00	68.791.000,00	62.339.000,00	m ²
Hausanschlüsse	27.628,00	27.794,00	27.808,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	9.197.954,00	8.090.118,00	6.670.489,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	60.435,00	53.137,00	56.152,00	KKm (Kehr-Kilometer)

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser
 - 1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung
 - 1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung
 - 1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf
 - 1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb
 - 1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung
 - 3.6.1. Personalentwicklung
 - 3.6.2. Führungskräfteentwicklung
 - 3.6.3. Unternehmenserklärung Frauenquote
 - 3.6.4. Betriebliches Gesundheitsmanagement

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über ihre Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH), RAB Halle GmbH (RAB) sowie der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES).

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Wasser-und Haustechnik GmbH (W + H), Halle (Saale). Zu den Leistungen der W + H gehören die Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, der Bau von Trinkwasseranschlüssen und die Verlegung von Trinkwasserleitungen, die Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung der Fernwärmestationen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH), der Gaszählerwechsel, die Installation von Hausanschlussstationen sowie sonstige Instandhaltungsmaßnahmen.

Darüber hinaus hält die HWS 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbrachte im Jahr 2019 für die HWS Dienstleistungen in der Logistik und darüber hinaus Entsorgungstätigkeiten für Leichtverpackungen.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile an der WER - Wertstofffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen für Sekundärrohstoffe.

Neben der Hauptgesellschafterin SWH hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe sowie Straßen- und Gebäudereinigung. Die Geschäftsfelder werden strukturell über die nachstehenden Geschäftsbereiche geführt.

1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetzes- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) in der Trinkwasserversorgung sowie für Halle (Saale) und das Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal in der Abwasserentsorgung und -reinigung bestehen mit der Stadt Halle (Saale) langfristige Konzessionsverträge. Auf der Grundlage dieser Verträge nimmt die HWS die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf eigene Rechnung wahr. Insofern ist die HWS sowohl für die nachhaltige Ver- und Entsorgungssicherheit, für die Preisbildung und Abrechnung gegenüber den Endkunden, als auch für die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen und für die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen verantwortlich. Außerdem erbringt die HWS weitere Dienstleistungen im Umland. Die HWS sichert weiterhin die Trinkwasserbereitstellung für den WAZV Saalkreis, die MIDEWA, bezogen auf das Versorgungsgebiet Merseburg, und die Dow Olefinverbund GmbH.

1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung

Der Geschäftsbereich realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Entsorgung von Papierkörben, die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin sichert der Bereich die Wartung, Reparatur, Pflege und das Ausstellen und Einholen sämtlicher Müllgroßbehälter. Grundlage der Leistungserbringung sind langfristige Dienstleistungsverträge mit der Stadt Halle (Saale). Zu den Leistungen des Bereiches gehören ebenso die Entsorgung und die Erbringung von Dienstleistungen für gewerbliche Kunden und der Containerdienst.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt nimmt für die SWH-Gruppe die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge wahr. Das im Bereich ebenfalls angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Tochterunternehmen des SWH-Konzerns.

1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung

Durch den Geschäftsbereich Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen insbesondere für die Stadt Halle (Saale), die SWH und ihre Tochtergesellschaften sowie für Dritte im Stadtgebiet erbracht.

1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf

Im Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf werden die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens erstellt. Durch die Unternehmenssteuerung wird die Umsetzung der operativen Exzellenz sowie die für die Erreichung dieser Ziele umzusetzenden HWS Impuls-Projekte koordiniert. Dazu wird neben einem umfangreichen Kennzahlensystem eine 30-Jahres-Planung permanent weiterentwickelt. Durch den Geschäftsbereich erfolgt die Koordinierung der Geschäftsprozessmodellierung sowie künftig die IT-Prozesse des Unternehmens. In der Abteilung Rechnungswesen werden sowohl die kaufmännischen Aufgaben für die Gesellschaft sowie für Dritte als Serviceleistung erbracht. Neben dem zentralen Facilitymanagement, welches die Wartung und Pflege der Liegenschaften und der damit verbundenen Anlagen durchführt, gehört auch der zentrale Einkauf zum Geschäftsbereich, welcher sämtliche vergaberechtliche Einkaufsprozesse des Unternehmens koordiniert und durchführt.

1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb

Der Geschäftsbereich Vertrieb ist für die Akquise und Verhandlung von Ver- und Entsorgungs- sowie Dienstleistungsverträgen verantwortlich. Neben Kundenbetreuung ist es Aufgabe des Geschäftsbereiches, die Weiterentwicklung und Kontrolle von festgelegten Servicelevels sicherzustellen.

Die Bewirtschaftung sowie Optimierung der drei Wertstoffmärkte der HWS gehört ebenso zum Aufgabenbereich, wie der Betrieb der Recyclinganlagen für Elektronikschrott, Papier und Folien. Darüber hinaus führt der Geschäftsbereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch und realisiert die Umschlags-, Lager- und Aufbereitungsprozesse von Abfällen am Standort Äußere Hordorfer Straße.

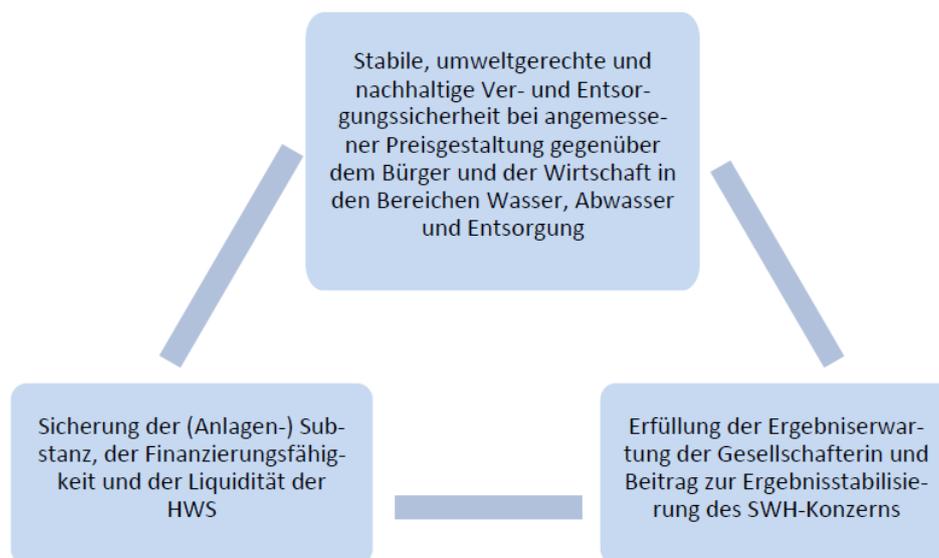
1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

Das Referat der Geschäftsführung ist für das Betriebs- und Prozessmanagement sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement des Unternehmens verantwortlich. Die Arbeitssicherheit sowie der Brand- und Gesundheitsschutz gehören ebenfalls zu den Tätigkeitsfeldern. Darüber hinaus nimmt der Bereich die Werbe- und Marketingaufgaben, das betriebliche Gesundheitsmanagement und das betriebliche Eingliederungsmanagement, das Vertrags- sowie das Beschwerdemanagement der HWS wahr und verwaltet die Unternehmensversicherungen.

Zum Geschäftsbereich gehört ebenfalls das akkreditierte Zentrallabor der HWS, welches die Prüftätigkeiten für Trinkwasser, Abwasser und Abfall für die HWS und für Dritte durchführt.

1.2. Ziele und Strategien

Aufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung stabil, nachhaltig, sicher, umweltgerecht und effizient zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war und ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Substanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.



Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Schmutz- und Niederschlagswassers sowie die Abfallentsorgung wurden 2019 wie auch in den vorangegangenen Jahren ohne Einschränkungen sichergestellt.

Die Preise für Trinkwasser im Versorgungsgebiet der HWS waren in den letzten 13 Jahren stabil. Unterbrochen wurde dies nur im Jahr 2012 mit der Einführung des sogenannten Wassercents durch die Landesregierung. Im Jahr 2015 wurde der Trinkwasserpreis gesenkt. Auch in der Kalkulationsperiode 2019/2020 bleibt der Wasserpreis konstant.

Der Preis für die Schmutzwasserbeseitigung aus dem Haushalt, Kleingewerbe und Industrie wurde in der Kalkulationsperiode 2019/2020 um 0,03 Euro/m³ gesenkt. Der Preis für Niederschlagswasser wurde um 0,06 Euro/m² erhöht.

Um die stabile, nachhaltige und umweltgerechte Ver- und Entsorgung sicherzustellen, wurden im Rahmen des Investitions- und Substanzwerterhaltungsprogramms Trink- und Abwasser im Jahr 2019 19,5 Mio. EUR in die Infrastruktur der HWS investiert. Davon wurden 13,1 Mio. EUR aus Eigenmitteln erbracht. Darüber hinaus wurden für Reparaturen und Instandhaltung in den Bereichen 7,6 Mio. EUR aufgewandt.

In Analogie zu den Vorjahren konnte das geplante Ergebnis 2019 erfüllt und überboten werden. Die Ergebniserwartung des Gesellschafters wurde mit 719 TEUR übererfüllt.

Im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses SWH-Kompass besteht für die HWS die Herausforderung, die Umsetzung der operativen Exzellenz als ständigen Verbesserungsprozess zu gestalten. Das strategische Ziel der operativen Exzellenz formuliert dabei „Wir gehören innerhalb der jeweiligen Branche zu den 25 % der Besten in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz).“

Im Rahmen eines Beteiligungsprozesses aller Mitarbeitenden wurde das Effizienz- und Effektivitätsprogramm HWS 2020 zum Programm HWS Impuls weiterentwickelt. Im Ergebnis der Abarbeitung der HWS Impuls-Projekte wurden Effizienz- und Effektivitätspotenziale gehoben, die zur Kompensation von Preiserhöhungen für die moderate Preisentwicklung, zur Umsetzung des Substanzwerterhaltungsprogrammes und zur Übererfüllung des geplanten Ergebnisses geführt haben. Durch Umsetzung des Paktes zur Schuldenreduzierung wurde darüber hinaus die Finanzierungsfähigkeit des Unternehmens weiter verbessert.

Zur weiteren Verbesserung von Umweltstandards und Verwirklichung der ökologischen Ziele des Unternehmens konnte im Rahmen von zielgerichteten komplexen Investitionsvorhaben im Abwasserbereich die Schmutzfracht im Mischsystem um 7 kg CSB je Jahr je Hektar reduziert werden. Durch Erhöhung des Stauvolumens im Hauptsammler, den Bau eines neuen Rechenhauses und die Ertüchtigung der Pumpstation Tafelwerder wurden darüber hinaus die Voraussetzungen geschaffen, durch Veränderungen im Abwassernetz weitere Reduzierungsmöglichkeiten der Schmutzfracht aus dem Mischsystem in den nächsten zwei bis drei Jahren erreichen zu können. Die geschaffenen Reserven können für eine moderate Gebietsentwicklung, wie Gewerbeansiedlung oder Einwohnerzuwachs, genutzt werden. Durch Erweiterung des Klärwerkes Nord konnte die Stickstofffracht im Ergebnis des biomechanischen Reinigungsprozesses von 18 auf 13 mg/l gesenkt werden. Durch Nachrüstung des ersten Nachklärbeckens mit der hydrograph adapt-Installation wird angestrebt, die Ablaufwerte weiter zu verbessern.

Durch Ersatz auszusondernder Fahrzeuge mit herkömmlichen Antrieben durch Elektroantrieb wurde der Prozentsatz von Fahrzeugen unter 3,5 t mit alternativen Antrieben von 22 % auf 30 % gesteigert. Im Kleintransporterbereich werden ein E-Scooter sowie ein Mercedes Benz E-Vito getestet. Darüber hinaus befindet sich ein erstes Wasserstoff-Fahrzeug im Test. Das Ziel des Unternehmens besteht darin, herkömmliche Antriebsarten durch emissionsarme Antriebsarten zu ersetzen, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Zum 1. Januar 2019 wurde die Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibungen bei der Entgeltkalkulation der Abwasserbeseitigung von Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) auf Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZW) umgestellt. Die Möglichkeit der Umstellung auf diese Abschreibungsmethode ist in § 5 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) geregelt. Ziel ist es, die Mehrerlöse investiv zu verwenden. Damit konnte die Eigenkapitalbasis der HWS gestärkt und die Fremdverschuldung auch bei Steigerung der Investitionen im Rahmen des Substanzwerterhaltungsprogramms im Abwasserbereich gesenkt werden. Die Mehrerlöse aus der kalkulatorischen Abschreibung auf WBZW sind in die Kalkulation der Abwasserpreise für die Kalkulationsperiode 2019/2020 eingeflossen.

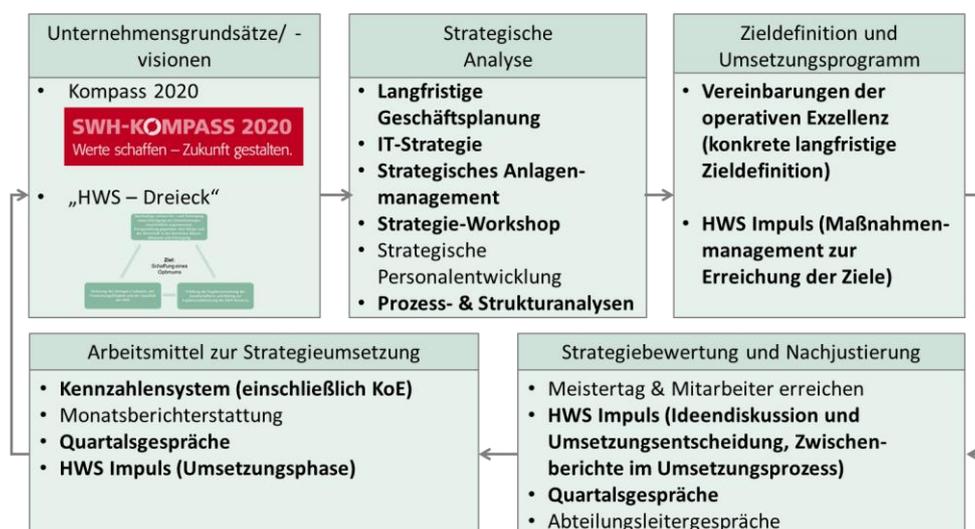
Ein weiterer strategischer Schwerpunkt ist die Digitalisierung von Prozessen im Rahmen des Geschäftsprozessmanagements. Im Jahr 2019 wurden in der HWS eine IT-Landkarte, die Unternehmensprozesslandkarte sowie die Bereichslandkarten im Signavio abgebildet. Des Weiteren erfolgte 2019 für Prozesse der HWS, die prioritär sind, die Detailmodellierung. Je Bereich wurde mit einem Prozess die Soll-Modellierung begonnen, um Effizienz- und Effektivitätsziele abzubilden.

Weitere Schwerpunkte der Digitalisierung in den Fachbereichen sind die Einführung eines Betriebsinformationssystems im Bereich Wasser/Abwasser und die digitalen Leitstände im Bereich Entsorgungsdienste.

1.3. Steuerung

Die auf Konzernebene gemeinsam erarbeiteten strategischen Ziele, Führungsgrundsätze und das Leitbild stellen den Rahmen für einen zukunftsorientierten Entwicklungsprozess aller Stadtwerkeunternehmen dar. Die im Konzern erarbeiteten Richtlinien und Handlungsgrundsätze sind die Grundlage für die Führungsstruktur, die Organisation und das Richtlinienmanagement der HWS.

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Die wesentlichsten sind in der folgenden Abbildung dargestellt.



Analog der eingangs dargestellten Unternehmensstruktur ist die interne Führungsstruktur organisiert. Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Letztere umfasst die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz, Personal, Investitionen sowie Mengenplan und Preise. Die Planung wird für weitere vier Jahre erstellt und somit mittelfristig fortgeschrieben. Die 30-Jahres-Planung wird jährlich durch Abstimmung mit den Jahres- und Mittelfristplanungen aktualisiert. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Leistungsfähigkeit der HWS wird in ca. 400 Effektivitäts- und Effizienzkennziffern abgebildet und ausgewertet.

Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitern als auch mit den Abteilungsleitern thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Umsetzung der HWS Impuls-Projekte, das Gesundheits- und Personalmanagement, die Kennzahlenentwicklung und die Umsetzung der Investitionen werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend diskutiert. Die Vorbereitung und Nachbereitung der Quartalsgespräche erfolgt durch die Abteilungen des kaufmännischen Bereiches. Eine grundlegende Auswertung erfolgt in den Dienstberatungen der Bereiche und Abteilungen sowie in den quartalsweisen Abteilungsleiterbesprechungen der Geschäftsführung. Im gewerblichen Bereich wurden 2019 Tages- und Wochenreports eingeführt, sodass eine zeitnahe Auswertung und Aussteuerung erfolgen kann.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der HWS Impuls-Projekte. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den genannten Arbeitsschwerpunkten des HWS Impuls-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. In speziellen zweimal jährlich stattfindenden Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und Festlegungen zu deren Umsetzung zu treffen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen. Im Rahmen der Weiterentwicklung des HWS Impuls-Programms wurden alle Mitarbeitenden zur Ideen- und Maßnahmenfindung aufgerufen. Im Ergebnis wurden im Rahmen einer Abteilungsleiterbesprechung 54 neue Ideen vorgestellt und geprüft. 18 wurden in das HWS Impuls-Programm aufgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf Null gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Ein wesentliches Instrument für die Steuerungs- und Führungsprozesse ist das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagementsystem. Es zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten sowie zu steuern und ist eng mit der Wirtschaftsplanung verknüpft.

Ein organisatorisches Element zur operativen Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt das Regelwerk der HWS dar, welches in Abstimmung mit dem Konzern kontinuierlich überprüft und an die aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst wird. Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden in die Nachjustierung der Regelungen einbezogen.

Zusätzlich wird über das zentrale Beschwerdemanagement der HWS, durch die auf Leitungsebene erfolgende halbjährliche Auswertung der im Unternehmen eingegangenen Beschwerden Verbesserungspotenzial in Abläufen und Kommunikation aufgedeckt. Für das Jahr 2020 ist eine umfassende Optimierung und Digitalisierung des Beschwerdemanagements vorgesehen.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitäts- und Umweltmanagements in der HWS, welches im Referat der Geschäftsführung angegliedert ist. Schwerpunkte und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien.

Im Geschäftsjahr 2019 konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement nach ISO 9001:2015 und ISO 14001:2015,
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgungsdienste zum Entsorgungsfachbetrieb und zur anerkannten Erstbehandlungsanlage für Elektroaltgeräte nach ElektroG,
- Akkreditierung des Zentrallabors durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) nach DIN EN ISO/IEC 17025:2018,
- TSM-Überprüfung im November 2019 - von der DVGW für den Bereich Trinkwasser und durch die DWA für den Bereich Abwasser wurde für die HWS bestätigt, dass das Unternehmen die Anforderungen des Technischen Sicherheitsmanagements erfüllt. Die nächsten Überprüfungen finden im November 2024 statt,
- Energieaudit gemäß DIN EN 16247-1.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahr 2019 wurde die Umstrukturierung der Unternehmenssteuerung umgesetzt. Die dem Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf angegliederte Organisationseinheit umfasst die langfristige strategische Planung, die Koordination der operativen Exzellenz und des Umsetzungsprogramms HWS Impuls, das Geschäftsprozessmanagement und die Aufgaben der IT-Koordination. Ziel ist die Zentralisierung der strategischen Aufgaben in einer Struktureinheit.

Des Weiteren fand im Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf ein Wechsel in der Führungsebene statt. Der langjährigen Bereichsleiterin folgte im Juni ein neuer Kollege, welcher langjährige Erfahrungen im SWH-Konzern einbringt.

Zum 1. Januar 2019 wurden die Aufgaben der Abfallgebührenabrechnung von der ITC zurück in die HWS übertragen. Das aus sechs Mitarbeitenden bestehende Team wurde im Bereich Vertrieb angegliedert.

Im Sommer 2019 fand die Neuwahl der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat der HWS statt. Ebenso wurden neue Aufsichtsratsmitglieder aufgrund der Neuwahl des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) berufen sowie der Vorsitz neu gewählt.

Auch im Betriebsratsvorsitz fand ein Wechsel statt. Die langjährige Betriebsratsvorsitzende hat ihr Amt zum 31. Oktober 2019 niedergelegt. Im Anschluss fand die Neuwahl des Betriebsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters statt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmensübergreifend

Basierend auf dem vorhandenen Kennziffersystem der HWS sowie durch Marktanalysen und Benchmarking wurden Ausgangs- und Zielwerte der operativen Exzellenz pro Abteilung festgelegt. Die zweijährige Testphase wurde 2018 abgeschlossen und die Ergebnisse in den angepassten Zielstellungen verankert. Seit dem 1. Januar 2019 läuft der erste Zielzyklus über einen Zeitraum von fünf Jahren. Damit wird auch eine Angleichung der Zyklusziele an die 5-Jahres-Planung erreicht.

In Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und den Bereichen wurden 69 Kennzahlen vereinbart, welche die Gesamtleistung der HWS widerspiegeln. Die operative Exzellenz wird in der HWS in 28 Organisationseinheiten gemessen. Nach Möglichkeit spiegeln die Kennziffern Benchmarks wieder. In den Bereichen, wo keine Benchmarks vorhanden sind, wurden Kennzahlen aus dem bestehenden Kennzahlensystem integriert. Mit dem Anspruch "Wir wollen zu den 25 % der Besten der Branche gehören." formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS Impuls unteretzt wird. Insgesamt wurden im Rahmen dieses Programms 81 Maßnahmen bereits abgeschlossen und in die laufende betriebswirtschaftliche Tätigkeit überführt. Derzeit werden weitere 53 Maßnahmen aktiv bearbeitet. Diese gliedern sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte der HWS auf:

	Idee	Konzept	Umsetzung	beendet
Geschäftsentwicklung & Wachstum	7	1	2	17
Kundenorientierung & Servicequalität	1	0	2	5
Betriebsoptimierung	9	9	8	45
Langfristige Investitionsplanung	1	1	1	3
Personalentwicklung, Führung & Organisation	1	2	4	6
Interne & externe Kommunikation	3	0	1	5
Gesamt:	22	13	18	81

Die Sicherung der kritischen Infrastruktur der HWS war 2019 ein Arbeitsschwerpunkt. An den Liegenschaften wurden Zutrittskontrollen eingerichtet, sodass ein Zutritt nur über eine von der HWS autorisierte Karte möglich ist. Des Weiteren wurden Zäune und Schrankenanlagen erneuert bzw. zusätzlich eingerichtet. Die nächste Phase der Umsetzung des Sicherheitskonzeptes der HWS ist die im Ergebnis der Standortuntersuchungen festgelegte Verbesserung des Einsatzes der Videotechnik sowie die Schaffung von Voraussetzungen zur aktiven Reaktion beim Eindringen in die Objekte.

Mit verschiedenen Baufirmen konnten 2019 die Havarieverträge und Rahmenverträge um ein Jahr verlängert werden. Aufgrund der hohen Preisentwicklung ist für das Jahr 2020 eine Neuausschreibung der Leistungen geplant, um so den Wettbewerb zu erhöhen und moderate Preise zu erzielen.

Die HWS hat ihre Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz als Beitrag zur Umsetzung des Klimaschutzes fortgeführt und intensiviert. Es wird angestrebt, unter Nutzung von Förderrichtlinien, die Projekte Optimierung der Klärgasverwertung am Klärwerk Nord zur Erhöhung der Gewinnung regenerativer Energie und die Optimierung der Gebläse-Station mit magnetgelagerten energieeffizienten Motoren/Gebläsen auf der Kläranlage Nord umzusetzen. Weitere Arbeits- und Forschungsthemen sind die hydraulische Sanierung des Stadtgebietes Silberhöhe zur Niederschlagswasserabführung und damit Sicherung der Bebaubarkeit des Areals, die Laserschweißtechnologie sowie Verfahren zur kostengünstigen Abtrennung von Problemstoffen aus dem Schmutzwasser.

In Umsetzung der Klärschlammverordnung und der ökologischen Zielstellungen des Unternehmens ist es Ziel der HWS, die bodenbezogene Verwertung von Klärschlamm bis zum Jahr 2023 zu beenden. Darin eingeschlossen besteht das Ziel, spätestens ab 2029 den im Klärschlamm gebundenen Phosphor rückzugewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde gemeinsam mit den kommunalen Partnern Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH und Abwasserbeseitigung Weißenfels AöR eine Studie für den Bau einer Klärschlammmonoverwertungsanlage erarbeitet. Aufgrund der hohen Investitionskosten und der damit verbundenen Kapitalbindung für eine solche Anlage sowie den damit verbundenen Einschränkungen im Substanzwerterhaltungsprogramm hat sich die HWS gemeinsam mit den Partnern entschieden, die Klärschlammverwertung und das Phosphorrecycling über eine verfahrensoffene Ausschreibung an einen Dritten zu vergeben. 2019 wurde die Vorbereitung der Ausschreibung abgeschlossen. Die europaweite Ausschreibung wurde im Januar 2020 veröffentlicht. Ziel ist es, die Vergabe bis September 2020 herbeizuführen.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Jahres 2019, welcher sich im Jahr 2020 fortsetzen wird, ist die Kommunikation zwischen den Leitungsebenen und insbesondere zu den Mitarbeitenden weiter zu verbessern und einen Feedbackprozess umzusetzen. Im Ergebnis der 2019 durchgeführten Führungskräftekonferenzen wurde zielgerichtete Qualifikation, insbesondere der operativen Führungskräfte (Teamleiter, Einsatzleiter, Meister etc.), als wesentlicher Schwerpunkt herausgearbeitet. Über ein individuell angelegtes Coaching- und Trainingsprogramm werden seit dem 2. Halbjahr 2019 die operativen Führungskräfte geschult. Ziel ist es, diesen Prozess 2020 abzuschließen. Diese Maßnahmen sind Bestandteil der Umsetzung des Programmes Arbeitswelten 4.0, das im Weiteren die Verbesserung des Beteiligungsprozesses und des Lernprozesses der Mitarbeitenden einschließt. Begleitet werden diese Maßnahmen durch die HWS-interne Kampagne „Mitarbeiter erreichen“, die bestimmte interaktive Schwerpunkte setzt.

Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung

Eine wesentliche Aufgabe im Geschäftsfeld Wasserversorgung und Abwasserentsorgung war und ist die Umsetzung der Substanzwerterhaltungsstrategie des Unternehmens. Beginnend im Jahr 2015 und fortführend mit der Planung 2019 - 2023 wurden projektkonkrete Schwerpunkte in der Substanzwerterhaltung im Trink- und Abwassernetz abgebildet.

Zentraler Punkt im Bereich Abwasser ist das seit 2015 auferlegte Kanalreparaturprogramm zur Instandhaltung der Abwasserkanäle bis zu einer Dimension von DN 700. Ziel ist hierbei die Verbesserung der Zustandsklassen 0, 1 und 2 auf 3 und besser. Im Rahmen dieser Reparaturstrategie werden die Abwasserkanäle inspiziert und ihre Schäden bewertet. Im Anschluss erfolgt die Entscheidung zur Reparatur oder Erneuerung/Renovation des Kanals. Insgesamt konnten seit dem Projektbeginn 81,5 km untersucht und davon 42,6 km repariert werden. Der Vorteil dieser Methode besteht einerseits in seiner hohen Kosteneffizienz und andererseits in der schnellen und unkomplizierten Umsetzung, da vielmals Robotertechnik eingesetzt wird. So kann in vielen Fällen auf aufwändige Straßensperrungen verzichtet werden.

Bereits im Jahr 2018 wurden die konzeptionellen und technischen Voraussetzungen geschaffen, um eine Reparaturstrategie für die Großraumprofile (über DN 800) umzusetzen. Im Jahr 2019 wurde nunmehr mit der Vorbereitung der Reparatur im Hauptsammler in der Burgstraße begonnen. Die Umsetzung dieser Maßnahme erfolgt 2020. Zur Vorbereitung weiterer Sanierungsmaßnahmen wurden 2019 Versuchsfelder identifiziert, die 2020 umgesetzt werden sollen.

Darüber hinaus wurden zusätzliche Instandhaltungsmaßnahmen an technischen Anlagen und Gebäuden der Abwasserentsorgung umgesetzt.

Im Trinkwasserbereich ist schwerpunktmäßig die Ablösung von Doppelgraugussleitungen und Asbestzementleitungen stärker in den Fokus gerückt. Einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt im Trinkwassernetz bilden die Erneuerung der Zubringerleitung West und die Sanierung der Zubringerleitung Nord, die wesentlich für die Versorgungssicherheit des nachfolgenden Netzes sind. Aufgrund von Havarien im Jahr 2018 wurde Anfang 2019 die kurzfristige Erneuerung der Zubringerleitung West auf 0,8 km umgesetzt. Des Weiteren wurde der zweite Sanierungsabschnitt an der Zubringerleitung Nord, mit einer Gesamtlänge von 1,9 km im Wesentlichen bis Ende 2019 fertiggestellt.

Insgesamt wurden im Jahr 2019 rund 19,5 Mio. EUR Investitionen im Trink- und Abwasserbereich umgesetzt. Nachfolgend sind die wesentlichsten Investitionsschwerpunkte aufgeführt:

Abwasser

- Bau des 5. Belebungsbeckens auf der Kläranlage Halle-Nord und damit Erweiterung um 40.000 Einwohnergleichwerte,
- Ersatzneubau Rechenhaus Tafelwerder,
- Mischwasserkanal Gottfried-Keller-Straße,

Trinkwasser

- Erneuerung der durch das Hochwasser geschädigten Trinkwasserleitung Talstraße, 2. Bauabschnitt,
- Erneuerung alter störanfälliger bzw. schadhafter Trinkwasserleitungen (Heide-Nord, Seebener Straße),
- Maßnahmen zum Stadtumbau (TWL Silberhöhe/Alte Heerstraße, TWL westliche Neustadt),

Komplexmaßnahmen Tiefbau mit Stadt Halle und EVH

- Trinkwasserleitung Salzmünder Straße,
- Trinkwasserleitung Thomasiusstraße,

Stadtbahnprogramm

- Folge- und Zusatzmaßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms - bei den Projekten Merseburger Straße Nord, Gimritzer Damm, Veszpremer Straße.

Die Investitionen wurden sowohl aus Eigenmitteln und Krediten sowie aus Mitteln der Fluthilfe bzw. Fördermitteln im Rahmen des Stadtbahnprogramms und der Städtebauförderung finanziert.

Um die Planungssicherheit der Substanzwerterhaltung zu verbessern und mit dem langfristigen Investitionsplan (strategisches Anlagenmanagement) zu verbinden, wurde 2019 die Entwicklung eines prognosegestützten Alterungsmodells für das Kanalnetz der Stadt Halle (Saale) weiter fortgeführt. Als wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes wurde die Datenplausibilisierung abgeschlossen. Durch das Alterungsmodell kann eine haltungsgenaue Prognose der Entwicklung des Zustandes des Abwassernetzes in den nächsten 30 Jahren abgebildet werden. Diese Prognose ermöglicht es der HWS, in Verbindung mit der schon bestehenden 30-Jahres-Planung dann sowohl technische Maßnahmen langfristig zu planen, als auch kaufmännische Entscheidungen zu Investitionen, Kosten und der Wirkung auf Verschuldung, Ergebnis und Preis abzuleiten. Mit Hilfe statistischer Verfahren wird das Alterungsverhalten des Kanalnetzes in Abhängigkeit von Parametern wie Alter, Rohrmaterial, Lage im Verkehrsraum, Tiefenlage der Kanäle und vorliegende Schäden analysiert. Der Fokus liegt auf der Substanzwertentwicklung des Kanalnetzes. Es werden verschiedene Szenarien bezüglich des monetären Einsatzes betrachtet und die sich daraus abzuleitenden Effekte hinsichtlich Zustand, Substanzwert und Entgeltentwicklung analysiert. Diese Maßnahme wird begleitet von der Hochschule Aachen. Erste Ergebnisse werden 2021 erwartet.

Im Jahr 2018 und 2019 wurden durch die HWS unter Einbeziehung der Stadt Halle (Saale), des Landes Sachsen-Anhalt, der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH sowie dem Ingenieurbüro für Wasser und Boden aus Bannewitz Schwerpunkte zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser im Havarie-, Katastrophenfall sowie bei terroristischen Anschlägen diskutiert. Daraus abgeleitet hat die HWS eine Aufgabenstellung für eine Analyse von Szenarien und den daraus resultierenden Schlussfolgerungen erarbeitet. Diese soll durch das Ingenieurbüro in Abstimmung mit allen Beteiligten 2020 umgesetzt werden.

In der Anlagendokumentation im Bereich Wasser/Abwasser wurde 2019 die Vermessung mit 3D-Laserscantechnik eingeführt. Dieses Verfahren ermöglicht es, komplexe Anlagen und Bauwerke innerhalb von maximal einem Tag zu vermessen, wofür vorher 14 Tage notwendig waren. Die Abweichungstoleranz der Vermessungen liegt unter 6 mm.

Das Digitalisierungsprojekt Betriebsinformationssystem konnte 2019 in die Umsetzungsphase überführt werden. Als erster Schritt wird im Jahr 2020 die Testimplementierung von zwei Prozessen durchgeführt. Ziel dieses Projektes ist die digitale Unterstützung der Hauptprozesse Inspektion und Wartung der Netze Wasser und Abwasser, von der Planung bis hin zur Steuerung, Durchführung, Dokumentation und Abrechnung sowie die Modernisierung der mobilen Datenerfassung. Im Rahmen der Testphase wird zur Unterstützung eine Prozessbewertung und -analyse diesbezüglich im Rahmen des Geschäftsprozessmanagements erfolgen.

Im Jahr 2019 wurde als HWS Impuls-Maßnahme die Ideenskizze für ein „energieautarkes Klärwerk“ verabschiedet. Durch die Reduzierung des Stromverbrauchs, die Erhöhung des Wirkungsgrades der Eigenstromversorgung sowie die Schließung der entstehenden Lücke durch regenerative Energien soll der größte Stromverbraucher der HWS im Wesentlichen ohne Energiebedarf aus dem Netz betrieben werden. Die Umsetzung des Projektes ist in den nächsten vier Jahren geplant.

Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe

In Erweiterung des Stadtreinigungsvertrages zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS wurde von der HWS ein Entsorgungskonzept zum Naherholungsgebiet (Ziegel- und Würfelwiese, Peißnitz, Saale-promenade, Riveufer) erarbeitet und mit der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Zur Verbesserung von Ordnung und Sauberkeit im Naherholungsgebiet, infolge einer veränderten Nutzung der Grünflächen durch die Bürger, wurde dieses Konzept von der Stadt abgestimmt und die HWS mit der Umsetzung beauftragt.

Die 2018 begonnene Testphase zur Bechippung von Containern, analog zu den bereits umgerüsteten Müllgroßbehältern, wurde im ersten Halbjahr 2019 abgeschlossen, sodass nunmehr alle 1.100 Absetz- und Abrollcontainer sowie 140 Presscontainer mit einem Identsystem ausgestattet sind.

Im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung von Prozessen wurde im Bereich Entsorgungsdienste die Einrichtung eines digitalen Leitstandes für die Behälterentsorgung umgesetzt. Ziel hierbei ist die effiziente Aussteuerung der aktuellen Touren sowie die strategische Optimierung. Durch die damit erreichte bessere Dokumentation der Prozesse konnte darüber hinaus eine bessere und effizientere Bearbeitung des Beschwerdemanagementsystems erreicht werden. Der digitale Leitstand Behälter-/Sperrmüllentsorgung wurde im November 2019 in Betrieb genommen. Nunmehr werden die Voraussetzungen für die Einrichtung der digitalen Leitstände Containerdienst und Reinigung geschaffen.

Parallel dazu wird die seit mehreren Jahren bewährte Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg in der Tourenplanung der Müllentsorgung fortgesetzt. Nachdem bislang aus vergangenheitsbezogenen Daten die Tourenoptimierungsmodelle entwickelt und umgesetzt wurden, geht es nunmehr darum, eine Online-Tourenplanung in Echtzeit zu entwickeln, um auf Verkehrsstörungen, unterschiedlich ausgelastete Fahrzeuge, Baustellen etc. sofort reagieren zu können.

Im Zeitraum von Juli bis August 2019 führte die HWS die Entsorgung von drei Festivals mit mehr als 100.000 Besuchern erfolgreich durch. Durch die HWS erfolgte dabei die Ausstattung des Geländes mit Müllbehältern sowie die Entsorgung aller anfallenden Abfälle. Weitere Erfolge bei der Erhöhung des gewerblichen Umsatzes konnten u. a. durch Vertragsabschlüsse mit Arvarto Distribution GmbH (Bertelsmann-Stiftung) und dem UKH Universitätsklinikum Halle (Saale) erreicht werden.

Im zweiten Halbjahr 2019 wurde die erste Unterfluranlage für Restmüll in der Stadt Halle (Saale) in Betrieb genommen. Im April 2019 wurde die digitale Anmeldung der Sperrmüllentsorgung eingeführt. Zum Jahresende wurden bereits 63 % aller Sperrmüllanmeldungen online durchgeführt.

Geschäftsfeld Gebäudereinigung

Ein Schwerpunkt im Jahr 2019 war die Reaktion auf kurzfristige Leistungsabrufe durch die Stadt Halle (Saale), insbesondere in Umsetzung des Schulausbauprogramms, und die notwendigen Jahressonderreinigungen an den Schulen und Kindertagesstätten. Diese finden hauptsächlich in den Sommer-/Betriebsferien statt. Zudem wurden die Glas- und Rahmenreinigungen sowie die Leuchtenreinigungen in diesen Objekten ausgeführt. Hinzu kamen Bauendreinigungen, die im Zuge von umfangreichen Baumaßnahmen an den Schulobjekten als Sonderleistungen übertragen wurden.

Im Jahr 2019 wurden die Vorbereitungen getroffen, den Dienstleistungsvertrag Gebäudereinigung mit der Stadt Halle (Saale) vorfristig um weitere fünf Jahre zu verlängern. Die Beschlussvorlage ist mit dem Geschäftsbereich III der Stadt Halle (Saale) abgestimmt und wird im Februar 2020 im Stadtrat beschlossen. Die Vorlage beinhaltet ausschließlich die Verlängerung des Vertrages ohne Preisanpassung.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Aufgrund der Wetterbedingungen war eine Übererfüllung des geplanten Wasserumsatzes zu verzeichnen.

Durch das erhöhte Baugeschehen im Stadtgebiet Halle (Saale) wurden im Jahr 2019 deutlich mehr Bauabfälle entsorgt. Weiterhin steigt die Anzahl der Containerleistungen stetig an.

Aufgrund der Konjunkturlage ist eine Erhöhung der Baupreise zu verzeichnen. So entwickelte sich der Baupreisindex für Tiefbau (Ortskanäle) in Sachsen-Anhalt von 2018 auf 2019 um 5,8 % im Jahresdurchschnitt. Diese Situation wirkt insbesondere auf die von der HWS geplanten Investitionen im Trink- und Abwasserbereich. Durch eine gute Vorbereitung der Ausschreibungen und Vergaben sowie konsequent geführten Bietergesprächen konnte 2019 erreicht werden, dass nur in Ausnahmefällen eine Überschreitung der Kostenschätzungen hingenommen oder Ausschreibungen wegen Unwirtschaftlichkeit aufgehoben werden mussten.

Während sich die Preise für Kunststoffe etwas stabilisiert haben, setzen sich beim PPK die Preisschwankungen fort. Hier liegt der Preis nach EUWID für die Sorte 1.04 (Pappe) erstmals seit Langem wieder im Zuzahlungsbereich und der Trend zeigt weiter nach unten. Im Bereich Stahlschrott gab es zuletzt eine leichte Erholung, die aber nicht als Entwicklungstendenz gewertet werden kann. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung im Wertstoffbereich bleibt aufgrund von konjunktureller international negativer Wirtschaftsentwicklung und von Importverboten der Volksrepublik China, Marktüberangeboten weiterhin stark unter Druck. Das Aufkommen von Sperrmüll und insbesondere Altholz ist weiterhin hoch. Aufgrund des Überangebotes an Holz und damit der Verknappung der Verwertungskapazitäten steigen auch hier die Entsorgungspreise weiter an.

Die Entsorgung von Abfällen wird durch die HWS in der Regel ausgeschrieben und über Jahres- bzw. Zweijahresverträge fest vereinbart. Daher sind lediglich Mengen, die über den Ausschreibungs- oder Vertragsrahmen hinausgehen, unterjährigen Preisschwankungen unterworfen.

Die Vergütungen im Wertstoffbereich erfolgten auf Grundlage der Bindung an die entsprechenden Indizes der Zeitschrift Euwid, sodass Marktschwankungen weitergegeben werden konnten.

Als Reaktion auf die niedrigen Vergütungspreise für Kunststoff werden durch die HWS mindere Qualitäten weiterhin nur noch begrenzt gesammelt bzw. als Abfall angenommen und entsprechend berechnet.

Zur Bewältigung des gestiegenen Aufkommens an Altholz wurde mit dem über die Ausschreibung gebundenen Entsorger ein zusätzliches Kontingent für das laufende Kalenderjahr vereinbart, sollte es zu Überschreitungen der ausgeschriebenen Mengen kommen. Dies ist auch für 2020 anzustreben.

Trotz der Maßnahmen wirkt sich die Erlösverschlechterung negativ auf die Entwicklung des Ergebnisses im Wertstoffbereich aus.

Die Ausschreibung der dualen Systeme für die Logistik der LVP-Entsorgung konnte zugunsten der HWS für die Jahre 2019 - 2021 gesichert werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auf Bundesebene ist am 2. September 2017 die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), BAnz AT 7. Februar 2017 B1, in Kraft getreten und hat damit die VOL/A abgelöst. Auf Landesebene erfolgt die Einführung der UVgO durch entsprechende landesrechtliche Regelungen. Ein genauer Termin, ab dem die UVgO für das Land Sachsen-Anhalt in Kraft treten soll, ist nicht bekannt. Bis dahin gilt weiterhin für Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte die VOL/A für die Beschaffung von Liefer- und Dienstleistungen.

Gemäß UVgO ist durch den Auftraggeber ab 1. Januar 2019 die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten in Textform nach BGB mithilfe elektronischer Mittel zu akzeptieren, selbst wenn er eine andere Form der Einreichung vorgeschrieben hat. Weiterhin hat der Auftraggeber ab dem 1. Januar 2020 vorzugeben, dass die Unternehmen ihre Teilnahmeanträge und Angebote in Textform nach BGB ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel übermitteln. Dasselbe gilt für die sonstige Kommunikation nach § 7 UVgO. Ab dem 1. Januar 2020 gelten somit für die Kommunikation im Unter- und Oberschwellenbereich vergleichbare Regeln. Im Oberschwellenbereich müssen gemäß § 53 Vergabeverordnung (VgV) bereits seit dem 18. Oktober 2018 alle öffentlichen Auftraggeber und alle Bieter ausschließlich ein elektronisches EU-Vergabeverfahren umsetzen. Dieses umfasst auch die elektronische Angebotsabgabe und durchgängige Bieterkommunikation bis zum Zuschlag für Vergabestellen. Die HWS hat die entsprechende inhaltliche und technische Umsetzung der oben genannten Vergaberechtsänderungen sichergestellt.

Die Europäische Union hat mit der Richtlinie 2014/55/EU ihre Mitgliedsstaaten verpflichtet, die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen durchzusetzen. Bis Ende 2018 waren alle Bundesbehörden angewiesen, elektronische Rechnungsformate anzunehmen. Ab November 2020 darf die Rechnungslegung an Bundesbehörden nur noch auf elektronischem Weg erfolgen. Dies erfordert umfangreiche Anpassungen in den Prozessen der HWS. Um den Anforderungen gerecht zu werden, wird der Rechnungsstandard ZUGFeRD (Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland) im Rahmen eines konzernweiten Projektes bei der SWH eingeführt. Ziel des Projektes ist, das Rechnungslegungsformat konzernweit zu implementieren, um die Anforderungen zu erfüllen und Abläufe zu vereinfachen.

Das Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller wird weiter fortgeführt. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Da auch die Fahrzeuge der SWH-Gruppe hiervon betroffen sind, hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH sowie für die Stadt Halle (Saale) die erforderlichen Daten für die Geltendmachung von Schadenersatz erfasst. Zur Reduzierung der Gerichtskosten wurde ein Pool aus der Stadt Halle (Saale), der SWH-Gruppe und weiteren kommunalen Unternehmen gebildet. Die Klageschrift wurde bei Gericht zum Jahresende 2018 eingereicht. Durch das Landgericht Stuttgart wurde nunmehr die Ladung zur mündlichen Verhandlung für den 3. Dezember 2020 übermittelt.

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz (VerpackG) beschlossen. Mit dem Jahresbeginn 2019 ist dieses Gesetz in Kraft getreten. Schwerpunkt des Gesetzes ist die Steigerung der Recyclingquoten. Daneben wird aus Sicht der Stadt Halle (Saale) und der HWS der größte Handlungsbedarf in der Abstimmungsvereinbarung für die Fraktion Papier/Pappe/Kartonagen gesehen. Dabei geht es insbesondere um den gestiegenen Anteil an Verpackungen und den damit einhergehenden höheren Anteil der dualen Systeme an den Kosten für das Erfassungssystem. Für die Fraktionen Altglas und Leichtverpackungen werden die Änderungen für die Stadt Halle (Saale) respektive die HWS unbedeutend sein. Generell wird es künftig nur noch eine Abstimmungsvereinbarung für die drei Fraktionen des dualen Systems geben. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem zugelosten Verhandlungsführer, der seitens der Systembetreiber bestimmt wird, verhandelt wird. Für die Stadt Halle (Saale) ist dies die Duales System Deutschland GmbH. In Bezug auf die Rechtssicherheit verfolgen die Stadt Halle (Saale) und die HWS die Bestrebungen des Interessenverbandes (VKU) und dem Deutschen Städtetag, welcher eine Orientierungshilfe zur Verfügung gestellt hat.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung untersetzt ist. Das Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm HWS Impuls, die konsequente Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der einzelnen Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der mit den Projekten anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Optimierungspotenzialen geführt. Klare Leitungsstrukturen, die zielstrebige Nutzung der betriebswirtschaftlichen Effizienz- und Qualitätskennziffern als Steuerungsinstrument, die Einbindung aller Führungskräfte und der Mitarbeitenden in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse sind wesentliche Erfolgsfaktoren.

Ein umfangreiches Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeitenden und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den Talentpool stellen gute Voraussetzungen dar, um die Entwicklungsmöglichkeiten und die Motivation der Mitarbeitenden sicherzustellen. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement und die Einführung von Servicelevels die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Marketing-Kampagnen, verbesserten Internetauftritt und Nutzung moderner Einrichtungen, wie Social Networks, wird darüber hinaus eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Die zunehmende Digitalisierung von Prozessen der HWS, wie das Geschäftsprozessmanagement, Smart-metering durch fernauslesbare Wasserzähler, das Betriebsinformationssystem im Trink- und Abwasserbereich, der digitale Leitstand oder die Tourenoptimierung im Bereich Entsorgungsdienste, werden zunehmend zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die grundsätzliche Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale), ist ebenfalls ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die SWH hat mit der Investitionsbank eine Vereinbarung zur fördertechnischen Begleitung und Erörterung von regionalwirtschaftlichen Möglichkeiten für die Vorbereitung der nächsten Strukturfondsperiode vereinbart. Erste Themen der fördertechnischen Begleitung wurden zwischen der Investitionsbank und der HWS als Pilotprojekt abgestimmt. Dabei handelt es sich um zwei Studien zur Analyse von Starkniederschlagsereignissen und sich daraus ableitender Maßnahmen sowie einer Risikoanalyse für den Ausfall der Infrastruktur. Darüber hinaus geht es um Investitionsvorhaben zur Erhöhung der Energieeffizienz durch Umrüstung des Abwasserpumpwerkes Neustadt, dem Belüftungssystem auf der Kläranlage Halle-Nord sowie der Klärgasverstromung auf der Kläranlage Halle-Nord. Des Weiteren wird ein Umsetzungsprojekt für ein innovatives Laserschweißverfahren zwischen SLV, HWS und Vorwerk vorbereitet.

Im Rahmen der Mobilitätswende hat die HWS den Fuhrpark der SWH-Gruppe um weitere Fahrzeuge mit alternativen Antrieben ergänzt. So hat die HWS sieben VW e-Golf geleast, wofür sieben ältere Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb ausgesondert wurden. Der Ausbau des Carsharing mit alternativer Antriebstechnik sowie die Betrachtung technischer Themen zur Verbesserung der Emissionen stehen auch für 2020 auf der Agenda.

Neben diesen Projekten werden im aktuellen Berichtsjahr und darüber hinaus folgende Projekte weiterverfolgt bzw. neu begonnen:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne der HWS im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälter-/Sperrmüllentsorgung mit dem Partner Hochschule Merseburg,
- Alterungsmodell – Kanalnetz mit Unterstützung der Hochschule Aachen,
- Konzept zum Umgang mit Starkniederschlagsereignissen mit dem IWS Leipzig, einem Institut der HTWK Leipzig,
- Carbontrans – Initiative Kohlenstoffkette mit Fraunhofer Institut und der Universität Freiberg,
- Risikoanalyse und Entscheidungsgrundlage zur Sicherung der Versorgung mit Trinkwasser im Katastrophen-/Havariefall oder bei terroristischen Anschlägen mit dem IWB Bannewitz,
- Möglichkeiten zur Abtrennung von Spurenstoffen aus Abwässern mit GMBU, TGZ und MLU im Rahmen der Spurenstoffstrategie des Bundes.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren sowohl Auszubildende wie auch duale Studenten bei der HWS beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Anlagenmechaniker/-in, Industriemechaniker/-in, Kfz-Mechatroniker/-in, Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Chemielaborant/-in und Kauffrau/-mann für Büromanagement sowie über duale Studiengänge in den Bereichen Wasserwirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren im Unternehmen 559 Mitarbeitende (Personalstand) und 32 Auszubildende beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 45 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 17 Jahren.

Bereits im Jahr 2017 startete im Unternehmen ein Programm zur Wissensvermittlung für alle kaufmännischen Mitarbeitenden. Ziel ist es, in den acht Wissensmodulen Trinkwasser, Abwasser, Kläranlage, Entsorgung, Straßenreinigung, Stoffstrommanagement, Gebäudereinigung und Labor die vielfältigen Geschäftsfelder vorzustellen, um ein besseres Verständnis für die Abläufe in den technischen Bereichen zu erreichen. Auch dienen diese internen Schulungen dazu, sich persönlich kennenzulernen und eine vertrauensvolle Unternehmenskultur weiter zu entwickeln.

Auch die Nachfolgeplanung war ein wichtiger Schwerpunkt im Jahr 2019. Die HWS ist bestrebt, bei geplanten Abgängen von Mitarbeitenden und geplanter Wiederbesetzung der Stellen, eine ausreichende Qualifizierung zu erreichen, um die interne Wiederbesetzung zu ermöglichen.

3.6.1. Personalentwicklung

Die Schnellebigkeit der Veränderung interner wie externer Rahmenbedingungen bringt viele Herausforderungen mit sich und erfordert flexibles Handeln und Anpassungsfähigkeit der Mitarbeitenden. Vor diesem Hintergrund wurden die Personalentwicklungsinstrumente fortgeführt und ergänzten auch 2019 die Schulungen mit fachlichem Schwerpunkt. Die HWS unterstützt zudem Mitarbeitende, die sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell.

3.6.2. Führungskräfteentwicklung

Führungskräfte der HWS nehmen regelmäßig die Angebote der SWH-Führungskräfteentwicklung sowie des Schulungsprogramms im Rahmen des Compliance Management Systems wahr und arbeiteten auch 2019 aktiv bei der Führungskräfteentwicklung aller Führungskräfte der SWH-Gruppe mit.

Ergänzend hat die HWS Anfang 2019 eine Führungskräfteveranstaltung für alle Führungskräfte der HWS durchgeführt, um die vergangenen Tagungen aus dem Jahr 2018 zu resümieren und die nächsten Meilensteine zu definieren. Im Ergebnis dieser Auswertungen wurde das Schulungsprogramm für die operativen Führungskräfte aufgesetzt. Im Rahmen der Kampagne „Mitarbeiter erreichen“ wurde dieses Schulungsprogramm, beginnend mit bereichsspezifischen Basisschulungen, ab dem zweiten Halbjahr 2019 umgesetzt. Im Ergebnis dieser durchgeführten Schulungen wurde sich verständigt, dass für jede operative Führungskraft individuelle Schulungsschwerpunkte festgelegt und gezielt geschult werden. Dies wird für 2020 den Hauptschwerpunkt darstellen.

In der SWH-Gruppe fand Anfang 2020 eine weitere Führungskräfteveranstaltung für die operativen Führungskräfte statt. Im Fokus war dabei die Etablierung einer neuen 180-Grad-Feedbackmethode sowie eines neuen Formates für Beteiligung und Lernen.

3.6.3. Unternehmensklärung Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der HWS beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene beläuft sich der Frauenanteil per 31. Dezember 2019 auf 33 % und auf der 2. Führungsebene auf 28 %. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HWS liegt bei 18 %, eine Zielstellung ist nicht festgelegt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

3.6.4. Betriebliches Gesundheitsmanagement

Im betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) fand in Kooperation mit der Krankenkasse IKK gesund plus im Geschäftsbereich Entsorgungsdienste eine Mitarbeiterbefragung zum Thema „Gesund arbeiten“ statt. Die Beteiligung der Mitarbeitenden war mit 67 % sehr hoch. Die häufig sehr schwere körperliche Arbeit in diesem Bereich zeigt sich u. a. in der überdurchschnittlichen Ausprägung der Beschwerden im Muskel-Skelett-System. Viele Befragte leiden zudem unter Bluthochdruck, viele Befragte sind Raucher. Sowohl Führungskräften, als auch interessierten Mitarbeitenden wurden die Ergebnisse der Befragung vorgestellt und Maßnahmen diskutiert. Anfang 2020 wird es nun ein Seminar zur Raucherentwöhnung geben und Angebote, individuelle Rückenprogramme zu unterstützen.

Mit dem 2017 eingeführten Bonussystem werden konsequent Zeichen für mehr Prävention, auch für alle anderen Mitarbeitenden gesetzt. Sowohl die Teilnahme an gesundheitsfördernden Aktionen des Unternehmens, als auch individuelle Aktivitäten werden dabei mit Prämien belohnt.

Mittlerweile geben Sporttherapeuten an drei Unternehmensstandorten regelmäßig Kursstunden. Die Teilnahme ist kostenfrei. Für Übungen für zu Hause oder zwischendurch erhielten alle Mitarbeitende ein Gymnastikband. Zwei neue E-Bikes für Dienstwege stehen neben dem Standort Karlsruher Allee nun auch an den Standorten Äußere Hordorfer Straße und Fritz-Hoffmann-Straße zur Verfügung. Sehr rege war die Beteiligung an einem kleinen Check-up zum Venenscreening. Für die kaufmännischen Mitarbeitenden wurden zum Testen drei verschiedene Sitzmöbel gekauft, die alternativ zum Bürostuhl für mehr Bewegung sorgen sollen. Bewegung mit Musik gab es zudem bei einem Mini-Tanzkurs.

Laut Gesetzgeber hat jeder Beschäftigte nach 42 Ausfalltagen innerhalb der letzten 12 Monate Anspruch auf ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM). Das BEM ist mittlerweile eine feste Größe im gesamten BGM. Ganz gleich, welche Gründe für außerordentlich hohe Fehlzeiten vorliegen – Krankheit, private Schicksalsschläge, psychische Ursachen, Unfälle – immer wird versucht, den Mitarbeitenden zu unterstützen, aber auch dabei, eigenverantwortlich selbst aktiv zu werden. Knapp 100 Mitarbeitende wurden eingeladen, mit 69 Betroffenen wurde gesprochen und 11 BEM-Verfahren wurden eingeleitet.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2018	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	124.507	118.859	-5.648	-4,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	897	1.005	108	12,0
Bestandsveränderungen	25	1	-24	-96,0
Übrige betriebliche Erträge	7.001	6.418	-583	-8,3
Materialaufwand	36.392	39.889	3.497	9,6
Personalaufwand	29.718	31.934	2.216	7,5
Übrige betriebliche Aufwendungen	25.695	13.566	-12.129	-47,2
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	354	378	24	6,8
EBITDA	40.979	41.272	293	0,7
Abschreibungen	20.327	21.502	1.175	5,8
EBIT	20.652	19.770	-882	-4,3
Zinsergebnis	-10.192	-8.921	1.271	12,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.460	10.849	389	3,7
Sonstige Steuern	119	123	4	3,4
Ergebnis vor Gewinnabführung	10.341	10.726	385	3,7

Die Absatzmengen sind für die Stadt Halle (Saale) und die Lieferung an Dritte im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, dies führt zu geringfügig niedrigeren Erlösen Trinkwasser von -3 TEUR.

Die Umsatzerlöse der Abwasserentsorgung sinken im Vergleichszeitraum um 4.858 TEUR. Ab 2019 erfolgte die Einführung eines Sonderpostens für Wiederbeschaffungszeitwerte. Dieser stellt die Differenz zwischen Abschreibungen nach Wiederbeschaffungszeitwerten und nach Anschaffungs- und Herstellungskosten dar. Für das Wirtschaftsjahr 2019 beträgt dieser Wert 4.861 TEUR.

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe ist eine steigende Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich zu konstatieren. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Behälter-, Container- und Sammelleistungen, Gebäudereinigung, Stadtreinigung sowie Entsorgung und Verwertung führen zu einer Steigerung der Umsatzerlöse von insgesamt 3.722 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Die übrigen Umsatzerlöse sind vor allem aufgrund des Erwerbs der Kläranlage Halle-Nord und der somit entfallenden Dienstleistung der Betriebsführung Telonon Abwasserbehandlung GmbH um 4.508 TEUR zurückgegangen.

Die übrigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr aufgrund geringerer Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 583 TEUR gesunken.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 3.497 TEUR gestiegen. Wesentlicher Einflussfaktor dafür ist der gestiegene Aufwand bezogener Leistungen für die Entsorgung und Verwertung von Abfällen um 2.621 TEUR, insbesondere aus Baumaßnahmen der Stadt Halle. Dieser steht im Zusammenhang mit den überplanmäßigen Umsatzerlösen. Im Kalenderjahr 2019 wurden im Vergleich zum Vorjahr 514 TEUR mehr Fremdleistungen in Anspruch genommen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 2.216 TEUR gestiegen. Die Entwicklung ist unter anderem durch tarifliche Lohnsteigerungen, zusätzliche Planstellen sowie aus Sonderzahlungen durch die Gesundheitscard und den Kraftfahrerbonus beeinflusst.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 12.129 TEUR gesunken. Diese starke Absenkung resultiert vor allem aus dem Wegfall des Nutzenentgelts im Zusammenhang mit dem Erwerb der Kläranlage Halle Nord.

Die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen sind um 24 TEUR gestiegen. Dieses Ergebnis resultiert insbesondere aus der W + H GmbH.

Das EBITDA wird mit 41.272 TEUR ausgewiesen und überschreitet das Vorjahrsergebnis um 293 TEUR.

Die Erhöhung der Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr ist einerseits durch erhöhte Investitionen zur Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 und andererseits durch die Aktivierung der Anlagen mit dem Kauf der Kläranlage Halle-Nord begründet.

Das Zinsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 1.271 TEUR verbessert werden.

Das Ergebnis vor Gewinnabführung von 10.726 TEUR überschreitet das Vorjahresergebnis um 385 TEUR.

Das geplante Ergebnis der HWS von 10.007 TEUR wurde um 719 TEUR übererfüllt. Die HWS blickt damit auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2019 zurück.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das bilanzielle Eigenkapital zum 31. Dezember 2019 betrug 90.029 TEUR. Im Geschäftsjahr führte die nachträgliche Korrektur von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015 zu einer Reduzierung um 4 TEUR.

Der Sonderposten für Baukosten- und Investitions- und Ertragszuschüsse erhöhte sich im Geschäftsjahr um 7.929 TEUR auf 165.023 TEUR. Diese Erhöhung resultiert bei planmäßiger Auflösung hauptsächlich aus Zugängen von Fördergeldern im Rahmen der Beseitigung von Schäden des Hochwassers 2013 sowie aus dem erstmaligen Ansatz kalkulatorischer Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte für die Preiskalkulation in der Sparte Abwasser.

Kumulativ erhöhte sich das wirtschaftliche Eigenkapital um 7.608 TEUR auf 259.926 TEUR.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die SWH abgeführt.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 305.773 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten inkl. Zinsabgrenzung 289.201 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von 12.250 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres und 5.000 TEUR zur Kaufpreisfinanzierung der Kläranlage Halle-Nord im Rahmen der Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2019 für sechs Darlehen nach auslaufender Zins- bzw. Margenbindung neue Vereinbarungen teils auch durch Umschuldung abgeschlossen.

Im Jahr 2013 schloss die HWS einen Portfolioswap zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit ab. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und stieg im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.986 TEUR. Zum 31. Dezember 2019 betrug der Nominalbetrag 90.818 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2018	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	255.350	256.770	1.420	0,6
Liquide Mittel	16.452	23.487	7.035	42,8
Nettoschulden	238.898	233.283	-5.615	-2,4
EBITDA	40.979	41.272	293	0,7
Nettoschulden/EBITDA	5,8	5,7	-0,1	-1,7

4.2.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2019 verfügte die HWS über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 22.479 TEUR (Vorjahr: 15.491 TEUR) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 7.414 TEUR auf 565.699 TEUR. Das entspricht einem Anstieg von 1,3 %.

Diese Steigerung resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens um 2.173 TEUR und der Erhöhung der Forderungen um 6.313 TEUR bei gleichzeitig reduziertem Kassenbestand und reduzierten Guthaben bei Kreditinstituten um insgesamt 840 TEUR. Den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 23.847 TEUR stehen Abschreibungen von 21.502 TEUR und Buchwertabgänge von 171 TEUR gegenüber.

Die Entwicklung des Umlaufvermögens im Berichtsjahr ist geprägt durch den Aufbau der Forderungen. Dieser resultiert hauptsächlich aus dem um 7.875 TEUR erhöhten Cash-Pool-Guthaben.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2018	2019	Veränderung
	in %	in %	
Anlagevermögen	94,2	93,3	-0,9
Umlaufvermögen	5,8	6,7	15,5

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 2,4 % im Jahr 2019 positiv zu werten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2018	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	525.871	528.044	2.173	0,4
Wirtschaftliches Eigenkapital	252.318	259.926	7.608	3,0
Deckungsgrad	48,0 %	49,2 %		2,4

4.4. Gesamtaussage

Die HWS hat im Geschäftsjahr 2019 ihre strategischen Zielsetzungen erfüllt. Die geplanten Umsätze konnten in fast allen Bereichen erfüllt bzw. sogar überboten werden. Durch die Realisierung von 24 Mio. EUR Investitionen konnten wesentliche Schwerpunkte der Sicherung, Modernisierung und dem Ausbau der Infrastruktur erreicht werden. Dies erfolgt immer in Übereinstimmung mit den ökonomischen und ökologischen Zielstellungen des Unternehmens. Die Substanzwerterhaltung des Trink- und Abwassernetzes konnte im Jahr 2019 erfolgreich weitergeführt und auch zusätzliche Maßnahmen über dem Plan realisiert werden. Im Bereich der Instandhaltung der Infrastruktur konnten aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der HWS zusätzliche Aufgaben im Bereich des Kanalsanierungsprogramms und den Reparaturen im Trinkwasserbereich sowie in den Liegenschaften der HWS und im Abfallbereich abgearbeitet werden. Dies spiegelt sich in den Planüberschreitungen der Kostenpositionen Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturkosten und sonstige betriebliche Aufwendungen wider.

Das geplante Ergebnis der HWS wurde um 719 TEUR übererfüllt und beträgt zum Geschäftsjahresende 10.726 TEUR.

Als Treiber der Weiterentwicklung sind die Aktivitäten zur Erreichung der operativen Exzellenz einzuordnen. Mit dem Beginn des ersten Zielzyklus im Jahr 2019 wird die strategische Ausrichtung der HWS weiter vorangetrieben und eine permanente Qualitätsverbesserung erreicht. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der langfristigen Geschäftsplanung und den begonnenen Digitalisierungsprozessen zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Qualifizierung sowie die Einbeziehung der Mitarbeitenden sind weiterhin wesentliche Aufgaben, um das Humankapital des Unternehmens stetig weiterzuentwickeln und zu stärken.

Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2019 weiterhin stabil war und dass ausgangs des Geschäftsjahres 2019 die Grundlagen geschaffen sind, die geplanten Ziele auch in den Folgejahren erreichen zu können.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der HWS insgesamt 25 Risiken ermittelt (Vorjahr 25). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt ein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welches sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilt:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	6	0	0
Rechtliche Risiken	12	0	1
Technische Risiken	4	0	0
Gesamt	25	0	1

Bei dem Risiko der Gruppe 2 in der Risikokategorie „Rechtliche Risiken“ handelte es sich um eine eventuell zu entrichtende Niederschlagswasserabgabe aufgrund des Wegfalls von Befreiungsvoraussetzungen.

6. Prognosebericht

Die HWS hat den Wirtschaftsplan 2020 sowie die Vorschau für die Jahre 2021 bis 2024 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan erstellt. Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2019, die für den Zeitraum bis 2024 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

6.1. Umsatzentwicklung

Für die Verkaufsmengen Trink- und Abwasser wurde im Tarifgebiet Halle analog zur Einwohnerentwicklung eine leicht steigende Entwicklung von +0,3 % angenommen. Grundpreis und Leistungspreis verbleiben auf dem bisherigen Niveau von 0,104 EUR/Einwohnerwert und Tag (Grundpreis brutto) bzw. 1,39 EUR/m³ (Leistungspreis brutto). Im Abwasser ist für ein Kalkulationszeitraum 2019/2020 eine Senkung des Preises für Schmutzwassereinleitung aus Haushalten, Kleingewerbe und Industrie um 3 Cent/m³ von 3,46 EUR/m³ auf 3,43 EUR/m³ (brutto) berücksichtigt. Im gleichen Zeitraum ist eine Erhöhung des Preises für Niederschlagswasser um 7 Cent/m² von 1,33 EUR/m² auf 1,40 EUR/m² (brutto) geplant. Die leicht steigende Bevölkerungsentwicklung wirkt sich, trotz des anhaltenden Müllvermeidungsgedankens, mit einer leicht steigenden Tendenz auf die Entsorgungsleistungen aus. Ebenso entwickeln sich die Kosten für die Entsorgung. Es ist jedoch gelungen, die Kostenentwicklung unter dem durchschnittlichen Kostenindex und der Personalkostenentwicklung zu halten. Das Mengengerüst der sonstigen Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen bleibt weitestgehend konstant. Die im letzten Jahr einsetzende steigende Marktpreisentwicklung in der Verwertung bzw. Beseitigung korreliert mit den entsprechenden Umsätzen der Entsorgung und Verwertung.

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anzunehmenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 bis 2,0 % angenommen. Im Rahmen der HWS Impuls-Maßnahme „Effizienzsteigerung Containerdienst“ wurde eine jährliche 5 %ige mengenbasierte Steigerung der Containerumsätze unterstellt.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgt in Abstimmung mit der Auftraggeberin Stadt Halle (Saale) und unterstellt ein sich leicht erweiterndes Leistungsspektrum.

6.2. Investitionen

Für das Jahr 2020 steht ein Investitionsbudget von insgesamt 19.458 TEUR zur Verfügung.

An Fördermitteln und Zuschüssen wurden 2.311 TEUR geplant davon 529 TEUR Fluthilfemittel.

Auch wenn im Bereich Wasser/Abwasser zwischen 1994 und 2018 über 743.000 TEUR Investitionen getätigt wurden, hat die HWS noch vielfältige Aufgaben in der Substanzwerterhaltung des Netzes und der damit verbundenen Anlagen zu erledigen. Darin eingeschlossen sind Projekte der HWS, die bei Nutzung optimaler Kosten- und Investitionsstrukturen eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit bei Einhaltung der umweltgerechten Rahmenbedingungen sicherstellen. Beginnend im Jahr 2015 und fortführend mit der Planung 2020 - 2024 wurden projektkonkrete Schwerpunkte in der Substanzwerterhaltung im Trink- und Abwassernetz der HWS im Rahmen des Substanzwerterhaltungskonzeptes geplant und umgesetzt.

Durch die HWS wurde 2019 die Abwasserzielplanung fortgeschrieben und mit der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Dabei wurde erstmalig der Planungszeitraum auf fünf Jahre festgelegt und somit mit der Planung der HWS synchronisiert. Die Abwasserzielplanung legt auf der Grundlage des Konzessionsvertrages die Entwicklungsziele in der Verbesserung und der Erhaltung der Anlagensubstanz fest.

Im Jahr 2019 wurden die konzeptionellen und technischen Voraussetzungen geschaffen, um eine Reparaturstrategie für die Großraumprofile (über DN 800) umzusetzen. Ab 2020 sollen Substanzwerterhaltungsmaßnahmen planmäßig jährlich in den Großraumprofilen realisiert werden.

Eine zweite Aufgabenstellung in der Substanzwerterhaltungsstrategie bildet auch weiterhin die Reparaturstrategie Kanalnetz (\leq DN 800). Ziel hierbei ist es, die Zustandsklassen des Kanalnetzes wesentlich zu verbessern. Dies soll nicht durch aufwendige Erneuerungen oder Reliningverfahren, sondern durch punktuelle Reparaturen erfolgen. Durch Kamerabefahrungen einzelner Gebiete werden die Schadstellen lokalisiert, eine Abwägung zwischen Reparatur, Erneuerung oder Reliningverfahren getroffen und dann gesamtheitliche Reparaturgebiete ausgeschrieben. Die Investitionen wurden ohne Baupreisindizierung geplant. Die durchschnittliche Baupreisindizierung im Bereich Tief- und Rohrleitungsbau liegt in Sachsen-Anhalt bei 2,0 %. Der Nachweis über Preisvergleiche der HWS zeigt sogar in städtischen Gebieten eine Baupreisindizierung von 4,3 % für Abwasser- und 3,5 % für Trinkwasserleitungen. Bei mittel- oder langfristiger Planung führt die Nichtberücksichtigung der Baupreisindizierung im Investiven- und Reparaturkostenbereich zur Nichterfüllung der Ziele im Substanzwerterhaltungsprogramm.

Mit dem Stadtbahnprogramm der HAVAG wurde ein umfangreiches Maßnahmenprogramm bis zum Jahr 2023 (Stufe 1 und 2) aufgelegt. Im Rahmen dieses Programms sollen im Jahr 2020 Maßnahmen im Bereich der Merseburger Straße, der Großen Steinstraße, des Mühlweges, der Bernburger Straße und der Burgstraße realisiert bzw. weitergeführt werden. Verschiebungen in den einzelnen Jahresscheiben aufgrund bautechnischer Erfordernisse sind möglich.

In der Planung wurden Maßnahmen in Höhe von 228 TEUR für die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes kritische Infrastruktur investitionserhöhend vorgesehen. Ebenfalls wurden 430 TEUR im 5-Jahresplan-Zeitraum für die Umstellung auf SAP S/4 HANA investitionserhöhend eingestellt.

Weitere Investitionserhöhungen ergeben sich aus der Umsetzung der Digitalisierung im Bereich Entsorgungsdienste mit einem Wertumfang von 1.605 TEUR.

6.3. Finanzierung

Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit ist wie bereits in den vergangenen Jahren durch erhöhte Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse charakterisiert.

Mit Hilfe der langfristigen Geschäftsplanung der HWS als Werkzeug zur strategischen Analyse ist es möglich, modellhaft für die nächsten 30 Jahre die Veränderungen von Rahmenbedingungen und deren langfristige Wirkung zu betrachten. In Ausrichtung an dem unter 1.2 dargestellten Zieldreieck sind neben der angemessenen Preisgestaltung und der Ergebnisstabilisierung vor allem die Substanzwertsicherung und die Sicherung der Finanzierungsfähigkeit der HWS zentrale Parameter. Im Rahmen des Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm HWS Impuls wurde seit 2012 mit der Maßnahme „Pakt zur Schuldenreduzierung“ eine schrittweise Schuldenreduzierung erreicht.

Ein zentraler Baustein zur Erreichung der formulierten Ziele ist die Umstellung der kalkulatorischen Abschreibung bei der Entgeltkalkulation der Abwasserbeseitigung von Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) auf Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZW). Ein zweiter wesentlicher Bestandteil ist die Wiedereinlage eines Teils des Ergebnisses durch die Gesellschafterin. Beide Maßnahmen stärken die Eigenfinanzierungskraft der HWS und tragen somit wesentlich zur Zielerreichung bei.

Um die Ziele auch in Zukunft konsequent weiter zu verfolgen, ist geplant, im Zeitraum von 2025 bis 2034 das Investitionsniveau temporär um 2,5 Mio. EUR zu erhöhen. Gleichzeitig ist geplant, die externe Eigenfinanzierung aus der Kapitaleinlage der Gesellschafterin ab dem Jahr 2024 auf 30 % des Ergebnisses der HWS zu erhöhen.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL	Vorschau			
	2020	2021	2022	2023	2024
HWS	10.501	10.819	12.285	12.433	12.306

Trotz der Ausbreitung des Corona Virus wird die HWS die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser und Abfall in der Stadt Halle (Saale) auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thiel, Hans-Ulrich

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	13.137	67	7.479	42	10.773	55	5.658	76
Umlaufvermögen	6.531	33	10.159	57	8.586	44	-3.628	-36
Rechnungsabgrenzungsposten	47	0	70	1	93	1	-23	-33

Bilanzsumme

19.715	100	17.708	100	19.452	100	2.007	11
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	10.926	55	9.862	56	9.039	46	1.064	11
Rückstellungen	1.623	8	1.499	8	1.316	7	124	8
Verbindlichkeiten	7.166	37	6.347	36	9.097	47	819	13

Bilanzsumme

19.715	100	17.708	100	19.452	100	2.007	11
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	21.858	25.207	30.401
sonstige betriebliche Erträge	131	82	12
Materialaufwand	17.216	19.572	21.134
Personalaufwand	7	7	7
Abschreibungen	2.067	3.515	3.707
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.158	950	664
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	54	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	224	306	343
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6	1	151
Ergebnis nach Steuern	1.311	992	4.407
sonstige Steuern	247	168	82
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.064	824	4.325

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,87	3,27	14,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,79	9,11	91,77	%
Cash-Flow:	3.131	4.339	8.032	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,03	0,03	0,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,64	42,24	55,38	%
Eigenkapitalquote:	55,42	55,70	46,47	%
Fremdkapitalquote:	44,58	44,30	53,53	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Absatz Fernwärme	262	303	311	GWh
Absatz Strom	264	327	359	GWh

f) Lagebericht

1 Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2 Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der Gesellschaft ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3 Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2019 sind keine Veränderungen in der Gesellschaft aufgetreten.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2 Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

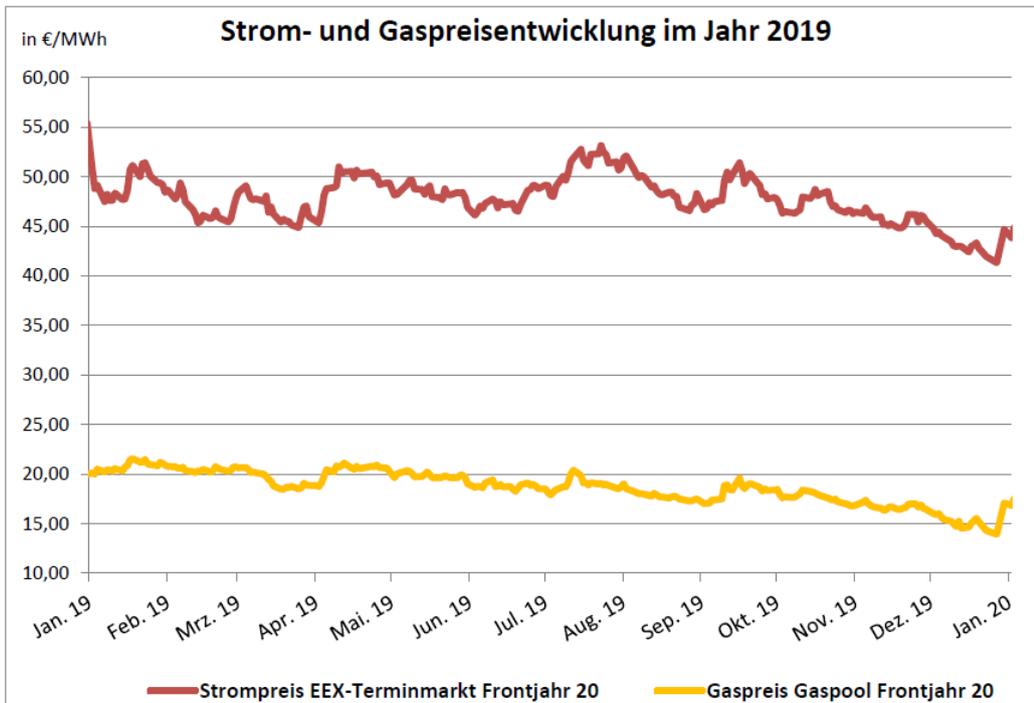
Die Gesellschaft nahm erfolgreich im Ausschreibungsverfahren für innovative KWK-Systeme teil und erhielt einen Förderzuschlag für das Projekt „Saale-to-Heat“, einer innovativen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage.

Mit Datum vom 28. November 2019 erhielt die Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH (KWT) den Bescheid für Bestandsanlagenförderung gemäß KWK-Gesetz. Rückwirkend vom 8. September 2018 vereinnahmt die Gesellschaft Erträge aus KWK-Zuschlägen, wodurch im Geschäftsjahr 2019 auch periodenfremde Umsatzerlöse ausgewiesen werden.

Weiterhin wurde der Baubeginn für die in Planung befindliche Modernisierung der GuD-Anlage am 2. Dezember 2019 angezeigt.

3.2 Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Subventionierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und zu Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2019 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten bedingen den für die KWT erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Im Geschäftsjahr 2019 entwickelten sich die Strom- und Gaspreise mit vergleichsweise geringen Schwankungen und einer leichten Tendenz nach unten. Die Preise für CO₂-Zertifikate lagen in 2019 zwischen 22 € und 25 € je CO₂-Zertifikat. Dadurch entwickelte sich der Clean Spark Spread in einem Korridor von ca. 15 € bis 22 € pro MWh. Der höchste Wert wurde im Juli aufgrund gestiegener Strompreise erreicht. Geringe Schwankungen und das hohe Niveau des Clean Spark Spread stellen positive Rahmenbedingungen für die KWT dar. Durch eine langfristige Preissicherungsstrategie ist die Gesellschaft mittelfristig gegenüber Risiken aus starken Preisschwankungen abgesichert.

3.3 Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Clean Spark Spread für die Stromerzeugung, bedingt durch die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWKG-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung.

Die KWT erhielt im Geschäftsjahr Bestandsförderung auf Basis des Gesetzes für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG 2017).

Darüber hinaus bietet das Gesetz die Möglichkeit, durch eine Modernisierung an Fördersätzen zu partizipieren. Ein diesbezügliches Konzept wurde im Zusammenhang mit dem Projekt „KWK35“ der EVH erarbeitet. Der Baubeginn erfolgte am 2. Dezember 2019.

3.4 Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit der EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4 Lage der Gesellschaft

4.1 Produktion

Im Geschäftsjahr 2019 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) mit 5.605 Betriebsstunden (Vorjahr: 7.325 Betriebsstunden) Strom und Fernwärme. Im gesamten Jahr 2019 wurden 264 GWh Strom (Vorjahr: 327 GWh) und 236 GWh Wärme (Vorjahr: 287 GWh) produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 645 GWh (Vorjahr: 806 GWh). Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 26 GWh (Vorjahr: 16 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 33 GWh (Vorjahr 20 GWh).

Die geringere Gesamtproduktion im Vergleich zum Vorjahr ist auch auf die wärmere Witterung zurückzuführen.

4.2 Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2019 weist die Gesellschaft ein Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von 1,1 Mio. € (Vorjahr 0,8 Mio. €) aus. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 0,3 Mio. € ist auf periodenfremde Umsatzerlöse für KWK-Bestandsförderung 2018 (1,5 Mio. €) zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse gingen im Vergleich zum Vorjahr (25,2 Mio. €) um 3,3 Mio. € auf 21,9 Mio. € zurück. Dies ist dem niedrigeren KWK-Fördersatz für Bestandsanlagen geschuldet. Des Weiteren wirkte eine geringere Produktion von Strom und Fernwärme.

Aufgrund der niedrigeren Auskopplung von Strom und Wärme fielen die Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Vergleich zum Vorjahr (17,1 Mio. €) um 1,9 Mio. € geringer aus. Die bezogenen Leistungen in Höhe von 2,1 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) liegen annähernd auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1,2 Mio. €) sowie Aufwendungen für Zinsen (0,2 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Aufgrund der leistungsbezogenen Abschreibungsmethode verringerten sich Abschreibungen auf Sachanlagen um 1,4 Mio. € auf 2,1 Mio. € (Vorjahr 3,5 Mio. €).

4.3 Finanzlage

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 2,0 Mio. € (Vorjahr: 7,1 Mio. €). Die Verringerung ist im Wesentlichen durch den stichtagsbedingt veränderten Forderungsbestand zu begründen. Darüber hinaus stieg das Vorratsvermögen durch den Zukauf von CO₂-Zertifikaten an.

Die Investitionstätigkeit fiel mit 7,7 Mio. € um 7,5 Mio. € höher als im Vorjahr (0,2 Mio. €) aus. Hintergrund sind geleistete Anzahlungen für den im Jahr 2021 geplanten Austausch der Gasturbine im Zuge der Modernisierung der GuD-Anlage.

Der Mittelabfluss aus der der Finanzierungstätigkeit setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) gegenüber Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen sowie den gezahlten Zinsen von 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) zusammen.

Die im Rahmen des Cash-Poolings gehaltene Liquidität verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,7 Mio. € auf nunmehr -2,4 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €) zum 31. Dezember 2019.

4.4 Vermögenlage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2019 auf 19,7 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mio. € erhöht.

Das Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 13,1 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Die Steigerung ist durch die geleisteten Anzahlungen zu begründen. Gegenläufig verringerte sich das Umlaufvermögen im Wesentlichen liquiditätsbedingt im Vergleich zum Vorjahr (10,2 Mio. €) um 3,7 Mio. € auf 6,5 Mio. €.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresergebnisses von 1,1 Mio. € auf 10,9 Mio. € (Vorjahr 9,9 Mio. €). Die Rückstellungen stiegen um 0,1 Mio. € auf 1,6 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €). Die Verbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von 6,3 Mio. € auf 7,2 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Cash-Pool-Verbindlichkeiten zurückzuführen ist. Konträr wirkte die Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen.

4.5 Gesamtaussage

Bedingt durch die periodenfremden Umsatzerlöse aus Bestandsanlagenförderung 2018 konnte die KWT das Vorjahresergebnis um 240 T€ steigern.

5 Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Produktionsmengen für Strom und Fernwärme (optimierte Kraftwerksfahrweise mit der EVH) sowie den Preisen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO₂-Zertifikate.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Seit 2013 erhält die KWT keine kostenfreien Emissionsberechtigungen für die Stromproduktion. Für die Wärmeerzeugung erfolgt die Zuteilung unentgeltlicher Zertifikate abnehmend bis zum Jahr 2020. Daher besteht die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Chancen bestehen aufgrund der bereits beschriebenen verbesserten Fördersituation (KWKG) für modernisierte und innovative KWK-Anlagen.

6 Prognosebericht

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha wird in das Gesamterzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Planmäßig wird das Kraftwerk im I. und IV. Quartal in Betrieb gehen. Dies bedeutet eine Stromproduktion in Höhe von 218 GWh sowie eine Fernwärmeproduktion in Höhe von 175 GWh. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird auch weiterhin maßgeblich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund der bereits getätigten Optimierungsmaßnahmen, der preislich abgesicherten Produktion und der weiteren KWK-Förderung aus Modernisierung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre gesichert.

Für das Geschäftsjahr 2020 prognostiziert die KWT, bei Umsatzerlösen von 13,6 Mio. €, einen Jahresfehlbetrag von 2,1 Mio. €. Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresüberschuss von 1,9 Mio. € erwartet, der in Folgejahren weiter steigen soll.

Trotz der Ausbreitung des Corona Virus wird die KWT die Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geschäftsbesorgers sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch können sich auf Basis der aktuellen Erkenntnisse Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Siebenhüner, Jörg

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	3.485	32	3.592	28	3.230	26	-107	-3
Umlaufvermögen	7.378	67	8.743	69	9.001	71	-1.365	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	160	1	369	3	388	3	-209	-57

Bilanzsumme

11.023	100	12.704	100	12.619	100	-1.681	-13
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten aus Zuwendungen zur
Finanzierung des Anlagevermögens
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	522	5	522	4	522	4	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.081	10	1.138	9	1.194	9	-57	-5
Rückstellungen	4.016	36	4.611	36	4.925	39	-595	-13
Verbindlichkeiten	5.293	48	6.313	50	5.885	47	-1.020	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	111	1	120	1	93	1	-9	-8

Bilanzsumme

11.023	100	12.704	100	12.619	100	-1.681	-13
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines
Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags
abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.284	30.362	26.889
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	192	-187	323
sonstige betriebliche Erträge	1.591	709	562
Materialaufwand	12.252	10.117	9.618
Personalaufwand	15.181	14.424	12.736
Abschreibungen	780	505	442
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.114	3.580	2.324
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	28	43
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1.720	2.231	2.612
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.717	2.228	2.609
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,32	7,34	9,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	329,17	427,21	500,15	%
Cash-Flow:	2.497	2.733	3.051	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	140	130	129	T€
Personalaufwandsquote:	44,56	46,70	45,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	27,74	24,52	23,98	%
Eigenkapitalquote:	4,73	4,11	4,13	%
Fremdkapitalquote:	95,27	95,89	95,87	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.4. Forschung und Entwicklung
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Jahresergebnis
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage zur Lage der Gesellschaft
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell**
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen**

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH. Die ITC ist ein moderner IT Service Provider und erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie für die Stadt Halle (Saale), die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe (SWH-Gruppe) und weitere kommunale und privatwirtschaftliche Kunden. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Schwestergesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) und Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) innerhalb der SWH-Gruppe.

Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens ist breit gefächert: Kern-Handlungsfelder sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT Services.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen sind mittlerweile wichtiger Bestandteil des IT Serviceangebotes. Die Modernisierung langfristig bestehender IT-Infrastruktur-Komponenten und -systeme, wie zum Beispiel die gruppenweit eingesetzte Telekommunikationsanlage oder die komplette Netzwerklanschaft, zählen ebenso zu den vereinbarten Aufgaben der ITC.

Damit verbunden sind Beratungsleistungen zur Informationssicherheit und zum Datenschutz.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Mit dem Geschäftsfeld Abrechnungsdienstleistungen werden energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um die Bearbeitung von Abrechnungsprozessen für die Gesellschaften EVH und Netzgesellschaft Halle. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist stärker denn je auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- die Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter IT Services,
- die Zufriedenheit der Unternehmen der SWH-Gruppe sowie der Stadt Halle (Saale) hinsichtlich des wahrgenommenen Mehrwerts der Leistungen der ITC für die Erfüllung ihrer eigenen, sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und Geschäftspartner sowie als führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

1.3. Steuerung

Die Geschäftstätigkeit der ITC spiegelt sich in der Struktur der Gesellschaft wider: sie besteht aus den vier kundenorientiert ausgerichteten Organisationseinheiten Kompetenzzentrum SAP, Anwendungsbetreuung, Abrechnungsdienstleistungen und IT-Infrastruktur sowie den drei Querschnittsbereichen Unternehmensentwicklung, Kaufmännischer Bereich sowie Kundenmanagement/Marketing. Wichtige Funktionen sind zusätzlich über das Beauftragtenwesen etabliert (z. B. für Datenschutz, Informations- oder Arbeitssicherheit).

Der alleinige Geschäftsführer der ITC ist Herr Jörg Siebenhüner.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigt im Jahresdurchschnitt 244 Mitarbeiter und 3 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Die ab dem 30. August 2002 geltenden Geschäftsbesorgungsverträge über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und zunächst der EVH sowie ab dem 1. Januar 2012 der SWH bestanden im Geschäftsjahr 2019 fort.

Gleiches gilt für die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von € 1.500.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der weltweite Trend der sogenannten industriellen Revolution 4.0 beeinflusst zunehmend die Geschäftsprozesse der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale). Innovative und nachhaltige Ideen sind gefragt wie nie, mit Digitalisierung und Internet of Things (IoT), digitaler Transformation sowie modernen Arbeitsformen soll den stets wachsenden Anforderungen des Marktes begegnet werden. Die Verschmelzung zwischen Business und IT sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken lassen die Einflussmöglichkeiten eines kompetenten und leistungsstarken Servicepartners stetig wachsen.

In diesem Umfeld positioniert sich die ITC immer wieder neu. In der SWH-Gruppe wird aktuell eine moderne IT-Governance etabliert, die der Gesellschaft die bedeutende Rolle des kompetenten IT Service Providers der Gruppe zuschreibt. Neben IT Service Management Prozessen, die nach dem best practice-Ansatz ITIL® ausgerichtet sind, sowie einem professionellen IT Projektportfoliomanagement sind vor allem innovative, effiziente und nachhaltige IT Lösungen mit Mehrwert für die Geschäftsfelder der Gruppe gefordert.

Folgende Entwicklungsfelder wurden im Jahr 2019 besonders priorisiert:

- die Schaffung wichtiger organisatorischer Voraussetzungen für die Tätigkeit als moderner IT Service Provider: die Erarbeitung eines Servicekatalogs mit kundengerichteten Business-Services sowie die Schaffung und Besetzung wichtiger neuer Rollen und Zuständigkeiten gemäß ITIL,
- die weitere Etablierung des Kundenanforderungsmanagements für die Gesellschafterkunden,
- das Projekt zur Einführung des IT Serviceportals als neues Ticketsystem der ITC sowie
- die Vorbereitung einer Kostenträgerrechnung zur Verbesserung der internen Steuerungsinstrumente.

Der in 2018 begonnene Prozess der Professionalisierung des IT Projektmanagements durch ein „Project Management Office“ wurde fortgesetzt. Die Konzeption zum Aufbau eines Projektportfoliomanagements wurde mit SAP umgesetzt, was jedoch noch nicht abgeschlossen ist.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung war die weitere Optimierung administrativer Prozesse des Beauftragtenwesens, um die produktiven Bereiche der ITC hiervon weiter zu entlasten. In 2019 wurde der bestehende Dienstleistungsvertrag zur arbeitssicherheitstechnischen Betreuung mit der B-A-D GmbH um die externe Bestellung des Brandschutzbeauftragten erweitert. Das interne Regelwerk der ITC, alle Unterweisungsunterlagen und Dokumentationen zur Unterstützung der Führungskräfte wurden weiterentwickelt und verbessert. Die Arbeitsgruppe Arbeitssicherheit der SWH-Gruppe wurde in 2019 federführend durch die ITC gelenkt, wobei zahlreiche Konzernregelungen überarbeitet bzw. neu entwickelt werden konnten.

Die interne Kommunikation zwischen Geschäftsleitung und Führungskräften beider Ebenen wurde durch regelmäßige Führungskräftemeetings weiter verbessert. Aktuelle Herausforderungen, Projektzwischenergebnisse und geplante Maßnahmen wurden hierbei gemeinsam besprochen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Mitarbeiter- sowie der Führungskräftebefragungen aus 2018 wurde im vergangenen Jahr vor allem das Handlungsfeld der Führungskräfteentwicklung angegangen. In zahlreichen Workshops zur Standortbestimmung konnten mit Unterstützung der Personalentwicklung der SWH konkrete Entwicklungsfelder identifiziert und Maßnahmen zur weiteren Verbesserung festgelegt werden. Alle Fachteamleiter haben zudem Assistenten zur Entlastung von administrativen Aufgaben erhalten, deren Tätigkeit durch die Assistenz der Geschäftsführung koordiniert wird.

1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Die kontinuierliche Verbesserung des integrierten Managementsystems und die damit verbundene weitere Etablierung des internen Regelwerkes bilden einen wichtigen Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Den Festlegungen der Konzernrichtlinie zur Regelsetzung K/R-1 folgend, wurde das gesamte Regelwerk der ITC bereits im Jahre 2017 in das elektronische Dokumentenmanagementsystem d.3 überführt. Die hierbei erlangten Erkenntnisse und Erfahrungen wurden bereits an andere Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe weitergegeben.

Als zusätzliches Werkzeug für die Verbesserung von Transparenz und Verbindlichkeit wurde das Tool SIGNAVIO mit einer unternehmensweiten Prozesslandkarte und einzelnen Geschäftsprozessmodellen in der BPMN 2.0-Notation implementiert. Als organisatorische Rahmenbedingung wurden hierfür Geschäftsprozessmodellierer in jedem Team sowie ein zentraler GPM-Koordinator ausgebildet und im Regelwerk verankert. Im vergangenen Jahr ist es auch auf Initiative der ITC hin gelungen, die unternehmensübergreifende Zusammenarbeit in einer neuen Arbeitsgruppe „Geschäftsprozessmanagement“ zu organisieren. Hier werden gemeinsame Standards gesetzt und der Ausbau der Methodenkompetenz hinsichtlich der weiteren Prozessorientierung und -optimierung gelenkt.

Die ITC absolvierte in 2019 mit Erfolg die externe Rezertifizierung gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Verbundzertifizierung einschließlich der ISO/IEC 27001:2013 (IT-Sicherheit), sowie die Re-Zertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services. Auch das Rechenzentrum der ITC wurde nach einem umfangreichen Auditverfahren erneut zertifiziert.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des laufenden Betriebes waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die Netzgesellschaft Halle und die HWS, die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung mit Interflex für die Stadtverwaltung Halle. Dies beinhaltet die Ausweitung der bestehenden Interflex-Landschaft auf die gesamte Verwaltung und die Implementierung eines alternativen Angebotes zur Arbeitszeiterfassung mittels Weblösung (SAP-Portal – Employee Self Service). Der Abschluss ist im Frühjahr 2020 geplant und beinhaltet die Abbildung neuer Arbeitszeitmodelle mit variablen Elementen.

Für die Stadtverwaltung Halle werden bis Mitte 2020 für alle Fachbereiche die elektronische Rechnungseingangsbearbeitung eingeführt. Die Belange der Anforderungen aus der ZUGFeRD-Richtlinie zur elektronischen Rechnungsbearbeitung (und xRechnung) werden berücksichtigt.

Die ITC hat im Auftrag der Stadt Halle ein ganzheitliches Konzept zur Erneuerung der IT-Landschaft für alle halleischen Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle erarbeitet. Im Januar 2020 wurde das Konzept in den Gremien der Stadt Halle beraten und anschließend im Stadtrat beschlossen. Eine Umsetzung ist in jedem Falle mittel- bis langfristig orientiert (2020 bis 2028), da die Mengengerüste und Komplexitäten der betroffenen 68 Schulen in städtischer Trägerschaft, mit 2.500 bis 5.000 IT-Arbeitsplätzen für ca. 26.000 Schüler enorm sind. Zur Realisierung aller damit einhergehenden Aufgaben ist der Aufbau von zusätzlichen Betreuungskapazitäten im Bereich der IT-Infrastruktur, des Service Desks und der Anwendungsbetreuung vorgesehen.

Im Rahmen der Schaffung optimaler Voraussetzungen für elektronische Services für Bürger und Unternehmen und der Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) wird ein Projekt zum Aufbau eines Serviceportals für die Stadt Halle unter Berücksichtigung der Basiskomponenten (Bezahlfunktion, Authentifizierung und Formularserver) gestartet und bis 2022 zur Umsetzung gebracht. Diese Thematik bietet Potenzial, auch für andere Gebietskörperschaften Integrations- und Implementierungsprojekte anzubieten und umzusetzen.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Im Jahr 2019 erfolgte die Einführung von SAP S/4 HANA für die EVH/Netzgesellschaft Halle nach dem „Green-field-Ansatz“. Dazu wurde ein neues SAP-System aufgebaut. Nach den Anwenderschulungen wurde die Datenmigration über den Jahreswechsel 2019/2020 vorgenommen. Für dieses Projekt ist in einer zweiten Ausbaustufe geplant, erweiterte Funktionalitäten und Verbesserungen in 2020 umzusetzen.

Für die anderen Unternehmen der SWH-Gruppe werden im Rahmen von individuellen Vorprojekten im Jahr 2020 die optimalen Umsetzungsstrategien und Vorgehensmodelle für die Einführung von SAP S/4 HANA erarbeitet.

Im Rahmen des Projektes „DIVA“ (Neukonzeption der Investitions-, Instandhaltungs- und Abrüstungsprozesse) wurde für die EVH und Netzgesellschaft Halle beginnend ab Mitte 2019 die Implementierung neuer Geschäftsprozesse mit neuer Softwareunterstützung vorgenommen.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe werden im Rahmen des Projektes zur Umsetzung der Anforderungen aus der Verpflichtung zum Empfang und dem Versand elektronischer Rechnungen ab April 2020 (ZUGFeRD und X-Rechnung) die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen vorbereitet.

In Absprache mit der EVH werden die Voraussetzungen für die zukünftige Implementierung der SAP Cloud-Anwendungen für die Marktkommunikation vorbereitet. Hierfür ist die Rückführung von der in SAP IS-U implementierten Prozesse in die Standard-Funktion notwendig.

Im Geschäftsfeld Energie werden zur Sicherstellung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz eine Vielzahl von IT-Projekten umgesetzt. Aktuell werden die Implementierungen für die neuen Marktpartnerrollen vorgenommen.

Die „MeinHalle App“ wird weiterentwickelt. Neue Ausbaustufen und die Erweiterung der WLAN-Infrastruktur sind für 2020 geplant.

Die Neu- und Weiterentwicklung der Produktgruppe EnTAM+ (Energietechnisches Anlagenmanagement) wird mit den vereinbarten Meilensteinen fortgeführt.

Mit dem Personalbereich der Stadtwerke Halle wird das Projekt zur Einführung von Mitarbeiter- bzw. Führungskräfte - „self services“ umgesetzt (DiMAS). Die Produktivsetzung weiterer Funktionalitäten (z. B. Reisekostenanträge und -abrechnung) für Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe erfolgt laufend. Der Zugang auf diese Funktionalitäten für Mitarbeiter der SWH-Gruppe mit mobilen Endgeräten wird aktuell durch die ITC mit Hilfe von modernen Cloudtechnologien implementiert.

Darüber hinaus erfolgt die Priorisierung und Umsetzungsplanung weiterer Digitalisierungsprojekte für die Gesellschaften der Stadtwerke Halle - Gruppe.

Die Verschlüsselung von mobilen Endgeräten mit Windows-Betriebssystem (Notebooks), Mobile Device Management für weitere mobile Endgeräte (Smartphones/Tablets) sowie Mobile Device Control (Schnittstellenmanagement) für PC's/Notebooks werden in der SWH-Gruppe schrittweise eingeführt.

Interne Projekte zur Prozessverbesserung

Das Projekt zur Einführung neuer IT-Servicemanagementprozesse nach ITIL und die Implementierung einer neuen Softwarelösung zur IT-technischen Unterstützung werden weiter fortgeführt. Aktuell wird in der Phase 1 vor allem an fünf Prozessen gearbeitet: 1. Incident Management, 2. Request Fulfillment – wobei der Webshop-light bereits produktiv gesetzt wurde, 3. Software Asset Management, 4. Service Catalogue Management und 5. Service Level Management. Je Teilprojekt werden die Prozesse designed und modelliert, im IT Service Portal umgesetzt, getestet und geschult, bevor sie in der Praxis anzuwenden sind. Das Managementsystem wird angepasst, neue Rollen und Verantwortlichkeiten werden etabliert. Diese Phase wird voraussichtlich noch bis Ende 2020 andauern.

Da SAP als führende Software aller kaufmännischen Prozesse bereits im Unternehmen etabliert ist, wird die Unterstützung des Projektportfolio-Managements mittels SAP PPM umgesetzt. Die produktive Nutzung ist für das II. Quartal 2020 geplant.

Das Projekt zum Aufbau einer IT-basierten Kostenträgerrechnung zur Gewinnung von Steuerungsinformationen aus dem internen Rechnungswesen für die ITC wird Mitte 2020 mit dem Beginn produktiver Nutzung einen ersten großen Meilenstein haben.

Umfeldaktivitäten

Das Projekt zur Einführung der personalwirtschaftlichen Prozesse unter SAP HCM (human capital management) für die Landeshauptstadt Dresden wurde planmäßig zum Januar 2020 produktiv gesetzt. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wird es für den weiteren Projektverlauf eine Anpassung der Projektinhalte und Umsetzungszeiträume geben. Die Projektinhalte der Phase 2 des Projektes (Zeitwirtschaft, Personalentwicklung, Personalkostenplanung, Ausbildungsmanagement, Mitarbeiterportale) werden im Rahmen von Change Requests aus dem Projekt herausgelöst oder in spätere Umsetzungszeiträume verschoben. Damit werden möglicherweise für 2020 geplante Umsätze für dieses Projekt nicht realisiert. Die dazu erforderlichen internen Kapazitäten für andere Projekte können frei werden und die dafür geplanten externen Kapazitäten von der SAP AG nicht in Anspruch genommen werden.

Die ITC hat auf dem Gebiet der IT-Betriebsführung nur noch zwei Kommunen in Sachsen-Anhalt als Kunde und plant mittelfristig keinen weiteren Kommunen diese Leistung anzubieten. Mit der Konzentration auf die Erhöhung der Servicequalität für die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe und der Stadt Halle werden hier Umpriorisierungen vorgenommen.

Die ITC betreut innerhalb der Helmholtz-Gemeinschaft das Umweltforschungszentrum in Leipzig und das Institut der Polarforscher in Bremerhaven mit SAP-Dienstleistungen (Beratung und Rechenzentrumsbetrieb) und für die Personalabrechnung das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) Berlin mit der Einführung von SAP Personalwesen HCM als gemeinsames Projekt mit der Business Technology Consulting AG. Damit zählen einige der Helmholtz-Institute zu den Kunden der ITC. Diverse kleinere Folgebeauftragungen werden in 2020 realisiert. Die Verlängerung bestehender Betreuungsverträge ist Zielstellung für 2020.

Bereits im Jahr 2011 wurde damit begonnen, die Cloud-Lösung (Betrieb von Fachanwendungen im Rechenzentrum) „Das elektronische Personenstandsregister ePR21+“ für Standesämter, auch für Kommunen in Sachsen, Brandenburg und anderen Bundesländern zu betreiben. Aktuell greifen 54 Kommunen mit ca. 560.000 Einwohnern auf das elektronische Personenstandsregister „ePR21 Sachsen“ zu und nutzen dabei auch die Sammelaktenlösung, die alle Anforderungen der Personenstandsverordnung zur Führung des elektronischen Registers erfüllt und von der ITC derzeit für weitere Kommunen ausgebaut wird. Neu hinzugekommen ist die produktive Nutzung des automatisierten, elektronischen Datenaustausches zwischen den Standesämtern nach dem normierten Übermittlungsstandard „X-Personenstand“. Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land zu führen. Zum Anfang des Jahres 2019 betrieb die ITC für 114 Kommunen in Sachsen-Anhalt (93 %) diese Anwendung in ihren Rechenzentren. Der Dienstleistungsvertrag wurde im Oktober 2014 für die Dauer von weiteren fünf Jahren bis Ende 2019 verlängert. Aktuell befindet sich der Vertrag in der automatischen, jährlichen Verlängerung.

Unter dem Titel „Innovative Be- und Verarbeitung sowie Speicherung und Übertragung von Informationen zu chronisch kranken Patienten mit hybriden Schnittstellen zu fachbasierten Datenverarbeitungssystemen in der Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung als strukturiertes Behandlungsprogramm“, in Form einer „Digitalen Patientenakte“, setzte ITC das von der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt geförderte Projekt bis Mitte 2019 um.

Die ITC erwartet im Ergebnis des Förderprojektes eine gute Ausgangsbasis für den weiteren Ausbau der Aktivitäten im Bereich Medizin-IT. Die Handlungsoptionen über Kooperationen und Projektpartnerschaften werden aktuell geprüft und bewertet.

Die Mitarbeit im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V. wurde 2019 intensiviert und ausgebaut.

Marktbezogene Entwicklung

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) hat 2019 die Implementierung des Key Account Managements für die Geschäftsfelder Mobilität, Energie, Wasser/Entsorgung, Services und Stadtverwaltung Halle abgeschlossen. Gemeinsam mit den IT-Koordinatoren der Kunden wird die Verantwortung für das Anforderungsmanagement neu justiert.

Das Unternehmen organisierte im Jahr 2019 mehrere Veranstaltungen zu den Themen IT-Sicherheit, Datenschutz, ZUGFeRD-Rechnung sowie zu Dokumentenmanagementsystemen. Es fanden Workshops und Webinare statt. Über 180 Personen folgten unseren Einladungen. Diese Maßnahmen zur Kundenansprache werden sich 2020 fortsetzen.

Das Partnernetzwerk im Rahmen des Kommunalen Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM® wurde weiter gepflegt. Es gab einen Erfahrungsaustausch mit SWE.digital aus Erfurt zum Thema IT-Service Management.

Die ITC betreute zum Jahresende 2019 mehr als 300 Kunden. Die Anzahl der Kunden verteilte sich 2019 regional:

- 57 % in Sachsen-Anhalt
- 27 % in Sachsen und Thüringen
- 16 % in anderen Bundesländern.

2019 war die Beteiligung an Ausschreibungen erneut ein Schwerpunkt der Vertriebstätigkeit. Die ITC beteiligte sich an Ausschreibungen zu den Themen DMS/Datenschutz und SAP.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Wesentliche Gesetzesgrundlagen sind u. a.:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
 - § 11 Abs. 1a EnWG: Verpflichtung zum angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die der Netzsteuerung dienen
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)
 - § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG): Verpflichtung der Geschäftsführung zur „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes“
 - § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG): Verpflichtung des Vorstandes zur Einrichtung eines Überwachungssystems, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden
- Handelsgesetzbuch (HGB)
 - § 238 HGB: Verpflichtung zur Führung der Bücher gem. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) bzw. ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
 - noch § 9 BDSG: Verpflichtung zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bzgl. Zutritts-, Zugangs-, Zugriffs-, Weitergabe-, Eingabe-, Auftrags- und Verfügbarkeitskontrolle bei Erhebung, Bearbeitung oder sonstiger Nutzung personenbezogener Daten
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
 - § 85 Abs. 2 TKG: Verpflichtung zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses
 - § 87 Abs. 1 TKG: Verpflichtung zur Sicherstellung angemessener technischer Vorkehrungen oder sonstiger Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe, äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen
- Telemediengesetz (TMG)
 - § 13 Abs. 3 Abs. 4 TMG: Verpflichtung des Diensteanbieters zur Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
 - § 75 Abs. 2 BetrVG: Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern
 - § 87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sichern die möglichst störungsfreie und anforderungsgerechte Bereitstellung der IT-Services für die Kunden der ITC. Dazu zählen geeignete Managementprozesse, eine vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter, den Kunden und Geschäftspartnern, hinreichend qualifizierte und motivierte Beschäftigte, passende, d. h. innovative und sichere Technologien und Produkte sowie bei Bedarf bewusst gelenkte externe Lieferanten. Diese kritischen Erfolgsfaktoren werden im Rahmen der Managementbewertung des IMS kontinuierlich bewertet und weiterentwickelt. Die Führungskräfte der ITC tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

Im margenträchtigeren Projektgeschäft lassen sich für den Erfolg des Unternehmens zusätzlich die Höhe der erzielbaren Stunden- und Tagesverrechnungssätze für die IT-Beratungsleistungen als wichtiger Erfolgsfaktor identifizieren. Hier agiert das Unternehmen derzeit immer noch häufig im mittleren bis unteren Bereich der marktüblichen Verrechnungssätze.

3.4. Forschung und Entwicklung

Um in der IT-Branche langfristig erfolgreich zu sein und den stets komplexer werdenden Anforderungen der Geschäftsprozesse gerecht zu werden, ist es auch wichtig, organisatorische und personelle Rahmenbedingungen für disruptive Innovation oder Technologien zu schaffen. Etablierten Lösungsanbietern stehen immer öfter Marktteilnehmer mit derartigen Strategien gegenüber. Um hier schritthalten zu können, hat die ITC eine eigene Organisationseinheit gebildet und kreative Mitarbeitende zusammengebracht. Automation von Prozessen, offene Datendrehkreise, Lösungen der Plattform-Ökonomie oder systemübergreifende Ansätze werden hier gefördert und entwickelt.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt waren bei der ITC insgesamt 244 Beschäftigte tätig. Das sind 6 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen und die unbefristete Übernahme von Jungfacharbeitern.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotenziale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit.

Im TalentPool werden Mitarbeiter der ITC neben weiteren Talenten der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine lauffahrunabhängig qualifiziert und anhand ihrer Kompetenzen weiterentwickelt.

Darüber hinaus ist die ITC weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Absatz/Umsatz/Erträge

Die Umsatzerlöse des Unternehmens stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 6,33 % auf T€ 32.284. Darin enthalten sind sonstige Umsatzerlöse in Höhe von T€ 32 aus Vermietung und Verpachtung.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 6.819. Dies sind T€ 871 mehr als im Vorjahr (T€ 5.948).

Umsatzerlöse Dienstleistungen für SWH

Im Geschäftsjahr 2019 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH Gruppe T€ 15.611. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 15.403) erhöhten sich die Umsatzerlöse um T€ 208.

Umsatzerlöse Projekte und Dienstleistungen für Dritte

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 2.797 war das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.923) leicht rückläufig. Der Rückgang betrug T€ 126.

Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und SWH

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH Gruppe und der Stadtverwaltung Halle stieg im Geschäftsjahr 2019 (T€ 7.025) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 6.058) um T€ 967.

Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen bei der ITC Aufwendungen für bezogene Waren und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 12.252 an (Vorjahr T€ 10.117).

Der Aufwand für bezogene Waren im Geschäftsjahr 2019 (T€ 4.422) stieg im Vergleich zum Vorjahr (T€ 3.721) um T€ 701. Die Beschaffung von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) für die Stadt Halle und die Stadtwerkeunternehmen und Drittkunden wurde in gleichbleibendem Umfang realisiert.

Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen T€ 7.830 auf. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 6.396) waren das T€ 1.434 mehr, was vor allem auf die Unterstützung von externen Beratern und IT-Dienstleistern zur Realisierung von deutlich mehr Projekten und Aufträgen für unsere Kunden zurückzuführen war.

Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Personalaufwendungen T€ 15.216 und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 14.424) deutlich erhöht. Die Steigerung in Höhe von T€ 792 steht im Ergebnis der Einstellung von neuen Mitarbeitern im Verlauf des Geschäftsjahres für unbesetzte Stellen und erhöhten Aufwendungen für Mehrstunden, Tarifsteigerungen, Projektpremien und Rückstellungen für Altersteilzeit.

Abschreibungen

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2019 auf T€ 780 und lagen mit T€ 275 über dem Vorjahreswert (T€ 505).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2019 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 4.114 und bewegen sich mit einer Erhöhung um T€ 534 leicht über dem Niveau des Vorjahres (T€ 3.580). Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für Instandhaltungen, Mieten und Pachten, Aufwendung für die kaufmännische Buchführung (EVH), Aufwendungen für Personaldienstleistungen (SWH), Projekt- und Beratungsleistungen sowie Aus- und Weiterbildung.

4.1.1. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2019 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 1.717 und lag damit T€ 511 unter dem Vorjahreswert (T€ 2.228) und damit auf Planniveau.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die ITC wies zum 31. Dezember 2019 ein Stammkapital in Höhe von T€ 250 aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich des Sonderpostens auf T€ 1.603. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 14,5 %. Gegenüber dem Vorjahr (13,1 %) erhöhte sich diese um 1,4 % - Punkte.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von T€ 682,3 getätigt. Hiervon wurden T€ 218,8 in IT-Software, T€ 249,4 in IT-Hardware, T€ 65,2 in Fahrzeuge, T€ 25,3 in Büro- und Geschäftsausstattung und T€ 123,6 in geringwertige Wirtschaftsgüter investiert.

Die getätigten Investitionsmaßnahmen liegen deutlich unter dem Planwert von T€ 1.347,2. Die größte Abweichung mit T€ 448,5 gibt es im Bereich IT-Infrastruktur. Ein wesentlicher Anteil resultiert aus der Verschiebung des Fertigstellungstermins für die neue Telefonanlage der SWH-Gruppe in 2020.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2019 im Rahmen einer Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

Die SWH stellt der ITC einen unbefristeten Cash Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 1.500 zur Verfügung, so dass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2019 betrug die Bilanzsumme der ITC T€ 11.023 und verminderte sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 12.704) um T€ 1.681.

Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen um T€ 107 auf T€ 3.484 und das Umlaufvermögen von T€ 8.743 auf T€ 7.378. Die Verminderung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf den niedrigeren Investitionen in die IT-Infrastruktur der ITC. Die Reduzierung im Umlaufvermögen (T€ 1.365) ist vor allem auf die Reduzierung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen (T€ 2.042) zurückzuführen.

Die Passivseite sank im Wesentlichen durch niedrigere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei Dritten und verbundenen Unternehmen (T€ 986). Die Rückstellungen reduzierten sich dagegen um T€ 595.

4.4. Gesamtaussage zur Lage der Gesellschaft

Insgesamt setzte sich im Jahr 2019 die stabile Ergebnisentwicklung fort. Das Unternehmen konnte sich mit erfolgreich realisierten großen Kundenaufträgen als anerkannter Marktteilnehmer etablieren.

Im Rahmen der aktiven Nachfolge- und Führungspositionen-Besetzungsplanung konnten unter Inanspruchnahme des stadtwerkweiten Talentpoolprogrammes erfolgreich Mitarbeitende entwickelt werden. Die Führungskräfteentwicklung wurde gestartet, administrative Prozesse wurden besser gesteuert.

Das geplante positive Jahresergebnis für 2019 wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung leicht übertroffen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der Risikoinventur insgesamt 47 Risiken ermittelt (Vorjahr 44). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 4 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	2	0	2
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	2	0	2
Rechtliche Risiken	0	0	0
Technische Risiken	-	-	-
Gesamt	4	0	4

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen weiterhin:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der SWH-Gruppe, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen:

- die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und des effektiven und effizienten Hard- und Softwareeinsatzes für die Unternehmen der SWH-Gruppe;
- der Ausbau des IT-Beratungsgeschäfts (Projektmanagement, Prozessberatung, IT-Sicherheit, Datenschutz);
- die Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld.

Trotz der Ausbreitung des Corona Virus wird die ITC die Bereitstellung von IT-Dienstleistungen für die SWH-Gruppe, die Stadt Halle (Saale) und ihre sonstigen Kunden auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

6.1. Umsatzentwicklung

Die Umsätze gliedern sich in fünf Hauptkategorien:

- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle
- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Projektgeschäft der Stadt Halle
- Umsätze aus dem Projektgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Dienstleistungs- und Projektgeschäft für Drittkunden

	Ist 2018	Ist 2019	WIPL 2020
Angaben in T€			
davon Dienstleistungen für Stadt Halle	5.948	6.819	7.120
davon Dienstleistungen für Stadtwerke	15.403	15.611	15.744
davon Dienstleistungen und Projekte für Dritte	2.924	2.797	3.571
davon Projektgeschäft für Stadt Halle	3.728	3.482	3.308
davon Projektgeschäft für Stadtwerke	2.330	3.543	2.591
davon sonstige Erträge	29	32	28
Umsatzerlöse	30.362	32.284	32.815

Die geplanten Umsätze mit der Stadt Halle haben sich gegenüber der vorherigen Wirtschaftsplanung leicht erhöht. Hier werden weitere Leistungserweiterungen (Betreuung der IT-Infrastruktur in Kernverwaltung und Umsetzung des IT-Konzeptes für die Schulen der Stadt Halle) und Anpassungen wegen Tarifsteigerungen wirksam. Die geplanten, finanziellen Mittel aus dem Finanzhaushalt der Stadt Halle wurden berücksichtigt.

Die Erhöhung des Gesamtumsatzes mit der SWH-Gruppe resultiert vor allem aus der Anpassung der Dienstleistungsverträge an den über die Jahre deutlich gestiegenen Umfang der von der IT-Consult Halle erbrachten Leistungen. Die gestiegenen gesetzlichen und innerbetrieblichen Anforderungen und Veränderungen (u. a. Umsetzung des Messstellenbetriebsgesetzes für die Energieversorgung Halle Netz) sowie die zunehmende Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Umstellung der SAP Anwendungen auf die SAP HANA Version in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe führen zu einer Erhöhung des geplanten Projektgeschäftes. Hier ist in den Folgejahren mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Die moderate Realisierung von Umsätzen aus dem Drittgeschäft ist weiterhin Ziel der IT-Consult Halle. Gegenüber der vorherigen Planung haben sich die geplanten Umsätze aus den Dienstleistungen und Projekten für Dritte in der Vorschau ab dem Jahr 2020 leicht erhöht. In den Folgejahren erfolgt die Fokussierung auf die Erbringung von IT-Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe und der Stadtverwaltung Halle.

6.2. Investitionen

Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung im Bereich Informationstechnologie verbunden mit der schnelleren Verarbeitung und Speicherung von großen Datenmengen sowie der Einführung von neuen Softwarelösungen sind regelmäßige Neu- und Ersatzinvestitionen in die IT-Landschaft der ITC notwendig. Gleichsam steigen die Anforderungen an die Sicherheit für die IT-Infrastruktur deutlich.

Für das Jahr 2020 plant die ITC Investitionen in Höhe von T€ 3.553,8 mit folgenden Schwerpunkten:

Nachfolgende Projekte stellen Investitionen für die ITC und für die Kunden „managed service“ dar:

- Erneuerung der zentralen Telefonanlage für die Stadtwerke-Gruppe (Abschluss des Projektes in 2019; Rechnungslegung und -prüfung in 2020)
- Erneuerung der Datensicherungslandschaft (SWH-Gruppe)
- Redesign und Modernisierung der aktiven Netzwerktechnik (SWH-Gruppe)
- Erneuerung TMG/Firewall – Infrastruktur zum Veröffentlichen von Diensten ins Internet (SWH-Gruppe)
- Aufbau zentrale Speicher-Lösung (NAS) (SWH-Gruppe)
- Erweiterung der virtuellen Server-Umgebung (SWH-Gruppe und Dritt-Kunden)
- Internet-Portallizenzen für SWH-Gruppe
- Austausch von Firewalls (SWH-Gruppe).

Für die Stadt Halle ist geplant:

- Erweiterung der Rechenzentrums-Technik (Stadt Halle, Projekt „IT macht Schule“)

Alle geplanten Investitionen für die SWH-Gruppe können von der ITC aus eigenen Mitteln bzw. durch den Kreditrahmen des Cash Pools finanziert werden.

Gegenüber den Vorjahren erhöht sich der Investitionsbedarf, da die IT-Consult Halle in Zukunft nicht nur Investitionen für sich selbst durchführen wird, sondern zunehmend für einzelne Kunden oder mehrere Kunden der SWH-Gruppe.

6.3. Finanzierung

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung der Investitionen ist nicht notwendig.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 1.500. Mögliche Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sind in diesem für 2020 erwarteten Jahresergebnis nicht berücksichtigt.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	300					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">300</td> <td style="text-align: center;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	300	100,00
T€	%					
300	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.914	56	2.294	73	2.715	82	-380	-17
Umlaufvermögen	1.501	44	860	27	595	18	641	75
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	2	0	0	0

Bilanzsumme

3.416	100	3.155	100	3.312	100	261	8
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.708	50	1.708	54	1.708	52	0	0
Rückstellungen	423	12	197	6	78	2	226	115
Verbindlichkeiten	1.285	38	1.250	40	1.526	46	35	3

Bilanzsumme

3.416	100	3.155	100	3.312	100	261	8
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.030	7.186	6.682
sonstige betriebliche Erträge	77	102	26
Materialaufwand	6.546	5.744	5.556
Personalaufwand	342	387	210
Abschreibungen	601	623	499
sonstige betriebliche Aufwendungen	296	268	234
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	6	4
Ergebnis nach Steuern	318	264	205
sonstige Steuern	4	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	314	261	202
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,91	3,63	3,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,39	15,26	11,81	%
Cash-Flow:	915	883	701	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	901	911	1.677	T€
Personalaufwandsquote:	4,22	5,31	3,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	56,01	72,64	81,84	%
Eigenkapitalquote:	50,00	54,13	51,57	%
Fremdkapitalquote:	50,00	45,87	48,43	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	77.534,00	71.989,00	67.500,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	78.000,00	72.000,00	70.000,00	Mg/a

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger sowie der Bereitstellung von Sekundärrohstoffen ab. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche kommunale Siedlungsabfälle sowie gewerbliche Abfälle verwertet.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle (Rest- und Sperrmüll) des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Behandlung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Abfallmengen aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus, den Grad der stofflichen Verwertung zu forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit Sekundärrohstoffen zu unterstützen. In der effizienten Nutzung des biogenen Anteils im Restmüll und von mittelkalorischen Ersatzbrennstoffen für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur sowie zur Abdeckung gesetzlicher Anforderungen überprüft die Gesellschaft fortlaufend ihr Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Notwendige Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2019 realisiert bzw. werden in den Folgejahren fortgeführt. Ziel der Gesellschaft ist es, eine effektive und effiziente Behandlung der Abfälle zu gewährleisten und flexibel auf die Gegebenheiten des Marktes mit organisatorischen und technologischen Anpassungen reagieren zu können.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen, um zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen lagen in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 nicht vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Des Weiteren wurde der Gesellschaft der Status einer Vorbehandlungsanlage nach Gewerbeabfallverordnung bestätigt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2019 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

Zur weiteren Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur überprüfte die Gesellschaft das Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Diesbezüglich wurde die Investition in ein Direktaustragsband aus der Sortierhalle in den entsprechenden Außenlagerbereich für den mittelkalorischen Ersatzbrennstoff der Fraktion 20 bis 80 mm umgesetzt, durch welche der innerbetriebliche Transport mittels Lastkraftwagen optimiert werden konnte.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechts und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Aufgrund der novellierten Gewerbeabfallverordnung und der damit verbundenen höheren Anforderungen an die stoffliche Verwertung prüft die Gesellschaft die sich daraus ergebenden Anforderungen, deren Umsetzung sowie das mögliche Wachstumspotenzial für die Gesellschaft.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle, als auch die Abfallmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg (+402 Mg) zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 57.434 Mg übernommen, welche im Geschäftsjahr 2019 auf 57.836 Mg stieg. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ein Rückgang der Jahrestonnage um 467 Mg zu verzeichnen. Hingegen ist beim Sperrmüll ein signifikanter Anstieg um 869 Mg zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Abfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 einen Mengenanstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier konnte die Jahrestonnage des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von 14.555 Mg mit 19.698 Mg im Geschäftsjahr 2019 deutlich gesteigert werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die Gesellschaft daher nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 waren im Unternehmen neun Mitarbeiter beschäftigt, davon ein Betriebsleiter, drei Schichtleiter sowie fünf Anlagen- und Baumaschinenführer. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus, welche die operative Führungsebene abdecken, wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Leiharbeitskräfte werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 8.030 TEUR, wobei 5.736 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 2.101 TEUR aus der Behandlung von Gewerbeabfällen, 11 TEUR aus der Erbringung von Aufbereitungsleistungen und 182 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten sowie der Verwertung von metallischen Sekundärrohstoffen resultieren.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung von 7.288 TEUR in 2018 um 819 TEUR in 2019 gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist neben Preiseffekten hauptsächlich durch die Steigerung der Annahmemengen für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle des kommunalen und gewerblichen Bereiches begründet.

Der Materialaufwand der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 803 TEUR und ist hauptsächlich durch die Endverwertungskosten der Outputstoffströme aufgrund der Steigerung der Input- bzw. Outputmengen sowie durch gestiegene Aufwendungen für Reparatur- und Fremdinstandhaltungskosten begründet.

Im Bereich der Personalaufwendungen verzeichnete die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 eine Minderung um 45 TEUR. Begründet ist dies durch eine gebildete Rückstellung für Abfindungszahlungen in Höhe von 84 TEUR in 2018, welche in 2019 teilweise verbraucht wurde. Gleichzeitig stiegen die Lohn- und Gehaltsaufwendungen aufgrund der Erhöhung der durchschnittlichen Anzahl von Arbeitnehmern von acht in 2018 auf neun Arbeitnehmer in 2019 leicht an.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 601 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 22 TEUR geringere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Kostenanstieg zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stellten hierbei die Aufwendungen im Bereich von Rechts- und Beratungskosten eine signifikante Kostenerhöhung dar. Die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung gestaltete sich erneut problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2019 auf 296 TEUR. Dies entspricht einem Kostenanstieg von 28 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihr abzuführendes Ergebnis im Rahmen des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages mit ihrer Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH auf einen Betrag von 314 TEUR steigern. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 53 TEUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 423 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (14 TEUR, Vorjahr 13 TEUR), Personalarückstellungen (75 TEUR; Vorjahr 98 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (96 TEUR; Vorjahr 38 TEUR) sowie Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (238 TEUR; Vorjahr 48 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 75 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Erhöhung um 2 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten werden 707 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung in Höhe von 166 TEUR dar.

Zur Realisierung von Investitionsmaßnahmen war die Aufnahme eines Kredites notwendig. Dieser wurde durch die Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, zum Stichtag 22. Dezember 2017 in Höhe von 558 TEUR gewährt. Unter Einhaltung des Zins- und Tilgungsplans werden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Gewährung von Krediten in Höhe von 186 TEUR (Vorjahr 372 TEUR) ausgewiesen. Des Weiteren werden Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 314 TEUR ausgewiesen.

Im Bereich der sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Reduzierung in Höhe von 1 TEUR auf 3 TEUR zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Das geplante Investitionsbudget für das Geschäftsjahr 2019 betrug im Rahmen der vorjährigen Wirtschaftsplanung 288 TEUR.

Geplant war der Bau eines Direktaustragsbandes für den mittelkalorischen Ersatzbrennstoff der Fraktion 20 bis 80 mm von 128 TEUR sowie die Ersatzbeschaffungen eines gebrauchten Mobilbaggers (25 TEUR) und eines gebrauchten Lastkraftwagens (25 TEUR). Weiterhin sind die Ersatzbeschaffung eines Greifers des Elektroumschlagbaggers (35 TEUR) und der Austausch der Siebtrommel (75 TEUR) umzusetzen.

Zum Berichtsdatum wurden 221 TEUR investiert. Hiervon entfallen 137 TEUR auf Leistungen im Rahmen des Projekts zum Bau des Direktaustragsbandes für den mittelkalorischen Ersatzbrennstoff der Fraktion 20 bis 80 mm und 63 TEUR in die Anschaffung gebrauchter Mobiltechnik (10 TEUR Gabelstapler, 50 TEUR Lastkraftwagen).

Das restliche Budget wurde für Investitionen in die IT-Infrastruktur und Betriebs- und Geschäftsausstattung verwendet.

Für das nichtausgeschöpfte Investitionsbudget des Geschäftsjahres 2019 in Höhe von 67 TEUR erfolgt ein Übertrag des Investitionsbudgets auf mögliche Investitionen im Geschäftsjahr 2020.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 um 598 TEUR gestiegen und stellt zum Bilanzstichtag eine Forderung im Rahmen des Cash Pools in Höhe von 901 TEUR sowie den Bestand an flüssigen Mitteln von 3 TEUR dar. Begründet ist der Anstieg durch eine positive Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2019 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.100	2.480	-380
Kurzfristiges Vermögen	1.316	675	+641
Gesamtvermögen	3.416	3.155	+261
Langfristiges Kapital	1.766	1.960	-194
Kurzfristiges Kapital	1.650	1.195	+455
Gesamtkapital	3.416	3.155	+261

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Abschreibungen der Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände die Investitionen des Geschäftsjahres 2019. Im Vergleich zum Vorjahr (2.294 TEUR) beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 1.914 TEUR. Auf Grundlage des Forderungsbestandes aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte (222 TEUR; Vorjahr 167 TEUR) sowie der ausgewiesenen Forderungen im Rahmen des Cash Pool (901 TEUR; Vorjahr 301 TEUR) wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 641 TEUR höheres Vermögen im Bereich des kurzfristigen Vermögens ausgewiesen.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Reduzierung des Bilanzwertes im Bereich des langfristigen Kapitals in Höhe von 194 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch den anteiligen Verbrauch der langfristigen Personalrückstellung für Abfindungszahlungen sowie durch entsprechende Tilgungen im Geschäftsjahr 2019 des aufgenommenen Gesellschafterdarlehens. Entsprechend dem Tilgungsplan erfolgt die Endtilgung zum 31. Dezember 2020. Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2019 beträgt die Restschuld aus dem Gesellschafterdarlehen 186 TEUR, welches vollumfänglich dem kurzfristigen Kapital zugeordnet ist.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 284 TEUR konnte die Gesellschaft übertreffen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Ergebnis in Höhe von 314 TEUR vor Gewinnabführung ab.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die überplanmäßigen Kosten für Reparaturmaterial, Fremdinstandhaltungen sowie Leihpersonal konnten durch die überplanmäßigen Umsatzerlöse aus der Annahme und Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen sowie durch Verwertungserlöse im Bereich der metallischen Sekundärrohstoffe vollends kompensiert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der RAB Halle GmbH insgesamt 10 Risiken ermittelt (Vorjahr 11). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt 1 Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welches sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	1	-	-
Führung/Organisation	-	-	-
Marktrisiken	5	-	-
Rechtliche Risiken	2	-	1
Technische Risiken	2	-	-
Gesamt	10	0	1

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2020 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen des öffentlichen Auftraggebers sowie aus verschiedenen Gewerbebereichen mit Umsatzerlösen in Höhe von 7.067 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2020 sowie aus vertraglich gebundenen Leistungsbeziehungen mit Dritten.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2020 keine Erlöse aus der Erbringung von Schredderleistungen im Rahmen der Brennstoffaufbereitung. Analog des Geschäftsjahres 2019 wird die Gesellschaft versuchen, zur Abdeckung freier Leistungskapazitäten nach Können und Vermögen entsprechende Leistungen auszuführen.

Des Weiteren plant die Gesellschaft mit Umsätzen aus Dienstleistungen für Verwiegung und Verladung im Geschäftsjahr 2020 in Höhe von 103 TEUR.

Der weiterhin sehr volatile Markt für die Verwertung gewonnener metallischer Sekundärrohstoffe macht die Planung etwaiger Verwertungserlöse im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2020 herausfordernd. Für die Verwertung von Eisen- und Nicht-Eisen-Metallen plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 mit Erlösen in Höhe von 23 TEUR.

Kumuliert betrachtet, plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 mit Umsatzerlösen in Höhe von 7.193 TEUR.

6.2. Investitionen

Die Investitionen im Geschäftsjahr 2020 in Höhe von 586 TEUR sind geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Geplant wurden hierbei 106 TEUR in die Ersatzinvestitionen eines Schneidtisches des Vorzerkleinerers und 230 TEUR in den Schneidtisch und das Schneidwerk des Nachzerkleinerers. Zudem wird die Ersatzinvestition in einen Radlader in Höhe von 250 TEUR geplant.

Anhand der Erfahrungen der Vergangenheit plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 mit Investitionen in Höhe von 100 TEUR für den Austausch des Schneidtisches am zweiten Vorzerkleinerer sowie 100 TEUR für die Erweiterung der mechanischen Behandlungsanlage.

In den Geschäftsjahren 2022 bis 2023 wird von einem Investitionsvolumen von 580 TEUR für unvorhergesehene notwendige Investitionen für Ersatzbeschaffungen oder für die Umsetzung von Beauftragungen der Genehmigungsbehörde ausgegangen. Die Gesellschaft bewegt sich in ihrer operativen Tätigkeit im Rahmen von „Alt“-Genehmigungen und es besteht ein latentes Risiko von Nachforderungen seitens der Genehmigungsbehörde (z. B. verschärfte Auflagen zum Schutz der Umwelt).

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2020 sowie eine Stabilisierung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sollen der RAB Halle GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 298 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Potenzialen voranzutreiben, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2020 mit beeinflussen und die positive Fortentwicklung sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hasentorstraße 9
06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dr. Klein, Angelika	
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias	
	Bieder, Marco	
	Hülsbusch, Peter	(bis 26.09.2019)
	Kotzur, Klaus	(bis 26.09.2019)
	Kretschmann, Reiner	(seit 27.09.2019)
	Probst, Michael	(seit 27.09.2019)
	Quenzel, Benjamin	(bis 26.09.2019)
	Schulze, Jörg	
	Walther, René	(seit 27.09.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	80	77	84
Aufsichtsrat	1	0	1

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.630	37	1.317	32	1.720	45	313	24
Umlaufvermögen	2.710	62	2.778	68	2.114	55	-68	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	13	1	11	0	13	0	2	18
Bilanzsumme	4.353	100	4.106	100	3.847	100	247	6

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.949	91	3.769	92	3.458	90	180	5
Rückstellungen	68	1	99	2	111	3	-31	-31
Verbindlichkeiten	336	8	238	6	278	7	98	41
Bilanzsumme	4.353	100	4.106	100	3.847	100	247	6

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.916	4.921	4.877
sonstige betriebliche Erträge	41	292	54
Materialaufwand	576	583	767
Personalaufwand	2.161	2.117	1.966
Abschreibungen	516	789	728
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.246	1.193	1.072
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	1	21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	136	152	43
Ergebnis nach Steuern	337	380	371
sonstige Steuern	18	17	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	319	363	355

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,50	7,37	7,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,80	10,64	11,42	%
Cash-Flow:	835	1.152	1.083	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	94	97	101	T€
Personalaufwandsquote:	43,59	40,61	39,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	37,39	31,98	44,70	%
Eigenkapitalquote:	90,71	91,81	89,89	%
Fremdkapitalquote:	9,29	8,19	10,11	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Bioabfall	6.840,28	6.163,12	6.716,27	t
Pappe, Papier	8.489,06	8.644,04	8.693,73	t
Restabfall	24.129,60	24.239,04	24.986,81	t

f) Lagebericht**Wirtschaftsbericht****I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)**

Die Entsorgungswirtschaft kann mit dem Jahr 2019 auf ein angespanntes Jahr zurückblicken. Neben fortschreitenden Konzentrationsprozessen mit Firmenübernahmen durch die großen Entsorgungsunternehmen, sorgt die Entwicklung bei den Systembetreibern nach wie vor für eine gewisse Verunsicherung. Die Umsetzung der durch den Gesetzgeber erlassenen Gesetze und Verordnungen ist nur unter erschwerten Bedingungen möglich da es bezüglich der Umsetzung an Erlassen, Handlungshilfen und Durchführungsbestimmungen fehlt. Die zwischen den Landkreisen und den Systembetreibern zu schließenden Abstimmungsvereinbarungen im Rahmen des Verpackungsgesetzes gestalten sich durch die unterschiedlichen Auslegungen ebenfalls als schwierig. Dadurch war in dem gesamten Bereich eine gewisse Rückhaltung zu spüren.

Bis zum dritten Quartal des Jahres 2019 ist man im PPK-Bereich von einer stabilen Entwicklung der PPK- Preise ausgegangen. Im dritten Quartal war das Niveau leicht rückläufig, dann stellte sich jedoch ein tiefgreifender Preisverfall ein.

Wie erwartet, hat sich auch in anderen Abfallarten eine deutliche Preiserhöhung, sogar teilweise überdurchschnittliche, bei der Entsorgung durchgesetzt.

Kritisch wird die Entwicklung nach wie vor im Bereich der Bioabfälle gesehen, zum einen in Folge der Düngemittelverordnung, zum anderen durch Kapazitätsengpässe und fehlende Anlagen. Hier kann es hier zu einer weiteren Verteuerung kommen.

Die Verwertung von Altholz und Grünabfällen wird durch Überkapazitäten am Markt immer schwieriger. Auch in diesem Bereich ist eine erhebliche Preissteigerung eingetreten, bei der ein Ende der Preisentwicklung nicht abzusehen ist.

II. Unternehmensentwicklung

Für die Steuerung des Unternehmens werden sowohl finanzielle (monatliche Umsatz- und Kostenentwicklung), als auch nicht finanzielle (Entwicklung Bevölkerungszahl und umweltpolitische Aspekte der Bioabfallentsorgung) Leistungsindikatoren verwendet.

Das Geschäftsjahr 2019 konnte von der RES GmbH wiederum mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden. Die positive Planabweichung beruht auf den gestiegenen Mengen und somit Umsätzen bei Bio- und Grünanfällen. Gleichzeitig sorgten die deutlich gesunkene Vergütungen PPK für den EAW und die niedrigeren Abschreibungen aufgrund der nicht gelieferten Entsorgungsfahrzeuge für niedrigere Kosten gegenüber dem Plan.

Bis zum Dezember 2019 fielen die Preise für die Verwertung von PPK um fast 50%. So musste die RES aufgrund der PPK-Entwicklung einen Preisabschlag von August bis Dezember 2019 von 51,00 €/t hinnehmen. Für den Monat Januar 2020 wurden nochmals erhebliche Abschläge prognostiziert. In Anbetracht des Überangebotes und der anhaltenden Exportreduzierung ist derzeit keine positive Prognose möglich.

Die durch die geänderten Übergabestellen für Restabfälle und Sperrmüll entstandenen Strukturveränderungen der betrieblichen Abläufe haben sich im Jahr 2019 stabilisiert und können mit den zusätzlich kalkulierten Kosten wie geplant realisiert werden.

Die RES wurde im Februar des Jahres 2019 durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft aufgefordert eine Kalkulation für den Vertrag ab 2020 vorzulegen. Das vorgelegte Leistungsverzeichnis und der Vertragsentwurf haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2028, aufgeteilt in 3 Kalkulationsperioden, in deren Beginn jeweils das Recht der Preisanpassung besteht. Das Angebot wurde fristgemäß an den EAW übermittelt. Der Vertrag wurde im Dezember unterzeichnet. Die in diesem Zusammenhang notwendigen europaweiten Ausschreibungen zur Verwertung von Bioabfällen/Grünabfällen und Schadstoffen wurden durch die RES durchgeführt und im September abgeschlossen.

Ebenfalls neu wurden die Transportleistungen für die Wertstoffhöfe durch die RES mit dem EAW für die Dauer von drei Jahren bis zum Jahr 2022 vereinbart. Die bisherige Verwertung der Abfälle der Wertstoffhöfe durch die RES entfällt.

Weiterhin positiv entwickelt sich die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Halle. Neben den wie in der Vergangenheit erfolgten Unterstützungen bei Fahrzeugbereitstellung und Technikaustausch, erfolgt eine Unterstützung bei der erstmaligen Lehrlingsausbildung in der RES.

Die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge gestaltete sich analog dem Jahr 2018 als eher schwierig. Es ist vor allem bei den Aufbausterkern mit Wartezeiten von durchschnittlich einem Jahr zu rechnen. Die RES konnte sich im Jahr 2019 trotz des Wegfalls der Kehrmaschinenleistungen für die Stadt Sangerhausen weiterhin stabil entwickeln.

Das rückläufige Betriebsergebnis ist auf gegenüber dem Vorjahr erhöhte Personalkosten und erhöhte sonstige Aufwendungen zurückzuführen.

a.) allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz. Es gab keine besonderen Vorkommnisse im Rahmen des normalen Betriebsablaufes. Eine Ausnahme ist der Brand im Zwischenlager für PPK in Riethordhausen im dritten Quartal des Jahres 2019. Hier wurden ca. 30 Tonnen Papier vernichtet.

Alle Aufgaben zum Einsammeln und Transportieren von Abfällen auf dem Gebiet des Landkreises Mansfeld-Südharz für die Abfallarten Restabfall, Bioabfall, PPK (Pappe, Papier und Kartonagen), Sperrmüll, Elektroaltgeräte sowie gefährliche Abfälle wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

Im Jahr 2019 wurden in der RES vier Aufsichtsratssitzungen und vier Gesellschafterversammlungen durchgeführt. Zu den Sitzungen wurden die zuständigen Gremien über den Betriebsablauf aktuell informiert. Notwendige Empfehlungen und Beschlüsse wurden gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages vorgelegt, beraten und beschlossen. Das Jahr 2019 konnte mit einem positiven Jahresergebnis von 319.497,89 € abgeschlossen werden. Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark wurden in die Planung für das Jahr 2020 einbezogen.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2019 die geplanten Investitionen ausgeschrieben und vergeben. Aufgrund immer längerer Wartezeiten sind die Lieferungen der Fahrzeuge verspätet im Dezember 2019 und im März 2020 durchgeführt bzw. geplant.

Für die Erstellung der Investitionspläne ab dem Jahr 2021 wird eine verkürzte Nutzungsdauer geprüft, um den steigenden Reparaturkosten, welche auch nicht zuletzt durch schlechtere Qualität der Neufahrzeuge kommt, entgegenzuwirken. Leider muss der Zeitraum von Ausschreibungsbeginn bis zur Lieferung immer länger, das heißt mit mindestens 14 Monaten, kalkuliert werden.

Die Gesamtinvestition belief sich 2019 auf 829.245,26 €, durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 7.265,23 € erzielt, der Restbetrag in Höhe von 821.980,39 € wurde aus freien liquiden Mitteln finanziert. Die Lieferung von 4 LKW erfolgte im März 2020. Somit sind dann die geplanten Investitionen umgesetzt.

Im Einzelnen werden die Investitionen 2019 nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investition	Differenz
Fahrzeuge	1.375.000,- €	743.325,- €	-631.675,- €
Lieferung bis März 2019 Investition aus 2018		(87.490 € Anzahlung)	
Betriebs- und Geschäftsausst.	90.000,- €	57.900,00 €	-32.100,00 €
EDV	10.000,- €	28.022,00 €	18.022,00 €
Gesamt	1.475.000,- €	829.246,00 €	-645.753,00 €

c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2019 55 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2019 betrug 54 (inkl. Geschäftsführer).

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt.

Der Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2019 auf 2.160.799,63 Euro. Pro Beschäftigten fielen durchschnittliche Personalkosten in Höhe von 40.014,81 Euro, inkl. Geschäftsführer an. Abfindungszahlungen wurden 1000,00 € geleistet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersversorgung in Höhe von 70.597,40 Euro.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 3 Arbeitnehmer und zum Jahresende 2 Mitarbeiter. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt.

Ergänzend wurden Dienstleistungen durch anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen sowie der bedarfsmäßige Einsatz von Leiharbeitern erbracht.

Auch in der RES wurde im Jahr 2019 die Personalpolitik umstrukturiert um eventuell entstehenden Personalengpässen entgegen zu wirken. Es wurde eine detaillierte Nachfolgeplanung über einen Zeitplan von 8 Jahren aufgestellt. Außerdem hat sich die RES erfolgreich als Ausbildungsbetrieb zertifizieren lassen und mit der Ausbildung von 2 Berufskraftfahrern begonnen. Weitere Auszubildende sollen in den Folgejahren eingestellt werden.

d.) Umweltschutz

Die RES hat sich auch im Jahr 2019 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen im Umweltschutz und Sicherheit verpflichtet. So wurden die Investitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht.

Bei den Zulieferern wurde ganzjährig die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im Dezember 2019 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Im Jahr 2018 wurde ein Energiewertgutachten für das gesamte Unternehmen angefertigt. Daraus resultierend wurden die Planungen für die Folgejahre angepasst um alternative Heizungs- und Wärmeanlagen zu installieren. Im Jahr 2020 soll der Umbau der Heizungsanlage zum Zweck einer höheren Energie- und Ressourceneffizienz erfolgen. Anhand des Gutachtens wurde gleichzeitig die Durchführung des periodischen Energieaudits im Jahr 2020 vorbereitet.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die RES GmbH hatte mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, Sperrmüll, PPK, Bioabfall, Grünabfall, Elektroaltgeräte und gefährliche Abfälle (Teilleistung 1-7) bis zum Jahr 2028 abgeschlossen.

Alle drei Jahre erfolgt eine Kalkulation entsprechend den Richtlinien für Selbstkostenfestpreise. Diese wird durch den EAW geprüft und bestätigt.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 94,00 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2019 über kommunale Verträge generiert.

Der Erlös im Bereich der Wertstoffhöfe betrug 251.319 €.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2018	Tonnage 2018	Leerungen 2019	Tonnage 2019
Restmüll	977.034	24.239,04	980.825	24.129,60
PPK	505.145	8.644,04	506.568	8.489,06
Bioabfall	297.171	6.053,12	319.550	6.840,28
Grünabfall	0	1.629,86	0	1.943,33
Sperrmüll	0	2.973,04	0	2.985,45
Elektroaltgeräte	0	328,05	0	312,34

Im Rahmen der gewerblichen Leistungen wurden die Kehrmaschinenaufträge der Wohnungsgenossenschaften um ein weiteres Jahr verlängert.

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2019 hat sich durch eine eigenkapitalfinanzierte Zunahme der Sachanlagen positiv entwickelt.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 90,71 %. Das Eigenkapital hat sich auf 3.949.158,29 € und somit um 180.023,00 € erhöht. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen weiterhin nicht, so dass der Verschuldungsgrad nur 8,31% beträgt. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten bestehen nur noch aus dem operativen Geschäft für laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 169,2 T€ und 167,2 T€ für sonstige Verbindlichkeiten aus Lohn und Sozialleistungen sowie Steuerzahlungen, welche sich aus dem Jahresabschluss ergeben.

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können. Liquide Mittel in Form von Bankguthaben und Kassenbestand belaufen sich auf 2.017.959 €.

g.) Beteiligungen

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Beteiligungen

III. Risikobericht

Im Jahr 2019 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, so dass sich die positive Prognose für das Jahr 2019 erfüllt hat. Es sind keine Risiken eingetreten.

Die Jahre ab 2020 werden eher als zurückhaltend prognostiziert, da dies von zu vielen verschiedenen Kriterien abhängig ist.

In folgenden Kriterien liegen für die folgenden Jahre die Unsicherheiten:

- Kriterien für das Jahr 2020 sind die im Bereich unerwarteter möglicher Kostensteigerungen im Fuhrpark durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten, Anordnungen und gesetzliche Änderungen sowie die demografische Entwicklung.
- Ein wichtiges Kriterium hinsichtlich der Ergebniserwartung besteht durch den anhaltenden Preisverfall im PPK-Bereich. Entgegen den bisherigen Aussagen, ist eine Preisnormalisierung nicht zu erwarten. Durch die im Neuvertrag mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz festgelegte Festpreisvergütung muss die RES derzeit mit ca. 250 T€ Differenz zwischen Erlös und Vergütung im Jahr 2020 rechnen.
- Ab 2021 soll im Zusammenhang mit der neu abzuschließenden Abstimmungsvereinbarung zwischen dem Landkreis und den Systembetreibern auch die Vereinbarung zwischen dem EAW und der RES angepasst werden. Eine zu späte Regelung über den Monat September 2020 hinaus, würde allerdings die Möglichkeit der Durchführung der Ausschreibung zur PPK Verwertung ausschließen, somit wäre für die RES eine Verwertung des PPK ab 2021 nicht mehr realisierbar, eine mögliche Vergütungsregelung würde dann entfallen.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Nicht abzusehen sind derzeit die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise.

Der Hauptvertrag der RES mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Mansfeld-Südharz ist bis zum 31.12.2028 gesichert.

IV. Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahre 2020 und folgende von einer weiterhin konstanten Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen.

Der Erlös im Bereich der Wertstoffhöfe werden sich in 2020 um die Verwertungserlöse verringern, entsprechend wegfallen werden die Entsorgungskosten. Für die Jahre 2020 und folgende ist davon auszugehen, dass aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Bevölkerungszahlen ein Mengenrückgang eintritt. Dieser jedoch geringer, als von Statistikern prognostiziert.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2020 im Bereich Restabfall die Mengen in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung geringfügig sinken werden. Im PPK- Bereich wird die Menge nahezu konstant bleiben das Volumen aufgrund des Onlinehandels sogar zunehmen. Im Rahmen dieser Verschiebung wird die Qualität der Sammelware sinken.

Im Hinblick auf das Jahr 2020 muss durch die anstehenden Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Fuhrpark mit einem weitaus geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden. Zusätzlich belastet die Erlössituation für PPK das Ergebnis.

Sollte sich die Entwicklung seit Jahresanfang fortsetzen und keine Erholung einsetzen, ist aufgrund der Festpreisvereinbarung mit dem EAW mit einem negativen Jahresergebnis zu rechnen.

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird eine positive Unternehmensentwicklung prognostiziert.

Die hohen Standards sollen durch die Einführung eines Compliancesystems weiter gefestigt werden.

V. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes sind im Rahmen des betrieblichen Ablaufes keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

Eine Ausnahme bilden jedoch die durch das Corona-Virus auftretenden Einschränkungen durch Verbote sowie die Dauer der Einschränkungen.

Ein weiterer Punkt ist die Preisentwicklung auf dem Markt. Es wird zunehmend schwieriger, Preisbindungen zu erreichen. Es kann bereits jetzt prognostiziert werden, dass durch die entstehenden Zusatzkosten durch die Epidemie und den Verfall des Papierpreises das im Wirtschaftsplan festgelegte Ergebnis für das Jahr 2020 nicht erreicht wird.

VI. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt Euro 319.497,89 €.

Von dem Jahresüberschuss werden 3% bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 48.834,18 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und 270.663,71 € auf neue Rechnung vorgetragen.

VII. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt.

SHS Energiedienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und -lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
- (2) Zur Erreichung des Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle insbesondere für die Wärmeversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	5.155	92	0	0	0	0	5.155	
Umlaufvermögen	454	8	45	100	165	100	409	909
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0	0	0	0	0	15	

Bilanzsumme

5.624	100	45	100	165	100	5.579	12.398
--------------	------------	-----------	------------	------------	------------	--------------	---------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.025	36	25	56	25	15	2.000	8.000
Rückstellungen	8	0	5	11	12	7	3	60
Verbindlichkeiten	3.591	64	15	33	128	78	3.576	23.840

Bilanzsumme

5.624	100	45	100	165	100	5.579	12.398
--------------	------------	-----------	------------	------------	------------	--------------	---------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
Erträge aus Verlustübernahmen
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines
Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags
abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.203	96	93
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	1.852	97	95
Personalaufwand	7	8	7
Abschreibungen	221	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	40	13	14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	7	0
Ergebnis nach Steuern	50	-29	-23
Erträge aus Verlustübernahmen	0	29	23
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	50	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,28	-30,25	-24,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,48	-115,57	-91,65	%
Cash-Flow:	271	-29	-23	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,34	8,30	7,81	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	33,44	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	36,01	56,04	15,19	%
Fremdkapitalquote:	63,99	43,96	84,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Heizungsanlagen	154	-	-	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SHS

1.1. Geschäftsmodell

Die SHS Energiedienste GmbH (SHS) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie für die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Das neue Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale)“ startete zum 1. Juli 2019.

Alleinige Gesellschafterin der SHS ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die SHS nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale) und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen, mit dem Ziel der effizienten Leistungserbringung und der Maßgabe der Ausschöpfung von Potenzialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Der Geschäftsführer der SHS ist Herr Jens Böttcher. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter, sondern bezieht Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen wird durch zwei Mitarbeiter der EVH GmbH (EVH), welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die SHS tätig sind, betreut.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die geschäftlichen Aktivitäten umfassten im Wesentlichen die Aufnahme des neuen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle“, welches mit Beginn des dritten Quartals startete.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr: 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit Wirkung zum 1. Juli 2019 startete die Gesellschaft das neue Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale)“. Der diesbezügliche Vertrag regelt die Betreuung, Instandhaltung, Erneuerung sowie die Wärmebelieferung von 154 Heizungsanlagen (Fernwärmeanlagen, Gasheizkessel sowie Heizölkessel) und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2034.

In 2019 wurden bereits sechs Heizungsanlagen modernisiert. Für die Übernahme des wirtschaftlichen Eigentums an den Heizungsanlagen, für deren Modernisierung sowie für die Betreibungsrechte wurden insgesamt T€ 5.377 investiert.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2019 kam es zu keinen Einflüssen durch die politische und rechtliche Entwicklung, die das Geschäft der SHS wesentlich beeinflusst haben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Für den künftigen Geschäftsverlauf spielt die Aufnahme zusätzlicher städtischer Heizungsanlagen eine wichtige Rolle. Dabei kann es sich um bisher nicht im Portfolio enthaltene Bestandsanlagen, aber auch um Heizungsanlagen künftiger Neubauvorhaben der Stadt Halle (Saale) handeln.

Ein weiterer Erfolgsfaktor für den künftigen Geschäftsverlauf kann der Abschluss neuer Verträge zur Erbringung von Energiedienstleistungen sein.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2019 beschäftigte die SHS keine Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die das neue strategische Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen“ betreuen. Darüber hinaus werden Servicedienstleistungen von der EVH über einen Geschäftsbesorgungsvertrag bezogen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SHS erzielte Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 2.203 (Vorjahr: T€ 96), die schwerpunktmäßig auf den Vertrag zur Belieferung von Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) mit Wärme entfallen.

Variable Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen beliefen sich auf T€ 1.851 (Vorjahr: T€ 97) und betrafen Dienstleistungen und Energielieferungen von der EVH. Für fixe Aufwendungen (Personal, sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen) wurden insgesamt T€ 269 (Vorjahr: T€ 20) aufgewendet.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2019 ein Jahresergebnis in Höhe von T€ 50 (Vorjahr Verlust: T€ 29) aus, welches aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird.

4.2. Finanzlage

Per 31. Dezember 2019 verfügt die SHS über ein Eigenkapital in Höhe von T€ 2.025. Dieses stieg im Vergleich zum Vorjahr bedingt durch eine Einlage in die Kapitalrücklage der SHS durch die SWH um T€ 2.000 an.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von T€ 5.377 (Vorjahr: T€ 0) für die Übernahme des wirtschaftlichen Eigentums an den Heizungsanlagen, für deren Modernisierung sowie für die Betreibungsrechte getätigt. Neben der Eigenkapitaleinlage hat die Gesellschaft diese Investitionen durch die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen der SWH in Höhe von T€ 3.400 finanziert.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 344 T€ (Vorjahr: T€ -144). Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von T€ -5.377 (Vorjahr: T€ 0) wurde durch den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von T€ 5.283 (Vorjahr: T€ 7) nahezu ausgeglichen, sodass die Kapitalflussrechnung insgesamt einen Finanzmittelzufluss in Höhe von T€ 250 (Vorjahr: Abfluss in Höhe von T€ 151) auswies.

Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Finanzmittelfonds in Höhe von T€ 238, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die SHS in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtseinheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres T€ 5.624 und lag somit T€ 5.579 über dem Stand des Vorjahres.

Auf der Aktivseite war die Bilanz überwiegend vom Anlagevermögen bestimmt. Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch das um T€ 2.000 höhere Eigenkapital sowie gestiegene Verbindlichkeiten geprägt.

4.4. Gesamtaussage

Insgesamt konnte die Gesellschaft durch die Umsetzung des neuen Geschäftsfeldes ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung zur Zufriedenheit der Geschäftsführung realisieren.

5. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6. Prognosebericht

Die Planung der Gesellschaft für das Jahr 2020 umfasst weitere Investitionen in Heizungsanlagen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von T€ 649.

Die diesbezügliche Finanzierung soll durch die Aufnahme weiterer Gesellschafterdarlehen erfolgen.

Die Gesellschaft geht davon aus, im Jahr 2020 ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 101 vor Ergebnisabführung zu erzielen und dieses auch mittelfristig zu halten.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr/> 26	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Lauda, Winfried	(seit 01.07.2019)
	Rausch, Werner	(bis 30.06.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	32	100	772	100	648	100	-740	-96

Bilanzsumme	32	100	772	100	648	100	-740	-96
--------------------	-----------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	81	26	3	26	4	0	0
Rückstellungen	5	16	8	1	8	1	-3	-38
Verbindlichkeiten	1	3	738	96	614	95	-737	-100

Bilanzsumme	32	100	772	100	648	100	-740	-96
--------------------	-----------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	4.189	3.777
sonstige betriebliche Erträge	2	0	0
Materialaufwand	0	3.991	3.553
Personalaufwand	4	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	10	170	194
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-12	21	23
sonstige Steuern	0	3	3
Erträge aus Verlustübernahmen	12	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	18	20
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:		0,43	0,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	-46,54	69,70	77,92	%
Cash-Flow:	-12	18	20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	201,57	0,17	0,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	80,64	3,31	3,94	%
Fremdkapitalquote:	19,36	96,69	96,06	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
behandeltes Mischwasser	0,00	15,64	16,95	Mio. m ³
Klärgas	0,00	2,50	2,20	Mio. m ³
Klärschlamm	0,00	17.425,55	18.337,27	t
Stromerzeugung	0,00	5,05	4,81	Mio. kWh

f) Lagebericht

Struktur

Alleinige Gesellschafterin der TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale). Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Situation

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH wurde im Geschäftsjahr 2019 operativ nicht tätig. Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt. Die Geschäftstätigkeit der TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschränkt sich seitdem auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Geschäftsführung nach den Gesetzen, dem Gesellschaftsvertrag und den Beschlüssen der Gesellschafterin obliegen.

Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr 2019 wegen der Einstellung des operativen Geschäfts nicht erzielt. Betriebliche Aufwendungen fielen in Höhe von TEUR 13,8 an. Das Ergebnis der TELONON Abwasserbehandlung GmbH im Jahr 2019 beläuft sich auf TEUR -11,9.

Die Liquidität der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben und ist auch künftig gesichert. Zum einen verfügt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH im Rahmen des Cash-Pools über ein ausreichendes Guthaben bei der Stadtwerke Halle GmbH, zum anderen ist die Stadtwerke Halle GmbH der TELONON Abwasserbehandlung GmbH durch den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zum Ausgleich eines eventuell entstehenden Jahresfehlbetrages verpflichtet.

Steuerung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschäftigt neben dem Geschäftsführer kein weiteres eigenes Personal.

Für das Geschäftsjahr 2019 wurde ein Wirtschaftsplan erstellt, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2019 gab es eine Veränderung in der Gesellschaft. Herr Werner Rausch wurde zum 30. Juni 2019 als Geschäftsführer abberufen. Zum 1. Juli 2019 wurde Herr Dr. Winfried Lauda zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.

Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem benennt für das Jahr 2019 keine den Bestand der TELONON Abwasserbehandlung GmbH gefährdende Risiken.

Wesentliche Chancen und Risiken sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Chancen und Risiken können sich jedoch im Zusammenhang mit einer in der Zukunft unter Umständen erfolgenden erneuten Aufnahme einer Geschäftstätigkeit ergeben.

Ausblick

Die Gesellschaft wird nach außen unternehmerisch tätig werden, sobald sich im wirtschaftlichen Umfeld der Gesellschafterin eine Gelegenheit dazu bietet. Über den zeitlichen Rahmen und die weitere geschäftliche Entwicklung lassen sich derzeit keine Aussagen treffen. Bis dahin wird durch die Verwaltungskosten ein jährlicher Fehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von TEUR 9 erwartet.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,55
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit dem Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	(vertreten durch Dr. Hakes, Markus)
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	162	158	108

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	50	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
mittelbar	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	25	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	25	100,00
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	47.372	92	50.176	96	51.777	93	-2.804	-6
Umlaufvermögen	4.032	8	2.102	4	4.021	7	1.930	92

Bilanzsumme

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	51.404	100	52.278	100	55.798	100	-874	-2

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	50.781	99	51.613	99	54.881	98	-832	-2
Rückstellungen	208	0	192	0	489	1	16	8
Verbindlichkeiten	415	1	473	1	428	1	-58	-12

Bilanzsumme

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	51.404	100	52.278	100	55.798	100	-874	-2

bb) GuV

Umsatzerlöse

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

Erträge aus Beteiligungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Ergebnis nach Steuern

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Vorabgewinnausschüttung

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.084	1.019	747
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sonstige betriebliche Erträge	0	-171	171
Materialaufwand	21	209	205
Materialaufwand	526	338	494
Personalaufwand	585	490	431
Abschreibungen	10	6	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	85	293	305
Erträge aus Beteiligungen	1.826	719	1.680
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	490
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	94	2
Ergebnis nach Steuern	1.722	555	2.051
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.722	555	2.051
Vorabgewinnausschüttung	0	0	228
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.722	555	1.823

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	158,81	54,45	274,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,51	1,09	3,87	%
Cash-Flow:	1.732	561	2.061	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	369	352	374	T€
Personalaufwandsquote:	52,94	46,36	38,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,02	0,03	0,03	%
Eigenkapitalquote:	98,79	98,73	98,36	%
Fremdkapitalquote:	1,21	1,27	1,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Stromproduktion der Windparks (eingespeist und vergütet)	252.791	231.115	243.773	MWh

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (im Folgenden „TOW“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Gesellschafter der TOW sind kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland und Österreich. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH („TOWV“) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlagen und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Seit dem 1. Januar 2017 ist der Geschäftsführer, Herr Dr. Markus Hakes, bei der TOW angestellt. Darüber hinaus sind 4 weitere Mitarbeiter sowie Aushilfskräfte bei der Gesellschaft angestellt.

II. Steuerungssystem

Ziel der TOW war es, ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland in Tochter-/Beteiligungsgesellschaften mit einer Leistung von bis zu 150 MW aufzubauen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2016 erreicht und die Investitionstätigkeit ist somit weitestgehend abgeschlossen.

Zur Steuerung der TOW wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt. Ein wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator sind die Winderträge der Beteiligungsgesellschaften.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht. Nunmehr soll die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt werden. Alle Windparkprojekte der TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG-Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, sodass das Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam.

II. Geschäftsverlauf

Da die TOW die von den Gesellschaftern gesteckten Investitionsziele erreicht hat, wurde im Jahr 2019 nicht in den Erwerb weiterer Beteiligungen investiert. Die TOW hat im Geschäftsjahr wesentlich die Beteiligungsgesellschaften an der Erreichung der jeweils gesetzten Ziele unterstützt. Der Erfolg der Beteiligungsgesellschaften ist dabei jedoch wesentlich durch den Windertrag bestimmt.

Das Geschäftsjahr 2019 zeichnet sich durch einen unterdurchschnittlichen Windertrag aus. Die Windertragsprognose (nichtfinanzieller Leistungsindikator) von 292.945 MWh für 2019 wurde mit 283.428 MWh zu 97% erreicht. Die gemittelte technische Verfügbarkeit lag bei 98%.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2019 ist zudem die Windpark Twerberg GmbH & Co. KG („WPT“) auf die Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG („TWE“) angewachsen. Hierzu hat die TOW ihren Kapitalanteil an der WPT in die TWE eingebracht. Die beiden Windparks werden fortan unter der TWE geführt, die TOW hält weiterhin 100% der Kapitalanteile an der TWE.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2019 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 1.722 (i. Vj. TEUR 555) und liegt damit TEUR 649 über dem im Rahmen der Wirtschaftsplanung erwarteten Überschuss von TEUR 1.073. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen höhere Beteiligungserträge als geplant (Ist: TEUR 1.826; Plan: TEUR 1.035), allerdings lag das EBITDA im Gegenzug TEUR -131 unter dem erwarteten Wert (TEUR 40) bei insgesamt TEUR -91. Die erhöhten Beteiligungserträge sind insbesondere auf ein im Vergleich zur Vorperiode verbessertes, wenn auch weiterhin unterdurchschnittliches Windjahr, sowie Kostenreduktionen in den Beteiligungsgesellschaften zurückzuführen, wodurch im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhte Ergebnisse erzielt werden konnten.

Insgesamt wird das Geschäftsjahr als sehr zufriedenstellend angesehen.

Vermögens- und Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -1.515 (i. Vj. TEUR 1.275) und resultiert im Wesentlichen aus einer deutlichen Zunahme von Forderungen sowie einem gleichzeitigen leichten Abbau von Verbindlichkeiten im Jahr 2019.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von TEUR 1.825 (i. Vj. TEUR 719) ergibt sich insbesondere aus den vereinnahmten Beteiligungserträgen der Betriebsgesellschaften.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt TEUR 2.795 (i. Vj. TEUR 1.594) und ist im Wesentlichen auf die Eigenkapital-Rückführungen der Windparks Eisleben, Gerdshagen/Falkenhagen II, Wendorfer Berg, und Bendorf-Oersdorf zurückzuführen. Investitionen in Windparks haben im Jahr 2019 nicht stattgefunden.

Der Cashflow der Eigenkapitalgeber beträgt TEUR -2.555 (i. Vj. TEUR -3.823) und ergibt sich aus den durchgeführten Eigenkapital-Rückführungen und Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter.

Insgesamt erhöhten sich die Finanzmittel zum 31. Dezember 2019 um TEUR 550 auf TEUR 613.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2019 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2019 bei 99% (i. Vj. 99%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken der Beteiligungsgesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind bzw. Sonne produzierten Strommengen. Denn die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering. Das Risiko aus Schäden an Windenergie- und Solaranlagen wird durch entsprechende Versicherungen gedeckt.

Die Gesellschaft hat im Zuge der aktuellen SARS-CoV-2 (Coronavirus) Pandemie Maßnahmen zur Sicherung der betrieblichen Abläufe und zum Schutz der Gesundheit der bei TOW tätigen Personen ergriffen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie lässt sich nach Einschätzung der Geschäftsführung das Ausmaß der Gesamtauswirkungen, aufgrund der aktuell sehr dynamischen Weiterentwicklung der Situation, auf die Prognose für das Jahr 2020 zum Zeitpunkt der Lageberichts-aufstellung nicht zuverlässig quantifizieren. In Abhängigkeit der weiteren Entwicklungen kann es daher zu Änderungen der im Lagebericht enthaltenen Prognose für das Geschäftsjahr 2020 kommen.

II. Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Für das Geschäftsjahr 2020 wird laut verabschiedeter Wirtschaftsplanung mit einem positiven Ergebnis (finanzieller Leistungsindikator) von TEUR 2.281 gerechnet. Mit weiterhin positiven Jahresergebnissen wird für die Geschäftsjahre 2021 bis 2024 geplant.

Die langfristige Steuerung der TOW wird anhand der Eigenkapitalrendite des eingesetzten Kapitals der Gesellschafter durchgeführt. Die Prognose bei einer 20-jährigen Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung der zukünftigen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter liegt bei ca. 7%.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftigen Winderträge, als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- Die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- Die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Krefelder Straße 203 52070 Aachen		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Hakes, Markus

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum von der Gesellschaft keine Vergütung.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	55	100	54	100	93	100	1	2

Bilanzsumme	55	100	54	100	93	100	1	2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	51	93	49	91	45	49	2	4
Rückstellungen	3	5	2	4	1	1	1	50
Verbindlichkeiten	1	2	3	5	47	50	-2	-67

Bilanzsumme	55	100	54	100	93	100	1	2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	11	9	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	8	4	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	1	1
Ergebnis nach Steuern	2	4	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	4	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	4,28	9,20	10,70	%
Cash-Flow:	2	4	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	93,15	91,51	48,56	%
Fremdkapitalquote:	6,85	8,49	51,44	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH, Aachen, (im Folgenden „TOWV“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit Sitz in Aachen. Da die TOWV als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%-ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal und es ist auch nicht geplant, eigenes Personal einzustellen.

II. Steuerungssystem

Zur Steuerung der TOWV wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen der Projektgesellschaften, bei denen die TOWV als persönlich haftende Gesellschafterin fungiert, treffen indirekt auf die TOWV zu:

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht wurde. So wird die Förderung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab 2015 in einem Pilotverfahren im Zuge von Ausschreibungen gewährt. Seit 2017 wird die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt. Die Anpassungen des EEG führen zwar zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, allerdings bleiben die Realisierung und der wirtschaftliche Betrieb von Onshore-Windparks und Solarparks auch weiterhin möglich.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf ist geprägt von der Tätigkeit als Komplementärin der TOW. Der TOWV werden nach dem Gesellschaftsvertrag sämtliche marktangemessenen Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sofern diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der TOW eine jährliche Haftungsvergütung.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2019 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 2 (i. Vj. TEUR 4) und liegt damit leicht unter den im Rahmen des in der Wirtschaftsplanung erwarteten Ergebnisses. Die Aufwendungen für die Geschäftsführung der TOW wurden komplett erstattet (TEUR 6) sowie eine Haftungsvergütung in Höhe von TEUR 5 (i. Vj. TEUR 5) gewährt, allerdings musste eine Umsatzsteuer-Forderung in Höhe von TEUR 2 wertberichtigt werden, wodurch das Ergebnis negativ beeinflusst wurde.

Vermögens- und Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 1 und resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres abzüglich des Verbindlichkeiten-Abbaus. Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen fanden im Geschäftsjahr nicht statt.

Der Cashflow der Eigenkapitalgeber beträgt TEUR 0, der Jahresüberschuss des Vorjahres wurde nicht ausgeschüttet.

Insgesamt erhöhen sich die Finanzmittel zum 31. Dezember 2019 um TEUR 1 auf TEUR 42.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2019 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2019 bei 93% (i. Vj. 92%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der TOW tätig; hieraus ergibt sich auch ihr Geschäftsrisiko.

Die Gesellschaft hat im Zuge der aktuellen SARS-CoV-2 (Coronavirus) Pandemie Maßnahmen zur Sicherung der betrieblichen Abläufe ergriffen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie lässt sich nach Einschätzung der Geschäftsführung das Ausmaß der Gesamtauswirkungen, aufgrund der aktuell sehr dynamischen Weiterentwicklung der Situation, auf die Prognose für das Jahr 2020 zum Zeitpunkt der Lageberichts aufstellung nicht zuverlässig quantifizieren. In Abhängigkeit der weiteren Entwicklungen kann es daher zu Änderungen der im Lagebericht enthaltenen Prognose für das Geschäftsjahr 2020 kommen.

II. Prognosebericht

Neben der jährlichen Vergütung erhält die Gesellschaft Erstattungen für sämtliche ihr im Zusammenhang mit der Geschäftsführung entstehenden Ausgaben und Aufwendungen. Somit ist auch für die zukünftigen Geschäftsjahre mit Jahresüberschüssen zu rechnen. Für das Jahr 2020 wird ein ähnliches Jahresergebnis (finanzieller Leistungsindikator) wie im Berichtsjahr erwartet.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TOWV werden für die zukünftigen Geschäftsjahre keine wesentlichen Änderungen erwartet.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der TOW.

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG ist die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Günther, Peter (seit 01.07.2019)
Jänicke, Burkhardt (bis 30.06.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	2	0	0	0
517	100	509	100	513	100	8	2
1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme

518	100	510	100	516	100	8	2
------------	------------	------------	------------	------------	------------	----------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
480	93	471	92	468	91	9	2
25	5	29	6	29	5	-4	-14
13	2	10	2	19	4	3	30

Bilanzsumme

518	100	510	100	516	100	8	2
------------	------------	------------	------------	------------	------------	----------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2019	2018	2017
T€	T€	T€
154	142	148
13	17	30
104	104	108
22	21	22
0	2	4
32	29	31
0	0	0
0	0	12
9	3	1
0	0	0
9	3	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,99	2,05	1,01	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,96	0,62	0,32	%
Cash-Flow:	9	4	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83	80	89	T€
Personalaufwandsquote:	12,92	13,48	12,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,01	0,32	%
Eigenkapitalquote:	92,61	92,22	90,63	%
Fremdkapitalquote:	7,39	7,78	9,37	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.878,82	3.592,18	3.750,79	Mg

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Entsorgungs- und Dienstleistungsunternehmen, welches sich auf die Erfassung von Verkaufsverpackungen aus Glas spezialisiert hat. Die Gesellschaft ergänzt das Portfolio der Sparte Wasser und Entsorgung der Konzerngruppe der Stadtwerke Halle (SWH-Gruppe). Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, welche zugleich mit 60 Prozent Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40 Prozent der Anteile an der Gesellschaft beteiligt. Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas gemäß Verpackungsgesetz in der Stadt Halle (Saale). Für die Erfassung der Glasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern und Unterflurbehältern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung und Sammlung insbesondere von Verkaufsverpackungen aus Glas im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotenzialen. Ziel ist dabei die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und weist keine Veränderungen auf. Zum 1. Juli 2019 wurde Herr Peter Günther zum Geschäftsführer bestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozent. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 Prozent deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 Prozent (deutschlandweit 0,4 Prozent).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 Prozent im Vorjahr auf 5,0 Prozent im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 Prozent (Vorjahr 7,7 Prozent) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Frühjahr 2016 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung von Verkaufsverpackungen aus Glas für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2019 ausgeschrieben. In diesem marktwirtschaftlichen Wettbewerb konnte sich die WER Halle GmbH nicht als Bestbieter für den Auftrag durchsetzen. Die Gesellschaft hat diesen Umstand frühzeitig antizipiert und sich mit den potenziellen Marktteilnehmern in Verbindung gesetzt. Mit dem Bestbieter konnte ein Subauftragnehmerverhältnis ausgehandelt werden, welches die Sammelleistung und die Vermietung des Behältersystems für den Vertragszeitraum regelt. Damit konnte die Gesellschaft ihre Leistungen weiterhin in der Stadt Halle (Saale) erbringen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal 2019 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 20. Februar 2019 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Verkaufsverpackungsmarktes bzw. der dualen Systeme konkretisieren sich auf die Übernahme sowie den Markteintritt von dualen Systemen durch Entsorgungskonzerne. So hat der Entsorgungskonzern REMONDIS versucht, das duale System – die Duales System Deutschland GmbH – zu kaufen, was jedoch durch das Kartellamt untersagt wurde. Andererseits bringt die PreZero-Gruppe ein eigenes duales System mit gleichem Namen an dem Markt. Besonderheit dabei ist, dass das Unternehmen zur Schwarz-Gruppe gehört, welche unter anderem mit seinem Handelsunternehmen Kaufland und Lidl gleichzeitig Inverkehrbringer von Verpackungen ist. Damit steigt nicht nur die Gefahr der Bevorteilung entsprechender Unternehmensorganisationen, wenn ein duales System mit einem vertikal integrierten Entsorgungsunternehmen den Marktauftritt sucht, sondern damit einhergehend eine Konzentration der Leistungsvergabe auf wenige große Entsorgungsunternehmen. Zudem wird der Druck auf kleinere und kommunale Entsorgungsunternehmen, welche sich bisher bei Leistungsvergabe behaupten konnten, steigen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz (VerpackG) beschlossen. Mit dem Jahresbeginn 2019 trat dieses Gesetz in Kraft. Der größte Handlungsbedarf nach dem Verpackungsgesetz wird bei der Fraktion Papier/Pappe/Kartonagen gesehen. Für die Fraktionen Glas und Leichtverpackungen werden die Änderungen für die Stadt Halle (Saale) unbedeutend sein. Speziell für Verpackungen aus Glas sieht die WER Halle GmbH den Handlungsbedarf in der Möglichkeit bzw. Zulässigkeit zur Einführung von Unterfluranlagen. Generell wird es künftig nur noch eine Abstimmungsvereinbarung für die drei Fraktionen des dualen Systems geben. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem seitens der Systembetreiber zugelosten Verhandlungsführer abgeschlossen wird. Für die Stadt Halle (Saale) ist dies die Duales System Deutschland GmbH. In Bezug auf die Rechtsicherheit verfolgt die Gesellschaft die Bestrebungen des Interessenverbandes kommunaler Unternehmen (VKU), welcher eine Musterabstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern herbeiführen will.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die ca. 1.347 Depotcontainer und Unterflurbehälter, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instandsetzen.

Die erfasste Glasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2019 ist mit einer Sammelleistung von 3.879 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.592 Mg um 8,0 Prozent gestiegen. Dieser Wert wird von der Gesellschaft als Bestätigung der Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in der Leistungserbringung als auch Steigerung in der Quantität angesehen. Darüber hinaus begründet sich die gestiegene Tonnage wohl auf einer intensiveren Nutzung des Sammelsystems für Verpackungen aus Glas aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion mit mehr Umweltbewusstsein. Da der Subunternehmervertrag an die Mengenentwicklung gekoppelt ist, kann eine positive Wirkung auf die Umsatzerlöse gegenüber der Planung festgestellt werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die Sammelmenge des Jahres 2019.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2019 im Stadtgebiet 319 öffentliche Standplätze und 143 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 des Verpackungsgesetzes und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Die leichte Veränderung um fünf Sammelstellen gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zudem wurden einige Standplätze umgebaut oder verlegt beziehungsweise neu errichtet, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen, um die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zu steigern.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2019 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteinheiten und ist somit gegenüber dem Vorjahreswert unverändert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Parallel zur gestiegenen Sammelleistung fallen die Umsätze im abgelaufenen Geschäftsjahr höher aus, da die vertraglichen Regelungen im Subauftragnehmervertrag für die Sammelleistung nahezu direkt mit der Sammelleistung korrespondieren. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2019 nicht betriebsnotwendige Anlagegüter vermietet. Insgesamt wurden im Jahr 2019 Umsatzerlöse von T€ 154 erwirtschaftet, welche gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung darstellen. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die übrigen betrieblichen Erträge von T€ 17 im Jahr 2018 auf T€ 13 im Jahr 2019 zurück. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Erträge haben dabei die Auflösungen von Rückstellungen. Mit der Entwicklung der Sammelmenge an Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist folglich die Steigerung des Aufwandes für die bezogenen Leistungen um T€ 1 festzustellen.

Der Personalaufwand von T€ 21 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von T€ 32 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Eine wesentliche Kostenposition stellen dabei die Aufwendungen für Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungsleistungen dar. Mit dem nahezu unveränderten Personalaufwand setzt die Gesellschaft ihr Agieren mit knappen Personalkapazitäten fort.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2018	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	142,0	154,1	12,1	8,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	17,0	12,8	-4,2	-24,7
Materialaufwand	103,7	104,5	0,8	0,8
Personalaufwand	21,4	21,6	0,2	0,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	28,7	31,7	3,0	10,5
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA¹	5,2	9,1	3,9	75,0
Abschreibungen	1,6	0,0	-1,6	-100,0
EBIT²	3,6	9,1	5,5	152,8
Zinsergebnis	-0,4	0,0	0,4	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3,2	9,1	5,9	184,4
Ertragsteuern	0,2	-0,1	0,1	-50,0
Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	3,0	9,2	6,2	206,7

¹ Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization (Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

² Earnings before interest and taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und vom Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis von T€ 9. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, auf der Grundlage von schwierigen Rahmenbedingungen seine Wirtschaftskraft unter Beweis. Insbesondere konnte das geplante Ergebnis in der relativen Analyse übertroffen werden.

4.2. Finanzlage

Aufgrund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen. Die WER Halle GmbH verfügt über einen, im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung bei der SWH-Gruppe angelegten, ausreichenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss. Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine hervorragende Eigenkapitalquote berichten.

Nettoschulden	2018	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	480,1	490,2	10,1	2,1
Nettoschulden	-480,1	-490,2	-10,1	-2,1
EBITDA	5,2	9,1	3,9	75,0
Nettoschulden/EBITDA	-92,3	-53,9	38,4	41,6

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert. Das langfristig gebundene Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der SWH-Gruppe.

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch den Jahresüberschuss verändert. Die Eigenkapitalquote liegt mit 92,6 Prozent leicht über dem Vorjahreswert.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2019 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, diese wurden aber bis zum Jahresende nicht ausgelöst.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der SWH-Gruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geldbeziehungswise Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag T€ 490 und ist als Forderung gegen verbundene Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

Liquiditätsentwicklung	2018	2019
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	6,9	10,1
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	0,0	0,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0
Zahlungswirksame Veränderungen	6,9	10,1
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	473,2	480,1
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	480,1	490,2

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über eine Konsortialfinanzierung durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Von der WER Halle GmbH wurden bis zum Bilanzstichtag keine Finanzierungsmittel abgerufen.

4.3. Vermögenslage

Von T€ 510 zum Vorjahresstichtag steigt die Bilanzsumme um T€ 8 auf T€ 518 zum 31. Dezember 2019. Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr in ihren absoluten Werten nur marginal verändert. Weiter ist auf der Aktivseite der Bilanz die Steigerung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um T€ 10 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite steigert der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital um T€ 9. Dagegen ist der Bestand an Rückstellungen mit T€ 25 gegenüber dem Bilanzstichtag 2018 auf einem um T€ 5 geminderten Niveau.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr galt es für die WER Halle GmbH vornehmlich, den Leistungsauftrag für die Sammlung von Verkaufsverpackungen aus Glas vertragskonform fortzuführen. Gleichzeitig war die Gesellschaft bestrebt, die Kundenzufriedenheit durch eine geringe Anzahl an Reklamationen auszudrücken. Der erweiterte Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind, sollte im Jahresvergleich keine erkennbaren Änderungen erfahren. Für diese dargestellten Ziele konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr ein positives Resümee ziehen und schließt deshalb ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2019 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der WER Halle GmbH insgesamt fünf Risiken ermittelt (Vorjahr: fünf). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schäden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung. Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Der Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 bis 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Die frühzeitige und detaillierte Analyse des Marktes und die konsequente Auseinandersetzung mit den kostenbeeinflussenden Faktoren in der Gesellschaft konnte die Rückgewinnung des direkten Leistungsauftrages 2020 bis 2022 in der Stadt Halle (Saale) sichern. Weitere Chancen der Gesellschaft durch ein regionales Wachstum zu einem Synergiepotenzial in der gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu kommen, wurde im Jahr 2019 nachrangig betrachtet.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2020 bis 2024 besteht darin, das Umsatzniveau zu steigern. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) mit einem wirtschaftlichen Erfolg.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von T€ 3 im Jahr 2020.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt ihre Position als Dienstleistungsunternehmen für die Erfassung von Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) nicht nur im Status Quo beizubehalten, sondern nachhaltig auszubauen und zu sichern. Mit der direkten Beauftragung der dualen Systeme für die kommenden drei Jahre hat sich die Gesellschaft den Geschäftsinhalt vornehmlich gesichert, denn die wettbewerbliche Marktvergabe konnte erfolgreich gestaltet werden. Über den Zeitraum ab dem Jahr 2023 entscheidet eine erneute Ausschreibung der Leistungen im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2022. Hierbei plant die WER Halle GmbH die erfolgreiche Fortsetzung der Direktbeauftragung mit dem dualen System. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 19. November 2019 dem Wirtschaftsplan 2020 und der Vorschau 2021 bis 2024 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2020 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von T€ 5. Überzeugt leitet die Gesellschaft nach dem Zwischenschritt der Subbeauftragung ihre strategische Ausrichtung aus der Rückgewinnung der Leistungsaufträge gegenüber den dualen Systemen ab und verbindet damit die erfolgreiche Durchsetzung im Markt.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kloß, Romy Kuschnik, Jens
--------------------------	------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	213	18	221	20	232	27	-8	-4
Umlaufvermögen	945	82	892	80	620	73	53	6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	0	0	0

Bilanzsumme

	1.158	100	1.113	100	853	100	45	4

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	225	19	225	20	225	26	0	0
Rückstellungen	322	28	219	20	225	26	103	47
Verbindlichkeiten	611	53	669	60	403	48	-58	-9

Bilanzsumme

	1.158	100	1.113	100	853	100	45	4

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.657	4.441	3.897
sonstige betriebliche Erträge	57	46	43
Materialaufwand	1.561	1.524	1.277
Personalaufwand	2.281	2.134	1.944
Abschreibungen	85	83	73
sonstige betriebliche Aufwendungen	433	376	399
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	354	368	246
sonstige Steuern	8	8	6
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	346	360	240
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,44	8,11	6,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	154,19	160,31	106,63	%
Cash-Flow:	431	443	313	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	86	80	T€
Personalaufwandsquote:	48,38	47,57	49,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	18,00	19,74	27,23	%
Eigenkapitalquote:	19,39	20,19	26,34	%
Fremdkapitalquote:	80,61	79,81	73,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	1.501	1.263	1.556	Anzahl
Jahrestichtagsablesungen	17.113	11.400	12.153	Anzahl
operativer Zählerwechsel	618	796	620	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	5.448	5.209	2.630	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

1.1.2. Geschäftsfelder

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

4.2.2. Investitionen

4.2.3. Liquidität

4.3. Vermögenslage

4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

6.2. Investitionen

6.3. Finanzierung

6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser
Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Angebot Dienstleistungen Prüfstelle; Installationen an Trinkwasseranlagen
- Sammelkanal
Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle; Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen
- Haustechnik (Fernwärme)
Betriebsführung/Wartung/Instandhaltung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen
- Tief- und Rohrleitungsbau
Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen, Trinkwasserhausanschlüssen; Erbringung von Tiefbau- und Reparaturleistungen im Trink- und Abwasserbereich
- Gas/Strom
spartenübergreifendes Zählermanagement; Wechsel von Gas- und Stromzählern sowie Messeinrichtungen

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W + H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Versorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W + H wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen innerhalb der Stadtwerkegruppe sowie auf dem freien Markt tätig sein und sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Perspektivisch sollen vorrangig Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle (SWH)-Gruppe erbracht werden. Dafür werden neue interne Geschäftsfelder erschlossen bzw. vorhandene Geschäftsfelder weiter ausgebaut sowie die Entwicklungen und Innovationen des Marktes genutzt. Grundlage dafür ist der Erhalt und weitere Ausbau der Inhouse-Fähigkeit des Unternehmens.

Die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W + H weiter erhalten bleibt, personelle Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden und die Ausrichtung auf kundenorientierte Serviceprozesse weiter verbessert wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet wird die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet des spartenübergreifenden Zählermanagements, im Tiefbau-, Sanierungs- und Reparaturbereich sowie bei internen Energiedienstleistungen.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W + H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahresverlauf haben sich keine Veränderungen in der Gesellschaft ergeben.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seitdem ab 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auftragsituation gestaltete sich seit Beginn des Jahres 2019 positiv. Durch den Abschluss des neuen Vertrages zum Wasserzählermanagement mit der HWS zum 1. Januar 2019 und dem damit einhergehenden Einbau moderner Funkwasserzähler konnten die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser weiter gesteigert werden.

In der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau war ebenfalls seit Anfang des Jahres eine sehr gute Auftragslage zu verzeichnen. Durch die HWS wurden, neben der Errichtung von Hausanschlüssen, auch Auswechslungen von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen im Stadtgebiet beauftragt. Weiterhin konnte die W + H im Abwasserbereich durch die Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle sowie die Sanierung von Abwasserschächten zusätzliche Umsatzerlöse generieren und ihre Leistungen gegenüber 2018 weiter erhöhen. Die Anzahl der gewechselten Schachtabdeckungen wurde von 121 Stück im Jahr 2018 auf 171 Stück im Jahr 2019 erhöht. Die Anzahl der sanierten Schächte stieg von 26 Stück auf 46 Stück.

Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge (u. a. Installationsarbeiten im I-Gang, Betonsanierungsarbeiten im Sammelkanal sowie die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH -Gruppe) wurden die geplanten Umsatzerlöse in der Sparte Sammelkanal überschritten.

Das Geschäftsfeld „Stromzählerwechsel“ wurde ebenfalls weiter ausgebaut. 2019 wurden im Auftrag der EVH 3.603 Stromzähler durch die W + H gewechselt.

Lediglich in der Sparte Haustechnik/Fernwärme konnten die geplanten Umsatzerlöse nicht erreicht werden. Hier ist eine rückläufige Tendenz der Auftragsituation zu verzeichnen.

Insgesamt konnten die für das Gesamtunternehmen geplanten Umsatzerlöse erreicht bzw. übererfüllt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Ansiedlungspolitik hat sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W + H ausgewirkt.

Durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere für verbundene Unternehmen konnte das Unternehmen weiterentwickelt werden.

Bedingt durch die am Markt immer knapper werdenden Kapazitäten u. a. im Tief- und Rohrleitungsbau und bei den Elektrodienstleistungen wurde ein weiterer Ausbau dieser Leistungen in der W + H vorgenommen. Mit der Beauftragung von Sanierungsleistungen für den Abwasserbereich der HWS und der Beauftragung des Stromzählerwechsels durch die EVH wurden neue Geschäftsfelder in der W + H etabliert.

(Eine Übersicht der Geschäftstätigkeit 2019 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage zum Lagebericht dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklung auf die Geschäftsfelder der W + H waren nicht zu verzeichnen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W + H ist der zum 1. Januar 2019 neu abgeschlossene Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H über die komplette Wasserzählerbewirtschaftung unter Berücksichtigung des flächendeckenden Einbaues von Funkwasserzählern einschließlich der Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS.

Für die Bewirtschaftung der Sammelkanäle wurde mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Januar 2015 eine neue Vereinbarung mit einem erweiterten Leistungsumfang und einer Erhöhung der Leistungspauschale für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 abgeschlossen.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H zur Verlegung von Trinkwasserhausanschlüssen bzw. zur Beseitigung von Störungen an Trinkwasserleitungen im Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 31. Dezember 2019 neu abgeschlossen.

Die Tätigkeiten in der Abwassersparte konnten in 2019 weiter ausgebaut werden. Zukünftige Erweiterungen des Tätigkeitsfeldes (u. a. die Sanierung von Kanälen) sind geplant.

Seit 2018 wurde die W + H mittels Rahmenvertrag (Laufzeit bis 31. Dezember 2019) von der EVH mit dem Wechsel von Stromzählern beauftragt. Auch dieses Geschäftsfeld soll zukünftig ausgebaut werden.

Auf der Grundlage eines Rahmenvertrages mit der EVH zur Übernahme von Dienstleistungen für Heizungsanlagen in städtischen Objekten (Projekt: „Warmes Gebäude“) werden seit 2019 Wartungen und Störungsbeseitigungen an den Fernwärmeanlagen und den Gas- und Ölkesselanlagen städtischer Immobilien vorgenommen. Zukünftig ist hier bei Bedarf auch eine Erneuerung der Anlagen vorgesehen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W + H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt 2019 waren im Unternehmen 58 Mitarbeiter (Vorjahr 55 Mitarbeiter), davon 3 Auszubildende (Vorjahr 3 Auszubildende) beschäftigt.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte in der Personalarbeit 2019 bestand in der Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur des Personalbestandes. Hier wurden im Rahmen der Nachfolgeplanung freiwerdende Stellen nachbesetzt bzw. Mitarbeiter zur Einarbeitung für demnächst freiwerdende Stellen bzw. den Ausbau von Geschäftsfeldern (u. a. Stromzählerwechsel und Sanierungsarbeiten im Abwasserbereich) eingestellt.

Für die Gewinnung von Fachkräften setzt die W + H auch auf die Ausbildung und Qualifikation eigener Mitarbeiter. So waren zum Jahresende 2019 drei Auszubildende bei der W + H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Sanitär-, Klima- und Heizungstechniker und Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal für den Einsatz in den neuen Geschäftsfeldern (Stromzählerwechsel und Sanierungsleistungen in der Abwassersparte) konnte aber auch durch Einstellung externer Mitarbeiter gewonnen werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

in TEUR	2019	2018
Tief- und Rohrleitungsbau	1.019,0	937,0
Wasser	1.449,9	1.146,0
Sammelkanal	755,5	795,4
Haustechnik	1.301,5	1.503,3
Gas/Strom	96,4	46,5
Schrotterlöse	33,3	11,8
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	1,4	1,1
Summe Umsatzerlöse	4.657,0	4.441,1

Die Umsatzerlöse der W + H haben sich gegenüber dem Vorjahr um 215,9 TEUR (+4,9 %) erhöht.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau wurden in Höhe von 1.019,0 TEUR realisiert. Diese Umsatzerlöse liegen mit 82,0 TEUR (+8,7 %) über dem Vorjahreswert. Auch 2019 zeichnet sich hier durch die Erweiterung des Leistungsspektrums um Tätigkeiten im Abwasserbereich (u. a. der Auswechslung von Schachtabdeckungen und Schachtsanierungen) sowie durch die gute Auftragslage für die Realisierung von Reparaturen an Trinkwasserleitungen und dem Bau von Trinkwasserversorgungsleitungen in der Stadt Halle eine verbesserte Ertragslage ab.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen mit 303,9 TEUR (+26,5 %) über dem Vorjahreswert. Die Mehrerlöse resultieren u. a. aus der Realisierung einer umfassenden Stichtagsablesung von Wasserzählern in den Monaten November und Dezember sowie dem turnusmäßigen Wechsel des Zählerbestandes der HWS auf Funkzähler (smart metering). Im Jahr 2019 wurden insgesamt 5.760 smarte Wasserzähler durch das Team Wasser der W + H eingebaut.

In der Sparte Sammelkanal wurden insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 755,5 TEUR erwirtschaftet. Zum Vorjahr stellt das einen geringfügigen Rückgang um 39,9 TEUR (-5,0 %) dar. Die Erlöse aus der Bewirtschaftung von Sammelkanäle ist zum Vorjahr gestiegen, jedoch die Zusatzleistungen aus dem Sammelkanal Bau konnten nicht in der Höhe von 2018 erbracht werden.

Die Sparte Haustechnik (Fernwärme) weist gegenüber dem Vorjahr um 201,8 TEUR (-13,4 %) geringere Umsatzerlöse aus, der Auftragsstand ist rückläufig. 2019 wurden im Fernwärmeservice 647 Stück Hausanschlussstationen bewirtschaftet (Vorjahr 661 Stück).

Die Umsatzerlöse für den Wechsel von Gaszählern für die EVH entfallen auch 2019 vollständig. Durch den Aufbau des Geschäftsfeldes zum Wechsel von Stromzählern liegen die Umsatzerlöse in der Sparte Gas/Strom zum Vorjahr mit 49,9 TEUR (+107,3 %) über dem Vorjahreswert. 2019 wurden 3.603 Stromzähler gewechselt, das sind 1.866 mehr als 2018.

An sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 57,0 TEUR erzielt, sie liegen mit 11,0 TEUR (+24,0 %) über dem Vorjahreswert. Die Steigerung ist durch ungeplante Versicherungserträge in Höhe von 28,3 TEUR begründet. Neben Versicherungserträgen enthält diese Position hauptsächlich Erträge aus geldwerter Vorteil durch die private Fahrzeugnutzung der Mitarbeiter, Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt mit +55,2 TEUR (+4,8 %) über dem Vorjahresniveau. Der Mehrverbrauch beim Material steht hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Einkauf der teureren Funkzähler in der Sparte Wasser. Durch die Weiterberechnung der Funkzähler werden jedoch entsprechend höhere Umsatzerlöse generiert.

Der Aufwand für bezogene Leistungen wurde zu 2018 um 18,4 TEUR (-4,9 %) unterschritten. So wurden u. a. für die Sparte Haustechnik 2019 keine Gutachten in Auftrag gegeben (Vorjahr 34,3 TEUR).

Der Personalaufwand stieg im Wirtschaftsjahr auf 2.280,6 TEUR und liegt damit um 146,2 TEUR (+6,8 %) über dem Vorjahr. Wesentliche Ursache dafür sind der höhere Personalstand und die Zuführung von Rückstellungen.

Die Abschreibungen liegen mit 2,3 TEUR (+2,8 %) geringfügig über dem Vorjahreswert. Ursache hierfür ist der notwendige Austausch der PC-Technik für die Umstellung auf Windows 10.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 56,2 TEUR über dem Vorjahresniveau (+14,9 %). Die zusätzlichen Aufwendungen, insbesondere für Leasinggebühren resultieren maßgeblich aus dem Leasing eines neuen LKW für die Sparte Abwasser.

Das Finanzergebnis verbessert sich zum Vorjahr um 1,3 TEUR (>100,0 %) durch Erträge aus der Abzinsung von langfristigen Personalrückstellungen.

Das Ergebnis nach Steuern liegt mit -13,4 TEUR (-3,6 %) unter dem Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst. Die Erhöhung der sonstigen Rückstellungen (insbesondere der Sozialplanrückstellungen) gegenüber dem Vorjahr auf 322,6 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen die Ursache für den Anstieg der Bilanzsumme. Somit verringert sich die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen um 0,8 Prozentpunkte auf 19,4 % (Vorjahr 20,2 %).

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 77,2 TEUR realisiert. Das entspricht einer Planüberschreitung von 7,2 TEUR. Neben der Ersatzbeschaffung eines VW Caddy Kastenwagen und eines Minibaggers mussten die vorhandenen PCs durch neue Rechner im Rahmen der Umstellung auf Windows 10 ersetzt werden.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der W + H und den Stadtwerken 2001 eine Cash Pool-Vereinbarung abgeschlossen. Diese wurde zum 1. März 2013 ergänzt. Darin vereinbaren die Vertragspartner einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 250 TEUR. Um die Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr zu sichern, wurde der interne Kreditrahmen mehrmals kurzfristig in Anspruch genommen.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 45,8 TEUR (4,1 %) auf 1.158,4 TEUR. Im Wesentlichen ist der Anstieg der Bilanzsumme auf die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (793,7 TEUR; Vorjahr 676,5 TEUR) und den erhöhten Stand an Lagermaterial (+18,3 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft der Anstieg der Bilanzsumme im Wesentlichen die Erhöhung der sonstigen Rückstellungen (Sozialplanrückstellungen).

4.4. Gesamtaussage

Durch die positive Entwicklung der Auftragslage im Jahresverlauf 2019 konnten die geplanten Umsatzerlöse des Unternehmens von 4.135,8 TEUR insgesamt erreicht und darüber hinaus zusätzliche Erlöse von 521,2 TEUR generiert werden. Die Planerfüllung konnte bis auf die Sparte Haustechnik in allen anderen Sparten erreicht werden. Die in der Sparte Haustechnik fehlenden Umsatzerlöse wurden durch Leistungen in den Sparten Wasser und Tief- und Rohrleitungsbau vollständig kompensiert.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Bestehende Leistungen wurden ausgebaut und neue Aufgabengebiete konnten erschlossen werden. So ist es beispielsweise vorgesehen, die Sanierungsleistungen für die Abwassersparte der HWS und den Wechsel von Stromzählern für die EVH zukünftig weiter auszubauen.

Somit stellt sich das Unternehmen den neuen Herausforderungen und Entwicklungen innerhalb der Stadtwerkegruppe.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 346,3 TEUR wird die anhaltende gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der W + H insgesamt 3 Risiken ermittelt (Vorjahr 5). In der nachfolgenden Tabelle sind aus der Riskmap 2020-2024 die bestehenden Risiken eingetragen. Risiken der Gruppen 1 und 2 bestehen bei der W + H für das Jahr 2019 nicht.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	1	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	1	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	1	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
Gesamt	3	0	0

6. Prognosebericht

Die W + H erstellt den Wirtschaftsplan 2020 sowie die Vorschau für die Jahre 2021 bis 2024 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2019, die für den Zeitraum bis 2024 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, die Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Sanierungs- und Reparaturarbeiten in der Abwassersparte. Weiterhin werden die Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH, die Aufträge zum Gas- und Stromzählerwechsel sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre berücksichtigt.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W + H, wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Es ist vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder zukünftig weiter zu entwickeln und auszubauen. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt:

1. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau um Tätigkeiten im Abwasserbereich (z. B. Auswechslung von Schachtabdeckungen, Sanierung von Abwasserschächten und die händische Sanierung von Abwassergroßprofilen) sowie ein weiterer Ausbau im Tätigkeitsbereich der Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen
2. Weiterer Ausbau des Geschäftsfeldes „Spartenübergreifendes Zählermanagement“ im Tätigkeitsbereich Wechsel von Zähl- und Messeinrichtungen (Wasserzähler, Garten- und Brauchwasserzähler; Gaszähler und Stromzähler sowie im Tätigkeitsbereich Ablesung und Heizkostenabrechnung)
3. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Sammelkanäle (z. B. Betonsanierungsarbeiten).
4. Weiterer Ausbau der Aktivitäten im Bereich Energie- und Elektrodienstleistung
5. Ausbau und Spezialisierung der Leistungen im HAST-Bau in der Sparte Haustechnik sowie Übernahme von Dienstleistungen für Heizungsanlagen in städtischen Objekten (Projekt: „Warmes Gebäude“).
6. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Wasser (Angebot zusätzlicher Dienstleistungen der Wasserzählerprüfstelle; Umsetzung neuer Technologien im Rahmen des smart meterings)
7. Optimierung des Personaleinsatzes durch eine nachhaltige Personalentwicklung, die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die Anpassung der Personalressourcen im Rahmen einer positiven Entwicklung der Geschäftsfelder sowie eine fristgerechte Nachfolgeplanung.

6.2. Investitionen

Für die W + H sind im Wirtschaftsjahr 2020 sowie in den Folgejahren jeweils 70 TEUR im Investitionsplan angesetzt. Das entspricht dem durchschnittlichen Niveau der letzten Jahre. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind der Kauf von mobiler Technik und sonstiger Ausrüstungen, um die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der Geschäftsabläufe zu gewährleisten.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL 2020	WIPL 2021	WIPL 2022	WIPL 2023	WIPL 2024
W+H	238,8	257,4	248,4	173,50	247,3

Der Wirtschaftsplan 2020 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 238,8 TEUR aus. Das entspricht einer Umsatzrentabilität von 5,1 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2024 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2020 bis 2024 detailliert untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum bis 2024 wird, mit Abweichung des Jahres 2023, ein gleichbleibendes Ergebnis erwartet. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt.

Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen um die Tarif-entwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie Erhöhungen konzerninterner Umlagen auszugleichen. Ziel ist es weiterhin, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH-Gruppe anzubieten.

Das für 2019 geplante Jahresergebnis von 180,0 TEUR wurde um 166,3 TEUR übererfüllt, und das erwirtschaftete Ergebnis in Höhe von 346,3 TEUR wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit

		2019	2018	2017	2016	2015
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.957	27.834	27.860	27.745	27.782
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	5.448	5.209	2.630	4.290	4.200
operativer Zählerwechsel	Stück	618	796	620	640	660
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	0	0	26	29	96
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	141	141	133	135	139
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	1.501	1.263	1.556	1.510	4.230
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	190	206	176	102	113
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	210	400	50	150	
Warenannahmeprüfung von Wasserzählern	Stück	490	333	387	781	
Jahresstichtagsablesung November/Dezember für die HWS	Stück	17.113	11.400	12.153	12.327	9.862
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasser- entgeltminderung der HWS	Stück	9.935	9.217	8.326	8.326	8.071
Fernwärmeservice Neubau	Stück	28	24	37	6	9
Fernwärmeservice Übergabestellen/Primär- leitung	Stück	18	22	14	15	
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	647	661	648	692	669
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	69	101	97	91	92
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	0	0	1.950	1.560	3.900
Stromzählerwechsel für die EVH	Stück	3.603	1.737			
Schachtsanierung	Stück	46	26			
Schachtdeckel	Stück	171	121			

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg	14	1,40
Gemeinde Petersberg	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Der regionale Flugplatz (Verkehrslandeplatz) dient der lokalen Wirtschaft, indem er zur Erschließung der Region beiträgt. Am Flugplatz sind neben Unternehmen für Flugdienste und -services unter anderem auch eine Station der DRF Luftrettung ansässig. Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Bolschwig, Steven	(seit 01.01.2019 bis 30.09.2019)
		Brüning, Reinhard	(seit 01.10.2019)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Rebenstorf, René	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Walther, Jutta	
		Bernstiel, Christoph	(bis 03.07.2019)
		Däumler, Lutz	
		Gernhardt, Dirk	(bis 03.07.2019)
		Hambacher, Kurt	
		Kupski, Christian Leipnitz, Ulli	

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Aufsichtsrat:

Müller, Peter

Schaaf, Mario

Schied, Thomas

(seit 03.07.2019)

(seit 03.07.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Berichtszeitraum keine Vergütungen gewährt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.721	87	1.807	90	1.833	90	-86	-5
Umlaufvermögen	251	13	199	10	214	10	52	26
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	2	0	0	0	1	50

Bilanzsumme	1.975	100	2.008	100	2.047	100	-33	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.527	77	1.472	73	1.427	70	55	4
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	113	6	123	6	134	7	-10	-8
Rückstellungen	18	1	20	1	28	1	-2	-10
Verbindlichkeiten	226	11	316	16	388	19	-90	-28
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	1	0	1	0	1	100
Passive latente Steuern	89	5	76	4	69	3	13	17

Bilanzsumme	1.975	100	2.008	100	2.047	100	-33	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	739	741	698
andere aktivierte Eigenleistungen	0	1	0
sonstige betriebliche Erträge	21	14	16
Personalaufwand	330	329	299
Abschreibungen	97	95	88
sonstige betriebliche Aufwendungen	244	256	211
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	7	9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	24	17	4
Ergebnis nach Steuern	61	52	103
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	55	46	97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,43	6,15	13,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,73	3,19	7,27	%
Cash-Flow:	152	140	185	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	84	76	89	T€
Personalaufwandsquote:	43,41	43,49	41,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,16	90,01	89,56	%
Eigenkapitalquote:	77,35	73,33	69,72	%
Fremdkapitalquote:	22,65	26,67	30,28	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Flugbewegungen	29.452,00	27.190,00	28.660,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,84	4,85	4,47	EUR
Kraftstoffverkauf	269.976,00	258.094,00	272.365,00	Liter

f) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann für das Geschäftsjahr 2019 einen positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Es konnte ein positives Betriebsergebnis von 55 T€ und damit ca.10 T€ mehr Gewinn gegenüber dem Vorjahr erreicht werden.

Die positive Entwicklung der Flugbewegungszahlungen im Vergleich zum Vorjahr spiegelt die vorhandene Stabilität und zunehmende Attraktivität unseres Verkehrslandeplatzes wieder, die im Wesentlichen durch den Rettungsflug, die Flugschulen mit der praktischen Ausbildung von Privatpiloten und sonstigen gewerblichen Flügen geprägt ist. Aber auch die vorhandene Möglichkeit der Wartung und Instandhaltung von Flugzeugen und Hubschraubern bietet den Kunden eine gewisse Sicherheit und ist für den Flugplatz ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Der Trend zur schnellen Erreichbarkeit entfernter Ziele hält unvermindert an und zeigt sich u.a. auch in der Zunahme des Werkverkehrs.

Die von ansässigen Firmen geplanten Erweiterungen ihrer Standorte bestätigen die anhaltende Stabilität im Bereich der allgemeinen Luftfahrt. Darüber hinaus verstärken sich die Anfragen zum Mieten von Hangars bis hin zu Angeboten von möglichen Investoren selbst Hangars zu bauen.

Mit 29.452 Flugbewegungen konnten die Vorjahreszahlen – VJ 27.191 – übertroffen werden.

Auf Grund der Struktur der Flugbewegungen hatte das nur bedingt einen positiven Einfluss auf die Erlöse – Jahr 2019 131.540,- €, VJ 131.800,- € -- aber deutlich mehr auf die abrechenbaren Punkte an das LVWA zur Bezuschussung der Luftaufsicht.

Die Kraftstoffverkauf hat sich mit insgesamt 110.000 Liter mehr gegenüber dem Vorjahr entwickelt. Demensprechend konnten ca. 10.000,- € mehr – 2018 56.000,- €, 2019 65.770,- € -- Erlöst werden. Der Zuwachs lag vor allem bei Jet DRF und Super Plus. Das neue Super Plus Angebot wurde gut angenommen.

Der eigentlich in 2018 geplante Tankstellenumbau konnte erst im August 2019 von TOTAL fertiggestellt werden. In den ersten Monaten gab es noch erhebliche Probleme bei der Betankung und der Funktionssicherheit der Tankstellensoftware. Erst ab November 2019 konnte durch eine konsequente Abarbeitung der offenen Mängel gemeinsam mit TOTAL ein weitestgehender stabiler Betrieb zum Jahresende erreicht werden.

Weiterhin wurde im August die neue Flugplatzsoftware „Airfield“ als Ersatz für „FP Info“ in Betrieb genommen. Das wurde notwendig um die Kompatibilität mit Windows 10 und die Schnittstellentauglichkeit mit der neuen Tankstellensoftware „Hektronik“ sicher zu stellen.

Durch einen intensiven Abgleich- und Anpassungsprozess konnte zum Ende des GJ eine grundsätzliche Nutzbarkeit entsprechend den Erfordernissen hergestellt werden.

An der Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit wird weitergearbeitet.

Neu wurde die Bezahlung von Landungen und deren vorherige Anmeldung per App in Zusammenarbeit mit der Firma Aero PS etabliert. Eine Erweiterung dieser Bezahlungsmöglichkeit auf zum Beispiel Betankung wird zusammen mit dem Anbieter angestrebt.

Entsprechend den Auflagen aus der jährlichen Überprüfung durch das Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde wurde eine komplette Erneuerung der Fahrbahnmarkierungen auf dem gesamten Flugplatzgelände notwendig. Diese konnte entsprechend der neusten geltenden luftrechtlichen Vorschriften im Oktober 2019 mit sehr geringen Auswirkungen auf den Flugbetrieb realisiert werden.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen ist nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor für beide Seiten. Die Mitarbeiter der Flugplatzgesellschaft (FPG) konnten durch eine Vielzahl von Reparatur- und Serviceleistungen zum stabilen Betrieb der ansässigen Betriebe, Flugschulen und zur Zufriedenheit der Mieter beitragen.

Zuverlässigkeit steht dabei besonders im Focus, vor allem für die Firmen, die planen ihre Standorte am Flugplatz Halle/Oppin weiter auszubauen.

Die seit längeren laufenden Verhandlungen mit den Firmen MCO/Air Lloyd und der ADAC Luftfahrt Technik GmbH wurden im Laufe des Jahres fortgeführt und konkretisiert.

Die Planungsarbeiten der Firma MCO/Air Lloyd sind auf dem Stand wie 2018.

Eine entsprechend positiv beschiedene Bauvoranfrage durch das zuständige Bauamt liegt vor. Der Versuch einer weiteren Abstimmung Mitte 2019 gemeinsam mit dem Flugsportverein zum endgültigen Standort des Bauvorhabens hat noch nicht zum Erfolg geführt.

In Abstimmung mit den Gesellschaftern wurde der Pachtvertrag mit dem Flugsportverein im Juni 2019 fristgerecht zum 30.06.2020 gekündigt um eine stillschweigende Verlängerung (5Jahre) zu vermeiden, die das Ankaufsrecht der MCO (gültig bis 31.12.2020) tangiert hätte.

Ein erneuter, aktualisierter Vorschlag zum Standort durch den jetzigen GF FPG wurde von dem FSV im Oktober 2019 befürwortet und liegt der Firma MCO/Air Lloyd zur weiteren Abstimmung vor.

Mit der ADAC Luftfahrt Technik konnten die Verhandlungen zum Grundstückskaufvertrag, auf Grund von Umstrukturierungen innerhalb des ADAC noch nicht endgültig abgeschlossen werden, jedoch liegt der Vertragsentwurf beiden Parteien zur Prüfung vor. Nach aktueller Rücksprache mit der ADAC Technik sollte der Abschluss des Kaufvertrages im Jahr 2020 nun erfolgen können.

Das Jahr 2019 war erneut sehr stark von Personalveränderungen geprägt. Zwei Flugleiter haben die Firma verlassen. Der eine durch Eigenkündigung der andere durch Nichtübernahme in der Probezeit. Hier konnte kurzfristig ein qualifizierter FL / BFL für Eintritt ab 01.01.2020 gewonnen werden.

Nach Beginn seiner Tätigkeit als neuer Geschäftsführer ab 01.01.2019 hat dieser bereits im März seine Kündigung zum 30.09.2019 eingereicht, die dann von der Gesellschafterversammlung bestätigt wurde. Der neue jetzige Geschäftsführer wurde im August durch die Gesellschafterversammlung berufen und nahm seine Tätigkeit am 01.10.2019 auf. Eine direkte Übergabe oder Einarbeitung konnte nicht stattfinden.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Das Jahr 2019 hat betriebswirtschaftlich betrachtet gut begonnen. Auf Basis gleicher Kosten gegenüber Vorjahr konnten mehr Erlöse insbesondere bei Provisionen und Landeentgelten erzielt werden. Die liquide Situation kann das ganze Jahr über als insgesamt stabil eingeschätzt werden.

Die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien sind nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle und gleichen vorhandene Defizite aus dem fliegerischen Bereich zum Teil aus. Lang- und mittelfristige Verträge im Bereich der privaten (steuerfreien) und gewerblichen Vermietung sichern eine gewisse Stabilität der entsprechenden Erlöse.

Im Wohnblock beträgt der Leerstand zum 31.12.2019 15% - das sind 6 Wohnungen. Von diesen 6 Wohnungen müssen 4 überholt und instandgesetzt werden. Da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nach wie vor gegeben ist muss dieser Fakt genutzt werden um den vorhandenen Standortnachteil und die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen. 4 Wohnungen wurden nach Leerstand wieder neu vermietet.

Die Vermietung im Bereich der Flugzeugabstellhallen verläuft kontinuierlich. Alle vorhandenen Stellplätze waren das ganze Jahr 2019 über dauerhaft vermietet. Das Interesse an Stellplätzen hat stark zugenommen. Zum Ende des Jahres lagen 6 Neuanmeldungen vor und drei mögliche Investoren für Landkauf zum Hangar-Neubau.

Der Winter 2018/2019 kann wieder als recht mild eingestuft werden. Auch der Betrieb des neuen Heizkessels führte zu einer Einsparung von Heizkosten. Durch eine Anpassung der Vorauszahlungen der Nebenkosten ab April 2019 konnten Rückzahlungen zum Jahresende in den Größenordnungen der vorhergehenden Jahre vermieden werden. Insgesamt wurden Betriebskostenvorauszahlungen für 2019 in Höhe von rund 11.000 T€ (Jahr 2018 24.800 T€) zurückerstattet.

Auf der Basis des vom Landesverwaltungsamt vorgegebenen Bewertungssystems der Flugbewegungen erfolgt die Zahlung des Zuschusses für die Kosten des Luftaufsichtspersonals.

Um den maximal möglichen Zuschuss zu erlangen müssen im Abrechnungszeitraum vom 01.10. bis 30.09. des laufenden Jahres min. 30.000 Punkte erzielt werden.

Im Zeitraum 01.10.2018 bis 30.09.2019 wurden 33544 Punkte erreicht und somit sind rund 53 T€ Personalkostenzuschuss geflossen.

Für die Erneuerung der Fahrbahnmarkierung wurden zusätzlich Zuschüsse beim Landesverwaltungsamt beantragt und in Höhe von 8.776 € gewährt. Hinzu kommt ein Sachkostenzuschuss für die Ausstattung der Luftaufsicht von ca. 350 €.

Die Tilgung der noch vorhandenen drei Darlehen bei der Saalesparkasse erfolgte weiter kontinuierlich.

Das vom Gesellschafter „Landkreis Saalekreis“ im Jahr 2013 gewährte Darlehen in Höhe von 100 T€ weist zum Jahresende 2019 noch eine Restschuld von rund 20.000 T€ aus. Neben den monatlichen Tilgungen erfolgte auch die jährlich vereinbarte Sondertilgung in Höhe von 6 T€.

Die ab 2020 verbleibende monatliche Annuität aller Darlehen beträgt rund 5,8 T€ und reduziert sich im Verlauf des Jahres 2020 auf rund 1,5 T€ und im Jahr 2021 auf 1.2 T€.

Die Gesellschaft war im GJ 2019 jederzeit in der Lage alle laufenden Verbindlichkeiten aus liquiden Mitteln (GJ 2019 134 T€) zu begleichen.

Dennoch muss weiterhin alles getan werden um vor allem die Umsatzerlöse stabil zu halten bzw. zu steigern. Sparsamkeit in der täglichen Arbeit sollte weiterhin selbstverständlich sein um die Entwicklung der Gesellschaft weiter voran zu treiben.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die Vermietung der am Flugplatz vorhandenen 35 Hangar-Plätze verlief im Jahr 2019 konstant.

Die Entwicklung des Bedarfs an Flugzeugabstellplätzen ist zu beachten um rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, die eine Bindung potentieller Kunden an den Flugplatz ermöglichen.

Eine Abweisung von Kunden, mangels vorhandener Abstellmöglichkeiten, bedeutet neben dem Verlust von Abstellentgelten auch immer den Verlust von Folgeentgelten für Landungen und Provision Kraftstoffverkauf.

Mit mittlerweile über 6 Neuanmeldungen und weiteren Interessenten macht sich ein entsprechender Bau eines neuen Hangars zur weiteren Entwicklung des Flugplatzes immer notwendiger.

Da am Flughafen Leipzig die Bedingungen für Kleinflieger immer schwieriger werden entstehen weitere Chancen für Bedarfe an Abstellmöglichkeiten und damit für die Entwicklung der Flugbewegungen an unserem Verkehrslandeplatz.

Die Personalsituation in der Gaststätte „Schnitzel-Tower“ ist, wie bereits im Vorjahr, weiter angespannt. Montags ist weiterhin Ruhetag und neu sonntags ab 16.00 Uhr geschlossen.

Bei einer Verbesserung der personellen Situation besteht der Wille die Öffnungszeiten wieder zu erweitern.

Die Firma Biofrucht Senst hat ihr bereits 2018 bekundetes Interesse zum Kauf eines Grundstücks nach zeitweiliger Rückstellung im November 2019 erneuert. Auf Basis des bereits vorliegenden Entwurfs eines Kaufvertrages ist in Abstimmung mit den Gesellschaftern der Verkauf in 2020 in Vorbereitung.

Die Firmen MCO/Air Lloyd und Aerotechnics GmbH (ehemals Helitec) können im Jahr 2020 ihre Planungen weiter konkretisieren und die notwendigen Verhandlungen zum Grundstückskauf fortführen und müssen auch auf Grund der Vertragslage zu einem weiterführenden Ergebnis gebracht werden.

Alle Voraussetzungen für die geplante Neuinvestition durch ADAC-LT sind von Seiten der FPG gegeben und vorbereitet worden. Ein entsprechender Kaufvertragsentwurf liegt beiden Parteien zur Prüfung vor, so dass der Kaufvertrag 2020 abgeschlossen werden könnte.

Die bevorstehenden Grundstücksverkäufe sind zwar mit entsprechenden Einnahmen verbunden, jedoch ist in Folge davon auszugehen, dass sich daraus in der Wartungshallenbelegung Veränderungen ergeben werden, die negativ auf die wirtschaftliche Situation wirken können.

Hier sind deshalb bei Vorlage entsprechender Kenntnisse, zur weiteren Entwicklung, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten um eine mögliche Neuvermietung oder Nutzungsänderung der Räumlichkeiten und damit entsprechende Erlöse zu sichern.

Auf Grund der vorhandenen alten Bausubstanz kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zum Eintritt unvorhergesehener Schäden kommt. Aus diesem Grund wurde bereits von der Geschäftsführung 2018 eine Mängelliste erstellt, die in den kommenden Jahren, je nach Dringlichkeit und finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet werden kann. Dazu sind in den laufenden langfristigen Jahresplanungen entsprechende Vorhaben eingeplant. Ferner wird durch ständige Kontrollen an bekannten Problemstellen und die Einleitung vorbeugender Maßnahmen versucht größere Schwierigkeiten zu vermeiden.

Weiter zu beobachten ist die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen, da sie insgesamt betrachtet ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Flugbewegungszahlen am Flugplatz sind.

Die Altersstruktur bei den Fluglehrern ist teils weiter recht hoch, jedoch werden offensichtlich Bemühungen unternommen, um den Fortbestand der Firmen zu sichern.

Insofern sind bisher befürchtete negative Auswirkungen auf den Flugplatz vorerst nicht zu erwarten.

Die Personalstellenstruktur der Flugplatz GmbH war im Jahr 2019 weiterhin unverändert.

Die oben aufgeführten unvorhergesehenen bzw. notwendigen Personalveränderungen hatten zeitweilig Auswirkungen auf die kontinuierliche Tätigkeit der Geschäftsführung und der BFL-Tätigkeit. Mit Neubestellung des jetzigen GF und eines neuen Flugleiters, mit den nötigen Voraussetzungen zur Beileihung als BFL durch das LVWA, wurde mit Ende des GJ die Basis für eine weitere stabile und kontinuierliche Arbeit erreicht.

Besonders hilfreich für den jetzigen GF war in dieser Phase die außerordentliche Unterstützung des Leiter Technik und der Finanzbuchhalterin, die sich in ihrem ersten Jahr bereits umfassend eingearbeitet hat.

Die zuverlässige Unterstützung durch unsere älteren Kollegen, die als geringfügig beschäftigte Flugleiter fungieren, hat sich auch in diesem Jahr wieder als unabdingbar erforderlich erwiesen.

Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Aktuelle Auswirkungen Corona-Krise auf Geschäftsverlauf neues Geschäftsjahr 2020

Nach einem vergleichbaren normalen Start ins neue GJ sind ab März die tiefgreifenden Einschränkungen durch die Corona-Pandemie voll wirksam.

Für den Flugplatzbetrieb hat das insbesondere Auswirkungen auf folgende Bereiche:

FLUGBETRIEB

- Rückgang Flugbewegungen um ca. 50 % durch Stopp für Flugschulen, Vereinstätigkeit Segelflieger und Nutzung ansässiger Privatflieger aus anderen Bundesländern
- Rückgang Provision aus Betankungen
- eventuelle Einbuße bei der Bezuschussung für Flugleiter/BFL Tätigkeit durch das Landesverwaltungsamt bei Nichterreichung der Punktzahl (30.000 Flugbewegungen)

Das führte bis einschließlich April zu Erlösschmälerungen gegenüber dem Vorjahr aufgelaufen von

- Landeentgelte - 7.300 €
- Tagesabstellungen - 600 €
- Provisionen Kraftstoff - 3.500 €

EINNAHMEN AUS VERMIETUNG UND VERPACHTUNG

- die ansässige Gaststätte „Schnitzeltower“ musste bis auf Weiteres schließen und hatte teilweise Außerhausverkauf
- die eingemieteten Flugschulen konnten nicht ausbilden

Bisher gab es keine Einbuße bei den gewerblichen Mieteinnahmen.

Mit den aktuellen, neuen Regelungen zur weiteren Öffnung der Beschränkungen können Flugschulen und Gaststätten im Mai wieder ihren Betrieb aufnehmen. Damit ist hier eine positivere Situation zu erwarten.

In Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt wird gegenwärtig geprüft, ob erweiterte Bezuschussungen insbesondere für die BFL Tätigkeit möglich sind.

Kosteneinsparungen, Personalreduzierungen (Kurzarbeit) sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der weiteren durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen nicht möglich.

Aus gegenwertiger Sicht kann eingeschätzt werden, dass eine absehbare negative Veränderung des Ergebnisses gegenüber der Planung zu keiner Bestandsgefährdung des Unternehmens führen wird.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich	
		Aldag, Wolfgang	(bis 21.08.2019)
		Dr. Wend, Detlef	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	(bis 21.08.2019)
		Ernst, Johannes	(seit 21.08.2019)
		Hilbig, Stefan	(bis 18.06.2019)
		Krimmling-Schoeffler, Anja	
		Peinhardt, Ulrich	(bis 21.08.2019)
		Rademacher, Grit	(seit 19.06.2019)
		Salz, Roland	(seit 19.06.2019)
		Schachtschneider, Andreas	(seit 21.08.2019)
		Thielemann, Dirk	(bis 18.06.2019)
		Thomann, Beate	(seit 21.08.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
beKa GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	288.228	91	286.288	93	282.909	94	1.940	1
Umlaufvermögen	27.223	9	20.284	7	19.042	6	6.939	34
Rechnungsabgrenzungsposten	243	0	157	0	211	0	86	55
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	20	0	0	0	-20	-100

Bilanzsumme	315.694	100	306.749	100	302.162	100	8.945	3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	26	83.583	27	83.583	28	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	172.751	55	170.293	55	177.130	59	2.458	1
Rückstellungen	9.514	3	11.208	4	10.623	3	-1.694	-15
Verbindlichkeiten	47.074	15	38.799	13	28.598	9	8.275	21
Rechnungsabgrenzungsposten	2.772	1	2.866	1	2.228	1	-94	-3

Bilanzsumme	315.694	100	306.749	100	302.162	100	8.945	3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	58.789	59.667	54.698
andere aktivierte Eigenleistungen	296	285	235
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	11.697	9.342	13.527
Betriebskostenzuschüsse	22.677	21.974	22.237
Materialaufwand	25.812	28.820	26.438
Personalaufwand	37.533	36.312	35.305
Abschreibungen	9.079	8.496	8.512
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	18.193	16.033	18.216
Erträge aus Beteiligungen	0	0	94
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	14	65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	727	907	617
Ergebnis nach Steuern	2.133	714	1.768
sonstige Steuern	71	704	71
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.062	10	1.697
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2019: 6.907 T€; 2018: 5.692 T€; 2017: 7.303 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2019: 7.954 T€; 2018: 6.867 T€; 2017: 9.720 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,51	0,02	3,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,47	0,01	2,03	%
Cash-Flow:	11.141	8.506	10.209	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	125	124	127	T€
Personalaufwandsquote:	40,16	39,79	38,93	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,00	93,03	93,33	%
Eigenkapitalquote:	26,48	27,25	27,66	%
Fremdkapitalquote:	73,52	72,75	72,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Beförderte Personen	56.724	55.077	54.899	in 1.000
Fahrplan-km	8.788	8.886	8.609	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.293	10.428	10.005	in 1.000
Personen-km	332	328	323	in Mio.
Platz-km	1.096	1.110	1.209	in Mio.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
- 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
- 4.2.1. Kapitalstruktur
- 4.2.2. Investitionen
- 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale).

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand und drei Stabstellen aus den Bereichsleitern der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt. Bis zum 31. Juli 2019 wurde die Gesellschaft durch den Vorstand und drei Prokuristen vertreten. In der Zeit von August bis Dezember 2019 fungierten als Vertretung zwei Prokuristen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2020 wirken für die Vertretung der Gesellschaft der Vorstand und drei Prokuristen.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG zum Bilanzstichtag ausschließlich an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb sowie eine Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, welche den umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft spielt für die HAVAG eine nur untergeordnete Rolle und erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen darstellt. Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefordert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse angewiesen.

Die Priorität der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Alle Anstrengungen setzt die HAVAG an die Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit und strebt zugleich eine Begrenzung des Betriebskostenzuschusses an.

Zentrales Handlungsfeld im Jahr 2019, sowie auch im kommenden Jahr 2020, bildet die Weiterentwicklung der Strategie ‚HAVAG 2030‘. Wesentliche Ziele bleiben die weiterführende Stärkung einer langfristigen Ertragskraft des Unternehmens, die Steigerung der Fahrgastzahlen sowie die weitere Erhöhung der Kundenzufriedenheit in den kommenden Jahren. Des Weiteren verfolgt die HAVAG die Absicht, innerhalb ihrer Branche in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz) zu den besten 25,0 % zu gehören.

1.3. Steuerung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildet der mit der Stadt Halle (Saale) und der SWH abgeschlossene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß den vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark-Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 3. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der aktuelle Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der vorgenannten EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags entsprechen den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach muss das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen nachweislich sicher. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag legt weiter fest, dass der Zuschussbedarf im Wege einer Vorkalkulation jährlich zu Beginn eines Geschäftsjahres auf der Basis des Wirtschaftsplans ermittelt und vom Aufsichtsrat bestätigt wird.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich. Um die Wirtschaftlichkeit und die Einhaltung der Altmark-Trans-Kriterien in der Planung zu bestätigen, stellt sich die HAVAG turnusmäßig der Prüfung einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und konnte im Jahr 2019 den geforderten Merkmalen entsprechen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die im Bereich Technik/Fahrzeuge eingeleiteten organisatorischen und arbeitsprozessualen Veränderungen – entwickelt mit dem TÜV Rheinland in den Jahren 2016 und 2017 – befinden sich in der sukzessiven Umsetzung. Ziel ist es, die Werkstattproduktivität weiter zu erhöhen und den Fahrzeugdurchlauf zu beschleunigen.

Zum 1. Januar 2019 erfolgte die geplante Übernahme der bisher von der Ströer SE&Co. KGaA betriebenen städtischen Haltestellen.

Im Jahr 2019 wurde ein neuer Aufsichtsrat für die HAVAG für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt. Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, welche sich aus Arbeitnehmervertretern, Stadträten und Vertreter des Anteilseigners zusammensetzen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Jahr 2019 hat die HAVAG zum dritten Mal in Folge an einer Kundenzufriedenheitsbefragung im ‚ÖPNV Kundenbarometer‘ teilgenommen. Die Zielgruppe waren ÖPNV-Nutzer, welche die öffentlichen Verkehrsmittel der HAVAG nutzen. Durch telefonische Einzelinterviews wurde die Zufriedenheit der Kunden mit Hilfe einer 5er-Skala erfasst, um den Einfluss einzelner Leistungsmerkmale auf die Globalzufriedenheit zu messen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die HAVAG gegenüber dem ÖPNV-Branchendurchschnitt von 2,88 eine bessere Globalzufriedenheit mit 2,65 aufweist. Gegenüber dem Jahr 2018 verzeichnet die HAVAG damit eine Verbesserung um 0,13. In allen wesentlichen ÖPNV-Qualitätsmerkmalen (Informiertheit, Schnelligkeit, Liniennetz, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Freundlichkeit, Anschlüsse) wird die HAVAG durch ihre Fahrgäste sehr gut bis gut bewertet.

Am 6. Juni 2019 wurde der neue Vertrag für das verbundweit gültige MDV-Semesterticket unterschrieben. Der neue Vertrag gilt für sechs Jahre ab dem Wintersemester 2019/20.

Im Zuge eines vom Stadtrat beschlossenen städtischen Schulsanierungsprogrammes von Grund- und Förderschulen in der Stadt Halle (Saale) wurde die HAVAG für die Beförderungsleistung von Schülern zu den Ausweichschulen für die Jahre 2019 bis 2021 beauftragt. Für diese zusätzlichen Beförderungsleistungen wurden acht Busse des Fahrzeugherstellers MAN per Leasing dem Fuhrpark zugeführt. Die Busse stehen ausschließlich für die Beförderung von Schülern zur Verfügung und sollen auch über das Jahr 2021 hinaus für weitere Fahrten im Rahmen der Schulsanierung eingesetzt werden.

Im Mai 2019 wurde das Stadtbahnprojekt Große Steinstraße erfolgreich abgeschlossen. Hierbei wurden während der Bauzeit von rund dreizehn Monaten ca. 650 Meter Straßenbahninfrastruktur erneuert und auf einen zeitgemäßen Stand gebracht. Das Projekt Gimritzer Damm - Heideallee konnte im September für den Verkehr frei gegeben werden. Mit der Freigabe dieses Abschnittes wurde ein weiterer Meilenstein erreicht. Auf einer Strecke von fast zwei Kilometern wurde eine leistungsfähige und sichere Straßenbahngleisstrasse geschaffen, barrierefreie Haltestellen und Umsteigepunkte von Bus zu Bahn realisiert, eine mehrreihige Baumallee angelegt sowie ein neuer Kreisverkehr eingerichtet.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der ÖPNV bietet die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr. Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Die HAVAG ist bestrebt, stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen zu suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Darüber hinaus wird das Thema der Digitalisierung den öffentlichen Personennahverkehr in der Zukunft noch stärker beeinflussen und eine zentrale Rolle in der Vernetzung von Fahrgast und Unternehmen einnehmen.

Im Jahr 2019 bilanzierte der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen rund 10,4 Mrd. Kunden und bleibt damit auf dem Niveau des Vorjahres. Die HAVAG kann im Jahr 2019 gegenüber dem Jahr 2018 einen erneuten Fahrgastzuwachs in Höhe von 3,0 % ausweisen, welcher im Wesentlichen in den Segmenten Semesterticket, School Card und in der Beförderung von Schwerbehinderten zu verzeichnen ist.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Seit dem 13. Dezember 2018 besteht mit der SWH ein Beherrschungsvertrag. Er wurde am 20. Dezember 2018 in das Handelsregister eingetragen. Seit dem 1. Januar 2019 ist die HAVAG Teil des umsatzsteuerlichen Organkreises der SWH.

Im Dezember 2018 leitete die Stadt Halle (Saale) ein Direktvergabeverfahren für die Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Straßenbahnen und Bussen im Stadtgebiet von Halle (Saale) für die nächsten 22,5 Jahre ein. Es ist durch die Stadt beabsichtigt, die HAVAG mit dieser Verkehrsleistung zu beauftragen. Dem folgend wurde durch die Stadt Halle (Saale), die SWH und die HAVAG mit der Erarbeitung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) unter Einbeziehung eines externen Beratungsunternehmens begonnen. Dieser öDA soll am 1. Januar 2021 in Kraft treten und den Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag ablösen.

Mit der Zahlung der Regionalisierungsmittel vom Bund an die Bundesländer wird insbesondere der Schienenpersonenverkehr finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und den Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer. Die Regionalisierungsmittel werden auf der Basis des ÖPNV-Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs anteilig der Stadt Halle (Saale) zugeschrieben und dann wiederum anteilig an die HAVAG ausgereicht.

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des ÖPNVG des Landes Sachsen-Anhalt vom 27. Juni 2019 wurde der § 8b angepasst, damit insbesondere Landeszuwendungen für Investitionen in den Straßenpersonenverkehr als Komplementärfinanzierung des GVFG-Bundesprogrammes ausgereicht werden können. Diese Neuregelung ersetzt die zum Jahresende 2019 ausgelaufenen Regelungen des Entflechtungsgesetzes.

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, unter anderem die Grunderneuerung von bestehenden ÖPNV-Anlagen. Im Rahmen der Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes soll der Fördermittelrahmen ab dem Jahr 2020 kontinuierlich erhöht und der Fördermittelzugang für Schieneninfrastrukturprojekte vereinfacht werden. Mit der dritten Änderung des GVFG werden entscheidende Weichen für die Stärkung des ÖPNV im Sinne von Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lebensqualität in Städten und Gemeinden gestellt. Der Deutsche Bundestag hat am 30. Januar 2020 in 2./3. Lesung und der Bundesrat am 14. Februar 2020 im zweiten Durchgang den Gesetzesentwurf der Bundesregierung und die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss final beschlossen. Die Verkündung der Neufassung des GVFG im Bundesgesetzblatt ist noch ausstehend. Daraufhin tritt die Neufassung des GVFG rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Verkehrsangebot des Jahres 2019 erstreckte sich auf 15 Straßenbahn- und 22 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 330,6 Kilometern.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Verkehrsleistung entsprechend dem Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag im Straßenbahnbereich um -69,0 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer und somit um -1,3 % verringert. Diese Entwicklung auf 5.274,9 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer ist mit veränderten Linienführungen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes zu begründen.

Für die Leistungsentwicklung im Omnibusbereich entsprechend dem Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, weist die Gesellschaft eine Verringerung in Höhe von -1,2 % gegenüber dem Jahr 2018 und somit um -39,6 Tsd. Nutz-Wagen-Kilometer aus, was im Wesentlichen auf die veränderten Schienenersatzverkehrsleistungen im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zurückzuführen ist.

Im Frühjahr 2019 konnte in der Stadt Halle (Saale) die Baustelle „Große Steinstraße“ erfolgreich beendet werden.

Die zum 1. August 2019 eingeführte zeitlich eingeschränkte Erweiterung zur verbundweiten Nutzung der ‚SchoolCard‘ führte zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft.

Der mit Schuljahresbeginn 2014/2015 für fünf Jahre abgeschlossene Vertrag für die Nutzung der ‚SchülerZeitKarte‘, Praktikums- sowie Klassenkarte konnte in 2019 erfolgreich für weitere fünf Jahre verlängert werden.

Mit Beginn des Wintersemesters 2014/2015 wurde mit einer Laufzeit von fünf Jahren der Vertrag für das Semestervollticket abgeschlossen. Dieser galt vorerst nur für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) und wurde um die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle und im vergangenen Jahr um die Hochschule Merseburg erweitert. Alle drei Hochschulen stimmten der Verlängerung des Vertrages um weitere sechs Jahre ab dem Wintersemester 2019/2020 zu.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stammkundengewinnung lag im Jahr 2019 im Ausbau des Angebotes der ‚Jobtickets‘. Mit der gezielten Ansprache sucht die HAVAG nach potenziellen Arbeitgebern im Bediengebiet, welche die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als eigenen Vorteil gegenüber ihren Arbeitnehmern nutzen wollen. Einerseits kann das Vertragsunternehmen eine Vergünstigung für seine Beschäftigten anbieten, andererseits kann die HAVAG weitere Stammkunden gewinnen. Für beide Partner entsteht somit ein zusätzlicher Nutzen, der in den folgenden Jahren weiter ausgebaut werden soll.

Zusätzlich wurde im MDV-Gebiet ab dem 1. August 2019 die Kinderaltersgrenze von 13 auf 14 Jahre angehoben.

Im November 2019 wurde ein Check-In/Check-Out-System ‚FAIRTIQ‘ als Handyticket mit Tagesbestpreisabrechnung eingeführt. Durch die Einfachheit, die bargeldlose Abrechnung sowie die Bestpreisgarantie bietet es klare Vorteile für Gelegenheitskunden und senkt Zutrittsbarrieren. Die mit der Einführung der App verbundene Attraktivierung des Vertriebes für Gelegenheitskunden zeigt sich in der steigenden Nutzung der App.

Das gesamte Verkehrsangebot der HAVAG nutzten im Jahr 2019 insgesamt 56,7 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 1,6 Mio. Beförderungsfälle dar. Damit konnten zum fünften Mal in Folge steigende Fahrgastzahlen verzeichnet werden. Gleichfalls waren im Jahr 2019 innerhalb der Kundengruppen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. In der Kundengruppe ‚Schüler, Auszubildende und Studenten‘ sind die Zuwächse durch die Umstellung der Produkte erkennbar, wobei die Nutzerzahlen dem allgemeinen Trend des Anstieges an Schülern der Stadt Halle (Saale) folgen. Die Steigerung der Beförderungsfälle beim ‚Semestervollticket‘ ist auf die Steigerung der Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr sowie die Erweiterung des ‚Semestervolltickets‘ auf die Hochschule Merseburg zurückzuführen.

Damit verbunden konnte das gestellte Planziel von 55,1 Mio. Fahrgästen überschritten werden. Ursachen dafür sieht die Gesellschaft in der Stärkung der Kundenbindung, den vorher genannten Maßnahmen und steigenden Schülerzahlen bei annähernd konstanter Gesamtbevölkerungsentwicklung in Halle.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2019 einen Wert von 0,82 EUR je Fahrgast und kann somit den Vorjahreswert um 0,02 EUR je Fahrgast steigern.

3.5. Forschung und Entwicklung

Im Mai 2019 fand die Abschlussveranstaltung des Gemeinschaftsforschungsprojektes ‚Stadtklima‘, eine Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und dem Landesamt für Umweltschutz zur urbanen Klimaentwicklung in der Region, statt. Der Abschlussbericht wurde der Umweltministerin des Landes, Frau Dr. Dalbert übergeben. Die drei Messstraßenbahnen haben über drei Jahre mehrere Millionen Daten über das Wetter gesammelt. Anhand der Ergebnisse können sich künftig ergebende Bedarfe und Herausforderungen u. a. für die Bereiche Verkehrsplanung, Stadtplanung, Katastrophenvorsorge sowie Gesundheitsschutz abgeleitet werden.

Basierend auf dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Barrierefreiheit aus vergangenen Jahren folgte in 2019 die Umsetzung des Projektes ‚Barrierefreies Informations- und Orientierungssystem (BIOS)‘. Innerhalb des Projektes wurden drei Straßenbahnen mit der notwendigen Technik ausgerüstet. Mit der Entwicklung dieser Orientierungstechnik für Blinde und sehbehinderte Menschen, wurde ein System geschaffen, welches die unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten anbietet, die von den Blindenverbänden gewünscht wurden. Auf der Grundlage dieser Systementwicklung könnte eine landesweite Ausrüstung umgesetzt werden, welche zur selbstbestimmten und gleichberechtigten Fortbewegung für Blinde und Sehbehinderte im ÖPNV beitragen kann. Begleitend zum Projekt wurde eine Evaluation mit verschiedenen Funktionstests durchgeführt. In einer einmonatigen Testphase wurde das System auf Benutzerfreundlichkeit und Verfügbarkeit getestet. Die Auswertung der Testergebnisse, die Erstellung eines Rahmenlastenheftes und die Vorstellung der Ergebnisse werden noch bis in das 2. Quartal 2020 andauern.

Die HAVAG hat gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) an einem Entwicklungsprojekt zur Einführung von elektrisch angetriebenen Bussen (E-Bus) des Landes Sachsen-Anhalt und der Nahverkehrsgesellschaft GmbH (NASA) teilgenommen. Im August 2019 wurde ein Abschlussbericht zu den Untersuchungsergebnissen vorgelegt. In der Studie wurde nachgewiesen, dass die Einführung und Umsetzung des Elektrobusbetriebs auf der Linie 21 der HAVAG, unter Berücksichtigung betrieblicher Anpassungen, betrieblich-technisch möglich ist. Als Konsequenz dieser Untersuchung haben die Stadt Halle (Saale) als Aufgabenträger, die SWH als Gesellschafter und die HAVAG gemeinsam entschieden, einen Antrag zur Förderung beim Land Sachsen-Anhalt zur Richtlinie ‚Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)‘ für die Einführung eines Elektrobussystems in Halle zu stellen. Den entsprechenden Zuwendungsbescheid des Landes Sachsen-Anhalt erhielt die Stadt Halle (Saale) am 19. Dezember 2019. Das Projekt soll in den Folgejahren 2020 bis 2022 umgesetzt werden.

Im Rahmen des sogenannten Green-City-Planes (Masterplan „Saubere Luft“) hat die HAVAG am 30. September 2019 zwei Anträge auf Förderung von serviceverbessernden ÖPNV-Maßnahmen beim BMVI eingereicht. Der erste, am 19. Dezember 2019 bewilligte Förderantrag betrifft den Bereich der ‚ÖPNV-Informationen‘. Die Maßnahme umfasst konzeptionell:

1. Fahrgastinformation an Haltestellen, Ausrüstung von Haltestellen mit weiteren Fahrgastinformationsmonitoren
2. Fahrgastinformation in Fahrzeugen, Ausrüstung von Straßenbahnen und Busse mit Fahrgastinformationsmontoren
3. Fahrgastinformation rund um die Uhr, Einrichtung einer Fahrgastinformationshotline über Social-Media-Kanäle.

Der zweite, noch nicht bewilligte Förderantrag betrifft die Einführung eines ‚Elektronischen Tickets‘. Dies beinhaltet die Chipkarten-Einführung für alle Kundinnen und Kunden der HAVAG, mit dem Ziel der Einstellung des Verkaufs sämtlicher Papierfahrtscheine und der Bargeldzahlungsfunktion am Vertriebsweg „Automaten“.

Unter Mitwirkung der HAVAG wurde im Auftrag der SWH eine interaktive Karte mit dem Namen ‚MobileM.app‘ als Auskunftssystem vorrangig für den öffentlichen Personennahverkehr entwickelt. In der ersten Ausbaustufe wurden die Positionen von Omnibussen und Straßenbahnen in Echtzeit in einer interaktiven Linien- und Stadtkarte im Linienbetrieb dargestellt. Mittlerweile werden die Standorte von Carsharing Fahrzeugen und Taxen angezeigt. Des Weiteren werden freie Parkplätze und die Auslastung der Ladesäulen für Elektrofahrzeuge dargestellt.

Unter der Federführung der SWH und im Hinblick auf den Entwurf des Strukturstärkungsgesetzes wurde 2019 ein Lastenheft für einen Testbetrieb einer autonom fahrenden Tram erstellt. Es wird geprüft, ob als Testfeld der Überlandbereich der Straßenbahnlinie 5 geeignet ist. Im Gegensatz zu anderen Testfeldern, könnte bei der HAVAG der Fahrer weiterhin die Führung und Steuerung der Tram innehaben. Die Straßenbahn dient als Geräteträger, kommuniziert mit der Infrastruktur und erfasst mittels Sensorik das Umfeld. Die Auswertung der Daten könnte Erkenntnisse über Zuverlässigkeit, Genauigkeit und Verfügbarkeit von Systemen ergeben, die ein autonomes Fahren von Linienfahrzeugen ermöglichen sollen. Eine grundsätzliche Entscheidung über die Fortführung des Projektes wird im Jahr 2020 getroffen.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Umwelt möglichst weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 sind in der HAVAG 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 41 Auszubildende beschäftigt. Dies stellt einen Aufwuchs gegenüber dem Vorjahr um 12 Personen dar. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ist ebenfalls eine Steigerung von 705,0 zum Vorjahresstichtag auf 719,0 zum Stichtag zu verzeichnen. Der angestrebte Planwert von 721,2 Vollzeitbeschäftigten wurde dabei um 2,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten unterschritten. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens, insbesondere durch sozialverträgliche Altersteilzeitmodelle, wurden 10 weitere Altersteilzeitverträge im Jahr 2019 abgeschlossen.

Mit den genannten Veränderungen des Personalbestandes lag das Durchschnittsalter im Jahr 2019 bei 47 Jahren und ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Ähnlich verhält es sich bei der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit, welche aktuell bei 21 Jahren liegt.

Das Niveau der durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit ist mit 8,9 %, im Vergleich zu 8,8 % im Vorjahr, leicht gestiegen. Die HAVAG wird weiterhin durch unterstützende Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement an der Verringerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten arbeiten.

Die HAVAG stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demographischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

12 Auszubildende beendeten im Jahr 2019 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sieben Auszubildende in ein befristetes und fünf Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Des Weiteren unterstützt die HAVAG Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Darüber hinaus haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu besuchen.

Im Kalenderjahr 2019 wurde zudem das Zertifizierungsprogramm im Kundenservice fortgeführt und so ein wichtiger Beitrag zur Beibehaltung der Arbeitsqualität und Stärkung der Servicequalität gegenüber den Fahrgästen geleistet.

Führungskräfte der HAVAG nehmen regelmäßig die Angebote der SWH-Führungskräfteentwicklung sowie des Schulungsprogramms im Rahmen des Compliance Management Systems wahr und arbeiteten auch 2019 aktiv bei der Führungskräfteentwicklung aller Führungskräfte der SWH-Gruppe mit.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollte ein Frauenanteil von ca. 22 % bis Mitte 2017 und ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Vorstandsebene der HAVAG beträgt die Quote 0 %. Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag erhöhte sich für die 1. Führungsebene auf 44 %, im Gegensatz zu 37 % im Vorjahr, und auch für die 2. Führungsebene ergab sich eine Steigerung von 29 % im Vorjahr auf 31 % im Betrachtungsjahr. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2019 bei 33 %, eine Zielsetzung ist nicht festgelegt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein erfolgreiches Jahr 2019 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 2.062 abschließen und somit einen positiven Beitrag zum Ergebnis der SWH-Gruppe leisten.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2019	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	58.789,1	59.666,5	-877,4	-1,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	295,8	285,5	10,3	3,6
Übrige betriebliche Erträge	24.316,8	21.946,4	2.370,4	10,8
Materialaufwand	25.811,5	28.819,9	-3.008,4	-10,4
Personalaufwand	37.533,1	36.311,5	1.221,6	3,4
Übrige betriebliche Aufwendungen	18.193,2	16.033,5	2.159,7	13,5
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,1	0,1	0,0	0,0
EBITDA	1.864,0	733,6	1.130,4	>100
Abschreibungen	21.698,3	21.099,4	598,9	2,8
EBIT	-19.834,3	-20.365,8	531,5	2,6
Zinsergebnis	-709,5	-893,6	184,1	20,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20.543,8	-21.259,4	715,6	3,4
Betriebskostenzuschüsse	22.676,6	21.973,7	702,9	3,2
Sonstige Steuern	71,1	703,9	-632,8	-89,9
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	2.061,7	10,4	2.051,3	>100
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

Insgesamt wurden im Jahr 2019 Umsatzerlöse von T€ 58.789 erwirtschaftet, dies entspricht einem Rückgang von T€ 878 gegenüber dem Vorjahr. Der Steigerung der Fahrgeldeinnahmen in Höhe von T€ 1.785 stehen dabei die Reduzierung der Erlöse aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 3.641 entgegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhen sich um T€ 2.371 gegenüber dem Jahr 2018. Hauptursächlich sind dafür die erhöhten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 933, die Erstattung von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 778, sowie die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von T€ 574. Der notwendige Betriebskostenzuschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 22.677 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 703 gestiegen.

Für den Materialaufwand von T€ 25.812 ist ein Rückgang von T€ 3.008 gegenüber dem Jahr 2018 ausgewiesen. Die wesentlichste Abweichung in dieser Position stellen die Aufwendungen aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 3.641 dar. Dem entgegen steht eine Überschreitung in der Position Instandhaltung in Höhe von T€ 759.

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages und unter Berücksichtigung der veränderten Anzahl der Personale ergibt sich für das abgeschlossene Jahr 2019 ein Personalaufwand von T€ 37.533. Gegenüber dem Jahr 2018 wird somit eine Erhöhung von T€ 1.222 ausgewiesen.

Die wesentliche Erhöhung der übrigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 2.160 ist maßgeblich durch die Steigerungen der Aufwendungen sowohl für Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen von T€ 1.087 als auch für sonstige Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 786 zu erklären. Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich das EBITDA um T€ 1.130.

Die Abschreibungen von T€ 21.698 im Jahr 2019 haben sich um T€ 599 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Das Zinsergebnis weist gegenüber dem Jahr 2018 eine Verbesserung in Höhe von T€ 184 aus. Die sonstigen Steuern weisen ebenfalls eine positive Tendenz von T€ 633 aus. Die Entwicklung des Zinsergebnisses und der sonstigen Steuern ist maßgeblich durch die im Jahr 2018 gebildete Risikorückstellung aufgrund einer möglichen Umsatzsteuernachzahlung auf Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gemäß § 9 ÖPNVG vor dem Hintergrund einer laufenden steuerlichen Betriebsprüfung geprägt.

Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2019 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen.

Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welche auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2019 erstellt wurde, hat die HAVAG die Einhaltung der ermittelten Soll-Kosten eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens nachgewiesen.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Ergebnisabführung sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 74,7 %. Gegenüber dem Vorjahreswert von 74,2 % ist somit eine positive Entwicklung festzuhalten.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die HAVAG Zuschussmittel von T€ 21.485 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes und des Landes abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von T€ 21.383 Fördermitteln des Landes und des Bundes und der Kredit von T€ 3.600 sowie der Eigenmittel sind investive Leistungen in Höhe von T€ 35.177 abgerechnet worden.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash-Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abrechnung aller tatsächlich realisierten Investitionen erfolgt die endgültige Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2018 ergab die endgültige Abrechnung einen Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2019 in Höhe von T€ 3.600. Die Finanzverbindlichkeiten lagen nach der Neuaufnahme in 2019 für den Finanzierungsbedarf aus 2018 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 18.651 und erhöhten sich damit zum vorjährigen Bestand um T€ 188.

Nettoschulden	2019	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	18.651	18.463	188	1,0
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	12.314	15.240	-2.926	-19,2
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	6.337	3.223	3.114	96,6
Liquide Mittel	-12.611	-10.978	-1.633	-14,9
Kasse	2.854	1.032	1.822	>100,0
Cash Pool	-15.465	-12.010	-3.455	-28,8
Nettoschulden	31.262	29.441	1.821	6,2
EBITDA	1.864	733	1.131	>100,0
Nettoschulden/EBITDA	16,8	40,1		-58,1

Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 26,5 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 81,2 %.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 18.463 auf T€ 18.651 bei gleichzeitiger Reduzierung der liquiden Mittel um T€ 1.633, berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 31.262. Im Jahresverlauf stellt dieses einen Anstieg um T€ 1.821 dar. Unter Berücksichtigung des EBITDA hat sich der dynamische Verschuldungsgrad des Unternehmens von 40,1 Jahren im Jahr 2018 auf einen Wert von 16,8 Jahren im Jahr 2019 entwickelt.

4.2.2. Investitionen

Mit Fortführung des Stadtbahnprogramms wurden weiterhin die hauptsächlichen Investitionen in die Infrastruktur ausgeführt. Dabei standen in 2019 die Vorhaben Merseburger Straße, nördlicher Teil, Große Steinstraße sowie Gimritzer Damm im Mittelpunkt des Geschehens. Darüber hinaus wurden weitere Leistungen zur Planung und Vorbereitung von Teilvorhaben des Stadtbahnprogramms der Stufe 2 sowie der Stufe 3 im Geschäftsjahr realisiert.

Ergänzt wurden die genannten Komplexbaumaßnahmen durch weitere Leistungen (Restleistungen) in den Abschnitten Fluthilfe 207A und 207B Gimritzer Damm.

Neben dem grundhaften Ausbau der Gleisanlagen erfolgten weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie die Erneuerung von Fahrleitungs-, Bahnstrom- und Kommunikationsanlagen sowie die Nachrüstung/Ersatz von E-Anlagen in Bahnstromunterwerken und die Erneuerung der Betriebshofsteuerung im Betriebshof Rosengarten.

Wesentlich war im Jahr 2019 der Ankauf von 226 Fahrgastunterständen sowie ein erfolgter Ersatz von Unterständen an Straßenbahnhaltestellen in Halle Ammendorf und dem Stadtteil Silberhöhe.

Im Bereich der mobilen Technik und der stationären Anlagen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem in den Ersatz von Spezialfahrzeugen für die Bereiche Stromversorgung und Gleisbau sowie in Leistungen zur Erneuerung des TETRA-Funksystems, investiert. Die Investitionen in die Gleisverschwenkung auf dem Betriebshof Freimfelder Straße wurden mit Abschluss des Geschäftsjahres zunächst beendet. In Umsetzung des Sicherheitskonzeptes wurden in den Betriebshöfen Drehkreuze zur Einlasskontrolle installiert und Zaunanlagen erneuert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 231 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der SWH-Gruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2019	2018
	T€	T€
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-12.023	-12.844
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-33.233	-39.469
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	43.623	31.685
Zahlungswirksame Veränderungen	-1.633	-20.628
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	-10.978	9.650
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	-12.611	-10.978

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Liquidität haben die zum Ende des Jahres erhaltenen Fördermittel von T€ 8.243 (Vorjahr T€ 3.117).

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2019 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 315.694 aus. Dieser Wert erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 8.945 und wird wesentlich durch einen Anstieg des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Anteil an	2019	2018	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	91,3	93,3	-2,1
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	8,7	6,7	29,9

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In dem Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine erhöhte Zuführung im Vergleich zum Verbrauch aufgezeigt, daraus resultiert die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung	2019	2018	Veränderung
Anlagendeckungsgrad	T€	T€	T€ %
Anlagevermögen	288.228,4	286.288,3	1.940,1 0,7
Wirtschaftliches Eigenkapital	256.334,2	253.875,7	2.458,5 1,0
Deckungsgrad	88,9%	88,7%	0,2

Eine Verringerung der Rückstellungen auf T€ 9.514 ist zum Bilanzstichtag zu verzeichnen. Für die Erhöhung der Verbindlichkeiten sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 2.062 schließt die HAVAG ein erfolgreiches Jahr 2019 mit hoher Zufriedenheit ab. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Einschätzung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2015 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte im Jahr 2019 abermals bestätigt werden. Innerhalb der einzelnen Kundengruppen waren im Jahr 2019 unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Die ab dem Schuljahr 2017/2018 erfolgte Neuausrichtung der ‚SchoolCard‘ sowie die zeitlich eingeschränkte Erweiterung zur verbundweiten Nutzung, führte zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft.

Im Rahmen der im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag für das Jahr 2019 vereinbarten Sollkosten, die denen eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens gemäß des Kriteriums Vier des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist eingehalten werden konnten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2019 bei der HAVAG insgesamt elf Risiken ermittelt (Vorjahr zehn). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Unternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung des Risikohandbuchs in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Auch um sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen, sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der Einzelmaßnahmen aus dem Strategieentwicklungsprozess und dem Effizienzsteigerungsprogramm soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung, sich in einem ständig wechselnden Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit einem großen Engagement an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2020 bis 2024 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz.

Im Planungszeitraum 2020 bis 2024 wird von einem leichten Rückgang des Fahrgastniveaus von zirka 56,7 Mio. Beförderungsfällen im Jahr 2020 auf ca. 56,5 Mio. Beförderungsfälle im Jahr 2024 ausgegangen. Maßgeblich für diese Tendenz sind die Einflussfaktoren Schienenersatz- und Umleitungsverkehre aufgrund von Baustellen sowie gegenläufige Effekte aus der Berücksichtigung der Preiselastizität.

Die Umsatz- und Leistungsziele, denen ein stabiles Grundverkehrsangebot in Verbindung mit einem abgestimmten Schienenersatz- und Umleitungsverkehrskonzept im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zugrunde liegt, sollen mit einer gezielten Preis-/Produkt-/Vertriebs- und Kommunikationsstrategie erreicht werden. Insgesamt beruhen die geplanten Fahrgeldeinnahmen und Beförderungsfälle auf der Umsetzung der Vertriebs- und Marketingstrategie der HAVAG unter Anwendung der mobilen Fahrkartenautomaten mit zeitgemäßen Bezahlungsfunktionen in den Straßenbahnen und Omnibussen oder den stationären Fahrkartenautomaten an exponierten Haltestellen. Da prinzipiell mit einer Teuerungsrate für Material, Leistungen und Personal zu rechnen ist, sollen gezielte strategische Entscheidungen zur Kompensation der Aufwandssteigerung beitragen. Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau des notwendigen Betriebskostenzuschusses für die Verkehrsleistung.

Die vom Aufsichtsrat am 17. Oktober 2019 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 sieht einen Betriebskostenzuschuss von T€ 23.655 vor. Diese Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2020 Investitionen von T€ 34.692 geplant. Den Hauptanteil daran trägt nach wie vor die Umsetzung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe. Gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan stehen dabei die Fertigstellung der westlichen Fahrbahn einschließlich Nebenanlagen in der Merseburger Straße bis Mai 2020 und erste Leistungen im Abschnitt Mitte ab September im Fokus des Geschäftsjahres.

6.3. Finanzierung

Das Stadtbahnprogramm nimmt in den nächsten Jahren weiterhin eine zentrale Position in den Investitionen ein. Diese Investitionen werden zu einem Großteil durch Fördermittel des Bundes und des Landes abgedeckt.

Des Weiteren stehen im Mittelpunkt des Handelns für das Jahr 2020 die Ersatzbeschaffung von Straßenbahnfahrzeugen und deren finanzielle Auswirkungen. Zur Unterstützung der Finanzierung steht die Gesellschaft in einem ständigen Kontakt zu möglichen Fördermittelgebern und Finanzierungspartnern.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt die permanente Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner und Gäste der Stadt Halle (Saale). Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern.

Die vom Aufsichtsrat am 17. Oktober 2019 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 sieht einen Betriebskostenzuschuss von T€ 23.655 sowie ein ausgeglichenes Jahresergebnis vor Ergebnisabführung vor. Trotz der Ausbreitung des Corona-Virus wird die HAVAG die Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) sicherstellen. Die HAVAG hat bereits Fahrplanreduzierungen aufgrund der starken Fahrgastreduktion umgesetzt, plant weitere Bedarfsanpassungen und hat Notfallfahrpläne ausgearbeitet, die bei Bedarf schrittweise Anwendung finden werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung hingewiesen worden. Zum Schutz des Personals und der Fahrgäste wurden unterstützende Maßnahmen eingeleitet (zusätzliche Reinigungs- und Desinfektionsleistungen in den Linienfahrzeugen, Verbot des Vordereinstiegs im Bus, Ausstattung des Fahrpersonals mit Schutzausrüstungen, Schließung der Servicecenter u.v.m.). Das Unternehmen ist gut vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die HAVAG versteht sich zunehmend als Berater und Gestalter der Mobilitätswende in Halle (Saale) und arbeitet gemeinsam mit dem Aufgabenträger, der Kommunalpolitik, dem Gesellschafter und den Anspruchsgruppen an der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in der Stadt.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	---	--

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	76

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	12,90	16,96
Stadt Halle (Saale)	11,70	15,38
Hallesche Verkehrs-AG	9,15	12,03
DB Regio Aktiengesellschaft	8,05	10,59
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	4,95	6,51
Burgenlandkreis	3,50	4,60
Landkreis Leipzig	2,60	3,42
Landkreis Nordsachsen	2,60	3,42
Landkreis Saalekreis	2,60	3,42
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	2,60	3,42
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2,20	2,89
Regionalbus Leipzig GmbH	2,20	2,89
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1,15	1,51
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1,10	1,45
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold oHG und Geißler-Reisen GbR	1,10	1,45
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1,10	1,45
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,10	1,45
Freistaat Thüringen	0,75	0,99
Landkreis Altenburger Land	0,75	0,99
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	0,75	0,99
Erfurter Bahn GmbH	0,30	0,39
Transdev GmbH	0,30	0,39

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzende

Dubrau, Dorothee

1. stellv. Vorsitzender

Schwarz, Vinzenz

2. stellv. Vorsitzender

Thieme, Ronny

Bog, Stephan

(bis 30.08.2019)

Böhm, Thomas

Bonert, Tatjana

(seit 01.09.2019)

Brachmann, Sandy

(seit 05.12.2019)

Bretzger, Frank-Peter

Däumler, Lutz

Dr. Halama, Jan T.

(bis 31.05.2019)

Dr. Weinhold, Wolfgang

Emanuel, Kai

Gabelmann, Ute Elisabeth

(bis 18.09.2019)

Handschak, Hartmut

(bis 05.12.2019)

Hecht, Michael

(seit 01.01.2019
bis 31.12.2019)

Hellwig, Annett

(seit 05.12.2019)

Hoffmann, Joachim

(bis 05.12.2019)

Juhrs, Ronald

Klemens, Holger

(seit 05.12.2019)

Krimmling-Schoeffler, Anja

(seit 05.12.2019)

Kultscher, Andreas

Lüpfert, Ines

(seit 18.09.2019)

Maciejewski, Ansbert

(bis 18.09.2019)

Malter, Klaus Rüdiger

(bis 11.08.2019)

Middelberg, Ulf

Mietzsch, Oliver

Panitz, Peter

(seit 12.08.2019)

Peinhardt, Ulrich

(bis 05.12.2019)

Rebenstorf, René

Riekewald, Franziska

Riese, Lothar

Aufsichtsrat:	Schachtschneider, Andreas	(seit 05.12.2019)
	Schütze, Karsten	(bis 18.09.2019)
	Seidel, Sigrun	(seit 18.09.2019)
	Tippach, Steffen	(bis 05.12.2019)
	Völker, Andreas	
beratendes Mitglied	Bause, Mario	(seit 05.12.2019)
beratendes Mitglied	Jendretzki, Edward	(bis 16.08.2019)
beratendes Mitglied	Prof. Kummer, Klaus	
beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd	(bis 05.12.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	4	3

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	885	30	682	28	808	40	203	30
Umlaufvermögen	2.038	69	1.703	71	1.203	59	335	20
Rechnungsabgrenzungsposten	15	1	31	1	13	1	-16	-52

Bilanzsumme	2.938	100	2.416	100	2.024	100	522	22
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	3.024		4.633		4.023		-1.609	-35
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	--------	-----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	477	16	461	19	461	23	16	3
Sonderposten für Investitionszulagen	574	20	467	19	604	30	107	23
Rückstellungen	152	5	126	5	127	6	26	21
Verbindlichkeiten	1.599	54	1.239	52	713	35	360	29
Rechnungsabgrenzungsposten	136	5	123	5	119	6	13	11

Bilanzsumme	2.938	100	2.416	100	2.024	100	522	22
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	3.024		4.633		4.023		-1.609	-35
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	--------	-----

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	971	967	915
Zuschüsse Gesellschafter	2.575	2.554	2.511
sonstige betriebliche Erträge	2.016	1.150	798
Materialaufwand	2.474	1.694	1.568
Personalaufwand	2.445	2.376	2.086
Abschreibungen	218	207	182
sonstige betriebliche Aufwendungen	413	390	387
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17	4	3
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	218	207	182	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	132	114	117	T€
Personalaufwandsquote:	43,96	50,88	49,38	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,56	3,45	4,99	%
Eigenkapitalquote:	16,25	19,10	22,79	%
Fremdkapitalquote:	83,75	80,90	77,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Tarifzonenfahrgäste	253,08	255,47	246,10	Mio.

f) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten. Im Zusammenhang mit der Erweiterung im Dezember 2019 übernahmen die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, DB Regio AG und Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH zusätzliche Gesellschafteranteile von insgesamt 2.550,00 €, so dass das Stammkapital zum 31.12.2019 auf 76.050,00 Euro stieg. Die entsprechenden Änderungen im Gesellschaftsvertrag wurden am 13. bzw. 16. Dezember 2019 im Handelsregister eingetragen.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2019

Auch 2019 hielt die positive Entwicklung an. Die **Verbundeinnahmen** entwickelten sich mit einem Zuwachs um 16,2 Mio. € bzw. 6,9 % überdurchschnittlich positiv. Dazu beigetragen haben Zuwächse in allen Tarifproduktgruppen sowohl in den beiden kreisfreien Städten, als auch in den Landkreisen im MDV. Die Steigerung in der Tarifzone Leipzig mit 7,9 % resultiert in einem starken Maße aus dem Zuwachs im Segment Zeitkarten Jedermann (+ 5,0 Mio. € bzw. + 8,3 %), was anteilig auch auf den gestiegenen Zuschuss der Stadt Leipzig für die Leipzig-Pass-Mobilcard zurück zu führen ist. Aufgrund der Einführung neuer sächsischer Tarifprodukte sind deutliche Zuwächse im Segment der ermäßigten Zeitkarten zu verzeichnen. Zwischen Einführung im August 2019 und Dezember 2019 haben allein 3.874 Junge Leute das AzubiTicketSachsen erworben. Die Nutzerzahlen sind damit um ca. 7 % gestiegen. Bei den Fahrgastzahlen stehen den anhaltenden Zuwächsen im SPNV eher stagnierende Fahrgastzahlen der ÖPNV-Verkehrsunternehmen gegenüber.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung musste auch im Jahr 2019 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden, da für einen großen Teil der Verkehrsunternehmen zum derzeitigen Stand zur Gegenfinanzierung keine anderweitigen oder nicht ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig wurden in der Stadt Leipzig politische Vorgaben sowie zusätzliche finanzielle Mittel für den städtischen Nahverkehr diskutiert. Als Ergebnis dieser Diskussion beschloss der Leipziger Stadtrat am 24.10.2018, dass die Fahrpreise in der Tarifzone 110 (Leipzig) in den Jahren 2019 und 2020 nicht erhöht werden und die Kostensteigerung der LVB durch zusätzliche kommunale Mittel getragen werden sollen.

Im Rahmen der sachsenweiten Strategie, die verschiedenen Verbundtarif zu vereinheitlichen und gleichzeitig attraktive Tarifangebote für junge Leute anzubieten, wurden zu Tarifwechsel 2019 das AzubiTicket Sachsen und das SchülerFreizeitTicket eingeführt:

- Das (vom Freistaat geförderte) AzubiTicket Sachsen ist zu einem günstigen Abonnementpreis MDV-weit für alle Azubis nutzbar, die eine Bildungseinrichtung in Sachsen besuchen. Der Zukauf für Fahrten eines/ mehrerer weiterer Verbünde in Sachsen ist optional möglich.
- Auch das SchülerFreizeitTicket wird vom Freistaat gefördert, so dass Schülern allgemeinbildender Schulen eine MDV-weite Freizeitnutzung für einen günstigen Verkaufspreis im Abonnement angeboten werden kann.

Als Test für einen Sachsentarif fungiert der gleichfalls zum Tarifwechsel 2019 eingeführte Übergangstarif für Fahrten zwischen den Tarifzonen 41 (VVO) und 127 (MDV). Der Verbundgrenzen überschreitende Tarif integriert die Nutzung des SPNV-Nahverkehrs, des straßengebundenen ÖPNV-Angebots (Bus) und der Döllnitzbahn.

Die Umsetzung des Erwerbs all dieser Produkte in den ABO-Vertriebssystemen der MDV Unternehmen wurde durch die Verbandsgesellschaft technisch-organisatorische betreut. Zusätzlich übernahm der MDV die Federführung in der Arbeitsgruppe Vertrieb zur Sicherstellung der Anerkennung und Kontrollierbarkeit des AzubiTicket Sachsen bei der sachsenweiten Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den anderen sächsischen Verkehrsverbänden, um einvernehmliche Lösungen zu Ticketlayouts, Fahrscheinsicherheit, Anerkennung und Kontrollprozessen mit den Partnerverbänden im Interesse des Fahrgastes zu erarbeiten und umzusetzen.

Eine weitere Vereinheitlichung zwischen den sächsischen Verbänden konnte mit der zum Tarifwechsel erfolgten Anhebung der Kinderaltersgrenze um ein Jahr erreicht werden.

Neben den sachsenweiten Entwicklungen wurden aber auch die MDV-Angebote kontinuierlich weiterentwickelt. Ein zentraler Bestandteil war dabei die Neuverhandlung und der erfolgreiche Abschluss der Semesterticketverträge mit den Universitäten in Leipzig, in Halle und in Merseburg.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Zum 15. Dezember 2019 wurde die vorerst auf den SPNV beschränkten **Verbunderweiterung** umgesetzt. Seitdem gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld. Die Umstellung verlief insgesamt erfolgreich und in der öffentlichen Gesamtwahrnehmung positiv. Eine wesentliche technische Voraussetzung war die Anpassung aller Vertriebs- und Auskunftssysteme im alten und neuen Verbundgebiet. Dazu wurde auch ein System zum automatisierten Erstellen der Tarifmatrix eingeführt, um in allen Vertriebsgeräten die Relationen ins Erweiterungsgebiet ohne das bisherige aufwendige händische Erstellen und Bearbeiten der Tarifdaten durch Verbundgesellschaft und Sachbearbeiter der Verkehrsunternehmen anzulegen. Vorbereitet und begleitet wurde die Verbunderweiterung durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Eine erste Kampagnen-Evaluation zeigte, dass alle Maßnahmen planmäßig umgesetzt wurden und damit die gewünschte breite öffentliche Wahrnehmung als wichtigstes Kommunikationsziel weitestgehend erreicht wurde.

Wichtigste Arbeitspaket im technischen Bereich war 2019 die **künftige Tarif- und Vertriebsstrategie im MDV**. Hierfür wurden vorbereitende Studien und Recherchen durchgeführt und diese mit den Gesellschaftern diskutiert. Dieser Prozess soll 2020 fortgesetzt werden, um eine abschließende Entscheidung für die nächsten Jahre zu treffen. Die Komplexität der Diskussion ist sehr hoch, zumal hier spezifische unternehmensinterne Ziele einfließen. Dies sind insbesondere die Reduzierung bzw. mittelfristige Abschaffung von Bargeld und Papiertickets.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des eTicketing im MDV wurde im Jahr 2019 die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b begonnen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um auch bargeldloses Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) zu ermöglichen. Die Umsetzung erstreckt sich noch bis zum 2. Quartal 2020. Als erstes Verkehrsunternehmen wird die LVB diese Funktionen für Ihre Kunden anbieten. Bei weiteren Verkehrsunternehmen im MDV gibt es bereits in Umsetzung befindliche Projekte bzw. konkrete Planungen dazu. Die Erweiterung kann dann später auch von anderen Verkehrsunternehmen genutzt werden.

Mit der Inbetriebnahme des ReTSy-Systems bei der PNVG konnte auch die Anbindung an das MDV-BerSy erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage wurde 2019 mit der Umstellung der Abonnenten der PNVG auf Chipkarte begonnen; der Abschluss wird im 1. Quartal 2020 erfolgen. Des Weiteren war die Umstellung des Systems Patris bei der LVB im Jahr 2019 soweit fortgeschritten, dass die Anbindung an BerSy nach VDV-KA-Version 1.5 erfolgreich getestet werden konnte. Die Produktivsetzung wird dann Anfang 2020 erfolgen.

Das **handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** hat sich zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2019 ist die Nutzung wiederum angestiegen. Anfragen zu Verbindungen und Abfahrtszeiten stiegen von 54,5 Mio. in 2018 auf 68,8 in 2019 und damit um 26 %. Mit fast 1,3 Mio. Ticketkäufen in Höhe von EUR 3,75 Mio. bedeutet dies einen Anstieg von rd. 30 % zum Vorjahr.

Im Jahr 2018 wurde beschlossen, die App easy.GO mit den Schwerpunkten zusätzliche Bezahlfverfahren, Buchung von Rufbusfahrten und verbundüberschreitende Auskunft und Verkäufe inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland weiterzuentwickeln. Hierfür wurde 2019 eine europaweite Ausschreibung durchgeführt und nach Auftragsvergabe im August 2019 mit den Arbeiten begonnen, die in mehreren Stufen 2020 produktiv gesetzt werden sollen. Parallel dazu wurde über eine Agenturausschreibung eine neue Marke für die App kreiert, da easy.GO aufgrund des rechtlichen Rahmens nicht mehr weiter genutzt werden kann, und die im Jahr 2020 geplante Vermarktung vorbereitet.

Im Jahr 2019 wurde die **Einführung der neuen Bordrechner bei der PVG Burgenlandkreis** begleitet und entsprechende umfangreiche Tests durchgeführt. Die ersten Geräte sind im Dezember 2019 in Betrieb gegangen. Im Jahr 2020 sollen alle Bordrechner implementiert werden.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um zusätzliche Funktionen für die Fahrgastinformation erweitert. Mittels eines DFI-Konverters ist es möglich, Fahrten von Fremdunternehmen aus den Auskunftsdaten für die DFI-Schnittstellen der Abnehmer aufzubereiten. In 2020 ist geplant, die Datendrehscheibe des Verkehrsverbundes Oberelbe an die MDV/NASA- Datendrehscheibe anzuschließen, wozu bereits 2019 die Vorarbeiten und Abstimmungen durchgeführt wurden. Gleichzeitig wurde das Thema **Anschlussicherung** vorangetrieben, indem durch den Bereich Verkehrsplanung neue Anschlussicherungspunkte für PlusBus-Linien in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig definiert wurden. Die Verbundgesellschaft unterstützt Verkehrsunternehmen, die aufgrund technischer Probleme bisher keine Anschlussicherungspunkte implementiert konnten. Die Datengrundlage auf Seiten der Datendrehscheibe ist jedoch vorhanden und kann jederzeit genutzt werden.

Im Zuge der **Open Data** Strategie wurde der Zugang zu den Fahrplänen im GTFS-Format weiter vereinfacht. Der Datensatz kann ohne Einschränkungen über die Verbundseite bezogen werden und wird entsprechend der INSA-Auskunft wöchentlich aktualisiert. Darüber hinaus erfolgte die Veröffentlichung der Daten auf Google Maps. Der Datensatz wird auch zunehmend durch die Verbundpartner für eigene Vorhaben genutzt, wie z.B. LVB Flexa, HAVAG FARTIQ oder das Tool „Reachie“ im Projekt LOW CARB. Der GTFS-Datensatz wird laufend optimiert, wobei im Vordergrund die Abbildung von Rufbussen steht. Mit der Bereitstellung der Soll-Fahrplandaten an DELFI und den sog. nationalen Zugangspunkt (DODP) erfüllen die MDV-VUs zudem die aktuellen Anforderungen der EU bezüglich der Bereitstellung von Mobilitätsinformationen gem. der delegierten Verordnung (EU) 2017/1926. Die Anschaffung von Echtzeitdatenschnittstellen konnte dagegen bisher noch nicht umgesetzt werden.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden insbesondere der Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement vorangetrieben. In der AG Autonomes Fahren fand ein umfassender Austausch der Projektbeteiligten (ABSOLUT, automatisierter Bus Rackwitz), kommunalen Akteuren, Landesbehörden und der Forschung im MDV statt. Der Geschäftsbesorger unterstützt die Partner nach Bedarf mit Daten und Know-How im Bereich der Leitstellentechnik. Im Bereich **umweltsensitive Verkehrssteuerung** konnte durch die Universität Leipzig (InfAI) und die Stadt Leipzig eine Referenzmessstelle zu Erfassung von Luftschadstoffen an einer offiziellen Landesmessstelle eingerichtet werden. Die Erkenntnisse zur Verlässlichkeit der kostengünstigen Erfassungsmethode sowie möglicher Anwendungsfälle werden 2020 im Rahmen der KOV-VM geprüft. Eine wichtige Aufgabe ist die Unterstützung der Partner bei der Datenbereitstellung und Datenbeschaffung. Die Verbundgesellschaft bildet damit eine Vermittlungsebene zwischen den Datenanbietern und Abnehmern (s. a. Datendrehscheibe und GTFS-Fahrpläne) und ist Ansprechpartner für Dritte. Einen weiteren Baustein des Datenmanagements bildet die Bereitstellung eines Abfahrtstafelgenerators für Anzeiger Dritter. Die Bereitstellung erfolgt voraussichtlich in 2020.

Mit der Realisierung der neuen Verbund-App wird seit 2019 das Thema der Beauskunftung, Buchung und Bezahlung von **Anrufbussen** umgesetzt. Entsprechende Erweiterungen der geplanten App sowie des Hintergrundsystems INSA wurden konzipiert und beauftragt. Die Grundlage dazu bilden die Dispositionssysteme der Verkehrsunternehmen Geißler Reisen und Regionalbus Leipzig.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2019 in einer zweiten Stufe eine Ausschreibung für die Neubeschaffung der Software für die Hochrechnung, den Saldenausgleich und die Stichprobenbildung vorbereitet und durchgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2019 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Im **Projekt „Landkreis Leipzig in Fahrt“** konnten im Jahr 2019 sowohl der neugestaltete Stadtverkehr Grimma als auch der komplett neue Stadtverkehr von Bad Lausick in Betrieb genommen werden. Dabei wurden in Grimma vor allem Linienläufe verbessert, die Haltestellenanzahl deutlich erhöht, die Taktlücken am Vormittag geschlossen und das Angebot am Abend und am Wochenende erstmals eingerichtet. Die Fahrgastzahlen sind in Grimma schon wenige Wochen nach der Umstellung deutlich gestiegen. Während der Stadtverkehr in Grimma im April 2019 umgesetzt wurde, startete Bad Lausick im Dezember 2019. Wie auch in Grimma wird hier ein Halbstundentakt mit dichten Haltestellenangebot, Verknüpfung zum Regionalverkehr und zum SPNV in Richtung Leipzig angeboten.

Die Planungen für den Stadtverkehr in Colditz sind Ende 2019 fast vollständig fertig gestellt worden. Hier soll der nächste Innovationsschritt umgesetzt werden, eine Umsetzung als flexibler Rufbus. Start ist für den August 2020 vorgesehen. Ein Pre-Test für flexible Bedienformen hat Regionalbus Leipzig im Raum Bennewitz seit Dezember 2019 gestartet. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass sowohl die Dispositionssoftware „Cover“ als auch die technischen Abläufe bei Regionalbus Leipzig funktionieren und eine gute Basis für den flexiblen Stadtverkehr Colditz bieten. Kritisch dagegen ist, dass die Genehmigungsbehörde keine Genehmigung als Linienverkehr erteilt hat. Das Verfahren befindet sich derzeit in Klärung.

Für den Bereich rund um **Wurzen** ist ab 2020 gemeinsam mit dem Landkreis Nordsachsen kreisgrenzenüberschreitend ein ÖPNV-Projekt vorgesehen, das den Bereich Taucha, Borsdorf, Wurzen, Falkenhain Mockrehna und Eilenburg umfasst. Die Federführung – unter fachlicher Begleitung des MDV - wird bei den Aufgabenträgern liegen.

Das unter Federführung des Burgenlandkreises zur Umsetzung vorgesehene Projekt **„Clever unterwegs im Burgenlandkreis“** liegt derzeit auf Eis. Hintergrund waren sowohl personelle Engpässe bei der PVG Burgenlandkreis als vor allem auch die Notwendigkeit des Landkreises die für das ÖPNV-Konzept vorgesehenen finanziellen Mittel für eine außerordentliche Situation im Landkreis einzusetzen.

Daher ist die für 2019 avisierte begleitende Kommunikation und Marketing des Vorhabens gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen in die Jahre 2020/21 verschoben worden.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträgern zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2019 der Nahverkehrsplan für den Landkreis Nordsachsen fertig gestellt und vom dortigen Kreistag beschlossen. Die Bearbeitung der Pläne für den Landkreis Leipzig und das Altenburger Land sollen in 2020 fertig gestellt werden. Damit wären für alle fünf MDV-Landkreise der erste NV-Plan gemäß der Kooperationsvereinbarung erstellt. Die erste Aktualisierung wird in 2020 im Saalekreis begonnen.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt „**Schmölln macht mobil**“ wurden bis Jahresende 2019 die Planungen für Linienlauf, Haltestellen und Fahrpläne fertiggestellt. Problematisch hierbei war der parallel laufende Prozess des Freistaates Thüringen, das Schulgesetz zu verändern, was wiederum Auswirkungen auf die Schulstandorte haben kann. Insgesamt kam der Prozess der Fahrplangestaltung langsamer als geplant voran, da sich durch die Abstimmungen mit den Kommunen zu Haltestellen und Fahrwegen immer wieder neue Anforderungen ergeben haben. Die Planungen sind jetzt fertiggestellt und werden dem Kreistag in Form von Baustein-Paketen zur Abstimmung angeboten: Basispaket (vertaktete Linien + Schülerverkehr), Abendverkehr, Wochenendverkehr, kleine Ortschaften (Rufbus) und Nachbarschaftsverkehr (kreisgrenzenüberschreitender Verkehr). Ein Beschluss ist für 2020 vorgesehen. Der Freistaat Thüringen fördert das Vorhaben im Personal- und Marketingbereich.

Seit August 2017 wird das Projekt durch Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen begleitet.

Der **PlusBus** feierte im Dezember 2019 seinen sechsten Geburtstag. Inzwischen fahren in Deutschland über 100 Linien unter dieser Markenbezeichnung. Mit dem Lizenzvertrag an die Nah.SH ist dem PlusBus erstmals der Schritt in die Nordwestdeutschen Bundesländer gelungen. Die Marke wird von der NASA GmbH und dem MDV lizenziert.

Der MDV unterstützt die Verbundpartner bei der Erfassung von **Daten zur Barrierefreiheit**. Mit der Erarbeitung des DELFI-Handbuches für Barrierefreiheit im ÖPNV (DELFI e.V.) wurden deutschlandweite Standards für die Datenerhebung festgelegt, die auch im MDV angewendet werden sollen. Durch die Bereitstellung einer Softwarelösung für die Erfassung von Haltestellendaten sowie Datenspezifikation schuf der MDV eine Grundlage für die Erfassung der Daten im Verbund. Des Weiteren wurden bereits in den Fahrplandaten gelieferte Fahrzeuginformationen (geplanter Einsatz eines Niederflurfahrzeugs) in Leipzig, Halle und SPNV-Netz in der Auskunft freigeschaltet.

Im Jahr 2019 beginnt die Aufnahme der im „Leitfaden für die Barrierefreiheit im MDV“ und DELFI-Handbuch Barrierefreiheit enthaltenen Anforderungen zur Ausstattung von Haltestellen in den Landkreisen Saalekreis und Burgenlandkreis. Im Landkreis Altenburg im Vorfeld durchgeführte Erhebungen sollen mit integriert werden. Diese Daten sollen sowohl für die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten als auch für Informationen auf der Webseite verwendet werden.

Aus der **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden neben verschiedenen Tarif- und Vertriebsmaßnahmen auch ein sachsenweites Netz aus Plus- und TaktBussen entwickelt, dass zusammen mit dem SPNV ein engmaschiges Netz an hochwertigen ÖPNV-Angeboten darstellt.

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt den Betrieb von über 100 Plus- bzw. TaktBus-Linien in ganz Sachsen finanziell zu fördern. 2019 wurden bereits 59 Linien auf das neue Qualitätsniveau gehoben bzw. komplett neu eingerichtet. Eine ähnlich große Anzahl ist für 2020 zur Umsetzung vorgesehen. Der MDV hat federführend die sachsenweite Umsetzung sowie ein Gestaltungskonzept für die einheitliche Vermarktung bei allen sächsischen Verbänden auf den Weg gebracht.

Die **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** ist Ende 2019 ausgelaufen und wurde durch eine neue Vereinbarung ersetzt. Themen in 2019 waren u.a.:

- Planung von Anschlusssicherung von PlusBus-Linien an den SPNV
- Abschätzung Kapazitätsbedarf Bus-Verknüpfungstellen Regis-Breitungen, Neukieritzsch, Gaschwitz
- Stadtverkehr Borna - Grundlagenplanung
- Kontrolle von SEV-Leistungen und von SPNV-Qualitätskontrollen

Gefördert über die Fachkräftenrichtlinie des Freistaates Sachsen werden die Landkreise Leipzig und Nordsachsen das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt. Aufgrund von Personalengpässen konnte die Arbeit in 2019 nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Trotz dessen wurde insbesondere das betriebliche Mobilitätsmanagement beim größten Arbeitgeber des Landkreises Leipzig, dem Landratsamt, vorangebracht. Im Landkreis Nordsachsen wurde die grundlegende BMM-Datenbank mit allen relevanten Unternehmen sowie deren Erreichbarkeit und den Vor-Ort-Ansprechpartnern erstellt. Die speziell für das Gewerbegebiet rund um den Glascampus in Torgau initiierte StadtBus-Linie konnte bereits im Dezember 2019 in Betrieb genommen werden. Im Jahr 2020 werden intensive Beratungen durchgeführt um gemeinsam mit den Betroffenen Mobilitätslösungen zu entwickeln und umzusetzen. Die derzeitige Förderung läuft noch bis Februar 2021.

Im von der EU geförderten Projekt „**LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig**“ haben sich die Projektpartner LVB, Stadt Leipzig und MDV das Ziel gesetzt, für die weiterhin stark boomenden Gewerbestandorte im Norden von Leipzig u.a. einen Masterplan Verkehr zu erstellen, der eine Steuerung des erhöhten Mobilitätsbedarfes in diesem Gebiet zu Gunsten des ÖPNV vorsieht. In 2019 wurde der Masterplan für eine stufenweise entwickelt und bereits sowohl mit den Verwaltungen als auch mit den ansässigen Unternehmen besprochen. Das Projekt hat eine Laufzeit bis ins 2. Quartal 2020. Eine Weiterführung mit dem Ziel der Umsetzung wird von den Projektpartnern gewünscht. Die Finanzierung der mittelfristig benötigten Stellen befindet sich in der Klärung.

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeit und Kommunikation** waren im Jahr 2019 auf folgende Themen ausgerichtet:

Das Marketing konzentrierte sich auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung der neuen Stadtverkehre** in Grimma, Brandis und Bad Lausick sowie die **Einführung der neuen Tarifprodukte** (vor Allem ABO Aktiv).

Im **Südlichen Leipziger Neuseenland** konnte in zwei Teilschritten im August und im Dezember 2019 das angepasste Liniennetz von RL und THÜSAC mit entsprechender kommunikativer Begleitung in Betrieb gehen. Vertaktete Linien und gute Anschlüsse zum SPNV in Richtung Leipzig sind auch hier die Merkmale des neuen Angebotes. Insbesondere der Stundentakt zwischen Pegau und Groitzsch (aus zwei überlagernden Linien gestaltet) stellt eine deutliche Verbesserung des Angebotes dar. Die ursprünglich für August vorgesehene Komplettumsetzung musste aufgrund von Personalengpässen bei der THÜSAC auf zwei Teilschritte aufgesplittet werden.

Die Vermarktung wird federführend durch den MDV in enger Abstimmung mit dem Landkreis Leipzig und den beiden Verkehrsunternehmen durchgeführt.

Das in 2017 und 2018 auf den Weg gebrachte Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** wurde 2019 als **mehrstufige Kampagne** realisiert. Vorangegangen war ein Agenturwettbewerb im Rahmen einer Ausschreibung. Die Ziele waren insbesondere, verbundweite Aufmerksamkeit für das gemeinsame Gesamtprodukt „Nahverkehrssystem in Mitteldeutschland“ zu erzeugen und mit Dialogmarketing Neukunden zu gewinnen. Die Kampagne ist erfolgreich verlaufen und wird verbundweit je nach Thema und Unternehmensbeteiligung weiter ausgerollt. Ab Mitte 2020 soll ein Evaluierungskonzept erarbeitet werden.

Neben dem Marketing der Verkehrsprojekte in den Landkreisen (vgl. vorherige Absätze) lagen die weiteren Themen insbesondere auf folgenden Handlungsfeldern:

- Vermarktung, Pressekampagne und politische Kommunikation zur 3. Verbunderweiterung („MDV Nord“)
- Marketingkampagnen AzubiTicket Sachsen, SchülerfreizeitTicket, Übergangstarif Oschatz-Riesa (in Abstimmung mit den VV in Sachsen)
- Entwicklung eines einheitlichen Marktauftrittes für PlusBus und TaktBus in Sachsen (in Abstimmung mit den Verkehrsverbänden in Sachsen)
- verbundweite Mobilitätsberatung am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon zu Verbindungen, neuen Tarifprodukten und neuen Verkehrsangeboten
- Tarifwechsel 01. August 2019 (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- Strategiearbeitsgruppe Systemzugang (Fokus Zusatzaushänge an Haltestellen in den Landkreisen)
- Fahrplanwechsel im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen),
- Schulungen der Verbundunternehmen sowie
- Pressearbeit zu strategischen Themen des MDV.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2019

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 13. Dezember 2018 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2019 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2019 **zu zahlende Zuschuss** von **TEUR 2.662** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2019 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2018 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 359 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.575 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.568 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.993 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 446 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 wurde davon durch die Gesellschafter am 5. Dezember 2019 bereits ein Übertrag von TEUR 393 auf die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 53 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2019/2020 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2019 und 2018 von TEUR 778 wurden 2019 TEUR 395 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2020 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 383 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 309 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2020 für die Jahre 2020 bis 2024 enthalten. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 74 nicht in Anspruch genommen, was insbesondere Strategieprojekte und die Weiterentwicklung easy.GO betraf.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.938 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.416) um 22 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens (TEUR 203) und der Forderungen (TEUR 245) auf der Aktivseite. Die Erhöhung der Forderungen betrifft insbesondere Forderungen gegen Gesellschafter aus verschiedenen weiterberechneten Marketingleistungen. Durch die anteilige Förderung der Anlagenzugänge bei gleichzeitiger planmäßigen Auflösung für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von TEUR 138 erhöhte sich der Sonderposten aus Investitionszuschüssen (TEUR 107). Die nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil führten zur einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (TEUR 168) und die zum Stichtag noch nicht in Anspruch genommenen Fördermittel zu einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 212) auf Passivseite.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2019 gesichert.

Ausblick auf 2020 und 2021

Im Jahr 2020 wird die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Weiterhin wird die Verbundgesellschaft nach der Einführung des MDV-Tarifs für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord) auch weiterhin auf eine Vollintegration dieser Gebiete hinwirken.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie-Situation wird die MDV-Geschäftsstelle in Abstimmung mit den Gesellschaftern prüfen, wie die Fortschreibung laufender bzw. geplanter Vorhaben ausgerichtet wird und wo sich veränderte Aufgabenschwerpunkte ergeben.

Im tariflichen Fokus werden u. a. der Sachsentarif und das sächsische Bildungsticket stehen, wobei mit einer Umsetzung voraussichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt zu rechnen ist. Dazu sind im Vorfeld auch vertriebliche Rahmenbedingungen zu prüfen und zu schaffen.

Weitere tariflichen Entwicklungen sind im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der vertrieblichen Digitalisierung, z.B. bei künftiger Nutzung von CiBo-Systemen (Check in/ Be out), zu betrachten.

Im Jahr 2020 wird auch die vollständige Umstellung der Schüler der PNVG auf Chipkarte erfolgen, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u.a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Ebenso ist in 2020 die Produktivsetzung der ersten eTicketing-Funktionen der neuen Bordrechner (IVU) der PVG Burgenlandkreis, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen, sowie die Anbindung des Bordrechnersystems und des Regionalen Ticketingsystems (ReTSy) an das MDV- Berechtigungssystem (BerSy) vorgesehen. Im Rahmen dieser u. a. Tests und Schulungen durchzuführen.

Für das Jahr 2020 ist der Prozess der Umstellung der Zeitkarten auf Chipkarten bei der LVB vorgesehen. Die damit einhergehenden Tests und Abnahmeprozesse im Zusammenspiel der Systeme der LVB und dem MDV-BerSy sowie die Kommunikation gegenüber den anderen Verbundpartnern werden hierbei den Schwerpunkt der Arbeiten darstellen.

Im Rahmen der Einführung der neuen Verbund-App wird auch das **verbundüberschreitende Ticketing** umgesetzt. Künftig soll der Fahrgast für Fahrten in anderen Teilen Sachsens sowie über Verbundgrenzen hinweg Tickets in der MDV App erwerben können. Die Umsetzung ist für Ende 2020 vorgesehen. Bis dahin sind vielfältige technische, vertragliche und organisatorische Aufgaben zu erfüllen.

Im Rahmen der **Automatischen Fahrgastzählung** soll mit der Programmierung und Einrichtung der 2. Stufe (Software für Hochrechnung, Saldenausgleich und Stichprobenbildung) in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen begonnen werden.

Schwerpunkte der Kooperation **Intermodales Verkehrsmanagement 2020** sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit Politik und Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Außerdem soll eine kommunale Austauschplattform zum Verkehrsmanagement der Verkehrsämter Halle, Leipzig, Erfurt, Potsdam, Dresden, Chemnitz und Magdeburg organisiert werden.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2024 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 wurde von der Gesellschafterversammlung am 05. Dezember 2019 beschlossen. Die Gesellschaft sieht im Rahmen der Corona-Pandemie keine Notwendigkeit eines Nachtragswirtschaftsplans und hält weiterhin an der beschlossenen Planung fest. Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2020 sieht durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.961 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 393, wovon TEUR 297 auf das Jahr 2020 und TEUR 96 auf 2021 entfallen.

Für die Liquiditätssicherung bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie gibt es die Möglichkeit der Nutzung bisher nicht verbrauchter Zuschüsse nach Einholung eines Gesellschafterbeschlusses.

Zudem wurde durch die Verkehrsministerkonferenz ein offener Brief mit der Bitte um einen „Rettungsschirm für den ÖPNV“ verfasst. Ziel ist der Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen durch die Bundesländer und den Bund.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre unter Berücksichtigung geplanter Entnahmen aus der Kapitalrücklage von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2019. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die aktuelle Pandemie-Situation mit einer derzeit stark rückläufigen Nachfrage und entsprechenden Einnahmen im ÖPNV kann dabei möglicherweise die Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse insbesondere der Verkehrsunternehmens-Gesellschafter, sowohl für das laufende Jahr als auch das Folgejahr beeinflussen. Daher sind bereits jetzt künftige Einsparungspotentiale zu prüfen.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freimfelder Straße 43 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	<hr/> 50	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	180	26	131	25	129	27	49	37
Umlaufvermögen	509	73	353	69	337	69	156	44
Rechnungsabgrenzungsposten	9	1	32	6	20	4	-23	-72
Aktive latente Steuern	0	0	0	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	698	100	516	100	487	100	182	35
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	147	21	147	29	134	27	0	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	7	1	8	1	0	0	-1	-13
Rückstellungen	202	29	236	46	182	38	-34	-14
Verbindlichkeiten	342	49	125	24	126	26	217	174
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	45	9	0	

Bilanzsumme	698	100	516	100	487	100	182	35
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.648	3.633	3.012
sonstige betriebliche Erträge	431	186	114
Materialaufwand	490	372	284
Personalaufwand	3.995	3.062	2.567
Abschreibungen	64	84	55
sonstige betriebliche Aufwendungen	526	275	214
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	9	1
Ergebnis nach Steuern	3	17	5
sonstige Steuern	4	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	14	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,02	0,38	0,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,49	10,19	1,32	%
Cash-Flow:	63	98	57	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	36	36	34	T€
Personalaufwandsquote:	78,65	80,19	82,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	24,79	25,22	26,49	%
Eigenkapitalquote:	21,02	28,61	27,48	%
Fremdkapitalquote:	78,98	71,39	72,52	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,09	0,38	0,19	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	28,34	29,10	27,63	TEUR

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Die Leistungsbereiche in der Gesellschaft werden unterteilt in die Bereiche Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstige Leistungen, dies betrifft überwiegend saisonale Geschäfte bzw. sich im Aufbau befindliche Bereiche.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Schulen, Kindertages-, Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glasrahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffiti-entfernung, Vandalismusschädenbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Gebäudereinigung, dieser ist in den letzten zwei Geschäftsperioden am stärksten gewachsen.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen. Diese Leistungen wurden in der vergangenen Geschäftsperiode erweitert. Hier ist vor allem die Schwerbehindertenerhebung für die Dessauer Verkehrs GmbH (DVG) zu nennen sowie die Bearbeitung des erhöhten Beförderungsentgelts bis einschließlich Beibehaltungsmaßnahmen, ebenfalls für die DVG.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an verschiedenen Standorten.

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Gebäudereinigung und kann als Spezialist auch im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau des Bereiches Gebäudereinigung ist nunmehr in den Vordergrund gerückt und wird durch den Konzernverbund unterstützt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Serviceoptimierung ein Ziel der Servicegesellschaft Saale mbH. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds tätig und will in diesem Gebiet weitere Kunden akquirieren, um somit mittelfristig ein größeres Gebiet zu bedienen.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich bei der SGS im Aufbau, dies erfolgt ausschließlich für Leistungen innerhalb des Stadtwerke Halle (SWH) Konzerns. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend des Geschäftsfelds in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Jahr 2019 begann mit den Tarifierpassungen des Tarifvertrages der Gebäudereinigung, welcher zum 1. Januar 2019 umgesetzt wurde. Der Tarif der Lohngruppe 1 in der Gebäudereinigung wurde um 5,2 % erhöht. Die Erhöhungen konnten ohne Leistungsanpassungen bei den Kunden mit einer entsprechenden Preisanpassung umgesetzt werden.

Des Weiteren wurde der Vergütungstarifvertrag für Arbeitnehmer, der unter den Tarifvertrag Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe fällt, angepasst. Somit wurden die Vergütungserhöhungen zum 1. Juni 2019 angehoben. Die betroffenen Leistungsverträge mit den Auftraggebern wurden umgehend angepasst.

Am 24. April 2018 begannen die Verhandlungen zum Rahmentarifvertrag der Gebäudereinigung zwischen dem Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks und der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, diese wurden am 18. Oktober 2019 abgeschlossen.

Alle Beschäftigten erhalten künftig einen Belastungszuschlag von 25 Prozent ab Überschreitung der 8. Arbeitsstunde am Tag. Weiterhin wurden die Zuschläge für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit angepasst. Im kommenden Jahr wird der Lohnstarifvertrag der Gebäudereinigung verhandelt. Hier wird speziell über ein Weihnachtsgeld/13. Monatsgehalt verhandelt werden. Hierzu wurde eine Übergangsregelung getroffen, die bereits 2019 greifen soll. Es werden weiter ein Branchen-Treuebonus bei Arbeitgeberwechsel sowie eine separate Eingruppierung für Gesellen, die den Ausbildungsberuf des Gebäudereinigers erlernt haben, verhandelt.

Vor diesem Hintergrund sind die Tarifverhandlungen für den Rahmentarifvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich Dienstleistung, Logistik und Bäderbetriebe der Stadtwerke Halle GmbH von entscheidender Bedeutung. Aktuell ist bekannt, dass die Tarifkommission der Gewerkschaft die Verhandlungspunkte aufgestellt hat. Es wird davon ausgegangen, dass grundlegende Änderungen bei der Struktur vorgenommen werden, welche sich im Wesentlichen auf die Fahrausweisprüfung auswirken werden.

Zum 1. Januar 2019 übernahm die SGS im Rahmen eines Betriebsübergangs von der Cives Dienste GmbH insgesamt zehn Mitarbeiter sowie die entsprechenden Objekte in der Unterhaltsreinigung.

Im Februar wurde mit der Schwerbehindertenerhebung für ein ÖPNV-Unternehmen außerhalb Halle (Saale) begonnen. Diese Erhebung führte die Gesellschaft selbstständig durch und wurde im November beendet. Weiterhin begleiteten die Mitarbeiter die Bearbeitung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie alle damit verbundenen Zahlungs- und Beitreibungsmaßnahmen. Das Unternehmen prüft, diesen Arbeitsprozess an die SGS zu vergeben. Hierfür sind vor allem noch technische Rahmenbedingungen zu klären.

Nach dem Umzug im vergangenen Jahr in die Liegenschaft der EVH GmbH (EVH) in der Freimfelder Straße 43 wurde in diesem Jahr die geplante Containeranlage aufgebaut sowie eine Garage für die Unterbringung von Technik und Material hergerichtet. Diese Objekte werden zukünftig von dem Bereich des Haltestellendienstes und der Anlagenpflege genutzt.

Im Rahmen des ESF-Projektes „Sicherheitskonzept Halle“ erfolgten in diesem Geschäftsjahr unterschiedliche Schulungen und Weiterbildungen für die Mitarbeitenden der Fahrausweisprüfung. Unter anderem wurden diese in Englisch, Kommunikation und Deeskalation geschult. Es haben 6 Teilnehmende im Rahmen der Trainer-Ausbildung an der Ausbildereignungsprüfung bei der IHK Halle teilgenommen. Weiterhin wurden 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend der Sachkundeprüfung nach § 34 a Gewerbeordnung unterrichtet und geprüft.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Mindestlohnkommission hatte am 31. Oktober 2018 eine Anpassung des Mindestlohns bekanntgegeben, der Ecklohn beträgt 9,19 EUR vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019. Für das Jahr 2020 beträgt der Ecklohn 9,35 EUR. Im Jahr 2020 wird durch die Mindestlohnkommission ggf. ein neuer Mindestlohn festgelegt, der dann ab dem Jahr 2021 Gültigkeit erlangen würde.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Straßenbahn- und Busreinigung sowie der Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund. In der Gebäudereinigung hat die Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Qualitätsanspruch weitere Aufträge erhalten.

In der Fahrausweisprüfung hat die Gesellschaft für weitere Kunden Prüfdienste ausgeführt und konnte diese vertraglich binden, wodurch für beide Seiten eine Planungssicherheit entstanden ist. Einen besonderen Anspruch stellte die Kundenberatung in Service-Centern für einen Drittkunden dar, welche erfolgreich durchgeführt wurde. Im Bereich der Sicherheit wurden vor allem für die HAVAG und EVH zusätzliche Empfangsdienste erbracht. Für die EVH wurde zum Ende des Jahres die Leistung erweitert und langfristig vertraglich gebunden.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die fertiggestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitern/-innen beräumt werden.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 146 (Vorjahr 111) Arbeitnehmer beschäftigt; zum 31. Dezember 2019 waren es 150 (Vorjahr 116). Darin enthalten sind 11 Gehaltsempfänger sowie 4 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr T€ 3.995 (Vorjahr T€ 3.062). Darin enthalten sind Ausgleichszahlungen für die in Vorjahren von der HAVAG auf die SGS übergegangenen Mitarbeiter. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen T€ 28 im Geschäftsjahr.

Die für Mitarbeiter im Rahmentarifvertrag der SWH vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer sowie eine Gesundheitscard für die Mitarbeiter abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen angepasst.

Die Gesellschaft hat ihren Personalauswahlprozess im Geschäftsjahr verändert und sucht verstärkt vor allem Mitarbeiter mit einem Migrationshintergrund. Zum 31. Dezember 2019 haben bereits 25 % der Belegschaft einen Migrationshintergrund. Damit verbunden sind veränderte Anforderungen an die Betriebsorganisation. Hier liegen für die Gesellschaft große Aufgaben im kommenden Jahr.

Hierzu zählt auch, sich den Veränderungen der Altersstruktur der Gesellschaft anzunehmen und diese innerbetrieblich zu lösen. Personalausfälle kurz- wie langfristig führen zu einer starken Belastung für alle Mitarbeiter in einem sehr personalintensiven Dienstleistungsbereich. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Unternehmensbindung, wodurch mehrmalige Personalmaßnahmen vermieden werden sollen.

Mit Hilfe des ESF-Projektes konnten die Mitarbeiter in der Fahrausweisprüfung eine Qualifizierung durchführen sowie ihre Fach- und Sozialkompetenzen stärken.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr haben sich in der Reinigung ein und in Fahrausweisprüfung zwei schwere Arbeitsunfälle ereignet. Berufskrankheiten, mit schweren Auswirkungen, sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte ein erfolgreiches Jahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1 abschließen.

(Angaben in T€)	2019	2018	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	4.648,5	3.633,3	1.015,2	27,9
Sonstige Erträge	431,1	185,5	245,6	>100,0
Gesamtleistung	5.079,6	3.818,8	1.260,8	33,0
Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	149,5	115,0	34,5	30,0
Aufwendungen für bezogene Leistungen	340,4	256,8	83,6	32,6
<i>Deckungsbeitrag</i>	<i>4.589,7</i>	<i>3.447,0</i>	<i>1.142,7</i>	<i>33,2</i>
Personalaufwand	3.995,0	3.062,4	932,6	30,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	526,3	274,7	251,6	91,6
EBITDA	68,4	109,9	-41,5	-37,8
Abschreibungen	63,7	84,2	-20,5	-24,3
EBIT	4,7	25,7	-21,0	-81,7
Finanzergebnis	-0,5	0,0	-0,5	<100,0
Ergebnis vor Steuern	4,2	25,7	-21,5	-83,7
Steuern	4,9	12,1	-7,2	-59,5
Ergebnis vor EAV/nach Steuern	-0,7	13,6	-14,3	>-100,0

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 4.648 (Vorjahr T€ 3.633) verzeichnen. Davon entfielen T€ 2.114 (Vorjahr T€ 1.522) auf die Gebäudereinigung, T€ 660 (Vorjahr T€ 620) auf die Fahrzeugreinigung, T€ 1.182 (Vorjahr T€ 1.015) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 102 (Vorjahr T€ 95) auf den Winterdienst und T€ 201 (Vorjahr T€ 162) auf die Vegetationspflege, T€ 244 (Vorjahr T€ 219) auf Poststelle und den Empfang sowie auf die Haltestellenreinigung T€ 145. Aufgrund von Vertragsanpassungen in der Reinigung und der Fahrausweisprüfung sowie über den geplanten Umfang hinaus erbrachte Leistungen kommt es zu erhöhten Umsatzerlösen. Zu diesen Leistungen zählen zusätzliche Reinigungsleistungen gegenüber der HWS sowie Leistungen in der Fahrausweisprüfung gegenüber Dritten.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 147 (Vorjahr T€ 148). Das Anlagevermögen ist damit zu 81 Prozent (Vorjahr 112 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von T€ 116 (Vorjahr T€ 96) getätigt.

Aufgrund der getätigten Investitionen im Geschäftsjahr ergibt sich zum Stichtag eine Cash Pool-Verbindlichkeit, sodass sich die verfügbaren liquiden Mittel (einschließlich Cash Pool-Verbindlichkeiten) zum 31. Dezember 2019 auf T€ -106 (Vorjahr T€ 75) verringerten. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 342 (Vorjahr T€ 124). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von -30 Prozent (Vorjahr 60 Prozent). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool ist unterjährig erfolgt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 182 bzw. 35 % auf T€ 698 gestiegen. Dieser Anstieg ist aktivisch auf die Erhöhung des Anlagevermögens und der Forderungen zurückzuführen. Passivisch sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aufgrund des negativen Cash Pool gestiegen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2019 beträgt T€ 180 (Vorjahr T€ 131). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 184 (Vorjahr T€ 141).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 4 (Vorjahr T€ 26). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,08 % (Vorjahr 0,71 %). Der Jahresfehlbetrag nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 1 (Jahresüberschuss Vorjahr T€ 14).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Erhöhung des Jahresüberschusses angestrebt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum 31. Dezember 2019 wurden für das Jahr 2020 bei der SGS insgesamt fünf Risiken ermittelt (Vorjahr fünf). Die Risiken lassen sich alle einer Risikokategorie (Marktrisiken) und Risikogruppe zuordnen.

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt, dieser hat sich in vergangenen Jahren verkleinert und ist zugleich die Basis der Gesellschaft. Die Verschiebung kam durch den Ausbau der Vertragsleistungen mit der HWS sowie mit Drittkunden zustande. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Gesellschafteranteile sowie getragenen Philosophie wird auf mittlere Sicht als gering eingeschätzt. Ebenso wird am Drittmarkt immer mehr deutlich, dass die Kunden bereit sind, bei einer entsprechenden qualitativen Leistung ein höheres Entgelt zu entrichten. In einzelnen Branchen (z. B. Krankenhäusern) findet wieder ein Wechsel von Fremd- auf Eigenreinigung statt, wovon die Gesellschaft nicht betroffen ist, was aber vor allem einen entscheidenden Einfluss auf die Personalrekrutierung und viel mehr auf die Mitarbeiterbindung hat. Ein weiteres Risiko besteht bei einer ausbleibenden Vertragsverlängerung für die Reinigungsleistungen von kommunalen Einrichtungen. Hier hat die Gesellschaft selbst nur eine sehr geringe Handlungsmöglichkeit und ist auf die HWS als Vertragspartner angewiesen. Die Vertragslage ist zu einem großen Teil langfristig ausgerichtet und gebunden. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die SWH entsprechend den sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Zielen, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in den gebildeten Kennzahlen der operativen Exzellenz wider. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der SWH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Die Inhouse-Fähigkeit ist von großer Bedeutung für den Steuerungs- und Entscheidungsprozess. Dies wird beispielhaft im Bereich der Haltestellenreinigung sowie bei Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, deutlich. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der SWH angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu schaffen.

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen bestehen nicht.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so den Nachweis der Wettbewerbsfähigkeit zu erbringen und dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Dadurch wird der Umsatz gesteigert und eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

6. Prognosebericht

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit den Konzernunternehmen der SWH. Die Grundlage dafür ist, dass die SGS weiter eng mit der Gesellschafterin HAVAG zusammenarbeitet. Des Weiteren hat die SGS geprüft, welche Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können. Somit ergeben sich Möglichkeiten, weitere Synergien bei Leistungsbeziehungen zu schaffen.

Um Prozesse zu optimieren und Doppelstrukturen abzuschaffen, wurde die Gebäudereinigung innerhalb der SWH-Gruppe bereits zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 neu ausgerichtet. Es bleibt in diesem Jahr abzuwarten, wie die Ausschreibung zu der Reinigung von kommunalen Einrichtungen verläuft.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Software geplant. Darin sind vor allem Prüfmodule für die Fahrausweisprüfung enthalten. Ebenso werden Ausrüstungen für die Haltestellenreinigung und Vegetationspflege beschafft.

In den kommenden fünf Jahren sind Ersatz- sowie Erweiterungsbeschaffungen für Geräte und Technik aus dem aktuellen Anlagenbestand geplant. Dies betrifft in 2020 Teile der Mandantenfähigkeit für die Fahrausweisprüfung. Es ist beabsichtigt, den Bestand an Spezialfahrzeugen je nach Beauftragung zu erweitern. Hier ist vor allem der Haltestellenreinigungsbereich ein aufstrebender Faktor.

Ein sehr entscheidender Punkt für die Arbeitsqualität in der Fahrausweisprüfung kann im Rahmen des Projektes des Europäischen Sozialfonds (ESF) gezielt durchgeführt werden. Die Mitarbeiterqualifizierung wird hier in den kommenden drei Jahren ein Schwerpunkt sein, wobei gezielte Weiterbildungen für die Fahrausweisprüfer erfolgen, die sich an veränderten Anforderungen im täglichen Prüfalltag orientieren. Damit soll vor allem dem Sicherheitsgefühl der Fahrgäste entsprochen werden.

Das Jahresergebnis im kommenden Geschäftsjahr ist mit T€ 22 geplant. Für das Geschäftsjahr 2019 plante die Gesellschaft ein Jahresergebnis von T€ 11, welches nicht erreicht wurde. Die Gesellschaft hatte während der gesamten Geschäftsperiode überplanmäßig immer wieder auf kurzzeitige personelle Ausfälle zu reagieren, um die vertraglich vereinbarten Leistungen zu erbringen, was zu höheren Aufwendungen und somit zu einer Doppelbelastung führte. Ebenso sind Geschäftsvorfälle anzuführen, die zum Ende der Geschäftsperiode zu einer stärkeren Verschiebung führten, welche von der Gesellschaft in ihrer Höhe nicht kalkuliert bzw. zu erwarten waren. Diese konnten nicht mehr kompensiert werden. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich im kommenden Jahr aus dem operativen Geschäft ergeben können, ist davon auszugehen, dass die geplante positive Ergebnisentwicklung gesteigert werden kann. Einen weiteren maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg werden die Personalkosten und die damit verbundenen Einflussfaktoren wie Fluktuation und Krankenstand haben.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	105	10	114	11	114	10	-9	-8
Umlaufvermögen	924	88	919	87	1.066	89	5	1
Rechnungsabgrenzungsposten	17	2	17	2	14	1	0	0

Bilanzsumme	1.046	100	1.050	100	1.194	100	-4	0
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandvermögen	7		7		7		0	0
------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	526	50	526	50	526	44	0	0
Rückstellungen	219	21	214	20	268	22	5	2
Verbindlichkeiten	301	29	310	30	400	34	-9	-3

Bilanzsumme	1.046	100	1.050	100	1.194	100	-4	0
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	7		7		7		0	0
---------------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.329	3.095	3.221
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	54	123	-16
sonstige betriebliche Erträge	13	43	205
Materialaufwand	1.367	1.252	1.342
Personalaufwand	1.290	1.225	1.192
Abschreibungen	31	40	50
sonstige betriebliche Aufwendungen	514	542	536
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	194	202	290
sonstige Steuern	4	5	5
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	190	197	285
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,72	6,38	8,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	36,21	37,56	54,29	%
Cash-Flow:	221	238	335	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	106	105	114	T€
Personalaufwandsquote:	37,98	37,58	34,96	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,70	8,45	9,59	%
Eigenkapitalquote:	50,26	50,05	44,01	%
Fremdkapitalquote:	49,74	49,95	55,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Umsatz mit Gesellschafter	94	94	92	%

f) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro, Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe effektiv gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdienstesätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	3.130	(94 %)
Umsatz Sonstige	T€	199	(6 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeiter zur Kompensation von Auftragsspitzen gebunden.

In der BHT waren per 31.12.2019 insgesamt 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich Haustechnik erfolgte die Einstellung eines neuen Mitarbeiters. Per 31.12.2019 befanden sich 3 Auszubildende im Unternehmen, wobei einer den Abschluss als Tischler, einer als Maler und einer als Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik anstrebt. Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2019 für die Beschäftigten der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.046 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.050) geringfügig um 0,4 % verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 4 verringerte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 50,3 % (Vorjahr 50,1 %) erhöht.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen hauptsächlich durch die Erhöhung der Forderungen (um T€ 22). Dem gegenüber stehen die Verringerungen der Vorräte um T€ 16, des Anlagevermögens um T€ 9 sowie des Finanzmittelfonds um T€ 2. Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 9 gesunkenen Verbindlichkeiten sowie die um T€ 5 erhöhten sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 663.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 130 erreicht werden konnte. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 194 (Vorjahr T€ 202). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 190 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Für die das Geschäftsjahr 2020 betreffenden möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2019 zwischen der GWG und der BHT Abstimmungen vorgenommen. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2020 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von mindestens T€ 130 abschließen wird.

Zum Ende des Jahres 2017 unterzeichnete die BHT einen Vertrag zur Umstellung der bei der BHT eingesetzten Softwarelösung auf das Nachfolgeprodukt des Systemanbieters. Hierzu erfolgten im Jahr 2019 weitere Vorbereitungen zur Übernahme der Software sowie die Schulung der Mitarbeiter. Der Systemwechsel wird in 2020 abgeschlossen sein.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Beschäftigten können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Der von China ausgehende Ausbruch und die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 hat inzwischen weltweite, insbesondere wirtschaftlich-finanzielle Auswirkungen. Die globale Corona-Krise betrifft auch die Bauwirtschaft.

Aufgrund des hohen Anteils der geplanten Bauleistungen im Inhouse-Geschäft für die GWG werden die Auswirkungen bezüglich der Kapazitäten gering sein, ggf. können sich Änderungen bei terminlichen Abläufen ergeben.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem wird entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	12.782		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebauten und unbebauten Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:			Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender		Dr. Meerheim, Bodo	
	stellv. Vorsitzender		Tittel, Volker	
			Dr. Kreuzfeldt, Annette	(seit 04.07.2019)
			Dr. Wiegand, Bernd	
			Jacobi, Dörte	(seit 04.07.2019)
			Kriedemann, Angelika	
		Raue, Alexander	(seit 04.07.2019)	
		Rupsch, Marko	(bis 04.07.2019)	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Schachtschneider, Andreas
 Senius, Kay (bis 04.07.2019)
 Thielecke, Carsten (bis 04.07.2019)
 Töpfer, Gernot (bis 04.07.2019)
 Weber, Thomas (seit 04.07.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	315.498	92	309.373	90	301.506	91	6.125	2
Umlaufvermögen	26.428	8	33.550	10	29.820	9	-7.122	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	177	0	42	0	163	0	135	321

Bilanzsumme

342.103	100	342.965	100	331.489	100	-862	0
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

Treuhandvermögen

5.290		5.220		5.019		70	1
-------	--	-------	--	-------	--	----	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	182.827	53	178.354	52	174.492	53	4.473	3
Sonderposten für Investitionszulagen	7.212	2	7.419	2	7.652	2	-207	-3
Rückstellungen	1.167	0	1.187	0	1.129	0	-20	-2
Verbindlichkeiten	150.096	45	155.144	46	147.356	45	-5.048	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	801	0	861	0	860	0	-60	-7

Bilanzsumme

342.103	100	342.965	100	331.489	100	-862	0
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten

5.290		5.220		5.019		70	1
-------	--	-------	--	-------	--	----	---

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	49.801	49.917	49.523
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	150	-294	-100
sonstige betriebliche Erträge	3.840	1.639	4.241
Materialaufwand	26.532	23.633	26.440
Personalaufwand	6.750	6.221	6.085
Abschreibungen	8.252	8.546	9.709
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.514	3.004	2.490
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	190	197	285
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	76	50	51
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.501	3.680	4.003
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	542	450
Ergebnis nach Steuern	6.508	5.883	4.823
sonstige Steuern	35	21	19
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.473	5.862	4.804
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	938	4.576	1.941
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	0	169
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.411	10.438	6.576

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	13,00	11,74	9,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,69	3,49	2,86	%
Cash-Flow:	14.724	14.408	14.513	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	485	462	483	T€
Personalaufwandsquote:	12,55	12,13	11,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,05	90,03	90,73	%
Eigenkapitalquote:	53,44	52,00	52,64	%
Fremdkapitalquote:	46,56	48,00	47,36	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Wohneinheiten	9.813	9.780	9.692	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,90	5,40	3,60	%
Gewerbeeinheiten	115	112	114	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	1,70	3,60	9,70	%

f) Lagebericht**Inhalt**

- 1 Grundlagen des Unternehmens
- 2 Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - 2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- 3 Prognosebericht
- 4 Risikobericht
- 5 Chancenbericht

1 Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) am 02.05.1990 die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung unverändert zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtumbau in Halle-Neustadt. Aus der Hausbewirtschaftung werden über 97 % der Umsatzerlöse generiert. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit fast 30 Jahren erfolgreich die Aufgabe, in Halle-Neustadt das Stadtbild zu prägen.

2 Wirtschaftsbericht**2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes**

Die deutsche Wirtschaft setzte auch in 2019 nur noch ein gebremstes Wachstum fort. Für das Jahr wurde vom statistischen Bundesamt nur noch ein Wachstum von insgesamt 0,6 % (Vorjahr 1,5 %) berechnet. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, mit 10,6 % der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung einer der wesentlichen Wirtschaftsbereiche, wuchs um 1,46 % (Vorjahr 1,06 %). Die Wachstumsrate ist ein Indikator für die tendenziell geringere Konjunkturabhängigkeit der Branche. In jeweiligen Preisen erzielte die Branche im Jahr 2019 eine Bruttowertschöpfung von 326,4 Mrd. € (Vorjahr 324,7 Mrd. €). Vorgenannte Angaben sind am 23.03.2020 veröffentlichte Ergebnisse des statistischen Bundesamtes. Sie können sich im Jahr 2020 noch verändern.

Die kommunale Wohnungswirtschaft investiert langfristig und schafft damit attraktive Wohnbestände. Sie sieht Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung und nicht als Handelsware zu pflegen ist. Wohnungen sind ein langlebiges Wirtschaftsgut, deshalb handelt und finanziert auch die GWG als kommunale Wohnungsgesellschaft im Vergleich zum privaten Wettbewerb langfristig. Aufgabe der Gesellschaft ist es, Wohnangebote entsprechend der Nachfrage für junge Familien, ältere Menschen, Alleinerziehende und Singles am Wohnungsmarkt in Halle (Saale), vor allem in Halle-Neustadt erfolgreich zu platzieren.

2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Neben dem seit mehreren Jahren absehbaren demografischen Wandel ist das Management der Zuwanderung auch weiterhin eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Für die GWG ist die Bereitstellung menschenwürdiger, freundlicher und sicherer Unterkünfte nicht nur mit Blick auf die baulichen Leistungen sondern vor allem auch im sozialen Bereich eine Herausforderung, die sie angenommen hat und weiterhin gut meistert.

Die Stadt Halle (Saale) konnte in den letzten Jahren leichte Bevölkerungszuwächse verzeichnen. Zum Ende des Jahres 2019 gingen in der Gesamtstadt und auch in Halle-Neustadt die Einwohnerzahlen leicht zurück:

	Einwohner mit Hauptwohnsitz in Halle (Saale)				
	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
Stadt Halle (Saale)	238.321	239.738	241.093	241.333	240.931
davon Halle-Neustadt	45.025	45.918	46.280	45.952	45.661

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Das durchschnittliche Alter der Einwohner in der gesamten Stadt Halle (Saale) war zum Ende des Jahres 2019 mit 45 Jahren etwas niedriger als das Durchschnittsalter der Halle-Neustädter mit 46 Jahren. In Halle-Neustadt wohnt, im Gegensatz zu anderen Städten mit Großwohnsiedlungen, jeder fünfte Einwohner der Stadt. Jeder dritte Einwohner von Halle-Neustadt ist GWG-Mieter.

2.3 Geschäftsverlauf

2.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2019 erneut sehr erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 6.473 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2019 eingestellten Zielwert von 4.210 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 2.263 T€. Diese ist überwiegend auf Zuschreibungen in Höhe von 2.312 T€ zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr wurden die Planwerte für die Sollmiete je m² erreicht. Die über dem Zielwert erreichten Sollmieten konnten die höher als geplanten Erlösschmälerungen der Sollmiete kompensieren. In allen Geschäftsbereichen des Unternehmens wurden die geplanten Erträge und Aufwendungen nur mit geringfügigen Abweichungen von den Planwerten erzielt.

2.3.2 Unternehmensentwicklung

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG in Halle-Neustadt rund ein Drittel des Wohnungsbestandes und ist damit unverändert das bestimmende Wohnungsunternehmen in Halles größtem Stadtteil.

Quantitative und qualitative Anpassungen des eigenen Wohnungsangebotes sind nach Auffassung der Gesellschaft auch weiterhin erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können. Dabei wird neben der kontinuierlichen, qualitativen Verbesserung des eigenen Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt die Erschließung neuer Wohnungsteilmärkte in Halle (Saale) ein weiteres und ebenso wichtiges Element sein.

Ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements der GWG ist die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus. Die Gesellschaft sieht aufgrund der umfassenden Dienstleistungen für ältere Menschen, der guten Standortqualitäten und attraktiven Lebensbedingungen bei der GWG eine erhöhte Chance der Neukundengewinnung sowie der langfristigen Kundenbindung.

Im Rahmen des Organisationsprojektes ORGA 1.0 wurden agile Arbeitsmethoden eingeführt und damit verbundene Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation umgesetzt. Die Gesellschaft konnte ihre individuelle Unternehmenskultur in ihrer Einheit von Unternehmenszielen und Mitarbeiterzufriedenheit weiterentwickeln und festigen. In 2019 wurde zudem eine Mitarbeiterbefragung zu der Umsetzung des Organisationsprojektes und zum allgemeinen Unternehmensklimaindex durchgeführt. Die Auswertung ergab eine allgemein gestiegene Zustimmung zu den begonnenen organisatorischen Änderungen und bestärkte die Geschäftsleitung in ihrer Strategie.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. den FC Halle-Neustadt e.V., die „Grüne Villa“ im Herzen von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“.

Im professionellen Sport unterstützt die GWG unverändert den SV Union Halle-Neustadt e.V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, die Basketballerinnen vom SV Halle e.V., den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e.V. und den Halleschen Fußballclub e.V. als Co-Sponsor.

2.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2019 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2019		31.12.2018	
	Anzahl	Fläche (m²)	Anzahl	Fläche (m²)
Wohneinheiten	9.813	554.827	9.780	551.076
Gewerbeeinheiten	115	25.663	112	23.470
	9.928	580.490	9.892	574.546

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag zehn Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit 285 privatisierten Wohnungen auf einer Wohnfläche von 17.431 m².

Zum Ende des Jahres 2019 wurde eine Vermietungsquote von über 94 % erreicht. Die Gründe für die Beendigung von Mietverträgen waren, wie auch in den Vorjahren, hauptsächlich durch das Ableben der Mieter, den Wegzug in Alters- bzw. Pflegeheime oder Hospize, die Größe der Wohnung oder die Beendigung des Studiums in der Stadt Halle (Saale) geprägt. Die Gesellschaft analysiert jährlich die beeinflussbaren Kündigungsgründe und arbeitet aktiv und erfolgreich in der Mieterbindung, um den Wegzug aus dem Wohnungsbestand zu vermeiden. Von den per 31.12.2019 bestehenden 9.928 eigenen Wohnungs- und Gewerbemieteinheiten wurden im gesamten Geschäftsjahr 2019 nur 9,5 % gekündigt (Vorjahr 10,1 %) und dafür mit einer zum Vorjahr unveränderten Quote von 10,1 % neu- bzw. wiedervermietet.

Wiederum waren zahlreiche Aktivitäten zum Erhalt und der Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes die Grundlage dafür, dass der Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 5,4 % per 31.12.2018 nur auf **5,9 % per 31.12.2019** anstieg. Die durch den Leerstand im Jahr 2019 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug 6,0 % (Vorjahr: 4,7 %). Der Leerstand des gesamten Bestandes der Gesellschaft erhöhte sich nur gering. Hauptsächlich wegen des Teilabbruches eines im Vorjahr noch leerstehenden Gebäudes und der Aktivierung eines stillgelegten Gewerbeobjektes belief sich diese Quote stichtagsbezogen auf 7,7 % (7,9 % per 31.12.2018).

Die Gesellschaft investierte auch in 2019 umfangreich in den Wohnungsbestand. Rund 23 Mio. € wurden für Bauprojekte, zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung des GWG-Bestandes umgesetzt.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2019 wieder besonderen Wert auf den Neu- und Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionsicherheit der technischen Anlagen.

Der Neubau im Heideweg von Halle-Dölau im Nordwesten von Halle (Saale) wurde planmäßig im Juni 2019 für die Vermietung freigegeben. Rund 13 Millionen Euro wurden in 32 Wohnungen und eine Arztpraxis investiert. Von den großzügig geschnittenen Wohnungen, die viel Platz für Senioren und Familien bieten, waren zum Berichtszeitpunkt rund 80 Prozent vermietet. Mit dem Projekt stärkte die Gesellschaft weiter ihre Kompetenz im Wohnungsneubau und erarbeitete sich weitere Grundlagen für die Entwicklung des Wohngebietes im Böllberger Weg (siehe Chancen- und Prognosebericht).

Die Bereitstellung öffentlicher Fördermittel ermöglichte der Gesellschaft auch in 2019, wirtschaftlich bislang nicht darstellbare aber dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen in zwei Gebäuden durchzuführen. Das elfgeschossige Gebäude in der Carl-Zeiss-Straße 8-10 wurde mit 129 Wohnungen ebenfalls energetisch sowie brandschutztechnisch saniert. Fast alle Wohnungen in beiden Liegenschaften sind belegungsgebunden und werden zu sozial sehr verträglichen Mieten angeboten. Weitere Fördermittel konnte die Gesellschaft für den Einbau von Aufzügen einwerben und in vier Gebäuden moderne Aufzugsanlagen einbauen bzw. im Geschäftsjahr damit beginnen. Weitere Aufzugsan- und einbauten sind für die Jahre 2020 und 2021 geplant.

Für die Bebauung eines Teils des in 2017 erworbenen Areals am Böllberger Weg wurden im Geschäftsjahr 2019 zwei Realisierungswettbewerbe ausgelobt und prämiert. Die siegreichen Entwürfe wurden direkt im Anschluss an die Wettbewerbe mit den jeweiligen Preisträgern weiterentwickelt, die Baugenehmigungsreife für drei von sechs Teilgebieten wird in 2020 erreicht.

Das Bedürfnis der Mieter nach Sicherheit ist anhaltend hoch. Seit vielen Jahren besteht ein Konflikt zwischen dem Wunsch der Mieter, die Hauseingangstür zu verschließen und der Notwendigkeit, dass diese im Brand- oder Rettungsfall trotzdem zu öffnen sein muss. Durch die Installation elektrischer Fallen-Riegel-Schlösser ist die jeweilige Haustür gegen Einbrüche besser geschützt und bleibt trotzdem die notwendige, von innen schlüssellos zu öffnende Fluchttür. Mit Ende des Jahres 2019 wurden insgesamt 225 Haustüren in 32 Gebäuden mit dieser Technik ausgestattet. Für die Installationskosten wurden Modernisierungsumlagen erhoben.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, sind zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt worden. In strategischer Abstimmung mit der Energieversorgung Halle GmbH wurde in einem weiteren Wohngebäude die Kochgasversorgung entfernt und die Leistungsfähigkeit der elektrischen Anschlüsse erhöht. Beide städtische Unternehmen profitieren langfristig von dieser Strategie.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2019 getätigten Ausschreibungen wurden ca. 97 % der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen in Sachsen-Anhalt und Sachsen vergeben. 68 % der Aufträge erhielten Auftragnehmer aus Halle (Saale).

2.3.4 Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung, vor allem einkommensschwacher Bürger. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietpolitik nicht zuletzt die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Die Stadt Halle (Saale) verfügt derzeit über keinen qualifizierten Mietspiegel. Eine Neufassung ist geplant, die GWG steht der Neufassung eines Mietspiegels positiv gegenüber.

In Abhängigkeit von der Marktlage sowie Wohnungslage und -zustand werden die GWG-Mieten vorrangig nach Modernisierungen und baulichen Veränderungen angepasst (nach § 559 BGB). Abgesehen von den gesetzlichen Änderungen nach dem beschlossenen Mietrechtsanpassungsgesetz Ende 2018 und der damit verbundenen Kappungsgrenze der Mieterhöhung nach Modernisierung von elf auf acht Prozent, würde der maximal umlegbare Kostenanteil auf die Nettokaltmiete für viele Mieter der GWG über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinausgehen. Die Gesellschaft berücksichtigt, dass Bezieher von Transfereinkommen bei der Zustellung einer solchen Mieterhöhung, umgehend vom Jobcenter eine Umzugsaufforderung erhalten, da die angemessenen Mietkosten überschritten werden. Die GWG hat sich deshalb dazu entschlossen, Mietern, die wegen einer zu hohen Modernisierungsumlage eine Umzugsaufforderung erhalten würden, so zu kappen, dass die angemessenen Kosten nicht überschritten werden.

Eine Segregation findet weiterhin statt und die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen auch in Zukunft attraktiv zu halten.

2.3.5 Personalpolitik

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2019 insgesamt 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter fünf Auszubildende. 58 % des gesamten Personals ist weiblich. 44 % der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt.

Aus der im Jahr 2017 durchgeführten Mitarbeiterbefragung wurden zahlreiche Maßnahmen in 2019 umgesetzt. So wurden neben den Öffnungszeiten auch diverse Vergütungsregelungen angepasst und mit der Erarbeitung eines Wertekataloges begonnen, der in 2019 fertiggestellt wurde. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorbereitung der personellen Umsetzung des Organisationsprojektes. Die Ergebnisse der Verhandlung mit dem Betriebsrat zum Organisationsprojekt über flankierende Maßnahmen wurden in einer abschließenden Betriebsvereinbarung festgeschrieben.

2.3.6 Ergebnis der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2019 erneut erfolgreich und erwirtschaftete ein Jahresergebnis in Höhe von 190 T€ (geplant: 130 T€, Vorjahr: 197 T€), welches durch den Ergebnisabführungsvertrag vollständig in das Jahresergebnis der GWG eingeht.

2.3.7 Stadttrendite

Als Unternehmen der öffentlichen Wohnungswirtschaft und kommunale Gesellschaft hat die GWG entsprechend der Vorjahre auch für das vorangegangene Geschäftsjahr 2018 eine quantitative Ermittlung ihrer Leistungen im Rahmen der Stadttrendite vorgenommen. Mit dem Begriff „Stadttrendite“ werden Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen bewertet, die sie aus gesellschaftlicher Verantwortung mit ihrer Geschäftstätigkeit für die Kommune übernehmen und erbringen.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von 6.473 T€ ab, der insbesondere aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 8.791 T€ aus, der sich gegenüber dem Vorjahr um 3.489 T€ verringert hat. Ursächlich für den Rückgang sind trotz gestiegener Ist-Mieten (86 T€) vor allem höhere Instandsetzungsaufwendungen (2.459 T€), da einige Baumaßnahmen aus dem Vorjahr erst in 2019 durchgeführt werden konnten. Zudem waren höhere Abschreibungen auf die bewirtschafteten Gebäude aufgrund der getätigten Investitionen (257 T€) zu verzeichnen.

Das negative Finanzergebnis (3.235 T€) resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen (im Ergebnis des derzeitigen Zinsniveaus) nur unwesentliche Zinserträge gegenüberstehen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinsaufwendungen in Höhe von 179 T€ (durch Umschuldungen, Rückzahlungen und Prolongationen von Darlehen) zurückzuführen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 41,58 %.

Umfangreiche Zuschreibungen (2.312 T€) führten trotz außerplanmäßiger Abschreibungen (723 T€) hauptsächlich zu einem positiven neutralen Ergebnis von 1.378 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2019 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 2019 2,9 %.

2.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2019 trotz des Mittelabflusses immer noch positiv zu beurteilen. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 11.545 T€ wurde durch den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 11.727 T€ aufgezehrt. Zins- und Tilgungszahlungen für Darlehen über 15.728 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€, denen Zuflüsse aus Neuvaluierungen in Höhe von 8.440 T€ sowie Fördermittelauszahlungen von 2.193 T€ gegenüber standen, bewirkten einen Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit von 7.095 T€. Dies führte insgesamt zu einer Minderung der liquiden Mittel um 7.277 T€ im Geschäftsjahresverlauf.

2.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 861 T€ verringert.

Auf der Aktivseite führten im Wesentlichen umfangreiche Investitionen (12.240 T€), reduziert um Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen (5.940 T€), zu einem Zugang im Anlagevermögen von 6.125 T€. Die flüssigen Mittel haben sich durch die vorübergehende Finanzierung der Baukosten aus Eigenmitteln um 7.277 T€ vermindert. Die dafür in 2019 rubrizierten Darlehen wurden bis zum Bilanzstichtag nicht vollständig valuiert, um die zum Ende des Geschäftsjahres 2019 erhöhten Guthabengebühren auf Bankgirokonten zu vermeiden. Das abrufbereite Fremdkapital wird im Folgejahr valuiert. Die Passivseite verminderte sich vor allem im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 3.872 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der planmäßigen Tilgungen (10.827 T€) und der Rückführung von Darlehen (1.399 T€) denen Neuaufnahmen von Darlehen in Höhe von 8.440 T€ gegenüber standen.

Einem durchschnittlichen Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten von 498,30 € je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von 225,10 € je qm gegenüber.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulagen / Gesamtkapital) wird mit 55,6 % ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2019:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,20	5,22
Erlösschmälerung der Sollmiete	%	6,0	5,0
Verschuldungsgrad	%	38,9	41,1
Eigenkapitalquote	%	55,6	51,1
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,9	2,2

3 Prognosebericht

Für die Unternehmensentwicklung geht die Gesellschaft für die folgenden Geschäftsjahre weiterhin von einem Wachstum an vermieteter Wohnfläche im Eigenbesitz aus. Mit dem mehrjährigen Bebauungskonzept im Böllberger Weg vergrößert die Gesellschaft ihre Marktposition und kann sich an weiteren Standorten im Stadtgebiet von Halle (Saale) etablieren. Die von der Gesellschafterin erwartete Ausschüttung an den städtischen Haushalt wurde für das Geschäftsjahr 2020 wieder in bisheriger Höhe von 2,0 Mio. € geplant.

Für 2020 erwartet die Gesellschaft einen leichten Rückgang der Bevölkerungszahlen der Gesamtstadt von Halle (Saale) und dem Teilraum von Halle-Neustadt.

In der Vergangenheit leerstehende Wohngebäude im Besitz von Dritten im Stadtgebiet von Halle-Neustadt wurden und werden weiter schrittweise dem Wohnungsmarkt zugeführt. Die GWG erwartet, dass aus diesem von wenig Variantenreichtum geprägtem Wohnungsangebot lediglich eine Binnenwanderung von Wohnungsmietern im Stadtgebiet zu verzeichnen sein wird. Der hinzugekommene Wohnungsbestand weist keine großen Potenziale auf, um den Zuzug aus dem Umland zu befördern, da es an Qualität zumeist mangelt.

Für die eigenen Umsatzerlöse aus Sollmieten wird in 2020 ein Wert von 37,1 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,23 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht von einer Erlösschmälerung der Sollmieten in Höhe von 6,9 % in 2020 aus. Aufgrund des in der Stadt Halle (Saale) nicht vorhandenen Mietspiegels sind Wohnungsmieten nicht eigentümerübergreifend vergleichbar. Für eine mittel- und langfristig rentable Vermietung aller Marktakteure ist die Anfertigung eines qualifizierten Mietspiegels erforderlich. Die GWG wird andernfalls nur Anpassungen der Kaltmieten über Vergleichswohnungen vornehmen können, die Einführung einer entsprechenden Softwarelösung in Eigenentwicklung ist für 2020 geplant.

Bei den größeren Familien mit Migrationshintergrund ergibt sich eine hohe Nachfrage nach Wohnungen mit vier und mehr Individualräumen, die im Eigenbestand sehr begrenzt oder nur mit hohem Anpassungsaufwand bereitgestellt werden können. Über die Kosten der Unterkunft sind Grundrissveränderungen nicht refinanzierbar. Der Trend zu Singlewohnungen wird sich weiter fortsetzen, somit bleibt auch die Nachfrage nach kleinerem Wohnraum für Ein-Personen-Haushalte auf hohem Niveau bestehen.

Die Gesellschaft wird in 2020 neue Kreditverbindlichkeiten in Höhe von voraussichtlich 23,1 Mio. € aufnehmen und damit die Fremdkapitalquote geringfügig erhöhen. Ein Anteil von 5,6 Mio. € sind dabei Valutierungen von Kreditmitteln aus Vertragsabschlüssen im Geschäftsjahr 2019. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin mit den eigenen Planansätzen einhergeht, erreicht die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von voraussichtlich 52,8 % zum Ende des Geschäftsjahres 2020.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten in 2020 auf das 9,4fache der Jahres-Istmiete (Sollmieten abzüglich der Erlösschmälerungen wegen Leerstands sowie der Umlagen und Gebühren) ansteigen. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass sich zum 31.12.2020 ein Wert in Höhe des 4,4fachen der Jahres-Istmiete einstellt.

Vorgenannte Prognosen basieren auf der integrierten Wirtschafts-, Finanz- und Bilanzplanung, die im Jahr 2019 durch das Aufsichtsgremium der Gesellschaft beschlossen wurde. Zum Berichtszeitpunkt 31.03.2020 ist festzustellen, dass die sich zu Beginn des Jahres 2020 ereignete SARS-CoV-2-Pandemie (Corona-Virus) noch unbekannte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der GWG Halle-Neustadt mbH haben wird. Detaillierte Prognosen zu den Folgen sind deshalb zum Berichtszeitpunkt nicht möglich.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100%igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des KonTraG wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

4.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegulation stellt die Gesellschaft für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamtrückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu finanzieren sein.

Im aktuellen ISEK wird für die besser nachgefragten Stadtteile Nördliche und Südliche Halle-Neustadt bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von bis zu 10 % prognostiziert, im westlichen Stadtgebiet bis zu 15 %. In der Prognoserechnung wird von einer sehr geringen Zunahme der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt ausgegangen. Dadurch kann sich die Anzahl der Haushalte etwas stärker rückläufig entwickeln als die Bevölkerung. Bis 2025 zeigen Prognosemodelle einen Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte von über 7 %, bis 2030 weitere 4 %. Für die Gesellschaft kann dies bedeuten, dass ohne weitere Investitionen in qualitative Verbesserungen des eigenen Wohnungsbestandes in 2030 ca. weitere 1.000 Wohnungen nicht mehr vermietet werden können. Zur Vorbereitung auf die veränderte Nachfragesituation hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem erarbeitet, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt. Mittelfristig sieht die Gesellschaft kein Erfordernis zum Abbruch ganzer Wohngebäude. Eine qualitative Anpassung der Wohngebäude wird jedoch weiter erfolgen müssen, um den monostrukturierten und nicht mehr nachgefragten Bestand attraktiv zu halten.

Die Binnennachfrage nach handwerklichen Leistungen ist durch niedrige Kreditzinsen und einige Förderprogramme, deren Existenz die Gesellschaft grundsätzlich sehr begrüßt, stark angestiegen. Dem gegenüber stehen nicht adäquat mitgewachsene personelle und materielle Kapazitäten im Baugewerbe, was die Preise für Bauleistungen erheblich steigen ließ. Auch durch die hohen energetischen Anforderungen für Neubauten ist nicht zu erwarten, dass sich Preise für den Wohnungsneu- und -umbau kurzfristig rückläufig entwickeln. Die GWG sieht wegen weiterhin stagnierender Mietpreise das Risiko, dass einzelne Baumaßnahmen wegen Unwirtschaftlichkeit entweder nicht in dem geplanten Zeitrahmen oder gar nicht realisiert werden können.

Aus dem steigenden Anteil an Mietern, die über ein sehr geringes Haushalts- oder Transfereinkommen verfügen, geht die Gesellschaft davon aus, dass sich die Mietrückstandsquote und der Arbeitsumfang der Sozialbetreuer auch in 2020 weiter erhöhen werden. Daraus ergibt sich auch ein erhöhtes Aufkommen an uneinbringlichen Forderungen, die im Geschäftsjahr 2020 voraussichtlich ausgebucht werden müssen.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2019 zur eigenen Haushaltskonsolidierung über 55 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

4.4 Risiko wegen der SARS-CoV-2 Pandemie in 2020

Zu Beginn des Jahres 2020 ereignete sich, von China ausgehend, durch die exponentielle Verbreitung einer lebensbedrohlichen Variante des Corona-Virus eine weltweite Pandemie. In der Folge wurde auch in Deutschland zum Ende des 1. Quartals der Betrieb von Schulen, Sport- und Kindertagesstätten, Hotels und Gastronomiebetriebe sowie eine Vielzahl von Geschäften behördlich eingestellt. Der damit einhergehende Rückgang des Bruttoinlandsproduktes wird auch Auswirkungen auf die GWG Halle-Neustadt mbH haben. So sind die Umsätze aus anderen Lieferungen und Leistungen für Beherbergungsleistungen bereits zum Berichtszeitpunkt beeinträchtigt. Derzeit ist nicht bekannt, wann die Pandemie beendet sein wird und sich die für die GWG relevanten Wirtschaftsbereiche wieder auf Normalniveau einstellen. Eine Prognose über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen auf das gesamte Geschäftsjahr 2020 ist deshalb nicht möglich.

5 Chancenbericht

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das eigene Portfolio weiter zu diversifizieren. Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt. Sanierungsmaßnahmen des Halle-Neustädter Wohnungsbestandes werden weiter stattfinden und bedarfsgerecht geplant.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	102.259	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 102.259 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Marx, Jürgen	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter
		David, Dirk (bis 03.07.2019)
		Feigl, Christian
		Fritz, Melanie
		Haupt, Ute
		Krause, Johannes
		Nagel, Elisabeth (bis 03.07.2019)
		Raue, Alexander (seit 04.07.2019)
		Rochau, Lothar (seit 04.07.2019)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Rothe, Uwe	
Sänger, Frank	(bis 03.07.2019)
Scholtyssek, Andreas	(seit 04.07.2019)
Sommer, Manfred	
Sprung, Michael	(bis 03.07.2019)
Winkler, Steffen	(seit 04.07.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	23	24	25

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95
Volksbank Halle (Saale) eG	0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	584.331	90	567.250	90	558.941	90	17.081	3
Umlaufvermögen	46.408	7	48.248	7	43.174	7	-1.840	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	17.316	3	16.987	3	16.368	3	329	2

Bilanzsumme	648.055	100	632.485	100	618.483	100	15.570	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	300.877	46	290.106	46	280.659	45	10.771	4
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	10.759	2	11.004	2	11.248	2	-245	-2
Rückstellungen	2.728	1	5.156	1	3.957	1	-2.428	-47
Verbindlichkeiten	331.917	51	325.234	51	319.713	52	6.683	2
Rechnungsabgrenzungsposten	1.774	0	985	0	2.906	0	789	80

Bilanzsumme	648.055	100	632.485	100	618.483	100	15.570	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	90.121	89.962	89.213
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-238	579	-89
sonstige betriebliche Erträge	951	1.064	1.022
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	11.403	9.434	14.658
Personalaufwand	43.952	42.236	40.322
Abschreibungen	15.375	14.001	13.398
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.471	14.513	14.552
Erträge aus Beteiligungen	6.710	7.121	5.951
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	135	108
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	283	360	292
Ergebnis nach Steuern	7.195	7.693	8.145
sonstige Steuern	40	1.517	2.236
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15.777	14.453	20.600
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	6	5	5
Ausschüttung	15.771	14.448	20.595
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	46.677	38.674	25.139
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.000	5.000	5.000
	1.577	1.445	2.060
	55.871	46.677	38.674

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,50	16,06	23,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,44	5,94	8,51	%
Cash-Flow:	29.242	28.961	35.147	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	407	434	464	T€
Personalaufwandsquote:	15,04	13,86	12,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,11	88,95	89,63	%
Eigenkapitalquote:	46,43	45,87	45,38	%
Fremdkapitalquote:	53,57	54,13	54,62	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Wohneinheiten	15.282	15.297	15.410	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	8,0	7,8	6,5	%
Wohneinheiten HWG KG	2.240	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HWG KG	4,0	4,4	4,1	%
Wohneinheiten HGWS	-	116	116	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HGWS	-	2,6	14,7	%
Gewerbeeinheiten	251	249	244	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	11,6	12,9	13,1	%
Gewerbeeinheiten HWG KG	20	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HWG KG	5,0	0,0	5,0	%
Gewerbeeinheiten HGWS	-	5	5	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HGWS	-	40,0	80,0	%

f) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2019

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung
 - 2.3.3 Personal und Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt der Stadt Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft festgehalten.

Der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Preisbildung für die Überlassung der Mietwohnungen soll dabei angemessen sein, d. h. unter anderem eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung einer Gesamtkapitalrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Die alleinige Gesellschafterin der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich am Wohnraumversorgungsauftrag als Bestandhalter und den Renditeerwartungen des Gesellschafters. Das Portfolio der Gesellschaft ist dementsprechend auf eine ausgewogene Wohnraumversorgung in allen Preissegmenten ausgerichtet. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Dies bedarf eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten für differenzierte Zielgruppen umfasst.

Der Abschluss des ersten Investitionszyklus, die Erwirtschaftung höherer Einnahmeüberschüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der Erhalt der sozialen Durchmischung in den Beständen und eine konstante Kreditverschuldung sind dabei strategische Zielstellungen zur nachhaltigen Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss für 2019 sind das Mutterunternehmen und das Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) einbezogen. Die seit 2012 bestehende Beteiligung der HWG mbH mit 50,0 % an der Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) wurde mit UR-Nr. 919/2019 vom 28. August 2019 der Notarin Christine Albert, Halle (Saale) mit dinglicher Wirkung zum 1. Oktober 2019 veräußert.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse im Konzern HWG mbH werden damit wie folgt gehalten:

Gesellschaft	HWG mbH	HWG KG	(Vj. HGWS)
Gesellschafter	Stadt Halle (Saale)	HWG mbH	HWG mbH
Anteile	100 Prozent	99,95 Prozent	entfällt (Vj. 50 Prozent)
Stammeinlage	102.259.000 Euro	9.995 Euro	entfällt (Vj. 50.000 Euro)

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über kein Personal. Die Bestände werden durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2019 gewachsen, jedoch erneut mit einem verringerten Tempo. Getragen vom inländischen Konsum stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,6 Prozent. Das Wirtschaftswachstum liegt damit unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.¹

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung war in 2019 differenziert. Während das Baugewerbe und Dienstleistungsbereiche deutliche Zuwächse verzeichneten, ging die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe zurück. Bruttoanlageinvestitionen in Bauten stiegen dabei preisbereinigt mit 3,8 Prozent überdurchschnittlich und fielen im Vergleich zum Vorjahr nochmals höher aus.²

An dieser Wirtschaftsleistung waren im Jahresdurchschnitt rund 45,3 Millionen Erwerbstätige beteiligt. Negative demografische Effekte konnten durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung und durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen werden.³ Die Arbeitslosenquote blieb vor diesem Hintergrund gegenüber dem Vorjahr stabil.⁴

¹ Pressemitteilung Nr. 018 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2020

² Pressemitteilung Nr. 018 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2020

³ Pressemitteilung Nr. 018 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2020

⁴ Statistisches Bundesamt (www.destatis.de) Konjunkturindikatoren - Arbeitsmarkt - Arbeitslosenquote, Stand 10.01.2020

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland hat im Jahr 2019 erneut stark zugenommen. Der Anstieg betrug 2,8 Prozent.⁵

Die Stadt Halle (Saale), ein Oberzentrum des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, ist ein wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und profitiert teilweise von diesen gesamtdeutschen Entwicklungen. So ist beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Stadt Halle (Saale) vom III. Quartal 2018 bis zum III. Quartal 2019 erneut zurückgegangen. Bis zum Ende des dritten Quartals 2019 war die Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte gesunken. Im Vorjahreszeitraum fiel der Rückgang mit 1,3 Prozentpunkten jedoch noch deutlich höher aus.⁶

Seit dem Jahr 2010 stieg die Zahl der Einwohner kontinuierlich.⁷ Im Jahr 2019 ist diese in der Stadt Halle erstmals wieder leicht rückläufig. Der Rückgang bei der Bevölkerung im Jahr 2019 betrug 0,2 Prozent. In der Stadt Halle (Saale) wohnen demnach fast 241.000 Einwohner.⁸

Vom III. Quartal 2018 bis zum III. Quartal 2019 ist aufgrund der hohen Bautätigkeit der Wohnungsbestand mit ca. 0,3 Prozent in etwa im gleichen Umfang wie im gleichen Vorjahreszeitraum angestiegen.⁹ Aufgrund des leichten Bevölkerungsrückgangs und der geringen Zunahme beim Wohnungsbestand ist somit in diesem Zeitraum von einer leicht steigenden Leerstandsquote in der Stadt Halle (Saale) auszugehen.

Trotz der insgesamt positiven Marktentwicklung sind in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 die Nettokaltmieten mit 0,8 Prozent¹⁰ nur im geringen Ausmaß gestiegen. Die Mietenentwicklung in Sachsen-Anhalt blieb damit deutlich hinter der des Verbraucherpreisindex zurück. Die Verbraucherpreise stiegen um 1,5 Prozent¹¹. In Deutschland fiel der Mietenanstieg mit ca. 1,4 Prozent¹² hingegen deutlich höher aus.

Der Anstieg bei den Wohnungsnebenkosten in Sachsen-Anhalt blieb mit 0,7 bis 0,9 Prozent¹³ moderat und ebenfalls deutlich unter dem Verbraucherpreisindex.

Deutlich dynamischer entwickelten sich im Berichtsjahr erneut die Baupreise. Der Preisindex für Bauwerksarten und Instandhaltung des Landes Sachsen-Anhalt für Wohngebäude nahm in 2019 um 4,9 Prozent zu. Der Preisanstieg in diesem Wirtschaftsbereich fällt damit im dritten Jahr in Folge deutlich höher aus¹⁴.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen das erneut positive Jahresergebnis sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

Seit dem Jahr 2008 wird die Entwicklungsgeschwindigkeit durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), und durch sonstige Anforderungen des Gesellschafters geprägt. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben seit 2013 mit EUR 5 Mio. p.a. unverändert. Eine Gewinnausschüttung ist in gleicher Höhe in der mittelfristigen Planung der Gesellschaft verarbeitet.

Zur Förderung der sozialen Durchmischung in Stadtteilen, in denen die Gesellschaft mehr als 1.000 Wohnungen im eigenen Bestand bewirtschaftet, wurde zudem im Jahr 2019 im Rahmen des wohnungspolitischen Konzeptes und im Einklang mit dem Gesellschaftszweck eine freiwillige Selbstverpflichtung für „Bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsversorgung“ übernommen. In den Planungen der Gesellschaft ist dies berücksichtigt.

Innerhalb der Stadt Halle (Saale) hat sich der Immobilienmarkt in der Vergangenheit differenziert entwickelt. Insbesondere innenstadtnahe Stadtteile haben in den letzten 10 Jahren zum Teil deutliche Bevölkerungszuwächse erfahren¹⁵. Hier hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre einen Investitionsschwerpunkt gesetzt.

⁵ Begleitmaterial des Statistischen Bundesamtes zur Pressekonferenz am 15. Januar 2020, Seite 22

⁶ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 3/2017 S. 39, 3/2018 S. 43 und 3/2019 S. 40

⁷ <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Bevoelkerungsentwick-06050/>, Abruf vom 15.01.2020

⁸ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 4/2018 S. 22, Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2019 vom 16.01.2019

⁹ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 3/2017 S. 23, 3/2018 S. 26 und 3/2019 S. 23

¹⁰ Pressemitteilung Nr. 6/2020 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2020

¹¹ Pressemitteilung Nr. 6/2020 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2020

¹² Pressemitteilung Nr. 3 des Statistischen Bundesamtes vom 3.01.2020

¹³ Pressemitteilung Nr. 6/2020 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2020

¹⁴ Datentabelle zu Preisindizes für Bauwerksarten und Instandhaltung (Wohngebäude) des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 21.01.2020

¹⁵ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 4/2009 S. 14 und 3/2019 S. 10

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile von Teilen ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition. Die Folgen unterschiedlicher Entwicklungstendenzen innerhalb des Portfolios durch beispielsweise lagebenachteiligte Quartiere können dadurch kompensiert werden.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt der Gesellschaft liegt in den Stadtumbauquartieren. Dieser Teilmarkt hat sich in der Vergangenheit durch Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. In den letzten Jahren zeigen sich hier jedoch teilweise gegenläufige Tendenzen. Insbesondere in der Großwohnsiedlung Silberhöhe ist der Leerstand im Portfolio der Gesellschaft deutlich angestiegen.

Der Teilmarkt in den Stadtumbauquartieren bleibt weiterhin bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages. Er ist deshalb in den kommenden Jahren ein wichtiges Handlungsfeld für die Gesellschaft. Zur Verbesserung und langfristigen Sicherung der Marktsituation in diesen Stadtteilen hat die Gesellschaft damit begonnen, ihre Quartiersarbeit und die Investitionstätigkeit auszubauen.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft im Hinblick auf die Investitionstätigkeit wird weiterhin auch von der aktuellen Marktsituation im Baugewerbe beeinflusst. Diese macht teilweise eine Zurückstellung oder zeitliche Verschiebung von Investitionsmaßnahmen erforderlich. Zudem müssen Investitionsmaßnahmen im Hinblick auf Umsetzungszeitpunkt und Umfang eingehender untersucht werden. Kurz- bis mittelfristig hat sich die Gesellschaft planungsseitig auf diese Situation eingestellt.

2.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2019 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Die Gesellschaft nutzt zur Steuerung finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zu den wichtigsten wird nachfolgend ausgeführt.

In der Hausbewirtschaftung wurde das wichtigste wirtschaftliche Leistungsziel, die Einnahmen aus der Vermietung, erfüllt. Die angestrebte Leerstandsquote wurde nicht erreicht.

Die geplante Realisierung von Sanierungsmaßnahmen wurde, abgesehen von Bauverzögerungen bei einer großen Neubaumaßnahme, umgesetzt. Darüber hinaus erfolgten im abgelaufenen Geschäftsjahr zwei nicht geplante Investitionsvorhaben.

In 2019 erwirtschaftete die Gesellschaft im Einzelabschluss ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 15.771 (Vj. TEUR 14.448). Das Jahresergebnis fällt damit um etwa 5,8 Mio. Euro höher aus als geplant.

Weiteres zum Jahresergebnis wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele, jedoch für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den angemieteten Beständen des Tochterunternehmens HWG KG.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete Bestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Sanierungen und den Verkauf von Einzelbeständen angepasst. Darüber hinaus wurde die Verwaltung der bis zum 30. September 2019 angemieteten Bestände der Beteiligungsgesellschaft HGWS beendet.

Der Abgang der Bestände der Beteiligungsgesellschaft HGWS war nicht Bestandteil der Jahresplanung 2019. Zudem erfolgte bei drei geplanten Verkäufen die wirtschaftliche Umsetzung nicht im abgelaufenen Geschäftsjahr. Lediglich die dafür erforderlichen Verpflichtungsgeschäfte wurden abgeschlossen, so dass die Bestandsveränderungen erst im Folgejahr eintreten. Dem entsprechend ist der Bestand im Jahr 2019 gegenüber dem Plan im Saldo um etwa 100 Wohnungen stärker zurückgegangen.

Bestand und Leerstand	2019	2018	Veränderung	
HWG mbH				
Wohneinheiten	15.282	15.297	-15	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	8,0	7,8		%
Gew erbeeinheiten	251	249	2	Einheiten
Leerstand Gew erbeeinheiten	11,6	12,9		%
sonstige Einheiten	1.988	1.979	9	Einheiten
HWG KG (angemietet)				
Wohneinheiten	2.240	2.240	0	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	4,0	4,4		%
Gew erbeeinheiten	20	20	0	Einheiten
Leerstand Gew erbeeinheiten	5,0	0,0		%
sonstige Einheiten	222	222	0	Einheiten
HGWS (angemietet)				
Wohneinheiten	0	116	-116	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	-	2,6		%
Gew erbeeinheiten	0	5	-5	Einheiten
Leerstand Gew erbeeinheiten	-	40		%
sonstige Einheiten	0	136	-136	Einheiten
Konzern gesamt				
Wohneinheiten	17.522	17.653	-131	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,5	7,4		%
Gew erbeeinheiten	271	274	-3	Einheiten
Leerstand Gew erbeeinheiten	11,1	12,4		%
sonstige Einheiten	2.210	2.337	-127	Einheiten

Die Gesellschaft geht perspektivisch von einem zu bewirtschaftenden Bestand auf dem derzeitigen Niveau aus.

Die zum Jahresende 2019 angestrebte Leerstandsquote von ca. 6,0 Prozent konnte nicht erreicht werden. Der Leerstand lag entgegen den Planungen bei 7,5 Prozent (Vorjahr 7,4 Prozent). Der Gesellschaft ist es jedoch gelungen, den tendenziellen Leerstandsanstieg aus dem Vorjahr in den betroffenen Stadtteilen weitgehend zu stoppen und stabil zu halten. Die eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen zeigen damit ihre Wirkung.

Das Ergebnis ist maßgeblich von den Entwicklungen im Stadtteil Silberhöhe geprägt. Hier konnte der Leerstand auf hohem Niveau weitgehend stabilisiert, jedoch nicht im geplanten Umfang gesenkt werden. Laufende und geplante Investitionsmaßnahmen wirken sich zudem während der Sanierungs- und Modernisierungsphase negativ auf den Leerstand in diesem Stadtteil aus.

Nennenswerte Abweichungen von den Zielkennzahlen beim Leerstand liegen auch in den Stadtteilen Heide-Nord und Südstadt vor.

Näheres zur Leerstandsentwicklung wird unter 3. Chancen- und Risikobericht/ Mietertragsrisiko ausgeführt.

Entgegen dieser Entwicklungen sind die Umsatzerlöse im abgelaufenen Geschäftsjahr gestiegen. Sie entfallen überwiegend auf die Hausbewirtschaftung und entwickeln sich seit Jahren unabhängig von der Bestandsentwicklung positiv. Im Geschäftsjahr 2019 konnten unter Berücksichtigung des Abgangs der Bestände der Beteiligungsgesellschaft HGWS bei der Hausbewirtschaftung Ergebnisse auf Planniveau erreicht werden.

Die positive Umsatzentwicklung wird gestützt durch Neuvermietungen der Gesellschaft nach dem Abschluss von Investitionsmaßnahmen und bei Fluktuation. Hier konnten zum Teil überplanmäßige Mieten erzielt werden.

Die Leerstandsverluste auf Sollmieten haben sich analog der Leerstandsentwicklung nur leicht verändert und entsprechen damit auch weitgehend dem Plan.

HWG mbH	2019	2018	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	Prozent
Sollmieten	68.748	68.286	462	0,7%
Leerstandsverluste	4.127	4.052	75	1,8%
Sollmieten abzügl. Leerstand	64.621	64.234	387	0,6%

Die Sollmieten für alle Nutzungsarten haben sich somit positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 5,53 Euro/m² (Vj. 5,46 Euro/m²).

2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung

Bauinvestitionen

Ein wichtiger Baustein der Unternehmensplanungen ist eine angemessene und maßvolle Investitionspolitik. Das Ziel besteht darin, die Wohn- und Lebensqualität für die Mieterinnen und Mieter bedarfsgerecht zu erhalten und zu verbessern. Gleichzeitig soll Wohnraum für Bevölkerungsgruppen aller Einkommensschichten gesichert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele und damit auch zur Festigung und zum Ausbau der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung von Beständen erforderlich. Der Abschluss des ersten Investitionszyklus ist eine wesentliche strategische Zielstellung der Gesellschaft.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2019 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 32.008 (Vj. TEUR 22.706) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr in ihre Bestände.

Einschließlich Bauvorbereitungsmaßnahmen (ca. EUR 1,2 Mio.) plante die Gesellschaft im Jahr 2019 insgesamt Bauinvestitionen in Höhe von ca. EUR 34 Mio. Das realisierte Bauvolumen fiel gegenüber dem Plan etwa EUR 2 Mio. geringer aus.

Wesentliche Veränderungen traten bei Realisierungsprojekten auf. Zu dem geringeren Bauvolumen trug maßgeblich ein Neubauprojekt bei. Hier wirkten sich Bauverzögerungen aus dem Vorjahr auch auf das abgelaufene Geschäftsjahr aus und setzten sich somit fort. Dies führte zu Verschiebungen bei den Bauleistungen.

Andererseits konnten zwei Investitionsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Planungsstandes bzw. konkreter Vermietungsgespräche mit einem Ankermieter vorgezogen werden. Die Realisierung erfolgte entgegen der Jahresplanung bereits im Jahr 2019.

Auch bei den Bauvorbereitungsmaßnahmen kam es in 2019 zu Verschiebungen, so dass im abgelaufenen Jahr im Saldo nicht im geplanten Umfang Mittel benötigt wurden. Die beiden vorgezogenen Investitionsmaßnahmen sind unter den Realisierungsprojekten abgebildet. Mit der Vorbereitung eines weiteren Aufzugsprogrammes wurde begonnen. Davon abgesehen gewinnt aufgrund der Baukostenentwicklung die Bauvorbereitung immer mehr an Bedeutung. Die Gesellschaft investiert hier mehr Zeit für ausführlichere Untersuchungen zur Abwägung des Sanierungsumfanges mit Blick auf den Erhalt der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Sicherung vertretbarer Mieten.

Die Planabweichungen resultieren somit im Wesentlichen aus der Verschiebung/zeitlichen Verzögerung bei Investitionsmaßnahmen.

Die Investitionsplanung 2019 sah vor, dass etwa 600 Wohnungen wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren oder neu errichtet werden und Gebäude mit mehr als 400 weiteren Wohnungen erstmals Aufzugsanlagen erhalten.

Im Rahmen der umgesetzten Bautätigkeit der HWG mbH wurden einschließlich der Aufzugsein- und anbauten sowie der vorgezogenen Maßnahmen in 2019 mehr als 900 Wohnungen fertig gestellt. Der Bestand reduzierte sich dabei durch Zusammenlegungen um 25 Wohnungen. Neben den Aufzugsein- und anbauten umfassten diese Fertigstellungen Komplexsanierungen und die energetische Ertüchtigung der Bestände.

Etwa 180 Wohnungen befinden sich noch im Bau. Ein Abschluss dieser Investitionen ist im Jahr 2020 vorgesehen.

Vollständig sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Geplante Miethöhen wurden erreicht und zum Teil übertroffen.

Die Tochtergesellschaften HGWS (bis 30. September 2019) und HWG KG haben im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Sanierungs- und Neubauarbeiten durchgeführt.

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Bei den Beständen, in welchen keine Maßnahmen zur Wohnwertverbesserung erfolgen, wird die Qualität des Gebäudebestandes durch Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gesichert. Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms waren Maßnahmen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes.

Im Laufe des Geschäftsjahres stellte die Gesellschaft gemäß Plan erneut verstärkt Mittel für die Instandsetzung von Wohnungen mit Instandsetzungs- oder Modernisierungsbedarf in leerstandsgeprägten Beständen bereit. Die Maßnahme diente dem Abbau bestehender Leerstände. Gleichzeitig soll die Wohnqualität in den Beständen der Gesellschaft unter Beachtung der Nachfragepräferenzen gesteigert werden.

Das Instandhaltungsbudget wurde für das Jahr 2019 mit ca. EUR 14,7 Mio. geplant.

Im Berichtsjahr hat die Muttergesellschaft HWG mbH für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für die eigenen und die angemieteten Bestände Fremdleistungen in Höhe von TEUR 12.997 (Vj. TEUR 10.280) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies EUR 12,66 (Vj. 9,88 EUR/m²). Hinzu kommt der Personal- und Sachaufwand des Servicebetriebes, dessen Leistungen im Personalaufwand und im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind.

Grundstücksverkehr

Entgegen der Planung für das Jahr 2019 konnte die Verkaufsplanung 2018 nicht mehr vollständig im Jahr 2018 umgesetzt und somit noch nicht alle Verpflichtungsgeschäfte abgeschlossen werden. Diese Verkaufsvorgänge wurden als Überhang in 2019 umgesetzt.

Dem entsprechend wurden im Geschäftsjahr 2019 noch drei Grundstücksverkaufsverträge über drei Grundstücke mit Wohn- oder Geschäftsbauten abgeschlossen. Hierbei wurden Kaufpreise in Höhe von insgesamt ca. EUR 1,1 Mio. vereinbart. Die Kaufpreiseingänge aus diesen Kaufverträgen werden in 2020 erwartet.

Aus noch abzuwickelnden Verträgen aus Vorjahren hat die Gesellschaft Liquiditätszuflüsse in Höhe von EUR 1,0 Mio. realisiert.

Außerhalb der Planung hat die Gesellschaft noch zwei Ankaufs- und zwei Verkaufsverträge mit einem saldierten Mittelabfluss in Höhe von TEUR 41 abgeschlossen. Diese dienten zur Bereinigung von Grundstücks-/ Eigentumssituationen.

2.3.3 Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2019 hatte der Konzern 268 Beschäftigte.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ihre Richtlinie zur Personalstatistik überarbeitet. Neu eingeführt wurde die Kategorie "Nicht produktiv Beschäftigte", die nun alle Mitarbeiter ohne Entgeltzahlung enthält. Damit änderten sich Zuordnungen. Hausmeister werden gesondert aufgeführt, da der überwiegende Teil ihrer Tätigkeit über die Betriebskostenabrechnung umlagefähig ist. Auszubildende werden jetzt in kaufmännische und gewerbliche Auszubildende unterteilt.

Beschäftigte und Kapazitäten zum Stichtag (31.12.)	2019		2018 n.F.		n.F.	Veränderung		2018 a.F.	
	Anzahl	VbE	Anzahl	VbE		Anzahl	VbE	Anzahl	a.F.
Beschäftigte gesamt	268	263	250	246		18	17	249	
davon produktiv Beschäftigte	251	246	237	233		14	13	240	
Geschäftsführung	1	1	1	1		0	0	1	
kaufmännische Verwaltung	152	148	146	143	*1)	6	5	147	*1)
Technische Verwaltung	14	13	16	15	*2)	-2	-2	25	*2)
Servicebetrieb	58	58	47	47	*3)	11	11	40	*3)
Hausmeister	26	26	27	27		-1	-1	27	*4)
davon nicht produktiv Beschäftigte	7	7	5	5	*4)	2	2	0	*5)
davon zu ihrer Ausbildung Beschäftigte	10	10	8	8		2	2	8	
Kaufmännische Ausbildung	6	6	6	6		0	0	6	
Gewerblich-technische Ausbildung	4	4	2	2		2	2	2	
davon geringfügig Beschäftigte	0	0	0	0	*5)	0	0	1	

Erläuterung n.F.

*1) Wohnungswirtschaft einschl. Techniker; Personal/Organisation/IT; Rechnungswesen/Controlling;

 Unternehmenskommunikation; Unternehmensfinanzierung/Auftrags- und Vergabewesen;

 Unternehmensentwicklung/Zentrale Dienste; Sekretariat Geschäftsführung; Betriebsrat;

 geringfügig Beschäftigte

*2) Technisches Team

*3) Servicebetrieb komplett

*4) Elternzeit und Dauerkranke

*5) nach n.F. geringfügig Beschäftigte = produktiv beschäftigt

Erläuterung a.F.

*1) Wohnungswirtschaft ohne Techniker; Personal/Organisation/IT; Rechnungswesen/Controlling;

 Unternehmenskommunikation; Unternehmensfinanzierung/Auftrags- und Vergabewesen;

 Unternehmensentwicklung/Zentrale Dienste; Sekretariat Geschäftsführung; Betriebsrat;

 Technisches Team (Leitung Sekretariat); Servicebetrieb (Sekretariat und kaufmännische Mitarbeiter)

*2) Techniker Wohnungswirtschaft; Technisches Team; Servicebetrieb (Abteilungsleiter und Techniker)

*3) a.F. Handwerker = gewerbliche Mitarbeiter

*4) a.F. Hausmeister = gewerbliche Mitarbeiter

*5) nach a.F. Dauerkranke = produktiv beschäftigt; Elternzeit = nicht beschäftigt

Alle Beschäftigten sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS (bis 30. September 2019) beschäftigten kein Personal.

Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen für die Beschäftigten in der Deutschen Immobilienwirtschaft.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2019 erneut Personal zugeführt. So hat die Gesellschaft durch Einstellung von 13 gewerblichen Mitarbeitern in der Abteilung Servicebetrieb auf Kapazitätsengpässe im Baugewerbe reagiert.

Unter Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen Personalentwicklungsbedarfe wurde im Jahr 2019 eine neue Stelle in der Abteilung Personal/Organisation/IT eingerichtet, welche zukünftig die strategische Personalentwicklung der Gesellschaft koordinieren wird.

Durch eine strukturierte Nachfolgeplanung konnte im Geschäftsjahr die Nachbesetzung von sechs Stellen infolge von Altersabgängen abgesichert werden.

In diesem Zusammenhang nimmt die Ausbildung von Fachkräften für die Gesellschaft weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben insgesamt sechs junge Menschen ihre Ausbildung bei der HWG mbH begonnen. Das Ausbildungsprogramm 2019 umfasst kaufmännische Berufe (Kaufmann für Büromanagement (m/w/d) und Immobilienkaufmann (m/w/d)) sowie handwerkliche Berufe (Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (m/w/d) und Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik (m/w/d)). Zwei kaufmännische Auszubildende haben ihre Ausbildung 2019 mit der Auszeichnung „Beste im Beruf“ der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau beendet. Die HWG mbH wurde 2019 von der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau für „Besondere Verdienste in der Berufsausbildung“ und von der Handwerkskammer Halle (Saale) als „Vorbildlicher Ausbildungsbetrieb der Handwerkskammer Halle (Saale) 2019“ ausgezeichnet.

Im Geschäftsjahr engagierte sich die HWG mbH zudem gemeinsam mit der Joblinge gAG gegen Jugendarbeitslosigkeit. Zwei Jugendliche absolvierten Orientierungspraktika bei der Gesellschaft. Ein Jugendlicher hat im Anschluss daran eine Ausbildung bei der HWG mbH aufgenommen.

Im August 2019 engagierten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Servicebetrieb im Rahmen eines sozialen Tages im AWO Hort „Jessener Straße“. Im Rahmen des Arbeitseinsatzes wurden Wände gestrichen, Fußböden verlegt, Außenanlagen ausgebessert und Sanitäreanlagen erneuert.

Weiterhin hat die HWG mbH im Jahr 2019 in unternehmensinternen und externen Seminaren die fachlichen und persönlichen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt weiterentwickelt. So nahmen beispielsweise acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an längerfristigen Qualifikationsmaßnahmen, ca. 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einer internen Softwareschulung und ca. 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einer Schulung zur Kundenkommunikation teil.

Die bedarfs- und anforderungsgerechte Kompetenzentwicklung ist auch ein wesentlicher Bestandteil des im Jahr 2019 neu implementierten Mitarbeiterdialogs, im Rahmen dessen Zielstellungen der Zusammenarbeit sowie fachliche und persönliche Ziele für das Geschäftsjahr zwischen Führungskraft und Mitarbeiter/in besprochen werden.

Seit dem Jahr 2012 sind die familienbewusste Personalpolitik der Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zertifiziert. Nach einer Re-Auditierung erhielt die HWG mbH im Jahr 2019 erneut das Zertifikat „Beruf und Familie“ der berufundfamilie Service GmbH.

Neben der Personalentwicklung ist auch die ständige Optimierung und Anpassung von Arbeitsprozessen an die aktuellen Rahmenbedingungen wichtig für den Unternehmenserfolg. Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch sowie abteilungsbezogenen Prozessen/Arbeitsanweisungen festgehalten, welche fortlaufend aktualisiert werden. Mit der RACI-Methode wurden Zuständigkeiten im Geschäftsjahr systematisch und transparent definiert und dokumentiert. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Operationalisierung der strategischen Ziele der Gesellschaft, welche im Jahr 2020 fortgesetzt wird.

Die Digitalisierungsschwerpunkte lagen im Jahr 2019 auf dem Finanzmanagement, dem technischen Bestandsmanagement sowie der Verkehrssicherung. In diesem Zusammenhang wurden die inhaltlichen und systemseitigen Grundlagen für einen technischen Datenstamm als Basis für eine systematische Investitions- und Instandsetzungsplanung gelegt. Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr die Voraussetzungen für eine systembasierte Finanzplanung und Verkehrssicherung ab 2020 geschaffen.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2019 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2019 TEUR	%	31.12.2018 TEUR	%	Veränderung TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	645.023	94,8	638.549	94,3	6.474
Langfristige Forderungen	81	0,0	90	0,0	-9
Vorräte	25.614	3,8	25.850	3,8	-236
kurzfristige Forderungen	3.627	0,5	2.068	0,3	1.559
Flüssige Mittel	5.729	0,9	10.771	1,6	-5.042
Übrige Aktiva (RAP)	169	0,0	262	0,0	-93
Gesamtvermögen	680.243	100,0	677.590	100,0	2.653

Konzern	31.12.2019 TEUR	%	31.12.2018 TEUR	%	Veränderung TEUR
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	289.665	42,6	279.414	41,2	10.251
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	333.194	49,0	338.909	50,0	-5.715
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	57.384	8,4	59.267	8,8	-1.883
Gesamtkapital	680.243	100,0	677.590	100,0	2.653

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2019 TEUR	%	31.12.2018 TEUR	%	Veränderung TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	584.331	90,2	567.250	89,7	17.081
Langfristige Forderungen	11.450	1,8	9.645	1,5	1.805
Vorräte	25.614	3,9	25.850	4,1	-236
kurzfristige Forderungen	3.615	0,5	2.053	0,3	1.562
Flüssige Mittel	5.729	0,9	10.700	1,7	-4.971
Übrige Aktiva (RAP)	17.316	2,7	16.987	2,7	329
Gesamtvermögen	648.055	100,0	632.485	100,0	15.570

HWG mbH	31.12.2019 TEUR	%	31.12.2018 TEUR	%	Veränderung TEUR
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	311.636	48,1	301.110	47,6	10.526
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	282.055	43,5	275.478	43,6	6.577
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	54.364	8,4	55.897	8,8	-1.533
Gesamtkapital	648.055	100,0	632.485	100,0	15.570

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sind sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss gestiegen. Sowohl Eigenkapitalquoten als auch Sachanlagenintensität haben sich erhöht. Das Anlagevermögen wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Bauinvestitionen beeinflusst.

HWG mbH	2019	2018	Erläuterung
Sachanlagenintensität	90,1	89,0 %	Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	46,4	45,9 %	bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme
Fremdkapitalquote	53,6	54,1 %	(Bilanzsumme abzüglich bilanzielles Eigenkapital) x 100/Bilanzsumme

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen geprägt. Im Gegensatz zum Jahresabschluss der HWG mbH sanken im Konzern die langfristigen Verbindlichkeiten. Hauptsächlich ist der Abgang der Darlehensverbindlichkeiten der HGWS infolge der Beteiligungsveräußerung.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 1.770 (Vj. TEUR 2.925) gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Konzern und HWG mbH	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	1.770	2.925	-1.155
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	13	0	13
Gesamt	1.783	2.925	-1.142

Gebäude im Kernbestand wurden im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Beim Abgleich der im Kernbestand bilanzierten Bodenbuchwerte mit den amtlichen Bodenrichtwerten festgestellte Überschreitungen des Buchwertes über den Bodenrichtwert wurden als außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen im Kernbestand in Höhe von TEUR 2.479 (Vj. TEUR 1.525).

Konzern und HWG mbH	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	1.048	1.471	-423
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	1.431	54	1.377
Gesamt	2.479	1.525	954

Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen positiv (Vj. negativ) beeinflusst (TEUR 696; Vj. TEUR -1.400). Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2019	2018	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	28.245	31.965	-3.720
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-21.214	-16.969	-4.245
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-12.073	-12.740	667
Zahlungswirksame Veränderungen	-5.042	2.256	-7.298
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.771	8.515	2.256
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.729	10.771	-5.042

HWG mbH	2019	2018	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	21.613	25.474	-3.861
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-20.606	-16.994	-3.612
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-5.977	-6.091	114
Zahlungswirksame Veränderungen	-4.970	2.389	-7.359
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.699	8.310	2.389
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.729	10.699	-4.970

Die Kapitalflussrechnung der HWG mbH ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** haben sich sowohl im Konzernabschluss als auch im Jahresabschluss der HWG mbH verringert. Wesentliche Ursachen im Vergleich zum Vorjahr sind trotz höherem Jahresergebnis die Buchwertabgänge durch die Veräußerung des Vermögens, die zahlungsunwirksame Buchgewinne bewirkten (siehe auch 2.4.3 Ertragslage).

Der **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** verringerte sich im Konzern und bei der HWG mbH im Wesentlichen durch das im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Bauinvestitionsvolumen (siehe Kapital 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung). Gegenläufig wirkten die Zuflüsse aus der Veräußerung des Vermögens.

Die Unterschiede der **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** zwischen Konzern und HWG mbH ergeben aus den im Konzern höheren Zins- und Tilgungszahlungen für Darlehen (siehe auch 2.4.1 Vermögenslage).

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	10,0	18,2	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	16,3	21,7	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	380.972	384.985	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

HWG mbH	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	10,5	19,1	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	17,2	22,8	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	298.308	291.990	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 297.654 (Vj. TEUR 291.437). Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut langfristige Finanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und dabei günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Wo möglich und sinnvoll, finden die KfW-Förderprogramme und Zuwendungen aus Landesmitteln Anwendung.

Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement weiter gesenkt werden. Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Bestandteil des Darlehensmanagements sind neben Prolongationen auch Umstrukturierungen und damit verbundene Umfinanzierungen der Darlehensportfolien.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zinsswaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 4.045 (Vj. TEUR 7.082) waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind noch nicht abgerufen worden.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 1.000 (Vj. TEUR 1.000). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Zu am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang, Abschnitt G.

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage zeigt folgende Übersichten:

Konzern	2019		2018		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	90.105	99,2	89.935	98,2	170
Bestandsveränderung	-238	-0,2	580	0,6	-818
Eigenleistung	951	1,0	1.064	1,2	-113
Gesamtleistung	90.818	100,0	91.579	100,0	-761
Materialaufwand	39.968	44,0	37.912	41,4	2.056
Personalaufwand	15.375	17,0	14.001	15,3	1.374
Abschreibungen	15.088	16,6	16.195	17,7	-1.107
Sonstiger betrieblicher Aufwand	4.792	5,3	4.732	5,1	60
./.. sonstige betriebliche Erträge	-3.472	-3,8	-5.506	-6,0	2.034
Steuern (ohne Ertragsteuern)	6	0,0	5	0,0	1
Betrieblicher Aufwand	71.757	79,1	67.339	73,5	4.418
Betriebsergebnis	19.061	20,9	24.240	26,5	-5.179
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-9.689		-10.464		775
Neutrales Ergebnis	6.237		1.378		4.859
Ergebnis vor Ertragsteuern	15.609		15.154		455
Ertragsteuern	40		1.517		-1.477
Jahresergebnis	15.569		13.637		1.932

HWG mbH	2019		2018		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	90.121	99,2	89.962	98,2	159
Bestandsveränderung	-238	-0,2	580	0,6	-818
Eigenleistung	951	1,0	1.064	1,2	-113
Gesamtleistung	90.834	100,0	91.606	100,0	-772
Materialaufwand	43.952	48,4	42.236	46,1	1.716
Personalaufwand	15.375	17,0	14.001	15,3	1.374
Abschreibungen	13.471	14,8	14.514	15,8	-1.043
Sonstiger betrieblicher Aufwand	4.666	5,1	4.573	5,0	93
./.. sonstige betriebliche Erträge	-3.473	-3,8	-5.507	-6,0	2.034
Steuern (ohne Ertragsteuern)	6	0,0	5	0,0	1
Betrieblicher Aufwand	73.997	81,5	69.822	76,2	4.175
Betriebsergebnis	16.837	18,5	21.784	23,8	-4.947
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-6.911		-7.197		286
Neutrales Ergebnis	5.885		1.378		4.507
Ergebnis vor Ertragsteuern	15.811		15.965		-154
Ertragsteuern	40		1.517		-1.477
Jahresergebnis	15.771		14.448		1.323

Konzern und HWG mbH weisen erneut deutliche Jahresüberschüsse aus.

Die Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss/Umsatzerlöse) betrug bei der HWG mbH 17,5 Prozent (Vj. 16,1 Prozent) und im Konzern 17,3 Prozent (Vj. 15,2 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital bereinigt um Bilanzgewinn) stieg bei der HWG mbH von 5,9 Prozent auf 6,4 Prozent und im Konzern von 5,6 Prozent auf 6,4 Prozent.

99,4 Prozent der **Umsatzerlöse** 2019 sowohl der HWG mbH als auch im Konzern stammen aus der Hausbewirtschaftung (Vj. 99,1 Prozent).

Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung stiegen erneut moderat um 0,5 Prozent (Vj. Anstieg um 0,5 Prozent), (siehe auch 2.3.1 Hausbewirtschaftung). Differenziert betrachtet stiegen die Umsätze aus Mieten (hier: Sollmieten abzüglich Leerstandsverluste siehe Seite 10) um 0,6 Prozent (Vj. 1,3 Prozent), während die Umsätze aus Betriebskostenumlagen erneut rückläufig waren (- 1,2 Prozent; Vj. - 0,8 Prozent).

Die Entwicklung der Mieten ist weiterhin eine wichtige Ursache für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Umsatzerlöse der HWG KG

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen im Wesentlichen die Leasingraten, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt. Im Konzernabschluss werden diese neutralisiert.

Umsatzerlöse der HGWS

Die Umsatzerlöse der HGWS resultieren im Wesentlichen aus den Mietzahlungen, welche die HWG mbH für die Anmietung des „Wohnparks im Paulusviertel“ bis zum 30. September 2019 zahlte. Darüber hinaus wurden weitere Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung durch Weiterberechnungen von Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung erzielt.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind neben den Zuschreibungen auf das Anlagevermögen (TEUR 2.479; Vj. TEUR 1.525) wesentlich durch die Erträge aus Grundstücksverkäufen (TEUR 904; Vj. TEUR 3.919) geprägt.

Der **Materialaufwand** enthält im Wesentlichen Aufwand für Betriebskosten, Aufwand für Instandhaltung und Rückbau einschließlich Material des Servicebetriebes sowie die Aufwendungen für die Anmietung der Bestände der HWG KG sowie der HGWS (bis zur Beteiligungsveräußerung). Die Aufwendungen für die Anmietung fallen nur bei der HWG mbH an und werden im Konzernabschluss konsolidiert. Erhöhungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren vor allem aus veränderten Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen.

Der **Personalaufwand** ist vor allem beeinflusst durch tarifliche Maßnahmen (Steigerung um 2,7 Prozent zum 1. Juli 2019) und den Anstieg der Beschäftigtenzahl (siehe 2.3.3 Personal und Organisation).

Mit den Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) drückt sich im Einzelunternehmen diese Veränderung in der Verringerung der Gesamtleistung je Mitarbeiter und in der Erhöhung der Personalaufwandsquote aus.

	2019	2018	Erläuterung
Gesamtleistung	102.237	101.039	TEUR Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge (lt. GuV)
Gesamtleistung je Mitarbeiter	406	432	TEUR Gesamtleistung/ Ø Mitarbeiter (ohne Auszubildende)
Personalaufwandsquote	15,0	13,9	% Personalaufwand x 100/Gesamtleistung

Die Position **Abschreibungen** enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.783 (Vj. TEUR 2.925) (siehe 2.4.1 Vermögenslage).

Der **sonstige betriebliche Aufwand**, um neutrale Bestandteile bereinigt, erhöhte sich um 2 Prozent (Konzern 1,3 Prozent). Er enthält im Wesentlichen sächliche Verwaltungskosten, übrigen Aufwand wie Rückstellungszuführungen sowie Aufwendungen des Unternehmens für Marketing- und Veranstaltungskosten, Beratungskosten, Beiträge und Sponsoring.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird durch die Senkung der Zinsaufwendungen für Darlehen positiv beeinflusst (HWG mbH TEUR 7.194; Vj. TEUR 7.693; Konzern TEUR 10.009; Vj. TEUR 11.004). Im Konzern ist der Zinsaufwand höher, weil hier die Zinsaufwendungen für den Erwerb der Bestände durch die HWG KG (TEUR 2.638; Vj. TEUR 3.069) sowie hälftig für die Errichtung des „Wohnparks im Paulusviertel“ durch die HGWS (TEUR 177 bis zur Beteiligungsveräußerung; Vj. TEUR 242) enthalten sind. Die Erträge aus anderen Beteiligungen (Vj. TEUR 135) sind im Zuge der Umsetzung der Ergebnisse aus der Risikoinventur der Versicherungsverträge einschließlich des Wechsels des Versicherungsmaklers im Geschäftsjahr entfallen.

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 7.930; Vj. TEUR 3.926; Konzern TEUR 8.275; Vj. TEUR 3.926) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 2.045; Vj. TEUR 2.548; Konzern TEUR 2.038; Vj. TEUR 2.548), die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 529; Vj. TEUR 322), Erträge aus Wertschöpfungen für Gestattungen (TEUR 199; Vj. TEUR 193), Erträge aus KfW-Tilgungszuschüssen (TEUR 480; Vj. TEUR 1.007), Erträge aus Flächenkorrekturen (TEUR 17; Vj. TEUR 0) sowie Aufwand aus Anlageabgängen (TEUR 108; Vj. TEUR 382) und Spenden (TEUR 170; Vj. TEUR 208). Im Konzern ist darüber hinaus das Ergebnis aus der Endkonsolidierung verarbeitet (Ertrag TEUR 5.178; Vj. TEUR 0), im Einzelunternehmen der Abgang aus der Veräußerung des Finanzanlagevermögens (Ertrag TEUR 4.850; Vj. TEUR 0).

Das **Bewertungsergebnis** ist Bestandteil des Betriebsergebnisses. Die Position Abschreibungen enthält außerplanmäßige Abschreibungen und die Position sonstige betriebliche Erträge enthält Zuschreibungen (siehe auch 2.4.1 Vermögenslage).

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage ist stabil. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken analog des Vorjahres umgesetzt.

Basierend auf dem strategischen Zielbild der HWG mbH begann die Gesellschaft im Geschäftsjahr parallel mit der Qualifizierung des Risikomanagements zu einem integrierten Kennzahlen- und Risikomanagementsystem. Aus dem strategischen Zielbild leiten sich Kennzahlen ab, die als Mess- und Steuerungsgrößen zur Zielerreichung dienen. Auf dieser Grundlage wird das Risikomanagementsystem aktualisiert und weiterentwickelt. Schwerpunkte sind strategische bzw. mittel- und langfristige Risiken mit deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie sonstige Entwicklungen der Gesellschaft.

Die für die Geschäftstätigkeit typischen allgemeinen und immobilienpezifischen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Die Einschätzung hinsichtlich ihres generellen Schadenspotentials wird überprüft. Risiken mit einem mittleren bis hohen Schadenspotential werden hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und vorhandener bzw. im Eintrittsfall möglicher Steuerungsmaßnahmen näher betrachtet.

Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt werden.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Die Gesellschaft beobachtet die Entwicklung dieser Risiken unterjährig und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit.

Dazu gehörten im Jahr 2019 das Mietertrags-, das Baukosten- sowie das Liquiditätsrisiko. Abgeleitet aus der Jahresplanung werden Messgrößen und Schwellenwerte definiert. Eine Über- oder Unterschreitung der Schwellenwerte führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen.

Die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen insgesamt als gering eingeschätzt.

Ein besonderes Augenmerk lag im Berichtsjahr auf dem Mietertragsrisiko und dem Baukostenrisiko. Das Baukostenrisiko ist unverändert erhöht. Das Mietertragsrisiko besteht weiterhin, hat aber an Dynamik verloren. Mit Steuerungsmaßnahmen konnte den Risiken entgegengewirkt werden.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur zu Beginn des Geschäftsjahres wurde dem Mietertragsrisiko erneut eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Die Wohnungsmarktlage hat sich in den letzten Jahren in der Stadt Halle (Saale) deutlich verbessert. Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind allerdings differenziert. Vor diesem Hintergrund muss auch die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos differenziert eingeschätzt werden.

In einigen Teilen der Stadt Halle (Saale), insbesondere in innerstädtischen und innenstadtnahen Stadtteilen, wird Wohnraum zunehmend knapper. Hier ist in einigen Stadtteilen und Marktsegmenten eine Anspannung zu verzeichnen. Wohnraumbedarf im gehobenen Segment kann nicht im vollen Umfang gedeckt werden. Dies führt zu steigenden Mieten im oberen Preissegment. Das Mietertragsrisiko in diesen Lagen und Marktsegmenten hinsichtlich des Leerstandes ist als sehr gering einzustufen.

Einige Stadtteile hingegen konnten nicht in dem Maße von den insgesamt positiven Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale) profitieren. Dies gilt beispielsweise für die Großwohnsiedlungen und im Hinblick auf das Portfolio der Gesellschaft insbesondere für den Stadtteil Silberhöhe. In den Großwohnsiedlungen sind überdurchschnittliche Leerstände zu verzeichnen oder diese nur mit überdurchschnittlichem Aufwand zu begrenzen. In diesen Lagen ist das Mietertragsrisiko als erhöht einzuschätzen.

Daraus resultieren für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken. Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist deshalb das Portfolio der Gesellschaft. Die Gesellschaft verfügt über Immobilien in differenzierten Lagen und Qualitäten. Mit diesem lagebegünstigten Portfolio hebt sich die Gesellschaft vom Wettbewerb ab. Auch kann die Gesellschaft damit auf die Nachfrage nach Wohnraum flexibel reagieren. Negative Entwicklungen können durch positive Entwicklungen kompensiert werden, so dass das Mietertragsrisiko insgesamt als gering eingeschätzt werden kann.

Diese Einschätzung wird auch durch die Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr gestützt. Gemäß den Ausführungen unter 2.3.1 Hausbewirtschaftung konnte der Leerstand nach dem Anstieg im Vorjahr im Jahr 2019 stabil gehalten werden.

Dabei ist es auch im Stadtteil Silberhöhe gelungen, den signifikanten Leerstandsanstieg zu stoppen. Die Anschlussvermietungsquote in den Beständen im Stadtteil mit aktiver Vermietungstätigkeit, d. h. ohne Investitionsvorbereitungsobjekte, lag in 2019 bei über 100 Prozent. Dies ist Ergebnis der laufenden Beobachtung in Verbindung mit den eingeleiteten Gegensteuerungsmaßnahmen.

Ein weiteres mittel- bis langfristiges Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. vorgenommen werden.

Im Neuvermietungsgeschäft sind entsprechende Mietanpassungspotentiale vorhanden. Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. ist mangels eines gültigen Mietspiegels deutlich erschwert.

Der letzte Mietspiegel der Stadt Halle (Saale) stammt aus dem Jahr 2010. Dies birgt langfristig Risiken für die Gesellschaft. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines neuen qualifizierten Mietspiegels beauftragt. Die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung ist auch Bestandteil des im Jahr 2018 beschlossenen Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle (Saale).

Weitere Risiken zur Mietertragsentwicklung können sich aus Gesetzesänderungen ergeben. Die Absenkung des Umlagesatzes nach Modernisierung sowie die Begrenzung von entsprechenden Mieterhöhungen (Zeitraum/Höhe) schränken die Möglichkeit von Mietanpassungen bei gleichzeitigem Anstieg der Baupreise aufgrund der Marktlage und gesetzlicher Anforderungen bereits weiter ein. Von der Mietpreisbremse ist die Gesellschaft nicht betroffen.

Die Muttergesellschaft trägt für die angemieteten Bestände der Tochtergesellschaft HWG KG das Mietertragsrisiko.

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko wird maßgeblich durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes.

Die Baupreise sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Der Preisanstieg und der Markt des Bauhauptgewerbes entwickelten sich dabei im Jahr 2019 in Sachsen-Anhalt deutlich dynamischer als im bundesdeutschen Durchschnitt.

Baupreisindizes (Wohngebäude, Jahresdurchschnittswerte)		2019 Index	2018 Index	Veränderung Prozent
Bauleistungen	Sachsen-Anhalt	113,6	108,3	4,9%
	Deutschland	114,6	109,9	4,3%
Instandhaltung (ohne Schönheitsreparaturen)	Sachsen-Anhalt	114,9	109,0	5,4%
	Deutschland	114,4	109,8	4,2%

Seit einigen Jahren übersteigt in den meisten Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes die Nachfrage die Leistungsangebote. Die Ursache hierfür lag unter anderem in der im Vergleich zu Vorjahren umfangreicheren Bautätigkeit in Sachsen-Anhalt.

Der Wertindex für Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe hat in 2019 erneut deutlich angezogen. Bis November 2019 stieg dieser Index für Sachsen-Anhalt um 22,9 Prozent¹⁶ (Deutschland bis Oktober 2019 um 7,8 Prozent)¹⁷.

¹⁶ Datentabelle zum Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 22.01.2020

¹⁷ Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Position 44111-0009, Datenabruf vom 22.01.2020

Die Anzahl der Wohnungen, für welche Baugenehmigungen erteilt wurden, wird auch in 2019 auf einem vergleichsweise hohen Niveau liegen. Die Vorjahreswerte werden hier voraussichtlich mindestens erreicht oder sogar überschritten. Bis November 2019 wurden in Sachsen-Anhalt ca. 4.500 Baugenehmigungen erteilt (Vorjahr gesamt ca. 4.600)¹⁸. In Deutschland sind es im gleichen Zeitraum ca. 312.000 Baugenehmigungen (Vorjahr gesamt ca. 340.000)¹⁹.

Inwieweit die Entwicklung bei den Baugenehmigungen mittelfristig zu einer Entspannung bezüglich der Baupreise führt, bleibt abzuwarten. Durch das Zurückstellen von Investitionen auf der Auftraggeberseite ist damit kurzfristig nicht zu rechnen.

Diese Marktsituation führt bei der Durchführung der Vergabe von Bauleistungen zu sehr differenzierten Ergebnissen mit zum Teil extremen Preisverwerfungen. Auch führt sie dazu, dass Bauinvestitionen ggf. verschoben oder die Entwicklungskonzepte überarbeitet werden müssen. Dies beeinflusst die Entwicklungsgeschwindigkeit der Portfoliogestaltung maßgeblich. Umsatzsteigerungsziele können ggf. nicht im geplanten Tempo erreicht werden.

Die Gesellschaft wird den Markt weiter beobachten. Darüber hinaus wurde die Marktsituation bei der Aufstellung der Jahresplanung 2020 und der mittelfristigen Planung 2021 bis 2024 bei der projektbezogenen Ermittlung der Investitionskosten berücksichtigt. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen betroffener Projekte bei Erfordernis angepasst.

Das Baukostenrisiko kann auch unternehmensinterne Ursachen haben. Vor dem Hintergrund wurde im Auftrag der Gesellschaft im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 eine externe Prüfung durchgeführt. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen gehörte zu den Aufgaben der Gesellschaft für das Jahr 2019. Im Ergebnis dessen wurde dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 5. November 2019 ein Konzept zur Neu- und Umgestaltung des Technischen Immobilienmanagements (TIM) vorgelegt. Dem stimmte der Aufsichtsrat zu. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt in 2020.

Dessen ungeachtet werden im Unternehmen Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Wirtschaftlichkeitskriterien der Baumaßnahmen ist deshalb Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Überwachung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Baucontrolling.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant, da sie im Rahmen der Anmietung der Bestände der HWG KG auch Baumaßnahmen in deren Objekten durchführt.

Liquiditätsrisiko

Das Mietertrags- und das Baukostenrisiko haben Auswirkungen auf die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

Sonstige Risiken

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Risiken ist es jedoch erforderlich, Änderungen dieser rechtlichen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür hat die Gesellschaft organisatorische Vorsorgemaßnahmen festgelegt.

¹⁸ Datentabelle zum Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 22.01.2020

¹⁹ Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Positionen 31111-0002, Datenabruf vom 23.01.2020

Neben der weiteren Umsetzung der Ergebnisse aus der Risikoinventur bei Versicherungsverträgen im Vorjahr wurde im Geschäftsjahr eine Compliance-Risikoinventur durchgeführt.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

Corona-Pandemie

Die Auswirkungen der aktuellen Pandemie mit dem Corona-Virus (COVID-19) beeinflussen zum Berichtszeitpunkt das Geschäftsfeld der Gesellschaft und des Konzerns.

Direkte Einflüsse haben die „Allgemeinverfügung der Stadt Halle (Saale) über die Schließung von Schulen, Kitas und Horten, des Lehrbetriebes der Universität und das Verbot öffentlicher Veranstaltungen der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (TOOH) vom 12.03.2020“, die „Allgemeinverfügung der Stadt Halle (Saale) zur Quarantäne für mit dem Coronavirus infizierte Personen und Reiserückkehrer aus Risikogebieten und betroffenen Gebieten in Deutschland vom 12.03.2020“ sowie die „Allgemeinverfügung des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.03.2020“.

Die beiden erstgenannten Verfügungen betreffen im Wesentlichen den Bereich Personal und Organisation. Risiken ergeben sich aus der rechtlichen Bewertung der arbeitsvertraglichen Rechte und Pflichten der Parteien sowie aus Engpässen der Verfügbarkeit von Beschäftigten für betrieblich relevante Prozesse. Durch den Reifegrad der Organisation und den erreichten Fortschritt bei der Digitalisierung werden diese Risiken zum Berichtszeitpunkt grundsätzlich als gering eingestuft. Dabei wird unterstellt, dass durch die eingeleiteten Maßnahmen die Belegschaft einschließlich der eigenen Handwerker nicht in einem Maß von Infektionen oder Quarantäne betroffen sein wird, dass betriebliche Abläufe eingestellt werden müssen. Die Gesellschaft hat einen Pandemieplan erarbeitet, der die wesentlichen betrieblichen Prozesse definiert und deren Aufrechterhaltung sichert.

Die „Allgemeinverfügung des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.03.2020“ birgt wirtschaftliche Risiken für die Gesellschaft und den Konzern. Die untersagte Öffnung von Gaststätten und Ladengeschäften jeder Art betrifft direkt einen Teil der gewerblichen Mieter und kann in Folge der Einflüsse auf deren Geschäftstätigkeit zu Umsatzverlusten und Forderungsanstiegen bis hin zum Leerstand bei der Gesellschaft und dem Konzern führen. Ebenso ergeben sich hieraus durch die weitreichenden Kontakteinschränkungen voraussichtlich Folgen für die Planung, Realisierung und Beendigung von Bauvorhaben.

Die Gesamtheit der Einflüsse der Corona-Pandemie auf die gesamtwirtschaftliche Lage wird sich zum Berichtszeitpunkt auch auf die Wohnungsmietverhältnisse auswirken. Den erwarteten Folgen trat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ vom 23. März 2020“ entgegen. Insbesondere der darin avisierte Mieterschutz infolge ausbleibender Mietenzahlungen kann kurzfristig zum Forderungsanstieg und Umsatzverlusten führen.

Inwieweit sich aus der Gesamtheit der pandemiebedingten wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen Risiken für die Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplanung ergeben, die die weitere Entwicklung und Strategie der Gesellschaft und des Konzerns wesentlich beeinflussen, hängt vor allem davon ab, ob die jetzt bekannten Beeinträchtigungen nach den avisierten Zeiträumen enden oder weiterbestehen. Die Gesellschaft beobachtet, bewertet und agiert aktuell auf die sich verändernden Sachlagen und wird im Bedarfsfall ihre Planungen vorzeitig fortschreiben.

Die Geschäftsführung sieht in den genannten Risiken der Corona-Pandemie kurz- bis mittelfristig keine Gefährdung für den Fortbestand des Unternehmens und des Konzerns.

4. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im November 2019 die Mittelfristige Planung der HWG mbH für die Jahre 2021 bis 2024 zur Kenntnis genommen und den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2020 genehmigt.

Wesentlicher Bestandteil der Planung sind Bestandsinvestitionen. Das Investitionsprogramm 2020 umfasst etwa 400 Wohnungen, welche umfassende wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren oder neu errichtet werden. Wohngebäude mit ca. 370 weiteren Wohnungen werden erstmals mit Aufzugsanlagen ausgestattet. Das Investitionsvolumen beträgt einschließlich Bauvorbereitungsprojekten ca. EUR 31,0 Mio.

Das Instandhaltungsbudget wurde mit ca. EUR 14,0 Mio. geplant. Dieses dient der Sicherung der Qualität des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Verkäufe hat die Gesellschaft für das Jahr 2020 im Rahmen der Jahresplanung nicht vorgesehen. Es erfolgt in 2020 lediglich noch die Abwicklung der in 2019 abgeschlossenen Verpflichtungsgeschäfte. Hieraus ergeben sich Liquiditätszuflüsse von ca. EUR 1,1 Mio.

Durch die Umsetzung der Bestandsentwicklungsmaßnahmen wird der Wohnungsbestand im Konzern leicht ansteigen. Dieser wird zum Ende des Jahres 2020 gemäß Planung ca. 17.600 Wohnungen umfassen.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden zu einer Erhöhung des Vermietungsstandes führen. Zum Jahresende strebt die Gesellschaft eine Leerstandsquote von unter 6,0 Prozent an.

Investitionen und Leerstandsabbau werden in dem von der Gesellschaft verwalteten Bestand zu einer Steigerung der Umsatzerlöse führen. Damit kann der Wegfall der Umsatzerlöse aus der Bewirtschaftung der Bestände der bisherigen Beteiligungsgesellschaft HGWS mehr als kompensiert werden.

Entsprechend wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein leicht steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. EUR 8,2 Mio. (HWG mbH) bzw. ca. EUR 8,0 Mio. (Konzern). Aufgrund der Ergebnisse aus dem Jahr 2019 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von EUR 5,0 Mio. aus.

Auch für den Folgezeitraum planen die Gesellschaft und der Konzern eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit zum einen weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen der Gesellschafterin sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt.

Darüber hinaus wird die weitere Entwicklung maßgeblich davon abhängen, wie sich die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie weiter entwickeln werden. Aktuell kann die Gesellschaft für das Folgejahr und die Folgezeiträume Beeinträchtigungen (siehe 3. Chancen- und Risikobericht), die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns auswirken können, nicht ausschließen. Die außergewöhnliche Unsicherheit in Bezug auf die Dauer der aktuellen Einschränkungen und die sich daraus ergebenden Folgen für die Gesamtwirtschaft und damit die Entwicklungen auf die Geschäftstätigkeit des Unternehmens insbesondere zu Investitionen, Umsatz- und Ergebnisentwicklung erschwert die Prognose zur weiteren Entwicklung für das laufende Jahr und die Folgezeiträume. Die Gesellschaft wird soweit möglich und zulässig alles zur Umsetzung der Jahresplanung unternehmen und erforderlichenfalls die Planung fortschreiben. Die Planungen für die Folgezeiträume werden gegebenenfalls auf die sich eventuell verändernden Sachlagen angepasst.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,95
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Hallesche Wohnungs- gesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Marx, Jürgen)</i>
	MALIMA Beteiligungs GmbH	<i>(vertreten durch Floth, Christian und Heumann, Florian)</i>
	Karlo Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Soethe, Robert, bis 01.08.2019; Goldbrunner, Christian, bis 01.08.2019; Kober, Peter, bis 01.08.2019; Zormaier, Ulrich, seit 01.08.2019; Pauly, Björn, seit 01.08.2019; Nolte, Markus, seit 01.08.2019)</i>

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Mitglieder der Organe erhalten keine Vergütung von der HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	65.527	100	66.767	100	68.067	100	-1.240	-2
Umlaufvermögen	12	0	12	0	13	0	0	0

Bilanzsumme	65.539	100	66.779	100	68.080	100	-1.240	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	65.529	100	66.769	100	68.070	100	-1.240	-2

Bilanzsumme	65.539	100	66.779	100	68.080	100	-1.240	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.949	4.433	4.602
Abschreibungen	1.240	1.300	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	107	108	113
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36	44	44
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.638	3.069	3.172
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.240	1.300	1.361	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,02	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,98	99,99	99,99	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6.049	70	7.359	81	7.903	83	-1.310	-18
Umlaufvermögen	2.601	30	1.699	19	1.642	17	902	53
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	2	0	0	0

Bilanzsumme

8.652	100	9.060	100	9.547	100	-408	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.742	78	6.864	76	6.856	72	-122	-2
Sonderposten für Investitionszulagen	1.433	17	1.842	20	2.251	24	-409	-22
Rückstellungen	213	2	183	2	206	2	30	16
Verbindlichkeiten	255	3	158	2	225	2	97	61
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	13	0	9	0	-4	-31

Bilanzsumme

8.652	100	9.060	100	9.547	100	-408	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.807	1.820	1.789
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-30	-30	40
sonstige betriebliche Erträge	2	1	3
Materialaufwand	876	923	950
Personalaufwand	76	50	58
Abschreibungen	160	181	155
sonstige betriebliche Aufwendungen	801	642	627
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	12	14	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	2	9
Ergebnis nach Steuern	-121	7	43
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-121	7	43
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	98	98	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	7	43
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-23	98	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-6,70	0,39	2,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,79	0,11	0,62	%
Cash-Flow:	39	188	198	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	890	895	916	T€
Personalaufwandsquote:	4,27	2,77	3,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	49,55	53,47	56,54	%
Eigenkapitalquote:	77,93	75,76	71,82	%
Fremdkapitalquote:	22,07	24,24	28,18	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	100,00	97,33	100,00	%

f) Lagebericht

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Zur Erfüllung des Unternehmenszwecks werden insbesondere die folgenden Leistungen angeboten:

- Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Bio- und Lebenswissenschaften,
- Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen sowie von Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institute der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i. H. v. ca. 28,0 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2019 ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumsräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Biomedical, Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt insbesondere die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Bereichen Biomedical Life Sciences (u.a. Biotechnologie, Pharmazie, Biomedizin und Medizintechnik).

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft (Vermietung) geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategieberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

Die oben genannten Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen einer Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist nach Jahren des Booms 2019 in eine deutliche Schwächephase geraten. Die konjunkturelle Dynamik im produzierenden Gewerbe lag unter der im Dienstleistungsbereich. Positive Impulse für die Gesamtwirtschaft kamen dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen in einem lebhaften Binnenmarkt vor allem von der Verbraucherseite. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland ist wiederum insgesamt leicht gestiegen, wird aber zukünftig eher verhalten bleiben. Gründe hierfür sind auch steigende Arbeits- und Energiekosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren zudem durch Regulierungen am Arbeitsmarkt und zunehmend bürokratischere Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen gelitten. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind zudem weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die zunehmend protektionistischen Strömungen beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich dämpfen. Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verzeichneten weiterhin geringe Steigerungsraten. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen.

In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle (Saale) erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen zunehmend und macht weiterhin verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte auch 2019 die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurden das bestehende Geschäftsmodell der Gesellschaft im Berichtszeitraum intensiv überarbeitet, neue Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept als auch das daraus abgeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit seiner Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr wieder größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen in den Gebäuden eingesetzt. Begonnen wurde beispielsweise mit der Umsetzung der dringenden Modernisierung der zentralen Steuerungsanlage für die Medientechnik im Gebäude im Weinbergweg 22 (DDC-Anlage). Für dieses umfangreiche Projekt ist ein Zeitraum von drei Jahren vorgesehen.

Trotz der dargestellten unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der langjährig stabile Mietzins auch im Jahr 2019 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers ist es ein weiteres Ziel der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es mit Hilfe der Betriebsführung über die TGZ Halle GmbH im Berichtszeitraum wieder gelungen, umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch die Umsetzung des Landesprojektes "Accelerate Innovation in Life Sciences, Material Sciences and IT (AIMS-Accelerator) sowie des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert. Zudem wurde ein Pilotprojekt für ein Accelerator-Programm „Biomedical Life Sciences“ durchgeführt. Auf Basis der positiven Ergebnisse soll 2020 ein erstes Accelerator-Programm für Sachsen-Anhalt im modernisierten Innovation Hub im Technologiepark umgesetzt werden.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt, der Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), die AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, die IHK Vollversammlung und der Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Gründerservices und des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Zur Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort wurden im Berichtszeitraum in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert, Kongress- und Messebesuche organisiert sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen mit Schwerpunkten im Bereich Life Sciences genannt. Darüber hinaus wurden am Standort neue Veranstaltungsformate wie beispielsweise der Weinberg Campus Talk, das Weinberg Campus Business Breakfast, das Weinberg Campus Life Sciences Meetup oder auch Tech Talks erfolgreich etabliert.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden wiederum neue Kommunikationskanäle etabliert und im Berichtszeitraum ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleschen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr weiter vertieft und in der Marktbearbeitung thematisiert. In diesem Zusammenhang steht auch die Vorbereitung der Gründung eines Vereins, in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur ab 2020 zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	897	50,4%	875	48,9%	22	2,5%
+ Mietnebenkosten	910	51,2%	945	52,8%	-35	-3,7%
+ = UMSATZERLÖSE	1.807	101,6%	1.820	101,6%	-13	-0,7%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-30	-1,7%	-30	-1,7%	0	0,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	2	0,1%	1	0,1%	1	100,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.779	100,0%	1.791	100,0%	-12	-0,7%
+ Raumkosten Mieter	876	49,2%	923	51,5%	-47	-5,1%
+ Personalkosten	76	4,3%	49	2,7%	27	55,1%
+ eigene Raumkosten	127	7,1%	94	5,2%	33	35,1%
+ Betriebsführung	250	14,1%	250	14,0%	0	0,0%
+ Versicherungen / Beiträge	7	0,4%	8	0,4%	-1	-12,5%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	308	17,3%	202	11,3%	106	52,5%
+ Kosten des Fuhrparks	4	0,2%	4	0,2%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	24	1,3%	19	1,1%	5	26,3%
+ sonstige Kosten	82	4,6%	66	3,7%	16	24,2%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	802	45,1%	643	35,9%	159	24,7%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.754	98,6%	1.615	90,2%	139	8,6%
= EBITDA	25	1,4%	176	9,8%	-151	-85,8%
+ Abschreibungen	569	32,0%	590	32,9%	-21	-3,6%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-409	-23,0%	-409	-22,8%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	160	9,0%	181	10,1%	-21	-11,6%
= EBIT	-135	-7,6%	-5	-0,3%	-130	2600,0%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	12	100,0%	14	100,0%	-2	-14,3%
+ = FINANZERGEBNIS	12	100,0%	14	100,0%	-2	-14,3%
= EBT	-123	-6,9%	9	0,5%	-132	-1466,7%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-2	1,6%	2	22,2%	-4	-200,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	-2	1,6%	2	22,2%	-4	-200,0%
= JAHRESERGEBNIS	-121	-6,8%	7	0,4%	-128	-1828,6%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2018 um 12 T-€ (= 0,7 %) auf 1.779 T-€ vermindert. Dabei gingen die abgerechneten Mietnebenkosten um 35 T-€ zurück. Die Mieteinnahmen stiegen dagegen um 22 T-€, die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten blieben mit 30 T-€ unverändert und die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 1 T-€ gestiegen. Damit liegt die Betriebsleistung 26 T-€ unter Plan.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft sind um 27 T-€ auf 76 T-€ gestiegen. Diese liegen damit 8 T-€ unter dem Planansatz.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 159 T-€. Dabei haben sich in diesem Posten die Reparaturen und Instandhaltungen (+106 T-€) die Raumkosten (+33 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+5 T-€) und die sonstigen Kosten (+16 T-€) erhöht, die Versicherungen und Beiträge haben sich leicht (-1 T-€) vermindert. Der Planansatz wurde um 54 T-€ überschritten. Dabei lagen die Raumkosten der Mieter um 37 T-€, die Reparatur- und Instandhaltungskosten um 8 T-€ und die Sonstigen Kosten um 17 T-€ über Plan. Die Werbe- und Reisekosten wurden hingegen um 6 T-€ unterschritten.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2018 um 151 T-€ auf 25 T-€ vermindert und lag um 27 T-€ über dem Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 569 T-€ (Vorjahr: 590 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die saldierten Abschreibungen lagen somit mit 160 T-€ um 1 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2018 um 130 T-€ auf -135 T-€ verschlechtert. Gegenüber dem Planansatz von -161 T-€ gab es hier eine positive Abweichung von 26 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (14 T-€) um 2 T-€ auf jetzt 12 T-€ vermindert und liegt damit um 6 T-€ über dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich durch das verminderte Ergebnis vor Steuern um 4 T-€ auf -2 T-€ vermindert. Es handelt sich um die Steuererstattung aufgrund des Verlustrücktrages in das Jahr 2018.

Das **Jahresergebnis** hat sich um 128 T-€ von einem Jahresüberschuss (+ 7 T-€) im Vorjahr auf einen Jahresfehlbetrag (-121 T-€) im Berichtsjahr vermindert, liegt aber dennoch 34 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtjahres rund 2.431,0 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 900,1 T-€ erhöht. Die Erhöhung resultiert aus der Umschichtung von verzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens in liquide Mittel des Umlaufvermögens.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2019		Bilanz zum 31.12.2018		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.742,5	77,9	6.863,6	75,8	-121,1	-1,8
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.432,6	16,6	1.842,0	20,3	-409,4	-22,2
Rückstellungen	213,4	2,5	183,5	2,0	29,9	16,3
Erhaltene Anzahlungen	120,1	1,4	74,9	0,8	45,2	60,3
Lieferverbindlichkeiten	81,3	0,9	46,3	0,5	35,0	75,6
Sonstige Verbindlichkeiten	52,9	0,6	37,3	0,4	15,6	41,8
Summe Verbindlichkeiten	254,3	2,9	158,5	1,6	95,8	60,4
Rechnungsabgrenzungsposten	9,3	0,1	12,6	0,2	-3,3	-26,2
Summe Passiva = Gesamtkapital	8.652,1	100,0	9.060,2	100,0	-408,1	-4,5

c) **Vermögenslage**

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2019		Bilanz zum 31.12.2018		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	9,7	0,1	12,4	0,1	-2,7	-21,8
Sachanlagen	4.286,9	49,5	4.844,9	53,5	-558,0	-11,5
Finanzanlagen	1.752,3	20,3	2.502,3	27,6	-750,0	-30,0
Summe Anlagevermögen	6.048,9	69,9	7.359,6	81,2	-1.310,7	-17,8
Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	170,5	2,0	168,0	1,9	2,5	1,5
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	2.431,0	28,1	1.530,9	16,9	900,1	58,8
Summe Umlaufvermögen	2.601,5	30,1	1.698,9	18,8	902,6	53,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	8.652,1	100,0	9.060,2	100,0	-408,1	-4,5

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 408,1 T-€ (= -4,5 %) auf 8.652,1 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich im Vorjahresvergleich auf 69,9 % (Vorjahr: 81,2 %) vermindert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 53,5 % im Vorjahr auf 49,5 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 750,0 T-€ auf 1.752,3 T-€ vermindert. Daher hat sich der Anteil am Gesamtvermögen gegenüber dem Vorjahr von 27,6 % auf 20,3 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (8,9 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 569,6 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 560,7 T-€ auf einen Betrag von 4.296,6 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 902,6 T-€ oder 53,1 % auf 2.601,5 T-€ erhöht. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 22,3 T-€ haben sich um 40,0 T-€ vermindert, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 42,5 T-€ auf 148,2 T-€ erhöht.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 2.431,0 T-€ (Vorjahr: 1.530,9 T-€) und nahmen damit um 900,1 T-€ zu. Ein Grund für die Zunahme war der Verkauf von Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von 750,0 T-€.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr in Höhe von 1,7 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 99,50 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 100,00 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	64,70%
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen, sonstige Services	35,30%

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 17 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Gesamtleistung sowie das Ergebnis vor Steuern.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2020 und in Entwurfsskizzen für die Jahre 2021 bis 2024 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2020	1.833	2.048	6	-209
2021	1.835	1.892	6	-51
2022	1.838	1.848	6	-4
2023	1.840	1.807	6	39
2024	1.843	1.772	6	77

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die bislang stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang), andererseits aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase). Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Auch für die Berichtsgesellschaft stellt die Unsicherheit der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie eine Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Der von China ausgehende Ausbruch des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, durch den die Lungenkrankheit COVID-19 ausgelöst werden kann, hat inzwischen weltweite Auswirkungen. Dazu zählen wirtschaftliche Einbußen bei Unternehmen, beispielsweise aufgrund von Einschränkungen in Produktion und Handel oder aufgrund von Reise- und Versammlungsbeschränkungen. Daraus können auch für das Berichtsunternehmen Risiken entstehen. Diese Risiken werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert und durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter untersetzt. Das im Berichtsjahr weiterentwickelte und detailliertere Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2020 wiederum das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschulumfeld. Der Zielerreichung dient die geplante Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Zur Fundierung der diesbezüglichen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Planungen wird im Jahr 2020 eine umfangreiche Lebenszyklus-Analyse für die Gebäude durchgeführt.

Für die kommenden Jahre ist zudem die Errichtung weiterer neuer Gebäude im Technologiepark Weinberg Campus geplant. Geprüft werden auch Optionen für potenzielle Neubauvorhaben der Gesellschaft.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den Jahren 2020 ff. zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet 2020 die Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das Geschäftsjahr 2020 sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2020 ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zurzeit mit Ausnahme der „Corona-Unsicherheit“ eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den beiden Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern. Der Fokus des Innovation Hubs auf naturwissenschaftlich basierte Geschäftsmodelle bietet in direkter Nachbarschaft somit auch Chancen für die Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.

- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht erwähnte Unsicherheit durch die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie kann für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Es könnte zur zeitweisen Quarantäne des Personals kommen. Während es für den kaufmännischen Bereich und den Bereich Beratung und Projektmanagement möglich ist, einen Großteil der Aufgaben in Heimarbeit zu erledigen, gestaltet sich dies im technischen Bereich schwieriger. Hier ist in Folge des Outsourcing die Energieversorgung Halle GmbH zuständig.
- Einige Förderprojekte könnten sich zeitlich verzögern. Durch die öffentliche Förderung fallen die diesbezüglichen Einnahmen nicht aus, sondern verzögern sich lediglich in der Auszahlung. Ein personell bedingter Arbeitsausfall und die damit verbundenen Kosten könnten beispielsweise durch das neu eingeführte Kurzarbeitergeld teilweise ausgeglichen werden.
- Geplante Veranstaltungen könnten abgesagt werden müssen. Durch organisatorische Maßnahmen könnten diese allerdings zum Teil nachgeholt werden.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	<i>(vertreten durch Götte, Dieter, seit 28.06.2019; Hüttner, Jan, seit 01.01.2019 bis 28.06.2019)</i>
--------------------------	---	---

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	0	0	0	0
22.797	99	22.981	99	22.095	99	-184	-1
115	1	138	1	176	1	-23	-17

Bilanzsumme

22.912	100	23.119	100	22.271	100	-207	-1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
22.612	99	22.947	99	21.899	98	-335	-1
114	0	112	1	60	0	2	2
186	1	60	0	312	2	126	210

Bilanzsumme

22.912	100	23.119	100	22.271	100	-207	-1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2019	2018	2017
T€	T€	T€
4.214	8.404	9.161
-1.707	-2.629	-3.889
0	39	145
1.301	1.170	649
0	0	0
712	604	655
0	0	0
0	0	2
0	53	0
494	3.987	4.111
494	3.987	4.111

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,71	47,44	44,87	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,23	21,03	23,11	%
Cash-Flow:	494	3.987	4.111	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,00			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	98,69	99,26	98,33	%
Fremdkapitalquote:	1,31	0,74	1,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	176,90	196,90	230,90	ha
erworbene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	20,00	34,00	56,40	ha

f) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Standortanfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt.

Ein erster Zuwendungsbescheid über die beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattete unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst eine erste Grunderschließung in Höhe von brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von brutto 76,8 Mio. € beinhaltete, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden inneren Erschließung wurde vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden. In Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastruktur wurde damit auf eine veränderte Nachfrage des Marktes hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha reagiert.

Nach Vorliegen eines entsprechenden Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011 wurde diese Maßnahme entsprechend umgesetzt.

Im Zuge konkreter Ansiedlungsbegehren und dabei erzielter Ansiedlungserfolge zeigte sich jedoch, dass hinsichtlich der öffentlichen Erschließung von Teilflächen im Star Park weiterer Handlungsbedarf besteht, will man flächenmäßig im Bereich von 2 bis 5 ha liegende Ansiedlungen erfolgreich akquirieren. Im Angesicht eines per Ende 2013 noch verfügbaren Restbudgets aus der Erschließungsmaßnahme, Bestand hat nach wie vor das oben bereits erwähnte Gesamtbudget von 76,8 Mio. €, wurde durch die Stadt Halle entschieden, einen neuerlichen Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 zu stellen. Dafür lag seit dem 19.02.2014 der entsprechende Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vor.

Die Erschließung des Star Park wurde dementsprechend zunächst Ende 2014 zum Abschluss gebracht.

Die vorgeschriebene Erstellung und Prüfung des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder wurde fristgerecht zum 30.06.2015 mit Einreichung bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erledigt.

Der Verwendungsnachweis wurde im Ergebnis der Prüfung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Prüfbescheid vom 15.05.2017 bestätigt. Die im Verwendungsnachweis ausgewiesenen Fördermittelanprüche wurden bestätigt und bis dahin einbehaltene Fördergelder vollständig ausbezahlt.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem dabei erfolgreich abgeschlossenen, für die Gesellschaft und die Stadt Halle (Saale) sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolge eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion auf einer Teilfläche einer noch zusammenhängenden, noch 50 ha großen Ansiedlungsfläche zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27.09.2019 antragsgemäß positiv beschieden. Die EglG wird die genehmigten Fördermittel auf Grundlage des mit ihr fortbestehenden Erschließungsvertrages zum Star Park von der Stadt Halle (Saale) gemäß Mittelanforderung erhalten und den verbleibenden Eigenmittelanteil selbst tragen.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle führt die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme selbst soll bis Ende Juli 2020 abgeschlossen sein. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Weitere Erschließungsmaßnahmen sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Rest-Ansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Es besteht seitens der Stadt Halle (Saale) die Absicht auch dafür öffentliche Fördermittel aus dem GRW-Programm bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu beantragen.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgte seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil waren in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahreststranchen in den städtischen Haushalt eingestellt und wurden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses jeweils rechtzeitig zur Begleichung anstehender Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die Restaktivitäten der inneren Erschließung des Star Park wurden materiell in 2014 abgeschlossen, im Geschäftsjahr 2015 erfolgten dazu lediglich die letzten Finanzierungen. Insofern ist die Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“ der Gewinn- und Verlustrechnung auch im Jahr 2019 geprägt von den geplanten Folgeaufwendungen der öffentlichen Erschließung, soweit sie der Gesellschaft zugewiesen wurden.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen übertragen worden. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert. Die EglG wird die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben, da eine Übertragung an die Netzgesellschaft der EVH GmbH vorerst aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit des Betriebes dieser Anlagen und noch zu klärender rechtlicher Rahmenbedingungen scheitert. Die nach der erwähnten Beschlusslage an die Stadt Halle zu übertragenden Erschließungsstraßen und Grünanlagen sind beschlusskonform mit Wirkung ab 01.01.2013 in die Zuständigkeit der Stadt Halle (Saale) übergegangen.

Im Jahr 2019 konnten weitere Teilflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 20 ha verkauft werden. Für weitere ca. 37 ha konnte ein Kaufvertragsangebot notariell beurkundet werden. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse wurden in 2019 für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2020 und folgende.

Da den dabei erzielten Erlösen in geringerem Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis in 2019 entsprechend positiv beeinflusst.

Aufgrund des oben erwähnten handelsbilanziellen Effekts bei Veräußerung von Grundstücken konnte im Jahr 2019 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 494 T€ (Vorjahr 3.987 T€) erzielt werden.

Mit Beschluss der Gremien der Gesellschaft wurde das Unternehmen 2017 damit betraut, aufsetzend auf einer durch die Stadt Halle (Saale) initiierten Machbarkeitsstudie zur Untersuchung von Gewerbeflächenpotentialen in Halle, eine Machbarkeitsuntersuchung zur Erschließung einer Vorrangfläche in Halle-Tornau als Gewerbegebiet durchzuführen. Auslöser dieser Untersuchungen sind die sehr erfolgreichen Vermarktungsaktivitäten der EVG und EglG für die Gewerbeflächen im Star Park und der sich abzeichnende Bedarf an hochwertigen Gewerbeflächen im Greenfield-Segment und Eigentum der Stadt Halle (Saale) bzw. städtischer Unternehmen.

Die im Oktober 2017 vorgelegte Machbarkeitsuntersuchung schloss u. a. mit der Empfehlung ab, weitere Untersuchungen bzw. Gutachten zu beauftragen. Nach vorherigen Beratungen in den Gremien der EVG bzw. EglG hat der Finanzausschuss am 22.05.2018 die EglG mit der Durchführung weiterer, zu untersuchender Maßnahmen beauftragt und dafür ein außerplanmäßiges Budget von bis zu 150 T€ bewilligt. Alle dann vorliegenden Ergebnisse und Informationen wurden auftragsgemäß in einer Stadtratsvorlage zusammengefasst und dem DLZWW der Stadt Halle zur Einbringung in den Stadtrat noch im Jahr 2018 zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses zur Entwicklung eines Gewerbegebietes zugearbeitet. Mit ihrer Zuarbeit und Unterstützung bei der Erstellung der Vorlage VI/2018/04585 hat die EglG ihren Auftrag vollumfänglich erfüllt.

Vor dem Hintergrund, dass aus den im November 2018 durchgeführten Zukunftswerkstätten im relevanten Stadtteil zahlreiche neue Hinweise der Bevölkerung eingegangen sind, die sich nach Prüfung durch die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) ebenso als so schwerwiegend erwiesen haben, wie eine Reihe weiterer Erkenntnisse zum Umfang der vorzunehmenden Erschließungsmaßnahmen, hat sich die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) entschieden, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) den Vorschlag zu unterbreiten, die weitere Planung für dieses neue Gewerbegebiet einzustellen. Dem ist der Stadtrat mit Beschluss im September 2019 nachgekommen.

Die Stadt Halle (Saale) und auch die Geschäftsführung der EglG sehen dessen ungeachtet weiterhin einen dringlichen Bedarf an sofort verfügbaren, in der Qualität des Star Park erschlossenen Ansiedlungsflächen. Die bestehende Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren bestätigt dies.

Demgemäß sind Aktivitäten eingeleitet worden, sowohl innerstädtische Industriebrachflächen zu revitalisieren als auch ein neues, großflächiges Gewerbegebiet im Greenfieldbereich zu entwickeln. Abgestimmt mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sollen dabei die EglG und deren geschäftsführende Komplementärin, die EVG, eine zentrale Rolle übernehmen. Diesbezüglich sind erste Maßnahmen bereits konzipiert und vom Aufsichtsrat der EVG in Form des diesem zur Beratung vorgelegten Nachtrags-Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2020 der EglG gebilligt worden. Dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wird dieser Nachtrags-Wirtschaftsplan zuständigkeithalber zu dessen Sitzung am 29.04.2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2019 und auch darüber hinaus gesichert. Die Gesellschaft wies per 31.12.2019 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 16,899 T€ (Vorjahr: 15.014 T€) aus.

Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2019 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit dem Jahresabschluss 2018 und der Wirtschaftsplanung 2019 und der Mittelfristplanung 2019 bis 2023. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zum Wirtschaftsplan 2020 und zur Mittelfristplanung 2020 bis 2024 wurden im Rahmen einer weiteren Gesellschafterversammlung am 22.01.2020 gefasst.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt 2 ordentlichen und 5 außerordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2020 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Der EglG kam nach dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) und dem eigenen Unternehmenskonzept bis Ende 2018 nur die Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Danach war ab dem Geschäftsjahr 2016 ein jährlicher Flächenverkauf im Star Park von 25 ha geplant, dessen Verwirklichung intensiver Anstrengungen bedurfte und bedarf. Dennoch wurde diese Zielstellung in den Vorjahren und im Jahr 2019 mit den veräußerten ca. 20 ha und der vereinbarten Kaufoption von weiteren ca. 37 ha übertroffen. Die Gesellschaft stehen frei verfügbar per 31.12.2019 lediglich noch ca. 10 ha vermarktbar Fläche zur Verfügung. Für weitere ca. 45 ha sind Kaufvertragsangebote mit unterschiedlichen Unternehmen und unterschiedlicher Laufzeit vereinbart. Es ist davon auszugehen, dass die Vertragspartner diese Kaufangebote für die geplanten Erweiterungsabsichten ihrer schon bestehenden Unternehmen in Anspruch nehmen

Parallel dazu sind, wie bereits ausgeführt, die Entwicklung eines neuen, der Qualität des Star park vergleichbaren großflächigen Gewerbegebietes und die Revitalisierung von Brachflächen innerhalb des Stadtgebiets häufig diskutierte Betätigungsfelder für die EglG. Mit der Revitalisierung von Brachflächen könnten einerseits mögliche Investorenanfragen bis zur Fertigstellung eines neuen Gewerbegebiets bedient und andererseits städtebauliche Missstände behoben werden. Dazu bedürfte es eines entsprechenden Auftrages durch die Stadt Halle und die Bereitstellung eines ausreichenden Budgets. Wie bereits ausgeführt sind diesbezügliche Abstimmungen erfolgt und eine erste Beschlussvorlage in Form eines von der EglG vorgelegten Nachtragswirtschaftsplanes 2020 wird dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zur Beratung und Feststellung zu dessen Sitzung am 29.04.2020 vorgelegt.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand noch ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Diese Aussage wird auch dadurch nicht in Frage gestellt, dass die Stadt Halle (Saale) als Kommanditistin auch im Jahr 2019 für verschiedene eigene Verwendungen von ihrem Kapitalentnahmerecht Gebrauch gemacht hat.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Götte, Dieter	(seit 28.06.2019)
		Hüttner, Jan	(seit 01.01.2019 bis 28.06.2019)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Sprung, Michael	(bis 03.07.2019)
	stellv. Vorsitzender	Wolter, Tom	(seit 04.07.2019, seit 29.08.2019 stellv. Vorsitzender)
		Cierpinski, André	(bis 03.07.2019)
		Heinrich, Andreas	(seit 04.07.2019)
		Hintz, Katharina	(bis 03.07.2019)
		Mämecke, Steve	(seit 04.07.2019)
		Nagel, Elisabeth	
		Ranft, Melanie	(seit 04.07.2019)
		Rupsch, Marko	(bis 03.07.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	13	4	8

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	39	13	62	29	69	19	-23	-37
Umlaufvermögen	269	87	148	70	288	80	121	82
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	1	2	1	-1	-50

Bilanzsumme	309	100	212	100	359	100	97	46
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	137	44	116	55	125	35	21	18
Rückstellungen	95	31	85	40	61	17	10	12
Verbindlichkeiten	77	25	11	5	173	48	66	600

Bilanzsumme	309	100	212	100	359	100	97	46
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	891	826	930
sonstige betriebliche Erträge	13	14	31
Materialaufwand	181	210	200
Personalaufwand	440	423	388
Abschreibungen	27	24	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	236	193	333
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Ergebnis nach Steuern	21	-10	17
sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	21	-10	16

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,32	-1,16	1,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,87	-7,64	14,90	%
Cash-Flow:	48	14	38	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	226	168	192	T€
Personalaufwandsquote:	48,66	50,34	40,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,45	7,77	0,95	%
Eigenkapitalquote:	44,19	54,58	34,85	%
Fremdkapitalquote:	55,81	45,42	65,15	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2019 in 2 ordentlichen und 5 außerordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2018 und dem Wirtschaftsplan 2020 sowie der Mittelfristplanung bis 2024, der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Der Aufsichtsrat behandelte regelmäßig die Aktivitäten der Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale).

In mehreren Sitzungen befasste sich der Aufsichtsrat mit Geschäftsführungsangelegenheiten, so auch der Abberufung des Geschäftsführers und der Bestellung des neuen Geschäftsführers zum 28.06.2019. Zudem war die Gewerbegebietentwicklung in Halle und hier besonders das Gebiet Halle-Tornau Gegenstand der Sitzungen.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Park im Jahr 2007 beauftragt. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor. Die der gemäßen investiven Erschließung des Star Park wurde fristgerecht zum Jahresende 2014 abgeschlossen. Der darauffolgend zu erstellende Verwendungsnachweis über die erhaltenen Fördermittel wurde ebenso fristgerecht im Juni 2015 an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt übergeben.

Im Ergebnis der von der Investitionsbank Ende 2016 begonnenen Prüfung des Verwendungsnachweises erging mit Datum 15.05.2017 ein abschließender Feststellungs- bzw. Prüfbescheid. Darin werden die Ergebnisse des Verwendungsnachweises der EgIG bestätigt und bisher einbehaltene Fördermittel vollständig zur Auszahlung angewiesen.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem dabei erfolgreich abgeschlossenen, für die Gesellschaft und die Stadt Halle (Saale) sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolg eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion auf einer Teilfläche einer noch zusammenhängenden, noch 50 ha großen Ansiedlungsfläche zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27.09.2019 antragsgemäß positiv beschieden.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle führt die EVG als geschäftsführende Gesellschaft der EglG diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme selbst soll bis Ende Juli 2020 abgeschlossen sein. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Weitere Erschließungsmaßnahmen sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Rest-Ansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Es besteht seitens der Stadt Halle (Saale) die Absicht, auch dafür öffentliche Fördermittel aus dem GRW-Programm bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu beantragen.

In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wurde in 2014 mit der Rauschenbach & Kollegen GmbH ein Beratungsvertrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und zur fachlichen Begleitung bei der Umsetzung dieses Konzeptes (siehe Abschnitt A.) abgeschlossen. Dieses Konzept liegt vor und wurde in mehreren Aufsichtsratssitzungen beraten. Die sich daraus begründende Schaffung von mehreren Mitarbeiterstellen für Akquise und Standortmarketing wurde noch in 2014 zur Stellenausschreibung geführt und das Personalauswahlverfahren wurde Anfang 2015 abgeschlossen.

Dessen Ergebnisse wurden in der Sitzung des Aufsichtsrates am 17.02.2015 gebilligt.

Die mit dem Unternehmenskonzept einhergehende Unternehmensplanung für den Mittelfristzeitraum 2015-2019 wurde sowohl vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, wie durch den Finanzausschuss des Stadtrates als dem nach der Hauptsatzung des Stadtrates zuständigen Gremium in dessen Sitzung am 20.01.2015 festgestellt.

Diese Planung wurde im Zuge der anstehenden Wirtschaftsplanung für 2020 und die Mittelfristplanung bis 2024 fortgeschrieben. Auch hierzu ergingen einschließlich der in der Planung berücksichtigten Aufwands- und Ertragspositionen aus der in Treuhandenschaft für die Stadt Halle ab 01.01.2016 zu übernehmenden Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd alle erforderlichen Gremienbeschlüsse.

Das übergreifende Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle wurde in der Sitzung des Stadtrates im Mai 2016 verabschiedet, woraus sich für die Gesellschaft eingeschränkte Aufgabenzuordnungen im Bereich von Neuansiedlungen außerhalb des Star Park ergaben, die im operativen Geschäft entsprechend umgesetzt wurden.

Damit sind für die Gesellschaft alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des ausgearbeiteten Unternehmenskonzeptes gefasst.

Aus den Akquise Aktivitäten der EVG resultierten im Jahr 2019 Flächenverkäufe im Star Park von rd. 20 ha Gesamtfläche sowie ein Kaufvertragsangebot über weitere ca. 37 ha.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf.

Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten bislang termingerecht abgearbeitet werden. Die Arbeiten konzentrierten sich im Jahr 2019 auf die Durchführung der notwendigen öffentlichen Erschließung des laufenden Bebauungsplanverfahrens Nr. 32.6 für das letzte Wohngebiet am Grünen Dreieck sowie die Vermarktung der für den Bau von Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern vorgesehenen Grundstücke.

Der Jahresabschluss 2019 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 21 (im Vorjahr: Verlust in Höhe von TEUR 9,6) aus und liegt damit ca. 6 TEUR über dem geplanten Gewinn.

Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Jahresüberschuss in die Kapitalrücklage einzustellen.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zu.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd vereinbarte pauschale Jahreshonorar i. H. v. 290 T€ Netto deckte im Jahr 2019 vollständig für die Bezahlung der mit der Entwicklungsmaßnahme einhergehenden Aktivitäten.

Gemäß einem gleichlautenden Beschluss wurde im Jahr 2018 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der EVG und dem DLZWWDD abgeschlossen, welche die Zusammenarbeit und Abrechnung gegenseitig erbrachter Leistungen rückwirkend ab dem 01.01.2016 regelt. Im Teilhaushalt des DLZWWDD sind dabei die Mittel zur Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Kooperationsvertrag auf jährlich TEUR 50 begrenzt.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag 31.12.2019 TEUR 174,1 (Vorjahr TEUR 78,7). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2019 gesichert.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

Damit auch nach einer vollständigen Vermarktung der Flächen im Star Park die Nachfrage nach hochwertigen Gewerbeflächen bedient werden kann, wurde die EglG 2017 damit beauftragt, für die Entwicklung eines neuen, kommunalen Industrie- und Gewerbeparks auf dem halleschen Stadtgebiet eine entsprechende Machbarkeitsuntersuchung durchzuführen. Im Mai 2018 erfolgte die Beauftragung der EglG zur Durchführung vertiefender Untersuchungen für den Standort Halle-Tornau, die im November 2018 abgeschlossen waren. Die vorliegenden Ergebnisse und Informationen wurden in einer Stadtratsvorlage (VI/2018/04585) zusammengefasst, die dem Stadtrat am 19.12.2018 zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses vorgelegt werden sollte. Die Aufgabe der Entwicklung und Vermarktung des neuen Gewerbegebiets sollte dabei, wie schon beim Star Park, der EglG übertragen werden. Vor dem Hintergrund, dass aus den im November 2018 durchgeführten Zukunftswerkstätten im relevanten Stadtteil zahlreiche neue Hinweise der Bevölkerung eingegangen sind, die nach Prüfung durch die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) ebenso als so schwerwiegend erwiesen haben, wie eine Reihe weiterer Erkenntnisse zum Umfang der vorzunehmenden Erschließungsmaßnahmen, wurde dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) der Vorschlag unterbreitet, die weitere Planung für dieses neue Gewerbegebiet einzustellen. Dem ist der Stadtrat mit Beschluss im September 2019 nachgekommen.

Die Stadt Halle (Saale) und auch die Geschäftsführung der EVG sehen dessen ungeachtet weiterhin einen dringlichen Bedarf an sofort verfügbaren, in der Qualität des Star Park erschlossenen Ansiedlungsflächen. Die bestehende Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren bestätigt dies.

Demgemäß sind Aktivitäten eingeleitet worden, sowohl innerstädtische Industriebrachflächen zu revitalisieren als auch ein neues, großflächiges Gewerbegebiet im Greenfieldbereich zu entwickeln. Abgestimmt mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sollen dabei die EglG und deren geschäftsführende Komplementärin, die EVG, eine zentrale Rolle übernehmen.

Diesbezüglich sind erste Maßnahmen bereits konzipiert und vom Aufsichtsrat der EVG in Form des diesem zur Beratung vorgelegten Nachtrags-Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2020 gebilligt worden. Dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wird dieser Nachtrags-Wirtschaftsplan zu dessen Sitzung am 29.04.2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EglG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet, u. a. am Riebeckplatz. Die sich aus diesen Aktivitäten für die Gesellschaft ergebenden Aufwendungen werden der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt. Ein diesbezüglicher Kooperationsvertrag ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in dessen Sitzung im April 2018 beschlossen worden, begrenzt die abrechenbaren Leistungen jedoch auf ein Maximum von TEUR 50 pro Jahr.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2020 und der Mittelfristplanung bis 2024 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen.

Die darin insgesamt für die EVG und in deren Verantwortung vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Dieses Konzept wurde im Mai 2016 vom Stadtrat der Stadt Halle beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen sind in der Wirtschaftsplanung für 2018 ff. berücksichtigt.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen. Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle vertraglich vereinbarten Entgelt ausführen. Der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme hat sich insbesondere in Bezug auf die Entwicklung und Vermarktung des letzten Wohngebietes Am Grünen Dreieck verzögert. Daher ist der Entwicklungsträgervertrag mit der EVG von der Stadt Halle (Saale) unter Anwendung der vertraglich vereinbarten Verlängerungsoption bis zum 31.12.2020 erweitert worden.

Die über einen Kooperationsvertrag mit der Stadt der Gesellschaft bewilligten Mittel von TEUR 50 p.a. für Leistungen, die die Gesellschaft für die Stadt Halle erbringt, wurden u.a. vom Finanzamt im Rahmen einer Umsatzsteuerprüfung als nicht ausreichend im Sinne der tatsächlich erbrachten Leistungen beanstandet. Im Ergebnis dieser Prüfung wurden die Modalitäten zur Verrechnung der durch die EVG erbrachten Leistungen nach dem Verursachungsprinzip neu gefasst. Entsprechende Abrechnungskorrekturen für die Jahre 2016 bis 2018 einschließlich der sich daraus ergebenden umsatzsteuerlichen Auswirkungen sind im Jahresabschluss 2019 berücksichtigt.

Insgesamt wird von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Ahrens, Steffen	(bis 04.07.2019)
		Döring, Jan	(seit 04.07.2019)
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	(bis 04.07.2019)
		Dr. Franz, Henrike	(seit 25.02.2019)
		Dr. Spremberg, Heinz	(seit 23.10.2019)
		Heinrich, Andreas	(seit 04.07.2019)
		Krischok, Marion	
		Loeser, Tony	(bis 23.10.2019)
		Meßmer, Alexander	
		Sund, Sven	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	9	8	8

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	17.839	94	12.952	88	11.142	90	4.887	38
Umlaufvermögen	1.039	6	1.688	12	1.241	10	-649	-38
Rechnungsabgrenzungsposten	58	0	29	0	28	0	29	100

Bilanzsumme	18.936	100	14.669	100	12.411	100	4.267	29
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.241	7	1.343	9	1.524	12	-102	-8
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	15.762	83	12.014	82	9.764	79	3.748	31
Rückstellungen	880	5	402	3	108	1	478	119
Verbindlichkeiten	1.049	5	894	6	1.013	8	155	17
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	16	0	2	0	-12	-75

Bilanzsumme	18.936	100	14.669	100	12.411	100	4.267	29
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	644	536	612
sonstige betriebliche Erträge	627	1.014	862
Personalaufwand	264	264	266
Abschreibungen	631	583	586
sonstige betriebliche Aufwendungen	453	859	470
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	175
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	12	402
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-89	-168	-75
sonstige Steuern	13	13	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-102	-181	-87

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15,81	-33,66	-14,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	-7,58	-11,85	-5,42	%
Cash-Flow:	529	403	499	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	254	310	295	T€
Personalaufwandsquote:	20,78	17,05	18,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,19	88,29	89,76	%
Eigenkapitalquote:	6,56	9,16	12,28	%
Fremdkapitalquote:	93,44	90,84	87,72	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
vermietbare Fläche	4.343,72	4.286,92	4.287,72	m ²
Auslastung	99,50	99,80	98,80	%

f) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Das Geschäftsjahre 2019 war geprägt von massiven Bautätigkeiten am Gebäudekomplex des Mitteldeutschen Multimediazentrums in der Mansfelder Straße. So konnte der Abschluss der Rohbauarbeiten an den beiden Ersatzneubauten am 22.03.2019 mit einem Richtfest gefeiert werden. Auch innerhalb des Gebäudes gingen die Arbeiten zügig voran, sodass ab 01. Juli 2019 große Teile der seit 2013 geschlossenen Tiefgarage wieder genutzt werden konnten. Nach Abschluss der in der Ankerstraße zeitgleich verlaufenden Straßensanierungsarbeiten, steht die Zufahrt zur Tiefgarage seit 09.08.2019 ungehindert zur Verfügung. Das angrenzende kommunale Bauprojekt des innerstädtischen Bootsanlegers, konnte am 11.05.2019 ebenfalls mit einer Einweihungsfeier beendet werden.

Aufgrund der Ergebnisse der europaweiten Ausschreibungen der einzelnen Lose, musste eine Kostenerhöhung beim Fördermittelgeber beantragt werden. Dieser Erhöhung wurde mit Bescheid von 08.08.2019 zugestimmt. Demnach stehen für die Sanierungsarbeiten finanzielle Mittel in Höhe von 15.112.225,87 Euro (Mischbrutto) zur Verfügung. Zeitgleich wurde der Bewilligungszeitraum bis 30.09.2020 verlängert.

Die Umsatzerlöse im Bereich der Postproduktionsstudios konnten gegenüber dem Vorjahr wieder gesteigert werden. Allerdings wurde das avisierte Umsatzziel auf Grund von verschobenen und verlorenen Projekten nicht erreicht. Als reine Mietstudios bleibt die Abhängigkeit gegenüber Postproduktionsfirmen und den Förderquoten der Mitteldeutschen Medienförderung im Bereich der Kinofilme deutlich bestehen. Die Thematik wird im Aufsichtsratsgremium regelmäßig erörtert.

Der Aufsichtsrat hat in insgesamt vier ordentlichen Sitzungen die Geschäftsführung unterstützt und beraten. Notwendige Freigaben und Entscheidungen wurden durch die Gremien unter teilweiser Einbeziehung von Experten erläutert und abschließend herbeigeführt.

Der Jahresabschluss 2019 schließt bei einer Bilanzsumme von 18.935.515,51 Euro und mit einem auf Planniveau liegenden Jahresfehlbetrag von 101.876,50 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind weiterhin die hochwasserschadensbedingt fehlenden Umsatzerlöse der Tiefgarage (erste Einnahmen ab 01.07.2019), der Veranstaltungsbereiche und der eingeschränkten Vermietung zu benennen. Die Gesellschaft erhält seit dem Geschäftsjahr 2015 keinen Verwaltungskostenzuschuss seitens der Gesellschafterin.

Die Beschäftigtenzahl lag am Ende des Jahres inklusive des Geschäftsführers bei fünf Personen. Der Arbeitsvertrag mit der Mitarbeiterin für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt konnte erneut aufgrund der weiteren 100 prozentigen Finanzierung durch die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen – Anhalt, für weitere zwei Jahre, bis zum 31.12.2021, verlängert werden.

Die Rückzahlungsfrist des gewährten Gesellschafterdarlehens (Flutsoforthilfe) in Höhe von 500 TEUR wurde bereits im Jahr 2015 durch die Gesellschafterin verlängert. Darüber hinaus wurde dem Unternehmen ein Darlehen in Höhe von 100.000 Euro durch die Saalesparkasse bereitgestellt. Die ausgereichten finanziellen Mittel dienen der Überbrückung der laufenden Liquidität im Zeitraum des Wiederaufbaus und sind beginnend ab dem Jahr 2020 vertragsgemäß zurückzuzahlen.

1.1. Ertragslage

Der Gesamtumsatz im Berichtszeitraum beziffert sich auf 644 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhten sich die Umsätze deutlich. Im Jahresvergleich verbessern sich die Umsatzerlöse um 108 TEUR (Vorjahr 536 TEUR). Als positiver Effekt sind u.a. die gesteigerten Erlöse aus Büovermietung (+20 TEUR), aus Vermietung von Postproduktionsstudios (+47 TEUR) und Vermietung Tiefgaragenstellplätze (+28 TEUR) zu bewerten.

Durch die im Vergleich zum Vorjahr entfallenen Aufwendungen für die Verpflichtung zur Beseitigung von Flutschäden auf eigenem Grund und Boden sowie Abbrucharbeiten von 492 TEUR reduzieren sich die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen im Berichtsjahr gleichermaßen.

Diesem Effekt stehen Steigerungen der Erträge aus Auflösung des Sonderpostens im Zusammenhang mit Eröffnung der Tiefgarage und höheren Energieaufwendungen aus der Inbetriebnahme neuer technischer Anlagen entgegen.

Der Personalaufwand verbleibt auf Vorjahresniveau (264 TEUR).

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem planmäßigen Jahresfehlbetrag in Höhe von 101.876,50 Euro.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2019 erhöhte sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 1.206 auf TEUR 804 (Vorjahr -402 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-5.256 TEUR) lag um 2.683 TEUR unter dem Vorjahreswert (-2.573 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit erhöht sich um 1.852 TEUR (Vorjahr 2.524 TEUR) auf 4376 TEUR und speist sich aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen.

Die Zahlungsmittel waren mit 597 TEUR gegenüber dem 31. Dezember 2018 (Vorjahr TEUR 673) um 76 TEUR vermindert.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse, ist die Gesellschaft weiter in der Lage das laufende operative Geschäft zu führen.

1.3. Vermögenslage

Im Vorjahresvergleich erhöht sich die Bilanzsumme um 4.266,2 TEUR auf 18.935,5 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 5.540,4 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Investitionen für den zweiten Projektabschnitt beinhalten.

Der Rücklagenanteil Sonderposten erhöht sich durch die Zuführung um 4.376,0 TEUR. Inklusive der Auflösung (628,3 TEUR) für geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 15.761,8 TEUR (Vorjahr 12.014,1 TEUR).

Die Rückstellungen erhöhten sich zum Vorjahr (401,8 TEUR) um 478,1 TEUR auf 879,9 TEUR. Diese Zunahme resultiert im Wesentlichen aus der Bildung von Rückstellungen für ausstehende Baurechnungen.

Die Verbindlichkeiten erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr (894,3 TEUR) um 154,5 TEUR.

2. Wiederaufbau des Gründerzentrums nach Hochwasser 2013

Im Geschäftsjahr 2019 standen insbesondere die Fertigstellung der Rohbauarbeiten für die Errichtung der beiden Ersatzneubauten und die Wiederherstellung der technischen sowie baulichen Infrastruktur der Tiefgaragenebenen im Vordergrund der Tätigkeiten. Die Gründächer auf den beiden Ersatzneubauten und die neuen Metallfassaden wurden montiert. Mit dem Einbau von Trockenbauwänden hat auch die neue Raumstruktur ihr Aussehen bekommen. Darüber hinaus wurde auch die neue Raumstruktur im zukünftigen Veranstaltungsbereich des ersten Untergeschosses errichtet. Am Ende des Berichtszeitraumes wurde mit der Montage der neuen Stahlglasfassade im ersten Untergeschoss begonnen.

Bei den technischen Gewerken wurden Arbeiten für Heizung, Lüftung, Sanitär, Kälte und Elektro erbracht. Mitte 2019 erfolgte der Umschluss der Wärmeversorgung. Der neue Heizverteiler konnte in der hochwassersicheren Technikzentrale in der Ebene 0 in Betrieb genommen werden.

Die Tiefgarage wurde gemäß Bauzeitenplan im Juli 2019 wiedereröffnet. Die Gesamtfertigstellung des Gründerzentrums ist gemäß aktueller Bauzeitenplanung auf Ende des dritten Quartals 2020 avisiert.

3. Vermietungsgeschäft

Die aktuell vermietbare Fläche (Stand Dezember 2019) beläuft sich inklusive der Studiobereiche auf 4.343,72 m². Die geringfügige Erhöhung gegenüber dem Vorjahr (4.286,92 m²) resultiert aus der Wiedervermietung von bisher für technische Zwecke (Brandschutz) gesperrte Büroflächen im Gebäudeteil Schwebekörper. Nach Wiederinbetriebnahme der maschinellen Entrauchung konnte diese Flächen der regulären Nutzung wieder zugeführt werden. Auch im Berichtszeitraum wurde die hohe Auslastungsquote bei der kleinteiligen Büovermietung (20 m² - Flächen) analog der Vorjahre beibehalten. Die Flexibilität bei der Anmietung und die zeitgemäße sowie branchenbezogene Ausrichtung finden ihren Anklang bei den Mietinteressenten und Bestandsmietern.

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Die durchschnittliche Leerstandsquote lag im Jahr 2019 bei 0,5% und somit etwas höher als im Vorjahr 2018 (0,16%). Die durchschnittliche Auslastungsquote ging von 99,8 % im Jahr 2018 auf durchschnittlich 99,5 % geringfügig zurück. Pro Quadratmeter konnte der durchschnittliche Mieterlös von 4,73 Euro im Jahr 2018 auf 5,13 Euro erhöht werden. Dies resultiert aus den abgeschlossenen Staffelmietverträgen.

3.2. Produktionsbereiche

Im Geschäftsjahr 2019 hat sich die Auftragsituation wieder verbessert, sodass entsprechend höhere Umsatzerlöse erzielt werden konnten. Die erzielten Umsätze beziffern sich auf 102.670,00 Euro (Vj.55.355,00 Euro). Das geplante Umsatzziel in Höhe von 149 TEuro konnte dennoch nicht erreicht werden. Ursache hierfür waren Produktionsverschiebungen bzw. Wegfall von geplanten Produktionen aufgrund von Budgetanpassungen der Produktionsfirmen. Wie bereits in den Vorjahren unterliegt die Branche zyklischen Schwankungen, die regional in unmittelbarem Zusammenhang mit der Finanzierungsquote für Kinospielefilme durch die Mitteldeutsche Medienförderung stehen. Darüber hinaus konkurriert die Dienstleistung der Postproduktion, insbesondere die Postproduktion von Kinofilmen, mit anderen Möglichkeiten der Realisierung des geforderten Regionaleffektes, wie bspw. Filmdreharbeiten.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Im Berichtszeitraum stand nur der Panoramasaal mit einer Fläche von rund 100 m² für die Vermietung von Veranstaltungsflächen zur Verfügung. Die erzielten Umsatzerlöse mit 20.560,01 Euro bewegen sich dennoch auf Planniveau (18.000,00 Euro). Aufgrund der Raumänderung in 2018 (Nutzungsänderung Sheddachraum) liegen die Umsatzerlöse etwas unter denen des Vorjahres (24.894,90 Euro). Weitere Veranstaltungsräume stehen nach Abschluss der Gesamtwiederherstellung ab Mitte/ Ende 2020 zur Verfügung.

3.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten konnten im Geschäftsjahr 2019 erste Umsatzerlöse aus der Vermietung von Tiefgaragenstellplätzen generiert werden. Seit dem 04.06.2013 war die Tiefgarage im MMZ aufgrund der Hochwasserbeschädigung nicht nutzbar. Nachdem nun auch die Sanierung der Ankerstraße abgeschlossen wurde, war eine uneingeschränkte Zufahrt ab 09. August 2019 möglich. Es stehen insgesamt 233 Stellplätze für Mieter und externe Nutzer zur Verfügung, wobei 90 Stellplätze als Kurzzeitparkplätze ausgewiesen sind. Aufgrund geringfügiger Verschiebungen bei den Straßenbauarbeiten, der Urlaubszeit und Kündigungsfristen bei anderen Stellplätzen, wurden die ursprünglich geplanten Umsatzerlöse von 58 TEuro nicht erreicht. Es konnten im Geschäftsjahr Umsatzerlöse von 27.735 Euro erzielt werden.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Ein erstes Ergebnis der Aktivitäten der halleschen Postproduktionsallianz (PostProNetworks Halle) war der gemeinsame Auftritt zum Empfang der Mitteldeutschen Medienförderung im Rahmen der Berlinale 2019. Die Zielstellung des Netzwerkes ist unter anderem den praxisorientierten Austausch untereinander voranzubringen und weitere gemeinsame Maßnahmen sowie Projekte der standortbestimmenden Akteure zu initiieren.

Weiterhin unterstützte die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH im Geschäftsjahr wieder mehrere Projekte direkt. Darunter fielen der seit Jahren regelmäßig stattfindende Web-Montag, als offenes Netzwerkstreffen für Programmierer und Webworker, die Veranstaltung TEDxUni Halle, die in 2019 zum dritten Mal stattfand und erstmals auch das OpenLabNet Halle Format „nAchtschicht Halle – Acht Stunden für den guten Zweck“.

Dieses Format brachte in der Nacht vom 04. zum 5. April 2019 die regionale Kreativbranche und gemeinnützige Organisationen zusammen. Dabei leisteten die Kreativen acht Stunden Ihrer Arbeitszeit pro bono für die Erstellung von Flyern, Plakaten oder Konzepten, um die Organisationen zu unterstützen. Das erfolgreiche Format soll auch im Jahr 2020 wieder durchgeführt werden.

Die seit 2016 regelmäßig stattfindende Mittagsveranstaltung „Bratwurst und Networking“ dient der Vernetzung unter den Mietern innerhalb des MMZ Halle. Als gemeinsame Veranstaltung mit den anderen ortsansässigen Gründerzentren fand das Sommerfest im Biologicum - Institut für Biologie Halle auf dem Weinberg Campus statt. Die drei städtischen Gründerzentren wollen auch weiterhin ihre Zusammenarbeit verstärken.

Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH engagierte sich auch in 2019 im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], im International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW], in der Initiative OpenLabNet Halle und im Förderverein Pro Halle e.V..

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Es lässt sich grundsätzlich feststellen, dass die Kreativ- und Medienwirtschaft eine sehr schnelllebige Branche ist und es dadurch auch in Zukunft zu Veränderungen in der Struktur und der Anzahl der eingemieteten Unternehmen im MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) geben wird. Die maßgeblichen Grundlagen für die weitere Entwicklung des Gründerzentrums wurden in dem im Jahr 2014 erarbeiteten und beschlossenen „Konzept zur Fortführung des MMZ“ abgebildet. Die Gesellschaft setzt die darin fixierten inhaltlichen Schwerpunkte kontinuierlich um. Basis für dieses Konzept war unter anderem die Studie „Spezifische Anforderungen an Unternehmen der Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt“. Daraus wurden die Bedarfe der Branchen entsprechend abgeleitet und in die Unternehmenskonzeption übernommen.

Die kompakte Struktur der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH, mit seinen kurzen Entscheidungswegen, bietet dabei das richtige Profil für die Nutzungsanforderungen der einzelnen Teilbranchen der Kreativ- und Medienwirtschaft, wobei der Hauptfokus weiterhin auf den Entwicklungsbranchen Medientechnologie, Medien-dienstleistungen und IT liegt. Grundvoraussetzungen für die Unternehmen sind neben einer guten Infrastruktur mit schnellem Internet, eine dienstleistungsorientierte Vermietung mit günstige Mietkonditionen und ein gutes Netzwerk in die Branche. Das Angebot von kleinteiligen Büroflächen mit durchschnittlich 20 m² wird sehr gut angenommen und bleibt so weiterhin Schwerpunkt in der Vermietung. Der Einstieg für Gründer durch Nutzung eines zeitlich befristeten „Schnupperbüros“ hat sich ebenfalls bewährt. Zum Zeitpunkt der Unternehmensgründung bietet diese Variante Sicherheit und gleichzeitig Flexibilität für die jungen Firmen. Meist können die Nutzer dieses Angebots später in ein langfristiges Mietverhältnis geführt werden.

Aufgrund der noch bestehenden Zweckbindung und den damit verbundenen Förderrichtlinien der Europäischen Union, bleibt die vorgeschriebene Einmietdauer begrenzt. Eine Einmietung über die maximal achtjährige Frist ist dennoch unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Das Institut für Musik, Medien- und Sprechwissenschaften (IMMS), mit der Abteilung Medien- und Kommunikationswissenschaften bleibt weiterhin Ankermieter und Kooperationspartner für Projektrealisierungen aber auch als Anlaufpunkt für junge Unternehmen.

Für die kontinuierliche Auslastung der Postproduktionsbereiche hat insbesondere die Entwicklung der Filmförderung in Mitteldeutschland einen maßgeblichen Einfluss. Als reine Mietstudios haben die Postproduktionsstudios im MMZ eine Sonderstellung, da die Gesellschaft kein Postproduktionsdienstleister im klassischen Sinn ist. Die Räume werden durch von den Produktionsfirmen beauftragte Dienstleister angemietet. Für die professionelle Kundenbetreuung wurde mit der Einstellung des hauseigenen Medientechnikers bereits Ende 2017 Rechnung getragen. Bei den projektbezogenen eingemieteten Firmen traf diese Maßnahme auf volle Zustimmung. Neben der persönlichen Betreuung der Kunden, wird so auch ein stabiler und reibungsloser Betrieb der hochwertigen Technik gewährleistet. Indem die Gesellschaft auch junge und erfolgversprechende Projekte unterstützt, trägt das MMZ ebenfalls zur dauerhaften Ansiedlung von Unternehmen und der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze im mitteldeutschen Raum bei. Die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen sind dabei als unterstützende Funktionen wichtige Instrumente. Die Netzwerk- und Projektarbeit, das Herstellen von Erstkontakten und der intensive Kontakt zum Film Commission Service Sachsen-Anhalt sind ebenfalls geeignete Werkzeuge.

Diese Maßnahmen werden mit dem Ziel betrieben, das Mitteldeutsche Multimediazentrum und den Standort Halle (Saale) langfristig zum erfolgreichen Medienstandort auszubauen und zu stabilisieren. Diese Grundlagen und Anforderungen wurden entsprechend im Wirtschaftskonzept der Stadt Halle (Saale) berücksichtigt.

Nachdem im Geschäftsjahr 2019 die Tiefgarage wiedereröffnet wurde, werden bis voraussichtlich zum dritten Quartal 2020 die Büroflächen in den Ersatzneubauten und die Veranstaltungsräume wieder hergestellt sein. Die zukünftigen Veranstaltungsbereiche befinden sich im ersten Untergeschoss und erstrecken sich entlang der zur Saale geplanten Außenanlage und bieten so die Möglichkeit eines Zugangs zum innerstädtischen Fahrgastschiffanleger.

Aufgrund der Ausstattung mit mobilen Trennwänden können drei der vier Veranstaltungsräume zu einem großen Saal umfunktioniert werden. Die Räumlichkeiten sind zukünftig auch für die Präsentationen von wissenschaftlichen Themen für die breite Öffentlichkeit angedacht. Vorbereitend arbeitet die Gesellschaft seit einigen Jahren eng mit dem science2public e.V. und den Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammen. Insbesondere soll damit das Thema Wissenschaftskommunikation weiterentwickelt werden. Weitere Büroräume, ein offener Arbeitsbereich (Coworking), der Gastronomiebereich sowie ein über zwei Geschosse reichender Event- bzw. Multifunktionsraum, werden im ersten Untergeschoss ebenfalls untergebracht sein. Letzterer bietet über eine Galerie mit herabführenden Treppen den Zugang zum zweiten Untergeschoss. Die Raumkubatur zeigt nicht nur neue optische Perspektiven, sondern bietet auch die Möglichkeit für verschiedene Konzepte. So können unter anderem Ausstellungen, Präsentationen, Vorlesungen und ähnliche Veranstaltungsformate durchgeführt werden.

Für den zügigen Wiederaufbau und die damit verbundene wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründerzentrums ist die Bereitstellung der bewilligten Fördermittel Voraussetzung.

Die in den letzten Jahren gegenüber dem Budget erzielten Ergebnisverbesserungen konnten die bisherigen Verschiebungen zum ursprünglichen Konzept von 2014 kompensieren. Die weiteren Maßnahmen und Meilensteine wurden in der Wirtschaftsplanung für 2020 ff. entsprechend fixiert. Grundvoraussetzungen für eine weiterhin positive Entwicklung bleiben die gute Auslastung der Mietbereiche, die kontinuierliche Nutzung der Postproduktionsstudios und eine stabile Vermietung der Tiefgaragenstellplätze.

Oberste Zielstellung für die Gesellschaft bleibt die Zuschussfreiheit.

2. Betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Es sind keine Verfahren anhängig.

Straßenausbaubeitrag Mansfelder Straße

Der bis 31.12.2015 gestundete Straßenausbaubeitrag für den „Ausbau der Verkehrsanlage Mansfelder Straße zwischen Schieferbrücke und Ankerstraße“ in Höhe von 157.336,42 Euro wird seit dem 01.01.2016 in 62 monatlich fälligen Raten zu je 2.500,00 Euro und einer Schlussrate in Höhe von 2.336,42 Euro fristgerecht getilgt. Mit Stand 31.12.2019 beträgt die Restforderung 34.836,42 Euro. Die Stundung wird zinsfrei gewährt.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lange, Mark (seit 01.01.2019)

Beirat:

Vorsitzende	Dr. Brock, Inés	
stellv. Vorsitzender	Bartl, Harald	(bis 03.07.2019)
	Drüppel, Thomas	
	Erben, Matthias	
	Fleischer, Beate	
	Gröbel, Grit	
	Hintz, Katharina	

Beirat:	Nobel, Mathias	(seit 03.07.2019)
	Schaper, Torsten	(seit 03.07.2019)
	Schmidt, Claudia	(seit 03.07.2019)
	Schmidt, Donatus	(seit 03.07.2019 bis 18.12.2019)
	Schramm, Rudenz	
	Wandrey, Holger	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Volksbank Halle (Saale) eG

	T€	%
	0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	35	7	34	6	25	9	1	3
Umlaufvermögen	438	91	487	92	248	87	-49	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	7	2	8	2	11	4	-1	-13
Bilanzsumme	480	100	529	100	284	100	-49	-9
Passiva								
Eigenkapital	159	33	101	19	137	48	58	57
Rückstellungen	51	11	63	12	60	21	-12	-19
Verbindlichkeiten	270	56	365	69	87	31	-95	-26
Bilanzsumme	480	100	529	100	284	100	-49	-9

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.390	832	733
sonstige betriebliche Erträge	1.582	1.307	1.199
Materialaufwand	447	279	268
Personalaufwand	1.112	902	846
Abschreibungen	26	15	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.329	978	827
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	58	-35	-16
sonstige Steuern	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	58	-36	-17

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,16	-4,29	-2,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	56,96	-26,04	-11,11	%
Cash-Flow:	83	-21	-10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89	80	77	T€
Personalaufwandsquote:	37,42	42,17	43,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,18	6,39	8,85	%
Eigenkapitalquote:	33,17	19,17	48,31	%
Fremdkapitalquote:	66,83	80,83	51,69	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	10	12	12	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	71	78	73	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	35.797	34.780	33.988	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde am 25.06.2003 gegründet, um die Stadt Halle zur Marke zu entwickeln, einen Markenkern herauszuarbeiten und nach innen und außen zu kommunizieren.* Unternehmensleitbild der SMG ist die „Konzeptionierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen“ (Gesellschaftervertrag). Dazu zählen die Erarbeitung von touristischen Pauschalen, Projekten und Themenfeldern mit Potenzial für die Stadt, die Entwicklung von Leitbildern, die Koordinierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie die Schärfung der Innen- und Außenwahrnehmung auf der Grundlage eines ganzheitlichen, kooperativen Ansatzes. Die SMG bedient sich dazu der Instrumente des Destinations-, City-, Event- und Kongressmanagements sowie des Marketings und der Public Relations.

Die SMG ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft mit der Stadt Halle (Saale) als Mehrheitsgesellschafterin (55 %) sowie 45 % Gesellschafteranteilen privater Interessenvereinigungen bzw. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU & 5 %). Die Vereine bündeln die Interessen der Wirtschaft [Pro Halle (Saale) e.V. mit 25 %], des Tourismus [Förderverein Region Halle (Saale) e.V. mit 10 %] sowie des Handels [City-Gemeinschaft Halle (Saale) e.V. mit 5 %] im Sinne des Stadtmarketing.

b. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen bestehen aktuell nicht.

II. Wirtschaftsbericht

a. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Aufgabenstellungen der SMG vollziehen sich seit ihrer Gründung vor 15 Jahren unter gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt erfreut sich der Inlands- und Landestourismus einer steigenden Akzeptanz der deutschen Bevölkerung. Die positive Entwicklung der Stadt Halle mit den dadurch gewinnenden Imagegewinn unterstützen dabei die Rahmenbedingungen der Gesellschaft. Wenig kalkulierbare Rahmenbedingungen wie die Entwicklung des stationären Handels durch das Online-Shopping, die große Konkurrenz der Städtedestinationen und auch die rückläufigen Einnahmen für Zimmervermittlung und Stadtführungen infolge elektronischer Buchungsportale, des grauen Beherbergungsmarktes behindern hingegen die Entwicklung der Gesellschaft.

b. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2019 der SMG konnte bei den touristischen Ankünften und Übernachtungen als wichtigstes Messinstrument, wie sie die Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt widerspiegelt, erfolgreich abgeschlossen werden.

	2019	2018	Veränderung in %
Ankünfte	251.227	254.159	-1,2
davon Inland	229.830	228.920	0,4
davon Ausland	21.397	25.239	-15,2
Übernachtungen	456.739	429.592	6,3
davon Inland	410.265	384.702	6,6
davon Ausland	46.474	44.890	2,2
Aufenthaltsdauer	1,8 Tage	1,7 Tage	+0,1 Tage

Die Ankünfte fielen in Halle auf einen Stand von 251.227, d. h. -1,2 % weniger gegenüber dem Vorjahr. Bei den Übernachtungen (456.739) konnte Halle einen neuen Rekord erreichen, was einer Steigerung von 6,3 % entspricht. Die Auslastung der Beherbergungsbetriebe insgesamt belief sich 2019 auf rund 42,6 %. Damit wird belegt, dass mit zunehmendem Angebot (Betten/Schlafgelegenheiten +592) auch die Auslastung in den Betrieben positiv korreliert.

Tourismusentwicklung (Übernachtungen) 2008 bis 2019

	2008	2019	Veränderung in %
Übernachtungen (Anzahl)	285.812	456.739	+59,8

Businessreisende in Halle

Der Bereich Tagungen und Kongresse richtet sich seit 2019 neu aus, mit Schaffung einer neuen Abteilung. Mit der neu entwickelten Kommunikationskampagne "Besser Tagen" wird nun der Tagungs- und Kongressstandort Halle professionell vermarktet. Das Geschäftsjahr 2019 war ferner geprägt von der Akquisition und Betreuung neuer Reiseveranstalter – inklusive des Tags der Bustouristik 2019, von Tagungen und Kongressen sowie von der Betreuung von Reisejournalisten und Reiseveranstaltern.

Tourismus allgemein

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und vor Ort in der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsweisenden tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region war die Bündelung der Akteure für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie der aktiv-, natur- und wassertouristischen Bedeutung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanuten, Ruderer, Motorboote, Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Radler, Schwimmer und Fahrgastschiffe.

Erlöse Gruppentouristik

	2019	2018	Veränderung in %
Erlöse Gruppentouristik u. Stadtführungen	490.756,44 €	297.249,03 €	65,1

Die Erlöse Gruppentouristik wurden gegenüber 2018 gesteigert. Ziel ist es, durch weitere neue Produkte diesen Bereich weiter zu steigern z.B. durch den Einsatz des Doppel-Deckerbusses im Jahr 2020.

Kosten Gruppentouristik

	2019	2018	Veränderung in %
Nichtselbständige Gästeführer	70.084,82 €	48.888,86 €	43,4
Gruppentouristik / Gästeführung	358.544,55 €	195.788,49 €	83,1

2019 betragen die Kosten für Stadtführungen 428.629,37 € (2018: 244.677,35 €). Die Kostenerhöhung im Jahr 2019 ist insbesondere auf den Einsatz der Hallunken-Schunkel zurück zu führen sowie auf die Erhöhung der Honorare bei den nichtselbständigen Gästeführern.

Das Ergebnis in diesem Bereich stieg dadurch 2019 auf 62.127,07 € (2018: 52.571,68 €). Zu beachten ist, dass die Provisionserlöse der Hallunken-Schunkel in Höhe von 15.734,76 € in dieser Summe nicht inkludiert sind.

Die kontinuierliche Prüfung der gruppentouristischen Angebote auf deren Wirtschaftlichkeit und die Auswertung der Kundennachfragen und Buchungen beeinflusst künftig das breit gefächerte Angebotspektrum der SMG.

Auswertung touristischer Führungen

	2019	2018	Veränderung in %
Führungen (Anzahl)	2.973	2.886	3,0
Gäste (Anzahl)	35.797	34.780	2,9

Im Jahr 2019 organisierte die SMG 2.973 Führungen mit 35.797 Gästen gegenüber 2.886 Führungen mit 34.780 Gästen im Jahr 2018. Die Anzahl der Gäste ist folglich gestiegen.

Zusätzlich stiegen 16.927 Gäste im Jahr 2019 die Hallunken-Schunkel. Im Jahr 2019 wird die Hallunken-Schunkel durch einen Doppeldecker-Bus (Hop-on-hop-off) ersetzt.

Branchentreffs & Messen

	2019	2018	Veränderung in %
Kosten Messeauftritte	31.388,39 €	52.393,13 €	-40,1

Die Kosten für Messeauftritte, davon diverse Auslandsmessen, beliefen sich 2019 auf 31.388,39€ (2018: 52.393,13 €).

Die SMG war 2019 auf Messen wie der ITB (Internationale Tourismusbörse) in Berlin, der Group Travel Expo in Köln, dem BTB Workshop in Erding, dem German Travel Mart (GTM) in Wiesbaden sowie der Leipziger Buchmesse. Das Jahr 2019 begann mit einer Großveranstaltung in Halle, dem Tag der Bustouristik. Für diesen Branchentreff mussten etliche Gelder schon in 2018 fließen, die somit das Budget in 2019 schonten.

Ausblick Messen 2020

Die Plankosten für Messen (einschließlich Messen in Halle für regionale Produktvermarktung) werden 2020 mit 45.000 € geplant (2019 mit 60.000 €). Der Rückgang von 25 % ergibt sich durch die kalkulierte kostenintensive Großveranstaltung Tag der Bustouristik (Branchentreff der Busunternehmen) in 2019, die in 2020 nicht in Halle stattfindet. Jede Messeteilnahme wird zudem auf ihre Nachhaltig- und Sinnhaftigkeit geprüft.

Provisionserlöse: Zimmervermittlung & Ticketing

	2019	2018	Veränderung in %
Provisionserlöse	55.546,20 €	27.018,51 €	105,6

Provisionserlöse werden durch die Posten Kartenvorverkauf und Zimmervermittlung erzielt.

Übersicht Tagungen und Kongresse 2019

- Tag der Bustouristik- 200 Zimmer
- Senioren Hallenmeisterschaft – 300 Zimmer
- CAM-Workshop – 100 Zimmer
- Optical materials and technologies – 70 Zimmer
- EBSD-Workshop – 110 Zimmer
- VDL-Tagung – 140 Zimmer
- Jugend musiziert – 600 Zimmer
- Deutsch-Französische Gesellschaft – 180 Zimmer
- FOT-Kongress – 150 Zimmer
- Sparkassen-Marathon – 1.000 Zimmer
- Deutsche Sektion der Internationalen Juristen-Kommission e.V. – 100 Zimmer
- LWL-Archivamt für Westfalen – 120 Zimmer
- Fraunhofer Institut – 80 Zimmer

Provisionserlöse erzielt die SMG vorrangig durch Zimmervermittlung, wobei die meisten Zimmer online gebucht werden. Der Planansatz 2019 mit 27.000,00 € konnte somit erfüllt werden.

Im Jahr 2020 liegen derzeit Aufträge von folgenden größeren Tagungen vor:

- MLU-Sprechwissenschaften 50 Zimmer
- IT-Planungsrat – 450 Zimmer
- Bundeskonferenz für Integration – 300 Zimmer
- Tagung Genealogie – 100 Zimmer
- DAAD-Stipendiatentreffen – 300 Zimmer
- Deutsche Meisterschaft Speedskating – 300 Zimmer
- Verband Deutscher Zoodirektoren – 150 Zimmer
- MLU Fachtagung Inklusion – 180 Zimmer
- MLU, Landesbibliothek – 220 Zimmer
- Gerontologie- und Geriatrie-Kongress – 500 Zimmer

Werbekosten (Marketingprojekte und Kampagnen)

	2019 in €	2018 in €	Veränderung in %
Marketingaufwand	1.092.359,97	714.138,36	53,96
darunter sonstige Werbung	126.108,16 €	244.616,76	-48,4
darunter sonstige Projekte	458.668,82	364.097,42	25,97
darunter Standortmarketing	507.582,99	105.424,18	381,47

Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2019 insgesamt 1.092.359,97 € eingesetzt. Die Erhöhung zum Vorjahr ist insbesondere auf das in 2018 gestartete Gemeinschaftsprojekt zwischen Stadtmarketing und der MLU im Bereich des Standortmarketings zurückzuführen.

Im Bereich Marketing wurden die Kooperationen der vergangenen Jahre in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortgesetzt.

Das Grundverständnis des Arbeitens als Netzwerker und Marketingverantwortliche für die Stadt Halle (Saale) spiegelt sich u.a. in der hohen Fremdmittelquote bei der Durchführung von Projekten wider. Hier wird nicht nur wirtschaftlich agiert, sondern bewusst auf Inhaltgeber der Stadt zugegangen, Ziele abgeglichen und in gemeinsamer Verantwortung gearbeitet. Bei Projekten konnten 55,4 % der Gelder, beim Posten "Sonstige Werbung" 30,5% zusätzlich akquiriert werden. Die Refinanzierungsquote darf allerdings dabei nie treibende Kraft sein, da die Projektzielstellungen das Leitmotiv sind. So ist bei Zukunftsprojekten wie Digitalisierungsstrategien oder der Zusammenstellung und Vermarktung des grünen und aktiven Halles für Einheimische und Touristen keine hohe Erlösquote zu erwarten bzw. lässt sich diese nicht direkt nachweislich aufzeigen.

Übersicht Marketingkampagnen 2019:

Standortmarketing

Nach intensiven Vorplanungen in Zusammenarbeit mit der Stadt Halle (Saale), der MLU und SMG sind die Weichen gestellt für ein Gemeinschaftsprojekt im Bereich des Standortmarketings.

Insgesamt wurden für das Standortmarketing seitens der SMG im Jahr 2019 insgesamt 507.582,99 € aufgewendet – für die Vorbereitung einer Vielzahl von Projekten, die auf Neustudierende-Akquise und -betreuung abzielen und aufeinander aufbauen.

Das Gemeinschaftsprojekt „Standortmarketing“ besteht aus zwei Teilprojekten:

- **Standortmarketing im Kontext der Studierendengewinnung**
Zentrales Ziel ist es, die Stadt Halle (Saale) als attraktiven Studienstandort zu positionieren und so die Studierendenzahlen nachhaltig zu sichern und zu steigern.
- **wissenschaftliches Kongress- und Tagungsmanagement**
Zentrales Ziel ist die nachhaltige Steigerung der Zahl wissenschaftlicher Kongresse und Tagungen in Halle (Saale).

Das Gesamtbudget für die Jahre 2018 bis 2020 beträgt ca. 700.000 € p.a. und setzt sich zu gleichen Teilen aus einer Zuschusserhöhung der Stadt Halle (Saale) und einzuwerbenden Projektgeldern im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit der MLU zusammen, neben avisierten Erlösen durch Beteiligung Dritter und Erlösen aus Provisionen im Bereich des Tagungsmanagements.

Konzeption, Vermarktung und Teilmanagement städtischer Großereignisse

Bei imagefördernden städtischen Veranstaltungen mit großer Publikums- und Mediarelevanz ist die SMG ein professioneller Partner für die Stadt Halle (Saale). Mit wachsendem Wissensstand bei allen Partnern greift die Zusammenarbeit beispielsweise beim Laternenfest, städtischen Sondermärkten inklusive des Halleschen Weihnachtsmarktes oder den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit.

Leipziger Buchmesse

Mit der "hallesaale*-Lounge" begleitet die SMG die halleschen Verlage auf die Leipziger Buchmesse und bietet ihnen eine Zweitpräsenz mittels eines Bücherregals pro Verlag. In einer Kooperation erarbeitet die SMG eine auch für die Akquise regionaler Besucher für Leipzig wichtige Kampagne inklusive eines Lesefestes "Halle liest mit" und kann im Gegenzug auf gute Konditionen der Leipziger Buchmesse bauen und mit deren Besuchern in Kontakt treten. Projektpartner sind die Leipziger Messe, die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (Saale), die MLU, der Kunstverein „Talstrasse“ e.V., die Franckeschen Stiftungen, der Verlag Janos Stekovics, der Mitteldeutsche Verlag, der Hasenverlag, das Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) sowie die Halloren Schokoladenfabrik.

Netzwerk: Kulturhüptlinge

Eins der größten gemeinsamen Projekte sind die „Kulturhüptlinge“ – bestehend aus Halles führende Einrichtungen der Kultur, Bildung und Wissenschaft. Der jährliche Budget-Bedarf für die Kampagne „nur bei uns“ umfasst 43.000,00 €, davon werden je 3.000,00 € (zusammen 21.000,00 €) von den Partnern der Kampagne getragen.

Händel-Festspiele

Die Händel-Festspiele und die SMG kooperieren vor allem in gemeinsamen Werbeaktionen wie Anzeigenschaltungen, Umsetzung von Wegleitung und Stadtdekoration, Pressereisen, Merchandising, Besucherbefragungen sowie mobilen Infoständen zu Festspielkonzerten. Zudem bietet die SMG im Rahmen der Festspiele Reisepauschalen an.

Vermarktung von landesbedeutsamen Themen

Im Rahmen des länderübergreifenden Themenjahres 2019 „100 Jahre Bauhaus“ positionierte sich Sachsen-Anhalt dem Binnen- und Auslandsmarkt als kulturhistorisches Zentrum des Bauhauses. Die SMG entwickelte gemeinsam mit dem Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) einen appbasierten Feininger-Audiorundgang. Die zeitlich und personell unabhängige und stets verfügbare und individuell nutzbare Audiotour „Auf den Spuren Lyonel Feiningers in Halle“ erhöht die touristische Angebotsvielfalt in der Stadt für Individualreisende sowie Reiseveranstalter gleichermaßen. Für ein internationales Publikum wird die Führung auch in Englisch vorgehalten.

Tourist-Information Halle (Saale)

	2019 in €	2018 in €	Veränderung in %
Besucherzahl	80.133	66.138	21
Wareneinkaufswert	87.985,06	83.117,48	5,8
Verkaufserlöse	130.972,22	119.544,60	9,5

Die Tourist-Information (TI) schließt in 2019 mit einem Besucherplus von 21 % und 80.133 gezählten Gästen (2018: 66.138) ab. Durch das erhöhte Besucheraufkommen wurden die Verkaufserlöse um 9,5% gesteigert von 130.972,22 € in 2019 (2018: 119.544,60 €). Der Wareneinkaufswert von 83.117,48 € in 2018 wurde auf 87.985,06 € in 2019 angehoben. Das Shop-Sortiment wurde im Jahr 2019 angepasst und umfasst aktuell 382 Artikel (2018 mit mehr als 570 Artikel). Die saisonale Anpassung der Artikel wird im Jahr 2019 wie in den Vorjahren weitergeführt.

In einer firmeninternen Projektgruppe wird an der Neuausrichtung der Tourist-Information (TI) weiter gearbeitet. Ziel ist es, durch einen neuen, frischen Auftritt noch attraktiver für HallenserInnen und Gäste zu werden. Zudem wurde erfolgreich die Produktlinie "Verliebt in Halle" erweitert.

Im Jahr 2019 konnte eine zweite neue Geschäftsbeziehung mit "Galeria Karstadt Kaufhof" aufgenommen werden (bestehende Kooperation bereits mit der EDEKA Markt Minden-Hannover GmbH). Somit erschließt sich ein neuer Vertriebsweg für den Verkauf der hallesaale*-Merchandise Artikel.

VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung für das Berichtsjahr 2019

a. Finanzlage

	2019 in €	2018 in €	Entwicklung in %	Bemerkungen
Zuschuss Gesellschafter	1.511.300,00	1.371.300,00	10,2	
davon Zuschuss Stadt Halle	1.161.300,00	1.161.300,00	0,0	
davon Zuschuss Standortmarketing	350.000,00	210.000,00	66,7	Gemeinschaftsprojekt Standortmarketing
Liquide Mittel	213.607,23	344.887,79	-38,5	jeweils per 31.12.(davon 106.421,45 € erhaltene Anzahlung Projekt Standortmarketing 2018, aufgelöst 2019)

b. Ertragslage

	2019 in €	2018 in €	Entwicklung in %
Umsatzerlöse	1.390.370,77	832.309,72	67,05
sonstige betriebliche Erträge	1.581.614,03	1.306.627,01	21,05
Personalkosten	1.112.014,49	901.969,63	23,29
Materialaufwand	446.529,61	278.905,97	60,10
Abschreibungen	25.563,23	14.954,71	70,94
sonst. betriebliche Aufwendungen	1.329.271,12	978.194,79	35,89
sonstige Zinsen u. ä. Erträge	7,70	7,74	-0,52
Zinsen u. ä Aufwendungen	144,74	228,69	-36,71
sonstige Steuern	689,56	404,30	70,56
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	57.780,21	- 35.713,62	

Die SMG schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von 57.780,21 € ab. Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

c. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Sachanlagen-Intensität	7,89	6,39	8,85	9,65	11,57
Eigenkapitalquote	33,17	19,17	48,31	52,19	51,48
Fremdkapitalquote	66,83	80,83	51,69	47,81	48,52

Mit der steigenden Sachanlagen-Intensität 2019 (Verhältnis Anlagevermögen zur Bilanzsumme) steigt auch die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. Die Eigenkapitalquote gegenüber 2018 zeigt, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gestiegen ist.

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge fürs Jahr 2019 erfasst.

III. Risiko- und Prognoseberichterstattung

a. Risiken

Derzeit besteht für die Gesellschaft ein leicht erhöhtes Risikopotenzial. Die Ertragslage ist zwar geprägt von klaren vertraglichen Zusagen der Gesellschafter, aber durch den Ausbruch der Virusinfektionen Corona ist mit dem Ausbleiben von Gästen zu rechnen. Gerade Großveranstaltungen sowie Tagungen und Kongresse werden aus Sicherheitsgründen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung überwiegend abgesagt. Durch diesen Umstand ist damit zu rechnen, dass bei den Gästeankünften, Übernachtungen und Umsatzerlösen ein Rückgang zu erwarten ist. Allerdings wirkt sich das auch auf einen Rückgang der Aufwendungen aus.

Die Gesellschaft verfügt über eine gesicherte Einnahmeseite mit klaren Zahlungsmodalitäten. Forderungsausfälle sind nicht zu erwarten. Zudem besteht eine langfristige Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus den Guthaben.

b. Chancen

Chancen bestehen für die Gesellschaft im Bereich der Gästegewinnung, insbesondere durch den Bereich Tagungs- und Kongressmanagement und die Bereitstellung eines Kongressmanagements, welches weitere Businessgäste gewinnen kann. Durch den Bau neuer Hotels und damit einhergehender die Erhöhung der Bettenkapazitäten kann die Gesellschaft gerade im Bereich der Nutzung unserer Events, Produkte und touristischen Highlights eine Erhöhung der Gästeankünfte und Aufenthaltsdauer der Gäste ermöglichen. Dies ist im Jahr 2020 aber vom Verlauf der aktuellen Virusinfektion Corona abhängig.

c. Prognose

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens neutral. Die Neuausrichtung der Gesellschaft wird weiterhin zur positiven Wahrnehmung der Gesellschaft führen und damit den Auftrag der Gesellschafter zur Installation dieser Gesellschaft stärken.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren lagen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht vor. Dem Unternehmen stehen monatliche Auswertungen zu finanziellen Leistungsindikatoren wie Cash-Flow, Ergebnis, Einhaltung Plan-Ist in Form der Auswertung des Wirtschaftsplanes vor. Diese Indikatoren werden monatlich abgeglichen und entsprechende kurzfristige Anpassungen vorgenommen.

Wir erwarten im folgenden Geschäftsjahr 2020 kein höheres Umsatzvolumen. Durch unsere angepassten Fixkosten und entsprechender Bereitstellung der Zuschüsse der Gesellschafter kann trotz alledem mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet werden.

Wir werden auch zukünftig immer in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die SMG plant weiter mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.511.300,00 €, der in unterschiedlich hohen Raten pro Quartal ausgezahlt wird.

Die Umsatzerlöse der SMG werden im Wirtschaftsplan 2020 mit 1.071.000 € (IST 2019: 1.390.370,77 €) geplant, allerdings ist hier entscheidend welchen Verlauf die aktuelle Gefahrenlage durch das Corona-Virus nimmt.

Die Personalkosten werden für das Jahr 2020 in Höhe von insgesamt 1.068.000 € geplant (IST 2019: 1.012.516,82 €). Die Kosten für Wareneinkauf für die Tourist-Information werden für 2020 mit 90.000 € geplant (IST 2019: 87.985,06 €).

Die betrieblichen Aufwendungen, wie z.B. Mieten/Raumkosten, Reinigung/Abfallbeseitigung, Energie, Versicherungen, Kfz-Kosten und Buchführungskosten einschl. Prüfung des Jahresabschlusses wurden in gleicher Höhe wie 2019 geplant.

Die Aufwendungen für die Umsetzung des Projektes Standortmarketing werden im Jahr 2020 mit 393.000 € geplant, welche durch einen Projektplan unterlegt sind.

Laut Wirtschaftsplan 2020 wird die SMG mit einem ausgeglichenen Haushalt abschließen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)
-------------------	--	---

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
Stadtwerke Halle GmbH	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Schmieder, Ulf-Marten	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Schröter, Reinhard	(seit 09.04.2019 stellv. Vorsitzender)
		Aldag, Wolfgang	(seit 03.07.2019)
		Dr. Bergner, Christoph	(seit 03.07.2019)
		Dr. Fox, Jürgen	
		Dr. Lämmerhirt, Michael	(bis 03.07.2019)
		Marquardt, Bertolt	
		Senius, Kay	(bis 03.07.2019)
	Walther, René		

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	4	5

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	20.281	78	21.989	81	23.678	82	-1.708	-8
Umlaufvermögen	5.774	22	5.256	19	5.112	18	518	10
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	2	0	0	0

Bilanzsumme	26.055	100	27.245	100	28.792	100	-1.190	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.327	55	14.596	54	14.573	51	-269	-2
Sonderposten für Investitionszulagen	10.667	41	11.892	44	13.145	46	-1.225	-10
Rückstellungen	621	2	330	1	328	1	291	88
Verbindlichkeiten	439	2	420	1	745	2	19	5
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	7	0	1	0	-6	-86

Bilanzsumme	26.055	100	27.245	100	28.792	100	-1.190	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.374	4.564	4.020
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	41	-143	94
sonstige betriebliche Erträge	18	57	12
Materialaufwand	2.117	2.181	2.174
Personalaufwand	616	607	574
Abschreibungen	515	564	600
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.461	1.101	743
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	5	9
Ergebnis nach Steuern	-269	23	30
sonstige Steuern	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-269	22	29
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	22	29
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-269	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-6,15	0,49	0,73	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,84	0,15	0,20	%
Cash-Flow:	246	586	629	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	317	407	413	T€
Personalaufwandsquote:	13,91	13,56	13,91	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	73,94	76,99	78,75	%
Eigenkapitalquote:	54,99	53,57	50,62	%
Fremdkapitalquote:	45,01	46,43	49,38	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m ²
Auslastung	98,80	98,64	94,04	%

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts nachhaltig zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang werden durch die Gesellschaft in deren Räumlichkeiten aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die Gesellschaft bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben,
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die Gesellschaft in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1991 schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i.H.v. von ca. 64,8 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Start-ups, und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2019 ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumsräumen, S1 - und S2 - Laboren, Räume für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft (Vermietung) geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategieberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist nach Jahren des Booms 2019 in eine deutliche Schwächephase geraten. Die konjunkturelle Dynamik im produzierenden Gewerbe lag unter der im Dienstleistungsbereich. Positive Impulse für die Gesamtwirtschaft kamen dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen in einem lebhaften Binnenmarkt vor allem von der Verbraucherseite. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland ist wiederum insgesamt leicht gestiegen, wird aber zukünftig eher verhalten bleiben. Gründe hierfür sind auch steigende Arbeits- und Energiekosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren zudem durch Regulierungen am Arbeitsmarkt und zunehmend bürokratischere Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen gelitten. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind zudem weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die zunehmend protektionistischen Strömungen beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich dämpfen. Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verzeichneten weiterhin geringe Steigerungsraten. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen.

In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle (Saale) erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen zunehmend und macht weiterhin verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte auch 2019 die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurden das bestehende Geschäftsmodell der Gesellschaft im Berichtszeitraum intensiv überarbeitet, neue Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept als auch das daraus abgeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit seiner Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr wieder größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2019 wurden insbesondere weitere Teilbereiche des ältesten Gebäudes im Weinbergweg 23 durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen saniert und modernisiert. Der Umbau folgt insgesamt dem Ziel, das Gebäude schrittweise zum zentralen Innovation Hub des Technologieparks für Start-ups und junge Technologieunternehmen zu entwickeln. Den Schwerpunkt der Aktivitäten bildeten im Berichtsjahr die Modernisierung und Sanierung von Büro- und Gemeinschaftsräumen, mieterseitige Umstrukturierungen sowie der weitere Ausbau von Pre-Seed- und Seed-Inkubatoren für Start-ups. Deren Betrieb erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus erfolgten die Planung und ein Großteil der umfangreichen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen im Erdgeschoss des Gebäudes. Ziel ist es hierbei, an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientierte Büro-, Beratungs-, Veranstaltungs- und Gemeinschaftsflächen zu schaffen, die ein offenes kooperatives Zusammenarbeiten von Gründungsteams und jungen Unternehmen ermöglichen.

Trotz der dargestellten unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der langjährig stabile Mietzins auch im Jahr 2019 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers ist es ein weiteres Ziel der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es im Berichtszeitraum wieder gelungen umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch die Umsetzung des Landesprojektes "Accelerate Innovation in Life Sciences, Material Sciences and IT" (AIMS-Accelerator) sowie des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert. Zudem wurde ein Pilotprojekt für ein Accelerator-Programm „Biomedical Life Sciences“ durchgeführt. Auf Basis der positiven Ergebnisse soll 2020 ein erstes Accelerator-Programm für Sachsen-Anhalt im modernisierten Innovation Hub umgesetzt werden.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diene im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt, der Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), die AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, die IHK Vollversammlung und der Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Gründerservices und des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Zur Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort wurden im Berichtszeitraum in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert, Kongress- und Messebesuche organisiert sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen mit Schwerpunkten im Bereich Life Sciences genannt. Darüber hinaus wurden am Standort neue Veranstaltungsformate wie beispielsweise der Weinberg Campus Talk, das Weinberg Campus Business Breakfast, das Weinberg Campus Life Sciences Meetup oder auch Tech Talks erfolgreich etabliert.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diene im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der TGZ Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt, der Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), die AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, die IHK Vollversammlung und der Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Gründerservices und des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden wiederum neue Kommunikationskanäle etabliert und im Berichtszeitraum ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleschen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr weiter vertieft und in der Marktbearbeitung thematisiert. In diesem Zusammenhang steht auch die Vorbereitung der Gründung eines Vereins, in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur ab 2020 zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.559	80,4%	3.650	81,5%	-91	-2,5%
+ Einnahmen Projektleistungen	671	15,1%	650	14,5%	21	3,2%
+ sonstige Dienstleistungen	144	3,2%	264	5,9%	-120	-45,5%
+ = UMSATZERLÖSE	4.374	98,7%	4.564	101,9%	-190	-4,2%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	41	0,9%	-143	-3,2%	184	-128,7%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	18	0,4%	57	1,3%	-39	-68,4%
= BETRIEBSLEISTUNG	4.433	100,0%	4.478	100,0%	-45	-1,0%
+ Raumkosten Mieter + Fremdleistungen	2.117	47,8%	2.181	48,7%	-64	-2,9%
+ Personalkosten	616	13,9%	607	13,6%	9	1,5%
+ eigene Raumkosten	161	3,6%	200	4,5%	-39	-19,5%
+ Versicherungen / Beiträge	27	0,6%	27	0,6%	0	0,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	836	18,9%	487	10,9%	349	71,7%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,1%	3	0,1%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	57	1,3%	80	1,8%	-23	-28,8%
+ externe Projektkosten	61	1,4%	36	0,8%	25	69,4%
+ sonstige Kosten	316	7,1%	269	6,0%	47	17,5%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN	1.461	33,0%	1.102	24,6%	359	32,6%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	4.194	94,6%	3.890	86,9%	304	7,8%
= EBITDA	239	5,4%	588	13,1%	-349	-59,4%
+ Abschreibungen	1.740	39,3%	1.817	40,6%	-77	-4,2%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.225	-27,6%	-1.253	-28,0%	28	-2,2%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	515	11,6%	564	12,6%	-49	-8,7%
= EBIT	-276	-6,2%	24	12,6%	-300	-1250,0%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	3	100,0%	3	100,0%	0	0,0%
+ = FINANZERGEBNIS	3	100,0%	3	100,0%	0	0,0%
= EBT	-273	-6,2%	27	0,6%	-300	-1111,1%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-5	1,8%	5	18,5%	-10	-200,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	-5	1,8%	5	18,5%	-10	-200,0%
= JAHRESFEHLBETRAG	268	6,0%	-22	-0,5%	-290	1318,2%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2018 um 1,0% (-45 T-€) vermindert und liegt somit bei 4.433 T-€. Dabei haben sich die Mieten und Mietnebenkosten um 91 T-€ vermindert, die Einnahmen aus Projektleistungen erhöhten sich dagegen um 21 T-€. Die sonstigen Dienstleistungen verminderten sich um 120 T-€, die sonstigen betrieblichen Erträge um 39 T-€. Eine Erhöhung gab es bei den Bestandsveränderungen aus nicht abgerechneten Mietnebenkosten um 184 T-€.

Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2019 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten dazu i.H.v. 3.630 T-€ ergaben sich einschließlich Bestandsveränderungen hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.744 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 114 T-€ über dem Planansatz, was im Wesentlichen durch die Verringerung der Leerstandszeiten nach Umzügen begründet ist. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 125 T-€ über dem Planansatz. Hierin sind wiederum weiterberechnete Instandhaltungsaufwendungen an Mieter i.H.v. 89 T-€ enthalten, die so nicht planbar waren. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 239 T-€ mehr als geplant.

Die **betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 304 T-€ (+7,8%) auf 4.194 T-€. Erhöhungen gab es bei den Personalkosten (+9 T-€), den Reparaturen und Instandhaltungen (+349 T-€), den externen Projektkosten (+25 T-€) und den sonstigen Kosten (+47 T-€). Eine Verminderung gab es dagegen bei den umlagefähigen Raumkosten und den Fremdleistungen (-64 T-€), den eigenen Raumkosten (-39 T-€) und den Werbe- und Reiskosten (-23 T-€).

Im Vergleich zum Planansatz lagen die betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt 4.194 T-€ um 187 T-€ über dem Planansatz i.H.v. 4.007 T-€. Dies liegt im Wesentlichen an den Reparaturen und Instandhaltungen (+186 T-€), den sonstigen Kosten (+157 T-€) und den Kosten der Warenabgabe (+20 T-€). Die Personalkosten (-46 T-€), die eigenen Raumkosten (-19 T-€) und die KFZ-Kosten (-27 T-€) blieben dagegen nennenswert unter dem Planansatz. Die übrigen Kosten lagen jeweils nur geringfügig über oder unter den Planansatz. Die erhebliche Überschreitung bei den Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen ist durch die weiterhin umfangreichen erforderlichen Sanierungsarbeiten in den Gebäuden zu begründen, im Berichtsjahr ist hier insbesondere die Sanierung des Foyers im TGZ I zu nennen. Die Überschreitung bei den sonstigen Kosten ist überwiegend durch Projektkosten verursacht, die wiederum zu höheren Erträgen aus den Projekten geführt haben.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2018 um 349 T-€ auf 239 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planwert von 187 T-€ ergab sich hierbei eine Überschreitung in Höhe von 51 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.740 T-€ (Vorjahr: 1.817 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung um 28 T-€ auf 1.225 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 515 T-€ und liegt damit um 26 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** beträgt mit -276 T-€ im Berichtsjahr 300 T-€ weniger als im Vorjahr, gegenüber dem Planwert gab es eine positive Abweichung von 26 T-€.

Das **Finanzergebnis** ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und beträgt 3 T-€. Der Planwert mit 6 T-€ konnte somit nicht erreicht werden, was an den weiterhin sehr geringen Anlagezinsen liegt.

Das **EBT** liegt mit -273 T-€ um 300 T-€ unter dem Vorjahreswert und um 23 T-€ über dem Planwert.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich um 10 T-€ auf -5 T-€ vermindert, was durch einen steuerlichen Verlustrücktrag begründet ist.

Der **Jahresfehlbetrag** beträgt 268 T-€ und liegt damit um 290 T-€ unter dem Vorjahr bzw. 28 T-€ über dem Planwert, der von einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 296 T-€ ausging.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 5.214,4 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, des Mittelabflusses aus den Investitionen und der Umschichtung von langfristigen Geldanlagen hin zu kurzfristigen Geldanlagen im Laufe des Jahres 2019 haben sich die liquiden Mittel um rund 459,1 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2019		31.12.2018		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.327,0	55,0	14.595,8	53,6	-268,8	-1,8
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	10.667,1	40,9	11.892,4	43,6	-1.225,3	-10,3
Rückstellungen	621,4	2,4	330,1	1,2	291,3	88,2
Erhaltene Anzahlungen	237,7	1,0	285,6	1,0	-47,9	-16,8
Lieferverbindlichkeiten	111,0	0,4	82,5	0,3	28,5	34,5
Sonstige Verbindlichkeiten	90,0	0,3	52,1	0,2	37,9	72,7
Summe Verbindlichkeiten	438,7	1,7	420,2	1,5	18,5	4,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,0	7,0	0,0	-5,8	-82,9
Summe Passiva=Gesamtkapital	26.055,4	100,0	27.245,5	100,0	-1.190,1	-4,4

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2019		31.12.2018		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	15,0	0,1	13,4	0,0	1,6	11,9
Sachanlagen	19.266,0	73,9	20.976,1	77,0	-1.710,1	-8,2
Finanzanlagen	1.000,0	3,8	1.000,0	3,7	0,0	0,0
Summe Anlagevermögen	20.281,0	77,8	21.989,5	80,7	-1.708,5	-7,8
Forderungen	42,6	0,2	158,0	0,6	-115,4	-73,0
Sonstige Vermögensgegenstände	517,4	2,0	342,8	1,2	174,6	50,9
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	5.214,4	20,0	4.755,2	17,5	459,2	9,7
Summe Umlaufvermögen	5.774,4	22,2	5.256,0	19,3	518,4	9,9
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	26.055,4	100,0	27.245,5	100,0	-1.190,1	-4,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.190,1 T-€ (-4,4 %) auf 26.055,4 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.710,1 T-€) und der Forderungen (-115,4 T-€). Das immaterielle Anlagevermögen (+1,6 T-€), die sonstigen Vermögensgegenstände (+174,6 T-€) und die und die flüssigen Mittel (+459,1 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 80,7 % auf 77,8 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 31,4 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.739,9 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen mit immateriellen Vermögensgegenständen** zusammen auf einen Betrag von 19.281,0 T-€ (-1.708,5 T-€) vermindert. Das **Finanzanlagevermögen** blieb mit 1.000 T-€ unverändert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 518,3 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 22,2% gegenüber 19,3% im Vorjahr.

Die Abnahme der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 115,4 T-€ resultiert aus den gesunkenen Forderungen aus Mieten und Dienstleistungen (-63,0 T-€) sowie den geringeren Forderungen aus Mietnebenkosten (-52,4 T-€).

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 174,6 T-€ ist auf die Erhöhung der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+137,7 T-€) und der angeforderten Projektmittel (+133,4 T-€) zurückzuführen. Verminderungen gab es dagegen bei Steuererstattungen (-14,9 T-€) und bei den debitorischen Kreditoren (-81,6 T-€).

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 4.755,3 T-€ auf 5.214,4 T-€ resultiert aus dem Mittelzufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb. Für getätigte Investitionen flossen 31,4 T-€ ab.

4. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Insgesamt waren die Gebäude der Gesellschaft im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 99,19 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 98,80 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Gesellschaft tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	33,90 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen, sonstige Services	25,42 %
• Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	16,95 %
• Material Sciences, Nanotechnologie	8,48 %
• Analytik, Sensorik, Geräte- und Anlagenbau	15,25 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 59 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind die Gesamtleistung sowie das Ergebnis vor Steuern.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2020 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2021 bis 2024 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2020	4.479	4.470	6	15
2021	4.528	4.522	6	12
2022	4.330	4.324	6	12
2023	4.350	4.324	6	32
2024	4.360	4.326	6	40

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die bislang stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang), andererseits aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase). Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Auch für die Berichtsgesellschaft stellt die Unsicherheit der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie eine Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Der von China ausgehende Ausbruch des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, durch den die Lungenkrankheit COVID-19 ausgelöst werden kann, hat inzwischen weltweite Auswirkungen. Dazu zählen wirtschaftliche Einbußen bei Unternehmen, beispielsweise aufgrund von Einschränkungen in Produktion und Handel oder aufgrund von Reise- und Versammlungsbeschränkungen. Daraus können auch für das Berichtsunternehmen Risiken entstehen. Diese Risiken werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o. g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert und durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter untersetzt. Das im Berichtsjahr weiterentwickelte und detailliertere Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2020 wiederum das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Der Zielerreichung dient die geplante Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Zur Fundierung der diesbezüglichen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Planungen wird im Jahr 2020 eine umfangreiche Lebenszyklus-Analyse für die Gebäude durchgeführt.

Für die kommenden Jahre ist zudem die Errichtung weiterer eigener neuer Gebäude geplant. Zum einen soll ein hochtechnisches Gebäude mit Labor-, Technikums- und Konferenzflächen für technologieorientierte Unternehmen aus den Bereichen Biomedical Life Sciences und Material Sciences gebaut werden. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf neuen digitalen Geschäftsmodellen. Andererseits bestehen Planungen für ein neues Bürogebäude, in dem insbesondere Unternehmen der Informationstechnologie und der Softwareentwicklung Raum für Wachstum finden. Dafür notwendige Beschlüsse sollen im laufenden Geschäftsjahr 2020 gefasst werden und erste Planungsleistungen erfolgen. Die Umsetzung der Neubauprojekte ist für die Jahre 2021 bis 2025 geplant. Letztlich befindet sich die Geschäftsführung im Sinne eines Technologiepark-Managements in Strategiegesprächen mit allen strukturbestimmenden Einrichtungen, insbesondere mit der Martin-Luther-Universität und der Universitätsmedizin Halle. Dasselbe gilt auch für Unternehmen, die zukünftig eigene Produktionsstätten im Technologiepark errichten wollen.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den Jahren 2020ff. zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet 2020 die Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume unteretzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das Geschäftsjahr 2020 sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2020ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zurzeit mit Ausnahme der „Corona-Unsicherheit“ eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfänglichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht erwähnte Unsicherheit durch die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie kann für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Es könnte zur zeitweisen Quarantäne des Personals kommen. Für den kaufmännischen Bereich und den Bereich Beratung und Projektmanagement ist es möglich, einen Großteil der Aufgaben in Heimarbeit zu erledigen. Im technischen Bereich gestaltet sich dies schwieriger. Hier ist in Folge des Outsourcing die Energieversorgung Halle GmbH zuständig.
- Einige Förderprojekte könnten sich zeitlich verzögern. Durch die öffentliche Förderung fallen die diesbezüglichen Einnahmen nicht aus, sondern verzögern sich lediglich in der Auszahlung. Ein personell bedingter Arbeitsausfall und die damit verbundenen Kosten könnten beispielsweise durch das neu eingeführte Kurzarbeiterentgelt teilweise ausgeglichen werden.
- Geplante Veranstaltungen könnten abgesagt werden müssen. Durch organisatorische Maßnahmen könnten diese allerdings zum Teil nachgeholt werden.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

Beirat:

Berend, Stephanie	(seit 08.04.2019)
Borggreffe, Fabian	(seit 08.04.2019 bis 16.07.2019)
Dr. Kreuzfeldt, Annette	(seit 16.07.2019)
Dr. Marquardt, Judith	(seit 08.04.2019)

Beirat:	Friedrich, Holger	(seit 08.04.2019)
	Hülsbusch, Peter	(seit 08.04.2019)
	Meerheim, Sten	(seit 08.04.2019 bis 12.09.2019)
	Mehlis, Marion	(seit 08.04.2019)
	Michalak, Ingo	(seit 08.04.2019)
	Misch, Werner	(seit 08.04.2019)
	Ufer, Niklas	(seit 12.09.2019)
	Walther, René	(seit 08.04.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.250	85	11.935	85	11.869	85	-685	-6
Umlaufvermögen	2.061	15	2.075	15	2.017	15	-14	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	7	0	0	0	-7	-100
Bilanzsumme	13.311	100	14.017	100	13.886	100	-706	-5
Passiva								
Eigenkapital	6.846	51	6.845	49	6.842	49	1	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.244	24	3.440	25	2.838	21	-196	-6
Rückstellungen	356	3	317	2	466	3	39	12
Verbindlichkeiten	2.865	22	3.415	24	3.740	27	-550	-16
Bilanzsumme	13.311	100	14.017	100	13.886	100	-706	-5

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.465	5.532	4.946
sonstige betriebliche Erträge	292	239	1.274
Materialaufwand	2.574	2.808	2.423
Personalaufwand	1.805	1.635	1.595
Abschreibungen	801	759	702
sonstige betriebliche Aufwendungen	510	473	1.373
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	72	86	105
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7	8	20
Ergebnis nach Steuern	2	2	2
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	2	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	0,04	0,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,02	0,03	0,03	%
Cash-Flow:	802	761	704	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	109	120	132	T€
Personalaufwandsquote:	31,34	28,34	25,64	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,49	85,13	85,45	%
Eigenkapitalquote:	51,43	48,83	49,28	%
Fremdkapitalquote:	48,57	51,17	50,72	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Besucher	303.922	310.237	272.406	Anzahl

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) wurde an die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH ab 1. August 2014 verpachtet und wird durch die GWG betrieben.

Der Pachtvertrag kann erstmals zum 1. Juli 2021 durch die GWG gekündigt werden. Gemäß Erbbaurechtsvertrag gehen mit Beendigung des Erbbaurechts die errichteten Gebäudeanlagen in das Eigentum der Grundstückseigentümerin Stadt Halle (Saale) über und die BHG erhält eine Entschädigung in Höhe des Buchwertes der Gebäude und Anlagen zum Zeitpunkt der Beendigung vom Grundstückseigentümer.

1.2. Ziele und Strategien

Die Bäder Halle GmbH betreibt die ihr von der Stadt Halle (Saale) übertragenen Bäder mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung dieser Sporteinrichtung für die Grundversorgung der Bevölkerung. Über den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Instandhaltungsmittel soll der Zustand der Bäder erhalten und verbessert werden.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Eine im August 2019 überarbeitete Planung und Kostenberechnung, die auf den Grunddaten des Jahres 2016 fußt, zeigt einen Finanzbedarf von rd. 26,7 Mio. EUR (netto) für die Gesamtsanierung des Stadtbades auf. Dafür stehen der Bäder Halle GmbH keine planmäßigen Mittel zur Verfügung. Im Januar 2020 wurden der Stadt Halle (Saale) durch den Bund Fördermittel im Umfang von 50 % der Gesamtsanierungskosten in Aussicht gestellt, wenn die zweite Hälfte der Sanierungsmittel über weitere Partner wie das Land Sachsen-Anhalt, Stadt Halle (Saale) oder andere Dritte beschafft werden können. Das zeitlich dabei zugrunde gelegte Sanierungskonzept geht von einer Umsetzung bis 2024 aus. Die ersten Gespräche mit dem Bund und dem Land werden im 1. Quartal 2020 stattfinden.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Rund 50 % der Aufwendungen stellen die Materialaufwendungen (insbesondere Wasser- und Abwasser/Strom/Wärme/Gas) und Personalaufwendungen in Summe dar und sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach Vollbeschäftigteneinheiten (VbE) geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Zur Sicherung der Bausubstanz an zwei Technikgebäuden und dem Aufsichtsturm des Freibades Saline wurden umfassende Dachsanierungsarbeiten ausgeführt. Nachdem die Badewasseraufbereitungstechnik für das Hallenbad Saline im Jahr 2018 umgebaut und saniert werden konnte, wurde im Geschäftsjahr die Sanierung eines Großfilters umgesetzt und der verschlissene Fliesenboden in der Badehalle ausgetauscht. Der Wirtschafts- sowie der Mittelfristplan der Bäder Halle GmbH sehen über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung hinaus derzeit keine weiteren Mittel für die Beseitigung der umfangreichen Gesamtschäden am Stadtbad vor. Besonders dringlich ist die Sanierung der elektrischen Anlagen. Aus diesem Grund wurde im Sommer 2019 eine detaillierte Sanierungsplanung unter Beachtung der denkmalrechtlichen Vorgaben einschließlich der Vorbereitung aller notwendigen Ausschreibungsunterlagen in Auftrag gegeben. Die Detailabstimmungen mit dem Denkmalamt sollen im 1. Quartal 2020 abgeschlossen werden, im Anschluss muss die Finanzierung der Maßnahme und der Umsetzungszeitplan abgestimmt werden, damit die Revisionsschließzeit im Jahr 2021 für die Umsetzung genutzt werden kann.

Wenn die Beschaffung der Co-Finanzierung zu den in Aussicht gestellten 50%igen Fördermitteln vom Bund für eine Gesamtsanierung des Stadtbades noch im ersten Halbjahr 2020 geklärt werden kann, kann auch die elektrische Sanierung über das Gesamtprojekt erfolgen.

Die Baumaßnahmen zur Beseitigung des Hochwasserschadens am Schwimmerbecken des Freibades Saline konnten im Mai 2019 abgeschlossen werden.

Das Naturbad Angersdorfer Teiche wurde in der Saison 2019 von der Bäder Halle GmbH in Zusammenarbeit mit einem neuen Kioskpächter und der DLRG betrieben.

Das Gesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) hat in den Angersdorfer Teichen Ende Juni 2019 einen Umweltkeim, sogenannte Vibriolen, im Wasser festgestellt. Für abwehrgeschwächte Personen, für Personen mit bestimmten chronischen Erkrankungen und Personen mit offenen Wunden besteht durch diese Keime ein Gesundheitsrisiko. Diesem Personenkreis wird vom Baden in derart belasteten Gewässern abgeraten. In Abstimmung mit den Behörden wurden sofort gemeinsame, umfassende Informationsmaßnahmen eingeleitet und während der Restsaison bis zum 1. September 2019 beibehalten. Die Besucherzahlen an diesem Standort haben sich zur Vorjahressaison auf 7.892 Besuche halbiert. Aufgrund der milden Witterung im Winter 2019/2020 kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Umweltkeime zurückgegangen sind, bis Oktober 2019 konnten sie noch nachgewiesen werden. Ab April 2020 wird das Monitoring der Beprobung durch das Gesundheitsamt wiederaufgenommen, da es dann die Wassertemperaturen voraussichtlich wieder zulassen. Bei weiterem Vorhandensein besteht die Informationspflicht für die Bürger durch die Bäder Halle GmbH auch in der Saison 2020 weiter. Der Wasserstand im Badesee ist in den zurückliegenden zwei Jahren extrem um 0,90 bis 1,0 Meter abgesunken, sodass aktuell eine maximale Wassertiefe von unter 1,35 Metern an der tiefsten Stelle des Sees gemessen wurde. Aufgrund dieser Gesamtsituation soll das Betriebskonzept des Naturbades für die Saison 2020 überdacht und in Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) angepasst werden.

Die Dienstleistung zur Wasseraufsicht im Freibad Nordbad wurde im 1. Quartal 2019 für die Freibadsaison der Jahre 2020 und 2021 ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt erneut die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., die bereits seit 2016 als Dienstleister in diesem Freibad für die Bäder Halle GmbH tätig ist.

Der Dienstleistungsvertrag für die Robert-Koch-Schwimmhalle wurde für das Jahr 2020 verlängert. Die vertraglichen Bestimmungen sehen ein jährliches Kündigungsrecht von drei Monaten zum Jahresende vor.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Hinsichtlich der marktbezogenen Rahmenbedingungen für den Betrieb von Sport- und Freibädern gab es im Geschäftsjahr 2019 keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Sommer 2019 lässt sich insgesamt aufgrund der Witterungsverhältnisse als „guter Freibadsommer“ bezeichnen, die Besucherzahlen lagen 2019 rd. 15,1 % unter denen des besonders warmen Vorjahres. In diesem Geschäftsbereich wird die Witterung immer einen extremen Einfluss auf die Besucherzahlen haben, ein Gegensteuern ist hier nicht möglich. Die Besucherzahlen in den Hallenbädern lagen um 0,8 % geringfügig unter dem Vorjahr.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2019 gab es keine Veränderungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die für den Betrieb von Frei- und Hallenbädern Relevanz hatten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Die Eintrittspreise für die Frei- und Hallenbäder blieben 2019 für die öffentlichen Nutzer unverändert. In Abstimmung mit den Vereinsnutzern wurde bereits im Jahr 2015 eine stufenweise Anhebung der Betriebskostenbeteiligung für die Jahre 2016 bis 2019 um jeweils 25 % pro Bahn pro Jahr vereinbart. Die Nutzungsentgelte für die Schulen haben sich im Jahr 2019 nicht geändert.

Die Entwicklung der Besucherzahlen stellt sich wie folgt dar:

Nutzergruppe	Jahr 2018	2019
Besucher öffentliches Baden Hallenbäder:	185.999	184.447
Besucher öffentliches Baden Freibäder*:	140.772	119.475
Besucher Schulschwimmen:	71.863	75.965
Besucher Vereinsschwimmen:	148.064	155.811

* incl. Angersdorfer Teiche

Im Vergleich zu 2018 haben sich die Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb nicht wesentlich verändert. Planmäßig stiegen die Erlöse aus der Nutzung durch die Vereine, unplanmäßig kamen die Eintrittserlöse aus dem Betrieb des Naturbades Angersdorfer Teiche hinzu. Jedoch lagen die Besucherzahlen in dieser Freibadsaison aufgrund Witterung unter denen des Vorjahres.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren in der Bäder Halle GmbH 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 6 Auszubildende beschäftigt, darunter waren 25 Frauen. In den Monaten April bis September haben im Schnitt 11 Vollzeitsaisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 42 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit der geforderten Qualifikation zu finden, bildet die Bäder Halle GmbH weiterhin selbst Fachangestellte für Bäderbetrieb aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013 und zum anderen, aufgrund von Betriebsübergängen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD).

Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe wird für 2020 neu verhandelt.

Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes beinhaltet eine Laufzeit bis 31. Juli 2020, danach finden erneut Tarifverhandlungen statt.

Personalentwicklung 2019

Die Bäder Halle GmbH stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Schaffung eines attraktiven Arbeitsumfelds durch die Ermöglichung tätigkeitsbezogener Weiterbildungen. So unterstützt die Bäder Halle GmbH Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell.

Führungskräfte der Bäder Halle GmbH nehmen zudem regelmäßig die Angebote der SWH-Führungskräfteentwicklung sowie des Schulungsprogramms im Rahmen des Compliance Management Systems wahr und arbeiteten auch 2019 aktiv bei der Führungskräfte tagung aller Führungskräfte der Stadtwerke-Gruppe mit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse inkl. Schul- und Vereinsschwimmen aus dem Bade- und Saunabereich betragen 1.027,5 TEUR (Vorjahr 1.028,9 TEUR) und unterscheiden sich damit nur unwesentlich.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2019 bei 145,1 TEUR (Vorjahr 146,3 TEUR). Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen vertragsgemäß wie bereits im Vorjahr 161,8 TEUR, ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen und Erbbauzinsen gegenüber.

Unter den Umsatzerlösen ist das Leistungsentgelt der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2019 mit 3.965,4 TEUR ausgewiesen, das im Vorjahr bei 3.999,9 TEUR lag. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Fördermittel für die Sanierung des Stadtbades sowie Auflösungserträge von Sonderposten für Maßnahmen der Hochwassersanierung enthalten.

Unter den Aufwendungen für Material werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von 1.181,3 TEUR (Vorjahr 1.168,3 TEUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung in Höhe von 272,4 TEUR (Vorjahr 257,9 TEUR) sowie Fremdleistungen in Höhe von 109,2 TEUR (Vorjahr 121,9 TEUR). Der Instandhaltungsaufwand lag 2019 bei 840,0 TEUR (Vorjahr 1.088,8 TEUR). Darin enthalten sind neben den laufenden Instandhaltungsaufwendungen u. a. die Aufwendungen für die Sanierung von Dächern im Freibad Saline sowie Filtertechnik und Bodenfliesen im Hallenbad Saline im Umfang von 177,7 TEUR. In der Schwimmhalle Neustadt wurden Bereiche der Beleuchtungstechnik im Umfang von 16,7 T€ und 8 Startblöcke mit einem Aufwand von 30,0 TEUR saniert.

Die Personalaufwendungen betragen 1.804,6 TEUR (Vorjahr 1.635,6 TEUR).

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 1,1 TEUR im Geschäftsjahr resultiert aus die Kosten übersteigenden Erlösen aus der Verpachtung der Ballsporthalle und der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2019 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.844,6 TEUR. Der Anstieg des Eigenkapitals um 2,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Zuführung des Jahresergebnisses des Vorjahres zu den Gewinnrücklagen.

Bei den Sonderposten aus Investitionszuschüssen ist in 2019 ein Rückgang von 195,7 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Freibad Saline hat die Bäder Halle GmbH in 2019 Fördermittel in Höhe von 40,3 TEUR und für Wassersprungbretter in der Schwimmhalle Neustadt 13,5 TEUR erhalten. Den Zugängen stehen Auflösungen entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen von 249,5 TEUR gegenüber.

Die Rückstellungen weisen eine Erhöhung zum Vorjahr aus.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Kreditbank konnten die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2019 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2019 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 2.309,2 TEUR (Vorjahr 2.705,2 TEUR). Auch die sonstigen Verbindlichkeiten entwickelten sich rückläufig zum Vorjahr.

Die Bäder Halle GmbH weist dementsprechend zum Bilanzstichtag 2019 eine Eigenkapitalquote von 51,4 % aus (Vorjahr 48,8 %).

4.2.2. Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten drei Betriebsjahre 2010 bis 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 TEUR vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Letzte Investitionen zur Sanierung des Hochwasserschadens im Freibad Saline wurden 2019 in Höhe von 40,3 TEUR getätigt und aus Fördermitteln finanziert. Die erforderlichen, jedoch ungeplanten Investitionen mussten aus der eigenen Liquidität finanziert werden. Sie betragen in Summe 75,0 TEUR und betrafen die Ersatzbeschaffung von GWG im Umfang von 18,0 TEUR sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung im Umfang von 57 TEUR. Darunter fielen die Anschaffung eines 3. Werkstattwagens für 23,0 TEUR, die Umstellung der PC-Technik auf WIN10 für 17,4 TEUR und die Anschaffung von zwei neuen Sprungbrettern für die Schwimmhalle Neustadt im Umfang von 13,4 TEUR.

4.2.3. Liquidität

Entsprechend dem Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle erhält die BHG einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der Stadt. Unter diesen Bedingungen ist die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenslage

Um 31. Dezember 2019 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 13.311,1 TEUR, das ist eine Verringerung um 704,6 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenslage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Im Ergebnis der Investitionen wurden insbesondere in das Freibad Saline (40,3 TEUR), die Anschaffung eines Werkstattwagens (22,9 TEUR) sowie die Umstellung der PC-Technik auf Windows 10 (17,5 TEUR) Zugänge im Anlagevermögen realisiert. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31. Dezember 2019 ein Anlagenbestand in Höhe von 11.249,6 TEUR erreicht (Vorjahr 11.935,3 TEUR). Das Umlaufvermögen weist eine Verringerung im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 18,9 TEUR auf.

Die Passivseite weist einen Rückgang der Verbindlichkeiten und des Sonderpostens aus, so dass insgesamt eine positive Vermögenslage zu verzeichnen ist.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach den Betriebserfahrungen der zurückliegenden Jahre im laufenden Betrieb nicht mehr möglich. Nach Untersuchungen im Rahmen des Energieaudits wären über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z. B. über die Lüftung, noch Einsparpotenziale zu heben. Hierbei ist jeweils abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die einzelnen Investitionen amortisieren würden.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da das öffentliche Schwimmen zu „sozial verträglichen Eintrittspreisen“ erfolgen soll. Nach der Eintrittspreis Anpassung im Jahr 2011 wurden die Entgelte für das öffentliche Schwimmen zum 1. Januar 2020 wieder angepasst.

Ziel auch für 2020 wird es weiterhin sein, die Besucherzahlen in den Hallenbädern zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenserinnen und Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach dem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z. B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir – die Bäder Halle GmbH – der richtige Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohlfühlen.

Leider ist es der Bäder Halle GmbH nur zu wenigen begrenzten Zeiten möglich, Kursangebote z. B. für Kinder zu offerieren, da die Kontingente der Wasserzeiten für die Vereinsnutzung sehr umfangreich und vertraglich festgelegt sind. Somit ist eine Ergebnisverbesserung durch höhere Kurseinnahmen kaum zu erzielen. Das durch die Vereine zu zahlende Entgelt für die Nutzung der Wasserflächen liegt im Vergleich zum Eintrittspreis der Besucher öffentlicher Schwimmzeiten weitaus niedriger.

Die von den Vereinen für die Nutzung der Wasserflächen zu zahlenden Entgelte beruhen auf einer mit den Nutzern im Jahr 2015 verhandelten Kompromisslösung. Von 2016 bis 2019 wurden die Entgelte jährlich um 25 % angehoben.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreuung der Bäder wird auch weiterhin langfristig das im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Leistungsentgelt (Betriebskostenzuschuss) der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diese Zahlungen werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 5 Risiken ermittelt (Vorjahr 7). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	1	0	0
Rechtliche Risiken	2	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	5	0	0

Das Risiko von Sturmschäden durch Unwetter an Gebäuden, Dächern und Anlagen sowie Wasser- und Abwasserleitungen, kann zu Ausfällen der Anlagen sowie hohen Instandsetzungsaufwendungen führen. Das Risiko musste bislang in Teilen akzeptiert, konnte jedoch durch das Ergreifen von Sicherungsmaßnahmen eliminiert werden.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Der Fortbestand der Gesellschaft ist nur gesichert, wenn die jährlichen Verluste über den Bäderfinanzierungsvertrag ausgeglichen werden und dieser nicht gekündigt wird. Weitere bestandsgefährdende Risiken bestehen darüber hinaus nicht.

5.4. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2020 sowie in der Mittelfristplanung bis 2024 wird davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet nicht signifikant verändern und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder stabil bleibt. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2020 bis 2024 konstant 308.900 Besucher geplant (Ist 2019: 303.922). Die Umsatzerlöse im Badebereich steigen in der Mittelfristplanung von 2020 in Höhe von 987,7 TEUR bis 2024 auf 1.040,6 TEUR nur marginal aufgrund der eingeplanten Anpassungen der Kostenbeteiligungen der Vereinsnutzer sowie der Schulen und einer geringfügigen Preisanpassung für die öffentlichen Nutzer, die nach 2020 im Jahr 2024 geplant sind, an. In allen anderen Bereichen wird von weitestgehend konstanten Umsätzen in dem Zeitraum der Mittelfristplanung ausgegangen.

5.5. Investitionen

Für das Jahr 2020 sind in Summe 46,5 TEUR für Investitionen geplant. Es gibt dafür keine detaillierten Zuordnungen, da es sich um einen Durchschnittswert handelt, der aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und der Planungen für die Folgejahre ermittelt wurde. Die Mittel dienen der Finanzierung von Ersatzinvestitionen z. B. bei Ausfall von betriebsnotwendigen Kleingeräten, wie Haar- und Händetrocknern, Funkgeräten oder Telefonen, Druckern oder Elektrowerkzeugen. Über weitere Investitionsmittel ab dem Wirtschaftsjahr 2021, soll im Zuge der Wirtschaftsplanung 2021 für die Folgejahre mit der Stadt Halle (Saale) detailliert verhandelt werden.

5.6. Finanzierung

Die Vorschläge für die langfristig einzuplanenden Investitionen gehen von einer Finanzierung über Darlehensaufnahme aus, worüber jedoch erst noch mit der Stadt Halle (Saale) im Zuge der Gespräche über die Fortführung des Bäderfinanzierungsvertrages zu verhandeln ist. Gibt es keine neuen Investitionen ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrent-Kreditlinie von 300,0 TEUR.

5.7. Ergebniserwartung

Für das Wirtschaftsjahr 2020 werden 2,1 TEUR Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmhalle erwartet. Im Planungszeitraum 2021-2024 sinkt das erwartete Ergebnis auf 0,8 TEUR (2021) sowie 0,2 TEUR (2022 bis 2024) ab, da die Planung unterstellt, dass das Verpachtungsverhältnis für die Ballsporthalle vertragsgemäß im Jahr 2021 endet. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder wird für das Jahr 2020 ein Bedarf an Leistungsentgelt in Höhe von 3.933,5 TEUR geplant. Auch in den Folgejahren wird davon ausgegangen, dass die Verluste aus dem Betrieb der sechs Bäder im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über das Leistungsentgelt (Betriebskostenzuschuss) vollständig ausgeglichen werden.

Die Ausbreitung des Corona Virus hat dazu geführt, dass ab dem 13. März 2020 alle von der Gesellschaft betriebenen Hallenbäder vorsorglich und aus Präventionsgründen in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) für den öffentlichen Badebetrieb geschlossen wurden. Mit schriftlicher Ausnahmegenehmigung des Landesverwaltungsamtes dürfen in der Schwimmhalle Neustadt vier Hochleistungssportler in Sprunghalle und 50-Meter-Becken weiter trainieren. Die Schließung wird nach derzeitigem Kenntnisstand mindestens bis einschließlich 19. April 2020 andauern. Danach wird die Gesellschaft Ihre Dienstleistungen wieder zur Verfügung stellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch wird die Schließung Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Jahr 2020 haben, die derzeit noch nicht abschließend sicher bezifferbar sind.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.
- (2) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat: Vorsitzender: Sommer, Anton
Battermann, Jens
Brederlow, Katharina
Dönitz, Anke

Verwaltungsrat:

Dr. Danek, Simone
 Dr. Kehl, Peter
 Dr. Streibelt, Marco (bis 11.09.2019)
 Gellrich, Barbara
 Ideker, Thomas
 Krahl, Hans-Joachim
 Leauclair, Ina (seit 12.09.2019)
 Reinhardt, Marlis
 Stegmann, Jürgen

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.810	79	12.096	82	12.660	85	-286	-2
Umlaufvermögen	3.104	21	2.723	18	2.270	15	381	14
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	21	0	27	0	0	0

Bilanzsumme	14.935	100	14.840	100	14.957	100	95	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.969	47	6.124	41	5.473	37	845	14
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.453	30	4.667	32	4.874	32	-214	-5
Rückstellungen	196	1	161	1	106	1	35	22
Verbindlichkeiten	3.316	22	3.888	26	4.504	30	-572	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0	0	0	0	1	

Bilanzsumme	14.935	100	14.840	100	14.957	100	95	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.129	6.853	6.179
sonstige betriebliche Erträge	637	519	369
Materialaufwand	912	882	835
Personalaufwand	4.047	3.833	3.714
Abschreibungen	800	782	764
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.027	1.073	904
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	132	150	168
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	3
Ergebnis nach Steuern	848	654	169
sonstige Steuern	3	2	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	845	652	161

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,85	9,51	2,60	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,80	11,91	3,02	%
Cash-Flow:	1.645	1.433	924	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	116	115	99	T€
Personalaufwandsquote:	52,11	51,99	56,73	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,80	81,16	83,98	%
Eigenkapitalquote:	46,66	41,27	36,59	%
Fremdkapitalquote:	53,34	58,73	63,41	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Abrechnungstage	45.338,00	43.620,00	39.599,00	Tage

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als ein Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer. Das BFW Halle war 2019 in mehrere Projekte eingebunden, die unterschiedliche Zielstellungen beinhalteten. Hervorzuheben sind die Projekte, in denen die Digitalisierung und die damit einhergehenden Chancen und Risiken für blinde und sehbehinderte Menschen betrachtet werden. So geht es im Projekt „InclusiveOCW“, finanziert durch das BMBF, welches noch bis November 2020 läuft, um die Erstellung und Nutzung einer OpenCourseWare in der Berufsförderung für Menschen mit Seheinschränkungen. Hierbei steht die Barrierefreiheit im Fokus. Im Projekt „A4S-Inklusion Sehbehinderter durch Digitalisierung“, gefördert durch die DRV Bund, widmet sich das BFW Halle (Saale) seit März 2019 der Fragestellung: Wie kann Arbeiten 4.0 für die berufliche Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen genutzt werden? Im Projekt AKTILA-BS (Aktivierung und Integration (langzeit-)arbeitsloser blinder und sehbehinderter Menschen), welches durch das BMAS finanziert und im Februar 2020 abgeschlossen wurde, ging es um die Möglichkeiten der Aktivierung und Integration langzeitarbeitsloser blinder und sehbehinderter Menschen. Ein wesentliches Ziel hierbei war es u.a., die wesentlichen Vermittlungshemmnisse zu identifizieren und auf dieser Grundlage geeignete Integrationsstrategien zu entwickeln und zu erproben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen gestalten sich weiterhin schwierig. Die Veränderungsgeschwindigkeiten und die zunehmende Komplexität in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt und dementsprechend auch in der Rehabilitation prägten das Geschäftsjahr 2019. Das Thema Digitalisierung spielt dabei eine immer größere Rolle. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse unter diesem Gesichtspunkt ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2019 die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen sowie ausbauen.

Das BFW Halle (Saale) hat mit externer neutraler Unterstützung konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt und 2019 weiter schrittweise umgesetzt, die dazu geeignet sind, ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften und die Entwicklung des BFW Halle (Saale) langfristig zu stabilisieren. Es wurden mögliche liquiditätswirksame Potenziale identifiziert. Diese Maßnahmen zeigten 2019 ihre Wirkung.

Im Laufe des Jahres 2019 hat sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen weiter stabilisiert und ist leicht gestiegen.

Die Bemühungen der letzten Jahre zeigten Erfolge und lagen in der Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Flexibilität und Mobilität. Ziel war es, den personellen Aufwand hinter den jeweiligen Tätigkeiten zu minimieren, ohne gleichzeitig wesentliche Abstriche an der Qualität zu machen.

Im Jahr 2019 nahmen durchschnittlich 126 Teilnehmer (im Vj. 121 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Die Belegung verteilte sich gleichmäßig auf die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Bundesagentur für Arbeit.

Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2019 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert.

Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment- und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Das Thema Digitalisierung spielte für das BFW Halle (Saale) im Jahr 2019 nicht nur in den Projekten eine zunehmende Rolle, da dieses Thema gesellschaftlich und vor allem in der Arbeitswelt sehr prägend ist. Die Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie für das BFW Halle (Saale) stand im Vordergrund.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2019 unterhalb des Planungsansatzes.

Die Zertifizierung nach der neuen Norm DIN EN ISO 2001:2015 sowie die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2019 erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Neben weiterhin intensiven Marketingmaßnahmen galt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation auszurichten. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in den Aquiseprozessen sowie in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung der Qualifikation in einen modularen Aufbau wurden 2019 weitergeführt. Das Thema Personalentwicklung stand im Vordergrund, um u.a. die Spezifik der Sehbehinderten- und Blindenrehabilitation zu schärfen.

In der Fortführung der Aktivitäten vom letzten Jahr schritt die Modernisierung der Beschilderung sowie des Blindenleitsystems im BFW Halle (Saale) 2019 weiter voran.

2019 waren durchschnittlich 64 (im Vj. 60) Angestellte sowie 3 (im Vj. 4) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. 4 Mitarbeitende im Rahmen des Teilhabechancengesetzes sowie 2 Mitarbeitende im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes unterstützten die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitenden lag bei 16,16 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2019 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 121 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin.

Die Geschäftsstelle in Berlin ist mittlerweile zu einer festen Größe für das BFW Halle (Saale) geworden. Die Kapazitäten der Geschäftsstelle Berlin konnten durch den planmäßigen Ausbau im Jahr 2019 wiederum erweitert werden, sodass das BFW Halle (Saale) sein Dienstleistungsangebot neben den Vorbereitungsmaßnahmen im Jahr 2019 um eine eigene Qualifizierung in einem Berufsbild im Januar 2020 erweitern konnte.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse um TEUR 277 gestiegen. Dies resultiert u.a. aus der gestiegenen Belegung sowie Steigerung der verhandelten Kostensätze für das Jahr 2019.

Im Berichtsjahr fielen mit 45.338 Abrechnungstagen (im Vj. 43.620) 3,9 % mehr Abrechnungstage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die anderen laufenden betrieblichen Erträge sind im Jahr 2019 um TEUR 118 gestiegen. Dies betrifft insbesondere die Projektzuwendungen. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2019 TEUR 213 (im Vj. TEUR 207).

Das Betriebsergebnis stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 177,7 auf TEUR 980,4.

Planmäßig sinkende Finanzaufwendungen führten zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 16,2.

Die aufgezeigten Entwicklungen ergeben im Jahr 2019 einen Jahresüberschuss von TEUR 845.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2019 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 1.723 (im Vj. TEUR 1.467) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2019 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Der Finanzmittelfonds stieg um TEUR 457. Die Gesellschaft verfügt 2019 über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentlichste Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen 2019 im Bereich der Hilfsmittel und der Geschäftsstelle Berlin.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 95,6 erhöht.

Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 514 stehen Abschreibungen in Höhe von TEUR 800 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Erhöhung der Bilanzsumme insbesondere aus der tilgungsbedingten Verringerung der Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger um TEUR 619 sowie aus der Differenz zwischen der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um TEUR 213 und dem im Berichtsjahr erzielten Jahresüberschuss von TEUR 845. Damit steigt das wirtschaftliche Eigenkapital um TEUR 632.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2019 TEUR 11.422, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 76,5 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2019 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den Vorbereitung - und Hauptmaßnahmen stieg die Belegung im Vergleich zum Vorjahr um 4 %. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag im Bereich der Vorjahreszahlen. Damit stabilisiert sich die Zahl der Rehabilitanden im Verlaufe der letzten Jahre auf niedrigem Niveau. Die Geschäftsstelle Berlin stellt eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle (Saale) dar. Hier lag 2019 die Auslastung über dem geplanten Ansatz.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität des BFW Halle (Saale) im Jahr 2019 weiter um. Mit diesen Maßnahmen gilt es die Ertragsseite zu stabilisieren und die Aufwandsseite zu optimieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. In diesem Jahr werden außerdem die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wesentlich prägen. Die Kostensatzentwicklung muss grundsätzlich die Entwicklung der Inflation und Tarife berücksichtigen. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Bei den Verhandlungen mit den Rehabilitationsträgern zu den Kostensätzen 2020 konnten die geplanten Erhöhungen erzielt werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf Grund einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 124 Teilnehmern wurde für das Wirtschaftsjahr 2020 ein positives Jahresergebnis geplant. Bei den Umsatzerlösen sieht das BFW Halle (Saale) im Vergleich zu 2019 auf Grund der Corona-Pandemie einen Umsatzeinbruch. Trotz der guten Belegungszahlen im I. Quartal 2020 sowie der praktizierten Verfahrensweise der Rehaträger in Form der Weiterzahlung der Maßnahmenkosten bei Weiterführung der Maßnahmen in digitaler Form kann derzeit nicht beurteilt werden, ob 2020 ein positives Jahresergebnis erreicht werden kann.

Bei der Planung der Personalkosten wurde eine Tarifsteigerung von 2,2 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 588 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung, der Verwaltung sowie für die Geschäftsstelle in Berlin liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2020 von 135 Teilnehmern und mit den derzeit vorliegenden Anmeldungen ging das BFW Halle (Saale) vor Ausbruch der Corona-Pandemie 2020 von einem Ergebnis aus, das im Rahmen der Planung liegt. Auf Grund der Corona-Pandemie geht das BFW Halle (Saale) von einem Belegungsrückgang aus. Wie stark dieser ausfallen wird, hängt von der Dauer der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ab. Seit 16.03.2020 in Berlin sowie seit 18.03.2020 in Halle (Saale) sind die RehaAssessmentmaßnahmen sowie die Einzelmaßnahmen ausgesetzt. Die Rehabilitanden lernen von zu Hause aus in einer Heimlernphase. Dazu wurden alle Bedingungen seitens des BFW Halle (Saale) geschaffen.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung, welche seit dem 01. Januar 2018 mit der Vermietung der Häuser 2 und 4 umgesetzt wurden. Durch den Ausbau der Geschäftsstelle Berlin stehen im Jahr 2020 mehr Kapazitäten zur Verfügung.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten fortgesetzt.

Intensive Gespräche mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird nach den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen sowie die Digitalisierung werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2020 weiter optimiert.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ unter veränderten Rahmenbedingungen zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV Bund und DRV Mitteldeutschland.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

a) Branchenspezifische Risiken

Über allem steht die derzeitige weltweite Corona-Pandemie, deren Folgen – zumindest im Umfang – z.Z. nicht kalkulierbar sind. Hier sind alle Szenarien auf globaler und nationaler Ebene und bezüglich aller Lebensbereiche denkbar. Welche gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen, finanztechnischen, rechtlichen, sozialen, psychischen, selbst politischen Folgen tatsächlich eintreten, wird vom weiteren Verlauf zunächst in Deutschland, aber auch darüber hinaus bestimmt werden. Das Sozialschutz-Paket der Bundesregierung soll den Bestand sozialer Dienste und Einrichtungen sichern. Wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist das „Sozialdienstleister-Einsatzgesetz“ (SodEG). Es sieht vor, alle sozialen Dienstleister im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Gleichzeitig beinhaltet es einen Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger für soziale Dienstleister.

Als Herausforderung erweist sich weiterhin die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sporbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des BFW Halle (Saale) und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2020 das Kernziel der Gesellschaft. Hierbei wird die Digitalisierung sowie damit verbunden die Barrierefreiheit eine immer bedeutsamere Rolle spielen.

Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen und dadurch potentielle Teilnehmer den Weg in eine berufliche Rehabilitation zeitnah nicht finden. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches seit 2018 läuft und 2020 zum Abschluss kommt, gilt es, dieses Risiko näher zu erforschen, eventuelle Versorgungslücken zu eruieren sowie entsprechende Handlungsempfehlungen zu geben.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich.

Das BFW Halle (Saale) ist dadurch befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Infolge der Corona-Pandemie ist diese kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung eher unsicher. Hier werden sich die Art und Weise der beruflichen Rehabilitation verändern. Digitale Lernformen werden mehr und mehr Einzug halten. Welche Auswirkungen dies auf die Strukturen der beruflichen Rehabilitation im BFW Halle (Saale) hat, ist momentan schwer abzuschätzen. Es ist mit einem teilweisen veränderten Dienstleistungsangebot zu rechnen. Die digitalen Lernformen stellen aus sich des BFW Halle (Saale) für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen eine Ergänzung im Rahmen der beruflichen Rehabilitation dar, ersetzen können sie diese nicht.

Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern. Die berufliche Rehabilitation ist in der Zukunft u.a. auch zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Corona-Pandemie mitbestimmend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie für die Deckung des Fachkräftebedarfes.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

b) Ertragsorientierte Risiken

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. In Folge der Corona-Pandemie ist zunächst mit einem Rückgang der Belegung zu rechnen. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Das BFW Halle (Saale) sieht sich steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert.

Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die berufliche Rehabilitation, der fortschreitenden demografischen Entwicklung und der derzeit sich verändernden Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können.

Ein mögliches Risiko sieht das BFW Halle (Saale) in einer gewissen Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie in der Überregionalität des BFW Halle (Saale), da sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen unterschiedlich gestaltet und die potentiellen Teilnehmer auf Grund ihres sozialen Umfeldes auf eine wohnortnahe Rehabilitation angewiesen sind.

Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungsstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

c) Finanzwirtschaftliche Risiken

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können. Die mittelfristigen Risiken der Corona-Pandemie können im Moment noch nicht abschließend bewertet werden und sind ins Risikomanagement aufzunehmen.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept vor der Corona-Pandemie erarbeiteten Szenarien waren mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür waren stabile Belegungszahlen.

Auf Grund der Corona-Pandemie sind Aussagen zur mittelfristigen Liquidität derzeit schwer möglich. Die bisherige Verfahrensweise der Rehabilitationsträger, bei Fortführung der Maßnahmen in einer Heimlernphase die Maßnahmenkosten weiterzuzahlen, lässt die Aussage zu, dass 2020 nach jetzigem Stand die Liquidität im BFW Halle nicht gefährdet ist.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen, Netzwerke sowie der Digitalisierung bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie alternative Lernformen sowie die Barrierefreiheit von Dokumenten, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass immer mehr Einrichtungen im öffentlichen Bereich hierzu nachfragen und die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) dafür in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. In der Umsetzung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes unter Einbeziehung der Auswirkungen der Corona-Pandemie sieht das BFW Halle (Saale) eine große Chance für die zukünftige Entwicklung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle (Saale).

Alternative Lernformen sind gefragter denn je. Das BFW Halle (Saale) kann zeigen, wozu das BFW in der Lage ist und begleitet die Teilnehmenden individuell und je nach ihren Möglichkeiten. Damit bietet die Krise auch eine Chance zur Weiterentwicklung.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende BFW Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Die Folgen der Corona-Pandemie sind derzeit für das BFW Halle (Saale) mittel- bis langfristig nicht einschätzbar.

Unter der Voraussetzung einer in etwa auf dem Niveau von 2019 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätsengpässe für 2020 nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) wird die Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes unter den Einflüssen der Corona-Pandemie mittel- bis langfristig prüfen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das BFW Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
		Bönisch, Bernhard	(bis 03.07.2019)
		Döring, Jan	(seit 03.07.2019)
		Feigl, Christian	(bis 03.07.2019)
		Heym, Carsten	(seit 03.07.2019)
		Hopfgarten, Klaus	(bis 03.07.2019)
		Meerheim, Sten	(bis 03.07.2019)
		Schied, Thomas	(seit 03.07.2019)
		Schmeil, Birgit	
		Streckenbach, Johannes	(seit 03.07.2019)

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2019 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2018.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	30	0	37	0
Umlaufvermögen	8.081	100	10.594	100
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	2	0

Bilanzsumme	8.115	100	10.633	100
--------------------	--------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	37	0	37	0
Sonderposten für Zuwendungen und Zuschüsse	581	7	588	6
Rückstellungen	111	2	95	1
Verbindlichkeiten	7.386	91	9.913	93

Bilanzsumme	8.115	100	10.633	100
--------------------	--------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2018	2017
	T€	T€
Umsatzerlöse	8.813	694
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2.744	4.443
sonstige betriebliche Erträge	993	1.053
Materialaufwand	1.612	1.039
Personalaufwand	5.346	5.045
Abschreibungen	16	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	88	91
Ergebnis nach Steuern	0	0
sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	16	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	19	17	T€
Personalaufwandsquote:	75,71	81,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,37	0,35	%
Eigenkapitalquote:	0,46	0,35	%
Fremdkapitalquote:	99,54	99,65	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	32,00	30,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Beschäftigungsvereinbarungen	33,00	27,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	11,00	5,00	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht 2018 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Bereiches Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2018 erfüllen.

Im Jahr 2018 war die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Frau Katharina Brederlow, Vorsitzende des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Juni 2018 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüft. Mit dem Prüfbericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2017 wurde am 19.12.2018 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 wurde zeitgleich eingebracht, parallel zum Haushaltsplan der Stadt, und ebenfalls am 19.12.2018 durch den Stadtrat beschlossen.

Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene Jahresüberschuss wird entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2021 für die Umsetzung des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt", dem Landesprogramm „Gesellschaftliche Teilhabe – Jobperspektive 58+“, der Handlungssäule II im Förderprogramm RÜMSA sowie der städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und sofern ausreichend, zur weiteren Cofinanzierung für Förderprogramme des Landes und für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt werden. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr seit dem Jahr 2016 bis zum Jahr 2021 zur Umsetzung der Projekte genutzt.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2019 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) hat schon im Januar 2018 die Genehmigung zum Vollzug durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes 2018 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wurde durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 05.03.2018, eingegangen am 14.03.2018, freigegeben. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen umgesetzt werden.

Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2019 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2018.

Prägend für das Geschäftsjahr 2018 war die mit der Regionalisierung der Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt verbundene Entwicklung und Umsetzung des Förderprogrammes „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderprogramme mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die zeitgleiche Abrechnung der auslaufenden Programme und Förderinstrumente sowie die Debatte über das 10. SGB II Änderungsgesetz (10. SGB II ÄG), welches im Dezember 2018 verabschiedet wurde und zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme wurden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gab es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2018 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten und einer Intensivbetreuung für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer, dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Umsetzung und Gestaltung der Bundesprogramme „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ und „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ (BIWAQ) sowie dessen Neukonzipierung für die Jahre 2019 bis 2022.

Darüber hinaus mussten die Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung und für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt, z.B. Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+, „Familien stärken-Perspektiven eröffnen“ (FsPe) und die Regionale Koordination umgesetzt werden. In den letzten Wochen des Jahres hat das Land Sachsen-Anhalt die Verlängerung verschiedener dieser Förderinstrumente bis 31.12.2021 angekündigt.

Unter dem Deckmantel der regionalisierten Gestaltungsmöglichkeit hat das Land Sachsen-Anhalt Ende 2015 große Teile der Budgetverantwortlichkeit für die Landesmittel der Europäischen Sozialfond (ESF) durch die Schaffung von Regionalen Arbeitskreisen (RAK) an die Gebietskörperschaften übertragen. Mindestens die Qualität der entsprechenden Personalkostenförderung ist im Vergleich zu anderen Landesprogrammen nicht konform.

Vor dem oben benannten Hintergrund war im Jahr 2018 die Betriebsleitung neben den Regelaufgaben vor allem in die Entwicklung und Realisierung des Förderprogramms STaA eingebunden. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat den Beschluss zur Umsetzung dieses Förderprogramms in Vorgriff auf den Haushalt 2018 ff am 30.08.2017 gefasst und damit einer zeitnahen Umsetzung und der notwendigen Bindung personeller Ressourcen ab November 2017 den Weg frei gemacht. Noch im Dezember 2018 wurde eine Weiterführung des Programmes bis 31.12.2020 bewilligt. Derzeit ist angekündigt, dass eine Förderung sogar bis 31.12.2021 erfolgen soll.

Darüber hinaus hat die Weiterentwicklung des Bundesprogrammes BIWAQ mit vier Teilprojekträgern für die Laufzeit von 2019 bis 2022 entsprechende Kapazitäten gebunden. Die Bewilligung des Förderprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ für die Förderperiode 2019 bis 2022 ging noch am 10.12.2018 ein, so das den Teilprojekträgern noch am 13.12.2018 die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn übergeben wurde. Dadurch konnte eine unterbrechungsfreie Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Förderprogramm gesichert werden.

Problematisch gestaltet sich für die Teilprojekträger im Förderprogramm BIWAQ der Wechsel der Förderperiode, da verausgabte Mittel aus dem letzten Quartal des Vorjahres erst nach erfolgter Schlussprüfung des Gesamtverwendungsnachweises ausgezahlt werden und erste Abschläge für die neue Förderperiode keinesfalls vor dem dritten Quartal des Folgejahres erfolgen. Damit ergibt sich eine Liquiditätslücke von mindestens 9 Monaten, in der Summe aller Träger ca. 310.000 €.

Die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ wurden dabei vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden. Im Team „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ ist dies die Finanzierung einzelner Maßnahmen aus mehreren Fördertöpfen im Team „Projekte“ die Umsetzung der Projekte gemeinsam mit dem Jobcenter aus Bundesmitteln und der landesgeförderten Intensivbetreuung. Hierbei sind die nicht immer kompatiblen Richtlinien miteinander in Einklang zu bringen.

Ergänzt durch das Team Personal und Qualitätsmanagement, welches zusätzlich die im Jahr 2017/18 wirksam werdenden strukturellen Veränderungen im TVöD mit 10 Stellenwertüberprüfungen in 2017 und 6 Stellenwertüberprüfungen in 2018 umzusetzen hatte, ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen. Beispielhaft kann hier die oben schon angeführte Realisierung der Förderprogramme „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ -Förderperiode 2015-2020, die „Regionale Koordination“ und das „Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf“ (RÜMSA) für das Jahr 2018 ff. benannt werden. Diese Förderprogramme gehen mit strukturellen Änderungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachhemmnissen einher. Die Umsetzung des Förderprogrammes STaA erforderte einen deutlich ausgeweiteten Aufwand an Personalakquise und Personaleinsatz.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind nunmehr jährlich Zertifizierungsaudits umzusetzen. Im November 2018 hat sich der EfA wiederholt erfolgreich rezertifiziert. Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann dabei nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden. Darüber hinaus wurde die ab Mai 2018 umzusetzende Datenschutzgrundverordnung in den Regelwerken des Zertifizierungshandbuchs implementiert. Demzufolge wurde die Rezertifizierung im Jahr 2018 auf diesen Schwerpunkt ausgerichtet. Darüber hinaus wurde das neue Instrument des Förderprogramms STaA Bestandteil. Gleichzeitig wurden erste Planungen für die im Jahr 2019 anstehende Neuzertifizierung angegangen und eine entsprechende Ausschreibung vorbereitet.

Ab dem Spätherbst 2018 hat sich der Eigenbetrieb in die konzeptionelle Entwicklung eines „Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt“ in der Stadt Halle (Saale) eingebracht. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Bildung und Soziales sollen für 2019 Übergänge geregelt werden und für den Jahreswechsel zu 2020 die formalen Voraussetzungen für die Umsetzungen geschaffen sein.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2018 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen:

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1,- € Jobs- mittlerweile 1,50 €) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Gesellschaftliche Teilhabe - Jobperspektive 58+“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 58 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 Monate)
- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten
- Intensivbetreuung im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 38 Monaten
- "Familien stärken - Perspektiven eröffnen" inklusive Erprobungsarbeitsplätze in diesem tarifgebundenen Förderprogramm
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit vier Teilprojekträgern 2015 bis 2018
- Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“
- Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit
- RÜMSA „Regionales Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung“

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2018 durchschnittlich nachfolgende Plätze in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert:

Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+	106 Plätze
Arbeitsgelegenheiten (AGH) mit Mehraufwand*	23 Plätze
STaA AGH mit Mehraufwand*	87 Plätze
Bundesfreiwilligendienst*	5 Plätze
Erprobungsarbeitsplätze FIC*	0 Plätze
Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit	3 Plätze
Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“	162 Plätze
Gesamt:	386 Plätze
STaA Intensivbetreuung	225 Plätze
Summe:	611 Plätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, auch Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klientinnen und Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut.

Damit wurden im Jahr 2018 in der Summe 771 Teilnehmerplätze über den Efa geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt, so dass im Jahresdurchschnitt insgesamt **808 Beschäftigungsplätze realisiert** wurden.

Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so waren es im Jahr **2018 insgesamt über 1.000 Plätze**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit bei Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, „Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+“, „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ und weiterer angekündigter Programme, zu berücksichtigen.

Die 2012 begonnene Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund geht nach einem Übergangszeitraum in den Jahren 2014/2015 **nunmehr von einer deutlich höheren kommunalen Beteiligung** aus.

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	2018	2017
Zuschüsse der Stadt	1.519.700 €	1.430.200 €
Sonstige Einnahmen* der Stadt	326.171 €	155.616 €
Sonstige Einnahmen sonstige	6.144 €	7.257 €
Mittel des Bundes und ESF	348.685 €	501.222 €
Mittel des Landes und ESF	2.558.036 €	1.979.836 €
Mittel des Jobcenter Halle	2.457.973 €	2.640.729 €
Summe	7.216.709 €	6.714.860 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogramme über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen.

Durch einen guten Maßnahmenmix ist es gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2018	2017	2016
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2017	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2018
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	12,8	12,8	0,0	11,0	11,0
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	37,0	0,0	0,0	0,0	37,0
Übrige Rückstellungen	45,4	24,1	4,8	46,8	63,3
	95,2	36,9	4,8	57,8	111,3

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2018 (TEUR)	2017 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	6.325,6	528,4
Zuschüsse Land / ESF	54,9	7,0
Zuschüsse Bund	1.347,0	11,3
Zuschüsse Stadt	1.085,1	147,2
Sonstige betriebliche Erträge	974,2	1.037,7
Verwendete Spenden	0,0	0,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	18,7	15,4
	9.805,5	1.747,0

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2018	2017
Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	374	356
Personalaufwendungen in TEUR		
Löhne und Gehälter	4.437,0	4.189,3
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	909,1	855,3
- davon für die Altersversorgung	69,5	55,7
	5.346,1	5.044,6

Die Liquidität konnte ganzjährlich durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2019

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 9.697* Personen arbeitslos, davon werden 7.440 bzw. 76,7 %* der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt immer noch 8,3 %*, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk 7,4 %* und erst recht dem Landesdurchschnitt von 7,1 %* und dem Bundesdurchschnitt von 4,9 %*.

* Daten aus dem April 2019

Im Jahr 2018 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen Förderinstrumente die Realisierung weiterer Maßnahmeplätze im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderperiode 2019 bis 2023 im Förderprogramm BIWAQ als Begleitprogramm zur Städtebauförderung „Soziale Stadt“ sowie Realisierung sogenannter öffentlicher Arbeit bzw. eines Aktiv – Passiv Tausches die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Ein genereller „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der vom Bundesministerium für Finanzen abgelehnt, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jedoch befürwortet wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen müssen durch den Bund und eine Anpassung des Zuschusses an den Eigenbetrieb realisiert werden. Dem Gegenüber ist im Gesetzesbeschluss zum 10. SGB II ÄG auf Bundesebene eine Finanzierung über „Passiv-Aktiv-Transfer“ vorgesehen.

Die Passgenauigkeit der Förderinstrumente für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters und für die ESF-Landesförderung im „Regionalen Arbeitskreis“ (RAK) der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Jede Einzelmaßnahme wird hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut, Schulen, Ordnung und Sauberkeit, Kita u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den EfA.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Von den hier Beschäftigten sollen die förderfähigen Teilnehmenden möglichst über eine weitere Förderung nach SGB II § 16i auf den ersten Arbeitsmarkt platziert werden. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung und der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der Stadt Halle (Saale) zu sehen.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2019 städtische Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

1.938.191 EURO.

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen SGB II und SGB III sowie Bundes ESF

1.647.221 EURO

und Mittel des Bundes, des Landes und Sonstiger in Höhe von

2.956.667 EURO

und sonstige Mittel

240.115 EURO

für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2020 sich derzeit wie folgt darstellt.

2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	760 Maßnahme- Plätze
2017	896 Maßnahme- Plätze
2018	808 Maßnahme- Plätze
2019	834 Maßnahme- Plätze
2020	784 Maßnahme- Plätze

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
		Bönisch, Bernhard	(seit 03.07.2019)
		Dr. Bergner, Annegret	(bis 03.07.2019)
		Dr. Brock, Inés	(bis 03.07.2019)
		Dr. Burkert, Silke	(seit 03.07.2019)
		Dr. Schöps, Regina	(seit 03.07.2019)
		Eigendorf, Eric	(bis 03.07.2019)
		Jahn, Josephine	
		Pätzold, Bettina	
		Plassa, Rebecca	(seit 03.07.2019)
		Schied, Thomas	(bis 03.07.2019)
		Schnabel, René	(seit 03.07.2019)
		Scholtyssek, Andreas	(bis 03.07.2019)
		Weiß, Sylvia	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	39.756	83	37.557	84	36.992	91	2.199	6
Umlaufvermögen	8.166	17	7.274	16	3.415	9	892	12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	44	0	-1	-100
Bilanzsumme	47.922	100	44.832	100	40.451	100	3.090	7

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	21.149	44	20.320	45	20.290	50	829	4
Sonderposten für Investitionszulagen	17.122	36	15.898	36	12.949	32	1.224	8
Rückstellungen	2.675	6	2.501	6	2.671	7	174	7
Verbindlichkeiten	6.849	14	6.012	13	4.461	11	837	14
Rechnungsabgrenzungsposten	127	0	101	0	80	0	26	25
Bilanzsumme	47.922	100	44.832	100	40.451	100	3.090	7

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	51.424	45.332	44.149
sonstige betriebliche Erträge	2.118	2.975	1.514
Materialaufwand	68	76	82
Personalaufwand	42.245	39.574	36.571
Abschreibungen	2.574	2.044	1.781
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.824	6.419	7.172
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	154	164	177
Ergebnis nach Steuern	677	30	-120
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	677	30	-120

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,32	0,07	-0,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,31	0,15	-0,59	%
Cash-Flow:	3.251	2.074	1.661	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	56	51	51	T€
Personalaufwandsquote:	78,90	81,92	80,09	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,94	83,75	91,40	%
Eigenkapitalquote:	44,13	45,32	50,16	%
Fremdkapitalquote:	55,87	54,68	49,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Betreuungsstunden	10.828.946	10.744.362	10.632.201	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	4,81	4,44	4,27	€/Std.
davon Personalkosten	3,96	3,72	3,52	€/Std.
davon Sachkosten	0,85	0,72	0,75	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.657	5.574	5.444	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

f) Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
 - Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 - Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
 - Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Baumaßnahmen und Investitionen
5. Personal

III. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Änderung KiFöG Sachsen-Anhalt 2020

IV. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Chancenbericht
2. Risikobericht

V. ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH § 8 EIGBVO LSA

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07.03.2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Der Stadtrat war sich seinerzeit bewusst, dass die Stadt Halle (Saale) gerade durch die Binnenwanderung innerhalb des Stadtgebietes in Zukunft enormen Herausforderungen gegenübersteht und hat sich durch diese Entscheidungen zukünftig die Möglichkeit einer aktiven Gestaltung der Stadtentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2019, 49 Kindertagesstätten und sechs Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß § 121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG LSA in der Eigenbetriebsatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle (Saale) hat zu diesem Zweck eine Satzung auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes bilden – neben den landesrechtlichen und kommunalen Vorschriften - insbesondere das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt. Am 17.12.2019 wurde das Gute-Kita-Gesetz im Landtag beschlossen. In den vergangenen Jahren ist die Zahl schutzsuchender Familien in Sachsen-Anhalt deutlich gestiegen. Dies hatte einen Zustrom von Familien mit Migrationshintergrund auch für die Stadt Halle (Saale) zur Folge. Die Auslastung einzelner Einrichtungen des Eigenbetriebes war nachhaltig von dieser Entwicklung geprägt. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund lag im Wirtschaftsjahr 2019 bei 22,51 Prozent.

2. Geschäftsverlauf

Der Eigenbetrieb schließt das Wirtschaftsjahr 2019 mit einem Gewinn in Höhe von EUR 677.196,26 ab. Die wirtschaftliche Lage zeigte sich insgesamt ausgeglichen.

Die Belegung der Platzkapazitäten in den Kindertagesstätten ist nach wie vor stabil. Im Durchschnitt wurden im Wirtschaftsjahr 2019 5.657 Kinder betreut. Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 24,6 Prozent.

Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze stieg seit der Gründung bis zum Wirtschaftsjahr 2019 um 24,6 Prozent an, absolut um 1.116 belegte Plätze.



Die Nachfrage nach unseren Einrichtungen war auch im zurückliegenden Wirtschaftsjahr hoch. Trotz aller Bemühungen war der Eigenbetrieb Kindertagesstätten nicht immer in der Lage, einen Platz zum gewünschten Termin in den jeweils bevorzugten Lagen zur Verfügung zu stellen.

Im Vergleich zum Gründungsjahr wurden im Eigenbetrieb Kindertagesstätten 1.116 Kinder mehr betreut. Zur Erläuterung im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird auf den Abschnitt „Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes“ verwiesen.

Die Anzahl der erbrachten **Betreuungsstunden** stieg um **41,3 Prozent**, absolut um **3,17 Mio.** auf **10,83 Mio. Betreuungsstunden**



3. Lage

- Vermögens-, Finanz - und Ertragslage**

Das Bilanzbild ist geordnet; Bilanzstruktur und Zusammensetzung weisen gegenüber dem Vorjahresstichtag keine wesentlichen Verschiebungen auf.

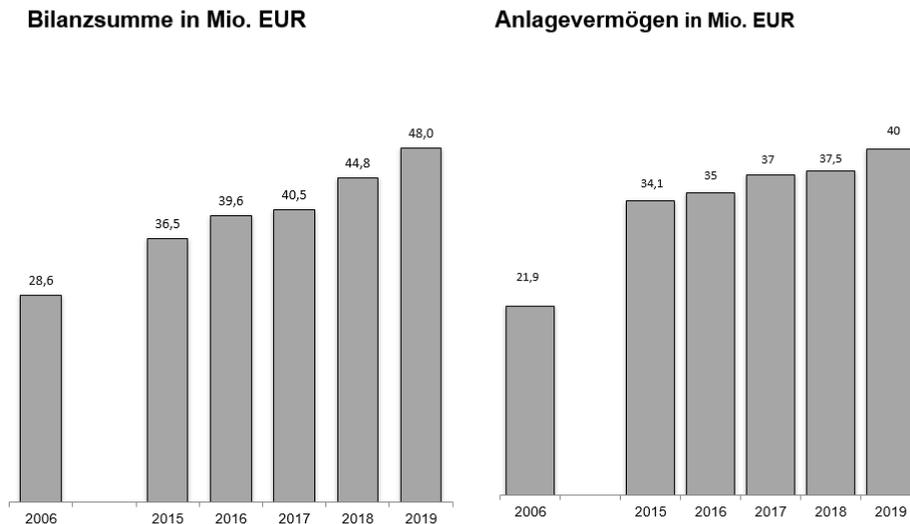
Das Anlagevermögen ist – wie in den Vorjahren – vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und mittel- und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Wert in EUR	% Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	% Bilanzsumme
immat.VG	7.217,24	0,02%	11.691,74	0,03%
Grundstücke / Gebäude	31.819.014,05	66,40%	33.467.557,98	74,65%
diveres AV	7.929.688,69	16,55%	4.077.360,08	9,09%
Eigenkapital	21.149.039,07	44,13%	20.319.688,81	45,32%
Sonderposten	17.121.854,45	38,19%	15.897.677,07	35,46%
mittel-/langfr. Verbindlichkeiten	4.817.920,58	10,75%	5.076.088,58	11,32%

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2019 auf TEUR 47.922 Damit stieg sie um insgesamt TEUR 3.090 gegenüber dem 31.12.2018.

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stieg seit Gründung auf aktuell 48 Mio. EUR. Das Anlagevermögen stieg im gleichen Zeitraum auf aktuell 40,0 Mio. EUR.



In folgenden Positionen der **Bilanz** ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr, die kurz analysiert werden sollen:

Das Investitionsvolumen betrug im Berichtsjahr 2019 im Bereich der Sachanlagen TEUR 4.774. Nach Abschreibungen von TEUR 2.547 hat sich das Anlagevermögen insgesamt von TEUR 37.557 auf TEUR 39.756 erhöht. In den Abschreibungen sind TEUR 807 außerplanmäßige Abschreibungen auf Gebäude, infolge der Korrektur des Anlagevermögens aus der fehlerhaften Datenübernahme im Jahr 2006, enthalten.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 5.797 (Vj. TEUR 1.702) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2019 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Es ist eine Wertberichtigung für Forderungen in Höhe von TEUR 89 (Vj. TEUR 85) in 2019 bilanziert worden. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen aus Elternbeiträgen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 1 (Vj. TEUR 3) weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden – wie bereits in den Vorjahren etabliert - in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge abgeschlossen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sanken um TEUR 739 durch die Mittelabrufe für Brandschutzmaßnahmen.

Die flüssigen Mittel stiegen gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 7.267 (Vj. TEUR 5.605) im Wesentlichen aufgrund von Auszahlungen aus den Mittelabrufen für Brandschutzmaßnahmen. Diese Mittel sind zweckgebunden und auf einem separaten Bankkonto angelegt.

Die Kapitalrücklage hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2018 um TEUR 152 erhöht. Grund hierfür ist die Übertragung von drei Grundstücken (Albrecht-Dürer-Straße, Friedrich-List-Straße und Theodor-Weber-Straße) in das Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten.

Der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens wurde planmäßig aufgelöst (TEUR 395). Die Zuführung zum Sonderposten betrug TEUR 1.619. Zugeführt wurden Mittel für den Neubau Kita „Albrecht-Dürer-Straße“ sowie Mittel aus dem STARK III Programm für die Kitas „Kinderinsel“ und „Stadtzwerge“.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 837 erhöht. Grund hierfür sind die erhöhten Sicherheitseinbehalte für Investitionsmaßnahmen. Andererseits wurden die PPP-Darlehen planmäßig getilgt (Rückgang TEUR -258).

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2019 gab es vorrangig wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Umsatzerlöse und dem Personalaufwand, darüber hinaus Veränderungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie den Abschreibungen.

Die Umsatzerlöse stiegen um TEUR 6.093 (13,44 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Grund für die Steigerung der Umsatzerlöse sind vor allem die Erhöhung der Zuweisungen durch das Land sowie die Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage des Nachtragswirtschaftsplanes 2019.

Umsatzerlöse

Produkte	2019 in TEUR	2018 in TEUR
Kostenbeiträge	4.502	4.675
Zuweisungen KA-Kinder	1.606	1.621
Zuweisungen Land	17.808	13.123
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	5.794	4.921
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	17.942	17.475
Ermäßigungen	3.720	3.464
Erträge aus Mieten und Pachten	52	52
Summe	51.424	45.331

Die Verminderung der sonstigen betrieblichen Erträge ist vorrangig auf die im Vorjahr erfolgte Einstellung der Forderung gegen die Stadt Halle (Saale) aus Brandschutzmaßnahmen (TEUR 1.331) zurückzuführen. Dem entgegen wirkten die Erstattungen der Krankenkassen für Mitarbeiterinnen im Mutterschutz in Höhe von TEUR 1.035 (Vj. TEUR 794) sowie die periodenfremden Erträge in Höhe von TEUR 391 (Vj. TEUR 201).

Im Wirtschaftsjahr 2019 waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 42.245 (Vj. TEUR 39.574) zu verzeichnen. Die Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 2.671 resultieren aus dem erhöhten Mindestpersonalschlüssel ab 01.08.2019, der Tarifierhöhung zum 01.04.2019 sowie einer erhöhten Jahressonderzahlung durch die sukzessive Anhebung auf West-Niveau.

Bezeichnung	2019 in TEUR	2018 in TEUR
Löhne/Gehälter	1.793	1.667
soziale Abgaben	344	315
Aufwendungen Altersversorgung	76	69
Insgesamt Verwaltung	2.213	2.051
Löhne/Gehälter	32.062	30.175
soziale Abgaben	6.361	5.887
Aufwendungen Altersversorgung	1.336	1.232
Insgesamt Kindertagesstätten	39.759	37.294

Nicht enthalten in der Darstellung ist die Unfallumlage für Beschäftigte. Diese betrug im Wirtschaftsjahr 2019 TEUR 273 (Vj. TEUR 229).

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 durch den Fachbereich Rechnungsprüfung wurde festgestellt, dass im Zuge Datenübernahme bei der Gründung des Eigenbetriebes 2006 die Abschreibungsschlüssel nicht korrekt übernommen wurden. Im Wirtschaftsjahr 2019 ist daher eine Korrektur notwendig geworden. Diese wurde in Abstimmung mit dem Fachbereich Rechnungsprüfung zum 01.01.2019 vorgenommen. Es wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von TEUR 807 vorgenommen. Es handelt sich um die Gebäude des Eigenbetriebes Kindertagesstätten, die zum 01.01.2006 in das Sondervermögen im Massenvollzug übertragen worden sind.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 1.405 erhöht. So wurden unter anderem in 2019 wieder mehr Leiharbeiter beschäftigt als im Wirtschaftsjahr 2018, auch stiegen die Kosten der Bauunterhaltung, sowie die Kosten für sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auf Grund der Einführung der Servicepauschale für Essensanbieter in den Kindertagesstätten zum 01.08.2019.

Das Jahr 2019 schließt der Eigenbetrieb mit einem positiven Jahresergebnis nach Risiko und Bewertung in Höhe von EUR 677.196,26 ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der Finanzmittelfonds betrug zum 31.12.2019 TEUR 7.267 und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um TEUR 1.662 erhöht. Grund hierfür ist im Wesentlichen die Auszahlung der Mittel für Brandschutzmaßnahmen.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ein Kontokorrent wird nicht in Anspruch genommen.

- **Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)**

Neben den Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) sowie der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 41.004 (Vj. TEUR 35.107), erhielt der Eigenbetrieb Zuweisungen vom Land Sachsen-Anhalt in Höhe von TEUR 540 (Vj. TEUR 412), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 3.720 (Vj. TEUR 3.465) sowie Zuweisungen für KA¹-Kinder in Höhe von TEUR 1.606 (Vj. TEUR 1.621).

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Jahr	Ausgleichszahlung	Zuweisungen	KA - Kinder
2015	11.938.794,13 EUR	15.955.204,82 EUR	1.265.483,14 EUR
2016	15.060.672,98 EUR	17.111.723,39 EUR	1.636.309,26 EUR
2017	16.858.509,69 EUR	17.432.996,02 EUR	1.568.722,75 EUR
2018	17.474.877,84 EUR	17.632.366,12 EUR	1.621.401,00 EUR
2019	17.941.834,54 EUR	23.061.949,98 EUR	1.606.031,34 EUR

- **Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes**

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen	Beschäftigtenzahlen
2015	10.789.170	5.414	799
2016	10.590.760	5.359	794
2017	10.632.201	5.444	894
2018	10.744.362	5.574	943
2019	10.828.946	5.657	964

Zur Entwicklung im Zeitablauf ab 2006 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Punkt II.2. Geschäftsverlauf verwiesen.

Für das Jahr 2019 gingen wir in der Planung von einer Jahresdurchschnittsbelegung von 5.750 Kindern aus. Tatsächlich wurden in 2019 durchschnittlich 5.657 Kinder betreut und der Planwert somit um 93 Kinder unterschritten. Ursächlich dafür sind geringere Betreuungszahlen im Kindergartenbereich (- 195), welche durch geringfügig höhere Betreuungszahlen in den Bereichen Kinderkrippe und Hort nicht vollständig kompensiert werden konnten. Die Planunterschreitung ist zum einen auf höhere Anzahl von Schulanfängern und der damit verbundenen sukzessiven Wiederbelegung freiwerdender Betreuungsplätze zurückzuführen.

¹ Kinder mit Kostenanerkennung gem. §§ 53, 54 SGB XII

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

4. Baumaßnahmen und Investitionen

STARK III

Diese Projekte sollen in einem Zeitrahmen von 2018 bis 2022 realisiert werden. Finanziert wird das Programm aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) sowie aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt. Für o.g. Kitas ist ein Gesamtinvestitionsvolumen von EUR 24,5 Mio. über die Jahre 2018 bis 2022 geplant.

Im Herbst 2019 konnte die erste Kita nach umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen das Ausweichobjekt im Myrtenweg beziehen. Die Kita „Stadtzwerge“ und „Kinderinsel“ werden komplett saniert und danach wieder bezogen. Die Arbeiten haben im Oktober 2019 begonnen.

Weitere Mittel aus dem STARK III-Programm wurden für folgende Kitas beantragt:

- Traumland
- Sausewind
- Tabaluga
- Fuchs und Elster
- Kinderkrippe Am Breiten Pfuhl
- Kindergarten EINSTEIN

Für alle oben genannten Kitas wurden die Mittel bewilligt und mit den Maßnahmen begonnen:

Baubeginn für die Kitas „Kinderinsel“ und „Stadtzwerge“ war am 01.10.2019. Hier wurde mit der Fertigstellung zum 01.03.2020 bzw. 01.04.2020 gerechnet. Aufgrund von Verzögerungen soll die Fertigstellung im 1. bzw. 2. Quartal 2021 erfolgen.

Mit der Sanierung der Kitas „Traumland“ und „Sausewind“ soll am 01.11.2020 begonnen werden. An diesem Standort ist mit der Fertigstellung zum 01.02.2022 zu rechnen.

Baubeginn für die Kitas „Tabaluga“ und „Fuchs und Elster“ ist der 01.01.2021, hier ist mit der Wiedereröffnung am 01.02.2022 zurechnen.

Der Beginn der Sanierung der Krippe Am Breiten Pfuhl und Kindergarten EINSTEIN ist zum 01.11.2020 geplant. Fertigstellung soll hier zum 01.02.2022 erfolgen.

Neubau Kita „Albrecht Dürer“

Ein weiteres Projekt zur Schaffung neuer Kita-Plätze ist der Neubau der Kita „Albrecht Dürer“. Es werden 200 Kita-Plätze in der Stadt Halle (Saale) geschaffen. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt EUR 7,4 Mio. Der Baubeginn ist am 01.09.2019 erfolgt. Es handelt sich um einen Systembau mit einer Gesamtbauzeit von einem Jahr, so dass die Inbetriebnahme für November 2020 geplant ist.

Neubau Kita „Theodor-Weber-Straße“

Ab April 2020 wird in der Silberhöhe eine neue Kita gebaut. Im März 2020 erfolgte bereits die Baustelleneinrichtung und die ersten Erd- und Gründungsarbeiten. Rund EUR 5,8 Mio. werden in die Kita investiert. Die Fertigstellung ist für Ende 2020 geplant. Die neue Einrichtung wird insgesamt rund 200 Kindern in Krippe und Kindergarten Platz bieten, und soll zunächst als Ausweichquartier für Kitas genutzt werden, die über Stark-III-Mittel saniert werden. Die Eröffnung ist für November 2020 vorgesehen.

Brandschutz – Maßnahmen

Im Bereich Brandschutz, brandschutztechnische Ertüchtigung sind umfassende Maßnahmen geplant und zwingend notwendig. So müssen dringend bestehende Anlagen im Bereich Brandschutz umfangreichen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen unterzogen werden. Diese Maßnahmen unterliegen behördlichen Auflagen, die für den Betrieb einer Kindertagesstätte vorgeschrieben sind. Auch bauliche Veränderungen, wie 2. Rettungswege und damit verbundener Investitionen am Gebäude gehören zu den umfangreichen Maßnahmen.

Die Planungen konnten bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2018 abgeschlossen werden, so dass ab August 2019 mit der Umsetzung begonnen wurde. Für zwei Kitas (Lustiger Kater und Gestiefelter Kater) konnten die Maßnahmen bis zum Ende des 1. Quartals 2020 abgeschlossen werden.

Alle Kosten werden durch die Stadt Halle (Saale) getragen. Bereits ab dem Jahr 2018 erfolgte die entsprechende Bereitstellung der finanziellen Mittel. Die notwendigen Bauanträge wurden 2018 gestellt. Dementsprechend startete der Baubeginn für die ersten Kitas im 2. Quartal 2019. Alle weiteren Kitas folgen dann schrittweise bis zum Jahr 2023. Für die Brandschutzgrundsicherungen sind Gesamtkosten in Höhe von ca. EUR 6,5 Mio. geplant. Für 27 Kitas werden die Vorgaben Brandschutz gemäß BauO LSA umgesetzt.

5. Personal

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 964 und damit 21 über dem Vorjahreswert. Diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel § 21 Abs. 2 KiFöG) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden und des nachgefragten Angebots.

Daher sind strategiekonforme Personalrekrutierung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Dem trägt der Eigenbetrieb durch regelmäßige Bewerbungstage konsequent Rechnung. Hier wird der Fachkräftemangel im erzieherischen Bereich deutlich spürbar. Ebenso wird seit August 2019 eine praxisorientierte Ausbildung angeboten.

Von den insgesamt 964 Mitarbeitern des Berichtsjahres 2019 standen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten im Jahresdurchschnitt 874 Mitarbeiter effektiv zur Verfügung. Grund hierfür sind unter anderem Langzeiterkrankungen (durchschnittlich: 28 Mitarbeiter) und Mitarbeiterinnen im Erziehungsurlaub (durchschnittlich: 63 Mitarbeiterinnen). 14 Mitarbeiter waren über das Bundesprogramm „Sprach-Kita: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ als zusätzliche Erzieherfachkräfte für die Sprach- und Integrationsförderung im Eigenbetrieb beschäftigt.

In der nachfolgenden Darstellung wird deutlich, wie hoch die Krankenquote bezogen auf die Sollarbeitstage im Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2019 war. Gegenüber dem Jahr 2018 ist eine leichte Erhöhung zu verzeichnen.

Zum Vergleich: 4,3 % betrug der Durchschnitt im Jahr 2018 in der gesamten Bundesrepublik (Quelle: Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-2/krankenstand.html>).

Krankenquote

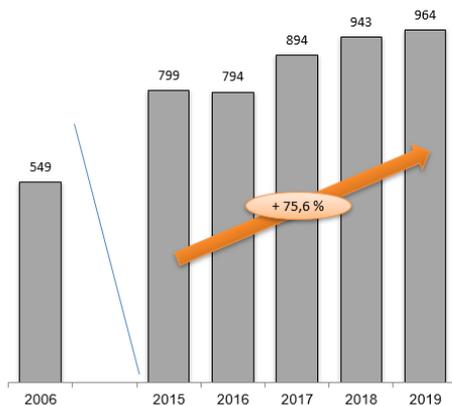
Krankenstatistik EB Kita*	2019	2018	2017
Einrichtungen	9,84	9,17	9,53
Verwaltung	5,97	4,6	6,67

*ohne dauerkranke Mitarbeiter

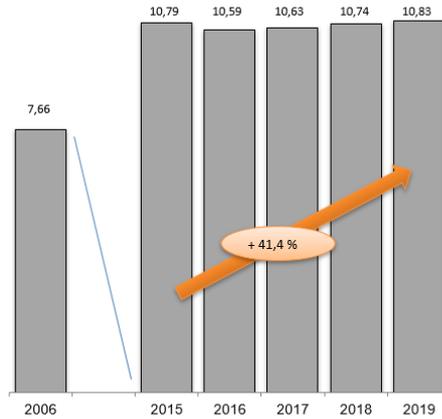
Durch den Einsatz von Leiharbeitern wird weiterhin kontinuierlich versucht, geeignete Hilfskräfte, insbesondere Kinderpfleger/innen oder Sozialassistenten/innen zur Unterstützung bei einer angespannten Personalsituation zur Verfügung zu stellen.

Die Anzahl der Beschäftigten stieg um 415 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die erbrachten Betreuungsstunden in unseren Kitas und Horten stieg im gleichen Zeitraum um 3,17 Mio. Stunden.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen



Entwicklung der Betreuungsstunden in Mio. Stunden



III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2020 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen auf 5.750 gerechnet. So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr ca. 1.116 Kinder mehr betreut.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2020 auf EUR 5,3 Mio. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen laut Planung EUR 23,3 Mio., die Ermäßigungen betragen EUR 3,8 Mio. und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt EUR 19,1 Mio.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannter Reservierungen kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt.

Die Zuweisungen seitens des Landes bezüglich Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2020 – Das Gute-Kita-Gesetz

Seit dem 01.01.2019 gilt in Sachsen-Anhalt das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG). Hierdurch werden Familien mit mehreren Kindern bei den Beiträgen stark entlastet und mehr Fachkräfte in die Kitas gebracht. Mit dem nächsten Schritt wird nun das Gute-Kita-Gesetz des Bundes umgesetzt.

Seit dem 01.01.2020 greift das Gesetz in Sachsen-Anhalt. Familien mit mehreren Vorschulkindern werden noch stärker entlastet. Wird ein Geschwisterkind im Hort betreut, entfallen die Beiträge für alle Geschwisterkinder, die Krippe oder Kindergarten besuchen. Die neue Geschwisterkindregelung wird aus Bundesmitteln finanziert und gilt für zunächst zwei Jahre.

Ein weiterer Schritt ist der Kita-Fachkräfte-Pakt, bei dem junge Erzieherinnen und Erzieher gewonnen werden sollen. Zum 01.08.2019 wird rückwirkend das Schulgeld abgeschafft. Zudem werden zusätzlich 320 praxisintegrierte und vergütete Ausbildungsplätze in Sachsen-Anhalt geschaffen. Den Kitas wird der Zeitaufwand für die Anleitung der Auszubildenden angerechnet.

Ab 2020 wird die Vergütung für das 600-stündige Praktikum, das Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger vor Beginn der Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher absolvieren müssen, für drei Jahrgänge übernommen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Branchenspezifische Chancen

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Die wesentlichen Chancen liegen im Ausbau der Betreuungskapazitäten und der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um so den Anforderungen des Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umfassend gerecht zu werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 49 Kindertagesstätten und sechs Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit, bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der tiergestützten Pädagogik und das Arbeiten auf der Grundlage des Situationsansatzes im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita, Kind-Eltern-Zentrum und Reggio-inspiriertes Kinderhaus.

Es gibt sieben integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungskonzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler; andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle (Saale) von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Leistungswirtschaftliche Chancen

Chancen bestehen vor allem in der Verbesserung der Betreuungsqualität in allen Kindertagesstätten. Hierzu wurden am 22.11.2017 Fachstandards beschlossen. Diese werden nunmehr seit 2018 in allen Einrichtungen umgesetzt. Dies ermöglicht die Einschätzung, ob die Bedürfnisse und Wünsche ausreichend berücksichtigt werden können.

Im Bereich der Platzanmeldung und -vergabe wird bereits seit einiger Zeit mit Wartelisten gearbeitet. So wird eine gerechte und nachvollziehbare Platzvergabe gewährleistet.

Rechtliche Chancen - Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen

Mit Beschlussvorlage VII/2020/00953 wurde nunmehr die Aufhebung des Umwandlungsbeschlusses in eine Anstalt öffentlichen Rechts vom 24.11.2010 (V/2010/09000) im Rahmen der Stadtratssitzung am 29.04.2020 beschlossen.

Finanzwirtschaftliche Chancen

Chancen hier sind unternehmensexterne und interne Einflussfaktoren, wie ein gut organisiertes Mahnwesen und die gesicherte Finanzierung durch den örtlichen Träger auf der Grundlage eines beschlossenen Wirtschaftsplanes. Beides besteht im Eigenbetrieb und wird kontinuierlich optimiert und verbessert.

2. Risikobericht

Im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebes verankert. Regelmäßige Abstimmungen erfolgen im Bereich des Managements und des Controllings. Dort wird gewährleistet, dass entscheidungsrelevante Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkannt und entsprechend gesteuert werden.

Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2020 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten kommen. Dieser Anstieg resultiert aus dem zum 30.06.2020 ausgelaufenen Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst und damit verbundenen Tarifabschluss 2020. Andere kostensteigernde Gründe sind der zusätzliche Personalbedarf für die neu in Betrieb gehenden Kindertageseinrichtungen sowie tariflich bedingte Höherstufungen.

Eine weitere Kostenbeitragsentlastung der Eltern und damit eine Erhöhung des Fehlbedarfs ab dem 01.01.2020 ist im Wirtschaftsplan bisher noch nicht berücksichtigt.

Infolge der „Corona-Krise“ 2020 ist es schwierig, bereits jetzt, da ein Ende der Kontaktbeschränkungen und der Geschäftsschließungen noch nicht absehbar sind, Auskunft zu geben. Dennoch ist dies gesetzlich gefordert und muss notfalls geschätzt bzw. ausführlich beschrieben werden, wenn keine Schätzung möglich erscheint. Im Eigenbetrieb Kindertagesstätten kam es zur Schließung aller Einrichtungen ab dem 13.03.2020. Während der Schließung wurde lediglich eine Notbetreuung für Kinder, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten, angeboten. Durch die Eindämmungsverordnungen erfolgte die Einschätzung. Die Fehlbedarfsfinanzierung ist aber auch in dieser Zeit zu 100 % gewährleistet, so dass es aus finanzieller Sicht zu keinen Nachteilen kommen wird. Durch die Schließung ab 13.03.2020 wurden Elternbeiträge anteilig für März und für April in vollem Umfang sowie anteilig für Mai zurückgezahlt bzw. nicht eingezogen. Die Wiedereröffnung im eingeschränkten Regelbetrieb erfolgte zum 02.06.2020.

Der Arbeitsmarkt für Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt. Ab dem nächsten Jahr gehen wir von einer Mitarbeiterzahl von 920, davon 20 Auszubildende (PIA), aus. Entsprechend dem Stellenplan werden in der Verwaltung 40 Stellen, davon 3 Fachberatungsstellen und in den Kindertagesstätten 55 Leiter/innen, 696 Erzieher/innen, 50 Heilpädagogen/innen, 36 Kinderpfleger/ Sozialassistenten, 8 Heilerziehungspfleger/innen, 14 Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler im Rahmen des Bundesprogrammes „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“, sowie 1 Fachberaterin für sprachliche Bildung beschäftigt sein. Dies entspricht einem Vollzeitstellenanteil von 752,93 VbE + 20 VbE (2018: 749,1 VbE + 1 VbE).

Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2020 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.750 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2020 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Oberste Priorität der finanzwirtschaftlichen Betrachtung gilt der Sicherung der Liquidität.

Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung können für den Eigenbetrieb in Bezug auf den Tarifabschluss 2020 als hoch eingestuft werden. Ebenso ist der auslaufende Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst zum 30.06.2020 ein Risiko.

Sonstige Risiken

Zur Sicherung der Energiepreise sind langfristige Verträge mit den verschiedenen Lieferanten abgeschlossen worden. Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden somit auch im Jahr 2020 verbrauchsorientiert eingesetzt.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist im Berichtszeitraum mit Ausnahme der Auswirkungen der Corona-Pandemie unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdende Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab.

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO LSA

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2019 gab es Veränderungen – es wurden drei Grundstücke übertragen; hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen.
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 49 Kindertagesstätten und sechs Horte. Die Auslastungsquote lag 2019 bei 99,38 %.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie Abschnitt II.4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und im Lagebericht verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und Lagebericht (Abschnitt II.3) sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

Plan/ IST Vergleich

zum 31.12.2019

	Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	Δ In EUR	Δ In %
Kostenbeiträge	4.594.918,31	4.502.278,19	-92.640,12	-2,02%
Zuw eisungen KA Kinder	1.646.869,20	1.606.031,34	-40.837,86	-2,48%
Zuw eisungen Land Sachsen-Anhalt	17.682.366,80	17.808.113,64	125.746,84	0,71%
Zuw eisungen Stadt Halle (Saale)	5.785.491,60	5.793.583,18	8.091,58	0,14%
Ermäßigungen	3.935.473,69	3.719.966,00	-215.507,69	-5,48%
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	18.874.798,31	17.941.834,54	-932.963,77	-4,94%
Meterträge*	52.400,00	52.358,88	-41,12	-0,08%
Umsatzerlöse	52.572.317,91	51.424.165,77	-1.148.111,02	-2,18%
Sonstige Erlöse	653.736,70	1.722.480,13	1.068.743,43	163,48%
Erträge Auflösung Sonderposten	504.350,00	395.296,77	-109.053,23	-21,62%
Sontige betriebliche Erträge	1.158.086,70	2.117.776,90	959.690,20	82,87%
Spiel- und Beschäftigungsmaterial	65.000,00	67.499,94	2.499,94	3,85%
Bezogene Leistungen	0,00	0,00	0,00	
Materialaufwand	65.000,00	67.499,94	2.499,94	3,85%
Gehälter	34.146.627,06	33.855.169,93	-291.457,13	-0,85%
Sozialabgaben	8.341.617,97	8.390.075,71	48.457,74	0,58%
Sonstige Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	
Personalaufwand	42.488.245,03	42.245.245,64	-242.999,39	-0,57%
unbew egliches Vermögen	648.155,78	1.688.539,08	1.040.383,30	160,51%
bew egliches Vermögen	753.927,07	885.808,01	131.880,94	17,49%
Abschreibungen	1.402.082,85	2.574.347,09	1.172.264,24	83,61%
Mieten und Pachten	219.906,00	304.524,27	84.618,27	38,48%
Bew irtschaftung	3.663.192,98	3.062.640,46	-600.552,52	-16,39%
Bauunterhaltung	3.444.130,95	2.319.875,50	-1.124.255,45	-32,64%
Versicherungen	220.270,00	279.847,55	59.577,55	27,05%
Druck, Vervielfält. und Reisekosten	159.125,00	50.462,61	-108.662,39	-68,29%
Bürokosten	115.477,00	123.205,85	7.728,85	6,69%
Übrige sonstige Kosten	1.796.516,68	1.683.610,71	-112.905,97	-6,28%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.618.618,61	7.824.166,95	-1.794.451,66	-18,66%
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	34,45	34,45	-
Zinsen und ähnliche Aufw endungen	156.458,12	153.521,24	-2.936,88	-1,88%
Finanzergebnis	156.458,12	153.486,79	-2.971,33	-1,90%
Jahresergebnis/Jahresgewinn	0,00	677.196,26	-677.196,26	100,00%

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	63	100	66	100	64	100	-3	-5

Bilanzsumme	63	100	66	100	64	100	-3	-5
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	56	89	55	83	54	84	1	2
Rückstellungen	5	8	5	7	6	10	0	0
Verbindlichkeiten	2	3	6	10	4	6	-4	-67

Bilanzsumme	63	100	66	100	64	100	-3	-5
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	26	26	25
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	25	25	24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,98	4,26	4,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,36	2,07	1,97	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	89,01	83,40	84,01	%
Fremdkapitalquote:	10,99	16,60	15,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**

1. Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**2.1. Wirtschaftliche Entwicklung**

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2019 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co.KG anfallenden Aufwendungen auch in 2019 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von 26,1 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 24,8 TEUR gegenüber, so dass 2019 ein Jahresgewinn in Höhe von 1,3 TEUR ausgewiesen wird.

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 56,2 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorträge in Höhe von 29,3 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2019 in Höhe von 1,3 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Gemäß § 7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co.KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co.KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5% ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co.KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert. Die Ausbreitung des Corona Virus hat dazu geführt, dass ab dem 13. März 2020 das Maya mare vorsorglich und aus Präventionsgründen in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) geschlossen wurde. Die Schließung wird nach derzeitigem Kenntnisstand der Geschäftsführung mindestens bis zum 19. April 2020 andauern. Die Maya mare ist vorbereitet, dennoch wird die Schließung Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Jahr 2020 haben, die derzeit nach Ansicht der Geschäftsführung noch nicht abschließend sicher bezifferbar sind und in dem in der zweiten Jahreshälfte 2019 erstellten Wirtschaftsplan nicht berücksichtigt waren.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2019 verfügt die FTZ GmbH über eine Bilanzsumme von 63,1 TEUR, das entspricht einer Verringerung um 2,7 TEUR zum Vorjahr. Auf der Aktivseite ist zum Stichtag eine Minderung der offenen Forderungen aus dem Auslagenersatz und der Haftungsvergütung sowie des Bankguthabens gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auf der Passivseite resultiert die verminderte Bilanzsumme vor allem aus der Abnahme der zum Stichtag noch offenen Verbindlichkeiten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2019 wurden für das Jahr 2020 bei der FTZ GmbH insgesamt keine Risiken ermittelt (Vorjahr keine).

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	0	0
Rechtliche Risiken	0	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Als ein Risiko, allerdings mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse von den Gesellschaftern Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH bei der Maya mare GmbH & Co. KG gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Maya mare nicht gesichert, was auch auf die FTZ durchwirken würde.

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Es wird daher für die Geschäftsjahre 2020 bis 2024 mit einem Ergebnis von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.010	83	7.132	88	8.130	89	-122	-2
Umlaufvermögen	1.395	17	975	12	976	11	420	43
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	10	0	3	0	-4	-40

Bilanzsumme

8.411	100	8.117	100	9.109	100	294	4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.517	42	3.517	43	3.517	39	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	1.703	20	2.083	26	2.482	27	-380	-18
Rückstellungen	695	8	508	6	798	9	187	37
Verbindlichkeiten	2.453	29	1.962	24	2.282	25	491	25
Rechnungsabgrenzungsposten	43	1	47	1	30	0	-4	-9

Bilanzsumme

8.411	100	8.117	100	9.109	100	294	4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.453	5.799	5.668
sonstige betriebliche Erträge	2.283	1.989	1.899
Materialaufwand	3.549	2.710	2.712
Personalaufwand	3.060	2.889	2.729
Abschreibungen	1.120	1.190	1.222
sonstige betriebliche Aufwendungen	911	896	783
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42	59	77
Ergebnis nach Steuern	55	44	44
sonstige Steuern	55	44	44
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.120	1.190	1.222	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	65	56	58	T€
Personalaufwandsquote:	35,03	37,10	36,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,17	87,65	89,14	%
Eigenkapitalquote:	41,81	43,32	38,61	%
Fremdkapitalquote:	58,19	56,68	61,39	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Besucher	392.379	361.222	366.454	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades Maya mare zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Freizeitbad Maya mare spricht von Kindern, Jugendlichen und Familien über erholungssuchende Erwachsene bis zur Gruppe der Seniorinnen und Senioren eine große Gästebandbreite an. Dies ist auch notwendig, um eine angemessene Auslastung der Freizeitanlage durch Einwohnerinnen und Einwohner sowie Urlaubsgäste im Einzugsgebiet zu erreichen. Zu den Wettbewerbern zählen neben anderen Erlebnisbädern, Thermen und Fitnessstudios in der Region auch Freizeitangebote wie 3D-Kinos, Hochseilgärten, Boulder- und Kletterhallen, Indoorspielplätze und Freizeitparks. Die Herausforderung im Wettbewerb mit diesen Anbietern besteht darin, das eigene Freizeitangebot sehr attraktiv zu halten und ein hohes Maß an Dienstleistungs- und Servicequalität im täglichen Betrieb sicherzustellen. Dazu müssen unsere Mitarbeitenden in zunehmendem Maße geschult werden und erlernen, dass die fachlichen Kompetenzen nur in enger Verbindung mit einem ausgeprägten Servicedenken optimal zur Wirkung kommen. Die Beschaffung von dienstleistungsorientierten Mitarbeitenden mit der Bereitschaft zu Arbeit in Schichten, insbesondere auch an Wochenend- und Feiertagen gestaltet sich aufgrund der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend schwieriger. Aus diesem Grund stellen Personalpflege und Personalbindung zukünftig deutlich größere Anforderungen an die tägliche Arbeit der Führungskräfte, die es dafür zunehmend gezielter zu schulen und weiterzubilden gilt.

Mit der Investition in den Kinder-Erlebnissbereich „Tulumaya“ wurde im Jahr 2016 eine sehr gute Grundlage geschaffen, um insbesondere Familien mit Kindern anzusprechen. Der Gästezuspruch in diesem Segment verdeutlicht dies. Die Möglichkeit des Ausbaus unseres Kursangebotes für Kinder, von Babys über Kleinkinder bis hin zu den Grundschulkindern, aufgrund der gestiegenen Nachfrage des Familienpublikums, ist ein weiteres positives Ergebnis aus dieser Investitionsmaßnahme, das auch 2019 ergebniswirksam wurde. Strategisch wurden für 2019 auch die personellen Strukturen angepasst, um dieses Potenzial der Kundschaft auch mittelfristig zu nutzen.

Im Saunabereich hält das Maya mare eine große und vielseitige Auswahl an Schwitzangeboten bereit. Jedoch mangelte es an Rückzugsraum und Ruhemöglichkeiten, insbesondere in der Sauna-Hochsaison von Oktober bis März. Mit der Errichtung eines neuen Ruhehauses, das im Dezember 2019 eröffnet wurde, konnte die Verteilung der Gäste innerhalb der Saunanlage optimiert werden. Zunehmend weniger müssen sich die Mitarbeitenden mit den Gästen über das Thema Beräumen von Liegen auseinandersetzen. Letzte Arbeiten an den Außenanlagen rund um das Ruhehaus und die Neugestaltung des Liegewiesebereiches erfolgen im Jahr 2020.

Der demografische Wandel ist für den Gesundheitsklub „Viva Mare“ eine Chance, da der Mitgliederanteil der über 60-jährigen sehr hoch liegt. Wenn in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge das Renteneintrittsalter erreichen, stellt diese Gruppe ein interessantes Potenzial dar. Der Versuch früherer Jahre, mehr jüngere Menschen für eine Mitgliedschaft zu gewinnen, war weniger erfolgreich. Eine Mitgliederbefragung durch die Firma Conomic im Frühjahr 2019 ergab, dass insbesondere das Kombinationsangebot aus Fitness, Bad- und Saunanutzung die Mitglieder überzeugt. Es soll zukünftig noch deutlicher in den Fokus der Werbung gestellt werden. Zudem stellte das Umfrageergebnis heraus, dass die Mitglieder viel Wert auf moderne Geräteausstattung legen, deren Bedienung und Handhabung einfach gestaltet ist. Darauf soll bei zukünftigen Investitionen im Bereich Fitness besonders geachtet werden.

1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad und Reinigung, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung, Technik und Betriebsleitung/Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Gästezahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die die Umsatzerlöse beeinflusst.

Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre in Folge gewachsen, allerdings in 2019 verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % deutlich schwächer. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 schneidet im bundesweiten Vergleich besser als im Vorjahr ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,6 % (deutschlandweit 0,4 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,2 % im Vorjahr auf 5,0 % im Jahr 2019. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 auf 7,1 % (Vorjahr 7,7 %) und unterbot hiermit zum vierten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2019 einen Einwohnerstand von 240.931 aus. Somit war erstmalig seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 402 Einwohner zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Auch im Jahr 2019 hielt die positive Entwicklung der Vorjahre auf dem Bäder- und Freizeitmarkt an. Das verfügbare Freizeitbudget der Bevölkerung im relevanten Einzugsgebiet stieg aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage leicht an. Niedrige Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und fördern auch den Konsum in der Freizeitbranche. Der im Herbst 2016 attraktivierte Kinderbereich beeindruckt weiterhin insbesondere das Familienpublikum und sorgt für konstante Gästezahlen. Auch der Saunabereich und damit zum Teil einhergehend der Wellnessbereich konnten eine positive Gästeentwicklung verzeichnen.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit neuen Thermen und Freibädern ist nach Recherche in Fachkreisen in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Das Freizeitbad „Nemo“ in Magdeburg saniert und modernisiert derzeit seine alte Rutschenanlage grundlegend. Inwieweit dies relevante Maßstäbe für den Wettbewerb um die Gäste setzen wird, bleibt abzuwarten. Das Maya mare hat zur Erhaltung und Steigerung der Attraktivität im Saunabereich 2019 neue attraktive Ruhebereiche geschaffen und das Sitzplatzangebot in der Saunagastronomie erweitert. Die Neugestaltung des Saunagartens ist für 2020 vorgesehen.

Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit sind ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial für das Maya mare verringern können. Aufgrund der sozialpolitischen Verpflichtungen steigen die Hallenbadpreise auch nach derartigen Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen, Kurs- und Erlebnisbecken oder Saunaangeboten) nicht deutlich an und bleiben damit hinter den Eintrittspreisen, die für große Freizeitbäder erforderlich sind, zurück. Dadurch erhöht sich der Wettbewerbsdruck und die Durchsetzung von Preissteigerungen für den Eintritt im Maya mare wird erschwert.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Konkrete Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 2019 auf das Jahresergebnis konnten nicht explizit ausgemacht werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Der Relaunch des Maya mare-Werbeauftritts wurde im 4. Quartal 2018 auch auf den Internetauftritt des Maya mare projiziert. In diesem Zusammenhang wurde in Kooperation mit einem Drittanbieter ein Onlineshop mit der Möglichkeit von print@home tickets, für alle Angebote des Maya mare, geschaffen. Diese Art des Gutscheilvertriebs erfreut sich bei unseren Gästen zunehmender Beliebtheit, was sich im steigenden Umsatzanteil durch dieses Vertriebsmodell zeigt.

Die Aktivitäten im Bereich der sozialen Medien wurden 2019 weiter ausgebaut. Auf den Portalen Facebook und Instagram tritt das Maya mare deutlich wahrnehmbarer in Kontakt mit den Kunden, beantwortet Fragen, bewirbt Veranstaltungen, setzt sich mit Kritik auseinander und erreicht auf diesem Wege seine Kunden schneller als bisher. Dass eine solche schnelle Reaktionszeit vom Maya mare als Freizeitdienstleister erwartet wird, zeigt sich in den positiven Gästereaktionen.

Im Geschäftsjahr 2019 konnten insgesamt 392.379 Besuchende gezählt werden (2018: 361.222), was einer Steigerung der Gästezahlen zum Vorjahr um 8,6 % entspricht. Im Badebereich lag die Gästezahl bei 251.424 (2018: 228.377) und damit über dem Niveau des Vorjahres. Die Zahl der statistisch erfassten Saunabesuche lag mit 62.215 (2018: 58.098) über dem Vorjahr, obwohl eine weiterhin steigende Anzahl von Besuchenden als Badegast eincheckt und erst später über das Drehkreuz in den Saunabereich wechselt – diese Gäste werden im System weiterhin als Badegäste geführt. Die Umsatzerlöse im Saunabereich liegen deutlich über dem Vorjahr, was auf gestiegene Gästezahlen zurückzuführen ist.

Die Umsätze im Massage- und Wellnessbereich hängen maßgeblich von den Gästezahlen in der Sauna ab, da sich die entsprechenden Räumlichkeiten für die Anwendungen direkt in diesem Bereich befinden. Jedoch kann auch ein Teil der Badegäste für eine Anwendung gewonnen werden. Bei den Umsatzerlösen aus Massage- und Wellnessanwendungen konnte 2019 ein Zuwachs von 17,4 % zum Vorjahr verzeichnet werden.

Im Bereich Fitness steht das Maya mare im Wettbewerb mit zahlreichen weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um neue Mitglieder für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge eher im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades immer inkludiert ist. Mit rund 1.130 Mitgliedern hat der Club zum Jahresende 2019 die Anzahl der Austritte durch Neuvertragsabschlüsse nicht nur kompensieren sondern mehr Neumitglieder gewinnen können. Die Erlöse im Bereich Fitness lagen 2019 bei 879,6 TEUR (2018: 862,3 TEUR) und somit 2,0 % über dem Vorjahr.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 134 Mitarbeitende (Personalstand) und 5 Auszubildende beschäftigt, davon waren 84 Frauen. Im Personalstand enthalten sind auch 39 geringfügig Beschäftigte Mitarbeitende. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 38 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 6 Jahren.

Wie in den vergangenen Jahren auch versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachfrau und /-mann für Systemgastronomie
- Fachkraft im Gastgewerbe
- Sportfachfrau und /-mann
- Fachangestellte und Fachangestellter für Bäderbetriebe.

Zusätzlich dazu ermöglicht sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang Fitnessökonomie.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co KG unterliegen dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013. Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag wird für 2020 neu verhandelt.

Personalentwicklung 2019

Die Maya mare GmbH stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt zudem auf der Schaffung eines attraktiven Arbeitsumfelds durch die Ermöglichung tätigkeitsbezogener Weiterbildungen. So unterstützt das Maya mare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell.

Führungskräfte im Maya mare nehmen zudem regelmäßig die Angebote der SWH-Führungskräfteentwicklung sowie des Schulungsprogramms im Rahmen des Compliance Management Systems wahr und arbeiteten auch 2019 aktiv bei der Führungskräfteveranstaltung aller Führungskräfte der Stadtwerke-Gruppe mit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2019 insgesamt mit 6.452,5 TEUR um 11,3 % über dem Vorjahresumsatz (2018: 5.798,7 TEUR) und um 13,1 % über dem Plan. Ursächlich dafür sind über dem Vorjahr liegende Gästezahlen, höher als geplant liegende Erlöse aus den Kinderkursen und höher als geplant liegende Erlöse aus dem Verkauf von Leistungsgutscheinen. Zudem führen Mehrerlöse aus dem Fitnessbereich, dem Bereich Massage/Wellness sowie der gestiegene pro Kopf-Umsatz im Gastronomiebereich zu dieser Umsatzerlössteigerung. Der Umsatz in der Gastronomie liegt bei 1.523,5 TEUR (2018: 1.352,2 TEUR) und damit 12,7 % über dem Vorjahr.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Der Aufwand für Wasser/Abwasser konnte zum Vorjahr auf nahezu gleichem Niveau gehalten werden. Durch überplanmäßige Gästezahlen sowie die nahezu ganzjährig bestehende Baustelle des Sauna-Ruhehauses und aufgrund vorübergehend defekter Kompressoren, ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg der Stromkosten auf 489,6 TEUR (2018: 450,1 TEUR) zu verzeichnen. Die Aufwendungen für Wärmeenergie lagen im Jahr 2019 aufgrund des gestiegenen Heizölpreises bei 448,3 TEUR (2018: 397,0 TEUR).

Mehraufwendungen zum Plan waren im Bereich Instandhaltungen notwendig, der Gesamtaufwand lag 2019 bei 1.610,9 TEUR (2018: 977,3 TEUR). Ursächlich hierfür waren insbesondere die dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Dachpyramiden, den Dachkegeln und dem Wellnesskarree der Badehalle, sowie erste Planungsleistungen für die in 2020 geplante Instandsetzung der Badehallen-Dachhaut. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen entstanden überplanmäßige Aufwendungen im Umfang von 228,7 TEUR. Hinzu kommen 71,2 TEUR für die aufgrund starken Verschleißes notwendig gewordene und in 2019 noch nicht geplante Sanierung des Aufzugs.

Der Personalaufwand 2019 beträgt 3.060,4 TEUR (2018: 2.889,3 TEUR). Die Abschreibungen 2019 liegen bei 1.120,0 TEUR (2018: 1.190,2 TEUR).

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten einschließlich der Abschreibungen, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die erzielten Umsatzerlöse reichen auch im Geschäftsjahr 2019 nicht aus, um eine Kostendeckung zu erzielen. Das ausgeglichene Jahresergebnis konnte nur durch Zahlung der Betriebskostenzuschüsse durch die SWH und die HWS in Höhe von insgesamt 1.711,8 TEUR (2018: 1.368,5 TEUR) erzielt werden. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter notwendig sein.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2019 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.516,6 TEUR. Der geringfügige Rückgang des Eigenkapitals um 0,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2019 planmäßig in Höhe von 379,8 TEUR entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens ist ein entsprechender Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in dieser Höhe zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen gegenüber der Sparkasse und Volksbank konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2019 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2019 bestehen hieraus noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 522,1 TEUR (Vorjahr 820,1 TEUR). Ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 550,0 TEUR wurde neu aufgenommen, welches zum 31. Dezember 2019 mit 440,0 TEUR valuiert.

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2019 eine Eigenkapitalquote von 41,8 % erreicht (Vorjahr 43,3 %).

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2019 wurden insgesamt Investitionen im Umfang von 998,8 TEUR getätigt. Für den Neubau des Saunaruhehauses wurden 940,1 TEUR sowie für die Umstellung der PC-Technik auf Windows 10 33,5 TEUR investiert.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co.KG weist zum 31.12.2019 einen Finanzmittelfonds in Höhe von 1.067,0 TEUR (Vorjahr: 702,3 TEUR) aus. Auch unterjährig verfügte die Gesellschaft über eine ausreichende Liquidität, so dass sie jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht wurde. Zur Liquiditätssicherung der Maya mare tragen maßgeblich die jährlichen Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS bei. Mit dem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit, dem vorhandenen Finanzmittelfonds sowie der Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens konnte der Mittelabfluss für die laufende Geschäftstätigkeit sowie für die Investitionen in 2019 in vollem Umfang finanziert werden. Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2019 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 8.410,7 TEUR, das ist eine Erhöhung um 293,4 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme resultiert hauptsächlich aus dem erhöhten Finanzmittelfonds sowie einer Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände. Auf der Passivseite stehen erhöhten Verbindlichkeiten und Rückstellungen, die planmäßige Auflösung des Sonderpostens sowie der Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind ein Angebot zur Freizeitgestaltung für jede Altersgruppe. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen.

Dafür ist ein Halten der einmal erreichten Gästezahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Im Fitnessbereich sollen weitere Umsatzzuwächse durch Steigerung der Mitgliederzahlen generiert werden.

Im gastronomischen Bereich liegt der Wareneinsatz mit 36,1 % geringfügig über dem Vorjahr (35,75 %), der pro-Kopf-Erlös liegt 2019 bei 3,88 EUR (2018: 3,74 EUR).

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsmaßnahmen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden sowie im Bereich von Dampfbad und Caldarium müssen in nächster Zukunft geplant und finanziell sichergestellt werden, damit das Maya mare auch mittel- und langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsgesellschaften und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2019 wurden bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt sieben Risiken ermittelt (Vorjahr: 25). Unter diesen Risiken lässt sich keines der Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	4	0	0
Rechtliche Risiken	1	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	7	0	0

Das Vorjahresrisiko „Konkurrenzunternehmen“ umfasste zwei Einzelrisiken. Zum einen die Konkurrenz nahegelegener Freizeitbäder und zum anderen die Möglichkeit der Schaffung eines modernen Sauna- und Gesundheitsangebotes im Stadtbad Halle (Saale). Beide Risiken waren für das Jahr 2019 nicht relevant.

Als ein Risiko mit potenziell großer Schadenshöhe wurde der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter, Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Gesellschaft nicht gesichert und ein Fortbestand der Gesellschaft gefährdet. Das Risiko betrifft die Wirtschaftsjahre ab 2021, für das Jahr 2020 sind die Vereinbarungen über die Zahlungen der Betriebskostenzuschüsse abgeschlossen.

Im Jahr 2017 wurde das durch Feuchtigkeit und Verschleiß geschädigte Dach einschließlich der Dämmung sowie der Lichtkegel über dem Badebereich als Risiko der Gruppe 1 eingestuft. In den Jahren 2018 bis 2019 wurden bereits Instandsetzungsarbeiten an den Lichtkuppeln durchgeführt, im Jahr 2020 werden die Arbeiten fortgeführt. In der Mittelfristplanung 2021 sind die Mittel für die Instandsetzung der verbliebenen Dachbereiche bereits im Instandhaltungsetat berücksichtigt und eingeplant.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2020 sowie der Mittelfristplanung bis 2024 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben, im Ballungszentrum Leipzig sogar wachsen und damit auch das Gästepotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Gästezahlen und somit auf die Erlöse haben. Im Jahr 2019 konnten im Badebereich 251.424 Besuche realisiert werden, womit man über dem Niveau von 2018 liegt. Mittelfristig wurden die Erlöse im Badebereich auf der Grundlage von 228.900 Besuchern geplant. Im Saunabereich konnten 2019 62.215 Besuche gezählt werden, die Mittelfristplanung geht von 61.500 Jahresbesuchen in der Sauna aus.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im mittleren Bereich. Sie werden durchschnittlich alle zwei Jahre angepasst und sind die maßgebliche Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant.

6.2. Investitionen

Das Maya mare wurde in 2019 20 Jahre alt. Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Der Austausch von Lüftungsgeräten und die Sanierung der Umkleiden, Duschen und WC-Räume stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden.

Jedoch sind Investitionen in die Erneuerung und zugleich Attraktivierung der Dusch- und WC-Bereiche, sowie in die Innenausstattung der Schwitzräume notwendige Maßnahmen, um gestiegenen Kundenanforderungen genügen zu können und möglichst keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren. Im Bereich der Rutschangebote hat jetzt auch deutschlandweit die Digitalisierung verstärkt Einzug gehalten, insbesondere um bestehende Anlagen aufzuwerten und zugleich zu sanieren. Die Visualisierung von unterschiedlichsten Effekten in ein- und derselben Rutsche und die onlinebasierte Zusammenstellung eines ganz individuellen Rutscherlebnisses durch den Gast sind mittelfristig auch Investitions Herausforderungen, denen sich das Maya mare stellen muss.

In der Wirtschaftsplanung 2020 werden Investitionsmittel in Höhe von 320,0 TEUR vorgesehen, davon werden für die Schlussarbeiten am Sauna-Ruhehaus noch 117,5 TEUR benötigt. Weitere investive Maßnahmen betreffen zumeist den Ersatz von Maschinen und Geräten, beispielsweise in der Gastronomie sowie dem Bereich Technik, die ihre Verschleißgrenzen erreicht haben. In der Mittelfristplanung 2021 bis 2024 wurden pro Jahr 320,0 TEUR an Investitionsmitteln geplant.

6.3. Finanzierung

Für die Investition des Saunaruhehauses wurde im Jahr 2019 ein Kredit in Höhe von 550,0 TEUR aufgenommen. Die im Rahmen der Mittelfristplanung 2021 bis 2024 vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

6.4. Ergebniserwartung

Aufgrund der kaum weiter ausbaubaren Erlössituation wird in der Mittelfristplanung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.657,1 TEUR im Jahr 2020 und 1.365,1 TEUR im Jahr 2021 ausgegangen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Betriebskostenzuschusses in den Jahren 2020 und 2021 für die aufwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Dächern des Maya mare benötigt wird (2020: 612,1 TEUR; 2021: 198,0 TEUR). Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2020 bis 2024 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Die Ausbreitung des Corona Virus hat dazu geführt, dass ab dem 13. März 2020 das Maya mare vorsorglich und aus Präventionsgründen in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) geschlossen wurde. Die Schließung wird nach derzeitigem Kenntnisstand mindestens bis einschließlich 19. April 2020 andauern. Danach wird die Gesellschaft Ihre Dienstleistungen wieder zur Verfügung stellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch wird die Schließung Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Jahr 2020 haben, die derzeit noch nicht abschließend sicher bezifferbar sind.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln, zur Verwendung durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder anderer steuerbegünstigter Körperschaften, für die in Abs. 1 genannten Zwecke.
3. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand: Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	54	311	55	311	55	0	0
Umlaufvermögen	262	46	257	45	254	45	5	2
Bilanzsumme	573	100	568	100	565	100	5	1
Passiva								
Eigenkapital	573	100	568	100	565	100	5	1
Bilanzsumme	573	100	568	100	565	100	5	1

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	19	19	18
sonstige betriebliche Aufwendungen	14	16	10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	5	3	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5	3	8
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1	-3	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,96	0,54	1,49	%
Cash-Flow:	5	3	8	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	54,24	54,77	55,06	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Oelhaf-Zeysesche-Stiftung hat im schriftlichen Umlaufverfahren die Jahresrechnung 2019 einschließlich der Vermögensübersicht sowie die Mittelverwendung beschlossen.

Vermögensübersicht

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 5.532,09 auf EUR 573.228,95 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Es wurden Einnahmen in Höhe von EUR 18.623,31 erzielt.

Diese setzen sich im Wesentlichen aus Pachteinahmen (TEUR 17) und Erbbauzinseinnahmen (TEUR 2) zusammen.

Dem stehen Ausgaben in Höhe von EUR 152 gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von EUR 18.471,56 wurde eine Rücklage nach §62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von EUR 6.157,19 gebildet.

Die Rücklage hat sich damit auf EUR 110.724,62 erhöht.

Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im **ideellen Bereich** liegen im Geschäftsjahr Einnahmen in Höhe von **EUR 1.176,37** vor.

In der Vorstandssitzung vom 12.04.2018 wurde unter TOP 7 zugunsten des Stadtmuseums eine Zuwendung für den Erwerb eines Audioguide für eine Führung durch das Stadtmuseum in Gebärdensprache in Höhe von EUR 1.176,37 beschlossen.

Im Nachgang der Mittelbewilligung hat sich das Stadtmuseum entschieden, auf die Anschaffung eines Audioguide zu verzichten und anstelle dessen die bereits vorhandenen Multimediaguides zu verwenden und einen Film in Gebärdensprache zu produzieren, speziell für höreingeschränkte bzw. gehörlose Gäste des Stadtmuseums.

Die bereits ausgekehrten Mittel in Höhe von EUR 1.176,37 wurden aufgrund der bisher nicht erfolgten Verwendung durch das Stadtmuseum am 18.06.2019 zurückgezahlt.

In der Vorstandssitzung vom 28.10.2019 wurde vorbehaltlich einer Projektbeschreibung eine Zuwendung in Höhe von EUR 1.176,37 für die Produktion eines Videos in Gebärdensprache beschlossen. Eine Projektbeschreibung wurde der Stiftung am 15.11.2019 überreicht. Die Mittel wurden am 10.12.2019 dem Stadtmuseum zur Verfügung gestellt.

Im ideellen Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 14.115,84 entstanden.

Das Geschäftsjahr endet mit einem Jahresergebnis in Höhe von EUR -625,10 nach Rücklagenbildung.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 625,10 wird mit dem Ergebnisvortrag bis 2018 in Höhe von EUR 8.934,57 verrechnet.

Danach beträgt der Ergebnisvortrag 2019	EUR	8.309,47
Für eine zeitnahe Mittelverwendung steht ein Betrag in Höhe von zur Verfügung.	<u>EUR</u>	<u>8.309,47</u>

Es wurde folgende Mittelverwendung beschlossen:

Der DRK-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. erhält für die Anschaffung von Hard- und Software für die Einrichtung von Digital Cafes eine Zuwendung in Höhe von:	EUR	1.000,00
---	-----	----------

Die Freiwilligenagentur e.V. erhält für das Projekt „Junges Engagement barrierefrei“ eine Zuwendung in Höhe von:	EUR	1.000,00
--	-----	----------

Die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle erhält als Zufinanzierung für den Erwerb eines Kombidämpfers eine Zuwendung in Höhe von:	EUR	6.309,47
--	-----	----------

<u>Gesamtverwendung:</u>	<u>EUR</u>	<u>8.309,47</u>
--------------------------	------------	-----------------

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Kantstraße 1
 06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat: Vorsitzende Brederlow, Katharina
 stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
 Haupt, Ute
 Seidel-Jähmig, Annika
 Töpfer, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€
Stiftungsrat	1	1
	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Stiftungsvorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2019 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.
 Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2018.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	16	0,24
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH i. L.	100	100,00
Serva GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	52.243	94	52.289	94
Umlaufvermögen	3.365	6	3.072	6
Rechnungsabgrenzungsposten	67	0	53	0

Bilanzsumme

55.675	100	55.414	100
---------------	------------	---------------	------------

Passiva

	T€	%	T€	%
Eigenkapital	18.885	34	18.131	33
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	18.419	33	19.065	35
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	701	1	725	1
Rückstellungen	840	2	686	1
Verbindlichkeiten	16.200	29	16.246	29
Rechnungsabgrenzungsposten	630	1	561	1

Bilanzsumme

55.675	100	55.414	100
---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2018	2017
	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	23.316	22.044
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	7	9
sonstige betriebliche Erträge	485	281
Materialaufwand	5.309	5.164
Personalaufwand	13.846	12.690
Abschreibungen	1.857	1.863
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	670	673
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.291	2.052
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1	21
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	11
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	13	0
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	421	444
Ergebnis nach Steuern	754	827
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	754	827
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	754	827
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,23	3,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,99	4,56	%
Cash-Flow:	2.624	2.690	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	60	57	T€
Personalaufwandsquote:	58,16	56,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,54	94,07	%
Eigenkapitalquote:	33,92	32,72	%
Fremdkapitalquote:	66,08	67,28	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 430 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören nach wie vor fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 25 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Förderwohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und zwei Tagesförderstätten für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie 21 Plätze für Menschen mit geistiger Behinderung in betreuten Wohnungen an. Im Jahr 2018 wurde die Kapazität des Förderwohnheimes von 99 auf 90 Plätze reduziert. Die 9 ausgezogenen Bewohner leben seitdem in 4 selbstorganisierte Wohngemeinschaften.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 209 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Darüber hinaus vermietet sie Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie.

Die Stiftung ist unverändert 100%iger Gesellschafter der serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste (Gärtner), Hol- und Bringedienst und Pforte erbringt. In der serva GmbH sind 94 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Darüber hinaus ist die Stiftung 100%iger Gesellschafter der ewia GmbH, welche ihre unternehmerischen Tätigkeiten Mitte 2012 eingestellt hat und ihre wesentlichen Aktiva und Passiva an die Stiftung übertrug. Da keine weitere Nutzungsmöglichkeit für die GmbH besteht, wurde die Gesellschaft mit Ablauf 31.03.2018 aufgelöst.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Bereiche Alten- und Behindertenhilfe sind auf unterschiedliche Weise von sich verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen betroffen.

Es wurde in den vergangenen zwei Jahren eine Vielzahl von gesetzlichen Änderungen wirksam, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Stiftung haben. Im Bereich der Altenhilfe waren dies das Pflegestärkungsgesetz II und III. Im Bereich der Behindertenhilfe wird das Bundesteilhabegesetz die Grundlagen für die Arbeit im Bereich der Behindertenhilfe verändern.

Altenpflege

Mit Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes II war es das erklärte Ziel des Gesetzgebers, die Leistungen im ambulanten Bereich zu stärken. Dies führte zu einer Zunahme der Angebote auf diesem Gebiet. Zunächst war nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht klar, wie sich diese Änderungen auf die Auslastung der Angebote im stationären Bereich auswirken.

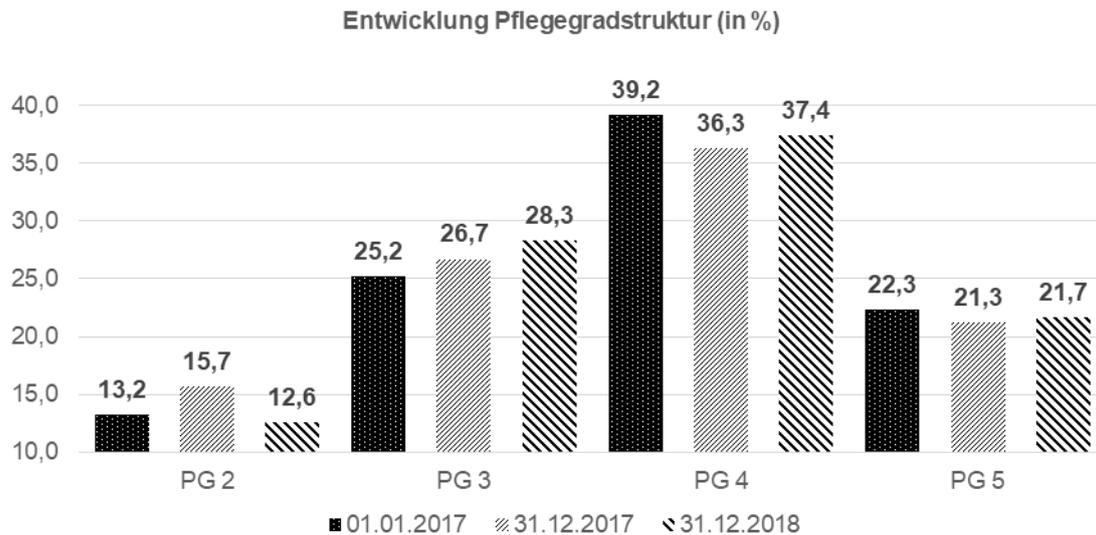
Wie auch schon im Vorjahr kann auch für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2018 festgestellt werden, dass die Veränderungen sich nicht auf die Nachfrage im stationären Bereich auswirken, was sich auch in den stabilen Auslastungsquoten der Stiftung widerspiegelt. Darüber hinaus ist es der Stiftung durch proaktives Belegungsmanagement gelungen, auch die Klientenstruktur in der stationären Altenhilfe auf einem konstanten Niveau zu halten.

¹ § 2 Abs. 1 der Satzung

Betrag zum 01.01.2017 der durchschnittliche Pflegegrad aller unserer Bewohner der stationären Altenpflege noch 3,71 sank er im Jahresverlauf 2017 auf 3,63. Die Tendenz, dass sich der Pflegegradmix qualitativ weiter nach unten entwickelt, konnte im Jahr 2018 in der Stiftung nicht beobachtet werden. Per 31.12.2018 betrug der durchschnittliche Pflegegrad in der stationären Altenpflege nunmehr 3,68.

Der angenommene sogenannte Rothgang-Effekt mit einer Verschiebung hin zu niedrigen Pflegegraden scheint - was auch aktuelle Annahmen innerhalb der Branche zeigen - zunächst nicht einzutreten. Es scheint sich vielmehr zu bestätigen, dass sich die Strukturen in vollstationären Einrichtungen in etwa dahingehend stabilisieren werden, dass ca. 2/3 der Pflegebedürftigen die Pflegegrade 3 und 4 und ca. 1/3 die Pflegegrade 2 und 5 haben werden.

Diese Entwicklung unserer Pflegegradstrukturen wird in nachfolgender Übersicht nochmals grafisch dargestellt.



Zum 01.01.2019 haben Bundestag und Bundesrat das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz, PpSG) verabschiedet. Mit diesem Gesetz sollen erste Schritte bei der Behebung des Fachkräftemangels in der Kranken- und Altenpflege eingeleitet werden.

Kern des Programms sind 13.000 neue Stellen von Pflegefachkräften in der stationären Altenpflege. Die Staffelung erfolgt dabei nach Einrichtungsgröße (0,5 VZK bis 2,0 VZK).

In den Einrichtungen der Stiftung können bis zu 6,0 VZK durch dieses Gesetz zusätzlich beschäftigt werden. Die Refinanzierung der Stellen erfolgt ausschließlich aus Mitteln der Krankenkassen.

Bereich	zusätzliche VZK
APH Riebeckpark	2,0 VZK
APH Akazienhof	2,0 VZK
APH Haus der Generationen	1,0 VZK
HG Demenz	0,5 VZK
WG Demenz	0,5 VZK

Die Stiftung möchte diese Stellen in den Einrichtungen besetzen. Allerdings gestaltet sich diese Thematik insbesondere aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation sowie der erforderlichen Nachweispflichten als schwierig.

Darüber hinaus ist im Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz unter anderem final geregelt, dass es ab Herbst 2019 ein neues Verfahren zur Prüfung und Darstellung der Pflegequalität für den stationären Altenpflegebereich geben wird. Das System der internen Qualitätssicherung, der externen Qualitätsprüfung und der Qualitätsdarstellung wird dabei grundlegend neu gestaltet.

Auch im Jahr 2018 wurden seitens des Landes mehrere Verordnungen, die für die Arbeit in den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe der Stiftung wesentliche Auswirkungen haben dürften, noch nicht verabschiedet, obwohl sie seit längerem zur Überarbeitung vorliegen. Im April 2019 hat der Landtag der Verordnung über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen und betreute Wohngruppen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz für das Land Sachsen-Anhalt zugestimmt, welche zum 01. Juli 2019 in Kraft tritt.

Insgesamt ist insbesondere für den Bereich Altenpflege deutlich der Wandel der Bevölkerung in der Altersstruktur in der Stadt Halle (Saale) spürbar. Die Nachfrage nach den Angeboten im Bereich der Altenhilfe ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen und bezieht sich auf alle Angebote der Stiftung, von der stationären Altenpflege bis hin zur Vermietung von altersgerechten Wohnungen.

Die Geschäftsentwicklung verlief, wie auch schon in den Vorjahren, sehr günstig. Hier waren drei Faktoren bestimmend: die erfolgreiche Verhandlung von neuen Pflegesätzen, die in allen Bereichen hohe Nachfrage nach den Angeboten der Stiftung und die gute Positionierung der Stiftung als Komplettanbieter für Leistungen im Bereich der Altenhilfe.

Behindertenhilfe

Im Bereich der Behindertenhilfe ist die wichtigste gesetzliche Neuregelung das Bundesteilhabegesetz, von dem die erste Reformstufe im Jahr 2017 und die zweite Stufe im Jahr 2018 Kraft getreten ist.

Zwei weitere Reformstufen werden bis zum Jahr 2023 realisiert (Stufe 3 ab 01.01.2020, Stufe 4 ab 01.01.2023). Damit gehen umfangreiche Änderungen in den Sozialgesetzbüchern einher.

Vermietung

Verstärkt wurde die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote der Stiftung. Damit wird es möglich, für die Kunden maßgeschneiderte Angebote entsprechend des Hilfebedarfs zu gestalten. Durch diese Fokussierung auf die Vernetzung der Angebote der Stiftung konnte erreicht werden, dass die Mieter unserer altengerechten Wohnungen mehr als bisher von den verschiedenen Leistungen der Stiftung profitieren können.

Hier zeigt sich auch wie wichtig es ist, dass die Stiftung über die Serva GmbH auch vermietungsnahe Dienstleistungen erbringen kann. Für zahlreiche Mieter wurden Leistungen wie Essenversorgung, Wäschereiservice und Hausmeisterservice im Jahr 2018 erbracht. Dies steigert die Attraktivität der Angebote im Bereich Vermietung und unterscheidet die Stiftung von ihren Mitbewerbern.

Kooperationen

Eine Kooperation besteht insbesondere mit der Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara Halle (Saale) GmbH und der Elisabeth Vinzenz Verbund GmbH/Elisabeth Mobil. Die Stärkung dieser Kooperation wird auch in Zukunft im Fokus der Arbeit liegen im Rahmen der außerklinischen Versorgung von invasiv und nicht invasiv beatmeten Patienten im Altenpflegeheim Akazienhof.

Der Bereich für die außerklinische Versorgung von invasiv und nicht invasiv beatmeten Patienten wurde im Wohnbereich 3 des Altenpflegeheimes Akazienhof im Jahr 2017 eingerichtet. Hier sind 12 Plätze für die Versorgung entstanden. Die Stiftung ist hier Partner von der Elisabeth Vinzenz Verbund GmbH in Verbindung mit dem Elisabeth Mobil. Ärztliche Leistungen werden durch die Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara Halle (Saale) GmbH erbracht.

Enger Kontakt besteht nach wie vor zu Wohnungsunternehmen, hier insbesondere zum Bauverein Halle & Leuna eG, für den die Stiftung auch weiterhin Beratungsleistungen für die Mieter erbringt. Die Kooperation zwischen der Stiftung und der BWG Halle-Merseburg e.G. wurde nochmals durch die enge Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Grundstücks Bugenhagenstraße gestärkt. Die BWG wird auch in Zukunft einer der wichtigsten Partner der Stiftung sein.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von 23.808 TEUR erzielen. Damit sind die Umsatzerlöse um 1.474 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Erlöse verteilen sich auf folgende Geschäftsfelder:

	2018 in TEUR	2017 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	13.338	12.615	+723
Teilstationäre Altenpflege	393	374	+19
Ambulante Pflege	671	698	-27
Behindertenhilfe	7.269	6.725	+544
Vermietung	1.398	1.361	+37
Sonstiges	739	561	+179

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind erfolgreiche Pflegesatzverhandlungen und die sehr gute Auslastung im Bereich der Altenpflege. Die durchschnittliche Auslastung im Bereich der stationären Altenhilfe liegt bei 97,7 %.

Für den Bereich Behindertenhilfe konnten die gestiegenen Kosten ebenfalls in den neu vereinbarten Entgelten berücksichtigt werden. Außerdem wurden notwendige Ersatzinvestitionen über die Entgelte refinanziert.

Im Jahr 2018 investierte die Stiftung rd. 1.812 TEUR in das langfristige Vermögen der Stiftung. Für Arbeiten an dem Projekt Bugenhagenstraße wurden für den Rohbau und Planungsleistungen rd. 1.495 TEUR aufgewendet.

Darüber hinaus wurden an unserem Mietshaus in der Jonasstraße 2 Balkone für ca. 91 TEUR angebracht und ca. 159 TEUR in die Hausausstattung(vorwiegend Mobiliar) der Stiftung investiert.

Im Berichtszeitraum konnte die Stiftung den Bestand an Zahlungsmittel bzw. Zahlungsmitteläquivalente von 2.334 TEUR auf 2.534 steigern. Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 im Wesentlichen auf Grund von hohen Investitionen in das langfristige Vermögen auf 55.675 TEUR erhöht. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 55.414 TEUR. Durch das Jahresergebnis von 754 TEUR, erhöht sich das Eigenkapital auf 18.885 TEUR.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gestiegen und zeigt den positiven Trend der letzten Jahre.

	2018	2017	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote	33,92 %	32,72 %	30,74 %	30,50 %	29,82 %

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Cash-Flow-Betrachtung

Der Gesamtcashflow im Geschäftsjahr war in Höhe von 200,1 TEUR positiv. Dieser setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +2.229,7 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -1.814,1 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -215,6 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich im Berichtszeitraum von 2.334 TEUR auf 2.534 TEUR erhöht.

Personal

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben auch im vergangenen Jahr die Arbeit der Stiftung wesentlich geprägt. Sie werden auch in Zukunft die größte Herausforderung sein.

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 beschäftigte die Stiftung 438 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit sind 16 Personen mehr beschäftigt als zum 31.12.2017. Dies entspricht einer Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 %. Darüber hinaus steigerte die Stiftung die Anzahl an Auszubildenden in den drei Lehrjahren auf 24. Dies entspricht einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 9,09 % zum 31.12. des Jahres.

Die Mitarbeiterfluktuation ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 72 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im Berichtsjahr 44 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 10,37 % (bezogen auf alle Austritte aus der Stiftung).

Hintergründe für die Senkung der Fluktuation sind zum einen im Ergebnis der umgesetzten und gestiegenen Arbeitgeberleistungen zu finden. Zum anderen haben die Entgeltsteigerungen sowie die Jahressonderzahlungen, die seit 2017 umgesetzt werden, eine Auswirkung auf die Bindung der Beschäftigten und führen dazu, dass die Stiftung im Wettbewerb attraktiver positioniert ist.

Im Rahmen der Personalbeschaffung wurde zudem mit den zusätzlichen Arbeitgeberleistungen geworben, so dass die Anzahl der Bewerber im Verhältnis zum Vorjahr schneller anstieg.

Die Gewinnung und Bindung von Pflegekräften stand auch im Jahr 2018 im Fokus. Hierzu hat die Stiftung eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet und aufeinander abgestimmt umgesetzt.

Im Zentrum des Personalmarketings der Stiftung steht seit Juli 2018 eine neu gestaltete Karriere-Internetseite. Eingerichtet in zeitgemäßem Layout können sich künftige Mitarbeiter unter „www.da-will-ich-pflegen.de“ umfangreich über die Tätigkeitsfelder der Stiftung informieren und sich über aktuelle Stellenausschreibungen auf dem Laufenden halten. Auch bietet die Seite die Möglichkeit zur direkten Bewerbung in wenigen Schritten. Ergänzend wurden unterschiedlichste Kanäle aktiviert, um die neue Karriereseite in der Stadt und der Region bekannt zu machen und den Grad der Nutzung zu erhöhen.

Unter Mitwirkung von engagierten Mitarbeitern konnte die Seite so beispielsweise durch Plakataktionen in Straßenbahnen und auf Leinwänden in der Stadt beworben werden. Auch in die Online-Suche nach Stellen in der Pflege wurde über Google aktiv eingegriffen. Die fortlaufende Prüfung und Bewertung der verschiedenen Aktionen wird den Einsatz von Werbekampagnen auch in Zukunft weiter optimieren. Insgesamt wurden hierfür ca. 30 TEUR für zusätzliche Maßnahmen investiert.

Ferner arbeitete die Stiftung in 2018 weiter intensiv daran, sich als attraktiver Arbeitgeber vom Wettbewerb abzuheben. Der Ankündigung gegenüber den Mitarbeitern, eine Annäherung an ein tarifliches Niveau zu verfolgen, folgte im Oktober 2018 ein weiterer Schritt. Die Entgelte für alle Beschäftigten wurden allgemein erhöht um 3 %. Mit Wirkung zum 01.01.2019 ist es gelungen, unter Ausnutzung der Neuregelungen durch die Pflegestärkungsgesetze II und III erneut einen großen Schritt in Richtung tarifliche Vergütung zu machen. Eine allgemeine Entgelterhöhung für alle Beschäftigten in Höhe von 10 % wird seitdem umgesetzt. Die beiden Schritte zusammen erhöhen die jährlich aufzuwendenden Bruttopersonalkosten um 1.733 TEUR.

Neben der Weiterentwicklung des Vergütungssystems kam die Wertschätzung für die Leistung des Beschäftigten der Stiftung in weiteren zusätzlichen Arbeitgeberleistungen zum Ausdruck.

Mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH konnte die Stiftung einen Partner gewinnen, um ihre Beschäftigten finanziell zu entlasten. So können sich Beschäftigte, die Kunden der EVH sind, ab sofort über einen Rabatt in Höhe von 3 % auf ihre Energierechnung freuen.

Besondere Aufmerksamkeit fanden auch die kleinen Gesten. So konnten sich die Beschäftigten unter dem Eindruck der hochsommerlichen Temperaturen mit einem Eintrittsgutschein für die (Frei-) Bäder der Stadt Halle (Saale) erfrischen.

MDK-Prüfung

Auch im Jahr 2018 fanden in allen stationären Pflegeeinrichtungen und im ambulanten Pflegedienst Regelprüfungen durch den MDK statt.

Einrichtung	Datum Prüfung	Note
Altenpflegeheim Riebeckpark	April 2018	1,4
Altenpflegeheim Haus der Generationen	April 2018	1,1
Altenpflegeheim Akazienhof	Januar 2018	1,1
Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz	Februar 2019	1,2
Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz	August 2018	1,0
Ambulante Pflege	Dezember 2018	1,2

Für die in der Gesamtnote integrierte Bewohnbefragung erhielten alle Einrichtungen die Note 1,0.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung nachfolgende Fragen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?
 - II. Wie gelingt es, das Bauvorhaben Bugenhagenstraße erfolgreich umzusetzen und erfolgreich am Markt zu positionieren?
 - III. Wie wirkt sich das Bundesteilhabegesetz auf unsere Einrichtungen aus und welche Chancen für Veränderungen der Angebote ergeben sich?
 - IV. Wie binden wir VIVENDI in den Stiftungsalltag ein und gewährleisten ein Fortbestehen der Leistungsfähigkeit
- I. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?

Auch in Zukunft werden die Entwicklungen rund um den Pflege- und Arbeitsmarkt von Veränderungen geprägt sein. Erklärtes Ziel der Stiftung ist es, dabei als Vorreiter die Arbeits- und Vergütungsbedingungen aktiv attraktiv und gerecht zu gestalten.

Dafür werden in 2019 die Strukturen der Vergütung in der Entgelttabelle und der Entgeltordnung neu aufgestellt. Eine noch höhere Wertschätzung für Qualifizierung und Übernahme von Verantwortung wird so vermittelt. Auch sollen zusätzliche Vergütungen und ihre Voraussetzungen für besondere Formen der Arbeit an das tarifliche Niveau des TVöD, der der Stiftung als Orientierung dient, angeglichen werden.

Zulagen und zusätzliche Urlaubstage für Schicht- und Wechselschichtarbeit können so grundsätzlich frühzeitiger erreicht werden. Darüber hinaus werden die Ansprüche der Beschäftigten auf Erholungsurlaub auf den Prüfstand gestellt. Die derzeitigen Regelungen sehen zwischen 28 und 30 Tagen in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeit vor. Ein einheitlicher Anspruch für alle Beschäftigten auf dem tariflichen Niveau wird angestrebt.

Wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen haben Qualität und Zuverlässigkeit der Dienstplanung. Hier wird die Stiftung ansetzen und Instrumente erarbeiten, die einerseits für die Beschäftigten die Planbarkeit ihrer Arbeitszeiten erhöht, andererseits werden Möglichkeiten geschaffen, unvorhersehbare Ausfälle von Beschäftigten abzufangen.

Dadurch soll noch stärker daraufhin gearbeitet werden, dass Beschäftigte sich auf Dienstplanungen verlassen können und geplante freie Tage zur Erholung nutzen können. Ziel ist es weiterhin, trotz eines schwankenden Bedarfs an Arbeitsleistung, die Belastung der Beschäftigten weitgehend kontinuierlich zu gestalten, so dass über den Jahresverlauf Spitzen in der Verteilung von Mehrarbeit vermieden oder zügig ausgeglichen werden können. Ferner wird so erreicht, mit einer verlässlichen Dienstplanung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und die Belastung der Beschäftigten zu senken.

Die Stiftung wird weiter auch in die Gesundheit der Beschäftigten investieren. Für die Gesunderhaltung der Beschäftigten übernimmt die Stiftung an vielen Stellen Verantwortung. Die Maßnahmen zur Unfallverhütung und Reduktion von Gesundheitsbelastungen im Rahmen des Arbeitsschutzes werden beständig unter Einbeziehung der Beschäftigten weiterentwickelt. Bestandteil des internen Fort- und Weiterbildungsprogramms sind auch vielfältige Veranstaltungen, in denen sich die Beschäftigten über ihre eigene Gesundheit informieren können. So sind beispielsweise Schulungen zum rückengerechten Arbeiten bis hin zum Umgang mit psychischen Belastungen und Resilienz fester Bestandteil der Arbeit in der Stiftung.

Mit der konkreteren Ausgestaltung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements wird es möglich sein, längerfristig oder häufiger erkrankte Beschäftigte noch individueller zu beraten und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Gemeinsam mit dem Betriebsrat wird dazu ein Ablauf erarbeitet, der den Beschäftigten umfangreiche Angebote und auch weitgehenden Freiraum, welche Angebote förderlich für ihn sind, einräumt.

All diese verschiedenen Maßnahmen sollen künftig gebündelt werden, um die passgenaue Abstimmung untereinander zu gewährleisten und dem Einzelnen ein individuelles Portfolio anbieten zu können.

Mit dem Pflegeberufereformgesetz werden mit dem 01.01.2020 die Ausbildungsberufe der (Kinder-) Krankenpflege und Altenpflege zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann zusammengeführt. In 2019 werden in einem Endspurt die Vorbereitungen für die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung in der Stiftung abgeschlossen. Dazu wird es gehören, die konkreten Anforderungen an die interne Organisation umzusetzen. Die steigende Anzahl an vorgeschriebenen Praxiseinsätzen außerhalb der Stiftung will gut vorbereitet sein. Und auch die neuen Aufgaben und Qualifizierungen in der Praxisanleitung für die Auszubildenden sind mit der Neuregelung der Ausbildung umzusetzen.

Daneben gilt es, sich in einem aufzubauenden Netzwerk aus Akteuren der Region zu positionieren. Verbindlich werden die neuen Ausbildungsregelungen für die Stiftung dann mit dem Ausbildungsjahr ab September 2020.

II. Wie gelingt es, das Bauvorhaben Bugenhagenstraße erfolgreich umzusetzen und erfolgreich am Markt zu positionieren?

Das Bauvorhaben Bugenhagenstraße ist mit seinem Gesamtinvestitionsvolumen das größte Investitionsvorhaben der Stiftung. Das Projekt ist in zwei Bauabschnitte unterteilt.

Der 1. Bauabschnitt, in dem 34 altengerechte Wohnungen entstehen, wird seit Mai 2018 umgesetzt.

Die Rohbauarbeiten im Blockrandgebäude liegen exakt im Bauablaufplan und konnten, ausgenommen einer frostbedingten, einwöchigen Unterbrechung während der Wintermonate, fortgeführt werden. Ende Februar 2019 wurden die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Es folgen nahtlos die Gewerke Dachdeckerarbeiten sowie Fenster und Außentüren. Nach erfolgter Fenstermontage kann mit dem Ausbau der Wohneinheiten begonnen werden.

Die Fertigstellung der Rohbauarbeiten erfolgte im Eckgebäude bis Ende März 2019. Die Staffelung der Folgegewerke entspricht der des Blockrandgebäudes. Beide Gebäude werden während der Ausbauphase bereits mit Fernwärme versorgt, so dass ein ungehinderter Baufortschritt unabhängig von eventuell winterlichen Außentemperaturen gewährleistet werden kann.

Für den 1. Bauabschnitt wurden die geforderten 20 % Eigenkapital im September 2018 verbraucht, so dass seit dem ausschließlich durch das Fremdkapital der Saalesparkasse gebaut wird.

Zum jetzigen Zeitpunkt wird von keiner Kostensteigerung ausgegangen, so dass die kalkulierten Gesamtkosten sich auf 5,5 Millionen EUR belaufen werden.

Die Wohnungen werden je nach Lage und Ausstattung zu unterschiedlichen Kosten vermietet. So variiert die Miete je Quadratmeter zwischen 10,30 EUR und 11,50 EUR. Aktuelle liegen 85 unverbindliche Reservierungen vor.

Bei weiterhin termingerechtem Bauverlauf und einer damit einhergehenden Fertigstellung, soll der Mietbeginn für das Blockrandgebäude zum 01.12.2019 und für das Eckgebäude zum 01.01.2020 erfolgen.

Für den 2. Bauabschnitt wurde Mitte Dezember in der Stadtratssitzung der Bebauungsplan beschlossen. Aufgrund der aktuellen Preissituation im Baugewerbe liegen die Herstellungskosten für das geplante Atriumhaus momentan in keinem wirtschaftlich auskömmlichen Rahmen. Die Errichtung wird deshalb vorerst zurückgestellt, während weitere Optionalitäten recherchiert und eingehend untersucht werden.

III. Wie wirkt sich das Bundesteilhabegesetz auf unsere Einrichtungen aus und welche Chancen für Veränderungen der Angebote ergeben sich?

Die Stiftung wird die kommenden Jahre nutzen, um sich auf die aus der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes ergebenden Änderungen vorzubereiten.

So sollen Leistungen für Menschen mit Behinderung nicht mehr zwischen ambulant, teilstationär und stationär unterschieden werden, sondern nach spezifischem individuellem Bedarf. Leistungserbringer sind somit zukünftig am besten aufgestellt, wenn sie ihre Leistungen an den Bedarfen der Klienten ausrichten und nicht nur angebotsbezogene Leistungen vorhalten.

Ab 2020 wird die Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen (Leistungen zum Lebensunterhalt und Wohnen) getrennt. Damit wird die Eingliederungshilfe auf die Fachleistung beschränkt. Existenzsichernde Leistungen sind nicht mehr Teil der Eingliederungshilfe, sondern grundsätzlich von Menschen mit Behinderung selbst oder vom Träger der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung zu übernehmen.

In den Wohnheimen für Menschen mit Behinderung umfasst Eingliederungshilfe weiterhin Pflege. Im ambulanten Wohnen bleibt die Pflege nach SGBXI gleichrangig zur Eingliederungshilfe, jedoch muss sie dann von ambulanten Pflegediensten erbracht werden.

Es wird angestrebt, dass ein entsprechender Landesrahmenvertrag bis Ende Mai 2019 vorliegt.

Durch die Trennung von Fachleistung und existenzsichernden Leistungen wird ein erheblicher Mehraufwand im Rahmen der Rechnungslegung entstehen. So müssen anstatt einer Rechnung mit festem Kostensatz für mittlerer und schwerer Pflege, nun individuelle Rechnungen je nach in Anspruch genommener Fachleistung und Größe der Unterbringung erstellt werden.

Zu dem eben erwähnten kommen noch weitreichende Änderungen hinsichtlich der Leistungskalkulation, Leistungsbeschreibung, das Vertragswesen und die Zahlungsläufe.

Proaktiv wurde eine interne Arbeitsgruppe gebildet, welche die Umsetzung des Bundesteilhabegesetz innerhalb der Stiftung plant und begleitet.

IV. Wie binden wir VIVENDI in den Stiftungsalltag ein und gewährleisten ein Fortbestand der Leistungsfähigkeit

Die bisherige Software für die komplette Heimverwaltung, das Rechnungswesen und die Personaleinsatzplanung stieß im Arbeitsalltag häufig an ihre Grenzen hinsichtlich Vernetzung, Digitalisierung und Handhabung, so dass die Entscheidung gefallen ist, eine neue Software anzuschaffen.

Dabei entschied man sich für die Software VIVENDI von Connex, die führende Software im Bereich Altenpflege und Sozialwesen.

So wird im ersten Schritt ab dem 01.01.2019 die Arbeitszeiterfassung für alle Mitarbeiter der Stiftung über VIVENDI erfasst. Daneben wird auch die Verwaltung, Abrechnung, Planung für die ambulante Pflege und die Tagespflegen mit der neuen Software durchgeführt.

Die Mitarbeiter der ambulanten Pflege gehen jetzt mit dem Mobiltelefon auf ihre Touren und zeichnen die erbrachten Pflegeleistungen direkt über das Mobiltelefon ab. Dies erfolgte bis dahin über schriftliche Aufzeichnungen und wurde anschließend in die Verwaltungssoftware eingepflegt.

Bis Anfang 2020 soll auch die stationäre Altenpflege und die Behindertenhilfe über VIVENDI abgebildet werden.

Die Reibungslose Einführung von VIVENDI wird durch intensive Begleitung durch den Software-Anbieter gewährleistet. Darüber hinaus wurde die Stelle „Anwendungsbetreuung VIVENDI“ geschaffen, welche für die Einführung und anschließende Verwaltung zuständig ist. Des Weiteren soll es in allen Einrichtungen Key-User geben, welche als erste Anlaufpunkt im Punkte Service sein sollen und als Bindeglied zur Anwendungsbetreuung VIVENDI dienen.

Einschließlich Softwarelizenzen und Schulung wird die Stiftung rund 207 TEUR investieren.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -egänge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Serva GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2019 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.
Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2018.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	19	7	22	6
Umlaufvermögen	273	93	326	93
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	1

Bilanzsumme

	2018	2017
	293	350
	100	100

Passiva

	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital	81	28	81	23
Rückstellungen	40	13	37	10
Verbindlichkeiten	167	57	230	66
Rechnungsabgrenzungsposten	5	2	2	1

Bilanzsumme

	2018	2017
	293	350
	100	100

bb) GuV

	2018	2017
	T€	T€
Umsatzerlöse	3.073	2.995
sonstige betriebliche Erträge	30	30
Materialaufwand	1.123	1.224
Personalaufwand	1.875	1.682
Abschreibungen	8	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	96	91
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	21
sonstige Steuern	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1	21
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	0,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,76	26,07	%
Cash-Flow:	9	28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	33	38	T€
Personalaufwandsquote:	60,43	55,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,50	6,32	%
Eigenkapitalquote:	27,51	23,06	%
Fremdkapitalquote:	72,49	76,94	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert	
Beirat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Borggrefe, Fabian	(bis 03.07.2019)
	stellv. Vorsitzende	Jacobi, Dörte	(seit 03.07.2019, seit 17.09.2019 stellv. Vorsitzende)
		Bernstiel, Christoph	(bis 03.07.2019)
		Eigendorf, Eric	
		Ettingshausen, Rüdiger	
		Feigl, Christian	(seit 03.07.2019)
		Hajek, Andreas	(bis 03.07.2019)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

Beirat:	Heym, Carsten	(seit 03.07.2019)
	Hinniger, Manuela	(bis 30.01.2019)
	Kerzel, Mario	(bis 03.07.2019)
	Krech, Thomas	(seit 03.07.2019)
	Mämecke, Steve	(seit 03.07.2019)
	Meerheim, Sten	(seit 30.01.2019)
	Ranft, Melanie	(bis 03.07.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Beirat	0	1	2

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Stadion Halle Betriebs GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	48	5	121	10	199	16	-73	-60
Umlaufvermögen	629	68	822	67	726	58	-193	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	249	27	282	23	327	26	-33	-12

Bilanzsumme	926	100	1.225	100	1.252	100	-299	-24
--------------------	------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	3	27	2	24	2	-1	-4
Rückstellungen	5	1	7	1	10	1	-2	-29
Verbindlichkeiten	207	22	429	35	367	29	-222	-52
Rechnungsabgrenzungsposten	688	74	762	62	851	68	-74	-10

Bilanzsumme	926	100	1.225	100	1.252	100	-299	-24
--------------------	------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.801	1.852	1.765
sonstige betriebliche Erträge	1	7	35
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	73	118	116
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.724	1.733	1.678
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	5	6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	1	0
Ergebnis nach Steuern	-1	2	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	2	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,04	0,12	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,54	9,52	0,00	%
Cash-Flow:	72	120	116	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,13	9,88	15,92	%
Eigenkapitalquote:	2,80	2,17	1,94	%
Fremdkapitalquote:	97,20	97,83	98,06	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2019 war im Wesentlichen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und die sportliche Entwicklung des Halleschen FC geprägt gewesen. Alle zum stabil laufenden Betrieb nötigen Vorgänge und Abläufe sind bei den beteiligten Personen und Unternehmen eingespült.

Der Hallesche FC hat seine Saison 2018/2019 als Tabellen-4. abgeschlossen. Es war die erfolgreichste 3.-Liga-Saison, die der Verein in seiner Geschichte gespielt hat. Der Aufstieg in die 2. Bundesliga wurde nur knapp verpasst. Mit dem vierten Tabellenplatz sicherte sich der HFC zugleich die direkte Qualifikation für den DFB-Pokal in der Saison 2019/20.

Der sportliche Erfolg trug mit dazu bei, dass die Zuschauerzahlen im ERDGAS Sportpark deutlich stiegen. So kamen in der Saison 2018/19 im Schnitt 7.832 Besucher zu den Heimspielen des HFC. Dies ist eine Steigerung um rund 1.700 Gäste im Vergleich zur Saison 2017/18. Dieser Trend setzte sich zu Saisonbeginn 2019/20 fort. Im Schnitt besuchten bisher 7.888 Zuschauer die Heimspiele des Vereins. Besonderen Zuspruch fand das 1. Rundenspiel im DFB-Pokal gegen den Bundesligisten VfL Wolfsburg am 12. August 2019, das mit 13.500 Zuschauern ausverkauft war.

Im Jahr 2019 fand mit dem Länderspiel der U-20-Auswahl des DFB ein Zusatzspiel statt. Am 5. September 2019 spielte die Deutsche Mannschaft vor 1.441 Zuschauern 4:2 gegen die Tschechische U-20. Zudem fand am 28. September 2019 der erste VNG-Funino-Cup statt, bei dem 30 Kinder- und Jugendmannschaften einen Tag lang auf Kleinfeldern gegeneinander spielten.

Neben dem Stadion als Fußballstätte fanden zudem mehrere Veranstaltungen im Businessbereich statt. Die Erwartungen wurden auch im Jahr 2019 knapp erfüllt, lagen allerdings unter den der Vorjahre. Dies lag unter anderem daran, dass die Miete für U-20-Länderspiele deutlich unterhalb der Konditionen für ein Spiel der U-21-Auswahl oder der Frauen-Nationalmannschaft liegt. Weiterhin ist das Stadion als Ort für langfristige Veranstaltungen schwierig, da zunächst die Spielplan-Veröffentlichung für 3. Liga abgewartet werden muss. Dennoch wird das Flair des Stadions als Event Location, der gute Service, ein individuelles Angebot aber auch die gute Parkplatzsituation weiterhin von vielen Unternehmen, Verbänden und Vereinen geschätzt.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2019 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC e.V. in der 3. Liga. Durch die hierbei plangemäß erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 590. Dieser im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Liquiditätsbestand ist weiterhin vor allem auf einen Sondereffekt zurückzuführen. Aufgrund des bisher schwebenden Verfahrens bezüglich eines Zahlungsstopps wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen das EU-Beihilferecht zahlte die Gesellschaft vereinbarte Sponsoringgelder aus den Namensrechten seit Dezember 2017 nur noch in monatlichen, gleichbleibenden Raten. Diese Praxis wurde aufgrund des Abschlusses des Verfahrens mit dem Landesverwaltungsamt zum 30.06.2019 ausgesetzt. Seitdem wird der Betrag wieder vorschüssig für die gesamte Saison gezahlt.

Die wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 676,10 € ein leicht negatives Jahresergebnis erzielt.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2020 wird weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer begann die Rückrunde 2019/20 mit einer sehr schlechten Serie von mehreren sieglosen Spielen hintereinander. Der Verein rutschte damit in Richtung Abstiegsplätze in der 3. Liga. Die Gefahr eines Abstieges in die Regionalliga kann daher nicht ausgeschlossen werden. Dies hätte direkte wirtschaftliche Folgen für die Gesellschaft, da die Mietzahlungen des Vereins deutlich sinken würden. Der Verein hat auf diese sportliche Talfahrt reagiert und einen neuen Trainer verpflichtet, um den Klassenerhalt zu sichern. Trotz des bestehenden Risikos geht die Gesellschaft zunächst davon aus, dass der HFC den Verbleib in der 3. Liga sichert.

In 2020 sollen die Angebote rund um Sonderveranstaltungen im Stadion an Ergebnisse der Vorjahre anknüpfen.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem auch vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga geprägt sein.

Die größte Aufgabe besteht nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Sollte der HFC in die Regionalliga absteigen, müsste ein neuer Nachtrag zum Mietvertrag mit dem Verein ausgehandelt werden, der höchstwahrscheinlich eine an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse angepasste Mietzahlung vorsehen würde.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag war mit dem Auftreten des neuartigen Corona-Virus ein Vorgang von besonderer Bedeutung zu verzeichnen. Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat auf das Auftreten dieses Virus mit mehreren Verordnungen zur Eindämmung reagiert, die auch Auswirkungen auf den Betrieb des ERDGAS Sportparks haben.

Das Land Sachsen-Anhalt hat mit Wirkung zum 18. März 2020 die Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt erlassen. Nach § 5 Abs. 1 dieser Verordnung ist der Spiel- und Trainingsbetrieb in allen öffentlichen und privaten Sporteinrichtungen untersagt. Dies gilt auch für Sportarten im Freien.

Diese Verordnung bezieht sich damit auch auf den ERDGAS Sportpark. Die Stadion Halle Betriebs GmbH wurde damit behördlich dazu verpflichtet, die Sportstätte ab dem 18. März 2020 zu schließen. Die SHBG hat dies dem Hauptmieter HFC mitgeteilt. Der Spielbetrieb in der 3. Liga ruht daher zunächst bis einschließlich 30. April 2020. Weiterhin musste die SHBG alle weiteren Veranstaltungen im Stadion (Firmenfeiern, öffentliche Führungen etc.) absagen.

Der HFC hat der Gesellschaft mit Schreiben vom 23. März 2020 mitgeteilt, die Mietzahlungen aufgrund der Nutzungsuntersagung einzustellen.

Für die SHBG bedeutet dies, dass zunächst Einnahmehausfälle bei der Miete des HFC und bei den Fremdveranstaltungen zu verzeichnen sind. Diese können nicht durch nennenswerte Einsparungen im Betrieb kompensiert werden, da diese Kosten durch langfristige Bewirtschaftungs- und Instandhaltungsverträge fixiert sind.

Angesichts der Liquiditätssituation geht die SHBG allerdings davon aus, dass sie diese Einnahmehausfälle decken kann. Da sich die Situation mit dem neuartigen Corona-Virus sehr dynamisch entwickelt, können die Einnahmehausfälle und die Belastung für die SHBG bisher nicht beziffert werden.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.382

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand :

Vorsitzende	Brederlow, Katharina
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Borggrefe, Fabian
	Kirchert, Christian
	Scholtyssek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	0	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	27.591	94	28.339	93	29.086	94	-748	-3
Umlaufvermögen	1.705	6	2.069	7	1.706	6	-364	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	87	0	74	0	86	0	13	18

Bilanzsumme	29.383	100	30.482	100	30.878	100	-1.099	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	18.257	62	17.790	58	18.460	60	467	3
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.559	9	2.693	9	2.828	9	-134	-5
Rückstellungen	321	1	1.003	3	312	1	-682	-68
Verbindlichkeiten	8.053	27	8.804	29	9.077	29	-751	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	193	1	192	1	201	1	1	1

Bilanzsumme	29.383	100	30.482	100	30.878	100	-1.099	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	9.063	8.556	8.329
sonstige betriebliche Erträge	894	136	175
Materialaufwand	2.029	1.943	2.278
Personalaufwand	5.400	4.931	4.285
Abschreibungen	857	862	868
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	134	135	135
sonstige betriebliche Aufwendungen	932	1.344	616
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	407	417	429
Ergebnis nach Steuern	467	-670	164
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	467	-670	164

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,15	-7,83	1,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,62	-3,63	0,89	%
Cash-Flow:	1.324	192	1.032	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	87	79	90	T€
Personalaufwandsquote:	54,23	56,73	50,38	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,68	92,76	93,98	%
Eigenkapitalquote:	62,13	58,36	59,78	%
Fremdkapitalquote:	37,87	41,64	40,22	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Pflegeplätze	159,00	159,00	159,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzeitpflege)	57.095,00	57.070,00	57.725,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	98,00	97,00	98,00	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	96,00	94,00	96,50	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln, zur Verwendung durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder anderer steuerbegünstigter Körperschaften, für die in Abs. 1 genannten Zwecke.
3. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	64	344	64	344	65	0	0
Umlaufvermögen	196	36	191	36	185	35	5	3
Bilanzsumme	540	100	535	100	529	100	5	1
Passiva								
Eigenkapital	540	100	535	100	529	100	5	1
Bilanzsumme	540	100	535	100	529	100	5	1

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	14	14	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	12	10	15
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2
Ergebnis nach Steuern	4	6	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	6	2
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5	5	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1	1	-3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,86	1,14	0,35	%
Cash-Flow:	4	6	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	63,69	64,24	64,99	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung hat im schriftlichen Umlaufverfahren die Jahresrechnung 2019 einschließlich Vermögensübersicht und Mittelverwendung beschlossen.

Vermögensübersicht

Die Vermögens- und Ertragslage der Stiftung ist stabil und gesichert.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 4.668,84 auf EUR 539.864,51 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Es wurden Einnahmen in Höhe von EUR 16.255,34 erzielt.

Diese setzen sich im Wesentlichen aus Pachteinnahmen (14 TEUR) und Zinsen (2 TEUR) zusammen.

Dem stehen Ausgaben in Höhe von EUR 575 gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von EUR 15.680,07 wurde eine Rücklage nach §62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von EUR 5.226,69 gebildet.

Die Rücklage hat sich damit auf EUR 86.538,34 erhöht.

Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Einnahmen im ideellen Bereich sind im Geschäftsjahr nicht erwirtschaftet worden.

Im ideellen Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von 10 TEUR entstanden.

Ideeller Bereich

Im **ideellen Bereich** liegen im Geschäftsjahr Einnahmen in Höhe von **EUR 74,10** vor.

Gemäß Beschlussfassung unter TOP 6 der Vorstandssitzung vom 04.04.2019 erhielt der gemeinnützige Verein Se(H)-Blick eine Zuwendung in Höhe von EUR 480,00 für die Anschaffung eines Victor-Readers-Stratus. Mit Vorlage des Verwendungsnachweises am 10.09.2019 wurde der nicht verwendete Betrag in Höhe von EUR 74,10 an die Stiftung überwiesen.

Im ideellen Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 11.085,33 entstanden.

Das Geschäftsjahr endet mit einem Jahresergebnis in Höhe von EUR -557,85 nach Rücklagenbildung.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 557,85 wird mit dem Ergebnisvortrag bis 2018 in Höhe von EUR 6.699,23 verrechnet.

Danach beträgt der Ergebnisvortrag 2019 EUR 6.141,38

Für eine zeitnahe Mittelverwendung steht ein Betrag in Höhe von EUR 6.141,38 zur Verfügung.

Es wurde folgende Mittelverwendung beschlossen:

Die Selbsthilfegruppe SeH-Blick für das Projekt „Selbststärkungs- /Selbstverteidigungskurs für blinde und sehbehinderte Menschen“ eine Zuwendung in Höhe von:

EUR 600,00

Das Stadtarchiv Halle (Saale) erhält für die Erneuerung eines Sehbehindertenplatzes eine Zuwendung in Höhe von:

EUR 1.000,00

Die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle erhält als Zufinanzierung für den Erwerb eines Kombidämpfers eine Zuwendung in Höhe von:

EUR 4.541,38

Gesamtverwendung: EUR 6.141,38

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nikolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Grundstockvermögen in T€:	6.526

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Dr. Schellenberger, Gunnar
		Bärenz, Reinhard (seit 24.06.2019)
		Dr. Bergner, Annegret (bis 03.07.2019)
		Dr. Fox, Jürgen
		Dr. Wünscher, Ulrike (seit 03.07.2019)
		Froboese, Klaus (verstorben am 25.01.2019)
		Prof. Dr. Maul, Michael (seit 24.06.2019)
		Prof. Kopp, Peter (seit 24.06.2019)
		Quäschning, Bettina

Fachbeirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
		Hoberg, Uwe
		Kaiser, Angela
		Lutz, Florian
		Prof. Dr. Fontana, Eszter
		Prof. Dr. Ruf, Wolfgang
	Prof. Schirmer, Ragna	
	Voß, Stefan	
	Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Direktor wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	8.353	79	8.404	78	8.434	77	-51	-1
Umlaufvermögen	2.276	21	2.341	22	2.520	23	-65	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	2	0	0	0	4	200

Bilanzsumme	10.635	100	10.747	100	10.954	100	-112	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	9.993	94	10.129	94	10.410	95	-136	-1
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	152	1	68	1	0	0	84	124
Rückstellungen	161	2	160	1	185	2	1	1
Verbindlichkeiten	77	1	78	1	62	0	-1	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	252	2	312	3	297	3	-60	-19

Bilanzsumme	10.635	100	10.747	100	10.954	100	-112	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	106	109	107
Zuschüsse Gesellschafter	2.439	2.439	2.439
sonstige betriebliche Erträge	1.158	1.062	1.104
Personalaufwand	1.209	1.187	1.199
Abschreibungen	239	245	249
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.437	2.468	2.351
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	8	25
Ergebnis nach Steuern	-160	-282	-124
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-160	-282	-124
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-160	-282	-124
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-150,48	-257,61	-116,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,60	-2,78	-1,19	%
Cash-Flow:	79	-37	125	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	195	190	182	T€
Personalaufwandsquote:	32,66	32,88	32,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,46	78,15	76,87	%
Eigenkapitalquote:	93,96	94,25	95,04	%
Fremdkapitalquote:	6,04	5,75	4,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Besucher Museum Händel-Haus und Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus sowie Veranstaltungen Stiftung Händel-Haus	29.548	30.575	30.295	Anzahl
Besucher Händel-Festspiele	59.354	59.243	50.705	Anzahl

f) Lagebericht**Bericht Jahresabschluss 2019 Stiftung Händel-Haus Halle
(aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)****Aktiva**

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2019 € 10,63 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen aus dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill zusammen.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses, den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette im Museumsbereich, den Ausbau der Toilettenanlagen im Verwaltungsgebäude sowie Kosten im Zusammenhang des Neubaus eines barrierefreien Zugangs ins Händel-Haus und damit Wiederöffnung einer ehemals vorhandenen Tordurchfahrt (EFRE-Förderprojekt). Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf.

Durch Ankäufe und Schenkungen von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2018 um € 29,1 T. Für das Jahr 2019 wurde eine Wertzuschreibung von Kunstgütern in Höhe von € 23,8 T vorgenommen, da diese Kunstgüter (Gemälde) mit Stiftungsgründung im Jahr 2008 versehentlich nicht in das Grundstockvermögen aufgenommen wurden.

Die Ankäufe im Bereich der Kunstgüter von € 29,1 T wurden durch zweckgebundene Spenden im Jahr 2019 in Höhe von € 25 T zum Erwerb von Kunstgütern ermöglicht. Das im Anlagevermögen im Jahr 2018 neu hinzugekommene und vom Land Sachsen-Anhalt (Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung) geförderte Investitionsprojekt WLAN-Ausbau im Händel-Haus wurde abgeschlossen und aktiviert. Dies erfolgte auch für den in diesem Kontext von der Stiftung Händel-Haus ohne Fördermittel finanzierte Museumsguide auf WLAN-Basis.

Die im Jahresabschluss ausgewiesenen Forderungen hängen u. a. mit der Abgrenzung zum 31.12.2019 für im Jahr 2019 von der Stiftung Händel-Haus gestellte Rechnungen zusammen, die nach dem 01.01. 2020 beglichen wurden.

Das Konto Umsatzsteuer § 13 b UStG weist Aufwendungen aus, welche mit der unklaren umsatzsteuerlichen Behandlung der Händel-Festspiele zusammenhängen. Mit der im Jahr 2019 abgeschlossenen Prüfung für das Jahr 2015 durch das Finanzamt Halle wurden umsatzsteuerpflichtige Veranstaltungen der jährlichen Händel-Festspiele festgestellt. Für die Händel-Festspiele 2019 wurden 6 Veranstaltungen als umsatzsteuerpflichtige Veranstaltungen eingestuft.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um eine ausstehende Förderratenzahlungen der Investitionsbank mit Abgrenzung zum 31.12.2019 im Rahmen des EFRE-Förderprojektes zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus.

Zusätzlich zu den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 1,64 Mill. kommen Wertpapieranlagen in Höhe von € 414 T. Die Wertpapieranlagen auf der Grundlage der vom Kuratorium am 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie, erfolgte in folgender Anlagestruktur:

- Deka-Bank Stufenzins-Anleihe
- Deka-Immobilien Europa
- Deka-Stiftungen Balance
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeitern der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten. Mit Stichtag 31.12.2019 hatten die Anlagen folgende Werte:

- Deka-Bank Stufenzins-Anleihe: € 150.634,50
- Deka-Immobilien Europa: € 63.490,07
- Deka-Stiftungen Balance: € 98.833,99
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 101.366,70

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Jahr 2019 geleistete Anzahlungen für das Wirtschaftsjahr 2020 enthalten. Dabei handelt es sich um Siemens-Gebühren für den Feuerwehranschluss (€ 1.599,36), die Abgrenzung der Aufwendungen für das Gestaltungskonzept des neuen Erscheinungsbildes der Händel-Festspiele 2020-2023 (€ 3.049,52) sowie für die Software-Pflege des Museumskassenprogramms (€ 447,00).

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) steigt um rund 53 T€. Neben der Zuführung aus den freien Rücklagen erhöht sich das Grundstockvermögen im Rahmen einer Schenkung in Höhe von € 150.

Die Ergebnissrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Dabei wurden im Jahr 2019 € 2.379 für steuerbegünstigte, satzungsgemäße Zwecke verwendet. Der Betrag der verwendeten Ergebnissrücklage steigt entsprechend um diesen Betrag auf rund € 2,402 Mill. an. Eine Betriebsmittelrücklage wird gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 262 T gebildet.

Die freie Rücklage reduziert sich durch eine Entnahme in Höhe von € 29.140,82 für das Grundstockvermögen und eine Entnahme in Höhe von € 171.718,80, um den Stiftungsfehlbetrag auszugleichen.

Der Saldenvortrag für den Sonderposten mit Rücklageanteil betrug zum 01.01.2020 € 67.647,88 T. Im Wirtschaftsjahr 2019 wurden Fördermittel in Höhe von € 89.521,55 für das durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Rahmen des EFRE-Kulturerbe geförderten Bauprojekt zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus gemäß Baufortschritt abgerufen und in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt.

Die im Jahr 2018 vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung erhaltenen Fördermittel (€ 51.239,28) wurden aufgrund der Fertigstellung des WLAN-Projektes im Februar 2019 und der im Anlagevermögen aktivierten Kostenaufwendungen um die Höhe der Abschreibung (€ 5.123,91) vermindert. Dieser Betrag wurde gewinnerhöhend aufgelöst.

Die Rückstellungen wurden auf Vorjahresniveau in Höhe von € 161 T gebildet und setzen sich wie folgt zusammen:

- Rückzahlungen und Einnahmeausfälle bei Absage der Openair- Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht (€ 150.000)
- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2019 (€ 2.500)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2019 (€ 7.500)
- Gewerbesteuer wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (€ 800)

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich größtenteils um Rechnungen von Handwerksfirmen im Rahmen von Baumaßnahmen sowie sonstigen laufenden Verbindlichkeiten, die zum 31.12.2019 abgegrenzt wurden. Diese wurden nach Fälligkeit im Januar 2020 bezahlt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen Rechnungen aus dem Jahr 2020, deren Leistungserbringung im Jahr 2019 lag. Diese wurden im Rahmen der Fälligkeit von der Stiftung bezahlt.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Einnahmen für die Händel-Festspiele 2020 (€ 232.551,80), für das Seniorenkolleg 2020 (€ 3.125,00), die die Stiftung bereits im Jahr 2019 erhalten hat, sowie ein Vortrag von DBU-Projektmitteln aus dem Jahr 2019 (€ 16.718,52).

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 46,8 T. Damit erhöhte sich das Spendenaufkommen im Vergleich zum Jahr 2018 um € 30,4 T.

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren sind die Erträge der Wertpapieranlagen der Stiftung, die im Herbst 2016 im Rahmen der Anlagenrichtlinie erfolgte, verzeichnet. Es bleibt weiterhin das weltweit sehr niedrige Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen. Die Kursgewinne der Wertpapiere im Jahr 2019 betragen im Vergleich zum Vorjahr € 17,9 T.

Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen eines Vertrages mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten projektbezogene Fördermittel in Höhe von € 325 T akquiriert werden. Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes belief sich vertragsgemäß im Jahr 2019 auf € 511.300.

Unter den nicht steuerbaren Einnahmen liegt der Eintrittserlös für die Händel-Festspiele im Wesentlichen in vergleichbarer Höhe des Vorjahresniveaus in Höhe von 668 T€ (- € 14 T).

Für die umsatzsteuerpflichtigen Veranstaltungen der Händel-Festspiele wurden 7 % Umsatzsteuer (€ 7.341,95) abgeführt, so dass sich dies einnahmeseitig widerspiegelt.

Die Einnahmen der Eintrittsgelder für das Museum sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (- € 4.345). Dies erklärt sich mit einem in den Sommermonaten des Jahres 2019 zu verzeichnendem leichten Besucherrückgang aufgrund der großen Hitze und den nicht ausreichend klimatisierten Räumlichkeiten im Museum Händel-Haus. Der Einnahmeerlös für Konzerte im Händel-Haus und Erlöse im ideellen Bereich sind im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen auch im Jahr 2019 auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD für Mitarbeiter*innen, die mit Stiftungsgründung im Rahmen der Betriebsüberleitung zuvor als städtische Angestellte eine Tarifbindung mit dem TVöD besaßen. Ferner partizipierten alle anderen, nicht tarifgebundenen Mitarbeiter*innen und der Direktor an der Tarifierhöhung des TVöD gemäß des vom Kuratorium beschlossenen Wirtschaftsplanes.

Für die Pflege der Kunstsammlung der Stiftung wurden im Jahr 2019 Aufwendungen in vergleichbarer Höhe wie im Vorjahr getätigt.

Das Konto #2522 weist den Einnahmeerlös für Veranstaltungen der Theater, Oper und Orchester GmbH im Rahmen der Händel-Festspiele 2019 aus, welcher an die Theater, Oper und Orchester GmbH abgeführt wurde. Der Ticketverkauf dieser Veranstaltungen wurde von der Stiftung kostenlos durchgeführt. Die Sachkosten sind gegenüber dem Jahr 2018 deutlich niedriger ausgefallen. Die Honorarkosten für Künstler sind im Vergleich zum Jahr 2018 geringfügig niedriger (rund € 33 T).

In Bauleistungen (Werterhaltung Gebäude und Reparaturen Gebäude) wurde im Jahr 2019 € 55 T investiert. Darüber hinaus erfolgten im Wirtschaftsjahr 2019 vorrangig Investitionen in den Umbau Eingangsbereich Händel-Haus und für die Installation des Museums-Guide.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit fallen im Wirtschaftsjahr 2019 höher aus als im Jahr 2018.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 46,8 T kommen ein Gewinn in der Vermögensverwaltung (€ 35 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -290 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 38,6 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen Gewinn auf (€ 9,9 T). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2019 runde 36 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2019 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Ergebnis

Kumuliert weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2019 ein Stiftungsergebnis in Höhe von € -159.791,79 aus. Damit fällt der Verlust um rund € 114 T höher aus, als wie es der vom Kuratorium auf seiner Sitzung am 18. Juni 2018 beschlossene Wirtschaftsplan ausweist (€ -46.200).

Die Liquidität ist vorhanden.

Folgende Gründe für den höheren Verlust im Vergleich zum am 18. Juni 2018 beschlossenen Wirtschaftsplan 2019 sind zu konstatieren:

1. Im Wirtschaftsplan 2019, vom Kuratorium beschlossen am 18. Juni 2018, wurden die sonstigen betrieblichen Erträge mit € 490 T geplant, was insbesondere mit Einnahmen aus Fördermitteln für das durch die Investitionsbank geförderte Bauvorhaben zur Schaffung einer neuen, barrierefreien Eingangssituation ins Händel-Haus in Höhe von € 243 T begründet war. Das Jahresergebnis wies eine Unterdeckung von € -42.600 aus.
2. Mit der Wirtschaftsprüfung für das Jahr 2018 wurde entschieden, die Fördermittel für investive Vorhaben grundsätzlich nicht mehr den Umsatzerlösen zuzuschreiben, sondern in den Sonderposten mit Rücklageanteil einzustellen und kohärent zur Abschreibung gewinnerhöhend über mehrere Jahre aufzulösen. Der beschlossene Wirtschaftsplan 2019 wurde strukturell mit dem Ergebnis überarbeitet, die Fördermittel in Höhe von € 264 T in den Sonderposten mit Rücklageanteil einzustellen und gegen die Abschreibung in Höhe von € 21.500 aufzulösen sowie die sonstigen betrieblichen Erträge um den Fördermittelanteil zu reduzieren. Das Jahresergebnis wies in der Erwartung für 2019 einen Verlust in Höhe von € - 288,6 T aus. In der Kuratoriumssitzung am 24. Juni 2019 wurde dem Kuratorium mit der Wirtschaftsplanung 2020 auch die angepasste Erwartung für das Wirtschaftsjahr 2019 zu Kenntnis gegeben.

3. Zum Zeitpunkt der Erstellung und des Beschlusses des Wirtschaftsplanes 2019 war die Baufertigstellung zum 31.12.2019 vorgesehen. Der Zuwendungsbescheid für die von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gewährte Förderung aus dem EFRE-Kulturerbe-Investitionsprogramm weist das Projektende zum 31.12.2019 aus. Aufgrund unvorhersehbarer statischer Neuberechnungen kam es zu einem zeitweiligen Ruhen des Baustellenbetriebes und einer damit einhergehenden Bauverzögerung. Grund sind umfangreiche statische Berechnungen, welche der baurechtlichen Genehmigung durch den Prüfstatiker und das zuständige Bauordnungsamt bedurften. Die Baufertigstellung ist nun für Ende Juni 2020 geplant und vom Fördermittelgeber genehmigt. Durch die Verzögerungen des Baufortschrittes ist auch der ursprünglich geplante Fördermittelfluss an den tatsächlichen Baufortschritt anzupassen. So wurden von den ursprünglich geplanten Fördermitteln aus dem EFRE-Förderprogramm von € 245 T nur rd. € 90 T im Jahr 2019 abgerufen (€ -155 T). Ein entsprechender Mittelübertrag in das Jahr 2020 wurde beantragt und genehmigt.
4. Trotz des verminderten Mittelflusses aus dem EFRE-Kulturerbe-Förderprogramm konnten die sonstigen betrieblichen Erträge entgegen der prognostizierten Erwartung für 2019 von 226 T€ durch zusätzliche Akquise von Fördermitteln um ca. € + 100 T auf € 325 T gesteigert werden.
5. Aus der Anlage der Wertpapiere konnte im Jahr 2019 ein Kursgewinn von € + 22 T verzeichnet werden.
6. Es ist festzustellen, dass das in der Erwartung für das Jahr 2019 prognostizierte Verlustergebnis von €- 288,6 T reduziert werden konnte auf € -159,7 T und fällt somit um € 128 T positiver aus.

Resümee:

Berücksichtigt man alleine die in den Punkten genannten Beträge, so erklärt sich der höhere Verlust von weit über € 100.000 gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan. Dass dieser letztlich nicht noch höher ausgefallen ist, hängt mit höheren Einnahmen zusammen, insbesondere der Handel-Festspiele 2019.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

Ergebnisverwendung 2019

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Stiftungsergebnisses** vor:

- Die Gewinne aus dem ideellen Bereich (€ 46.800,75), der Vermögensverwaltung (€ 34.957,01), dem steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 38.619,16) und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes (€ 9.912,33) sollen mit dem Verlust im steuerfreien Zweckbetrieb (€ -290.081,04) verrechnet werden.
- Der Restbetrag des Verlustes (€ 159.791,79) soll durch Entnahme aus der freien Rücklage (€ 171.718,80), der Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage § 62 Abs. 2 S. 2 AO in Höhe von € 271.048,10 bei gleichzeitiger Einstellung einer Betriebsmittelrücklage (€ - 282.975,11) verrechnet werden.

Stiftungsergebnis		-159.791,79 €
Entnahme freie Rücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	171.718,80 €
Einstellung Betriebsmittelrücklage	§ 61 Abs. 1 AO	-282.975,11 €
Entnahme Betriebsmittelrücklage	§ 62 Abs. 2 S. 2 AO	271.048,10 €
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag		0,00 €

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Rosinski, Stefan		
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Dr. Wend, Detlef	(seit 22.02.2019 stellv. Vorsitzender)
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	(bis 03.07.2019)
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Heinemann, Jens	
		Schmidt, Donatus	(seit 03.07.2019 bis 14.11.2019)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Schramm, Rudenz
Sedlacek, Michal
Vogel, Gerd

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	4	4

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	22.586	85	23.443	89	24.350	95	-857	-4
Umlaufvermögen	4.045	15	2.778	10	1.310	5	1.267	46
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0	214	1	79	0	-184	-86

Bilanzsumme	26.661	100	26.435	100	25.739	100	226	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	22.026	83	21.739	82	21.604	84	287	1
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.592	6	1.665	6	1.757	7	-73	-4
Rückstellungen	1.042	4	1.207	5	634	3	-165	-14
Verbindlichkeiten	1.010	4	936	4	888	3	74	8
Rechnungsabgrenzungsposten	991	3	888	3	856	3	103	12

Bilanzsumme	26.661	100	26.435	100	25.739	100	226	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.451	3.492	3.147
Zuschüsse Gesellschafter	36.183	35.056	32.596
sonstige betriebliche Erträge	365	528	348
Materialaufwand	3.472	3.485	3.214
Personalaufwand	31.717	30.991	29.704
Abschreibungen	1.366	1.353	1.430
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.176	2.884	2.847
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	14	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-40	153	0
Ergebnis nach Steuern	307	196	-1.104
sonstige Steuern	20	61	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	287	135	-1.111

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,31	3,85	-35,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,32	0,62	-4,89	%
Cash-Flow:	1.653	1.488	319	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	84	82	76	T€
Personalaufwandsquote:	79,29	79,31	82,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,60	88,49	94,37	%
Eigenkapitalquote:	82,62	82,23	83,93	%
Fremdkapitalquote:	17,38	17,77	16,07	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Besucher	227.755	221.995	221.651	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.311	1.048	1.054	Anzahl

f) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Durch den Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 sind mit Beginn des Kalenderjahres 2009 die Oper und die Staatskapelle Halle, das Puppentheater und das neue theater Halle sowie das Thalia Theater Halle in der *Theater, Oper und Orchester GmbH Halle* zusammengeführt worden. Dies war mit der Zielstellung verbunden, kulturelle und künstlerische Leistungen der Theater und Orchester auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Im Geschäftsjahr 2019 kam der im Jahr 2018 für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 neu ausgehandelte Theatervertrag mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt erstmalig zum Tragen. Der neue Theatervertrag versetzt die Gesellschaft in die Lage, weitere vier Jahre mit einer gesicherten Finanzierung zu planen. Dieser Theatervertrag sichert das aktuelle Stellengefüge der GmbH ab und geht, wie auch schon im Strukturanpassungskonzept 2.0 vorgesehen, von einer Orchesterstärke von 115 MusikerInnen aus. Für das Geschäftsjahr 2019 wurde der Wirtschaftsplan am 24. Oktober 2018 vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen. Außerdem sah der Wirtschaftsplan 2019 die Zahlung eines Sonderzuschusses in Höhe von TEUR 1.053 vor.

Wie im vorangegangenen Geschäftsjahr 2018, konnte die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2019 ein positives Ergebnis erreichen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von TEUR 287 ab. Durch die Stabilisierung der Erlöse aus Kartenverkäufen konnte das positive Ergebnis aus dem Vorjahr fortgesetzt werden. Zu großen Teil ist das Ergebnis auf Fluktuationen in den Personalkosten im Vergleich zur Hochrechnung zurückzuführen. Die tatsächlichen Personalkosten waren geringer als geplant, jedoch deutlich höher als im Vorjahr. Ein Teil des Überschusses ist auch auf die Auflösung von Steuerrückstellungen nach Beendigung der Betriebsprüfung für die Jahre 2013 bis 2016 zurück zu führen. Zuschüsse wurden in Höhe von TEUR 36.183 an die Gesellschaft geleistet (Vorjahr: TEUR 35.056).

Durch die Einhaltung der vorgegebenen Budgets und einer engmaschigen Liquiditätsüberwachung konnte die Liquiditätslage zum Ende des Geschäftsjahres weiter stabilisiert werden, sie liegt weiterhin in einer der Größe der Gesellschaft angemessenen Höhe.

Leistungsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 fanden spartenübergreifend 27 Premieren statt. Durch die zahlreichen Übernahmen aus vergangenen Spielzeiten konnte die Gesellschaft wieder ein breit gefächertes Angebot vorhalten. Die Oper konnte 7 Premieren zur Aufführung bringen, das neue theater 11, das Thalia Theater 4 und das Puppentheater 4. Außerdem gab es auch im Geschäftsjahr 2019 mit „Cabaret“ eine Koproduktion zwischen Oper und neuem theater.

Die reinen Einnahmen und Besucherzahlen aus Kartenverkäufen der einzelnen Sparten vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 im Überblick:

	Einnahmen EUR	Besucher Anzahl	Vorstellungen Anzahl
Oper	1.138.624	59.345	198
Staatskapelle	732.331	52.495	116
neues theater	747.991	49.521	314
Thalia Theater	239.189	24.010	162
Puppentheater	280.519	18.204	166
TOO gesamt:	3.138.654	203.575	956

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan stellt sich die Entwicklung der Einnahmen und Besucherzahlen in den Sparten wie folgt dar:

	Einnahmen		Besucher	
	lt. Wipla in EUR	Ist 31.12.19 in EUR	lt. Wipla	Ist 31.12.19
Oper	1.100.000	1.138.624	60.200	59.345
Staatskapelle	650.000	732.331	50.500	52.495
Neues theater	680.000	747.991	55.000	49.521
Thalia Theater	190.000	239.189	24.000	24.010
Puppentheater	220.000	280.519	18.500	18.204

Im Rahmenprogramm (Führungen, Einführungen, Nachgespräche, theaterpädagogische Angebote) wurden in den einzelnen Sparten folgende Zahlen erreicht.

	Anzahl	Besucher
Oper	99	5.827
Schauspiel	107	8.778
Puppentheater	21	909
Staatskapelle	24	3.700
Spartenübergreifend	56	3.394
Theaterpädagogik	48	1.572

Somit ergeben sich für die gesamte GmbH folgende Besucher- und Vorstellungszahlen für das Geschäftsjahr 2019:

Besucher	Vorstellungen
227.755	1.311

Diese Übersicht zeigt deutlich, dass in allen Sparten Mehreinnahmen erzielt wurden. Sowohl in der Oper als auch im Schauspiel haben die gemeinsamen Koproduktionen zu Mehreinnahmen geführt.

Die Staatskapelle konnte wiederum, wie auch in den Vorjahren, Mehreinnahmen generieren. Hervorzuheben sind vor allem die Sinfoniekonzerte, mit denen Einnahmen in Höhe von fast TEUR 300 erzielt wurden. Die Gastspieltätigkeit hat im Vergleich zum Vorjahr etwas abgenommen, gleichwohl wurden auch hier die geplanten Einnahmen erreicht. Ein Höhepunkt war wie in den vergangenen Jahren die Teilnahme der Staatskapelle an den Händelfestspielen. Alle anderen Reihen wie die „Galeriekonzerte“, „Musica sacra“, die Kammermusiken und die Pavillonkonzerte wurden in bewährter Weise fortgeführt.

Das Puppentheater konnte wie in den Vorjahren das Geschäftsjahr überaus erfolgreich beenden. Ein besonderer Höhepunkt war die Fortführung der Koproduktion mit der Handspring Puppet Company „Save the pedestals“, mit der das Puppentheater weiterhin erfolgreich auf Gastspielreisen war, unter anderem in Kapstadt und Creteil. Wie im Vorjahr bespielte das Puppentheater verstärkt das Puschkinhaus, um dem ungebrochenen Besucherandrang gerecht zu werden, wie zum Beispiel mit der Inszenierung „CLARA Ein Spiel für Ragna Schirmer“. Die Auslastung des Puppentheaters lag auch 2019 mit 95 % über dem Durchschnitt.

Im Jahr 2019 kamen im **Schauspiel** insgesamt 16 Neuinszenierungen zur Premiere, davon vier Produktionen des Thalia Theaters und elf Produktionen des neuen theaters und eine Koproduktion mit der Oper. Hinzu kommen vier jährlich wiederkehrende Veranstaltungen, die stark in die Stadt hineinwirken und der steten Publikumsgewinnung dienen (Theaterthekennnacht, Maifeier, Der Esel der auf Rosen geht, Silvestergala). Publikumsmagnet war, wie in den Vorjahren, der Kinderfasching „Auf der Rasenkante – Insekten“. Die Auslastung lag hier bei 100 %. Insgesamt erzielte das Thalia Theater eine durchschnittliche Auslastung von 88 %.

Das **neue theater** konnte die Auslastung im Vergleich zum Vorjahr (82 %) noch einmal erhöhen. Sie lag bei 83,5 %.

Wie in allen Jahren erfreute sich das Weihnachtsmärchen im Hof allergrößter Beliebtheit, in zunehmenden Maße auch bei erwachsenen Besuchern mit einer Auslastung von 100 %. Ein großer Erfolg waren auch die anderen Premieren des neuen theaters, allen voran die gemeinsam mit der Oper produzierte Inszenierung „Cabaret“. Großen Wert legte das Schauspiel, als Sparte der TOOH GmbH, auch 2019 wieder auf das Vermietungsgeschäft.

Die Oper konnte sowohl bei den Besuchern als auch bei den Einnahmen an das Vorjahr anschließen. Vor allem die Inszenierungen auf der Raumbühne „Babylon“ erfreuten sich, wie zum Beispiel „Messa da Requiem“, großer Beliebtheit. Die durchschnittliche Auslastung in den Spielstätten der Oper (alle Veranstaltungen) lag bei 68 %. Hervorzuheben sind wie in den Vorjahren natürlich wieder die Ballettaufführungen des „Ballett Rossa“, allen voran wie immer zur Weihnachtszeit „Der Nussknacker“.

Das experimentelle Musiktheater der Oper wurde durch die Verleihung des mit TEUR 75 dotierten Theaterpreises des Bundes 2019 gewürdigt.

2. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 sah der Wirtschaftsplan der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 3.059 vor. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Umsatzerlöse gesamt:	EUR	3.059.000,00
davon Einnahmen Theaterbetrieb:	EUR	2.840.000,00
davon sonstige Umsatzerlöse	EUR	219.000,00

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan wurden folgende Zahlen erreicht.

	Wirtschaftsplan	Ist per 31.12.2019
Einnahmen Theaterbetrieb:	EUR 2.840.000,00	EUR 3.138.654,15
Sonstige Umsatzerlöse:	EUR 219.000,00	EUR 312.629,36
Umsatzerlöse gesamt:	EUR 3.059.000,00	EUR 3.451.283,51

Somit belaufen sich die Mehreinnahmen aus dem Theaterbetrieb auf beachtliche TEUR 299 und aus sonstigen Umsatzerlösen auf TEUR 94.

Für die einzelnen Sparten gliedern sich die Mehreinnahmen aus dem Theaterbetrieb wie folgt auf:

Sparte	Mehreinnahmen
Oper	38.624 EUR
Staatskapelle	82.331 EUR
neues theater	67.331 EUR
Thalia Theater	49.189 EUR
Puppentheater	60.519 EUR.

Hier zeigt sich, dass hinter allen Sparten ein weiteres überaus erfolgreiches Geschäftsjahr liegt und die TOOH bei den Besuchern aus Halle und von außerhalb eine hohe Akzeptanz genießt.

Im Einzelnen stellen sich die Erlöse wie folgt dar:

Die sonstigen Umsatzerlöse betreffen mit TEUR 66 Mieten und Pachten von Geschäftsräumen, mit TEUR 74 periodenfremde Erträge, vor allem die Auflösung der Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter, mit TEUR 60 Garderobengebühren und mit TEUR 3 Erlöse aus Inseraten. Außerdem werden hier Einnahmen aus Ticket- und Vorverkaufgebühren sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Programmheften und Kostümverleih verbucht.

Neben den Umsatzerlösen waren für das Geschäftsjahr **sonstige betriebliche Erträge** in Höhe von TEUR 250 geplant. Verbucht wurden TEUR 365. Hierbei bilden mit TEUR 162 Fördergelder, Drittmittel, Sponsoring und Spenden den größten Posten. Im Wirtschaftsplan 2019 wurden nur die bereits bei der Planung zugesagten Fördergelder und Spenden berücksichtigt.

Für die einzelnen Sparten gliedern sich die wesentlichsten Fördergelder und Spenden wie folgt auf (in EUR):

Sparte	Fördergelder	Projekt
Puppentheater	38.000,00	„Save the pedestals“
Oper	12.500,00	Förderung Kinder- und Jugendchor
Theaterpädagogik	7.500,00	Theatertage der Schulen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten zudem im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens in Höhe von TEUR 81 und Erträge aus der Erstattung von Personalkosten (Mutterschutz) in Höhe von TEUR 99.

Zuschüsse

Der am 17. September 2018 vom Stadtrat beschlossene Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2019 einen Zuschuss von insgesamt TEUR 36.183 vor, der in dieser Höhe ausgereicht wurde. Er gliedert sich wie folgt auf:

Zuschuss Stadt Halle (Saale)	TEUR	22.652
Zuschuss Land	TEUR	10.425
Zuschuss Dynamisierung Stadt	TEUR	529
Zuschuss Dynamisierung Land	TEUR	529
Zusatzbedarf Stadt lt. Wipla	TEUR	1.053
Sonderzuschuss	TEUR	995
Gesamt:	TEUR	36.183

Aufwendungen

Personalkosten

Bei der Planung und Hochrechnung der Personalkosten wurde in allen Bereichen mit 2,5 % Tarifsteigerung gerechnet. In allen Sparten gab es wie im Vorjahr auch Umwidmungen aus dem Festpersonal in den Honorarretat. Bereinigt um die Rückstellungen und die Honorare für abhängig beschäftigte Gäste beliefen sich die Personalkosten im Geschäftsjahr auf TEUR 31.172 und lagen mit TEUR 682 unter dem Planansatz.

Bereich/Sparte	Wirtschaftsplan	nach Umwidmung	Ist per 31.12.2019	dav. abh. Gäste per 31.12.2019	PK fest angestellte Mitarbeiter	Abw. ohne Gäste und nach Umwidmung
Geschäftsführung	261.884	261.884	245.750		245.750	16.134
Staatskapelle	842.163	842.163				
Musiker	11.090.929	11.040.929				
Staatskapelle gesamt	11.933.092	11.883.092	11.613.027		11.613.027	270.065
Chor/Musiktheater	4.220.502	3.959.001	4.435.602	459.353	3.976.249	-17.247
Ballett	1.172.159	1.172.159	1.169.346		1.169.346	2.813
Oper gesamt	5.392.661	5.131.160	5.604.948	459.353	5.145.595	-14.434
Schließer/Aushilfen						
Oper	180.000	180.000	150.746		150.746	29.254
Statisten Oper	30.000	30.000	43.144		43.144	-13.144
Extrachor	61.000	61.000	36.929		36.929	24.071
Kinder- und Jugendchor	53.000	53.000	56.874		56.874	-3.874
Schauspiel	2.344.703	2.303.998	2.418.868	138.111	2.280.757	23.241
Studio	50.000	50.000	55.496		55.496	-5.496
Statisten Schauspiel	21.000	21.000	12.433		12.433	8.567
Schließer/Aushilfen Schauspiel	118.000	118.000	75.782		75.782	42.218
Aushilfen Fasching	35.000	35.000	16.676		16.676	18.324
Puppentheater	720.523	630.523	707.820	94.845	612.975	17.548
Zentraler Bereich	10.794.789	10.794.789	10.713.423		10.713.423	81.366
Leistungsentgelt	153.500	153.500				153.500
Zentraler Bereich	10.948.289	10.948.289	10.713.423		10.713.423	234.866
Aushilfen Zentraler Bereich	55.000	55.000			-	55.000
Unfallumlage/ Schwerbehind.	92.000	92.000	112.680		112.680	-20.680
	32.296.152	31.853.946	31.864.596	692.309	31.172.286	681.660
Rückstellungen						-147.266
Personalkosten gesamt inklusive abhängig beschäftigte Gäste:						31.717.330

Honorare

Wie im Vorjahr fanden Umwidmungen aus den Festpersonalkosten, Gagendifferenzen nach Neubesetzungen unterjährig Berücksichtigung. Außerdem wurden durch Fördergelder und Spenden sowie Sponsoring finanziert. Hierdurch wurden die teilweise entstandenen Überziehungen im Vergleich zum Ansatz im Wirtschaftsplan in voller Höhe gedeckt.

Somit ergaben sich für die Sparten folgende Ergebnisse:

Oper

Honoraretat 2019	EUR	920.000,00	
Umwidmung Personalkosten	EUR	75.000,00	unbesetzte Sängerstellen
	EUR	20.000,00	Gastdirigate
	EUR	16.500,00	Elternzeit
	EUR	78.500,00	Ballettdirektor
	EUR	39.500,68	Gagendifferenzen nach Neubesetzungen
	EUR	30.000,00	Lohnverzicht Dramaturgen
Sonstige	EUR	13.250,00	Sponsoring, Förderung Förderverein
	EUR	40.000,00	Förderung Ernst von Siemens Stiftung
	EUR	20.000,00	Umbuchung vom Gästetetat Staatskapelle
Gesamt:	EUR	1.252.750,68	
Ist per 31.12.2019	EUR	1.176.793,21	

Die Oper konnte also Einsparungen generieren, was vor allem daran lag, dass für den Ballettdirektor der kommissarische Direktor Micael Sedlacek einsprang und die Leitung der Oper weitestgehend auf Gastdirigate verzichtete.

Staatskapelle

Honoraretat	EUR	380.000,00	
Umwidmung	EUR	20.000,00	Gastdirigate
Gesamt	EUR	400.000,00	
Ist per 31.12.2019	EUR	385.426,00	

Der Ansatz im Wirtschaftsplan von TEUR 400 wurde zu Beginn des Geschäftsjahres auf TEUR 380 gesenkt, da die Staatskapelle TEUR 20 an den Etat der Oper übergab, im Gegenzug sollen im Geschäftsjahr 2020 TEUR 20 vom Etat der Oper an die Staatskapelle übergeben werden. Für Gastdirigate wurde der Etat wie bei der Oper um TEUR 20 aufgestockt, da die Stelle des GMD noch bis zum 31. Juli 2019 unbesetzt blieb. Die Staatskapelle konnte das Budget somit einhalten.

Schauspiel

Honoraretat	EUR	450.000,00	
Umwidmungen	EUR	19.724,00	Krankheitsvertretungen
	EUR	20.981,28	Gagendifferenzen nach Neubestzungen
	EUR	21.600,00	Drittmittel
	EUR	-2.972,00	abzüglich interne Verrechnungen
Gesamt:	EUR	509.333,28	
Ist per 31.12.2019	EUR	499.679,14	

Auch dem Schauspiel ist es durch eine exakte Planung gelungen, den Honoraretat einzuhalten. Die Einzelansätze wurden unterjährig den Gegebenheiten angepasst.

Puppentheater

Honoraretat	EUR	140.000,00	
Umwidmungen	EUR	40.000,00	Mutterschaft
	EUR	50.000,00	unbesetzte Stelle Puppenspieler
Sonstige	EUR	38.000,00	Fördergeld „Save the pedestals“
Gesamt:	EUR	268.000,00	
Ist per 31.12.2019	EUR	237.669,20	

Das Puppentheater konnte im Kalenderjahr 2019 den Honoraretat einhalten. Mit der generierten Einsparung deckte das Puppentheater die Mehrausgaben für Mieten des Puschkinhauses in Höhe von TEUR 10 ab.

Materialaufwand

Neuinszenierungen

Für Neuinszenierungen wurden insgesamt TEUR 490 eingeplant. Zum 31. Dezember 2019 ergab sich folgendes Bild:

	Plan	Ist per 31.12.2019
Oper	TEUR 300	TEUR 383
Schauspiel	TEUR 150	TEUR 173
Puppentheater	TEUR 40	TEUR 43.

Die Überziehung im Schauspiel und der Oper resultiert aus der Tatsache, dass in den theatereigenen Werkstätten Kapazitäten frei wurden und somit schon Bühnenbilder für das Jahr 2020 vollständig fertig gebaut werden konnten.

Laufende Inszenierungskosten

Die laufenden Inszenierungskosten beinhalten Kosten für Kostüme, Technik, Beleuchtung, Ton, Urheberabgaben, Instrumentenstimmungen, Ballettschuhe und laufende Kosten der Theaterwerkstätten. Zu den Urheberabgaben ist anzumerken, dass die Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte (GEMA) auskunftsgemäß nach einem Systemausfall keine Rechnungen verschicken konnte, da ein Großteil der gemeldeten Musikfolgen nicht mehr auffindbar war. Aus diesem Grund wurden hier Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen wurden höher gebildet als die Planansätze der Vorjahre, da zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen ist, in welcher Höhe Rechnungen eintreffen werden. Es ist jedoch bekannt, dass auch noch Rechnungen aus dem Jahr 2019 und eventuell 2018 fehlen. Die GEMA war bis jetzt nicht in der Lage, dies zu beziffern. Das Problem betrifft alle Theater bundesweit, die durch diese GEMA Direktion abgerechnet werden.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Für sonstige betriebliche Aufwendungen standen im Wirtschaftsplan TEUR 3.000 zur Verfügung. Verbucht wurden TEUR 3.176.

	Wipla	Ist 31.12.2019
Marketing/Werbung/Pädagogik	330.000	327.571
Instandhaltung/Wartung	400.000	552.735
Bewachung	170.000	166.145
Reinigung/Material	410.000	402.574
Betriebskosten	650.000	617.319
Fuhrpark	55.000	63.210
Arbeitsschutz	15.000	14.390
Mieten	55.000	39.097
Versicherungen/Beiträge	211.000	167.447
Rechts- und Beratungskosten	122.000	143.646
Abschluss- und Buchführungskosten	95.000	137.306
Aus- und Fortbildung/FSJ	76.000	74.275
Ticketgebühren	55.000	48.478
Leasingraten	130.000	117.801
Hard- und Software	120.000	117.291
Telefon/Porto/Bürobedarf	70.000	61.844
Sonstiges	36.000	101.094
Projekte	0	23.587
Gesamt	3.000.000	3.175.810

Der größte Mehrbedarf entstand im Bereich Instandhaltung, da Reparaturen vorgenommen werden mussten, die in diesen Größenordnungen nicht geplant waren. Diese waren jedoch notwendig, um den Spielbetrieb aufrechterhalten und die Sicherheit gewährleisten zu können. Der Mehrbedarf bei Abschluss- und Buchführungskosten entstand durch eine Sonderprüfung des Finanzamtes. In der Position Sonstiges sind im Ist Rückstellungen für eventuell zu erwartende Nachzahlungen von SV Beiträgen verbucht, die sich aus der Prüfung der Vorjahre ergeben könnten. Für Projektaufwendungen erfolgt in der Wirtschaftsplanung kein gesonderter Ansatz, da die Finanzierung der Projekte in der Regel zum Zeitpunkt der Planung noch nicht gesichert ist.

Abschreibungen

Die Abschreibungen, geplant in Höhe von TEUR 1.420 belaufen sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 1.366 und liegen damit weiterhin weit über dem Investitionsvolumen.

3. Investitionen

Der Wirtschaftsplan sah für das Jahr 2019 Investitionen von TEUR 578 vor. Hinzu tritt ein Zuschuss von TEUR 3 der Freunde der Staatskapelle. Obwohl der Ansatz im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich erhöht wurde, besteht weiterhin ein erheblicher Investitionsstau. Insgesamt wurden Investitionen in Höhe von TEUR 509 getätigt. Da einige Investvorhaben in der Umsetzung weniger kostenintensiv waren als geplant und einige Investvorhaben, aufgrund mangelnder Verfügbarkeit von Baufirmen, nicht durchgeführt werden konnten, ergibt sich ein Restbetrag an verfügbaren Investmitteln in Höhe von TEUR 72.

Insgesamt wurden folgende Investitionen getätigt:

Ort	Maßnahme	Plan EUR	Soll EUR	Ist EUR	Rest EUR
Oper	Steuerung Bühnenmaschinerie				
	lt. Angebot	156.416,00	20.416,00	16.808,46	3.607,54
	5 Stk. Movinglights	34.000,00	0,00	0,00	0,00
	Rauchklappensteuerung Bühne	15.000,00	13.000,00	12.231,80	768,20
	Gastroausstattung	3.000,00	20.000,00	19.144,57	855,43
	Sicherheitstechnik	10.000,00	30.000,00	28.100,16	1.899,84
	Maschinen und Geräte	25.000,00	70.000,00	68.130,77	1.869,23
	Baumaßnahmen Gosenstraße	20.000,00	20.000,00	0,00	20.000,00
	Ton	10.000,00	10.000,00	7.810,45	2.189,55
	Melderwechsel BMA	3.584,00	3.584,00	0,00	3.584,00
	Bau Kantine	0,00	143.000,00	124.286,13	18.713,87
	Versorgungstechnik Oper	0,00	15.000,00	12.997,18	2.002,82
	Maßnahmen Barrierefreiheit	0,00	10.000,00	6.718,07	3.281,93
	energetische Maßnahmen	0,00	10.000,00	9.845,94	154,06
	Summe	277.000,00	365.000,00	306.073,53	58.926,47
Staatskapelle	Instrumente und Anlagegegenstände	25.000,00	23.000,00	20.582,50	2.417,50
	Zuschuss Freunde der Staatskapelle	0,00	3.000,00	0,00	3.000,00
	Summe	25.000,00	26.000,00	20.582,50	5.417,50
NT	Obermaschinerie	20.000,00	0,00	0,00	0,00
	Eingangstüren Hof (4 Stück)	10.000,00	9.000,00	8.729,53	270,47
	Überdachung Passage	15.000,00	0,00	0,00	0,00
	Baumaßnahmen	10.000,00	0,00	0,00	0,00
	Melderwechsel BMA (angefangen)	7.000,00	3.000,00	2.128,70	871,30
	Ton	10.000,00	44.500,00	44.243,45	256,55
	Scheinwerfertechnik	40.000,00	21.000,00	20.715,52	284,48
	Maschinen und Geräte HAT/BÜT	20.000,00	8.000,00	7.557,72	442,28
	Anlagegegenstände	20.000,00	1.500,00	1.234,99	265,01
	Summe	152.000,00	87.000,00	84.609,91	2.390,09
PTH	Ton Doc 1 Erneuerung Beschallung (Nexo)	12.000,00	7.000,00	6.470,21	529,79
	Beschallung Dock 2	17.000,00	23.000,00	22.122,81	877,19
	Dimmer Beleuchtung	15.000,00	15.000,00	14.296,66	703,34
	Lager ebenerdig	10.000,00	0,00	0,00	0,00
	Maschinen und Geräte/Beleuchtung	20.000,00	23.000,00	20.192,94	2.807,06
	Summe	74.000,00	68.000,00	63.082,62	4.917,38

4. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt am 31. Juli 2009 über ein Anlagevermögen in Höhe von TEUR 28.460. Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 22.586, das Stammkapital (TEUR 25) und die Kapitalrücklage (TEUR 27.074) werden in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel belaufen sich am Ende des Jahres 2019 auf TEUR 3.795. Die Liquiditätsplanung ging von einer Liquidität zum 31. Dezember 2019 von TEUR 1.031 aus. Hier machen sich die Mehreinnahmen, die Einsparungen bei den Personalkosten und die Mittelbindung aufgrund der refinanzierten Abschreibungen bemerkbar.

Gleichzeitig war die Liquidität am Ende des Geschäftsjahres 2018 schon um TEUR 1.700 höher, als im Wirtschaftsplan 2018 vorgesehen. Dieser hohe Liquiditätsstand zum 31. Dezember 2018 wurde für die Planung 2019 noch nicht berücksichtigt, da dieser zum Zeitpunkt der Planung noch nicht abzusehen war.

5. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Durch Abschluss des neuen Theatervertrages ist die Gesellschaft für weitere vier Jahre in der Lage, den laufenden Theaterbetrieb solide auszustatten und Preissteigerungen, vor allem im Bereich Instandhaltung und Betriebskosten, abzufangen. Durch die Zuschüsse zur Dynamisierung sollten auch die kommenden Tarifsteigerungen gedeckt werden können.

Jedoch gibt es im Bereich der Investitionen außerhalb des jährlichen Investitionsplanes erheblichen Bedarf, den die Gesellschaft mit eigenen Mitteln nicht abfangen kann. Wie auch schon im alten Theatervertrag besagt auch der am 20. Dezember 2018 unterzeichnete Theatervertrag, dass die Zuwendungen des Landes ausschließlich der Mitfinanzierung der jährlich entstehenden Betriebskosten (alle im laufenden Theaterbetrieb anfallenden Personal- und Sachkosten) dienen. Ausgenommen davon sind Bauinvestitionen. Hier aber besteht Bedarf, da die Gebäude teilweise in schlechtem Zustand sind, ebenso einige Spielstätten. So ist die Untermaschinerie im Großen Saal des neuen theaters stark veraltet (31 Jahre) und entspricht nicht mehr den steigenden sicherheits- und brandschutztechnischen Anforderungen. Fast die gesamte Bühnenausstattung ist veraltet.

Die Gesellschaft wird ab dem Jahr 2020 verstärkt Förderanträge stellen. Auch für kleinere Invest-Vorhaben wird eine möglichst hohe Förderquote durch EU-, Bundes-, Landes- und ggf. weitere Drittmittel angestrebt. Hierfür ist der Aufbau einer ausreichend großen Liquiditätsreserve zwingend erforderlich, um die geforderten Eigenanteile finanzieren zu können. Weiterhin muss die Gesellschaft eine eigene Kompetenz für die Beantragung, Bewirtschaftung und Abrechnung von Fördermitteln aufbauen.

Der Aufsichtsrat der TOOH hat in seiner 57. Sitzung am 22. Februar 2019 dafür gestimmt, sowohl den Vertrag des Intendanten des neuen theaters, Matthias Brenner, als auch den Vertrag des Intendanten des Puppentheaters, Christoph Werner, um weitere fünf Jahre zu verlängern. Mit der Verpflichtung von Walter Sutcliffe, konnte die Suche nach einem neuen künstlerischen Leiter der Oper erfolgreich abgeschlossen werden. Herr Sutcliffe wird ab 1. August 2021 die Position des künstlerischen Leiters der Oper Halle bekleiden.

Mit der Aufhebung des Vertrages mit der GMD der Staatskapelle Frau Ariane Matiakh, muss auch für diese Position eine neue, nachhaltige Lösung zur Besetzung gefunden werden.

In der Sitzung vom 18. Februar 2020 hat der Aufsichtsrat der TOOH sich gegen eine Verlängerung des Vertrages mit dem Geschäftsführer Stefan Rosinski entschieden. Herr Rosinski wird somit zum 31. Juli 2021 als Geschäftsführer der TOOH ausscheiden.

Die Gesellschafterin hat bereits mit den Vorbereitungen für die Suche nach einer neuen Geschäftsführung begonnen.

Wie für alle Kulturbetriebe in Europa stellte die Corona-Pandemie auch für die TOOH eine besondere Herausforderung dar. In besonderer Weise belastend ist die mangelhafte Planbarkeit des kurzfristigen Spielbetriebs und die damit einhergehende Unsicherheit in Bezug auf die zu erwartenden Umsatzerlöse. In diesem Kontext ergeben sich die aktuell größten Risiken für die Gesellschaft.

Seit Mitte März 2020 ruht der Spielbetrieb der TOOH, und die Gesellschaft hat in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat am 5. Mai 2020 den regulären Spielbetrieb der aktuellen Spielzeit als für beendet erklärt. Dies begründet sich zum einen aus dem Mangel an Repertoirestücken, die den geltenden Hygienebestimmungen entsprechen würden. Zum anderen kann ein neues, angepasstes Repertoire nicht erarbeitet werden, da der Probenbetrieb bislang ebenfalls eingestellt war. Hinzu kommt, dass in der jetzigen Situation mit einer stark reduzierten Nachfrage gerechnet werden muss.

Für den Juni 2020 wurde ein eingeschränkter Probenbetrieb vorbereitet, um eine punktuelle Bespielung des Innenhofes des neuen theaters und an die Gesamtsituation adaptierte Neuproduktionen für den Herbst in allen Sparten zu ermöglichen.

Vor diesem höchst unsicheren Horizont hat die Geschäftsführung sich intensiv mit Liquiditätsszenarien auseinandergesetzt, um auch für den Worst Case gewappnet zu sein; nämlich, dass es unter Umständen erst wieder ab Oktober 2020 zu nachhaltigen und langsam steigenden Erlösen in relevanter Größenordnung kommen könnte. Danach würde die Liquidität ohne Maßnahmen der Gegensteuerung von Ende März bis Ende Dezember 2020 um geschätzte Mio. EUR 1,8 schrumpfen. Darin berücksichtigt ist allerdings eine Simulation der Sicherung der Gästeteats für die Sparten in voller Höhe, um die Spielfähigkeit bzw. die Möglichkeit neuer Produktionen vollumfänglich zu erhalten. Eine Kompensation der Erlösdefizite durch adäquate Kürzungen in den Gästeteats wäre kontraproduktiv und ist daher abzulehnen.

Zur Kompensation fehlender Erlöse bis zur kommenden Spielzeitpause hat die Geschäftsführung das Instrument der Kurzarbeit geprüft, eine Betriebsvereinbarung mit den beiden Betriebsräten der TOOH verhandelt und Ende März 2020 fristgerecht bei der Agentur für Arbeit die „Anzeige von Arbeitsausfall“ als ersten notwendigen Schritt zur Wahrung der Ansprüche eingereicht. Mit den Betriebsräten ist Kurzarbeit für die Abteilungen Orchester, Orchesterwarte, Maske, Ankleider, Ballett, Chor, Schauspielensemble, Puppenspielensemble, Opernensemble, Bühnentechnik, Ton, Beleuchtung, Besucherservice, Fuhrpark und Requisite vereinbart worden, und zwar für den Zeitraum vom 16. März bis zum 30. April 2020. Die hier nicht erwähnten Mitarbeiter*innen sind arbeitstätig.

Eine zwingende Bedingung der Betriebsräte war die „freiwillige“ Aufstockung des Kurzarbeitergeldes von durchschnittlich ca. 65 % des Nettoehaltes auf 100 % durch den Arbeitgeber.

Der eigentliche Antrag auf Kurzarbeit ist zusammen mit den entsprechenden Lohnnachweisen Anfang Mai 2020 bei der Agentur für Arbeit eingereicht worden. Dieser Antrag hat einen Zahleingang in Höhe von ca. Mio. EUR 1,5 seitens der Agentur für Arbeit zur Folge gehabt. Allerdings ist dies vorbehaltlich geschehen, da die detailbezogene Prüfung der Ansprüche noch aussteht und wahrscheinlich erst im kommenden Kalenderjahr erfolgen wird. Sollte sich die Zahlleistung verifizieren, käme es zu einer Kostenübernahme von Gehaltsteilen, die in etwa den im Worst Case geschätzten Ticketausfällen bis Ende des Jahres entspricht.

Generell werden aktuell die Spielpläne für den kommenden Herbst überarbeitet, um mit kleineren Formaten die Saison eröffnen zu können. Allerdings ist auch die TOOH in ihrem Geschäftsgebaren von der weiteren Entwicklung der Pandemie und sich daraus ergebenden Restriktionen abhängig.

Erst im Herbst werden sich solidere Aussagen darüber erlauben, wie die mittelfristige Entwicklung der Besuchszahlen sein wird; dies auch im Hinblick auf die Entwicklung der Abonnentenzahlen.

Die Spielunterbrechung nutzt die TOOH aktuell, um den nach wie vor bestehenden Sanierungsstau in Einzelmaßnahmen abzarbeiten. Es bleibt aber eine nach wie vor ungelöste Aufgabe, die Gebäude der Oper und der Kulturinsel einer grundlegenden Sanierung zu unterziehen. Hier ist perspektivisch zunächst eine Machbarkeitsstudie zu erstellen.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Müller, Dennis	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	
		Helmich, Dennis	(bis 04.07.2019)
		Hopfgarten, Klaus	(bis 04.07.2019)
		Mackies, Stefanie	(seit 04.07.2019)
		Müller, Katja	(bis 04.07.2019)
		Plassa, Rebecca	(seit 04.07.2019)
		Sänger, Frank	(bis 04.07.2019)
		Sehrndt, Martin	(seit 04.07.2019)
		Sondermann, Hans-Dieter	(seit 04.07.2019)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2019 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	1	2

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	19.235	90	20.101	93	19.456	89	-866	-4
Umlaufvermögen	2.020	10	1.562	7	2.475	11	458	29
Rechnungsabgrenzungsposten	66	0	55	0	50	0	11	20
Bilanzsumme	21.321	100	21.718	100	21.981	100	-397	-2

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.550	31	6.126	28	5.555	25	424	7
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	4.962	23	5.798	27	6.633	30	-836	-14
Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.213	39	8.684	40	9.065	41	-471	-5
Rückstellungen	868	4	810	4	472	2	58	7
Verbindlichkeiten	460	2	190	1	183	1	270	142
Rechnungsabgrenzungsposten	268	1	110	0	73	1	158	144
Bilanzsumme	21.321	100	21.718	100	21.981	100	-397	-2

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.830	3.845	2.838
sonstige betriebliche Erträge	4.904	4.943	4.946
Materialaufwand	2.389	1.752	1.009
Personalaufwand	3.667	3.369	3.435
Abschreibungen	1.875	1.963	1.818
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.338	1.104	1.397
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	19	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31	37	25
Ergebnis nach Steuern	434	582	100
sonstige Steuern	10	10	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	424	572	90

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,78	14,86	3,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,92	10,29	1,64	%
Cash-Flow:	2.299	2.534	1.908	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	119	105	86	T€
Personalaufwandsquote:	37,67	38,34	44,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,14	92,44	88,42	%
Eigenkapitalquote:	30,72	28,21	25,27	%
Fremdkapitalquote:	69,28	71,79	74,73	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Besucher	540.311	472.177	432.200	Anzahl
Tierbestand	1.104	1.342	1.679	Anzahl

f) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in die durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegte Parkanlage, hat sich der Zoo längst von einer klassischen Menagerie in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner vergleichsweise geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.000 Tiere in ca. 200 Arten in überwiegend nach zooökologischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und attraktiv zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren. Erste Anlagen, wie die für Bergzebras und Blesböcke, Rote Pandabären und Schopfhirsche, für Pudus und für Löffelhunde, konnten hierbei bereits umgestaltet werden.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ergibt sich nicht nur durch verschärfte Haltungsanforderungen, sondern ist vor allem auch neuen Erkenntnissen in der Tiergartenbiologie und der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. So liegt der letzte größere Neubau des Zoos im Tierbereich mit dem im Jahr 2006 eröffneten Elefantenhaus bereits mehr als zehn Jahre zurück. Die regelmäßige Renovierung und Instandsetzung bestehender Anlagen, die Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur durch massive Investitionen in bestehende und neue Tieranlagen sowie in das weitere Angebot für die Besucher kann es gelingen, sich im Wettbewerb im Freizeitmarkt zu behaupten. Der Bau neuer Tieranlagen oder der Besatz mit neuen Tierarten gibt dabei immer wieder wichtige Besuchsimpulse und trägt so maßgeblich zur Entwicklung und Konsolidierung der Besucherzahlen bei. Stammesbesucher werden diese Anreize dazu motivieren, ihren Bergzoo immer wieder neu zu entdecken und die Treue zu halten. Zudem können neue Stammesbesucher gewonnen werden. Erste Erfolge in diese Richtung zeigt ein Blick auf die Verkaufsstatistik bei den Jahreskarten. So wurden mit 7.098 verkauften Jahreskarten im Jahr 2019 die Verkaufszahlen im Vergleich zum Jahr 2015 (also vor Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes, erster Investitionsmaßnahmen in die Lebensraumthematik und Änderungen in der Marketingstrategie) um 99 % gesteigert und damit quasi verdoppelt – ein sicherer Beleg für den Zuspruch zum Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Zusätzlich werden Besucher aus ganz Mitteldeutschland durch solche Investitionsprojekte, aber auch durch flächendeckend beworbene, zoogeeignete Großveranstaltungen oftmals auch erstmalig im Bergzoo Halle begrüßt.

Ein überragender Erfolg war im Berichtsjahr die nunmehr zum zweiten Mal durchgeführte, dabei jedoch völlig neu gestaltete Dauerausstellung „Magische Lichterwelten – New worlds“. In Zusammenarbeit mit der aus China stammenden Gesellschaft „Dragon Illumination Arts“, die ihren deutschen Sitz in Köln hat, wurden insgesamt mehr als 300 lebens- und überlebensgroße Laternen, die Tiere, Fabelwesen und Pflanzen darstellten, im abendlich beleuchteten Bergzoo präsentiert. Die hier gezeigte Ausstellung wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Zoologischen Garten Halle und der „Dragon Illumination Arts“ entworfen und kuratiert und feierte am 25. Januar 2019 in Halle (Saale) Weltpremiere. Insgesamt konnten ca. 142.000 Besucher zu den „Magischen Lichterwelten“ begrüßt werden. Dies ist gegenüber der Besucherzahl des Vorjahres ein Plus von 49.000 Besuchern! Dank dieses Ansturmes ist es trotz der großen Hitze und Trockenheit während des Sommers 2019 gelungen, im vierten Jahr in Folge einen Besucherrekord für die Nachwendzeit aufzustellen. Im Jahr 2019 besuchten so insgesamt 540.311 Besucher den Bergzoo in Halle!

Beide Entwicklungen, Neubauten und Großveranstaltungen, sind notwendig, um die Besucherzahlen langfristig zu konsolidieren. Investitionen, die die Gesamtattraktivität des Bergzoos erhöhen, sind somit zwingende Voraussetzung, um das Ziel der Stadt Halle (Saale), den Zoo als überregionales Aushängeschild zu etablieren, zu erreichen. Bis Oktober 2018 fehlte im Besucherangebot des Bergzoos noch eine wetterunabhängige gastronomische Einrichtung mit angemessener Kapazität, um auch größeren Gruppen Platz zu bieten, sowie einem breiteren gastronomischen Angebot, das über das Angebot einer Imbissversorgung hinausreicht. Eine solche gastronomische Versorgung gehört mittlerweile zur Standardinfrastruktur in vergleichbaren zoologischen Einrichtungen wie den Zoologischen Gärten in Magdeburg, Erfurt, Dresden und dem direkten Mitbewerber in Leipzig. Mit der Eröffnung der neuen Bergterrassen im November 2018 gelang es, diese Lücke im Angebot des Bergzoos zu schließen. Das abgelaufene Geschäftsjahr ist nunmehr das erste komplette Jahr, in dem das Restaurant „Bergterrassen“ für Besucher geöffnet hat. Die bisherige Resonanz bei Tagesbesuchern und Kunden, die private Feierlichkeiten in den Bergterrassen veranstaltet haben, war bisher sehr positiv. Aber auch umsatzseitig macht sich das erweiterte Angebot im Bergzoo deutlich bemerkbar. So konnte die Rückvergütung aus der umsatzabhängigen Verpachtung der Zoogastronomie an die „Event Catering Halle GmbH“ von TEUR 199 im Jahr 2018 auf TEUR 288 im Jahr 2019 gesteigert werden.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.055 33 % des Aufwandes für die Gesellschaft trägt, andererseits die Gesellschaft über die Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirladen, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, weitere 52 % der Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet. In diesem Kontext ist in der Vergangenheit bereits mehrfach auf die Zusammenhänge von wirtschaftlicher Entwicklung des räumlichen Umfeldes und der Besucherentwicklung in den Zoologischen Gärten des deutschsprachigen Raumes hingewiesen worden.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2019 war geprägt durch die weitere Umsetzung des durch den Geschäftsführer und Zoodirektor Herrn Dr. Dennis Müller vorgelegten und vom Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossenen Zukunftskonzepts „Bergzoo 2031“. Neben intensiven Planungen für die erste Entwicklungsphase des Zukunftskonzeptes, die sich überwiegend mit der Umgestaltung des rückwärtigen Einganges an der Seebener Straße beschäftigt, ist es wieder gelungen, kleinere Anlagen im Sinne des Lebensraumkonzeptes umzugestalten und neue, attraktive Tierarten in den Bestand des Bergzoo aufzunehmen. So wurde der Bereich zwischen der Bergzebraanlage und der Fasanerie in eine auch für Besucher begehbare Anlage für Löffelhunde umgestaltet, ein europaweit einmaliges Erlebnis.

Zudem wurde die neue Puduanlage (ehemalige Anlage für Nutrias) im Berichtsjahr eingeweiht. Dabei wurde der Lebensraum der aus Patagonien stammenden Zwerghirsche durch die Pflanzung von dort heimischen Bäumen und Gräsern sehr naturgetreu abgebildet – ein neuer Weg in der Anlagengestaltung des Zoos. Im Sommer konnte ein Pärchen der südamerikanischen Riesenotter auf den beiden vorderen Anlagen im Krokodilhaus einziehen. Die tagaktiven, sehr verspielten Raubtiere haben sich schnell zu Besucherlieblingen entwickelt. Schließlich kam in unserer Elefantenherde im September erneut ein gesundes Elefantenkalb zur Welt, das sich bisher sehr gut entwickelt. Wie bereits bei den beiden Elefantengeburt im Jahr 2016 war auch hier das Interesse bei den Besuchern und den Medien wieder erfreulich groß.

Insbesondere durch die bereits erwähnte Großveranstaltung „Magische Lichterwelten – New Worlds“ vom 25. Januar bis zum 17. März und kontinuierlich gute, wenn auch aufgrund des heißen Wetters von Juni bis Mitte September nicht herausragenden Besuchszahlen in der Hauptsaison, konnte der Besucherrekord aus dem Vorjahr (472.177 Besucher) mit insgesamt 540.311 Besuchern noch einmal deutlich übertroffen werden (+ 14,4 %). Hierbei muss allerdings betont werden, dass diesen Mehreinnahmen auch ein hoher Aufwand zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung sowie aufgrund der Einnahmeteilung mit dem chinesischen Partnerunternehmen „Dragon Illumination Arts“ entgegenstand. Insgesamt konnten für die Veranstaltung TEUR 1.631 an Eintrittsgeldern und dem Sponsoring mit der Stadtwerke Halle GmbH vereinnahmt werden. Hierin sind zusätzliche Erlöse aus dem Souvenirgeschäft, der Bewirtschaftung der Parkflächen sowie der Rückvergütung durch Mehreinnahmen in der Gastronomie nicht enthalten. Diesen Einnahmen steht ein Gesamtaufwand in Höhe von TEUR 1.210 gegenüber. Insgesamt konnte mit der Veranstaltung ein Nettoreingewinn von TEUR 421 (ohne Souvenirgeschäft und Rückvergütung) erwirtschaftet werden, ein toller Erfolg und maßgeblich relevant für das gute Jahresergebnis (siehe weiter unten). Da es sich bei den „Magischen Lichterwelten“ nicht um eine zootypische Veranstaltung handelt, können die Einnahmen hierfür nicht dem gemeinnützigen Zweckbetrieb zugeordnet werden und sind somit in voller Höhe umsatzsteuerpflichtig. Diese Aussage wurde durch das Finanzamt Halle bestätigt. Daher wurden in der obigen Darstellung Nettobeträge ausgewiesen.

Erfreulich ist auch die Stabilität der Umsätze aus dem Verkauf der regulären Zoeeintrittskarten, zeigt diese doch, dass die Eintritte im Rahmen der „Magischen Lichterwelten“ nicht in Konkurrenz zu einem regulären Zoobesuch stehen. Bei den Tageskarten konnten die Einnahmen mit TEUR 1.533 um + 0,4 %, bei den Jahreskarten mit TEUR 188 sogar um + 8,4 % gesteigert werden! Positiv haben sich auch die Einnahmen aus dem Souvenirgeschäft (TEUR 362; + 11,9 %) und dem Betrieb des Parkhauses (TEUR 183; + 28 %) entwickelt. Die Umsatzerlöse aus der umsatzsteuerpflichtigen Verpachtung der Gastronomieflächen sind besonders erwähnenswert. Mit TEUR 288 gelang es, die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr (2018: TEUR 199) deutlich zu steigern (+ 44,7 %). Dies ist zum einen auf die erfolgreiche Durchführung der „Magischen Lichterwelten – New Worlds“ und zum anderen durch das erweiterte Angebot im Zuge der Eröffnung des Zoorestaurants „Bergterrassen“ zurückzuführen. Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr insgesamt TEUR 4.829, ein Plus von TEUR 985 bzw. + 25,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Beim Aufwand ist insbesondere der hohe Bedarf für die Durchführung der Großveranstaltung „Magische Lichterwelten“ in Höhe von TEUR 1.210 relevant (siehe oben). Wegen der großen Trockenheit im Berichtsjahr waren auch erhebliche Mehrverbräuche beim Wasserbedarf für die Grünflächen und Tieranlagen gegenüber den Vorjahren kostenintensiv (+ TEUR 59 ≈ + 23,1 %). Den Mehrausgaben im Wareneinkauf für den Zooladen (+ TEUR 7 ≈ + 5,2 %) stehen entsprechende Mehreinnahmen aus dem Souvenirverkauf gegenüber (siehe oben). Leider konnte das Blockheizkraftwerk im Sommer nur in geringen Umfang betrieben werden, da die Kühlung der Anlage aufgrund der enormen Hitze von Mai bis September an ihre Grenzen stieß und nur ein geringer Wärmebedarf in den Tierhäusern bestand. Das Kraftwerk stellt sich in solchen Fällen selbstständig ab. Dadurch musste zusätzlich Strom eingekauft werden. Zudem verteuerte sich im Berichtsjahr der Strompreis. Hinzu kommen Mehrverbräuche durch den Betrieb des Zoorestaurants. Der Mehraufwand für Elektroenergie betrug im Jahr 2019 TEUR + 58 (≈ 54 %). Aufgrund der guten Finanzlage der Gesellschaft war es möglich, auch im Jahr 2019 notwendige Reparaturen und Sanierungsarbeiten an bestehenden Anlagen im höheren Maße als in den Vorjahren durchzuführen. Der Aufwand hierfür war mit TEUR 510 um + 12,0 % höher als im Vorjahr.

In Summe erhöhte sich insbesondere der Materialaufwand im abgelaufenen Geschäftsjahr um TEUR 638, was hauptsächlich aus der Einnahmeteilung der Erlöse für die Veranstaltung „Magische Lichterwelten – New Worlds“ resultiert, die im Jahresabschluss buchhalterisch beim Materialaufwand ausgewiesen werden. Die Abschreibungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr plangemäß um TEUR 88. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Berichtsjahr um TEUR 233 gegenüber dem Vorjahr (≈ 21 %). Dieser Anstieg steht im Zusammenhang mit verstärkt durchgeführten Aktivitäten im Bereich Werbung und Veranstaltungen. Zudem erhöhten sich die Aufwendungen für Reparaturen und Sanierungsarbeiten.

Die Personalaufwendungen (TEUR 3.667) erhöhten sich insbesondere mit Anwendung eines Tarifvertrages ab 1. Juli 2019 um TEUR 297 gegenüber dem Vorjahr. Im Wirtschaftsplan wurden TEUR 3.650 für die Personalaufwendungen eingestellt.

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 424 und liegt damit über der Erwartung aus dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr, der einen Jahresgewinn von TEUR 191 geplant hatte. Aufgrund der oben geschilderten Entwicklungen hat sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr, als das Geschäftsjahr mit einem Gewinn von TEUR 572 abschloss, um TEUR 147 vermindert. Das Betriebsergebnis (Jahresergebnis vor Finanzergebnis) beträgt im Geschäftsjahr TEUR 456.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 21.321 (Vorjahr: TEUR 21.718). Davon entfallen 90,2 % (Vorjahr: 92,6 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 316 auf TEUR 1.726 (+ 22,4 %) erhöht und erreichen nun einen Anteil von 8,1 % (Vorjahr: 6,5 %) an der Bilanzsumme. In den liquiden Mitteln sind Bestände aus an die Gesellschaft ausgezahlten Aktivwerten aus Versicherungen in Höhe TEUR 461 enthalten. Diese werden auf einem separaten Konto der Gesellschaft verwahrt, um Pensionsansprüche hieraus bedienen zu können.

Das Jahr 2019, vom Geschäftsführer und Zoodirektor Herrn Dr. Dennis Müller verantwortet, ist von einem deutlich positiven Gesamtergebnis geprägt. Die Besucherzahlen konnten mit 540.311 Gästen zum vierten Mal in Folge auf einen neuen Nachwenderekord gesteigert werden. Damit einhergehend wurde wieder ein positives Betriebsergebnis erreicht, das noch über der ehrgeizigen Planung zur Realisierung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ liegt. Dennoch muss weiterhin betont werden, dass die jährliche Auflösung eines Sonderpostens in Höhe von TEUR 836, der im Zuge der Entschuldung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin gebildet wurde, weiterhin ergebnisverbessernd ist. Dieser Effekt wirkt letztmalig im Jahr 2025.

Investitionstätigkeit

Das Jahr 2019 war in seiner Investitionstätigkeit im Wesentlichen durch die Planungen zur Umsetzung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ geprägt. Um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen, plant die Gesellschaft, den rückwärtigen Eingang des Zoos zur Saale hin in seiner Attraktivität maßgeblich zu verbessern. Der Zoo wird an dieser Seite künftig über ein Turmgebäude mit Erlebnisfahrrad erschlossen. Daneben befindet sich ein mehrstöckiges Gebäude, in dem weitere zentrale Funktionen zur Umsetzung des Konzeptes untergebracht sind. Die erste Etage beherbergt einen Konferenzbereich mit Kapazitäten für bis zu 130 Veranstaltungsteilnehmer. Im zweiten Stock und damit in Höhe der Zoeebene sollen ein spannender Kletterspielplatz, erste Blicke auf die Elefantensavanne und eine ansprechende Café-Gastronomie neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die dritte Etage gelangen die Besucher auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne in den eigentlichen Zoo – ein besonderes Tiererlebnis, das in dieser Form einmalig in der Zoolandschaft wäre. Für dieses Großprojekt, wie auch für ein Parkhaus, das in der Emil-Eichhorn-Straße errichtet werden soll, konnten im ersten Halbjahr 2018 erfolgreich europaweite Ausschreibungen für die verschiedenen Planungsleistungen (Objektplanung, Freianlagenplanung, Statik, Haustechnik, Elektrotechnik) durchgeführt werden. Daneben wurden verschiedene Ingenieurbüros zur Erstellung notwendiger Fachgutachten gebunden. Es war vorgesehen, die Genehmigungsplanung für diese beiden Maßnahmen im ersten Halbjahr 2019 abzuschließen.

Aufgrund nicht überwindbarer Differenzen mit dem beauftragten Büro für die Objektplanung wurde jedoch das Vertragsverhältnis zum Beginn des Berichtsjahres im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben. Dies machte eine erneute europaweite Ausschreibung für die Objektplanung notwendig. Am 19. August 2019 konnte die HPP Architekten GmbH mit Sitz in Leipzig für das Projekt gewonnen werden. Aufgrund der schnellen Bearbeitung und der sehr guten Koordinierung der Planungsleistungen durch das Projektsteuerungsbüro war es möglich, die Planung der Leistungsstufe 3 abzuschließen und bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt zur finalen Prüfung einzureichen. Bereits im Jahr 2017 ist eine Förderwürdigkeitszusage für die Stadt Halle (Saale) durch die Investitionsbank aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (sogenannte GRW-Mittel) ausgestellt worden. Hiernach ist eine Förderung dieser Maßnahme aus GRW-Mitteln nach noch vorzunehmender baufachlicher Prüfung (die Einreichung der Unterlagen war hierfür auf den 31. Dezember 2019 terminiert) und Konkretisierung der Investition grundsätzlich möglich. Dabei erkennt die Zusage ein besonderes Landesinteresse und beziffert die mögliche Förderquote mit ca. 90 % der Investitionssumme. Damit sind diese Maßnahmen, wie in der im Jahr 2016 erstellten Umsetzungsstudie zur 1. Phase „Bergzoo 2031“ dargestellt, finanzierbar und somit realisierbar.

Der ehemalige Spielplatz an den Bergterrassen mit dem markanten Spielschiff wies erhebliche Mängel auf. Eine Sanierung der Spielgeräte erwies sich als unwirtschaftlich. Daher wurde beschlossen, den bestehenden Spielplatz abzureißen und am selben Ort einen neuen, themenbezogenen Kletterspielplatz zu errichten. Mit der Planung wurde das Freilandarchitekturbüro „Plantraum“ mit Sitz in Halle beauftragt. Das Investitionsvolumen beträgt ca. TEUR 213 und wird im Wesentlichen durch eine großzügige Spende der Saalesparkasse realisiert. Mit der Ausführung der Bauarbeiten konnte zum Ende des Berichtsjahres begonnen werden. Der Spielplatz wurde schließlich am 8. Mai 2020 eröffnet.

Ein weiteres Großprojekt im Rahmen des Zukunftskonzeptes ist der begonnene Umbau der so genannten „Saubucht“ samt anschließendem Weg Richtung „Bergterrasse“ zur alpenländischen „Reilsalm“. Während in der „Saubucht“ verschiedene bedrohte Haustierrassen in einer traditionellen Bauernhofkulisse gezeigt werden, weiden auf der begehbaren Streichelalm Schafe einer bedrohten Alpenrasse. Als zusätzliches Alleinstellungsmerkmal soll der Innenhof der „Saubucht“ als Mensch-Tier-Begegnungsstätte umgestaltet werden, um hier Angebote im Bereich der tiergestützten Therapie durchführen zu können. Eine entsprechend geschulte Mitarbeiterin ist bereits mehrere Jahre im Bereich Umweltpädagogik für die Gesellschaft tätig. Für das Projekt liegt eine Vorplanung mit Kostenschätzung in Höhe von TEUR 770 vor. Die Planung des Umbaus der Gebäude wurde im Berichtsjahr finalisiert, so dass zum Ende des Jahres mit dem Abriss des nicht mehr zeitgemäßen Binturong-Käfigs (ehemals Haltung von Wildhunden) begonnen werden konnte. Die Fertigstellung des Areals ist für die zweite Hälfte des Jahres 2020 geplant. Dieses Projekt wird vom Förderverein des Zoos finanziell unterstützt. Bislang wurden Beschlüsse über die finanzielle Unterstützung in Höhe von TEUR 160 gefasst. Ein weiterer Teil der Finanzierung soll zudem durch eine Erbschaft in Höhe von TEUR 175 realisiert werden, die zweckgebunden für ein Projekt zur Verbesserung der Haltungsbedingungen für die Tiere im Bergzoo verwendet werden muss.

Der als Tierarztpraxis geplante Rohbau hinter der „Reilschen Villa“ ist weiterhin ohne Nutzung. Eine im Jahr 2019 beauftragte Planung bestätigt, dass die im Zukunftskonzept in diesem Gebäude vorgesehenen Funktionen (Sanitärgebäude für bis zu 30 MitarbeiterInnen, Belegschaftsraum für die Gesamtbelegschaft und Empfang) hier untergebracht werden können. Für den Umbau war ein Investitionsvolumen in Höhe von TEUR 265 in der Mittelfristplanung der Gesellschaft eingestellt. Dies entspricht der Kostenschätzung aus dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Im Jahr 2020 sollen die einzelnen Gewerke ausgeschrieben und der Umbau ggf. fertiggestellt werden.

Neben diesen Großvorhaben konnten kleinere Umbaumaßnahmen an bestehenden Anlagen im Rahmen der Realisierung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ umgesetzt werden. So wurde der Neubau einer begehbaren Anlage zur Haltung von Löffelhunden zwischen der Bergzebraanlage und der Fasanerie im Berichtsjahr abgeschlossen und die Anlage im Beisein des Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Dr. Wiegand, eröffnet. Zudem wurden Ersatzbeschaffungen im Fuhrpark der Gesellschaft (Hoflader, Transportfahrzeug für den Bereich Gartenbau) realisiert.

Das Gesamtvolumen für Investitionen in Höhe von TEUR 1.009 verteilt sich dabei auf die verschiedenen Projekte wie folgt (nur Projekte mit einem Investitionsvolumen > TEUR 15): Planungen für Baumaßnahme „Saaleeingang“ mit Erweiterung Elefantenanlage: TEUR 558, Neubau „Bergspielplatz“: TEUR 132, Planungen für die Umgestaltung Saubucht: TEUR 53, Planungen für Sozialgebäude: TEUR 32, Ersatzfahrzeuge Fuhrpark: TEUR 86. Die Gesamtaufwendungen wurden aus dem Investitionszuschuss des Jahres 2019 durch die Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 256, aus Spenden durch die Saalesparkasse und dem Förderverein des Zoologischen Gartens Halle, aus Erbschaften sowie aus eigenen Mitteln geleistet.

Personal- und Sozialbereich

Im Jahr 2019 beendete eine Auszubildende der Gesellschaft erfolgreich die Lehre als Zootierpflegerin im Bergzoo Halle und konnte auf eine durch Rentenantritt der entsprechenden Mitarbeiterin freigewordene Planstelle unbefristet übernommen werden.

Um die MitarbeiterInnen der Gesellschaft angemessen an der aktuellen Lohnentwicklung zu beteiligen und die Lohngestaltung anhand einheitlicher Tätigkeitsmerkmale transparent und im branchenüblichen Rahmen vorzunehmen, haben die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Zoologischer Garten Halle GmbH im Berichtsjahr die Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) für die MitarbeiterInnen durch Beitritt der Gesellschaft in den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) beschlossen. Dies gelang zum 1. Juli 2019. Die nunmehr anzuwendenden Eingruppierungen der MitarbeiterInnen in die Entgeltgruppen des TVöD VKA erfolgten auf der Grundlage der von „Dr. Borning Wirtschaftsberatung – Personal- und Organisationsentwicklung“ aus Berlin vorgenommenen ausführlichen Stellenbewertungen. Der Betriebsrat der Gesellschaft hatte zuvor den vorgeschlagenen Eingruppierungen inkl. Einordnungen in die Erfahrungsstufen zugestimmt. Dabei wurde der Betriebsrat durch eine Sachbearbeiterin der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) beraten. Die voraussichtlichen Personalkosten unter Berücksichtigung der Anwendung des Tarifvertrages wurden bereits bei Erstellung des Wirtschaftsplanes geschätzt und entsprechend eingestellt (TEUR 3.650). Der tatsächliche Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr 2019 auf TEUR 3.667 und war damit trotz einer Steigerung von TEUR 297 gegenüber dem Vorjahr im Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 im Wesentlichen abgebildet.

Chancenbericht

Der Zoologische Garten Halle ist auch weiterhin die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden.

In einer ersten Entwicklungsphase sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Im Berichtsjahr ist es gelungen, die Planungen für dieses Großvorhaben voranzutreiben.

Daneben zeigen die Erfahrungen aus den drei erfolgreich abgeschlossenen Großveranstaltungen „Magische Lichterwelten“ (2018 - 2020), dass solche Formate geeignet sind, eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Besuchern anzusprechen. Solche Veranstaltungen können offenkundig einen wesentlichen Anteil zur Konsolidierung der seit Einführung des Zukunftskonzeptes bereits jetzt vergleichsweise hohen Besucherzahlen leisten. Besonders erwähnenswert ist dabei, dass es mit diesem Format gelungen ist, Gäste in den sonst eher besucherschwachen Wintermonaten in den Bergzoo Halle zu locken.

Die in den letzten Jahren zu verzeichnende positive Entwicklung bei den Reallöhnen trägt dabei aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu der positiven Entwicklung der Besucherzahlen und den Finanzergebnissen bei. Ungeachtet dessen ist zu vermuten, dass der demografische Wandel der Gesellschaft auch in den kulturellen Einrichtungen mehr und mehr bemerkbar sein wird. Insbesondere sinkende Geburten könnten sich nachhaltig verschlechternd auf die Besucherzahlen der Gesellschaft auswirken, denn gerade junge Familien sind die wesentliche Zielgruppe der zoologischen Gärten. Die Steigerung des Anteils der sich im Ruhestand befindenden Bevölkerung – eine andere Zielgruppe für Zoos – wird diesen Effekt wohl auch aufgrund der geringeren Kaufkraft dieser Bevölkerungsgruppe nicht vollständig kompensieren können. Ein positiver Effekt wird durch die wieder steigende Einwohnerzahl in Halle von knapp 3,2 % in den Jahren 2014 bis 2019 erwartet, da mehr als 50 % der gelösten Tagestickets und ca. 90 % der gelösten Jahreskarten an Hallenserinnen und Hallenser verkauft werden.

Risiko- und Prognosebericht

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen. Für die nächsten Jahre werden Einnahmen aus Eintritten von 330.000 bis 350.000, im Jahr 2020 aufgrund der Wiederholung der Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ von 440.000 Besuchern geplant. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die MitarbeiterInnen regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle. Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die Beteiligungsmanagementanstalt der Stadt Halle (Saale) werden regelmäßige Risikoabschätzungen vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt. Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Seuche entstehen. Dieses Szenario ist erstmalig in der Geschichte des Zoologischen Gartens Halle (Saale) aufgrund der durch das Coronavirus SARS-CoV 2 verursachten Pandemie eingetreten.

Aufgrund der „Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV 2 in Sachsen- Anhalt“ vom 17. März 2020 musste der Zoologische Garten Halle (Saale) für Besucher schließen und konnte erst mit der „Verordnung zur Änderung der 4. Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV 2 in Sachsen- Anhalt“ am 23. April 2020 unter starken, die Zahl der Besucher limitierenden Auflagen wiedereröffnen. Damit war der Zoologische Garten Halle (Saale) fast sechs Wochen für Besucher gesperrt (wir verweisen auf unsere Angaben im Anhang zum Jahresabschluss). Die damit bisher einhergegangenen Einnahmenverluste, die zu erwartenden Mindereinnahmen aufgrund des beschränkten Zutritts sowie die Mehrausgaben für die Zugangskontrolle, Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen können noch nicht sicher abgeschätzt werden, da ein Ende dieser Maßnahmen bisher nicht absehbar ist und auch mit weiteren Einschränkungen im Verlaufe des Jahres gerechnet werden muss, sollte es zu einem erneuten Ansteigen der Infektionszahlen kommen

Vor diesem Hintergrund hat der Geschäftsführer umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Liquidität der Gesellschaft auch mittelfristig zu gewährleisten. Dazu zählen die Verschiebung nicht dringend erforderlicher Anschaffungen, Instandsetzungs- und Reparaturmaßnahmen, die Verschiebung von Beauftragungen für das Investitionsvorhaben „Sanierung Sanitärgebäude“, Budgetkürzungen in den Bereichen Marketing und Veranstaltungen und die Einführung von Kurzarbeit. Die Geschäftsführung hat ihre Liquiditätsvorausschau und Ergebnisprognose entsprechend aktualisiert.

Unter diesen Annahmen und aufgrund der sehr großen Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in Form von Spenden und der Übernahme von Patenschaften ist die Liquidität der Gesellschaft voraussichtlich zu keinem Zeitpunkt im aktuellen Geschäftsjahr gefährdet. Liquiditätsreserven und Spenden können die Mindereinnahmen unter den derzeitigen Annahmen kompensieren.

Der eingeführte Pandemieplan der Gesellschaft zur Sicherstellung der Betriebsbereitschaft und der Versorgung des Tierbestandes erwies sich bisher als effizient. Es wurden keine Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV 2 innerhalb der Tierpflegerschaft festgestellt. Ebenso wenig wurden Mitarbeiter als Kontaktpersonen vorsorglich unter Quarantäne gestellt. Ein Ausfall einzelner Schichten in den Revieren könnte auch weiterhin abgedeckt werden.

Die Geschäftsführung ging in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 von einem positiven Jahresergebnis aus. Das Ziel von TEUR 1.447 ist nach derzeitiger Planung jedoch nicht mehr zu erreichen, auch wenn die im Frühjahr 2020 durchgeführte Veranstaltung „Magische Lichtenwelten – Mythen, Märchen und Legenden“ trotz der pandemiebedingten, vorzeitigen Beendigung einen operativen Gewinn von ca. TEUR 200 erreichen konnte. Im Wirtschaftsplan 2020 ist mit Erlösen aus Anlageverkäufen in Höhe von TEUR 1.307 gerechnet worden. Dieser geplante Verkauf von Immobilien wird voraussichtlich nicht mehr im Jahr 2020 stattfinden. Aus diesem Grund und wegen der pandemiebedingten Mindereinnahmen ist der ursprünglich geplante Gewinn in Höhe von TEUR 1.447 nicht zu erreichen.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 130 Abs. 4 KVG LSA. Danach hat eine Kommune ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) ist satzungsgemäße Aufgabe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Heine, Christian

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	(bis 03.07.2019)
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	(seit 03.07.2019, seit 05.12.2019 stellv. Vorsitzende)
		Döring, Jan	(seit 03.07.2019)
		Dr. Brock, Inés	(bis 03.07.2019)
		Dr. Richter, Inge	(seit 03.07.2019)
		Geier, Egbert	
		Heym, Carsten	(seit 03.07.2019)
		Hintz, Katharina	
		Knöchel, Swen	(bis 03.07.2019)
		Müller, Katja	(seit 03.07.2019)
		Nagel, Elisabeth	(bis 03.07.2019)

Verwaltungsrat: Scholtyssek, Andreas (bis 03.07.2019)
Winkler, Yvonne
beratendes Mitglied Bär, Claudia (seit 01.07.2019)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	12	11	11

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	168	25	163	26	158	27	5	3
Umlaufvermögen	510	74	454	73	414	72	56	12
Rechnungsabgrenzungsposten	8	1	7	1	7	1	1	14
Bilanzsumme	686	100	624	100	579	100	62	10
Passiva								
Eigenkapital	273	40	222	36	129	22	51	23
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	31	5	29	4	30	5	2	7
Rückstellungen	360	52	356	57	401	69	4	1
Verbindlichkeiten	22	3	17	3	19	4	5	29
Bilanzsumme	686	100	624	100	579	100	62	10

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1.071	1.047	995
Personalaufwand	824	806	814
Abschreibungen	6	9	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	145	134	152
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	5	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41	0	0
Ergebnis nach Steuern	51	93	18
Jahresüberschuss	51	93	18

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	57	102	24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	119	116	111	T€
Personalaufwandsquote:	76,90	77,00	81,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,18	4,66	5,12	%
Eigenkapitalquote:	39,79	35,65	22,33	%
Fremdkapitalquote:	60,21	64,35	77,67	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2019 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2018 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2018 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2020 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2018 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2018 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum neunten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2018 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2017 verringerten sich die Wertansätze im Wesentlichen aufgrund von Kapitalentnahmen.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Unterstützung bei der Durchführung des Verfahrens zur Neubesetzung von Aufsichtsgremien nach der Kommunalwahl 2019

Die Neuwahl des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) im Juli 2019 hat es erforderlich gemacht, die **Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen** in Privatrechtsform, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts und Eigenbetrieben **neu zu besetzen**.

Die Amtsperiode der Mitglieder in den Aufsichtsgremien ist in der Regel an die Legislaturperiode des Stadtrates gekoppelt. Erst mit der wirksamen Bestellung der Mitglieder in Aufsichtsgremien kann das städtische Beteiligungsmanagement seine satzungsgemäße Aufgabe der Mandatsbetreuung erfüllen.

Eine zusammengefasste **Informations- und Beschlussvorlage** mit Zugriffsrechten der Fraktionen und der Anzahl der durch den Stadtrat zu besetzenden Sitze je Aufsichtsgremium ist durch die BMA vorbereitet und in der Sitzung des Stadtrates am 3. Juli 2019 beschlossen worden.

7. Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

- zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio spiegelbildlichen Datenbasis und
- zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2020** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung eines Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen. Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar

- durch die Konzeption eines **Gesamtstädtischen Vergütungskonzeptes** mit der Zielstellung einer in sich konsistenten, transparenten, angemessenen und marktüblichen Alimentation der Geschäftsführer/Vorstände im Beteiligungsportfolio der Stadt,
- durch Unterstützung bei der Konzeption und Gestaltung von Entscheidungsprozessen bei Geschäftsführungs-Angelegenheiten,

- bei der **Zoologischer Garten Halle GmbH** bei der Unterstützung zur Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen und durch einen Systemisierungsvorschlag zur strategischen Neuausrichtung mit seinen konzeptionellen Eckdaten,
- bei der **Stadion Halle Betriebs GmbH** durch die Begleitung der Umsetzung einer Rekommunalisierung der Gesellschaftsanteile,
- bei der **Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** durch Unterstützung der Entscheidungsprozesse personalwirtschaftlicher Maßnahmen sowie durch Unterstützung bei der Verhandlung und der Ausgestaltung des Zuwendungsvertrages 2019-2023 mit dem Land einschließlich Beschlussvorlage für den städtischen Gremienlauf,
- bei der **Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH** mit der Unterstützung bei der Umsetzung eines geordneten Generationenwechsels mit Fahrplan, Stellenausschreibung, Anforderungsprofil und Abschluss des neuen Anstellungsvertrages,
- bei der **Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG** mit der Unterstützung bei der Abstimmung mit dem Land zur Auslegung des Berechnungsschemas zur Bestimmung der jährlichen Abgeltungsverpflichtungen der Stadt gegenüber dem Land,
- beim **Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH** durch Unterstützung der Entscheidungsfindung in Geschäftsführungs-Angelegenheiten,
- bei den **Gründerzentren TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH** und die **Bio-Zentrum Halle GmbH** im Hinblick auf die Entwicklung eines Strategiekonzeptes, das strukturiert aus dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) abgeleitet wird und

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA

- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung,
- durch die Erarbeitung und Abstimmung einer Vereinbarung über die **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt für die Haushaltsjahre 2018 bis 2022,
- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus**) sowie
- durch die Mitwirkung an der „Arbeitsgruppe TOOH“ gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (TOOH) und Vertretern des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt.

Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf dem Jahresgewinn 2019.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresgewinns 2019 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von 41 TEUR wurden aufgrund der änderten Rechtsauffassung der Finanzverwaltung, nach der die von der BMA erbrachten Leistungen einen Betrieb gewerblicher Art begründen, zum 31. Dezember 2019 erstmals gebildet. Die Steuerrückstellungen betreffen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag für die Veranlagungszeiträume 2018 und 2019.

Die **sonstigen Rückstellungen** haben sich planmäßig verringert. Die während der Aktivphase verdienten Gehaltsansprüche des ehemaligen Vorstandes aus seinem Dienstvertrag wurden anteilig für das Jahr 2019 rätierlich ausgezahlt.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2019 mit 51 TEUR (Vorjahr: 93 TEUR) nicht vollständig verwendet wurden.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren stellen für die Anstalt die Transferzahlungen sowie die Liquidität dar.

Bei der Planung wurde für das Wirtschaftsjahr 2019 von einem Jahresverlust in Höhe von 20 TEUR ausgegangen. Ursache für die Vermeidung des Jahresverlustes sind hauptsächlich die nicht ausgeschöpften Budgets im Bereich der Personalkosten und der Rechts- und Beratungskosten.

Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) hat die Anstalt in Höhe von 1.040 TEUR (Vorjahr: 1.026 TEUR) erhalten.

Die **Kostenstruktur** ist im Vergleich mit Dienstleistungsunternehmen marktüblich. Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 17 % (Vorjahr: 16 %).

Die **Personalkosten** haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf der individualvertraglichen Anpassung der Gehälter für alle Mitglieder der Belegschaft.

Die gegenüber dem Vorjahr höheren (Steuer-)Beratungsleistungen stehen im Zusammenhang mit der Veranlagung zur Körperschaftsteuer für die Jahre 2018 und 2019. Zur Umsatzsteuerbarkeit der städtischen Transferzahlungen steht die endgültige Entscheidung des Finanzamtes noch aus, so dass dafür noch keine Kosten angefallen sind. Die übrigen **Sachkosten** bewegen sich entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2019 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens- und Finanzlage keine wesentlichen Veränderungen. Die Ertragslage hat sich vorrangig aufgrund der erstmaligen Berücksichtigung von Ertragsteuern für die Veranlagungszeiträume 2018 und 2019 in Höhe von 41 TEUR verschlechtert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2019 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2019 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Corporate Governance Kodex - kodexkonforme Anwendung und Umsetzung,
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Überarbeitung der Internet-Präsenz.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 20 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.054 TEUR.

Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung und infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt sowie einmalig zu erwartende Rechts- und (Steuer-)Beratungskosten für die bislang noch ausstehende endgültige Entscheidung des Finanzamts Halle (Saale) zur Umsatzsteuerbarkeit der Transferzahlungen der Stadt an die BMA. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Durch die geänderte Rechtsauffassung der Finanzverwaltung hinsichtlich der ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Behandlung der Geschäftstätigkeit der BMA ab dem Veranlagungszeitraum 2018 besteht das Risiko eines sich erhöhenden Jahresverlustes sowie das Risiko der Entstehung einer finanziellen Deckungslücke im Wirtschaftsjahr 2020 für die Steuerjahre 2018, 2019 und 2020, sofern die Aufgabenträgerin die Transferzahlungen für die Wirtschaftsjahre 2018, 2019 und 2020 nicht nachträglich um die bei Richtigkeit der geänderten Rechtsauffassung der Finanzverwaltung anfallenden steuerlichen Mehrbelastungen erhöhen sollte.

Aufgrund der für den Monat Dezember 2018 durchgeführten Umsatzsteuer-Sonderprüfung kommt das Finanzamt Halle (Saale) in seinen vorläufigen Prüfungsfeststellungen zu dem Ergebnis, dass die BMA unternehmerisch tätig sei.

Da nur eine teilweise Übertragung der Aufgaben des kommunalen Beteiligungsmanagements an Steuer- oder Wirtschaftsberatungsgesellschaften zulässig sein dürfte, erscheint es fraglich, ob tatsächlich eine größere Wettbewerbsverzerrung im Falle der BMA droht.

Eine Wettbewerbssituation kommt allenfalls bei einem Teil der von der BMA satzungsgemäß wahrgenommenen Aufgaben in Betracht. Aus den noch andauernden politischen Gesprächen auf Landesebene, die mit dem Ziel der Vermeidung der Umsatzsteuerbarkeit der Transferzahlungen an die BMA geführt werden, ergibt sich, dass die Umsatzbesteuerung der städtischen Zuschüsse an die BMA weiterhin als nicht überwiegend wahrscheinlich erachtet wird.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen. Somit stellen die Mitarbeiterzufriedenheit, eine wettbewerbsfähige Vergütungsstruktur sowie die Attraktivität der Anstalt als Arbeitgeber insgesamt, die wesentlichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren der BMA dar.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Zusammenfassend haben sich die Chancen der Anstalt gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Risikolage der BMA hat sich aufgrund der dargelegten umsatzsteuerlichen Problematik gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Saalesparkasse

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
Anschrift:	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Träger:	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Saalesparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.
- (2) Die Saalesparkasse betreibt die in der nach § 32 Nr. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) zu erlassenden Verordnung vorgesehenen Geschäfte. Sparkassenzentralbankgeschäfte, Bauspargeschäfte, Investmentgeschäfte und Versicherungsgeschäfte sollen im Verbund mit den Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben werden.
- (3) Die Saalesparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung ihres öffentlichen Auftrages.
- (4) Die Saalesparkasse ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes und des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt.

(vgl. § 2 SpkG-LSA)

Öffentlicher Zweck:

Die Saalesparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet, das sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis erstreckt, tätig. Aufgaben der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung der Bevölkerung, zur Förderung der privaten Eigenvorsorge, der kreditwirtschaftlichen Begleitung mittelständischer Unternehmen, der Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität sowie der Förderung des Gemeinwesens werden wahrgenommen.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen Meßmer, Alexander	
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Bannert, Frank	(bis 30.06.2019 1. stellv. Vorsitzender, seit 01.07.2019 Vorsitzender; verstorben am 10.07.2019)
	Vorsitzender	Handschar, Hartmut	(seit 01.11.2019)

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2019		2018		2017		Veränderungen 2019 zu 2018	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Barreserve	476.566	10	503.680	11	309.229	7	-27.114	-5
Forderungen an Kreditinstitute	90.734	2	85.425	2	57.713	1	5.309	6
Forderungen an Kunden	2.470.934	51	2.360.343	51	2.162.538	49	110.591	5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.304.142	27	1.265.187	27	1.477.164	34	38.955	3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	385.304	8	317.877	7	269.010	6	67.427	21
Beteiligungen	22.306	0	11.337	0	28.261	1	10.969	97
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.165	0	25	0	25	0	18.140	72.560
Treuhandvermögen	62.253	1	66.471	1	57.462	1	-4.218	-6
Immaterielle Anlagewerte	117	0	155	0	198	0	-38	-25
Sachanlagen	47.627	1	49.648	1	44.451	1	-2.021	-4
Sonstige Vermögensgegenstände	7.813	0	8.292	0	11.920	0	-479	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	1.526	0	1.727	0	613	0	-201	-12

Bilanzsumme

4.887.487	100	4.670.167	100	4.418.584	100	217.320	5
------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	184.601	4	187.343	4	185.684	4	-2.742	-1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.139.325	85	3.923.552	84	3.686.256	84	215.773	5
Treuhandverbindlichkeiten	62.253	1	66.471	2	57.462	1	-4.218	-6
Sonstige Verbindlichkeiten	3.477	0	3.107	0	3.080	0	370	12
Rechnungsabgrenzungsposten	500	0	678	0	859	0	-178	-26
Rückstellungen	43.091	1	36.873	1	43.449	1	6.218	17
Fonds für allgemeine Bankrisiken	245.100	5	245.100	5	236.800	5	0	0
Eigenkapital	209.140	4	207.043	4	204.994	5	2.097	1

Bilanzsumme

4.887.487	100	4.670.167	100	4.418.584	100	217.320	5
------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Eventualverbindlichkeiten	26.123		30.604		29.550		-4.481	-15
Andere Verpflichtungen	123.672		106.460		110.633		17.212	16

bb) GuV

	2019	2018	2017
	T€	T€	T€
Zinserträge	70.577	74.357	78.777
Zinsaufwendungen	6.272	7.559	9.448
Laufende Erträge	13.241	11.444	14.575
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	9
Provisionserträge	38.915	39.179	35.626
Provisionsaufwendungen	2.997	2.636	1.607
Sonstige betriebliche Erträge	6.445	13.287	6.784
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	71.951	71.147	73.833
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.682	3.647	4.783
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.252	9.017	9.802
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	44.855	5.154	396
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0	12.620	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	33.549	0	34.037
Aufwendungen aus Verlustübernahme	76	7	0
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	8.300	56.400
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	23.642	18.180	13.539
Steuern vom Einkommen und Ertrag	21.342	15.961	11.292
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	202	171	168
Jahresüberschuss	2.098	2.048	2.079
Bilanzgewinn	2.098	2.048	2.079

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	0,46	2,34	15,26	%
Cash-Flow:	50.634	23.469	7.258	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	199	204	197	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	34,42	31,82	32,20	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,97	1,06	1,01	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	9,29	9,68	10,00	%
Fremdkapitalquote:	90,71	90,32	90,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in
Kundeneinlagen	4.139,3	3.923,6	3.686,3	Mio. €
davon Spareinlagen	1.037,3	1.018,4	1.155,8	Mio. €
Forderungen an Kunden	2.470,9	2.360,3	2.162,5	Mio. €
Filialen	45	46	46	Anzahl
SB-Filialen	37	40	40	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2019

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
- 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
- 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
- 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
- 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
- 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
- 7.3.4 Management der operationellen Risiken
- 7.3.5 Management der Provisionsrisiken
- 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 wies die deutsche Volkswirtschaft die schwächste Jahreswachstumsrate seit 2013 auf und lag damit deutlich unter dem Zuwachspfad des Produktionspotenzials. Hinter der jahresdurchschnittlichen Wachstumszahl verbirgt sich im Jahresverlauf eine stark abgeflachte Entwicklung. Bei der Beurteilung der konjunkturellen Dynamik im Jahr 2019 sind jedoch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft festzustellen. Während dessen die Bautätigkeit boomte und sich viele Dienstleistungsbranchen gut entwickelten, konzentrierten sich Rückgänge auf die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe und hier insbesondere die exportorientierten Industriezweige. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes errechnet sich aus dem wechselhaften Verlauf im Gesamtjahr 2019 eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 0,6%.

Der private Konsum war mit realen Zuwächsen von 1,6 % stark aufwärtsgerichtet, er wurde erneut von einer guten Arbeitsmarktlage und steigenden Einkommen gestützt.

Der Preisauftrieb blieb 2019 ähnlich wie schon in den vorangegangenen Jahren moderat. Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt 2019 um 1,4 %.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte 2019 entsprechend den Produktionstrends in den einzelnen Sektoren eine differenzierte Entwicklung. Insgesamt ist die Arbeitslosenquote in Deutschland für das Jahr 2019 mit 5,0 % gegenüber 5,2 % im Vorjahr noch einmal leicht zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erreichte mit fast 45,3 Mio. im Jahresdurchschnitt 2019 einen neuen Rekordwert.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2019 nochmals leicht auf 7,1 % gegenüber 7,7 % im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten der Stadt Halle (Saale) sowie des Saalekreises für 2019 im Vergleich zum Vorjahr ebenso leicht gesunken.

Der Prognose entsprechend ist die Bevölkerungsentwicklung im Geschäftsgebiet insgesamt nach wie vor rückläufig. Dies resultiert insbesondere aus der Entwicklung im Saalekreis. Vonseiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2030 ein weiterer wesentlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, während für die Stadt Halle von einer leicht positiven Entwicklung ausgegangen wird.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

Bei den kurzfristigen Zinsen (drei Monate bis ein Jahr) lagen die Zinssätze im Verlauf des gesamten Jahres 2019 im negativen Bereich. Im mittelfristigen Laufzeitbereich (5-JahresZins) bewegten sich die Zinssätze im Jahresverlauf in den negativen Bereich hinein und festigten zum Jahresende die negative Tendenz. Bei den langfristigen Laufzeiten (10-JahresZins) konnte eine Abwärtsbewegung festgestellt werden, die Zinssätze stabilisierten sich zum Jahresende jedoch leicht im positiven Bereich. Der Unterschied zwischen dem kurz- und dem langfristigen Zinssatz verringerte sich im Jahresverlauf weiter und bewegte sich zum Jahresende deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex (DAX) war in 2019 sehr volatil mit insgesamt steigender Tendenz. Der deutsche Leitindex erreichte am Jahresende mit einem Stand von 13.249 Punkten einen erheblichen Jahresgewinn von 25,5 %.

Die EZB hat den negativ verzinslichen Satz für die Einlagefazilität von -0,4 % p. a. auf nunmehr -0,5 % p. a. weiter abgesenkt. Dieser Satz ist der in der aktuell herrschenden Überschussliquiditätssituation entscheidende Leitzinssatz, der das Geld- und Kapitalmarktgeschehen prägt. Der Hauptrefinanzierungssatz sowie der Spitzenrefinanzierungssatz blieben unverändert. Das zum Jahresende 2018 bereits eingestellte Anleihe-Ankaufprogramm der EZB wurde seit Jahresbeginn 2019 teilweise wiederaufgenommen, da sie in den ersten zehn Monaten auslaufende Beträge in ihrem Bestandsportfolio wieder ersetzte. Seit November 2019 kauften die Notenbanken des Eurosystems auch netto wieder neue Anleihen in einer Größenordnung von monatlich 20 Mrd. EUR an. Sie stemmen sich mit dieser erneuten geldpolitischen Lockerung gegen die vorherrschende Konjunkturschwäche.

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Satzung der Saalesparkasse.

Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden und bewegt sich damit erneut über den geplanten Erwartungen. Im Geschäftsjahr 2019 konnten die Planannahmen in den Geschäftsfeldern Kreditgeschäft im Wesentlichen erreicht und im Einlagengeschäft sogar übertroffen werden.

Der Zinsüberschuss legte über den Planwert hinaus zu, blieb allerdings leicht unter dem Vorjahreswert. Das Provisionsergebnis konnte die geplanten Ziele nicht in vollem Umfang erreichen und bewegt sich damit ebenso leicht unter dem Vorjahr. Die Verwaltungsaufwendungen liegen jedoch wesentlich sowohl über dem Planwert als auch über dem Vorjahreswert. Die insgesamt gegenüber den Planungen als positiv einzuschätzende Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Jahr 2019 wurde durch die erfolgten Bewertungsmaßnahmen im Gesamtergebnis nochmals stark positiv beeinflusst.

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Geschäftsjahr 2019 zufrieden.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und stieg um 110,6 Mio. EUR auf 2.470,9 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 4,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegte sich mit einem Rückgang um 4,0 % (Vorjahr 2,5 %) unter dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen konnte um 2,8 % (Vorjahr 6,5 %) erhöht werden, es liegt damit leicht über den Erwartungen. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 9,8 % (Vorjahr 8,1 %) über die Planvorgaben hinaus leicht ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand leicht um 9,1 % (Vorjahr 6,4 %). Der Bestand an Schuldscheindarlehen von Unternehmen und öffentlichen Haushalten verringerte sich um 10,1 Mio. EUR bzw. 0,1 % entgegen den Planvorgaben.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Rückgang bei kurz- bis mittelfristigen Krediten zu verzeichnen (-12,6 Mio. EUR bzw. -3,5 %). Demgegenüber erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen im Jahresverlauf um 126,3 Mio. EUR bzw. 6,1 %.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 14,6 % verringert und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 16,2 % erhöht.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich bis Ende 2019 um 111,7 Mio. EUR (+6,7 %) auf insgesamt 1.780,2 Mio. EUR, sie bewegen sich damit jedoch leicht unter unseren Planannahmen.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um 5,3 Mio. EUR (6,2 %) auf 90,7 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) erhöhte sich um 106,4 Mio. EUR auf 1.689,4 Mio. EUR. Dies entspricht einer Erhöhung um 6,7 % gegenüber dem Vorjahr und ist vornehmlich auf Neuinvestitionen in Schuldverschreibungen sowie Spezialfonds zurückzuführen. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 262,8 Mio. EUR bzw. 60,5 % auf 697,4 Mio. EUR stark erhöht. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmensanleihen und Staatsanleihen.

Die Saalesparkasse ist Inhaber von Anteilen an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 365,3 Mio. EUR) sowie an einem Publikumsfonds (Buchwert: 20,0 Mio. EUR). Das in Fonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf um 67,4 Mio. EUR erhöht. Insgesamt sind ca. 82,4 % des Fondsvolumens in Immobilien investiert und 12,9 % der Anlagen in den Spezialfonds entfallen auf den Bereich Infrastruktur.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich maßgeblich auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung. Die Saalesparkasse weist Beteiligungen über 22,3 Mio. EUR aus, die in Höhe von 6,2 Mio. EUR auf den Ostdeutschen Sparkassenverband sowie in Höhe von 14,9 Mio. EUR auf den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt (SBV) entfallen.

Der Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt hat sich im Zusammenhang mit der Auffanglösung und Kapitalstärkung der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB) im Rahmen einer Kapitalerhöhung an der Landesbank beteiligt. Infolgedessen ist die Beteiligung der Saalesparkasse am SBV um 10,0 Mio. EUR gestiegen. Darüber hinaus waren bei der Beteiligung am SBV aufgrund der mittelbar an der Öffentlichen Feuerversicherung Sachsen-Anhalt (ÖSA) gehaltenen Beteiligung Zuschreibungen in Höhe von 0,9 Mio. EUR vorzunehmen.

Die Saalesparkasse hält darüber hinaus eine stille Einlage an der NORD/LB in Höhe von 5,2 Mio. EUR, deren Bewertung aufgrund der Umstrukturierung der Bank zu einer weiteren Abschreibung im Jahr 2019 geführt hat.

Im Geschäftsjahr hat die Saalesparkasse die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) mit Sitz in Halle (Saale) vollständig erworben und bilanziert diese mit einem Wert von 18,1 Mio. EUR als verbundenes Unternehmen. Grund für den Erwerb im Rahmen eines „Share Deals“ ist der Immobilienbestand des Wohnviertels „Pauluspark“ in Halle (Saale), der zur weiteren Diversifizierung unseres Portfolios von Wohnimmobilien führt.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-Gesellschaft Halle mbH eine 100 %ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und im Verkauf von Immobilien besteht. Aus dem für die Tochtergesellschaft bestehenden Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Saalesparkasse ergibt sich im Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2019 nach einer Verlustübernahme durch die Saalesparkasse ein ausgeglichenes Ergebnis.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 215,8 Mio. EUR (5,5 %) auf 4.139,3 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals unsere Planannahmen.

Insgesamt haben sich die Spareinlagen mit einem Zuwachs um 18,9 Mio. EUR oder 1,9 % auf 1.037,3 Mio. EUR leicht erhöht. Innerhalb der Struktur der Spareinlagen kam es entsprechend unseren Planannahmen nochmals zu einer Verschiebung insbesondere zulasten der langfristigen Anlageformen mit Festzins, die sich unter anderem in einem Rückgang des Festzinssparens sowie in einem nochmaligen Rückgang des Prämiensparens widerspiegelte. Demgegenüber haben sich die normalverzinslichen Spareinlagen einschließlich der Bestände auf den Spar-Plus-Konten um 64,7 Mio. EUR erhöht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit +196,9 Mio. EUR wesentlich positiver. Dabei zeichneten sich die Zuwächse aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab, die im Jahresverlauf um diesen Betrag erneut zulegten und damit unsere Planwerte übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder hat sich um 2,7 Mio. EUR bzw. 1,5 % auf 184,6 Mio. EUR marginal verringert.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr reduzierte sich das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots deutlich um 12,7 Mio. EUR oder 7,3 % auf 162,6 Mio. EUR. Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner Deka-Bank erhöhte sich demgegenüber im Jahr 2019 um 621 Stück auf 28.743 Stück. Darüber hinaus wuchs das Depotvolumen unserer Kunden bei der Deka-Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 94,6 Mio. EUR oder 14,3 % auf 756,0 Mio. EUR deutlich.

2.8 Verbundgeschäft

Im Versicherungs- und Verbundgeschäft konnten die geplanten Erwartungen nicht in vollem Umfang erfüllt werden. Das Gesamtergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2019 im Volumen ein differenziertes Bild. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2019 für die Lebensversicherungen bei 2,1 Mio. EUR und damit leicht über dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen hingegen erreichte die Saalesparkasse einen Wert von 4,9 Mio. EUR, der somit um 1,8 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert liegt. Bei der betrieblichen Altersvorsorge ging das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert leicht auf 0,2 Mio. EUR zurück. Die Werte im Bereich Sachversicherungen erfuhren gegenüber dem Vorjahr nur unwesentliche Veränderungen. Bei den Krankenversicherungen ist eine leichte Verbesserung festzustellen.

Im Segment der Bausparverträge konnte das Ergebnis des Vorjahres nicht vollständig erreicht werden. Das im Jahr 2019 abgeschlossene Volumen liegt bei 98,8 Mio. EUR und damit um 7,3 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte an das Vorjahresergebnis nicht vollständig angeknüpft werden. Dennoch wurden insgesamt 128 Objekte von den Handelsvertretern der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt verringerte sich im gleichen Zeitraum auf 0,14 Mio. EUR. Die im Jahr 2019 erzielten Courtagen aus Kaufobjekten betragen damit 1,4 Mio. EUR.

2.9 Vertrieb und Produkte

Die anhaltende Niedrigzinsphase begrenzte das Produktangebot der Saalesparkasse für Geldanlagen unverändert. Aufgrund dieser Situation an den Kapitalmärkten mit zunehmend negativen Zinssätzen hat die Saalesparkasse einen Teil der im Bestand befindlichen Verträge „S-Prämien sparen flexibel“ ohne Laufzeitbegrenzung gekündigt.

2.10 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2019 waren in der Saalesparkasse 679 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr marginal verringert. Der Bestand an 289 Teilzeitkräften ist gegenüber dem Vorjahr höher. Am 1. August haben 19 Auszubildende ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 43 Auszubildende zu Bankkaufleuten ausgebildet. 16 Mitarbeiter befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen zur Erweiterung, Modernisierung und zum Umbau bestehender Bausubstanz sowie zur Erweiterung der Technik und zur Systemunterstützung mit einem Gesamtbetrag von 1,6 Mio. EUR getätigt. Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 114 Geldausgabeautomaten, 107 Kontoauszugsdruckern und 16 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2019 rund 9,1 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldausgabeautomaten ein Geldbetrag von rund 1.010,1 Mio. EUR verfügt wurde.

Um die Saalesparkasse vor dem Hintergrund des aktuellen Zinsniveaus sowie der demografischen Entwicklung weiterhin zukunftsfähig zu machen, werden kontinuierlich Maßnahmen zum Kostenmanagement fortgeführt.

3 Vermögenslage der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse verfügt über eine Kapitalausstattung, die hinreichend Spielraum für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 209,1 Mio. EUR (4,3 % der Bilanzsumme) betragen.

Insgesamt belaufen sich die anrechenbaren Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2019 auf 451,8 Mio. EUR. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31. Dezember 2019 mit 14,9 % über den gesetzlichen Mindestanforderungen (KWG i. V. m. CRR).

Dabei hat die Saalesparkasse neben den Mindestgesamtkapitalanforderungen gemäß CRR (8,0 %) auch die von der BaFin angeordneten zusätzlichen Kapitalanforderungen gemäß Supervisory Review and Evaluation Process (SREP: 2,0 %) sowie die Kapitalpufferanforderungen gemäß § 10c KWG (Kapitalerhaltungspuffer) und § 10d KWG (antizyklischer Kapitalpuffer) einzuhalten. Die Mindestkapitalanforderung für 2019 beträgt inklusive des für die Saalesparkasse individuell festgelegten SREP-Aufschlages und der Kapitalpufferanforderungen 12,5 % und wurde somit eingehalten.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 50,6 % (Vorjahr 50,5 %) der Bilanzsumme und die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit 26,8 % (Vorjahr 27,1 %) die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) mit 84,7 % (Vorjahr 84,0 %) der Bilanzsumme dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (3,8 %), die im Vorjahresvergleich (4,0 %) nahezu konstant blieben.

Geschäfte im eigenen Management der Saalesparkasse wurden ausschließlich in Euro getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurden keine neuen Swappeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen. Eine der Sicherungsbeziehungen endete planmäßig.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresultimo 2019 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Die Saalesparkasse hat ihren Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anschaffungskosten bzw. die fortgeführten Buchwerte angesetzt.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind vorsichtig bewertet. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag und die Rückstellungen mit ihrem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen Kursreserven sowie saldierte schwebende Gewinne aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Risikovorsorge nach § 340f HGB.

Die Kapitalausstattung der Saalesparkasse sieht der Vorstand als ausreichend für die geplanten Geschäftsaktivitäten an. Die Vermögenslage ist geordnet.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geforderte Kennzahl gemäß delegierter Verordnung (EU) 2015/61 wurde stets eingehalten.

Die Guthaben, die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschrieben sind, unterhielt die Saalesparkasse bei der Deutschen Bundesbank.

Die Zahlungsverpflichtungen auf der Passivseite sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase überwiegend kurzfristig gebunden. Demgegenüber stehen auf der Aktivseite ausreichend Zahlungsmittel in Form von Guthaben bei der Bundesbank sowie liquiden Wertpapieren zur Verfügung. Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen zum Stichtag 123,7 Mio. EUR.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. Im Jahr 2019 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben.

Die Finanzlage ist geordnet und die Saalesparkasse wird aus heutiger Sicht auch zukünftig in der Lage sein, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die nachstehende Ergebnisdarstellung orientiert sich an der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise.

Position	31.12.2019 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA*	31.12.2018 in Mio. EUR	in % der DBS	% der DBS LSA
Zinsüberschuss	74,3	1,57	1,75	75,9	1,70	1,89
Provisionsüberschuss	35,9	0,76	0,76	36,5	0,82	0,75
Sonstige betriebliche Erträge	5,6	0,12	0,05	2,8	0,06	0,04
Verwaltungsaufwendungen	-72,5	-1,54	-1,58	-68,8	-1,54	-1,61
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,0	-0,06	-0,03	-2,7	-0,06	-0,03
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	40,3	0,86	0,96	43,7	0,98	1,04
Bewertungsergebnis	+33,4	0,71	0,18	-19,7	-0,44	-0,47
Neutrales Ergebnis	-4,7	-0,10	-0,08	2,3	-0,05	-0,15
Ertragsteuern	-21,3	-0,45	-0,31	-16,0	-0,36	-0,28
Veränderung der Vorsorgereserven (saldiert)	-45,6	-0,97	-0,69	-8,3	-0,19	-0,09
Jahresüberschuss	2,1	0,04	0,06	2,0	0,05	0,04

* Vergleichszahlen: Auswertung Betriebsvergleich 2019
Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. EUR bzw. um 2,2 % geringere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse. Der Planwert konnte leicht übertroffen werden, wobei die Abweichung auf einen höheren Zinsertrag im Depot A insbesondere aus Fondsausschüttungen zurückzuführen ist.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 86,6 Mio. EUR (Vorjahr: 89,6 Mio. EUR) nochmals geringeren Zinserträge liegen besonders in einem niedrigeren Ergebnis im Eigengeschäft begründet. Der Planwert konnte jedoch übertroffen werden. Verglichen mit dem Vorjahr verminderten sich erneut leicht die Zinsaufwendungen mit 7,5 Mio. EUR (Vorjahr: 8,8 Mio. EUR). Der Wert resultiert überwiegend aus geringeren Aufwendungen für Prämienparverträge sowie für höherverzinsliche Sichteinlagen und entsprach dem Planwert. Der mit den Zinserträgen saldierte Aufwand aus den getätigten Zinssicherungsvereinbarungen (Swaps) belief sich auf 4,8 Mio. EUR.

Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr geringere Zinsspanne von 1,57 % (Vorjahr 1,70 %), die zwar leicht über dem Planwert, aber deutlich unter dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (1,75 %) liegt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 35,9 Mio. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres (36,5 Mio. EUR) sowie leicht unter dem geplanten Wert (36,5 Mio. EUR). Die größten Ergebnisbeiträge resultieren aus den Entgelten im Privatgiroverkehr und aus dem Wertpapiergeschäft. Weiterhin führte das Wertpapierleihegeschäft zu einem Ergebnis in Höhe von 1,3 Mio. EUR (Vorjahr 1,2 Mio. EUR), welches die getroffene Planvorgabe von 0,9 Mio. EUR erneut überschritt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die sich insbesondere aus Grundstücks- und Gebäudeerträgen sparkasseneigener Immobilien, deren Bestand durch Neuerwerbungen gestiegen ist, sowie aus Erträgen aus Personalgestellung zusammensetzen, die zum Zeitpunkt der Planung noch nicht berücksichtigt werden konnten, bewegten sich mit 5,6 Mio. EUR (Vorjahr 2,8 Mio. EUR) deutlich über dem Planwert (3,6 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen (72,5 Mio. EUR) lagen über dem Niveau des Vorjahres (68,8 Mio. EUR), sie bewegten sich wegen eines gegenüber der Planung höheren Sachaufwandes über der Planvorgabe (69,8 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung stiegen um 0,6 Mio. EUR auf 44,3 Mio. EUR (0,94% der DBS) und lagen damit leicht über dem Planwert von 43,9 Mio. EUR.

Der Sachaufwand lag bei 28,2 Mio. EUR (Vorjahr 25,1 Mio. EUR) mit 0,60 % der DBS und fiel damit höher als der Planwert (25,9 Mio. EUR) aus. Leichte Erhöhungen insbesondere beim Aufwand für sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude sowie bei den nicht in der Planung berücksichtigten Dienstleistungen Dritter für die Auslagerung der Marktfolge Passiv konnten nur teilweise durch unter den Planungen liegende Aufwendungen in den Bereichen Geschäftsraumkosten, beim Aufwand für das Rechenzentrum sowie bei den Beiträgen und Gebühren teilweise kompensiert werden.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern hat sich mit 40,3 Mio. EUR um 3,3 Mio. EUR oder 7,6 % gegenüber dem Vorjahresergebnis verringert. Damit liegt die Saalesparkasse dennoch über dem Planwert (38,6 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (CostIncome-Ratio) mit 64,2 % um 3,1 Prozentpunkte verschlechtert (Vorjahr 61,1 %). Der Planwert (64,4 %) wurde damit jedoch übertroffen.

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von 34,3 Mio. EUR (0,73 % der DBS). Die deutlich positivere Entwicklung gegenüber dem Planwert (-5,5 Mio. EUR) und dem Vorjahreswert (-7,0 Mio. EUR) resultiert insbesondere aus der Realisierung von schwebenden Gewinnen in Höhe von 33,6 Mio. EUR durch die Einlieferung zweier Immobilienfonds zu Zeitwerten in einen Masterfonds.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von -0,9 Mio. EUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr vor allem als Folge geringerer EWB-Auflösungen sowie der Neubildungen von Pauschalwertberichtigungen wesentlich verschlechtert. Gegenüber den Modellannahmen aus der Planung in Höhe von -3,6 Mio. EUR stellt sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft deutlich positiver dar.

Das sonstige Bewertungsergebnis (-0,1 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem von Sonderfaktoren geprägten Ergebnis im Zusammenhang mit der Bewertung der NORD/LB im Vorjahr (16,7 Mio. EUR) deutlich verbessert, weil im Berichtsjahr dafür keine weiteren Aufwendungen anfielen. Aus diesem Grund konnte auch gegenüber dem Planwert in Höhe von -3,2 Mio. EUR eine starke Verbesserung erreicht werden.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit +33,4 Mio. EUR bzw. 0,71 % der DBS positiv dar und hat sich insbesondere durch die Entwicklung des Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft stark verbessert.

Das neutrale Ergebnis fiel durch den gestiegenen neutralen Aufwand, der aus der Bildung einer Rückstellung zur Zahlung von zusätzlichen Beiträgen an den Sparkassenstützungsfonds aufgrund einer abgegebenen unwiderruflichen Verpflichtungserklärung ergab, sowie aus Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) resultierte, mit insgesamt -4,7 Mio. EUR deutlich negativer gegenüber dem Vorjahr (+2,3 Mio. EUR) und auch gegenüber dem Planwert (-1,8 Mio. EUR).

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,044 %.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote wird der Bilanzgewinn in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr 2019 als zufrieden stellend.

7 Risikomanagement der Saalesparkasse

7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten

Geschäfte mit Finanzinstrumenten sind der wesentliche Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse erwirbt Kundeneinlagen und Gelder von Kreditinstituten und investiert diese in Vermögenswerte, um entsprechende Margen zu erwirtschaften. In diesem Sinne gibt die Saalesparkasse vorhandene Mittel an Kunden und Kreditinstitute oder investiert in Beteiligungen, in Spezial- und Publikumsfonds sowie in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen öffentlicher Haushalte, aber auch von Kreditinstituten und Unternehmen sowie in Immobilien. Diese Aktivität schließt nicht nur bilanzwirksame Geschäfte ein, sondern auch nicht bilanzwirksame wie Avale, Garantien und Kreditzusagen.

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften oder im Rahmen der Absicherung einer größeren Anzahl von Geschäften kann die Saalesparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte im Geschäftsjahr 2019 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Der Abschluss weiterer Zinsswapgeschäfte zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war aufgrund wesentlicher Unterschreitung der intern festgelegten Grenze beim Zinsrisikokoeffizienten nicht erforderlich. Ein Zinsswapgeschäft wurde fällig. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen. Geschäfte in Fremdwährung bestehen im Rahmen unserer Anlagen in Spezialfonds.

7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks ist das Grundprinzip der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Saalesparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos.

In der Saalesparkasse kommt ein strategiebasiertes Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Die Grundlagen dafür bilden dabei eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostراتيجien.

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Saalesparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. Im mindestens jährlichen Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese ggf. an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert. Die Erörterung bezieht sich dabei auch auf mögliche Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikoarten Adressen-, Marktpreis-, Beteiligungs- und Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko und sonstige Risiken ein.

Ausgehend von den in der Risikostrategie definierten wesentlichen Risikoarten des Bankgeschäftes werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit nachfolgende Risikoarten limitiert:

- Adressenrisiko Kundengeschäft
- Adressenrisiko Eigengeschäft
- Zinsspannenrisiko
- Marktpreisrisiko Depot A
- Immobilienobjektrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Operationelle Risiken
- Vertriebsrisiko Dienstleistungsgeschäft
- Refinanzierungsrisiko

Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das Teil des Liquiditätsrisikos ist, als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert.

Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb und Liquiditätsrisiken zur Verfügung.

In der Saalesparkasse ist der Begriff „Risiko“ als negative Abweichung von einem Erwartungswert bzw. als negative Abweichung von einem erwarteten Wert definiert.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Saalesparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrundeliegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten.

Zur Steuerung in der Saalesparkasse dient die periodenorientierte Sichtweise der Risikotragfähigkeit im Rahmen eines Fortführungsansatzes (Going-Concern). Dabei wird sichergestellt, dass der Teil der regulatorischen Eigenmittel, der mindestens zur Erfüllung der bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen unter Berücksichtigung der harten Kapitalanforderung gemäß SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) notwendig ist, nicht zur Risikoabdeckung bereitgestellt wird.

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption ist als rollierende Zwölfmonats-Betrachtung ausgestaltet.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial setzt sich aus den nicht zur Erfüllung der Eigenmittelanforderungen gebundenen Sicherheitsrücklage, dem aufsichtsrechtlich ungebundenen Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und dem erwarteten Betriebsergebnis nach Bewertung und nach Steuern zusammen.

Als steuerungsrelevantes Szenario dient das Risikoszenario. Das Gesamtlimit im Risikoszenario wird ausgehend vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial unter Beachtung der in der Risikostrategie verankerten strategischen Zielgröße, einer Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 8,0 % zuzüglich eines Managementpuffers sowie der harten Kapitalanforderung gemäß SREP, bereitgestellt. Der Managementpuffer betrug im Geschäftsjahr 1,00 % und beläuft sich ab dem Geschäftsjahr 2020 auf 1,25 %. Er deckt sowohl das eigene Sicherheitsniveau als auch den aktuellen und künftig erwarteten institutsindividuellen antizyklischen Kapitalpuffer ab.

Aus dem insgesamt bereitgestellten Limit werden Teillimite für die in der Risikotragfähigkeitskonzeption definierten Risikoarten abgeleitet.

Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen und ggf. Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Risikomessung erfolgt im steuerungsrelevanten Risikoszenario auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 95,0 %.

Mithilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse auf die Portfolios auswirken. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt. Die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist sowohl durch die Ausgestaltung der Szenarien als auch durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signale für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

7.2.2 Risikomanagementorganisation

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Anleger vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Anlageausschüsse überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Prüfungsaufgaben von der Abteilung Interne Revision wahrgenommen.

Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt.

Die Compliance-Funktion ist innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Vorstandsstab/Compliance installiert.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Saalesparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Unter den Adressenausfallrisiken wird in der Saalesparkasse die Gefahr möglicher Verluste infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern verstanden. Darüber hinaus besteht auch die Gefahr, dass Sicherheiten während der Kreditlaufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können.

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Das Länderrisiko ist Teil des Adressenausfallrisikos im Kunden- und Eigengeschäft und umfasst das Risiko eines Ausfalls oder einer Bonitätsänderung eines Schuldners, der selbst ein ausländischer öffentlicher Haushalt ist. Ein weiterer Bestandteil des Länderrisikos ist das Ländertransferrisiko. Darunter wird die Gefahr verstanden, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes seine Zahlungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht leisten kann.

Kreditausreichungen der Sparkasse erfolgten zu zirka einem Viertel an Kreditnehmer mit einem Sitz außerhalb Deutschlands. Diese Anlagen unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse im Hinblick auf mögliche Länderrisiken. Dabei stellen die Staaten Frankreich und Österreich die Sitzländer mit den höchsten Investitionsvolumen dar.

Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 auf insgesamt 159,5 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 109,7 Mio. EUR sowie auf Kreditnehmer mit Sitz in Spanien 31,9 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte zum Beispiel in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite.

Grundlage der Risikoermittlung ist unter anderem die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren und über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (zum Beispiel Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostrukturen des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfangreich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft.

>Kundenkreditgeschäft

Um Adressenausfallrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung aller Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 94,6 % ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I (Rating 1 bis 9) mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 3,2 % der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II (Rating 10 bis 15) mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III (Rating 16 bis 18) entfallenden ungesicherten Kreditteile der Ratingnoten 17 und 18 wenn erforderlich durch eine Risikovorsorge abgeschirmt sind.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge ist Gegenstand der internen Berichterstattung und umfasst den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft werden unter Anwendung des Kreditportfoliomodells CreditPortfolioView (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein unerwarteter Verlust (Value-at-Risk (VaR)) bei einem Konfidenzniveau von 95,0 % für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio der Saalesparkasse zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Für die Saalesparkasse ergibt sich im Risikoszenario für das Adressenrisiko im Kundengeschäft per 31. Dezember 2019 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 6,6 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 88,5 %. Das Limit für das Adressenrisiko im Kundengeschäft wurde im Berichtsjahr 2019 jederzeit eingehalten.

>Depot A/ Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung.

Die Risikostruktur des Eigengeschäfts zeigt mit einem Anteil von 80,6 % im InvestmentGrade (Ratingklassen 1 bis 5) sowie 6,1 % im Speculative-Grade (Ratingklassen 6 bis 18) vertretbare Risiken auf. Weitere 13,3 % des Volumens entfallen auf die Liquiditätshaltung bei der Deutschen Bundesbank und weisen kein Rating aus.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells CPV auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigte im Jahresverlauf auch Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten. Zur Reduzierung von Größenkonzentrationen wurden Bestände einzelner Emittenten im Verlauf des Geschäftsjahres abgebaut.

Das Adressenausfallrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe). Zur Abbildung der Adressenausfallrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein Volumenlimit eingeräumt. Darüber hinaus wird zur Steuerung der Emittenten- und Kontrahentenrisiken ein Risikolimit aus der Risikotragfähigkeit für die Adressenausfallrisiken abgeleitet.

Die Ermittlung der Adressenausfallrisiken für Eigenanlagen für Zwecke der Risikotragfähigkeit erfolgt über ein Kreditportfoliomodell, welches sowohl die aktuelle Portfoliostruktur als auch das geplante Neugeschäft berücksichtigt. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0 % für das gesamte Portfolio ermittelt. Neben den Portfoliodaten (insbesondere Volumen und ratingbezogene Ausfallwahrscheinlichkeit) werden dabei auch übergreifende Parameter (beispielsweise eine Migrationsmatrix und Recovery Rates) berücksichtigt.

In die auf Ratings basierende Risikoermittlung werden auch Länderrisiken ausgehend von den Länderratings einbezogen. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei im Wesentlichen auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD.

Die Auslastung der für die Emittenten und Kontrahenten eingeräumten Volumenlimite wird täglich überwacht. Darüber hinaus wird das Adressenausfallrisiko des Depot A regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Für die Saaleparkasse ergibt sich im Risikoszenario für das Adressenrisiko im Eigengeschäft per 31. Dezember 2019 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 7,1 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 74,4 %. Das Limit für das Adressenrisiko im Eigengeschäft wurde im Berichtsjahr 2019 jederzeit eingehalten.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiko wird in der Saalesparkasse die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position definiert, welche sich aus der Veränderung von wertbeeinflussenden Parametern ergibt. Als wertbeeinflussende Parameter gelten Zinsen, Spreads, Währungen, Aktienkurse und Immobilienpreise.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse legt ihren besonderen Fokus auf die Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Die Marktpreisrisiken werden nicht nur periodisch, sondern auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise.

Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mithilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Zusätzlich werden die Zinsänderungsrisiken mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung zu überprüfen haben. Die Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikoeffizienten größer als 20,0% aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2019 bei 9,6 % und damit unterhalb von 20,0 %. Der Maximalwert wurde im September 2019 mit 13,6 % ausgewiesen.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos einzelner Anleihen bzw. Schuldscheindarlehen erfolgt durch Zinsswaps im Rahmen von Micro-Hedges. Zum Bilanzstichtag bestanden 19 Sicherungsgeschäfte.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, deren Abschreibungspotenziale sowie die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV) werden handelstäglich für das Anlagebuch und das Gesamtdepot ermittelt. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, den handelsrechtlichen Gewinn / Verlust informiert.

Für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für die Handelsgeschäfte zusätzlich in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko, Immobilienrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio auftreten können. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden dabei im Risikoszenario auf der Basis von integrierten Renditeszenarien und einem Konfidenzniveau von 95,0 % gemeinsam betrachtet und bei der Aggregation mit den übrigen Teilrisiken summiert. Die Stresstestanalysen gehen von einer vollständigen additiven Verknüpfung sämtlicher Teilrisiken, auch der Zinsänderungs- und Spreadrisiken, aus.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert. Die in den Analysen verwendeten Zinsszenarien werden ebenfalls mit ihrer Wirkung auf das Zinsergebnis simuliert. Die Effekte werden als Zinsspannenrisiko quantifiziert. Hierfür werden angemessene Limite vorgehalten.

Für die Saalesparkasse ergibt sich im Risikoszenario für das Zinsspannenrisiko per 31. Dezember 2019 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 0,7 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 69,1 %. Das Limit für das Zinsspannenrisiko wurde im Berichtsjahr 2019 jederzeit eingehalten.

Für das Marktpreisrisiko Depot A ergibt sich im Risikoszenario per 31. Dezember 2019 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 46,6 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 66,3 %. Das Limit für das Marktpreisrisiko Depot A wurde im Berichtsjahr 2019 jederzeit eingehalten.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Die Saalesparkasse unterscheidet ihr Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie in das Refinanzierungsrisiko. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Zahlungsverpflichtungen das zur Verfügung stehende Liquiditätsdeckungspotenzial übersteigen. Das Refinanzierungsrisiko als Ertragsrisiko definiert die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl der negative Effekt aus veränderten Liquiditätsspreads als auch aus einem Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur maßgeblich.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die Saalesparkasse geht zur Generierung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation ein. Liquiditätsfristentransformation liegt vor, wenn kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel langfristig investiert werden. Die Fristigkeit stellt dabei auf die Kapital- bzw. Liquiditätsbindung ab. Resultierend aus dem Umfang der Liquiditätsfristentransformation können sowohl das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als auch das Refinanzierungsrisiko als Risikokategorien des Liquiditätsrisikos schlagend werden. Die Überwachung und Begrenzung beider Risikoausprägungen erfolgt im Rahmen des operativen und strategischen Liquiditätsrisikomanagements.

Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätsdeckungspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der aufsichtsrechtlichen Kennzahl „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) zur Messung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos heran. Die LCR beschreibt das Verhältnis der liquiden Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2019 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. Die Reichweite lag deutlich über der Frühwarnmarke von zwölf Monaten und beträgt am Jahresultimo 27 Monate. Die Mindestquote für die LCR gemäß delegierter Verordnung (EU 2015/61) wurde an allen Meldestichtagen eingehalten. Sie belief sich zum Jahresultimo 2019 auf 284,6 %.

Risikomaß für das Refinanzierungsrisiko ist das Liquiditätstransformationsergebnis. Dieses ist eine Erfolgskomponente des Zinsergebnisses und setzt sich aus der Summe der aktivischen und passivischen Liquiditätsbeiträge zusammen. Die Beeinträchtigung der Ertragslage bei Risikoeintritt ist dabei vom Grad der Liquiditätsfristentransformation bzw. der Höhe des Anteils der Liquiditätsbeiträge am Zinsüberschuss abhängig. Der Risikowert beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 auf 0,9 Mio. EUR. Damit ist das in der Risikotragfähigkeit eingeräumte Limit in Höhe von 1,2 Mio. EUR zu 72,8 % ausgelastet.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus der Sicht per 31. Dezember 2019 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen.

7.3.4 Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen.

Die Identifikation von Ex-ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotenzialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Aus der Risikoinventur 2019 lässt sich der Wert für den realistischen Maximalverlust in Höhe von 5,7 Mio. EUR ableiten und fließt im Geschäftsjahr 2019 sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit ein.

Ex-post-Risiken können aus der Schadensfalldatenbank abgeleitet werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mithilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem zentralen operationellen Risikocontrolling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad-hoc-Berichtssystem integriert. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Limits in der periodischen Risikotragfähigkeit.

Zur Quantifizierung operationeller Risiken setzt die Saalesparkasse das OpRisk-Schätzverfahren der Sparkassenrating- und Risikosysteme GmbH (SR) ein. Die dadurch generierten Risikowerte sind geeignet, die operationellen Risikowerte in der Risikotragfähigkeit zu berücksichtigen.

Die innerhalb der Risikoinventur 2019 identifizierten operationellen Risiken haben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Saalesparkasse.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus werden für die Steuerung operationeller Risiken verschiedene Prozesse vernetzt, um die wesentlichen Informationen des Beauftragtenwesens zu aggregieren. Die relevanten Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt.

Für die Saalesparkasse ergibt sich im Risikoszenario für das Operationelle Risiko per 31. Dezember 2019 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 2,9 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 73,0 %. Das Limit für das Operationelle Risiko wurde im Berichtsjahr 2019 jederzeit eingehalten.

7.3.5 Management der Provisionsrisiken

Provisionsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb der sonstigen Risiken betrachtet.

Das Provisionsrisiko bezeichnet das Risiko, dass der geplante Provisionsüberschuss unterschritten wird. Dieses beinhaltet sowohl den dem Vertrieb zuzurechnenden Teil des Provisionsüberschusses als auch den aus dem Eigengeschäft und anderen Elementen.

In der Saalesparkasse ergeben sich Risiken im Provisionsüberschuss im Wesentlichen aus Abweichungen zur Vertriebsplanung bezogen auf das Dienstleistungsgeschäft. Daher wird das Provisionsrisiko im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeitsrechnung innerhalb des Vertriebsrisikos aus dem Dienstleistungsgeschäft limitiert.

In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein, die die Vertriebsplanung betreffen. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Zusätzlich zur Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird die Entwicklung des Provisionsgeschäftes in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Bei Bedarf werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

Die für das Jahr 2019 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht durchgängig erfüllt werden. Unterdurchschnittliche Zielerreichungen konnten jedoch durch die Übererfüllung anderer Bereiche teilweise kompensiert werden. Es ergibt sich ein Gesamtzielerreichungsgrad von 98,5 % der angestrebten Vertriebsleistung im Provisionsgeschäft. Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich damit zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 insgesamt als unkritisch dar.

Für das folgende Geschäftsjahr hat die Saalesparkasse ihre Vertriebsplanung auf die Erreichung des geplanten Provisionsüberschusses ausgerichtet. Dabei bildet der geplante Provisionsüberschuss zugleich den Erwartungswert bei der Betrachtung der Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft in der Risikotragfähigkeit der Sparkasse ab.

Für die Saalesparkasse ergibt sich im Risikoszenario für das Vertriebsrisiko aus dem Dienstleistungsgeschäft per 31. Dezember 2019 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 4,5 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 75,0 %. Das Limit für das Vertriebsrisiko aus dem Dienstleistungsgeschäft wurde im Berichtsjahr 2019 jederzeit eingehalten.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus Beteiligungen (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses.

Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung in Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben. Je nach Beteiligungsart unterscheidet die Sparkasse nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen oder operativen Beteiligungen. Das Beteiligungsrisiko bezieht sich nur auf die Eigenkapitalbestandteile und nicht auf Kredite an Beteiligungsgesellschaften.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoeermittlung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken zugrunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 87,3 % des Volumens auf die Ratingklassen 1 bis 9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. 11,5 % des Beteiligungsvolumens werden als erhöht risikobehaftet klassifiziert und 1,2 % gelten als ausgefallen. Die für Beteiligungen in 2019 bestehenden Risiken sind durch den Planwert ausreichend abgedeckt.

Für die Saalesparkasse ergibt sich im Risikoszenario für das Beteiligungsrisiko per 31. Dezember 2019 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 3,7 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 62,3 %. Das Limit für das Beteiligungsrisiko wurde im Berichtsjahr 2019 jederzeit eingehalten.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Das für Zwecke der Risikotragfähigkeit einsetzbare Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2019 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden.

Das im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung festgelegte Gesamtlimit in der Risikotragfähigkeit blieb im Jahresverlauf unverändert.

Die höchsten Risikopotenziale wurden im Laufe des Geschäftsjahres 2019 bei den Risikotragfähigkeitsüberprüfungen der Saalesparkasse bei den Marktpreisrisiken des Depot A, den Adressenausfallrisiken im Kunden- und Eigengeschäft sowie den Beteiligungsrisiken gemessen.

Die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse war in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2019 jederzeit gegeben. Limitüberschreitungen waren unterjährig nicht zu verzeichnen. Insgesamt waren die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile der Risikotragfähigkeitsmasse der Saalesparkasse im Berichtsjahr ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Aus den durchgeführten Stresstests ergaben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Marktpreisrisiko“, welches außergewöhnliche Ereignisse sowohl für Zinsspannen- als auch Marktpreisinklusive Spreadrisiken des Depot A unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Diese Stresstests zeigten zwar zu Jahresbeginn temporär bestehende bemerkenswerte Risikoausprägungen auf, jedoch war im Ergebnis einer regelmäßigen kritischen Reflexion der Ergebnisse und der konservativen Szenario-Annahmen kein besonderer Handlungsbedarf abzuleiten, sodass die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Saalesparkasse berücksichtigt.

Für den Prognosezeitraum der kommenden zwölf Monate ist weiterhin sowohl die Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR unter Berücksichtigung des SREP-Kapitalaufschlages als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt. Das für das steuerungsrelevante Risikoszenario der Risikotragfähigkeit festgelegte Gesamtlimit (106,0 Mio. EUR) wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 69,2 % beansprucht.

Die Risikosituation der Saalesparkasse wird auf dieser Basis zum Ende des Jahres 2019 durch den Vorstand als gut eingeschätzt.

Risiken aus der Zugehörigkeit zur Sparkassen-Finanzgruppe hat die Saalesparkasse im Risikomanagementsystem durch entsprechende Überwachungs- und Controlling-Maßnahmen erfasst. Mögliche Ertragsbelastungen werden in der Risikotragfähigkeitsberechnung für das Jahr 2020 berücksichtigt.

Die Corona-Pandemie kann zu einer Veränderung der Risikolage der Saalesparkasse im Jahr 2020 führen.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die nachfolgenden Aussagen spiegeln die Prognose der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor der Corona-Krise wider. Die Prognosegüte kann durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie beeinflusst werden.

Im Laufe des Jahres 2020 dürfte es zu einer Wiederbelebung der Auftriebskräfte in der Weltwirtschaft und auch in Deutschland kommen. Dies setzt allerdings voraus, dass es zu keiner neuerlichen Verschärfung in den Handelskonflikten kommt, sondern zumindest eine graduelle De-Eskalation eintritt. Im Falle einer möglichen Wiederverschärfung im Handelsstreit verstärkt mit einer Verschärfung von geostrategischen Konflikten und Risikolagen würde dies für Deutschland ein weiteres Verharren in einer Stagnation bedeuten. Die wahrscheinlichste Wachstumsrate für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2020 sehen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe bei 0,9 %. Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2019/2020 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 1,4 % prognostiziert. Getragen wird dieses voraussichtliche Wachstum von den gleichen drei Verwendungskomponenten des Inlandsproduktes, die auch schon im Jahr 2019 stabilisierend gewirkt haben: der private Konsum, der Staatsverbrauch und der Bausektor. Für diese Hauptbestandteile der Binnennachfrage bleiben die Voraussetzungen mit robuster Einkommensentwicklung, günstigen Finanzierungsbedingungen und dem ohnehin bestehenden Baurückstand gut. Der Außenhandel wird vorerst noch nicht wieder zur Haupttriebfeder des Wachstums werden. Die Ausrüstungsinvestitionen bleiben noch gedrückt, sodass es derzeit wenig Anlass zu Kapazitätserweiterungen gibt.

Für den deutschen Arbeitsmarkt wird auf Basis der Wachstumsraten der vergangenen Jahre eingeschätzt, dass er abermals einen neuen Rekord-Höchststand bei der Zahl der Erwerbstätigen erreichen wird. 45,4 Mio. Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 2020 wären noch einmal eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Die Quote der registrierten Arbeitslosen würde nach der Prognose der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2020 mit 5,0 % weiter sehr niedrig bleiben.

Bei einer insgesamt moderat bleibenden Konjunktorentwicklung besteht wenig Grund, dass sich die in den letzten Jahren niedrige Inflationsrate 2020 deutlich beschleunigen sollte. Dies gilt zumindest für die Kernrate und vorbehaltlich des Ausbleibens größerer Schwankungen des Ölpreises durch die Zuspitzung geopolitischer Krisen auch für die Gesamtrate der Verbraucherpreise. Für 2020 erwarten die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe bei den Verbraucherpreisen in Deutschland eine Steigerungsrate von 1,4%, was der aus dem Vorjahr bekannten Preissteigerung entspräche.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Die Phase der Negativzinsen wird 2020 auch in Abhängigkeit von der künftigen Zinspolitik der EZB voraussichtlich weiter anhalten. Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung erwarten wir einen konstanten Verlauf in allen Laufzeitbereichen. Der Abstand zwischen dem 3-Monats- und dem 10-Jahres-Zins wird dabei mit 29 Basispunkten für den Prognosehorizont des Jahres 2020 weiter beibehalten.

Für 2020 hat die EZB eine Überarbeitung ihrer geldpolitischen Strategie, einschließlich einer Überprüfung des Preisniveaustandes angekündigt. Die genaue Stoßrichtung in Bezug auf Höhe des Ziels, seine Symmetrie, den zeitlichen Horizont, Inflationsraten- versus Preisniveausteuerung oder eine Änderung des verwendeten Index sind noch nicht exakt absehbar. Anpassungen werden aber graduell ausfallen, um die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik nicht zu gefährden. Die für 2020 in Aussicht stehende Inflationsrate liegt aber zumindest weiterhin unter dem bisher formulierten Ziel von „unter, aber nahe bei 2 %“. In Anbetracht des Preisausblickes und der fragil bleibenden Wachstumsaussichten dürfte die EZB wenig Anlass finden, ihre Geldpolitik zu straffen. Die Geld- und Kapitalmarktkonditionen haben für die absehbare Zukunft, zumindest durch 2020 hindurch, eine Fortsetzung der bisherigen Geldpolitik eingepreist.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Bezogen auf unser Geschäftsgebiet bilden die vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft, der unterdurchschnittliche Anteil des produzierenden Sektors sowie die demografische Entwicklung einen engen Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse.

Generell sieht der Vorstand die Stabilität des Geschäftsmodells der Institute der SparkassenFinanzgruppe und damit auch für das der Saalesparkasse, das besonders auf die Region und auf Kundennähe ausgelegt ist, als weiterhin gegeben. Mit unserer Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Zu diesen gehören die noch nicht ausgestandene Finanzkrise im Euroraum in Verbindung mit der Geldpolitik der EZB, die Folgen des Handelskonflikts zwischen den USA und China und des Ausstiegs des Vereinten Königreiches aus der EU, die anhaltende Niedrigzinsphase, steigende Regulierungsanforderungen und der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt.

In Bezug auf das Wettbewerberumfeld sehen wir ein differenziertes Bild. Einzelne Wettbewerber verlagern ihre geschäftspolitischen Schwerpunkte, andere sind gegenüber der Vergangenheit deutlich weniger aktiv, wieder andere drängen mit großer Intensität in bisher von ihnen kaum oder gar nicht besetzte Geschäftsfelder.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes, insbesondere wegen der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase, wird 2020 das Betriebsergebnis vor Bewertung auf dem Niveau des Jahres 2019 liegen. In den Folgejahren bis zum Ende des Prognosehorizontes 2022 erwarten wir ein Abfallen des Betriebsergebnisses um 21,3 % gegenüber 2019. Trotz der prognostizierten Entwicklung ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Dies ist die Voraussetzung, um Privatkunden sowie Unternehmen in der Region auch zukünftig im Rahmen von Finanzierungsvorhaben vollumfänglich begleiten zu können. Im Zuge der aufsichtsrechtlichen Anforderungen können zudem weitere Erhöhungen der Mindestquoten und zusätzliche Kapitalpuffer nicht ausgeschlossen werden.

Für das Geschäftsjahr 2020 erwarten wir ein spürbares Wachstum des Geschäftsvolumens. Im Kundenkreditgeschäft ist die Ausweitung des Geschäftes um 5,7 % mit Privat- und Unternehmenskunden geplant. Wachstumspotenziale sehen wir insbesondere in Immobilienfinanzierungen sowie gewerblichen Investitionsdarlehen. Dagegen wird ein weiterer Rückgang bei Krediten an Kommunen erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum in Höhe von 4,8 % für 2021 und 4,7 % im Jahr 2022 aus.

Insgesamt werden die Eigenanlagen 2020 aufgrund hoher Fälligkeiten in den verzinslichen Anlagen deutlich zurückgehen. Eine Wiederanlage ist in der derzeitigen Marktsituation nicht vollumfänglich möglich. Der Bestand an Spezialfonds und Schuldscheindarlehen wird dagegen weiter ausgebaut. Für die Folgejahre planen wir ein jährliches Wachstum der Eigenanlagen von 1,4 % im Jahr 2021 und 2,1 % für 2022. Liquiditätsüberschüsse werden in variablen Forderungen an Kreditinstitute geparkt.

Für das Jahr 2020 wird mit einem weiteren Wachstum der Kundeneinlagen um 4,0 % gerechnet. Zuwächse erwarten wir insbesondere in den Sichteinlagen, im Normalsparen und in Tagesgeldkonten. Auch für die Folgejahre gehen wir von einem jährlichen Bestandszuwachs in Höhe von 3,7 % in 2021 und 3,6 % in 2022 aus.

Der Vertrieb wird im Jahr 2020 auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Die Saalesparkasse plant, nach Anpassungen im Vorjahr die Modelle und Konditionen im Girobereich im Jahr 2020 konstant fortzuführen. Gleichzeitig wollen wir den Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisieren. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt und der Deka-Bank.

Den unterschiedlichen Vertriebskanalpräferenzen der Kunden entsprechend verfolgt die Sparkasse eine konsequente Multikanal-Strategie. Mit Hilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung wird angestrebt, das marktführende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet mit einem Anteil von 55,0 % der geführten Girokonten nach den Marktanalysen des OSV zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2020 einen Zinsüberschuss in Höhe von 73,2 Mio. EUR, der sich aufgrund der fortdauernden Niedrigzinsphase weiterhin leicht unter dem Niveau des Vorjahres befinden wird. Der anhaltende Rückgang der Zinserträge infolge auslaufender Festzinsbindungen im Kundenkreditgeschäft sowie der Fälligkeit von höherverzinslichen Kupons im Depot A kann dabei nahezu vollständig von dem nochmaligen Rückgang der Zinsaufwendungen im Kundeneinlagengeschäft kompensiert werden. In den Folgejahren wird sich der Zinsüberschuss weiter rückläufig entwickeln und bis zum Jahr 2022 auf 67,0 Mio. EUR sinken, sofern die erwartete Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen eintritt und die geplanten Annahmen im Kundengeschäft erreicht werden können.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2020 bei Erreichen der Vertriebsziele auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird der Provisionsüberschuss leicht zurückgehen.

Die Entwicklung des Personalaufwandes wird im kommenden Jahr von erwarteten Tarifierhöhungen sowie leicht steigenden Sozialversicherungsbeiträgen beeinflusst. Für das Jahr 2020 werden sich die Personalaufwendungen dennoch aufgrund eines zurückgehenden Personalbestandes leicht verringern. Der Sachaufwand wird sich im Jahr 2020 nahezu auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird sich der Personalaufwand ab dem Planjahr 2021 weiter leicht erhöhen, während sich der Sachaufwand auf gleichbleibendem Niveau stabilisieren und im Planjahr 2022 leicht ansteigen wird.

Die Cost-Income-Ratio wird sich in 2020 mit 64,0 % geringfügig unter dem Niveau des Jahres 2019 bewegen. In den Folgejahren ist mit einer deutlichen Erhöhung zu rechnen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich nach unseren Planungen für das Jahr 2020 auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. Insgesamt erwarten wir im Geschäftsjahr 2020 ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 40,4 Mio. EUR bzw. 0,83 % der DBS. Für die Folgejahre gehen wir bei zukünftig geringeren Zinsüberschüssen und damit deutlich sinkenden Betriebsergebnissen dennoch von einer auskömmlichen Ertragslage aus.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein Bewertungsergebnis von -7,7 Mio. EUR im Jahr 2020 eingeplant, welches unter dem durch Sondereffekte geprägten positiven Istwert von 2019 liegt. Gleichwohl können weitere Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten und damit eine zusätzliche Belastung des Bewertungsergebnisses nicht ausgeschlossen werden. Für die Folgejahre wird tendenziell von rückläufigen negativen Bewertungsergebnissen ausgegangen.

Im Jahr 2020 werden auf der Grundlage einer Simulation, deren Basis die Risiko- und Sicherheitenstruktur sowie das Neugeschäft sind, ermittelte steigende Bewertungsaufwendungen für das Kundenkreditgeschäft in Höhe von 3,7 Mio. EUR erwartet, die sich im Vergleich mit dem Istwert aus 2019 deutlich negativer darstellen werden, da die Risiken nicht in der erwarteten Höhe eingetreten sind. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft auf geringfügig steigendem Niveau prognostiziert.

Das sonstige Bewertungsergebnis wird ausgehend von der Risikostruktur der Beteiligungen im Vergleich zum Istwert im Jahr 2019 deutlich negativer ausfallen, da im Berichtsjahr die Risiken geringer als erwartet eingetreten sind. Für die Folgejahre wird von konstanten Bewertungsaufwendungen ausgegangen.

Das Jahresergebnis 2019 in Höhe von 2,1 Mio. EUR wird zur Stärkung der Eigenmittel genutzt. Darüber hinaus wurden Vorsorgereserven nach § 340f HGB gebildet. Für die Folgejahre sollen Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Stärkung der Eigenmittel getätigt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelwerks und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Die Ertragslage insgesamt stellt sich über den Planungshorizont hinweg als auskömmlich dar, sodass aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die deutsche Wirtschaft sind nach den bisherigen Erkenntnissen schwer abzuschätzen. Dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse ebenfalls schwer absehbar. In Folge der Corona-Pandemie kann es zu erheblichen negativen Abweichungen bei den für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen führen.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

Gerade in den Zeiten der noch andauernden Finanzkrise hat sich das langfristig angelegte und am Kunden und an der Region orientierte Geschäftsmodell der Saalesparkasse als stabil erwiesen. In diesen unsicheren Zeiten dominieren auf der Kundenseite unverändert das Sicherheitsbedürfnis und die kurzfristige Verfügbarkeit bei den Anlageentscheidungen.

Insgesamt ist die Vermögens- und Finanzlage geordnet und die Ertragslage zufriedenstellend. Durch ein weiteres Wachstum im Privatkunden- und Unternehmenskundenkreditgeschäft sowie einen nur moderat steigenden Aufwand sieht der Vorstand die Chance, die Weichen für eine erfolgreiche, aber gleichzeitig schwierige Zukunft gestellt zu haben.

Bei Unterstellung einer nach wie vor anhaltenden Niedrigzinsphase besteht jedoch ein Kapitalanlagedruck durch das weitere Anwachsen der Kundeneinlagen. Damit verbunden wären unvorhersehbare Folgen bei der Weitergabe von Negativzinsen an die Kunden. Die daraus resultierenden Risiken würden die Kundenbeziehungen nachhaltig negativ belasten.

In den aktuellen Planungen geht der Vorstand ferner von einer Stabilisierung der Wirtschaftsaktivitäten aus, wodurch positive Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse zu erwarten sind. Sollte die europäische Schuldenkrise die deutsche Konjunktur dennoch weiter belasten, werden die avisierten Ertragsziele mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Saalesparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während bei Ratingherabstufungen die Ertragsziele durch steigende Risiken belastet werden könnten.

In der durch die Maßnahmen der EZB geprägten Zinsumgebung wird für uns die Möglichkeit stark beeinträchtigt, aus der sogenannten Fristentransformation Erträge zu erzielen. Die Chancen, das Ergebnis der Saalesparkasse dadurch wieder nennenswert positiv zu beeinflussen, werden in der Zukunft weiterhin als eher gering eingeschätzt.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Die Entwicklung des Zinsüberschusses ist maßgeblich von der Zinsstruktur und vom Kundenverhalten abhängig. Mittelfristig werden Chancen zur Steigerung des Zinsüberschusses in der Ausweitung des Kundenkreditgeschäftes sowie in einem moderaten Anstieg und einer Versteilerung der Zinsstrukturkurve gesehen. Risiken, die zu einer Minderung des Zinsüberschusses aus dem Kundenkreditgeschäft führen können, ergeben sich dagegen bei einem weiteren Zinsrückgang bzw. einer Verflachung der Zinskurve.

Im Jahr 2019 hat es unter den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine negativen Auswirkungen auf das Adressenausfallrisiko aus dem Kundengeschäft als auch aus dem Eigengeschäft der Saalesparkasse gegeben. Auch in Zukunft werden wir dem Adressenausfallrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die zukünftigen Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben. Falls es aufgrund der wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahme könnte in den Vorjahren insbesondere im Kundengeschäft ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte. Sollte dieser Fall auch für das Folgejahr eintreten, ist mit weiteren positiven Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu rechnen.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung avisierten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist für das Jahr 2020 mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse insbesondere beim Zins- und Provisionsergebnis zu rechnen.

Die umfangreichen Änderungen und Erweiterungen der regulatorischen Anforderungen haben auch weiterhin wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Saalesparkasse. Sollte es zukünftig zu weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kommen, könnten sich diese auch negativ auf die Saalesparkasse sowie auf die gesamte Sparkassenorganisation auswirken.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2020 auf dem Niveau des Jahres 2019 bewegen. Abweichungen gegenüber der Planung können primär durch die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die Konjunktorentwicklung in Folge der Corona-Pandemie verursacht werden, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form ggf. erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnten.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für den Zugewinn von Marktanteilen gesehen, nicht nur bei bestehenden Kundenverbindungen, sondern auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge.

Zunehmende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit hat eine effiziente Marktbearbeitung, die verstärkt auf Kostensenkung und Digitalisierung des Leistungsangebotes setzt. Darüber hinaus wird weiterhin im Gesamtbetrieb durch ein konsequentes Kosten- und Prozessmanagement versucht, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Der Vorstand sieht die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.